NYPL RESEARCH LIBRARIES
3 3433 08232393 6

Digitized by Google

A 64
D 7/14

Digitized by Google

BAA
Zeiten

Digitized by Google

A 64
P 7
/14

Digitized by Google

BAA
Zeiten

Digitized by Google

Digitized by Google

Die
Zeiten

oder

Archiv

für

die neueſte Staatengeſchichte

und

Politik.

Herausgegeben

von

D. Chriſtian Daniel Voß,
ordentlichem Profeſſor des Staatsrechts und der Staatsklugheit
zu Halle.

1820.
Zehntes Stück. Oktober.

Leipzig
bey Johann Georg Mittler.

Digitized by Google

Inhalt.

I. Ueberſicht der Beſitzveränderungen und Territorialausgleichungen am Rhein, vom Jahre 1813 bis 1819. (Eingeſandt.) Seite 3
II. Metapolitiſche Aphorismen. (Fortſetzung.) 26
III. Ueberſicht der wichtigſten Verhandlungen und Beſchlüſſe der Nationalrepräſentationen von Frankreich und Großbritannien (Fortſetzung.) 26
Ueberſicht der Verhandlungen und Beſchlüſſe der letzten franzöſiſchen Nationalrepräſentation, in Betreff des neuen Wahlgeſetzes und der Ausnahmegeſetze. (Fortſetzung.) 46
IV. Fernere Vorarbeiten, zur Begründung einer Konſtitution, für die preußiſche Monarchie.
Vorwort des Herausgebers. 74
Geſetzliche Beſtimmungen, in Betreff der Verhältniſſe des hohen Adels, in der preußiſchen Monarchie. 75
V. Die neuen Revolutionen.
Vorwort. 100
Die neue ſpaniſche Revolution. 103
VI. Ueberſicht der Hauptmomente der Geſchichte des Tages. (Fortſetzung.) 139
Beylagen.
Politiſch-literäriſcher Anzeiger. N. X.
1. Auszüge aus Druckſchriften.
Auszüge, aus dem ſo eben erſchienenen 69. St. der „neuen Geſchichte der evangeliſchen Miſſion,“ enthaltend 1. Nachricht von dem Fortgange der Bemühungen, der Londoner Geſellſchaft chriſtlicher Erkenntniß in England und Oſtindien ꝛc. 2. Auszug aus dem Berichte der Miſſions- und Bibelgeſellſchaft zu London. 3. Der oſtindiſche Reformator. CXXXIV
2. Miscellen.
Ueber den Unterſchied, zwiſchen Volksthum und Geſchlechtsthum. CXXXII
3. Flüchtige politiſch-patriotiſche Bemerkungen ꝛc. CXXXVII
Inhalt des drey und ſechzigſten Bandes.

Digitized by Google

Die
Zeiten

oder

Archiv

für

die neueſte Staatengeſchichte

und

Politik.

Herausgegeben

von

D. Chriſtian Daniel Voß,

ordentlichem Profeſſor des Staatsrechts und der Staatsklugheit
zu Halle.

Vier und ſechzigſter Band.

Leipzig,
bey Johann Georg Mittler
1820.

Digitized by Google

THE NEW YORK
PUBLIC LIBRARY
919100A
ASTOR, LENOX AND
TILDEN FOUNDATIONS
R 1937 L

Printed in Germany.

Digitized by Google

Die
Zeiten.

Zehntes Stück. Oktober 1820.

I.
Ueberſicht
der
Beſitzveränderungen und Territorial-Ausgleichungen am Rhein, vom Jahr 1813 bis 1819 *).

(Eingeſandt.)

Lange hatten die Völker am Rhein auf die Entſcheidung ihres Schickſals gewartet; allein es ſchien als ſollte der Wiener Kongreß nie endigen; und immer peinlicher ward die Ungewißheit der Rheinländer,

1 *

*) Bruchſtücke, aus dem nächſtens, in Kölln bey J. P. Bachem, erſcheinenden Werke: „Darſtellung der proviſoriſchen Verwaltungen am Rhein, vom Jahre 1813 bis 1819, von Neigebaur. Verfaſſer der Schilderung der Provinz Limouſin, und des franzöſiſchen Kaſſenweſens, mit einer Vorrede vom geheimen Hofrath Dr. Luden."

die gern gewußt hätten, welchem Landesherrn ſie anheim fallen ſollten.

Endlich erſchien die erſte Kunde darüber, in der Berliner Zeitung, in einem halb officiellen Artikel aus Wien, vom 10. Februar 1815; und durch Napoleons unerwartete Rückkehr ward die innere Grenzbeſtimmung beſchleunigt; die mit Frankreich aber natürlich ganz abgebrochen.

Dieſe innere Grenzbeſtimmung betraf aber damahls nur den Niederrhein; denn, am Mittelrheine, hatten ſich Bayern und Oeſtreich noch nicht vereinigen können. Am 5. April 1815 erging, von Wien aus, das preußiſche Beſitznahmepatent, in Anſehung der dieſer Macht zufallenden Länder. Sie befanden ſich größtentheils ſchon im proviſoriſchen Beſitze Preußens; nur von der öſtreich- bayerſchen Kommiſſion waren noch anderweitige Beſitzungen, auf dem rechten Ufer der Moſel, zu übernehmen; wogegen Preußen die, bis dahin proviſoriſch beſetzten, Provinzen an der Maas den Niederländern abtreten mußte. Die königl. niederländiſche Regierung eilte, die ihr, von dem niederrheiniſchen Gouvernement, zugefallenen Antheile in Beſitz zu nehmen; und am 26. April erging, an den Generalgouverneur Sack, von Wien aus, der Befehl zur Uebergabe der Maasländer, in Gemäßheit der Kongreßverhandlungen.

Die preußiſche Regierung verfuhr, bey dieſem Geſchäfte, mit einer ſeltnen Rechtlichkeit. Denn hätte dieſelbe gewollt, ſo bedurfte es vorher nur der leiſeſten Andeutung darüber, und über den zu erwartenden Zeitpunkt der Uebergabe, und der Gene-

ralgouverneur wäre im Stande geweſen, durch be-ſchleunigte Geldbeytreibungen und Holzverkäufe, ſo wie durch Zurückhaltung zu leiſtender Zahlungen, bedeutende Summen zu erſparen. Allein es verachtete die preußiſche Regierung eine ſolche Verfahrensart, und es ſchien, als wenn die, zwiſchen den beyden Monarchen obwaltenden, Familienverhältniſſe, preußiſcher Seits, auch auf die politiſchen Verhältniſſe übergetragen worden wären; wenigſtens konnte kein Bruder mit dem andern offener zu Werke gehen, als hier verfahren wurde.

Am 3. May traf der Generalgouverneur Sack die erſten Einleitungen zur Uebergabe; die auch, der erhaltenen ausdrücklichen Anweiſung gemäß, am 12. May ohne Vorbehalt erfolgte. Dennoch mußte über manche Auseinanderſetzungen ein Rezeß abgefaßt werden, welcher endlich mit dem niederländiſchen Generalkommiſſär, Baron Verſtolk von Sölen, deſignirten außerordentlichen Miniſter am ruſſiſchen Hofe, und dem preußiſchen Uebergabekommiſſär, dem ehemahligen Präfekten Piautaz, am 21. May 1815 zu Stande kam. Allein, im Augenblicke der Unterſchrift jenes Rezeſſes, und obgleich er unbedingte Vollmacht vorgezeigt hatte, erklärte der Erſtere die Nothwendigkeit, den Entwurf zuvor an ſein Gouvernement ſchicken zu müſſen; und zwey Monathe darauf ſchickte dieſes einen ganz umgeänderten Rezeß, zur Unterſchrift, den der Generalgouverneur als inadmiſſibel, verwerfen mußte, und den er auch ohnehin verworfen haben würde, da er es mit der Würde ſeines Souveräns unverträglich fand, verab-

redete Verträge von einer andern Macht kaſſiren, und ſich dagegen andere diktiren zu laſſen.

Unterdeß wurde fortwährend die Hoffnung gegeben, daß die in Wien fortgeſetzten Unterhandlungen noch manches ausgleichen würden. Allein der Vertrag, zwiſchen Preußen und den Niederlanden, vom 31. May 1815, änderte nichts zum Vortheil von Preußen; ſondern verwieß auf eine nähere Grenzregulirung.

Die neuen Kriegsereigniſſe brachten jedoch dieſe Sache ohnehin ins Stocken; bis, nach erfolgtem Frieden mit Frankreich, dieſelbe aufs Neue in Anregung kam, und der Generalgouverneur Sack erneuerte königliche Vollmacht erhielt, nicht allein die diſſeitigen Gränzen zu berichtigen, ſondern auch oſtſeits Rheins, die Enklaven Sevenaer und Huiſſen an Holland zu übergeben.

Nunmehr wurde, königlich niederländiſcher Seits, eine Grenzberichtigungskommiſſion nach Aachen geſchickt; an deren Spitze der Obriſt von Mann ſtand. Der Generalgouverneur ernannte gleichfalls eine Kommiſſion, welche aus dem Regierungspräſidenten von Bernuth, dem Zolldirektor Bernhard und dem Kreisdirektor Reigebaur, einem vormahligen Officier, welche ſämmtlich die Grenze mehrere Mahle bereiſet hatten, zuſammen geſetzt war. Bey dieſer Grenzregulirung kamen, wie man aus dem ſpäter abgeſchloſſenen Grenzrezeß ſehn kann *), ſehr viele ſtreitige Punkte vor. Be-

*) Anhang zur Geſetzſammlung 1818.

ſonders machte die Abgrenzung, von tauſend rheinländiſchen Ruthen, an der Niedermaas, Schwierigkeiten; welche die Niederländer, auf dem rechten Ufer dieſes Fluſſes, erhalten ſollten. Sie erklärten nämlich benachbarte Dörfer für Antheile, der ihnen in dieſer Linie zufallenden Dorfſchaften; ohnerachtet es ganz abgeſonderte Orte waren. Sodann machten ſie Anſprüche, auf den Stapelplatz des Jülicher Landes an der Maas, nämlich auf Tegeln und Steil, bey Venloo im Kanton Bracht; ohnerachtet dieſer ganze Kanton, nach dem Wiener Kongreßinſtrument, Preußen verbleiben ſollte; indem die Beſtimmung der oben erwähnten tauſend Ruthen, auf der rechten Seite der Maas, erſt von Venloo abwärts eintrat. Ferner wurde es, für zweifelhaft gehalten, wem die Stadt Herzogenrath bey Aachen zufallen ſollte, da der Wurmbach dort zwey Arme hat. Deßgleichen war der, bey Aachen gelegene, Altenberg ſtreitig; auf dem ſonſt das Fort Calamine lag; der, wegen den außerordentlich ergiebigen Galmeygruben, von der größten Wichtigkeit iſt. Auch war man, wegen eines großen Theils der hohen Bergſümpfe, noch uneins, die nahe bey Aachen ſich, zwiſchen Montjoie und Malmedy, hinziehen; weil vormahls nie die Gemeindegrenzen, in jener unwegſamen Gegend, beſtimmt geweſen waren. Endlich war ein Domänenvorwerk, bey Vianden, ſtreitig; welches in militäriſcher Hinſicht wichtig war; weil dort der einzige Uebergang, in die Eiffel über die Our, ſehr leicht vertheidigt werden könnte.

Bey der Konſequenz der niederländiſchen Kommiſſäre, jeden Fuß breit Landes, jeden Baum und

jede Seele zu vertheidigen, gingen die Unterhandlungen ſehr langſam von Statten; bis daß der Generalgouverneur auf ausdrücklichen Befehl den Beſitz aller ſtreitigen Punkte, wo er ihn noch zu erhalten geſucht hatte, während der Verhandlungen aufgeben mußte. Auf der andern Seite war dem Generalgouverneur ſehr viel daran gelegen, die beyden Hauptſtraßen, von Aachen nach Eupen, und nach Geilenkirchen, wieder zu befreyen; indem, nach dem Buchſtaben des Wiener Traktats, das niederländiſche Gebiet beyde Straßen, auf eine kurze Strecke, durchſchnitt, und folglich die niederländiſchen Zollbeamten die Verbindung den preußiſchen Einwohnern auf die unangenehmſte Art hemmten, und Handel und Gewerbe unterdrückten. Es war daher nöthig, durch Kompenſation auf andern Punkten, dieſe bedeutenden Nachtheile zu entfernen.

Im Laufe dieſer, zu Aachen, ſeit dem Anfange des Jahrs 1816 angefangenen, Unterhandlungen, über die Grenzberichtigung mit den Niederlanden, wurde der Generalgouverneur Sack zu ſeiner anderweiten Beſtimmung abgerufen; auch die andern Mitglieder der preußiſchen Kommiſſion verließen Aachen. An ihrer Stelle ward der geheime Rath Eytelwein dem Präſidenten von Pernuth beygegeben. Dieſe ſetzten die angefangenen Unterhandlungen, während dem Laufe des Jahres 1816, fort; ſo daß zuerſt, am 26. Juny 1816, ein vorläufiger Grenzvertrag zu Stande kam; in welchem den Niederländern eine Dorfſchaft Oberbillig, auf dem rechten Ufer der Moſel, ein Theil von Vianden, und die große Straße, von Lüttich nach Straßburg, über

Stavelot, nebſt Tegeln und Steele an der Maas, abgetreten wurden: dagegen erhielt Preußen den freyen Gebrauch der Straßen von Aachen nach Eupen und Geilenkirchen. An demſelben Tage wurde auch eine vorläufige Ausgleichung, zwiſchen beyden Staaten, zu Gunſten der auf der Grenze wohnenden Fabrikanten, abgeſchloſſen; um ihnen die unaehindertte abgabenfreye Ein- und Ausfuhr der rohen Produkte, und nicht völlig verarbeiteten Manufakturwaaren, aus ihren reſpektiven Anlagen, zuzuſichern. Dieſe Angelegenheit hatte bisher ſehr große Beſchwerden herbey geführt, da in den gewerbreichen Gegenden, zwiſchen Aachen und Lüttich, ſehr viele Fabrikanten einen Theil ihrer Anlagen im Preußiſchen, und einen andern Theil, in dem niederländiſchen Gebiete hatten, und umgekehrt; welches beſonders damahls den preußiſchen Fabrikanten höchſt läſtig war, da die niederländiſchen Zollbeamten die Grenze ſehr ſtreng bewachten; während Preußen noch keine Repreſſalien ausüben konnte, da hier noch kein Zollſyſtem zur Ausführung gekommen war.

Am 7. Oktober 1816 ward, von derſelben Kommiſſion, noch ein anderer Vertrag, zu Cleve, über den Grenzzug von der Maas bis zum Rhein, und über die am letzten Strome ſehr verwickelten Verhältniſſe der Wäſſerwerke, zur Sicherung vor Ueberſchwemmungen, abgeſchloſſen.

Endlich wurde, durch einen, am 8. November 1816, zu Frankfurt, zwiſchen den Miniſtern von Humboldt und von Gagern abgeſchloſſenen, Ergänzungsvertrag, die Verhältniſſe der Bundesfeſtung Luxemburg, zwiſchen dieſen beyden Nachbar-

ſtaaten, entſchieden. Gleichwohl waren die ſtreitigen Punkte noch nicht alle ausgeglichen; vielmehr wurde die Entſcheidung, über den Beſitz des Altenberges bey Aachen, einer diplomatiſchen Beſtimmung der auswärtigen Mächte, vorbehalten, welche bey Abſchließung der Wiener Traktaten, zwiſchen Preußen und den Niederlanden, konkurrirt hatten. Dieſer Gegenſtand iſt, auf dem Kongreſſe zu Aachen, im Jahr 1818, wieder zur Sprache gekommen. Allein noch iſt nichts, über die Entſcheidung, bekannt geworden; und die Gemeinden Moresnet und Gimnich ſind noch in Ungewißheit, wem ſie dereinſt zufallen ſollen.

Nicht weniger verwickelt waren die andern Grenzverhandlungen; welche am Niederrhein, preußiſcher Seits, vorkamen.

Die öſtreich-bayerſche gemiſchte Adminiſtrationskommiſſion zu Kreuznach mußte, in Gemäßheit des Wiener Traktats, die auf dem rechten Ufer der Moſel gelegenen Länder, bis an die Nahe, an Preußen abtreten. Schon am 12. May 1815 erklärte ſie ſich dazu bereit; worauf der Generalgouverneur Sack ſofort den Generalgouvernementskommiſſär von Schmitz-Grollenburg zur Uebernahme bevollmächtigte. Es war hier die äußerſte Beſchleunigung um ſo nothwendiger, da der Generallieutenant von Kleiſt, mit einem preußiſchen Armeekorps, in jener Gegend ſtand und auf manche Schwierigkeiten ſtieß, ſo lange die preußiſche Beſitznahme nicht vollzogen war.

Dieſe erfolgte auch ſchon am 28. May 1815; in Folge eines, an dieſem Tage, zu Kreuznach unterzeichneten Traktats; dem ein, am 2. Juny aufgenommenes, näheres Protokoll folgte.

Der preußiſche Kommiſſär hatte ſich, mit dem öſtreichſchen Hofrath von Drosdick, und dem bayerſchen Kreisrath von Stengel, in Anſehung der Kantone Konz und Hermeskeil, nicht einigen können; weßhalb dieſe vorläufig durchſchnitten wurden, und die Entſcheidung darüber den kontrahirenden Mächten vorbehalten bleiben ſollte. Dieſe fiel, in Gemäßheit eines nachträglichen Traktats, von Wien am 12. Juny 1815, zu Gunſten Preußens aus, und ſollten dem zufolge noch 3130 Seelen in Beſitz genommen werden. Zugleich ſollte Preußen, im Saardepartement, vorläufig noch 69,000 Seelen übernehmen, und davon, oder durch anderweite Entſchädigung, an Sachſen-Koburg, 20,000, an Oldenburg 20,000, an Mecklenburg-Strelitz 10,000, und an den Grafen von Pappenheim 9000 Seelen abgeben. Dieſer letztere ſollte dieſe Entſchädigung dafür erhalten, daß er vormahls, als Reichswürdenträger, bey den Kaiſerkrönungen, große Unkoſten gehabt hatte, nunmehr aber, nach aufgehobener deutſcher Kaiſerwürde, davon befreyt war.

Es kam nun darauf an, nicht nur dieſe Seelenzahl in Beſitz zu nehmen, ſondern ſie auch da auszuwählen, wo ſie für Preußen, in jeder Beziehung, am vortheilhafteſten gelegen waren.

Der Kreisdirektor Neigebaur ward daher, am 30. Juny 1815, bevollmächtigt, durch Berei-

ſung die künftige Grenze kennen zu lernen, darnach Vorſchläge zu machen, und, nach Genehmigung derſelben, den Uebergaberezeß zu vollziehen. Allein, da ſich einſtweilen, durch die ſchnelle Beſiegung Napoleons, die ſchönſten Ausſichten eröffneten, daß die deutſchen Grenzen noch weiter hinaus gerückt werden würden; auf der andern Seite aber die Verhältniſſe, zwiſchen Oeſtreich und Bayern, immer kälter wurden, fand die Ausführung des oben erwähnten Traktats, vom 12. Juny 1815, bey der öſtreich-bayerſchen Regierung große Schwierigkeiten. Es war damahls nämlich, wie die oben erwähnte bayriſch-badenſche Korreſpondenz, in der Hamburger Zeitung von 1818, ergeben hat, noch nicht entſchieden, wer von beyden die ehemahlige Pfalz erhalten ſollte. Eigentlich ſollte Bayern ſie wieder erhalten, und dafür, an Oeſtreich die, ſeit 1805 gemachten, Eroberungen heraus geben. Dazu hätte ſich Bayern auch gern verſtanden, wenn es die Rheinpfalz, gegen Niederbaden, mit Mannheim, hätte austauſchen können; wodurch es ſich, über Aſchaffenburg, herrlich arrondirt hätte. Allein Baden hatte, zu einem ſolchen Tauſche, keine Luſt. Oeſtreich war daher ſchon halb und halb entſchloſſen, dieſen ſchönen Landſtrich, nebſt Maynz, zu behalten. Daher beſtand es, auf der alleinigen Zivilverwaltung von Maynz, und auf der Uebernahme der jährlich 330,000 Fr. eintragenden, Salinen von Kreuznach; die ſodann von Oeſtreich, an Heſſen-Darmſtadt zur Ausgleichung, für das an Preußen abzutretende Herzogthum Weſtphalen, übergeben werden ſollten. Bayern dagegen ſuchte ſich, ſo lange als möglich, im Beſitz der noch gemeinſchaftlich verwalteten Länder zu erhalten. Dieß hatte zur

Folge, daß die Unterhandlungen nur langſam vorrückten; bis die Uebernahme der 69,000 Seelen endlich ganz unterblieb; weil die Verhältniſſe ſich in Paris geändert hatten.

Es erfolgte auch, am 3. November 1815, zwiſchen den alliirten Mächten, zu Paris, eine Uebereinkunft, hinſichtlich der Territorialausgleichungen; und bald darauf trat der Pariſer Friede von 1815 ein; durch welchen Preußen einen Zuwachs von 120,000 Seelen erhielt. Da hierdurch, und durch den Zuwachs bey Landau, die Auseinanderſetzung, zwiſchen Bayern und Oeſtreich, leichter ward; ſo wurden die Verhandlungen in Worms abgebrochen, und von dem Staatsminiſter von Humboldt, in Frankfurt, in Verbindung mit den anderweitigen Verhältniſſen, wieder angeknüpft; indem dort eine beſondere Miniſterialkommiſſion, zur Berichtigung der Territorialangelegenheiten, nieder geſetzt ward; welche aus dem öſtreichſchen Miniſter von Weſſenberg, dem preußiſchen Miniſter von Humboldt, dem engliſchen Geſandten, Grafen Clancarty, und dem ruſſiſchen geheimen Rath von Anſtetten beſtand.

Hier waren ſo mannichfaltige Verwickelungen zu beſeitigen, daß erſt, nach mehreren Monathen, die ſüdliche Grenze Preußens, vom Rhein bis an die Saar, beſtimmt werden konnte. Es erfolgte nämlich, am 14. April 1816, der Abſchluß des Traktats, zwiſchen Bayern und Oeſtreich; der bisher die preußiſchen Angelegenheiten, in jener Gegend, verzögert hatte. Nun erſt konnte der Art. 51, der Wiener Kongreßakte vom 9. Juny 1815, in Voll-

ziehung, und Preußen in den Beſitz, der ihm zuge- wieſenen Länder im ehemahligen Saardepartement, geſetzt werden. Dieß geſchah durch das, am 1 Jul. 1816, zu Worms vollzogene kaiſerlich öſtreichſche Abtretungs- und königl. preußiſche Uebernahmepatent. Die frühern dortigen Abtretungen waren ſtets von Oeſtreich und Bayern gemeinſchaftlich geſchehen; dennoch erfolgte dieſe Abtretung nur von kaiſerl. öſtreichſcher Seite allein. Die nunmehr, von Preußen übernommenen, Theile des Saardepartements enthielten aber nicht allein die, dieſer Macht, nach dem Traktat vom 12. Juny 1815, noch zukommenden 3130 Seelen; nebſt dem Zuwachs von 120,000 Seelen, nach der Uebereinkunft vom 3. November 1815; ſondern auch die 69,000 Seelen; welche Preußen, in Gemäßheit des Art. 49 der Wiener Kongreßakte, an die oben genannten deutſchen Fürſtenhäuſer wieder abgeben ſollte.

Demzufolge wurde, preußiſcher Seits, am 9. September 1816, ein Abtretungspatent erlaſſen, nach welchem dem Herzog zu Sachſen-Koburg-Saalfeld der größte Theil der Kantone Grumbach, Baumholder und St. Wendel, nebſt einzelnen Gemeinden der Kantone Kuſel, Tholey und Ottweiler, zuſammen mit 20,000 Einwohnern, übertragen wurden. Am 11. September erfolgte auch, zu Ehrenburg, das Beſitzergreifungspatent, des neuen Landesherrn; und die wirkliche Beſitznahme ward, durch den Obriſtlieutenant Emil, von koburgiſcher, und den Regierungsrath Lotz, von preußiſcher Seite, vollzogen.

Heſſen-Homburg erhielt, durch ein gleiches Abtretungspatent, vom 9. September 1816, den Kan-

ton Meiſſenheim, mit einigen Gemeinden des Kantons Grumbach, 10,000 Seelen enthaltend. Der Neſtor der deutſchen Fürſten, Vater ſo vieler Heldenſöhne, der Landgraf von Heſſen-Homburg nahm ſofort Beſitz, von dieſem Lande, und machte, zur größten Freude ſeiner Unterthanen, am 15. July 1816, bekannt: daß er, in Gemäßheit der Wiener Kongreßverhandlungen, und des zwiſchen Preußen, Oeſtreich, und Heſſen-Darmſtadt, am 30. Juny 1816 abgeſchloſſenen Vertrages, ſeine Souveränität wieder angenommen habe.

Auch Oldenburg erhielt die, ihm zugeſicherten, 20,000 Seelen, im Saardepartement; und zwar in den Kantonen Baumholder, Herſtein, St. Wendel, Birkenfeld und Hermeskeil, angewieſen.

Mecklenburg-Strelitz hätte auch, im Saardepartement, eine Bevölkerung von 10,000 Seelen erhalten ſollen; allein, da Preußen dieſerhalb ſich, nach Konvenienz, arrangiren konnte; ſo wurde, am 18. September 1816, zwiſchen dem preußiſchen Miniſter von Humboldt, und dem mecklenburgſchen Miniſter von Oertzen, ein Traktat dahin abgeſchloſſen, daß Preußen die, im Regierungsbezirk Aachen gelegenen, Kantone Reifferſcheid, Schleiden und Kronenburg an Mecklenburg abtrat. Es ward jedoch dabey zugleich beſtimmt, daß die wirkliche Beſitznahme nicht eher erfolgen ſollte, bis mecklenburgſcher Seits darauf angetragen würde; indem beyde Theile ein anderweites Arrangement zu treffen wünſchten.

Dieſer Vertrag ſchließt mit der Bemerkung: daß er, als nicht zur öffentlichen Kundwerdung geeignet, angeſehen werden ſollte; dennoch iſt er, in dem Anhang zur preußiſchen Geſetzſammlung von 1818, amtlich bekannt gemacht worden. Seit der Zeit blieb das Schickſal, dieſer 10 000 Seelen, unentſchieden; bis durch einen, am 21. May 1819 zu Berlin abgeſchloſſenen, Staatsvertrag, Mecklenburg dieſelben an Preußen, gegen eine Million Reichsthaler abtrat.

Dieß war die letzte Territorialveränderung am Rhein; und es hatten ſonach die, im Jahr 1813 angefangenen, proviſoriſchen Verwaltungen im Jahr 1819 ihre Endſchaft erreicht; daher auch dieſe Darſtellung auf dieſen Zeitraum beſchränkt werden mußte.

Der regierende Graf von Pappenheim endlich, welcher 9000 Seelen, in dem Kanton Ottweiler, erhalten ſollte, trat ſeine Rechte an Preußen ab, und erhielt dafür, im Innern der preußiſchen Monarchie, eine Entſchädigung an Domänen; welche, nach Abzug aller Verwaltungskoſten jährlich 30,000 Reichsthaler reines Einkommen gewähren.

So war endlich die Ausgleichung, mit den zu entſchädigenden deutſchen Fürſten, beendet, und die Grenze, zwiſchen der Saar und dem Rheine, regulirt. Bingen jedoch wurde nicht preußiſch; ohnerachtet man, nach der Wiener Kongreßakte, hätte annehmen ſollen, daß dieſe Stadt der ſüdlichſte Grenzpunkt Preußens, am Rheine, hätten ſeyn ſollen.

Preußen hatte, in einem Vertrage mit dem Großherzog von Heſſen Darmſtadt, vom 10. Juny 1815, zur Ausgleichung wegen des Herzogthums Weſtphalen, dem Letztern, das nutzbare Eigenthum, der, im preußiſchen Gebiet gelegenen, Salinen zu Kreuznach zugeſichert. Am 15. July 1816 waren, auch über dieſen Gegenſtand, die Verhandlungen beendet, und die Uebergabe an Heſſen erfolgte.

Nicht minder verwickelt, als zwiſchen dem Rhein und der Saar, war auch die Berichtigung der preußiſchen Grenze, auf dem rechten Rheinufer.

Preußen hatte nämlich, in Folge der Wiener Kongreßverhandlungen, die auf dem rechten Rheinufer belegenen, oranien-naſſauiſchen Beſitzungen erhalten; wofür dieſem letztern Fürſtenhauſe das Großherzogthum Luxemburg überwieſen worden war. Die ehemahls oraniſchen Beſitzungen lagen aber größtentheils, mit den naſſau-uſingen- und naſſau-weilburgſchen Beſitzungen, vermiſcht; oder wenigſtens Preußen nicht gelegen. Es kam daher am 31. May 1815, zu Wien, ein Vertrag zu Stande; durch welchen Preußen die, an den Rhein und an das bergiſche anſtoßenden, nauſſauiſchen Beſitzungen, wodurch auch Ehrenbreitenſtein gewonnen ward, gegen die Fürſtenthümer Diez, Hadamar und Dillenburg, ſo wie gegen einen Theil des Fürſtenthums Siegen, abtrat.

Die wirkliche Beſitznahme, preußiſcher Seits, erfolgte, durch einen, zu Ehrenbreitenſtein, am 30. Juny 1815, abgeſchloſſenen Vertrag; und die Uebergabe der oraniſchen Lande geſchah, vermöge einer,

zu Dillenburg, am 24. July 1815 abgeſchloſſenen, Konvention. Zur nähern Auseinanderſetzung und Liquidation, der gegenſeitigen Schulden, Penſionen und ſo weiter, wurde, ſchon zu Ende des Jahrs 1815, eine Kommiſſion ernannt, die zu Wiesbaden unterhandelte; allein es fanden ſich ſo viele Schwierigkeiten, daß ſich dieſe Angelegenheit verzögerte; bis ſie endlich auch, durch einen, am 14. und 19. December 1816 unterzeichneten, Rezeß beendet ward.

Um eine noch beſſere Arrondirung, in Anſehung der naſſauiſchen Erwerbungen, zu erlangen, trat Preußen, am 16. Okt. 1815, an das Kurfürſtenthum Heſſen, einen Theil der, durch die Kongreßakte erhaltenen, fuldaiſchen Länder ab, und erhielt dafür die niedere Grafſchaft Katzenelnbogen. Am 5. Februar 1816 nahm Heſſen von dem fuldaiſchen Gebiet Beſitz; indem die Uebergabe, durch den preuß. Regierungspräſidenten von Motz erfolgte; nachdem der Kurfürſt ſeine früheren Unterthanen, am 31. Januar, ihrer Pflichten entlaſſen hatte. Preußen trat dieſe Erwerbungen ſofort, durch den ehemahls bergiſchen Staatsrath Hatzfeld, an Naſſau ab, und behielt dafür den Reſt des Fürſtenthums Siegen; wodurch ſich alle drey kontrahirende Staaten, auf das vortheilhafteſte, arrondirten. Zur endlichen Ausgleichung, über die, von Preußen übernommenen, naſſauiſchen Staatsſchulden, ward noch ein Rezeß, am 24. Januar 1817, abgeſchloſſen; wodurch auch hier alle Territorialangelegenheiten regulirt wurden.

Die naſſauiſchen Erwerbungen brachten den Generalgouverneur Sack, ſeit dem Juny 1815, in

vielfache Berührung, mit mehreren Standesherren und mediatiſirten Fürſten, als Wied-Neuwied, Wied-Runkel, Solms-Lych, Solms-Braunfels, (erſt ſpäterhin auch Walmoden). Da er dieſen reſpektabeln Häuſern, mit Offenheit und Vertrauen, entgegen kam, ſo durfte er ein Gleiches erwarten; und dieſe Erwartung wurde, in einem ſolchen Grade, erfüllt, daß auch nicht eine einzige unangenehme Diskuſſion Statt gefunden hat. Er nahm, als eine einfache Richtſchnur für ſein Verfahren, das königl. Edikt, vom 21. Juny 1815. Was darinnen deutlich ausgeſprochen, und mit dem proviſoriſchen Zuſtande verträglich war, ging er augenblicklich ein. Die Standesherren waren dagegen billig genug, ſich, in jeder andern Hinſicht, bis zur definitiven Organiſation, zu beruhigen.

Lange war, in dieſer Sache nichts geſchehen, bis, im Jahr 1817 und 1818, der geheime Staatsrath Klüber, zur Unterhandlung mit den mediatiſirten Fürſtenhäuſern, beauftragt ward. Ueber dieſen Gegenſtand ſind nun auch durch die „Inſtruktion, wegen Ausführung des Edikts vom 21. Jun. 1815, die Verhältniſſe der vormahls unmittelbaren deutſchen Reichsſtände, in der preußiſchen Monarchie betreffend" vom 30. May 1820 (G. S 1820. N. 9.) die Reſultate zur öffentlichen Kunde gekommen; ſo daß man hier die Grenzen der Hoheitsrechte im Innern für berichtigt annehmen darf.

Am längſten hat es gedauert, ehe die Grenzverhältniſſe des gemeinſchaftlichen öſtreich-bayerſchen Verwaltungsbezirks regulirt waren.

Es iſt bereits oben erwähnt worden, daß die, im Jahr 1815, zwiſchen Bayern und Oeſtreich, eingetretene Spannung einzig daran Schuld war. Endlich gediehen die Verhandlungen, der Territorialausgleichungskommiſſion zu Frankfurt, dahin, daß dieſe Streitigkeiten, durch einen, zwiſchen dem öſtreichſchen General von Vaquant Geozelles, den bayerſchen Miniſtern von Montgelas und von Rechberg-Rothenlöwen, am 14. April 1816, zu München abgeſchloſſenen Vertrag, dahin beygelegt wurden, daß Oeſtreich das Hausrück-, das Innviertel, Vils und Salzburg zurück erhielt, und dagegen, an Bayern, auf dem rechten Rheinufer überließ: das Amt Hammelburg im Fuldaiſchen, und das Amt Redwitz; ſo wie auf dem linken Rheinufer:

1. von den bisher gemeinſchaftlich verwalteten Ländern, a. im Donnersbergdepartement, die Kreiſe von Zweybrücken, Kaiſerslautern und Theile der Kreiſe Alzey und Speyer; b. im Saardepartement, die Kantone Blieskaſtel, Waldmohr und Kuſel;

2. Von den, von Frankreich, im Frieden 1815, gemachten Abtretungen, das Land, am linken Ufer der Lauter, im niederrheiniſchen Departement, nebſt der Bundesfeſtung Landau.

Die Territorialausgleichungskommiſſion zu Frankfurt ſollte freylich noch dahin wirken, daß Bayern ſich vollſtändig arrondirte, allein ohngeachtet hierbey, wegen der zweifelhaften Succeſſion in Baden, ſehr ſtark auf dieſen Staat gerechnet ward; ſo mußte Bayern doch, gegen ſeinen Willen, das über dem

Rhein von dem Hauptlande entfernt gelegene Land behalten. Schon am 30. April 1816 erließ der König von Bayern ſein Beſitzergreifungspatent; am 1. May machte der öſtreichſche Hofkommiſſär von Drosdick das gegenſeitige Abtretungspatent bekannt, und am 2. May erfolgte die feyerliche Beſitznahme, für Bayern, durch den Hofkommiſſär von Zwack. Landau wurde, von dem öſtreichſchen General Mazuchelli, an den bayerſchen General von Habermann, übergeben; der, während des Feldzuges 1815, im Rücken der verbündeten Heere, den wichtigen Rheinübergang, bey Fortlouis und Philippsburg, zu bewahren gehabt hatte.

So endigte die, beynahe zwey Jahre beſtandene, gemeinſchaftliche öſtreich-bayerſche Verwaltung, am Rhein; und der größte Theil jenes ſchönen Landes wurde endlich von den Uebeln einer proviſoriſchen Verwaltung befreyt.

Zu gleicher Zeit ſollte auch der, an Preußen und Heſſen-Darmſtadt fallende, Theil, des bisherigen gemeinſchaftlichen öſtreich-bayerſchen Verwaltungsbezirks, abgetreten werden; allein es fanden ſich dabey mannigfaltige Schwierigkeiten. Der Hofrath von Drosdick verwaltete daher den Ueberreſt des Landes noch ferner, als öſtreichſcher Generalkommiſſär; bis endlich, wie oben bereits erwähnt iſt, Preußen, am 1. July, ſeinen Antheil erhielt. Am längſten dauerte die Ungewißheit, in Betreff des an Darmſtadt fallenden Gebiets. Darmſtadt ſollte nämlich, in Gemäßheit eines mit Oeſtreich und Preußen, am 10. Juny 1815 abgeſchloſſenen, Vertrags, das Herzogthum Weſtphalen an Preu-

ßen abtreten, wodurch ſich Preußen arrondirte, und Darmſtadt nicht minder; indem es dafür den angrenzenden Theil des Donnersbergsdepartements erhielt. Bereits am 15. July 1815 ſollte das Herzogthum Weſtphalen, nebſt den Grafſchaften Wittgenſtein und Berleburg, an Preußen übergeben ſeyn. Allein die anderweiten Beſtimmungen, in Betreff der Auseinanderſetzung mit Bayern, gaben in dem Donnersbergsdepartement kein hinreichendes Aequivalent, für Weſtphalen; daher, am 30. Juny 1816, ein neuer Vertrag, über dieſen Tauſch, abgeſchloſſen ward; in welchem noch die Abtretung, von Amorbach und benachbarter Aemter, an Bayern, mit aufgenommen ward. Zur Entſchädigung für ſeine Abtretungen erhielt Heſſen, von Preußen, die Salinen zu Kreuznach; von Oeſtreich die Landeshoheit, über Iſenburg den Kreis Alzey, nebſt Worms, im Donnersbergsdepartement, und die Bundesfeſtung Maynz. In Folge dieſes Staatsvertrags, entließ der Großherzog, am 8. July 1816, die Einwohner Weſtphalens und der andern abgetretenen Diſtrikte, ihrer Unterthanenpflichten, und brachte dagegen ſein Beſitzergreifungspatent, der oben bemerkten Erwerbungen, zur öffentlichen Kunde. Am 15. July 1816, erließ der Oberpräſident von Vinke, von Arensberg aus, im Namen des Königs von Preußen, eine gleiche Urkunde. Der Zivilbeſitz von Manz wurde, am 12. July 1816, von dem öſtreichſchen Hofrath von Handel und dem preußiſchen geheimen Kriegsrath von Marquardt, an den darmſtädtiſchen Präſidenten von Leykam, übertragen, und, am 15. zu Worms, die Uebergabe des übrigen, auf dem linken Rheinufer gelegenen, nunmehr darmſtädti-

ſchen Gebietes, durch den kaiſerl. öſtreichſchen Hofrath von Drosdick, vollzogen.

Dieß war das Ende der öſtreichſchen Verwaltung am Rhein; und bewirkte die endlichen Grenzbeſtimmungen, an den weſtlichen Marken Deutſchlands.

Um dieſe Grenzen, gegen Frankreich, von Seiten des ganzen deutſchen Bundesſtaates, zu reguliren, ward eine Kommiſſion ernannt, die im May 1816 zuſammen trat, und ihre Operationen am Oberrhein anfing. Zum Generalkommiſſär war, öſtreichſcher Seits, der General Mazzuchelli beſtimmt; franzöſiſcher Seits aber der General Guilleminot.

Am Schluſſe dieſes Abſchnitts müſſen wir noch der Regulirung der Rheinſchifffahrtsangelegenheiten erwähnen; wozu die ſieben, am Rhein gelegenen, Staaten Kommiſſäre ernannt hatten; die, am 5. Auguſt 1816, ihre Vollmachten gegen einander auswechſelten, und ſich, für dieſen Zweck, zu Maynz, nach den Vorſchriften des Wiener Kongreſſes, förmlich konſtituirten. Die Mitglieder dieſer Kommiſſion ſind: für Baden, der Legationsrath von Müſſig, für Bayern, der Hofrath von Nau, für Heſſen, der Legationsrath Pitſch; für Naſſau, der Domänenrath Rößler, für Preußen, der vormahlige Konſiſtorialpräſident und Legiſlateur Jacobi, für die Niederlande, der Handlungs- und Kolonierath von Boncourt, und für Frankreich, der Konſervateur der öſtlich-franzöſiſchen Grenzen Hirſinger. Zum Präſidenten, für den erſten Monath, wur-

de, durch das Loos, der bayerſche Kommiſſär von Rau, und zum Sekretär, der heſſiſche Kommiſſär Pitſch, durch Wahl, beſtimmt. Die Arbeiten dieſer Kommiſſion hatte früher der Schifffahrtsausſchuß, bey dem Wiener Kongreſſe, geleitet, und der vormahlige Generaldirektor der Rheinſchifffahrtsoktroi, Eichhof, vorbereitet. Der Zweck dieſer Kommiſſion iſt: die Beſtimmung aller allgemeinen Verfügungen, und namentlich derjenigen, welche den Tarif der, den bey dem Kongreß angenommenen Grundſätzen gemäß zu erhebenden Gebühren; die Anlegung der Zollämter, ihre Organiſation und die Art der Erhebung der Rheinzölle, die Organiſation der gerichtlichen Behörden, erſter und zweyter Inſtanz; die Unterhaltung der Leinpfade, und der Arbeiten am Strombett; die Abfaſſung der Manifeſte, das Aichen der Schiffe und Ausmeſſen der Flöße; die Annahme der Maße Gewichte und Münzen, die Beſtimmung ihres Werthes gegegen einander; die Polizey für die Rheinhäfen, in denen ein- und ausgeladen wird, das Umladen der Waaren, die Schiffergilden, die Vergehn gegen die die Rheinſchifffahrt betreffenden Verordnungen, und endlich die Anſtellung der Schifffahrts- und Mauthbeamten, betreffen, zu machen.

Daß dieſe Kommiſſion in der Hauptſache nicht weit vorgeſchritten iſt, haben die, im Laufe des Jahres 1818 bekannt gewordenen Diskuſſionen, mit dem Königreich der Niederlande, dargethan. Noch dauern daher ihre Arbeiten fort. Außerdem beſteht eine Kommiſſion zur Verwaltung der Rheinſchifffahrtsangelegenheiten, ebenfalls zu Maynz; von

deren Geſchäftsumfange die darüber erfolgte Bekanntmachung einige Anſchauung gewährt.

Der Ertrag des Rheinzolles iſt bedeutend. Er betrug, im Jahr 1818: zu Berg 1,058.297 Fr.
zu Thal 1,542.807 —
Alſo im Ganzen 2,601,104 Fr.

Am ergiebigſten war der Zollertrag zu Thal, im Jahr 1817; nämlich 2,410.516 Fr.
Dazu zu Berg 1.004,254 —
Mithin im Ganzen 3,414,770 Fr.

II.

Metapolitiſche Aphorismen.

(Fortſetzung.)

Abhängigkeit, aus Ungleichheit des Eigenthums, bey völliger Gleichheit der Rechte.

§. 49. Ehe wir die Familien A. B. und C. noch durch mehrere Generationen verfolgen, werfen wir noch einen Blick rückwärts. Wir bemerken hier zuvörderſt: daß A. von ſeinem Eigenthume, überflüſſigen Unterhalt gehabt hatte. Nachdem Vater und Mutter geſtorben, war dieß bey dem Sohne noch mehr der Fall. Es wurde in einem beträchtlich höhern Grade der Fall, als dieſer ſich verheyrathete; denn er erhielt, mit ſeiner Frau, ein dem ſeinigen gleiches Vermögen; er beſaß weit mehr, als er bedurfte; war alſo reich. Die Söhne von B. waren dagegen, durch die Theilung ihres väterlichen Erbes, in einen verhältnißmäßig mindern Vermögenszuſtand verſetzt, und blieben es auch, da ſie ſich mit Perſonen verheyratheten, deren Beſitzthum geringer als das ihrige war. Indeſſen

hatten ſie doch ihr gutes Auskommen. Sie waren im Zuſtande der Wohlhabenheit. — Ganz anders war das Schickſal der Söhne Cs; davon jeder nur $\frac{1}{6}$ des väterlichen Vermögens ererbte. Sie erheiratheten ebenfalls nicht mehr als ſie ſelbſt beſaßen; und mußten ſonach, zumahl bey zahlreichen Familien, in Armuth verſinken: d. h. unter den Zuſtand herab, wo ſie ſo viel hatten, als ſie brauchten.

§. 50. Wir faſſen nun wieder den Zeitpunkt auf, zu dem wir am Ende des vorigen Abſchnittes gelangt waren. Bey zunehmendem Nothdrange, war es natürlich, daß ſich die Armen, an den Reichen wandten, d. h. an den, der Ueberfluß hatte; um denſelben, um einen Theil dieſes zu bitten. In dieſem Augenblicke, hörte, dem Weſen nach, die (politiſche) bürgerliche Gleichheit auf. Die Söhne Cs müſſen ſich gefallen laſſen, was ihnen der Sohn As für Bedingungen vorſchreibt; und dieſe mögen ſeyn, welche ſie wollen, ſo werden die erſten dadurch abhängig von dem letztern. Die natürlichſte Bedingung iſt die: daß der Vorſchuß, zu einer beſtimmten Zeit, wieder erſtattet werde; wobey, bey Ermangelung eines andern, der Arme ſeine Perſon zum Pfande einſetzt. Doch ſelbſt wenn dieß nicht der Fall war, auch keine Wiederbezahlung verlangt, ſondern das Verliehene, als Geſchenk gegeben wurde; ſo belaſtete doch den Empfänger das Geſchenk, was von ihm, mit keinem Aequivalente kompenſirt werden konnte, mit einer Verbindlichkeit; welche die Gleichheit, für immer, aufhob.

§. 51. Was war es, das den Armen in den Zuſtand perſönlicher Abhängigkeit von den Reichen ſetzte? Sein Bedürfniß. Und was war die Urſach dieſes Bedürfniſſes, das auf keine andere Weiſe Befriedigung erhalten konnte, als durch die Aufopferung, des Gleichheitsrechts? Die Ungleichheit des Eigenthumsbeſitzes. Und wie entſtand dieſe? Als natürliche und nothwendige Folge der Einführung des perſönlichen Mobiliar- und Grundeigenthums. Dabey iſt freylich der Arme noch, in dem konſtitutionellen Beſitze, aller ſeiner geſellſchaftlichen Rechte; folglich auch des Gleichheitsrechts. Aber das Uebel iſt: daß er ſich deſſelben, im Kollisionsfalle, mit dem Reichen, von dem er, durch Vorſchüſſe oder Geſchenke die er empfangen hat, oder deren er bedarf, abhängig geworden iſt, — nicht bedienen kann; welches denn freylich um nicht viel beſſer iſt, als ob er ſie gar nicht beſäße.

Unterwürfigkeit, aus Abhängigkeit; Dienſtbarkeit, Knechtſchaft, aus völliger Gleichheit.

§. 54. Iſt es, in dem Verhältniſſe der bürgerlichen Geſellſchaft, mit der Ungleichheit, erſt ſoweit gekommen; ſo muß es nothwendig auch noch weiter kommen. In den folgenden Generationen, ſind die Armen noch ärmer, und die Reichen noch reicher geworden. Hatte ein Sohn Cs den ſechſten Theil des Erbes ſeines Vaters; ſo mußte, bey einer verhältnißmäßigen Fortpflanzung, das

Beſitzthum des Enkels der ſechſte Theil des ſechſten Theils, des Beſitzthums des Groß vaters; und das des Urenkels, unter gleichen Vorausſetzungen, der ſechſte Theil des ſechs und dreyßigſten Theils ſeyn. Sah ſich nun der Sohn, oder Enkel ſchon genöthigt, zu dem Ueberfluſſe des Reichen ſeine Zuflucht zu nehmen, um ſein Bedürfniß zu befriedigen; um wie viel mehr muß dieß, bey dem Urenkel, der Fall ſeyn; um wie viel mehr muß er in den Zuſtand der Abhängigkeit gerathen, folglich das Verhältniß von dem der Gleichheit abweichen.

§. 53. Je öfter das Bedürfniß den Armen drängte, zu dem Reichen ſeine Zuflucht zu nehmen; deſto fühlbarer mußte es dem Reichen werden, daß er dadurch ein Uebergewicht, über den Armen, erhielt. Er machte alſo Schwierigkeiten, dem Bedürfniſſe des Armen abzuhelfen. Zwingen konnte ihn der Arme nicht; denn dagegen ſchützte den Reichen der geſellſchaftliche Vertrag, in ſofern er ſich auf das Eigenthum bezog. Er mußte alſo zu Bitten ſeine Zuflucht nehmen. Jeder der bittet, erkennt dadurch das Uebergewicht deſſen an, von dem er bittet.

§. 54. Der Reiche, ſeinen Vortheil benutzend, ſetzt die Bedingungen feſt, unter welchen allein er die Bitte gewähren will. Der Arme, durch ſein Bedürfniß gedrungen, kann ſie nicht verweigern, wenn ſie auch beſtimmte Beſchränkungen ſeiner Freyheit enthalten. Er ſieht ſich genöthigt, in Betreff derſelben, auf die eigene Willensbeſtimmung gänzlich Ver-

zicht zu leiſten; und die Willensbeſtimmung des Reichen, über den ſeinigen anzuerkennen. So geräth das freye Mitglied der Geſellſchaft, zu einem andern Mitgliede, in das Verhältniß der Unterwürfigkeit.

§. 55. Dieſe Unterwerfung beruhte auf einem Privatvertrage; welchen der Reiche, mit dem Armen, abſchloß. Dieſer Vertrag mußte von der Geſellſchaft für gültig anerkannt werden; da beyde Theile ihn, in dem Zuſtande freyer Willensbeſtimmung, abgeſchloſſen hatten. Vermittelſt dieſes Vertrags, erhielt der Reiche das Recht, den Armen zur Erfüllung der Vertragsbedingungen, im Verweigerungsfalle, durch Gewalt anzuhalten. — Aber es fehlte ihm auch nicht an anderweitigen Mitteln ihn dazu zu beſtimmen: denn wollte der Arme den Gehorſam verweigern; ſo verweigerte der Reiche die fernern Vorſchüſſe, oder forderte die, bereits geleiſteten, zurück; und die Geſellſchaft mußte ihm, zufolge der das Eigenthum betreffenden Grundverträge, zu ſeinem Eigenthum verhelfen.

§. 56. Es fällt in die Augen, daß die Unterwerfung ſich vermehren mußte, mit dem Bedürfniſſe des Armen; daß ſie ſich modificiren mußte, nach den Anmaßungen des Reichen. So oft der Arme ſich nothgedrungen ſah, zu dem Reichen ſeine Zuflucht zu nehmen; ſo oft ſchrieb ihm dieſer eine neue Bedingung vor; oder dehnte die alte weiter aus. So oft einer, von dieſen beyden Fällen, eintrat; eben ſo oft

ſah ſich der Arme genöthigt, von ſeinem freyen Willen mehr aufzuopfern, und den Willen des Reichen, an die Stelle des ſeinigen zu ſetzen. So wurden zuletzt (ſey es nach Jahrzehnten, oder nach Jahrhunderten) der Bedingungen ſo viele, daß ihm gar nichts mehr, von der Freyheit ſeines Willens übrig blieb; die Willkür des Reichen die einzige Richtſchnur ſeiner Handlungen war; daß der Reiche unbedingt befahl, der Arme unbedingt gehorchen mußte.

§. 57. Wir nehmen nun wieder einen beſtimmten Fall, zur nähern Veranſchaulichung dieſer Entwickelung, an. Der Beſitzer eines großen Grundſtücks konnte daſſelbe, mit der möglichſten Anſtrengung ſeiner Kräfte, nicht ganz bebauen, *folglich* nicht benutzen. Er hatte mehr Eigenthum als Kräfte. Sein armer Nachbar hingegen befand ſich in dem gerade umgekehrten Falle. Als er den Reichen um Unterſtützung bat, that ihm dieſer den Vorſchlag, oder machte die Bedingung: daß er auf ſeinem Grundſtücke mit arbeiten, ihm einen Theil ſeiner Kräfte überlaſſen ſolle. Nach dem hierüber abgeſchloſſenen Vertrage, behielt ſich der Reiche die Dispoſition, über die Anwendung dieſer Kräfte, ſo wie das Produkt dieſer Anwendung vor; d. h. er machte zur Bedingung: daß der Arme für ihn arbeiten ſolle; verſprach aber dagegen, nach Verhältniß der Arbeit, einen Theil, oder das Ganze der Bedürfniſſe des Armen

zu befriedigen; ihm eine angemeſſene Vergütung zu geben.

§. 58. Indem der Arme, auf dieſe Weiſe, einen Theil, oder das Ganze ſeiner Kräfte dem Reichen überläßt, macht er ſich auch verbindlich, in Beziehung auf die Anwendung derſelben die Willensbeſtimmung des Reichen, als Richtſchnur für den ſeinigen anzuerkennen; d. h. indem er die Arbeit verrichtet, den Befehlen des Reichen zu gehorchen. Indem dieß geſchieht, bleibt dagegen dem Reichen, neben der Diſpoſition, über den Willen und die Kräfte des Armen, die freye Beſtimmung ſeines eigenen Willens und die unbeſchränkte Diſpoſition, über ſeine eigenen Kräfte. Ihm hat Niemand zu befehlen; er hat andern zu befehlen. Er iſt und bleibt frey; während der, welcher ſich anheiſchig gemacht hat, für ihn zu arbeiten, und ihm zu gehorchen, ihm dienſtbar wurde; wodurch ſich ein ganz neues Verhältniß, in der bürgerlichen Geſellſchaft, bildete; durch welches ſie ſich natürlich, von der urſprünglichen völligen politiſchen Gleichheit, wieder um einen bedeutenden Schritt entfernte.

§. 59. Bis jetzt, nehmen wir an, hatten die Reichen, das Uebergewicht, was ihnen ihr Reichthum gab, weiter nicht gemißbraucht, als daß ſie das Bedürfniß der Armen, zu ihrer Bequemlichkeit, oder ihrem Vortheile benutzten. Das Verhältniß der Dienſtbarkeit, beruhte, wie das der Unterwürfigkeit, auf einem

freyen Vertrage; zu dem freylich der Arme, durch den Nothdrang ſeines Bedürfniſſes, aber doch nach eigenem freyen Willen, ohne äußern Zwang, beſtimmt wurde. Der Arme, auch nachdem er in das Verhältniß der Dienſtbarkeit getreten war, blieb fortwährend, zu der bürgerlichen Geſellſchaft Kommune, in dem Verhältniſſe eines freyen Mitgliedes derſelben. Er hatte noch keines ſeiner geſellſchaftlichen Rechte verloren; aber er war, in der Ausübung derſelben, beſchränkt; und es fällt in die Augen, wenn ſchon das Verhältniß der Abhängigkeit auf die politiſchen Verhältniſſe Einfluß hatte, daß und in wiefern dieß, bey dem Verhältniſſe der Dienſtbarkeit, noch mehr Statt haben mußte.

§. 60. So wichtig und weſentlich dieſe Abweichungen, von den erſten Grundbeſtimmungen und Verhältniſſen, der bürgerlichen Geſellſchaft auch waren; ſo blieb es doch auch hiebey noch nicht. Bisher ſtand einem jeden Dienſtbaren noch frey, dem Zuſtande der Dienſtbarkeit ein Ende zu machen; oder doch dasjenige Dienſtverhältniß zu ſuchen, was für ihn das vortheilhafteſte war. Allein; nehmen wir nun an, was nicht wohl ausbleiben konnte: daß ein dienſtbarer (Knecht), von ſeinem Herrn einen Vorſchuß erhielt; unter der Bedingung, ſeinen Dienſt nicht zu verlaſſen, bis er denſelben zurück gezahlt, oder abverdient habe. Wir nehmen ferner an, was eben ſo natürlich und nothwendig ſich, aus der Natur der Verhältniſſe, ergibt: daß dieſer

Vorſchuß nicht getilgt, ſondern, durch neue hinzu kommende, noch vergrößert wurde; ſo erkennt man, wie der Zwangsdienſt nicht nur entſtand; ſondern ſich verlängerte und zuletzt permanent wurde; ja, wie er von dem Vater auf den Sohn, über- und ſo von Generation zu Generation fortgehn konnte und mußte.

§ 61. Es wird dieß anſchaulich werden, wenn man ſich folgenden Fall denkt: Ein Dienſtbarer hatte beträchtliche Vorſchüſſe erhalten, und verlangte deren von neuen. Auf Seiten des Reichen, der dieſe Vorſchüſſe machte, entſtand die Beſorgniß, daß der alte ſchwächliche Dienſtmann, welcher ſie empfangen, nicht lange genug mehr leben möge, um, durch ſeine Dienſte, die Schuld zu tilgen. Er verlangte daher, daß dieſer ſeinen Sohn, zum Bürgen ſtellen ſolle; dergeſtalt, daß dieſer ſich anheiſchig mache, auf den eintretenden Sterbefall, in die Stelle ſeines Vaters zu treten, und ſo lange zu dienen, bis die Schuld abgetragen worden. Der Fall trat ein; und die Dienſtbarkeit ging ſo vom Vater auf den Sohn über.

§. 62. Nun reichten aber, nach der harten Taxe des Reichen, die dieſer allein zu machen in ſeiner Gewalt hatte, die Kräfte des Sohnes kaum hin, ſich ſelbſt und ſeiner Familie die unentbehrlichen Bedürfniſſe des Tags zu verſchaffen; wie ſollte er es anfangen, durch ſeine Arbeit, auch noch die, von ſeinem Vater auf ihn übergegangenen Schulden zu tilgen? So blieb der Rei-

che, bey ihm und ſeinen Kindern und Enkeln, beſtändig im Vorſchuſſe; ſeine und ſeiner Kinder und Enkel Kräfte und ganze Perſönlichkeit dafür beſtändig Pfandgut deſſelben. Und da dieß, der Natur der Sache nach, von Generation zu Generation ſo fort ging; ſo mußte daraus ein beſtimmtes bleibendes Verhältniß werden. Durch die Verjährung, wurde das Pfandgut, zum völligen Eigenthume. So entſtand die Leibeigenſchaft; in einer freyen Geſellſchaft aus der natürlichen und bürgerlichen Freyheit und Gleichheit.

§ 63. Man erkennt leicht den beſtimmten und weſentlichen Unterſchied des Verhältniſſes der Dienſtbarkeit, von dem der Eigenbehörigkeit, oder Leibeigenſchaft. Der Dienſtbare hat einen förmlichen widerruflichen Vertrag. Er kann ihn aufheben, oder auf andere Bedingungen ſchlieſſen. Die Eigenbehörigkeit iſt zwar auch aus einem ſolchen Dienſtvertrage urſprünglich hervor gegangen; aber dieſer iſt, auf die angezeigte Weiſe, völlig außer Kraft geſetzt, und endlich ganz vergeſſen worden. Mit dem Andenken an denſelben, gehn auch die Erinnerung ehemahliger Freyheit, und die, in der bürgerlichen Geſellſchaft, gleich den übrigen Gliedern derſelben, genoſſene Rechte verloren. Dieſer iſt der, eigenbehörig gewordene, mit der perſönlichen Freyheit, völlig verluſtig gegangen; aus einer Perſon iſt er eine Sache geworden; und, als ſolche, ein Theil des geſammt

ten Sacheigenthums deſſen, mit deſſen Vorfahren, die ſeinigen, bey Errichtung der Geſellſchaft, völlig gleiche perſönliche Rechte erhielten, und genoſſen.

Die allgemeine Gewalt kreirt eine höchſte Gewalt, durch Unterwerfung des allgemeinen Willens, unter einen höchſten Willen. Die politiſche Geſellſchaft oder bürgerliche Kommune wird nun Staat.

Entſtehung einer Obrigkeit, durch Unterwerfung des allgemeinen Willens, unter einen höchſten Willen.

§ 64. So wie die Ungleichheit des Eigenthums, auf die Verhältniſſe der Einzelnen, nachtheilig wirkte, ſo hatte ſie auch einen ähnlichen Einfluß, auf die Verhältniſſe der Geſellſchaft, als ſolche und die Erreichung ihres Zwecks. Ungerechtigkeiten, Unordnungen, Unſicherheit, Parteykampf, Zerrüttungen u. ſ. w. waren natürliche Folgen. Man erkannte, als das einzige Mittel, dieſen Uebeln abzuhelfen und die Geſellſchaft zu erhalten, die Unterwerfung des allgemeinen Willens, unter einen höchſten Willen.

§. 65. Anfangs geſchah dieß ohnſtreitig nur, für die Zeit des erkannten Bedürfniſſes, in den innern Angelegenheiten, wie für die Heereszüge. Wenn Streitigkeiten

entſtanden waren; ſo wählte man, für die Schlichtung derſelben, Richter; deren Autorität wegfiel; ſobald dieſe Streitigkeiten, durch ihren Ausſpruch, beygelegt waren. Das immer häufiger werdende und öfter wiederkehrende Bedürfniß führte dann, früher oder ſpäter, auf die Idee, die richterliche Autorität permanent zu machen, und den Wechſel, nur etwa in Betreff der damit zu bekleidenden Perſon, eintreten zu laſſen; wodurch eine Obrigkeit, in der Geſellſchaft konſtituirt wurde. Auch dieſe neue Inſtitution ging aus dem erkannten Bedürfniſſe, der Erhaltung der Ruhe und Sicherheit, in der Geſellſchaft, hervor; an welche die Sicherheit der Geſellſchaft ſelbſt geknüpft war.

§. 66. Die Einführung einer Obrigkeit, in der Geſellſchaft, beruhet, wie alle andere Inſtitutionen, in derſelben, auf einer freyen Entſchließung der Geſellſchaftsglieder; welche ſich darin, zu einem Akte des allgemeinen Willens vereinigten. Aber, in Allem, was den der Obrigkeit eingeräumten Wirkungskreis betraf, hörte fortan der allgemeine Wille auf, in der Geſellſchaft, höchſte Autorität zu ſeyn; indem dieß fortan der höchſte Wille wurde, welchen man der Obrigkeit zugeſtanden hatte. Indem dieß geſchah, vollzog die Geſellſchaft den Unterwerfungsvertrag; durch welchen die perſönliche und bürgerliche Freyheit allerdings wieder eine bedeutende Beſchränkung erhielt.

§ 67. Indeſſen mußte ſich bald ergeben, daß auch dieſe neue Inſtitution, ſo wie ſie war, zur Abhülfe des empfundenen Bedürfniſſes, noch nicht zureichte. Stolz und Anmaßung erkennen keine Autorität an, wenn nicht dieſelbe Mittel in Händen hat ihre Willensbeſtimmung geltend zu machen. Ein Reicher, oder einer der ſich im Kriege Anſehn erworben hatte ꝛc., dem der Ausſpruch des Richters mißfiel, erklärte entweder geradezu oder durch ſein nachfolgendes Betragen: daß er ſich durch den Unterwerfungsvertrag nicht ferner binden laſſen wolle; er verſagte der Obrigkeit den Gehorſam. Dem Beyſpiele des einen folgten mehrere; ſo wurde der Ungehorſam allgemein. Dem Richter, ſo lange es ihm an Zwangsmacht fehlte blieb, in dieſem Falle, nichts übrig, als den Vertrag von Seiten der Geſellſchaft für gebrochen und ſich ebenfalls von demſelben entbunden zu erklären; ſein Amt niederzulegen. Da mehrere Nachfolger in denſelben Fall geriethen und jeder, unter denſelben Umſtänden, in denſelben Fall gerathen konnte und mußte; ſo wollte Niemand das Amt wieder annehmen. Der, hieraus entſtehende Zuſtand führte dann aber wieder zu der Anerkennung der Nothwendigkeit einer ſolchen Autorität in der Geſellſchaft; und dieſe zu dem Beſchluſſe, den Richter, Fürſten u. ſ. w. mit den nöthigen Mitteln zu verſehn, dieſelbe wirkſam machen zu können; eine Zwangsmacht, (exekutive Gewalt einzurichten. Die Geſellſchaft garantirte dem Richter, Fürſten ꝛc., dieſelbe, in einem neuen und ausgedehntern Unterwerfungsver-

trage; d. h. ſie machte ſich anheiſchig, ihn, in der Ausübung des ihm übertragenen Rechtes, zu unterſtützen, wenn jemand auch dieſen Vertrag brechen, — ſich widerſetzen ſollte.

§. 68. Von der Zwangsmacht, war Strafmacht untrennbar. Strafe war, bey ihrer Einführung, ohnſtreitig nichts anders, als ein nothgedrungenes Mittel, die Widerſpenſtigen zum Gehorſam d. h. zur Erfüllung des Unterwerfungsvertrags zu bringen. So wie der Zweck der Obrigkeit war: jeden Angriff, auf Perſon und Eigenthum, zu verhindern; ſo war der Zweck der Strafe: dem Bemühn der Obrigkeit, in dieſer Hinſicht, Nachdruck zu geben. Doch wurde auch bald die ſehr natürliche und angemeſſene Einrichtung damit verbunden: im Falle, wo dieß thunlich war, dem Beleidigten und Benachtheiligten Genugthuung und Erſatz, durch die Strafe zu verſchaffen; indem dieß allerdings auch bald als nothwendig erkannt werden mußte, wenn Ruhe und Sicherheit erhalten werden ſollte.

§. 69. Bis zu dieſen Verträgen, war die höchſte Autorität in der Geſellſchaft (Souveränität) im Beſitze der Geſammtheit geweſen; welche dieſelbe, durch Beſchlüſſe des allgemeinen Willens, ausgeübt hatte. Durch dieſe Verträge iſt ſie, nach dem Verhältniſſe des Inbegriffs derſelben, an die Perſonen übergegangen, mit welchen man dieſelben abſchloß, d. h. die man in den Beſitz eines höchſten Willens ſetzte.

§. 70. Daß die Geſellſchaft, auch bey der Einrichtung dieſer Inſtitution, den Zweck des geſellſchaftlichen Vereins vor Augen hatte, iſt aus dem Vorhergehenden klar. Die alleinige Anwendung derſelben, auf die Erreichung dieſes Zwecks, war Grundbedingung, bey Begründung und Wirkſamkeit, der eingeführten höchſten Gewalt. Nur unter dieſer Bedingung hatte ſich der allgemeine Wille dem höchſten Willen untergeordnet. Es geht hieraus von ſelbſt hervor: daß, dafern die höchſte Gewalt, die dadurch beſtimmten Grenzen überſchritte, ſie dieſen Zweck außer Acht ließe, oder demſelben wohl gar entgegen wirkte, ſie ſich ſelbſt ſuspendirte; der höchſte Wille ſeine Kraft verlöre und dieſe wieder an den allgemeinen Willen überginge.

Geſetze, als ein Unterſtützungsmittel der Obrigkeit.

§. 71. Für eine Zeitlang mochte es hinreichen, eine Obrigkeit (Richter, Fürſt ꝛc.) eingeſetzt, und mit der, oben näher bezeichneten, Gewalt verſehn zu haben, um den Zweck des geſellſchaftlichen Vereins zu erreichen. Aber die Geſellſchaft dehnte ſich immer mehr aus. Es wurden Unterbehörden der Obrigkeit nothwendig; welche, in ihren Kreiſen, die Perſon der höchſten Obrigkeit repräſentirten; im Namen derſelben richteten, oder den Richterſpruch exekutirten.

§. 72. Bisher waren alle vorkommende Rechtsfälle nach den Umſtänden eines jeden beſondern Falls, zufolge der obwaltenden

Verträge und des Gutdünkens des Richters, entſchieden. Man nahm nun die Analogie hinzu; man fing an die Rechtsfälle zu klaſſificiren, und den Richterſpruch, in einem früheren, zur Norm, für die Sprüche, in allen ſpätern gleichartigen Fällen, zu machen. So begründeten ſich zuerſt Geſetze; indem man ſolche Normalentſcheidungen, anfangs im Gedächtniſſe, dann ſchriftlich ſammlete, und, durch einen Nationalbeſchluß, dem Richter zur Pflicht machte, ſich, in ſeinen Spezialentſcheidungen, nach dieſen Normalentſcheidungen zu richten.

§. 73. Die erſten Geſetze waren nichts anders, dem Kulturgrade der Geſellſchaft nach, als Entſcheidungen in Kriminalfällen. Sie waren einfach, wie die Vergehungen; immer nur durch die Vergehungen erſt veranlaßt; nach dieſen alſo auch modificirt. Sie waren und konnten alle nur von der Gattung ſeyn, welche man Strafgeſetze nennt. Sie waren und blieben ein Erleichterungsmittel des Richters; allenfalls auch Nothhülfe gegen Widerſpenſtige. Nachdem dieſe Geſetze, oder Normalentſcheidungen, zu Traditionen geworden waren, bekamen ſie die Autorität des Alters, zu ihrem, anfangs wichtigſten, in der Folge einzigen, Rechtsgrunde. Weil die Vorfahren, in ſolchen Fällen, ſo entſchieden hatten; ſo mußte, in ſolchen Fällen auch ſo entſchieden werden.

§. 74. Die Vermannichfaltigung der Verhältniſſe und Beſchäftigungen, die Modifikation der Sitten und Kultur, mußte nach und nach eine Menge von Vergehungen und Rechtsfällen, in der Geſellſchaft, veranlaſſen; für welche die altherkömmlichen Rechtsobſervanzen und Entſcheidungen nicht mehr hinreichen wollten. Der Richter ſah ſich nun genöthigt, aus eigener Machtgewalt ſelbſt neue Entſcheidungen, in den vorkommenden Fällen, nach Gutdünken zu machen; welche dann wieder für die Zukunft, in ähnlichen Fällen, zu Normalentſcheidungen, oder Geſetzen wurden.

§. 75. Mit dieſen neuen Geſetzen, veränderte ſich, nach und nach, das Rechtsprinzip. Daß es von Altersher ſo geweſen, war bis dahin das allgemeinere; ſtatt deſſen wurde es nun dieſes: der Inhaber der höchſten Gewalt, Fürſt, König ꝛc. will und verordnet es ſo. Dieſe Veränderung mußte nothwendig weſentliche und wichtige Wirkungen, auf den Zuſtand der Geſellſchaft haben. Das neue Rechtsprinzip fand nicht überall Anerkennung; ſondern wurde für Anmaßung und unrechtmäßige Ausdehnung der Machtgewalt, auf Seiten der Obrigkeit, erklärt.

§. 76. Hier konnten nun zwey Fälle eintreten; welche auch beyde faktiſch wirklich eingetreten ſind, und auf die fremde Modifikation und Ausbildung der Geſellſchaft, oder des

Staats, gewirkt haben. Entweder der Fürſt, König, fand Mittel, ſeinen Ausſprüchen allein durch die, ihm beywohnende, Machtgewalt, Anerkennung und Folgſamkeit zu verſchaffen; oder er rief die Geſellſchaftsglieder (Staatsbürger) zuſammen, um ſolche allgemeine Entſcheidungsnormen zu verfaſſen; eine geſetzgebende Verſammlung zu bilden. Im erſten Falle wird dieß eine unbeſchränkte, im letzten Falle, eine beſchränkte Monarchengewalt begründen. Im erſten Falle wird die geſetzgebende mit der ausübenden Gewalt vereint bleiben, im letztern von ihr getrennt werden.

Die monarchiſche war die erſte Form der Obrigkeit (Regierung). Entſtehung der übrigen Hauptformen.

§. 77. Bey der Entſtehung und Einſetzung der Obrigkeit, war wohl die Form derſelben, für die Geſellſchaft etwas ſehr Gleichgültiges, und das Werk des Zufalls und der Umſtände. Man dachte lediglich daran, das Bedürfniß der innern Ruhe und äußern Sicherheit zu befriedigen. Ob dieß nun, durch eine oder mehrere Perſonen, bewirkt wurde, war an ſich, kein Gegenſtand des Intereſſes. Indeſſen iſt es wahrſcheinlich: daß die erſte Form der Obrigkeit (Regierung) die monarchiſche geweſen. Nach dem natürlichen Gange der Dinge fand ſchon vorher, ein Familienregiment ſtatt; und die bürgerliche Geſellſchaft war wohl noch nicht vielmehr als eine große Familie, in dem Zeitpunkte, wo

ſich das Bedürfniß der Obrigkeit fühlbar machte. Lenkte das perſönliche Anſehn, was Weisheit oder Tapferkeit gaben, die Wahl, und empfand die ganze Geſellſchaft das Bedürfniß einer Obrigkeit, auf gleiche Weiſe; ſo iſt es höchſt wahrſcheinlich, daß man irgend Einem allein, die obrigkeitliche Würde übertrug; worin wir den, auch faktiſch genugſam bewährten, Urſprung der Monarchie haben.

§. 78. Indeſſen iſt es auch eben ſo in der Natur der Sache begründet, als es, durch die Geſchichte, faktiſch bewährt iſt: daß ſich mehrere, entweder durch Kriegsruhm ausgezeichnete, oder durch Reichthum mächtig gewordene Perſonen, zugleich, in den Beſitz der obrigkeitlichen Gewalt ſetzten, oder, nach und nach, Theilnahme daran erlangten; dergeſtalt, daß ſie dieſelbe perſönlich gemeinſam verwalteten. So entſtand die Ariſtokratie. Da die, vielleicht verhältnißmäßig große, Anzahl der Verwaltung hinderlich gefunden wurde; ſo wurde von ihnen wohl ein Ausſchuß (engerer Rath) gebildet, und dieſem die Regierung überlaſſen; oder es bildete ſich ein ſolcher durch ſich ſelbſt, mit Verdrängung der Uebrigen, vom Regimente, und ſo ging die Ariſtokratie in Oligarchie über.

§. 79. Da es meiſtens auf dem Wege der Gewalt oder der Liſt geſchah, daß ſich die Ariſtokraten oder Oligarchen der Regierung bemächtigten, und die dadurch erlangte Autorität und Macht, anſtatt

zu den Zwecken des Staats anzuwenden, zu egoiſtiſchen Zwecken mißbrauchten; ſo mußte dieß, von den Bürgern, alſo der großen Mehrzahl der Geſellſchaftsglieder, bald drückend gefunden werden. Da dieſer Mißbrauch den Unterwerfungsvertrag vernichtete; ſo durfte ſich die Mehrzahl nun wieder in den Beſitz ihrer Rechte ſetzen; wozu, wenn von Seiten der Regenten Widerſtand geſchah, Gewalt nöthig war, oder veranlaßt wurde. So entſtand Revolution.

§. 80. In Anerkennung der Folgen, welche es gehabt hatte, die höchſte Gewalt andern und zwar einigen zu überlaſſen, wollten die Bürger wieder alle Antheil daran haben. So entſtand die Demokratie; wodurch die Geſellſchaft wieder in den Zuſtand der Gemeineverfaſſung zurück trat; in welcher der allgemeine Wille, an der Stelle des höchſten Willens ſteht, und die Souveränität bey dem Volke iſt.

§. 81. Da dieſe Verfaſſung, aus den oben angeführten Gründen, nicht permanent ſeyn konnte; und auf dem angezeigten natürlichen Wege, wieder in Monarchie übergehn mußte; ſo vollendete dieſer Uebergang den Cyklus; bey welchem es darauf ankam, wie er geſchah, um zu entſcheiden: ob und in wiefern er, früher oder ſpäter wieder eintreten konnte, oder ſollte.

(Die Fortſetzung folgt.)

III.

Ueberſicht

der wichtigſten Verhandlungen der Nationalrepräſentationen von Frankreich und Großbritannien.

(Fortſetzung.)

Ueberſicht

der Verhandlungen und Beſchlüſſe, der letzten franzöſiſchen Nationalrepräſentation, in Betreff des neuen Wahlgeſetzes, und der Ausnahmegeſetze.

(Fortſetzung.)

Der, auf dieſe Weiſe, in der Deputirtenkammer, durchgetriebene Geſetzesentwurf in Betreff der „Suspendirung der perſönlichen Freyheit" — eine Bezeichnung, die wohl nicht für ganz richtig zu achten, indem dadurch, daß die Regierung die Macht erhält, einen Verdächtigen verhaften zu laſſen, und eine Zeitlang in Verhaft zu behalten, die ganze perſönliche Freyheit der Bürger, in einem Staate, noch nicht ſuspendirt wird, — überbrachte der Miniſter

des Innern, (am 17. März) der Pairskammer; wo er darauf, in Folge des Berichts und des Antrags der Kommiſſion, der er zur vorläufigen Prüfung übergeben war, nach einer kurzen Debatte, mit einer Mehrheit von 35 Stimmen (121 gegen 86), ohne irgend eine Veränderung, am 25. März, angenommen wurde.

Während dieſer Zeit, hatten (am 21.) in der Kammer der Deputirten die Debatten, über den Geſetzesentwurf, die Zenſur der Tagsblätter und Zeitſchriften betreffend, ihren Anfang genommen. Da wir ausführlich mitgetheilt, was über dieſen Gegenſtand, in der bayerſchen Ständeverſammlung *), und auch in der vorjährigen Sitzung, in der franzöſiſchen Deputirtenkammer **), verhandelt worden; ſo würden wir — da Neues wohl kaum, über ihn ſelbſt, ſey es für oder wider, nach jenen Debatten noch vorgebracht werden konnte, — wenig aus dieſer auszuheben haben, wenn die Sprecher ſich bloß auf den eigentlichen Gegenſtand beſchränkt hätten. Aber ſo nahmen die ausgezeichnetſten Redner, beſonders der liberalen Partey, nur davon Anlaß, ſich über die Ausnahmegeſetze überhaupt, oder über das ganze von der Regierung ergriffene Syſtem zu äußern, und vergebens bemühten ſich die Miniſter, ſie bey der Stange zu halten. Dieſer Art war der Vortrag, welchen der bekannte Advokat Manuel, in der Sitzung am 22. März hielt. Er ging davon aus: daß „eine Unruhe, eine Beſorglichkeit, ja ſelbſt eine ge-

*) S. Aprilſtück 1820.
**) Februarſtück 1819.

wiſſe Abneigung gegen die Regierung, in der Nation merkbar werde, und dieſe allein in der Furcht vor den Ausnahmegeſetzen ihren Grund hätten. Man könne nicht in Abrede ſtellen," ſo ging er dann zu einer Kritik des ganzen bisherigen Verfahrens über: „daß die Exzeſſe der Revolution mehr durch die Feinde, als durch die Vertheidiger derſelben veranlaßt worden. Gleichwohl habe man, zur Zeit der Reſtauration von 1814, dieſe Wahrheit verkannt; und ſie habe ſich dafür, durch traurige Folgen, gerächt. Er wolle nur, aus den damahligen Ereigniſſen, die Aechtung der Nationalfarben heraus heben; die nicht dem entthronten Fürſten, die überhaupt keiner Familie angehörten; die bloß ein Zeichen der Nationalunabhängigkeit gewesen, und durch den Sieg auf allen Punkten des Erdballs zu Ehren gebracht worden ſeyen. Die Verletzung der Preßfreyheit habe das, darüber entſtandene Mißvergnügen vermehrt. Man habe ſich das Anſehn gegeben, die Käufer der Nationalgüter zu beſchützen, und dennoch geſtattet, daß ſie ungeſtraft bedroht und ihr Gewiſſen beängſtigt worden. Wer," rief er aus, „hat die Wünſche der Nation verrathen? Wer die Verbrüderung verachtet, die der Monarch, unter ſeinen Unterthanen hergeſtellt ſehn wollte? Wer hat die Sicherheit geſtört? Die, ſo nicht aufhörten die geheimen Feinde der Konſtitution zu ſeyn, und ſie zuweilen offen angegriffen; die, welche, wie ein Redner ſich ausdrückte, nach Blut und Bürgerkrieg ſchrien, und unter der kaiſerlichen Regierung ſich reſignirten, um Tabacksverſchleiß und Lotteriebureaux zu ſolicitiren. Daher das allgemeine Mißvergnügen und Mißtrauen des Volks und des Heers; daher der 20. März. Und doch, — wie

leicht iſt es, das Zutrauen des Volks zu gewinnen! — ſtellte die Deklaration von Cambrai es wieder her. Bald aber verſchwand die ſchöne Täuſchung, vor den Gewaltthätigkeiten von 1815. Ausnahme-geſetze wurden gemacht; über faſt alle unſere Krieger wurde eine gemeinſchaftliche Degradirung ausgeſprochen; faſt alle wurden ſie mit Schmach und Unbill überhäuft. Unſere großen Städte ſahn, in das Schweigen der Betäubung verſenkt, ihre Bürger verbannt, eingekerkert, durch das Beil der Henker, durch das Eiſen der Mörder gemäht. Indeſſen richteten zwey Geſetze, das Wahl- und das Rekrutirungsgeſetz, die Hoffnungen der Freunde der Freyheit wieder auf. Ein Vorſchlag, in der andern Kammer, wollte uns das erſte rauben; eine beredte Stimme erhob ſich dagegen; das neue Miniſterium wurde geſegnet; es war populär. Aber kein Jahr war verfloſſen, und ſchon erkaltete ſein Wiederherſtellungs-eifer; ſchon erlagen dem fatalen Einfluſſe, der ſo oft unſere Hoffnungen täuſchte, und der um ſo ſchrecklicher iſt je geheimnißvoller er iſt; jemehr er, geſchloſſenen Verträgen, feyerlichen Schwüren, und dem gemeinſchaftlichen Intereſſe von Fürſt und Volk zum Trotze, den Kampf, zwiſchen der alten und neuen Regierung, wieder ins Leben ruft. Drey neue Geſetze wurden endlich in Vorſchlag gebracht, beſtimmt, uns die drey heiligſten Bürgſchaften unſerer Freyheit zu rauben. Vergebens ſtand vor ihren Augen das Beyſpiel einer benachbarten Regierung; welche wiederholten Angriffen, nur mit Hülfe der öffentlichen religiöſen Verehrung, widerſtand die das Volk der Konſtitution gewidmet. Und dieſe religiöſe Verehrung wollen die Miniſter, bey uns, ver-

nichten! Und, als ob es ihnen an dem Schrecken nicht genügte, den die drey revolutionären Geſetzesentwürfe, über das ganze Königreich verbreitet, haben ſie dieſe Geſetzesentwürfe mit denen ausgearbeitet, welche die Nation, ſeit langer Zeit, als die Feinde der Freyheit zu betrachten gewohnt war. Von dieſen laſſen ſie ſich unterſtützen; das Bündniß, vor welchem, ſeit 1815, alle Miniſter S. M. zurückſchauderten, iſt in Wirklichkeit getreten! Die Räthe des Throns verwechſeln noch einmahl Intereſſen, welche ganz Frankreich, als feindſelig, zurück ſtößt; noch einmahl legen ſie das Loos des Vaterlandes in die Hände einer Faktion, welche es 1791 in ihren Sturz hinein zog; und der die Geſchichte die Kataſtrophe von 1815, und alle ihre unglücklichen Folgen zuſchreiben wird. — Soll ich, zu dieſem traurigen Gemälde, noch den Empfang hinzu fügen, welcher dem Ausdrucke der allgemeinen Beängſtigung zu Theil geworden? Soll ich in Erinnerung bringen, daß man 80,000 der achtbarſten Bürger, als unruhige Köpfe, behandelt hat; weil ſie es wagten ihre Wünſche, für die Aufrechterhaltung der beſtehenden Inſtitutionen laut werden zu laſſen? — Und unter ſolchen Umſtänden verwundern ſich die Miniſter noch über die allgemeine Unruhe! Und, um ihr abzuhelfen, wollen ſie die Ausnahmegeſetze zur Vollziehung bringen, deren bloße Ankündigung jene Unruhe hervor gebracht hat! Und an uns wenden ſie ſich, um Beyſtand, in ihrer Verblendung!! — Was kann hier helfen, als völlige Aenderung des Syſtems? Wodurch kann das Zutrauen hergeſtellt werden, als dadurch, daß Zutrauen gezeigt wird? Ihr erſtaunt, daß die öffentliche Meynung und Schätzung ſich von

der Regierung abwendet, und ihr ſeyd es, die ihr ſie von Euch abwendig macht. Eilt denn, ſo lange es noch Zeit iſt, das Uebel was ihr geſtiftet habt, wieder gut zu machen. Eilt den geſellſchaftlichen Körper, von dem Fieber wieder zu befreyen, das ihr ihm, durch eure Vorſchläge, verurſacht; laßt Frankreich eine wahrhaft konſtitutionelle Regierung genießen, und Ihr werdet das Zutrauen bald wieder finden, über deſſen Verluſt ihr euch beklagt!" In der Sitzung am 23., redete der Marquis von la Fayette, auf ähnliche Art. „Die perſönliche Freyheit der Franzoſen," ſagte er, „habt ihr veräußert, zu Gunſten der willkürlichen Macht; und heute verlangt dieſe von euch, die Rechte des Gedankens verhöhnend, das Monopol der Verbreitung ihrer Lehren, und die größeſte Sicherheit, für ihre *Komplotte*. Das Petitionsrecht, das Wahlrecht ſind bedroht, und noch andere Entwürfe läßt eine unbeſonnene Ungeduld, in der Ferne erblicken. Während die Freyheit Europas mit Rieſenſchritten vorwärts geht; während Frankreich an der Spitze dieſer großen Entwickelung der Menſchheit bleiben will und ſoll, verſucht alſo ein Miniſterium, den man Gleisnerey nicht mehr vorwerfen darf, es, bey ſeiner retrograden Bewegung, mit fortzuziehn. — Ohne den Lobredner Englands machen zu wollen, glaube ich doch behaupten zu können: daß dort kein Miniſter ſo kühn ſeyn würde, die Suspenſion der Habeas-Corpus-Akte und der Preßfreyheit zugleich zu verlangen; daß kein Parlamentsglied gegen ſich ſelbſt, ſo feindſelig ſeyn würde, es zu billigen, und kein brittiſcher Bürger ſelbſt verleugnend genug, es zu dulden. Wollt ihr wiſſen, was Freyheit wirkt? Sagt:

ob ihr die Ruhe irgend einer Stadt, von 100 000 Seelen, in Europa, um dieſelbe Prämie aſſekuriren möchtet, als die, von Neu-York oder Philadelphia? Glaubt Ihr, auf die Dauer der Ruhe mehr rechnen zu können, wenn ihr die Garantien der Freyheiten aufhebt, die in der Konſtitution und dem Wahlgeſetze liegt? Aus welchem andern Grunde hingen alle Franzoſen an der Konſtitution, als weil ſie die feyerliche Anerkennung, vieler 1789 proklamirten Rechte, und die nothwendige Entſagung vieler früheren Anſprüche enthält? Statt froh zu ſeyn, daß ſich die Franzoſen, mit dem beſchränkten Maße von Freyheit, das in erſterer liegt, daß ſie mit einem Wahlſyſteme ſich begnügen, das nur 80,000 Wähler zuläßt, wollt ihr ihnen auch jenes und dieſes noch verkürzen? Muß der Bürger, in eurem Plane, nicht ein Anzeichen erblicken, daß ihr nach und nach, alle die Intereſſen angreifen werdet, welche er, durch dreyßigjährige Anſtrengungen, ſich errungen hat? Kaum haben wir ein Preßgeſetz erhalten, das in ſeinen Grundzügen gut und hinreichend iſt, um die Mißbräuche der Preſſe zu verhindern, deſſen Verfügungen aber nicht alle, in andern freyen Ländern, zugelaſſen wurden, und ſchon will man uns ein Ausnahmegeſetz aufdringen! So ſehr ich, für freye Expoſition der Gedanken, für freye Kritik der Handlungen der Diener der Macht bin; ſo haſſe ich doch, ſo ſehr als irgend Jemand, jene feige, grauſame, häßliche Verläumdung; aber ich glaube, daß die Unpartenlichkeit der Gerichtsperſonen, die Unabhängigkeit der Jury, die Vervollkommnung des Gemeingeiſtes, und unſere Inſtitutionen mehr Sicherheit dagegen gewähren, als die vorgeſchlagenen Verfügungen; in denen gleich-

wohl nicht auf alles Vorſehung genommen werden konnte." — Der Schluß dieſer Rede lautet, wie folgt: „Man betrachte die allgemeine Kriſis von Europa; in die man auch uns wieder zu verſetzen ſucht. Ueberall ſind die Vorrechte, mit den Rechten, im Kampfe; überall erwachen die Gefühle einer liberalen gegenſeitigen Sympathie, welche anfänglich alle Völker, unſerer großen Sache, von 1789, geneigt machte; und die nur durch die Gräuel der Anarchie, und die Ausſchweifungen des Ehrgeizes erſtickt wurden. Jede Regierung ſteht ihrer Nation gegenüber, die ſie bezahlt und ihr gehorcht. Aber Gehorſam und Bezahlung würden, von dem Augenblick an aufhören, wo die erſtere, in der Freyheit irgend eines Volks, die Rechte angreifen würde, die Alle kennen, Alle fordern. Die Koalition von Pillnitz, einſt ein unglückſchwangerer Schritt, wäre, in unſern Tagen, nur eine diplomatiſche Radotage. Im Jahre 1789 vermiſchten ſich die Soldaten Frankreichs mit den Bürgern; und daraus gingen die Generale hervor, die unſere Waffen verherrlichten. In Spanien haben die Truppen zuerſt die Konſtitution gefordert, welche die königliche Proklamation ſelbſt: aus dem allgemeinen Willen des Volks hervorgegangen, nennt. Glaubt man dagegen etwas ausrichten zu können? — Was uns anbetrifft, ſo iſt es noch Zeit, uns unſere Freyheit zu laſſen. Die Regierung nehme ihre Ausnahmegeſetze zurück. Wenn ſie aber die Konſtitution verletzt; ſo verſetzt ſie uns wieder in den Naturzuſtand unſerer Rechte und Pflichten." —

Dieſe Rede wurde, ſo wird uns erzählt, in tiefer und feyerlicher Stille angehört; die noch fortdauerte, als der Redner ſchon geendet hatte, und den Eindruck, den ſie hervor gebracht, wahrer und ſtärker als Beyfallsbezeigungen, ausſprach. Deßhalb eilte auch eben dieſer Angabe nach, der Miniſter von Pasquier auf die Rednerbühne, um denſelben zu ſchwächen; — durch eine Vertheidigung der Miniſter; in welcher er beſonders den Vorwurf von ihnen abzuwenden ſuchte, daß ſie die Konſtitution und die Freyheit vernichten wollten; indem vielmehr, „eben weil ſie die Freyheit wollten, von ihnen die Ausnahmegeſetze vorgeſchlagen wären.“ In der Fortſetzung ſeiner Rede, bemühte er ſich, die Verſammlung, auch noch „über manche andere Irrthümer,“ eines beſſern zu belehren; als da ſind: „daß ſie ein Korps von Geſetzgebern bilde; da ſie doch nur eine die Geſetze berathende Korporation ſey; daß die Souveränität in dem Parlamente eines Volks ruhe; daß eine verliehene Konſtitution nicht ſo viel werth ſey als eine, mit dem Volke berathene; indem ihr vielmehr vor dieſer der Vorzug gebühre; maßen die Verleihung (Octroi) der Konſtitution mehr Sicherheit der Fortdauer gebe; denn was in einer Berathung beſchloſſen ſey, könne in einer andern, durch einen neuen Beſchluß aufgehoben werden.“ — Dann die Wahrheit der Aeußerung: daß der 20. März (die Rückkehr Napoleons) eine Wirkung des, gleich nach der Reſtauration von der Regierung angenommenen Syſtems geweſen ſey, eben ſo beſtreitend, ſtellte er derſelben die Behauptung entgegen: nie wären die Franzoſen freyer geweſen als damahls. Auf ähnliche Weiſe wies er den Tadel, des Nichtbeybe-

haltens der Nationalfarbe zurück; indem er dieſelbe für die erſte Looſung zum Aufruhr erklärte. Dann die Mitglieder der rechten Seite (der alten ariſtokratiſchen Partey) apoſtrophirend, pries er den damahls gezeigten Enthuſiasmus; indem er das Vertrauen äußerte, daß ſie, mit ähnlichem Feuer, die Fahne der Lilie vertheidigen würden, wenn dieſelbe in Gefahr kommen ſollte, und dem Miniſterium, wegen der Verbindung mit ihnen, Glück wünſchte. „Das Band, was daſſelbe mit ihnen verbindet," ſo ſchloß er, „iſt ein ſtarkes Band; meine edlen Freunde erſchrecken nicht, vor der Macht, die das Miniſterium verlangt; ſie wiſſen, von welchen Geſinnungen es beſeelt iſt." —

Wir dürfen wohl auf die Merkwürdigkeit dieſer letztern Aeußerungen nicht erſt aufmerkſam machen. Es könnte die Frage ſeyn: ob es angemeſſen, *für ein Miniſterium*, wäre, ſo offen zu erklären: daß *es eine* Parteyverbindung eingegangen ſey, und ſich *auf* dieſe ſtütze? Doch finden wir nicht, daß dieſelbe, in dieſer Debatte, zur Sprache gebracht worden. Dagegen ſuchte ein Deputirter der linken Seite, deſſen Urtheil bey ihr ſehr in Werth ſteht, Camille-Jordan, darzuthun: „daß die Miniſter, durch die Verbindung mit den ſogenannten Ultras, in der öffentlichen Achtung verloren hätten." Er machte ihnen auch zum Vorwurf: daß ſie, aus Furcht vor chimäriſchen Gefahren, wirkliche geſchaffen, und dadurch die Schwungkraft ihrer eigenen Verwaltung geſchwächt, und das öffentliche Vertrauen vernichtet hätten."

Es dürfte hier der Ort ſeyn, über die eben berührte Verbindung, einige nähere Nachricht mitzu-

theilen; die wir freylich nur in ſofern geben und verbürgen können, als wir ſie in den öffentlichen Blättern vorfinden, und dieſe, in ihren Angaben, Glauben verdienen. Eins, das ſich durch Sachkunde und Unparteylichkeit empfiehlt, äußert ſich darüber, wie folgt: „Von dem Augenblick an, da, nach der Entfernung des H. Decazes, das jetzige Miniſterium gebildet wurde, mußte es vor allen darauf bedacht ſeyn ſich die Mehrheit, in den Kammern, zu verſchaffen; weil es einſah, daß es, ohne dieſe Mehrheit, weder mit Erfolg regieren, noch ſich auch nur halten können werde. Da es nun überzeugt ſchien, daß es die, bereits vor Entlaſſung des H. Decazes den Kammern vorgelegte, Geſetzentwürfe, in Betreff der Beſchränkung der perſönlichen Freyheit und der Preſſe, nicht zurück nehmen könne, ohne die Regierung zu kompromittiren; da es ferner glaubte, jene beyden Geſetze wären, bey den jetzigen Verhältniſſen, ganz zweckmäßig; das eine, um die, durch die Tagsblätter und Zeitſchriften — wie es dafür hielt — größtentheils veranlaßte Gährung der Gemüther zu dämpfen, und zu verhindern, daß ſie keinen neuen Nahrungsſtoff erhielte, und zugleich, um den täglichen Angriffen auf die Perſonen der Miniſter und obern Staatsbeamten, wodurch die Regierung herabgewürdigt würde, ein Ende zu machen; das andere, um Alle, die geſonnen wären, gegen die Regierung etwas zu unternehmen, in Schrecken zu ſetzen und zu erhalten, — indem ſie befürchten mußten, bey dem geringſten Verdacht, in Verhaft genommen, und, auf gewiſſe Zeit gehalten zu werden, ohne verlangen zu können, daß man ſie vor Gericht ſtellen ſolle; — ſo mußte es auf Mittel bedacht ſeyn,

eine Mehrheit, für die beyden Geſetzesentwürfe zu erhalten. Auf die Partey, welche das Decazeſche Miniſterium, während der letzten Sitzung, ſo nachdrücklich unterſtützt hatte, konnte es nicht rechnen; indem ſich dieſelbe für die Aufrechterhaltung aller konſtitutionellen Inſtitutionen ausſprach; alſo entſchieden gegen die Ausnahmegeſetze war. Es blieb daher den Miniſtern nichts übrig, als die altminiſterielle Partey, deren Wortführer, in der Deputirtenkammer, H. Lainé iſt, und diejenige Partey, welche jedem Miniſterium huldigt, und ſtets die Maßregeln eines jeden vertheidigt, alſo das rechte Centrum, und das eigentliche Centrum (gewöhnlich le Centre du Centre genannt). Durch dieſe erhielt es aber noch keine Mehrheit, und konnte dieſelbe nicht anders, als durch eine Verbindung mit der bisherigen Oppoſition der rechten Seite, (die ultraroyaliſtiſche Oppoſition genannt), erhalten. Man gibt an, daß in beſondern Konferenzen, welche H. Lainé veranſtaltet hatte, dieſe Verbindung zu Stande kam, und zwar auf die Bedingung: daß die rechte Seite, die, vom Miniſterium vorgeſchlagenen, beyden Ausnahmegeſetze, ihrem ganzen Inhalte nach, unterſtützen würde; wogegen die Miniſter, der rechten Seite, das Verſprechen gegeben hätten, nicht allein auf der Veränderung des Wahlgeſetzes zu verharren; ſondern auch die Modifikationen, des neuen, von H. Decazes noch vorgelegten, Entwurfs zu genehmigen; die, von der rechten Seite verlangt waren, um den großen Eigenthümern einen noch weit größern Einfluß, auf die künftigen Wahlen, zu verſchaffen, als ſie, nach dem Decazeſchen Projekt erhalten haben würden. Dieſer Uebereinkunft gemäß,

ſagt man, ſind die Ausnahmegeſetze, mit dem größten Nachdrucke, von der rechten Seite, unterſtützt worden; und zwar, dem größten Theile nach wenigſtens, gegen die Anſichten ihrer Freunde, außerhalb der Kammern; welche das Benehmen der rechten Seite, im Widerſpruche mit den, von ihr ſelbſt in den letzten Jahren aufgeſtellten, Grundſätzen gefunden haben. Auch blieben zwey ausgezeichnete Mitglieder dieſer Partey, in den Kammern ſelbſt, ihren Grundſätzen getreu: der Marquis von Chateaubriant, in der Pairskammer, und der Graf Labourdonaye, in der Deputirtenkammer. Beyde haben ſich mit Nachdruck, gegen die Ausnahmegeſetze, erklärt, und werden außerhalb der Kammern, von ſämmtlichen Schriftſtellern dieſer Partey, H. Fievée an der Spitze, ohne Rückhalt, unterſtützt."

Man ſieht, dieſe Darſtellung hat, in ſich ſelbſt, nichts unglaubhaftes; und da kein äußerer Grund, ſie zu bezweifeln, vorhanden iſt, ſo ſcheint es, daß ſie unbedenklich als wahr angenommen werden könne. Daher betrachtete die Gegenpartey die Ariſtokratie, als die eigentliche Urſach der Schritte der Miniſter, die ſie für inkonſtitutionell und die Freyheit unterdrückend erklärte; weil die Miniſter dieſe, ohne ihre Unterſtützung, nicht würden haben wagen können, wenigſtens ſie nicht würden ausführen können. Daher traf der Tadel die Ariſtokraten ſtärker noch, als die Miniſter; man warf ihnen Inkonſequenz, und egoiſtiſche Abſichten vor; denen ſie ſelbſt ihre eigenen Grundſätze opferten. In der Sitzung, am 27. März, machte beſonders der General Sebaſtiani,

vorzüglich aus dem Standpunkte jener Abſichten, einen ſehr kräftigen Angriff auf ſie. „Die Ariſtokratie." ſagte er, „habe einen ſo großen Antheil an allen Hof- und Staatsämtern, im Civil und Militär, an der Geſetzgebung, und an der Staatsverwaltung, daß ſie damit ſich begnügen, und nicht, durch neue Anſprüche auf Privilegien, den Theil der Nation reizen möge, deſſen Evangelium Gleichheit der Rechte wäre;" hinzuſetzend: „wie es Frankreichs Unglück ſey, daß es eine zweyfache Ariſtokratie habe; wovon nur die eine konſtitutionell ſey; die andere es aber nicht ſey, und es auch nicht ſeyn wolle. Dieſe," ſagte er ferner, „verachtet die öffentliche Meynung; aber ſie mag ſich an den Mann erinnern, den Außerordentlichſten, den die Erde, ſeit Cäſar, geſehn hat. Sein Thron iſt, trotz ſeiner ungeheuren Macht, umgeſtürzt worden. Gleichwohl würde er, den Unglücksfällen in Rußland, den Niederlagen in Sachſen, den Anſtrengungen des vereinigten Europas, widerſtanden haben, wenn Frankreich ſich nicht, für den Verluſt ſeiner Freyheiten, durch Indifferenz und Inmobilität gerächt hätte. Bayonette ſind keine ſichere Stütze der Macht; dieſelben, die in Spanien dem König geholfen, die Cortes zu verjagen, haben dieſe jetzt wieder hergeſtellt. Wo die Nation unzufrieden iſt, wird es auch bald das Heer werden." —

Ein anderes Mitglied, Manuel, griff, in eben dieſer Sitzung, die Ariſtokratie, wegen der mehr erwähnten „Verbindung und ihrer Abſichten dabey," noch beſtimmter und heftiger an, und veranlaßte dadurch einen ſehr lebhaften, ja tumultuariſchen Auf-

tritt. „Dieſe Seite,“ (die rechte nämlich, auf welcher die Ariſtokraten ihren Sitz haben) ſagte er unter andern, „billigt keineswegs die Suspenſion der perſönlichen Freyheit, und doch hat ſie dieſelbe zugeſtanden. Warum? Um ein ihr günſtiges Wahlgeſetz zu erhalten. Dieß iſt das Motiv, dieß das Band jenes monſtröſen Bündniſſes; um dieſen Zweck zu erreichen, opfert ſie dem Miniſterium die Freyheiten Frankreichs. Doch, gehn wir weiter. Warum will man ein neues Wahlgeſetz? Um die Majorität, von 1815, wieder herzuſtellen. Man hat dieß ſelbſt, auf dieſer Tribune, bekannt.“ (Großer Lärm, auf der rechten Seite, erhebt ſich; eine Stimme ruft: Niemand hat ſo etwas geſagt! der Redner fährt fort:) „Man hat geſagt, daß die rechte Seite vier Mahl decimirt ſey“ (Noch größerer Lärm entſteht; nur mit Mühe ſtellt der Präſident die Ruhe wieder her.) „Alles,“ nimmt der Redner das Wot wieder, „alles dreht ſich um das Wahlgeſetz; und,“ nach der rechten Seite ſich wendend, „ihr habt geſagt: daß dieß Geſetz, ſo wie es jetzt iſt, nicht geſtattet, daß, in dieſer Kammer, eure Partey gehörig repräſentirt werde.“ (Wir ſind keine Partey, erſchallt es, von der rechten Seite.) „Alſo, wenn ihr lieber wollt, eure Faktion. (Neuer Lärm, auf der rechten; Gelächter auf der linken Seite; Schreyen: zur Ordnung! durch beydes her. Der Redner fährt ruhig fort:) „Seit vier Jahren beklagt man ſich, daß die Deputirten der rechten Seite, mit jedem Jahre, ſich vermindern, und in gleichem Verhältniſſe die, auf der andern, ſich vermehren; welche von beyden das wahre Intereſſe Frankreichs vertheidigt haben, darüber entſcheide Frankreich;

oder vielmehr, es hat ſchon entſchieden!" (Ein Ruf, von der rechten Seite: auch während der hundert Tage?) „Auch während der hundert Tage!" ſagt der Redner mit Nachdruck; „denn man bringt dieſe doch immer nur zur Sprache, um die Entwickelung des Dramas zu motiviren, das man uns geben will." — So weit dieſe Rede; was der Redner dieſem noch hinzu fügte, betraf die Abänderungen des Wahlgeſetzes, und liegt hier alſo eigentlich außer dem Wege. Die fernere Debatte ging nun in die einzelnen Beſtimmungen des Cenſurgeſetzesentwurfs, ein; und es erfolgten, wie gewöhnlich, von der Oppoſition eine Menge von Vorſchlägen zu Amendements; die aber von den Miniſtern, wie gewöhnlich, alle zurück gewieſen wurden. Ueber dieß Streben der Oppoſition äußerte ſich eins ihrer Häupter, B. Conſtant, im Laufe dieſer Debatte, dahin: „er wiſſe es wohl, daß man ihm und ſeinen Freunden vorwerfe, durch immer neue Abänderungsvorſchläge, den Gang der Debatten zu verzögern. Allein, wenn er auch nur um vier und zwanzig Stunden die Annahme von Geſetzen verſpäte, welche die allerabſcheulichſten wären, die ſeit langer Zeit gegeben worden, weil ſie in einem Augenblicke alle das Gute zerſtören würden, was ſeit der Ordonanz vom 5. Sept. geſchehen wäre; wenn er auch dadurch nur bewirke, daß ſeine Mitbürger um eine Nacht länger ruhig ſchliefen, und der Fall der Freyheit ſo lange zweifelhaft bleibe; ſo ſey er belahnt. Aber noch ein höherer Bewegungsgrund" fuhr er fort, „beſtimmt uns zu dieſen Vorſchlägen, zu Amendements. Durch ſie dringen wir tief in alle Irrgänge der Ausnahmegeſetze ein; von denen man uns nur die äußern Umriſſe zeigen wollte; in der

Hoffnung, daß wir uns, damit begnügen würden. Aufgedeckt liegt nun der ganze Plan der Miniſter vor uns; was man ihnen nie zugetraut haben würde, ſind ſie einzuſtehn genöthigt worden. Die Vorlegung eines jeden Amendements war, für uns und für Frankreich, eine Offenbarung! Ohne dieſe Amendements würden wir nicht wiſſen, daß die, als verdächtig Verhafteten ihre nächſten Verwandten nicht ſprechen, keinen Anwalt, keine beſſere Verpflegung, als Sträflinge, ſelbſt den Troſt der Religion nicht erhalten ſollen, — denn den Gefangenen Prieſter aufzudringen; die vielleicht anderes Glaubens ſind, heißt ſie des Troſtes der Religion berauben; — daß die in den Tagsblättern Angegriffenen ſich, ſelbſt mit Zuziehung eines Anwalds, nicht darin vertheidigen dürfen; — daß unſere Debatten ſelbſt der Cenſur werden unterworfen werden; daß Umtriebe, fremde Truppen ins Land zu ziehn, Angriffe auf die Gewiſſensfreyheit oder die Nationalgüter, in den Zeitungen nicht zur Sprache gebracht werden dürfen; und die Verwerfung meiner Amendements, die ich voraus ſehe, wird zeigen, daß der Schriftſteller, ungeachtet der Feſſeln der Cenſur, in denen er ſich bewegen muß, noch obendrein vor Verantwortung und Strafe noch nicht ſicher iſt. — — Ich habe die Abſicht, durch meinen Vorſchlag die Miniſter zu zwingen, entweder, durch ihre Antwort oder durch ihr Stillſchweigen, das Frankreich eben ſo gut verſtehn wird, zu erklären: daß ſie, wenn ſie auch über die, der Cenſur unterworfenen Schriftſteller ihre willkürliche Macht ausdehnen, ſie die Unſchuldigen nur treffen wollen, um Jedermann zu ſchrek-

ken; — und zum Stillſchweigen zu bringen! Es iſt möglich," fand der Redner angemeſſen, Obigem noch hinzuzufügen, „daß meine Beſorgniſſe übertrieben ſind; aber die Erfahrung lehret, leider! daß Regierungen, wenn ſie den Weg der Willkür einmahl betreten haben, nicht mehr ſtehn bleiben können. Anfangs unterdrücken ſie nur ſo weit als nöthig iſt, um ihren Willen durch zu ſetzen; aber ſie finden Widerſtand. Sie drücken nun ein wenig mehr; die neuen Plackereyen vermehren den Widerſtand; der erhöhte Widerſtand hat Verſtärkung des Drucks zur Folge, bis er auf ſeinen höchſten Punkt getrieben wird. So organiſiren ſich die Tyrannieen. Alle, ſprechen, im Anfange, von Mäßigung; bald aber finden ſie ſich hingeriſſen, dieſelbe zu verleugnen. Als Bewegungsgründe führen ſie: Uebelwollen, Aufſtände, wahre, oder erdichtete Verſchwörungen, an; und befeſtigen ſich endlich, die Unterdrückung in ein geſetzliches Syſtem bringend. Eine faktiſche Tyranney iſt zufällig und vergänglich; die furchtbarſte iſt die, welche rechtlich begründet iſt. Wo keine perſönliche Freyheit mehr iſt, da herrſcht Tyranney. Nun aber hat die Tyranney immer zweyerley Folgen, ſie würdigt die unterdrückte Nation herab; und ſo macht ſie ſie ſtumpfſinnig, und gegen die Ehre unempfindlich. Wenden ſie Ihre Blicke," ſo ſchloß er, „auf das alte Spanien. Frey, unter ſeinen alten Cortes, war die ſpaniſche Nation die Königin der Welt, die Schiedsrichterin des Handels, die Beherrſcherin der Meere. Spanien zählte dreyßig Millionen Einwohner. Politiſcher Despotismus, und religiöſer Verfolgungsgeiſt breiteten ihre Schwingen über daſſelbe, und die Superiorität verſchwand.

Seine Schätze ſind vergeudet; ſeine Flotten flößen keine Furcht mehr ein; und neun Millionen verarmte halbnackte Einwohner, ſchleppen ſich, auf dem kaum bebaueten Boden, umher. Möge es ſich, unter dem Schirme der Freyheit, wieder erheben und ihr, deren man ſeine Nachbaren hinterliſtig berauben will, ein Aſyl öffnen! — Doch die Ausartung der Völker iſt nicht die einzige Folge der Tyranney. — Zwar wird man uns tadeln, daß wir die zweyte zur Sprache bringen; indeſſen ſind wir es nicht, die vorbereiten, was geſchehen kann; wir erklären nur, was iſt; und es würde daſſelbe ſeyn, wenn wir es auch nicht erklärten. Das, was geſchehen kann erfüllt uns mit Unruhe; denn wir, der konſtitutionellen Monarchie treu, und, mit der Konſtitution zufrieden, wir ſind es nicht, welche den Abgrund der Revolution, ohne Schaudern, wieder öffnen ſehn könnten! — Hätten loyale Spanier, am 31. Dec. 1819, gegen den König von Spanien eine ſolche Sprache geführt; wie geſchäftig würden die Inquiſitionen geweſen ſeyn! Wie viele Kerker würden ſich aufgethan haben! Wie viele Mörderinſtrumente in Bewegung geſetzt worden ſeyn! Und doch, meine Herrn, wer hätte Recht gehabt?" —

Es wird angemerkt, daß dieſe Rede einen tiefen Eindruck gemacht, Niemand ſie unterbrochen, Niemand beantwortet habe.

Am 30. März wurde endlich dieſe Debatte beendigt. Ein Redner der linken Seite, H. Mechin, äußerte ſich am Schluſſe derſelben, wie folgt: „dieſe lange und ſchwerliche Erörterung, während welcher wir mit Muth und Redlichkeit gekämpft haben, wird,

für ganz Frankreich, welches erſtaunt iſt, Minoritäten, deren Anſichten, Intereſſe, Gewohnheiten, von jeher ſo ſehr einander entgegen geſetzt waren, ſich vereinigen zu ſehn, um uns, unter dem Gewicht einer Majorität, zu erdrücken, die aus mit einander ſtreitenden Elementen beſteht: aus den Trümmern der Majorität von 1815, aus einem Theile der Anhänger des vorigen Miniſteriums, von welchem jene Majorität geſprengt wurde, und aus einer Gruppe von Staatsbeamten, welche an das Loos des jetzigen Miniſteriums das ihrige knüpfen. Was kann das politiſche Bindungsmittel dieſer Partheyen ſeyn? — Jene Trümmern der Majorität von 1815 haben erklärt: ſie ſtützten nicht das Miniſterium; ſondern das Miniſterium ſtütze ſich auf ſie; ſie wurden aber darüber, von dem Chef der Miniſteriellen, zurecht gewieſen, in Ausdrücken, die ihnen nicht gefielen. — Läßt ſich daraus etwas anders ſchließen, als daß dieſe beyden Abtheilungen der jetzigen Majorität nicht ſowohl das Miniſterium ſtützen, als dahin arbeiten, aus ihrer Mitte, eins an die Stelle deſſelben zu ſetzen; und daß die dritte Abtheilung nur die Umſtände abwarte, um dem neuen Miniſterium ihren Beyſtand darzubringen, und ihm dadurch wieder die Majorität zu verſchaffen? So iſt die Lage dieſer Verſammlung! — Die Erörterung wird ferner belehrend ſeyn, für die Wähler; als Richter über unſer Verhalten, werden ſie beurtheilen können: in wiefern das Amt eines Staatsdieners, mit dem Berufe eines Volksrepräſentanten, vereinbarlich ſey; — für die Kammer, die uns nachfolgt; ſie wird lernen, wie man mit Ihnen unterliegt; — für das Miniſterium endlich ſelbſt; das nützliche Lehren

daraus ſchöpfen kann; aber bittere Früchte, aus dem Syſteme erndten wird, das es angenommen hat, und mit einer Beharrlichkeit verfolgt, welche Frankreich und Europa zu würdigen wiſſen werden. — Ja es gibt glückliche und unglückliche Tage im Leben! Vor ſechs Jahren, um dieſe Stunde, ward Paris den Feinden überliefert, und ſechs Jahre nachher, um dieſelbe Stunde, ſieht Frankreich ſeiner edelſten Freyheiten ſich beraubt!" —

Es wurde nun über das ganze Geſetz abgeſtimmt, und daſſelbe unverändert, bey einer Anzahl von 245 Stimmenden, mit einer Mehrheit von 25 Stimmen, angenommen. Daß die königliche Beſtätigung, ſo wohl für dieſes, als auch für das Geſetz die perſönliche Freyheit betreffend, nachdem ſie nun durch beyde Kammern gegangen waren, ohne Zögerung erfolgte, bedarf wohl kaum einer Erwähnung.

Indem nun dieſe neuen Geſetze in Ausübung geſetzt werden ſollten, erließ der Präſident des Miniſterkonſeils, Herzogs von Richelieu, ein Cirkularſchreiben an die Kommandanten der Militärdiviſionen, die Generalprokuratoren, bey den Appellationsgerichten, und die Präfekten; worin er ihnen aufträgt, die Gemüther über die beyden Ausnahmegeſetze zu beruhigen; das freylich nicht eigentlich hierher gehört, da es nicht mit zu der Ueberſicht der Verhandlungen und Beſchlüſſe der Nationalrepräſentation gehört; aber hier doch auch wohl nicht ganz am unrechten Orte iſt, weil es zur Ueberſicht des Gegenſtandes gehört; daher wir es, ſeinem weſentlichen Inhalte nach, anfügen.

„Beyde Geſetze,“ ſagt der Miniſter darin, „würden nur bis zum Ende der nächſten Sitzung der Kammern dauern. Das eine derſelben ſeye gegen die Preßfreyheit gerichtet; welche täglich die Regierung angreife, die Staatsbeamten verläumde, und den Bürger, bis in ſein häusliches Leben, verfolge. Die Geſetze wären dagegen unmächtig geweſen; und ſchon habe der Geſetzgeber, auf Mittel zur Abhülfe gedacht, als ein großes Verbrechen Frankreich in Schrecken geſetzt, und die Nothwendigkeit gezeigt habe, den mordbrenneriſchen Blättern ſogleich ein Ziel zu ſetzen. Die Abſicht des Geſetzes,“ fährt er fort, „iſt offenbar die: es ſoll, indem es die feindſeligen Leidenſchaften zum Schweigen bringt, Mittel an die Hand geben, die Preßfreyheit auf gerechte repreſſive Geſetze zu gründen, und dieſen Geſetzen Wirkſamkeit, die einzige Bedingung jener Freyheit, zu verleihen. Dieß iſt der Zweck, der, über die Zeitungen und periodiſchen Schriften verhängten, Zenſur. Sie wird ſich nicht über andere Geiſteswerke erſtrecken; noch weniger das, durch §. 8. der Konſtitutionsurkunde ausgeſprochene Recht der Preßfreyheit zurück nehmen. Aber es handelt ſich darum, den immer wiederkehrenden Bemühungen Schranken zu ſetzen, welche die öffentliche Meynung, durch Ankündigung der Wiederkehr, der Zehnten und Feudalrechte, von Annullirung der Nationalgüterverkäufe, von Beugung Frankreichs, unter das Joch der Willkür und Tyranney, irre zu führen ſuchten. Gleichheit der Anſprüche, auf alle Ehrenauszeichnungen und Aemter; Gleichheit vor dem Geſetze; Freyheit der Gewiſſen; Schutz und Sicherheit für alle Arten von Eigenthum; dieß ſind die Güter, welche die

Weisheit des Königs allen Franzoſen, durch die Kon- ſtitutionsurkunde, verbürgt hat, und welche das Eine der angenommenen Geſetze erhalten ſoll. Aber es gibt Menſchen, deren Ehrgeiz, weder durch Ver- geſſenheit, noch durch Erfahrung, noch durch Wohl- thaten, zum Schweigen gebracht werden kann; wel- che aus der öffentlichen Meynung ſich eine Waffe ma- chen, und jenem wilden Fanatismus die Thore öff- nen, der in Verbrechen eine ſchreckliche Berühmtheit ſucht. Gegen dieſe wollte die Regierung, Staat und Thron in Sicherheit ſetzen; indem ſie, durch das zweyte Ausnahmegeſetz, die Ermächtigung verlangte und erhielt: Menſchen, welche, durch ſchwe- re Indizien, zu ſchweren Beſorgniſſen Anlaß gäben, in Haft zu ſetzen, und drey Monathe lang darin zu behalten; ohne genöthigt zu ſeyn, ſie vor Gericht zu ſtellen. Die Regierung verlangte eine ſolche Ein- richtung, um nicht genöthigt zu ſeyn, Umtriebe, die weitgreifende Wurzeln haben könnten, der Publizi- tät, welche eine natürliche Folge der öffentlichen ge- richtlichen Verhandlungen iſt, preis zu geben, und ſich dadurch die Mittel zu rauben, ihre Spuren wei- ter zu verfolgen. In allem Uebrigen bleibt das ge- meine Recht und das bisherige gerichtliche Verfah- ren, in ſeiner Integrität. Die Regierung hat, zu gleicher Zeit, ſich ſelbſt, gegen alle Irrthümer, be- ſonders gegen die, ſo aus Angeberey entſpringen könnten, und die rechtlichen Bürger, gegen den Miß- brauch jener Gewalt, ſicher geſtellt; ſie wollte nur denen eine heilſame Furcht einflößen, welche aus den bisherigen Formen der Gerechtigkeit, Hoffnung, ihr zu entgehen, ſchöpften. Durch einfache Darſtellung der Wahrheit, meine Herrn, werden Sie demnach

Digitized by Google

das Gerede, von Gefängniſſen und Tyranney, leicht niederſchlagen können; die dankbare Nation wird, ihrer Seits, nicht ermangeln, ſich zu erinnern, wie viel, durch die königliche Güte, ſeit der Reſtauration, für Verbeſſerung der Gefängniſſe und des Looſes der Gefangenen geſchehn iſt!"

Dieſen beruhigenden Bemerkungen, über die Ausnahmegeſetze findet der Miniſter für gut, noch folgende, über das neu projektirte Wahlgeſetz, beyzufügen. „Um die Beſorgniſſe zu nähren, habe man überdieß geſagt: dieſer Entwurf habe keine andere Abſicht, als die Deputirtenkammer zum Schattenbilde herab zu würdigen. Allein eine einfache Betrachtung werde dieſe Beſorgniß zerſtreuen. Wenn der neue Entwurf dem Geiſte der Konſtitution und des Repräſentationsſyſtems gemäß ſey; ſo würden die Debatten der Kammer alle Vorurtheile und Lügen zerſtreuen; wo nicht, ſo werde er über den Patriotismus und die Aufklärung der Kammer den Sieg nicht erringen. — Dieß iſt die ganze Geſinnung der Regierung," ſo ſchließt der Miniſter ſein Cirkularſchreiben; „daß auch die Geſinnung von ganz Frankreich damit im Einklange ſteht, geht aus dem Inhalte der zahlloſen Addreſſen hervor, zu welchen ein ſchmerzliches Ereigniß Anlaß gegeben hat. S. M. der König kennt die Pflichten, welche die Vorſehung ihm auferlegt hat; er wird die Inſtitutionen, die er begründet, befeſtigen und erhalten. Die Nation verſteht die Geſinnungen des Königs, und die Miniſter werden den Pflichten getreu ſeyn, welche dieſe ihnen auflegen." —

Dieſes Cirkularſchreiben des Miniſters iſt, des Cenſurgeſetzes ohnerachtet, der Kritik nicht entgangen. Zuvörderſt iſt bemerkt worden, was ſich auch einem jeden Unbefangenen aufdringt, daß da, wie der Eingang beſagt, daſſelbe zur Beruhigung der Gemüther, wegen der Ausnahmegeſetze, erlaſſen worden; eine Beunruhigung durch dieſelben erregt ſeyn müſſe; und daß obige Aeußerung, mit der, am Ende des Cirkularſchreibens, wo geſagt wird: daß die Geſinnungen von ganz Frankreich, mit denen der Regierung, in Betreff des Gegenſtandes, im völligen Einklange ſtänden, in Widerſpruch trete; indem, wenn letzteres ſich ſo verhielte, erſteres nicht nöthig wäre. In der That ſollte man auch, in demſelben, eine Beſtätigung deſſen finden, was faſt alle Nachrichten beſagen, und was auch in der Natur der Sache zu liegen ſcheint: daß dieſe Geſetze eine unangenehme Senſation gemacht hätten. Ausnahmegeſetze ſind eine contradictio in adjecto. Wie mag Ausnahme zum Geſetz werden; da ſie das Gegentheil vom Geſetze iſt, und nicht Statt haben kann, ohne daß das Geſetz aufhört, Geſetz zu ſeyn? Da dieß dem geſunden Menſchenverſtande gleich auffällt, ſo mußte, glauben wir, ſchon dieſe Bezeichnung den Verfügungen ſchaden. Aber mehr noch freylich mußten ihre Beſtimmungen Mißfallen erregen. „Suspenſion der perſönlichen Freyheit" iſt ein hartes Wort. Man darf wahrlich nicht zu einer Oppoſitionsparthey gehören, um darüber betroffen zu werden. Wenn dieſe Bezeichnung auch ebenfalls übel gewählt iſt, und mehr ausdrückt, als die Beſtimmungen des Geſetzes enthalten; ſo muß ſie doch, in ſofern ſie dieß ausdrücken ſoll, ſchwer auffallen. Die Einrede der

Oppoſition war wohl nicht unnatürlich: daß dieß Geſetz die lettres de cachet wieder einführen könnte und würde; und die Ausrede der Miniſter: daß immer drey von ihnen einen Verhaftsbefehl unterzeichnen müßten, konnte nicht befriedigen; da dieß doch nur beſagt: daß dieſe drey, bey der Erlaſſung einer lettre de cachet, einverſtanden ſeyn müſſen; was an der lettre de cachet an ſich nichts ändert, und in ſofern dieſelbe ein Schreckensgegenſtand iſt, dieſer Charakter auch ihr dadurch nicht genommen wird; indem die drey Miniſter, durch gemeinſchaftliches Intereſſe, zu gleichen Grundſätzen und gleicher Handelsweiſe beſtimmt, gleichſam zu einer Perſon werden. So konnte auch wohl die Verſicherung der Miniſter, daß ſie die, ihnen durch die Ausnahmegeſetze verliehene, Gewalt nicht mißbrauchen wollten, nicht hinlänglich beruhigen; da der Begriff von Mißbrauch ſchwer zu beſtimmen iſt, und, aus verſchiedenen Geſichtspunkten, auch verſchiedene Anſichten gewährt. Zudem, wenn auch eine ſolche Verſicherung, an ſich, völlig fähig wäre, eine Beruhigung zu bewirken, ſo iſt dieſe doch nur eine Wirkung, die an der Perſon klebt; dergeſtalt, daß ſie nur Statt haben kann, wenn das Publikum die Gewißheit, oder den Glauben hat, daß das Perſonal des Miniſteriums nicht bald oder leicht eine Veränderung erfahren werde. Daß nun eine ſolche Gewißheit, oder ein ſolcher Glaube, in einem Lande Statt habe und allgemein ſeyn könne, in welchem die Miniſterien ſo oft gewechſelt, als bisher in Frankreich geſchehn iſt, und überall geſchehn muß, wo ſie ſich auf Parteyen ſtützen, dünkt uns wenigſtens nicht wahrſcheinlich zu ſeyn. Daß aber letzteres der Fall in Frankreich iſt, hat der Miniſter Pas,

quier ſelbſt kund gethan; indem er dem Miniſterium, zu der Verbindung, mit der ariſtokratiſchen Partey öffentlich, in der Deputirtenkammer, wie oben angemerkt iſt, Glück wünſchte.

Was die Beſchränkung der Preßfreyheit, durch das zweyte Ausnahmegeſetz, anbetrifft; ſo erklärte zwar der Miniſter Portales, in der Sitzung der Deputirtenkammer, am 22. März, die Cenſurfreyheit der Tagsblätter und Zeitſchriften, „für eine übertriebene Ausdehnung der Preßfreyheit;" erregte aber dadurch ein Gelächter. Ein gleiches geſchah, als er hoch und heilig verſicherte: daß die Miniſter „nicht die Abſicht hätten, die eigentliche Preßfreyheit zu beſchränken." Auf das größere Publikum konnte, unſerm Bedünken nach, jene Diſtinktion, unter einer eigentlichen und einer uneigentlichen Preßfreyheit, noch weniger Eindruck machen; da der ſchlichte geſunde Menſchenverſtand ſie ſchwerlich faſſen dürfte. Darum läßt auch der Herzog von Richelieu, in ſeinem Cirkularſchreiben, den Begriff von Preßfreyheit auf ſich beruhen, und beſchränkt ſich darauf, das Geſetz, als gegen die Preßfrechheit gerichtet, darzuſtellen; und es dadurch zu rechtfertigen, daß die beſtehenden Geſetze „zu ohnmächtig" waren, um dieſen Mißbrauch zu verhüten. Dieſer Geſichtspunkt iſt bekanntlich auch, in den Beſchlüſſen der deutſchen Bundesverſammlung, dieſen Gegenſtand betreffend, aufgefaßt, und zeugt überhaupt das franzöſiſche neue Cenſurgeſetz von einer Wahlverwandtſchaft mit dieſen. Die Miniſter, beſonders die H. Siméon und Pasquier, welche in der Deputirtenkammer hauptſächlich, für

die Ausnahmegeſetze, kämpften, zogen ſich, bey der Vertheidigung dieſes, doch den Vorwurf zu, daß ſie mit ſich ſelbſt in Widerſpruch träten; indem ſie, im vorigen Jahre, die allgemeine Preßfreyheit vertheidigt hätten; und es mußte überhaupt das Mißfallen, an dieſer beſchränkenden Verfügung vermehren, daß, erſt im vorigen Jahre, die Tagsblätter und Zeitſchriften, von aller Cenſur befreyt worden; indem noch im friſchen Gedächtniß war, was man damahls, für dieſe Befreyung angeführt, und als entſcheidende Gründe betrachtet hatte. Uebrigens leidet dieß Geſetz an dem Mangel, den alle halbe Maßregeln haben; daß es die beabſichtete Wirkung nur unvollkommen gewähret, da es eludirt werden kann. Was in den Tagsblättern und regelmäßigen Zeitſchriften nicht mehr aufgenommen werden darf, wird nun in einzelnen kleinen Schriften, die der Cenſur nicht unterworfen ſind, gedruckt. Dieß ſcheint die Vorausſagung zu begründen: daß das Geſetz, ſo wie es jetzt iſt, nicht lange beſtehn dürte; indem es entweder in der nächſten Sitzung, wenn man es wagen kann, noch weiter ausgedehnt, oder zurück genommen werden wird.

(Die Fortſetzung folgt)

IV.

Fernere Vorarbeiten zur Begründung einer Konſtitution, für die preußiſche Monarchie.

Vorwort des Herausgebers.

Das Treiben und Drängen, nach einer Konſtitution, im Preußiſchen — was jedoch auch nur von einigen vorlauten Schreyern, in einigen Provinzen, veranlaßt und unterhalten wurde, — hat, in den letzten Jahren, einem ruhigen, vertrauensvollen Erwarten Platz gemacht, und nur hin und wieder wird noch von Zeit zu Zeit, aus der Verborgenheit hervor, der Verdacht rege zu machen verſucht, als habe die Regierung das Konſtitutionswerk ganz bey Seite gelegt. Daß dieß der Fall ſey, wird jedoch ſib nicht leicht jemand überreden laſſen, der den Geiſt der preußiſchen Regierung nur einigermaßen kennt, und, ohne Präokkupation, ihren Gang in dieſer Hinſicht, beobachtet. Die preußiſche Regierung hat, zur Begründung der Konſtitution, den — ohnſtreitig jedem Sachverſtändigen, als höchſt zweckmäßig erwieſenen — Plan angenommen: zuvörderſt die Grundverhältniſſe der bürgerlichen Geſellſchaft feſt zu ſtellen, worauf die Verfaſſung zu errichten iſt. So legt ein verſtändiger Baumeiſter zuerſt ein ſolides Fundament, wenn er ein Gebäude, zumahl für die Dauer, errichten will.

Zuerſt hat die preußiſche Regierung, dieſem Plane gemäß, die bäuerlichen Verhältniſſe geſetzlich beſtimmt. Sodann hat ſie die Verhältniſſe des hohen Adels, oder der ſogenannten Mediatiſirten feſtgeſetzt; welches eben ſo nothwendig war, bevor zu etwas Weiterm geſchritten werden ſollte. Und, wie wir, aus guter Quelle verſichern können, iſt man jetzt damit beſchäftigt, die Städtebürgerverhältniſſe, für die ganze Monarchie zu revidiren und zu reguliren, oder die allgemeine Munizipalverfaſſung zu entwerfen; und damit bereits ſo weit gediehen, daß ihre Publikation, im Kurzen erwartet werden kann. Die geſetzlichen Beſtimmungen, in Betreff des erſtern Verhältniſſes, haben wir zu ſeiner Zeit mitgetheilt *); die, in Betreff des zweyten Gegenſtandes, folgen hier, und die, in Betreff des dritten, werden wir nicht ermangeln, nachfolgen zu laſſen; ſobald ſie bekannt gemacht ſeyn werden.

Geſetzliche Beſtimmung in Betreff der Verhältniſſe des hohen Adels, in der preußiſchen Monarchie.

A.

Verordnung, betreffend die Verhältniſſe der vormahls unmittelbaren deutſchen Reichsſtände, in den preußiſchen Staaten. Vom 21. Juny 1815.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen u. ſ. w. er-

*) S. die Zeiten. B. 49. S. 356. u. B. 50. S. 64. u. 337.

klären hiermit, und fügen allen Unſern Staatsbehörden und Unterthanen zu wiſſen. Da nach den Unterhandlungen, auf dem Kongreſſe zu Wien, verſchiedene Beſitzungen, der vormahls unmittelbaren deutſchen Reichsſtände, Unſerer Monarchie einverleibt ſind; namentlich die dem Herzog von Aremberg gehörige Grafſchaft Recklinghauſen, der ſüdliche Theil von Rheina-Wollbeck dem Herzog von Looz gehörend, Dülmen, dem Herzog von Croy, die ſämmtlichen Beſitzungen, im ehemahligen Münſterſchen, den Fürſten und Rheingrafen von Salm, die Grafſchaft Rittberg dem Fürſten von Kaunitz, die Grafſchaft Homburg dem Fürſten von Wittgenſtein, die Grafſchaft Steinfurt, Rheda und Gütersloh den Grafen von Bentheim, Gimborn, und Neuſtadt den Grafen von Wallmoden, Wied-Neuwied und Wied-Runkel, den Fürſten von Neuwied und Runkel, die ſolmſchen Beſitzungen, welche bisher unter naſſauiſcher Hoheit waren, dem Fürſten und Grafen von Solms gehörend; von den mehreſten unter ihnen auch der Wunſch geäußert worden, Unſerm Staate angeſchloſſen zu werden; ſo haben Wir, durch ein beſonderes Edikt, die Rechte und Vorzüge ausſprechen und feſtſetzen wollen, welche jene, Uns nun angehörigen vormahligen, deutſchen Reichsſtände, als eine ihrem Stand gemäße Auszeichnung genießen ſollen.

1. Zuvörderſt wiederholen und beſtätigen Wir hier, alles dasjenige, was ihnen und dem ehemahls unmittelbaren Reichsadel, in der, zu Wien, am 8. Juny d. J., unterzeichneten deutſchen Bundesakte,

im XIV. Artikel verſichert worden iſt, welches von Wort zu Wort folgendermaßen lautet:

„Um den, im Jahre 1806 und ſeitdem, mittelbar gewordenen ehemahligen Reichsſtänden und Reichsangehörigen, in Gemäßheit der gegenwärtigen Verhältniſſe, in allen Bundesſtaaten einen gleichförmig bleibenden Rechtszuſtand zu verſchaffen, ſo vereinigen die Bundesſtaaten ſich dahin: a. daß die fürſtlichen und gräflichen Häuſer fortan nichts deſto weniger zu dem hohen Adel in Deutſchland gerechnet werden, und ihnen das Recht der Ebenbürtigkeit, in dem bisher damit verbundenen Begriffe, verbleibt; b. Sind die Häupter dieſer Häuſer die erſten Standesherren, in dem Staate, zu dem ſie gehören; ſie und ihre Familien bilden die privilegirteſte Klaſſe in demſelben; insbeſondere in Anſehung der Beſteuerung. c. Es ſollen ihnen überhaupt, in Rückſicht ihrer Perſonen, Familien und Beſitzungen, alle diejenigen Rechte und Vorzüge zugeſichert werden oder bleiben, welche aus ihrem Eigenthum und deſſen ungeſtörtem Genuſſe herrühren, und nicht zu der Staatsgewalt und den höheren Regierungsrechten gehören. Unter vorerwähnten Rechten ſind insbeſondere und namentlich begriffen: 1. die unbeſchränkte Freyheit, ihren Aufenthalt, in jedem zu dem Bund gehörenden, oder mit demſelben in Frieden lebenden Staat zu nehmen. 2. Werden, nach den Grundſätzen der frühern deutſchen Verfaſſung, die noch beſtehenden Familienverträge aufrecht erhalten, und ihnen die Befugniß zugeſichert, über ihre Güter und Familienverhältniſſe, verbindliche Verfügungen zu treffen; welche jedoch dem Souverän vorgelegt, und bey den

höchſten Landesſtellen, zur allgemeinen Kenntniß und Nachachtung, gebracht werden müſſen. Alle, bisher dagegen erlaſſenen, Verordnungen ſollen, für künftige Fälle, nicht weiter anwendbar ſeyn. 3. Privilegirter Gerichtsſtand und Befreyung von aller Militärpflichtigkeit, für ſich und ihre Familie. 4. Die Ausübung der bürgerlichen und peinlichen Gerechtigkeitspflege, in erſter, und, wo die Beſitzung groß genug iſt, in zweyter Inſtanz; der Forſtgerichtsbarkeit, Ortspolizey und Aufſicht in Kirchen- und Schulſachen, auch über milde Stiftungen; jedoch nach Vorſchrift der Landesgeſetze; welchen ſie, ſo wie der Militärverfaſſung, und der Oberaufſicht der Regierungen, über jene Zuſtändigkeiten, unterworfen bleiben. — Dem ehemahligen Reichsadel werden die, ſub Nr. 1 und 2 angeführten, Rechte, Antheil der Begüterten an Landſchaft, Patrimonial- und Forſtgerichtsbarkeit, Ortspolizey, Kirchenpatronat und der privilegirte Gerichtsſtand, zugeſichert. Dieſe Rechte werden jedoch, nur nach der Vorſchrift der Landesgeſetze, ausgeübt. — In den, durch den Frieden von Lüneville vom 9. Februar 1801, von Deutſchland abgetretenen, und jetzt wieder damit vereinigten Provinzen, werden, bey Anwendung der obigen Grundſätze, auf den ehemahligen unmittelbaren Reichsadel, diejenigen Beſchränkungen Statt finden, welche die dort beſtehenden beſondern Verhältniſſe nothwendig machen."

2. Wollen wir Uns fortwährend, bey der deutſchen Bundesverſammlung, dafür verwenden, daß den ehemahls unmittelbaren Reichsſtänden, alſo auch jenen Uns angehörenden, einige Curiatſtimmen,

In Pleno der deutſchen Bundesverſammlung, beygelegt werden.

3. Sollen ſie nicht nur bey dem Beſitz ihrer ſämmtlichen und davon herrührenden Einkünfte geſchützt, ſondern auch die direkten Steuern ihnen belaſſen werden; jedoch ſind dieſe einer Reviſion zu unterwerfen, und, nach angemeſſenen Grundſätzen, denen Unſerer Unterthanen gleich, zu reguliren, nur zu des Landes Beſten zu verwenden, auch ohne Unſere Genehmigung nicht zu erhöhen.

4. Sollen ſie, für ihre Perſonen und Familien, deßgleichen für ihre Domänen, der Steuerfreyheit, von gewöhnlichen Perſonal- und Grundſteuern, genießen; welches jedoch nicht auf außerordentliche und Kriegsſteuern zu beziehen iſt; zu welchen ſie verhältnißmäßig mit beyzutragen verbunden ſind. Die indirekten Steuern, davon Niemand frey ſeyn kann, zieht der Staat, und läßt ſie, durch ſeine Behörden, erheben.

5. Soll ihnen die Benutzung der Jagden aller Art, deßgleichen der Berg- und Hüttenwerke verbleiben; jedoch dergeſtalt, daß ſie ſich den Anordnungen des Staats fügen, und dieſem den Verkauf der erzielten Metalle, Mineralien und Fabrikate, nach den Marktpreiſen, laſſen müſſen.

6. Sind ihre Unterthanen der Militärverfaſſung Unſers Staats, unterworfen. Es bleibt den Standesherren indeſſen frey, Ehrenwachen, aus Männern, die ihre Militärverpflichtung erfüllt haben, beſtehend, zu halten.

7. In ſofern ſie ehemals zwey Inſtanzen hatten, und im Stande ſind, die Gerichte entweder allein, oder in Verbindung mit ihren Agnaten, gehörig, nach den Landesgeſetzen, zu konſtituiren, ſoll ihnen dieſes ferner geſtattet werden. In der dritten Inſtanz, wird ſolchen Falls, bey Unſern Oberlandesgerichten, Recht genommen; bey denen die Standesherren ſelbſt, und die zu ihren Familien gehörenden Perſonen, ihren privilegirten Gerichtsſtand haben ſollen. Die, von ihren Gerichten erkannten, Strafen ſind der Reviſion der Oberlandesgerichte unterworfen; jedoch wird den Standesherren das Recht vorbehalten, auf Minderung oder Erlaſſung der Straferkenntniſſe, bey Uns anzutragen.

8. Uebrigens ſind ſie Unſern Geſetzen und allgemeinen Polizey-, Handels- und andern Anordnungen, und der Oberaufſicht des Staats, in allen Stücken, unterworfen; jedoch ſoll die Ausübung und Exekution, von ihnen und ihren Behörden geſchehen; zu welchem Ende ihnen auch freyſtehen ſoll, verhältnißmäßig einen oder mehrere Landräthe, Uns, durch Unſere Regierung, zur Genehmigung, zu präſentiren.

Es iſt Unſer ernſtlicher königlicher Wille, daß dieſer Unſrer Verordnung, welche Wir für ein unveränderliches Geſetz Unſers Königreichs erklären, allenthalben nachgelebt und ſolche treulich beobachtet werde. Wir gebieten ſolches demnach allen Unſern Behörden und Unterthanen, und wollen, daß dieſe Verordnung gehörig bekannt gemacht werde.

Urkundlich unter Unſerer Höchſteigenhändigen Unterſchrift und beygedrucktem königl. Inſiegel.

So geſchehen Berlin, den 21. Jun. 1815.

(L. S.) Friedrich Wilhelm.

C. F. von Hardenberg.

B.

Inſtruktion

wegen Ausführung des Edikts vom 21. Juny 1815, die Verhältniſſe der vormahls unmittelbaren deutſchen Reichsſtände in der preußiſchen Monarchie betreffend.

Vom 30. May 1820.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen ꝛc. ꝛc. haben durch Unſere Verordnung vom 21. Juny 1815 die Verhältniſſe der, Unſerer Monarchie einverleibten, vormahls unmittelbaren deutſchen Reichsſtände im Allgemeinen beſtimmt. Da jedoch die darin enthaltenen Grundſätze bey der Anwendung mancherley Schwierigkeiten gefunden, ſo wollen Wir, zur näheren Entwickelung derſelben und zur vollſtändigen Ausführung des, durch ſie und durch den in Unſere Verordnung aufgenommenen 14. Artikel der deutſchen Bundesakte begründeten, Rechtszuſtandes jener vormahls unmittelbaren deutſchen Reichsſtände, nachdem Wir auch zuvor deren Wünſche und Anträge in einer mit ihnen gepflogenen Verhandlung näher vernommen, Nachſtehendes hierdurch feſtſetzen.

§. 1. Als vormahls unmittelbare deutſche Reichsſtände, auf welche Unſere Verordnung vom 21. Jun. 1815 Anwendung findet, ſind zu betrachten:

I. in der Provinz Weſtphalen: 1. der Herzog von Aremberg, wegen der Grafſchaft Recklinghauſen; 2. der Fürſt von Bentheim-Steinfurth, wegen der Grafſchaft Steinfurth; 3. der Fürſt von Bentheim-Rheda, wegen der Herrſchaft Rheda und der Grafſchaft Hohen-Limburg; 4. der Freyherr von Boemmelberg, als Beſitzer der Herrſchaft Gehmen; 5. der Herzog von Croy, wegen der Herrſchaft Dülmen; 6. der Fürſt von Kaunitz-Rietberg, wegen der Grafſchaft Rietberg; 7. der Herzog von Looz-Corswaren, wegen ſeines Unſerer Monarchie einverleibten ſüdlichen Antheils von Rheina-Wolbeck; 8. der Fürſt, vormahlige Rheingraf von Salm-Horſtmar, wegen der Grafſchaft Horſtmar; 9. der Fürſt von Salm-Kyrburg, wegen ſeines Antheils an Ahaus und Bocholt; 10. der Fürſt von Salm-Salm, wegen ſeines Antheils an Ahaus und Bocholt und wegen der Herrſchaft Anholt; 11. der Fürſt von Sayn-Wittgenſtein-Berleburg, wegen ſeines Antheils an der Grafſchaft Wittgenſtein; 12. der Fürſt von Sayn-Wittgenſtein-Hohenſtein, wegen ſeines Antheils an der Grafſchaft Wittgenſtein.

II. in der Provinz Niederrhein: 1. der Fürſt von Solms-Braunfels, wegen der Aemter Braunfels und Greifenſtein; 2. der Fürſt von Solms-Lich und Hohen-Solms, wegen des Amts Hohen-Solms; 3. der Fürſt von Wied-Neuwied, wegen der niedern Grafſchaft Wied mit Ausnahme des Amts Grenzhauſen; 4. der Fürſt von Wied-Runkel, wegen der obern

Grafſchaft Wied mit Ausnahme des Amts Runkel, dann wegen der Aemter Alten-Wied und Neuerburg.

III. in der Provinz Kleve-Berg: der Fürſt von Sayn Wittgenſtein Berleburg, wegen der Herrſchaft Homburg an der Mark.

§. 2. Die vorgenannten, Unſerer Hoheit (Souveränetät) als erſte Standesherren unterworfenen, vormahls unmittelbaren deutſchen Reichsſtände, genießen für ihre Perſonen und Familien, ſofern ſie zu den fürſtlichen und gräflichen Häuſern gehören und für ihre ſtandesherrlichen Beſitzungen diejenigen beſondern Rechte und Vorzüge, welche ihnen durch Unſere Verordnung vom 21. Juny 1815 und durch den in ſelbige aufgenommenen Artikel 14. der deutſchen Bundesakte zugeſichert ſind. Dagegen liegen ihnen auch die Pflichten ob, welche aus ihrer Unterwerfung unter Unſere Hoheit (Souveränetät) entſpringen.

§. 3. Die Häupter der ſtandesherrlichen Familien haben nicht nur bey jeder königlichen Regierungsveränderung, ſondern auch bey ihrer Sukzeſſion in die Standesherrſchaft, Uns und Unſern Nachfolgern in der Regierung die Huldigung zu leiſten. Wird dieſe von Uns und Unſern Nachfolgern unmittelbar eingenommen, ſo muß auch die Leiſtung von den Standesherren perſönlich geſchehen; außerdem können ſie dieſelbe mittelſt Einſendung einer Urkunde nachſtehenden Inhalts an die Behörde, welche mit Einnahme der Huldigung beauftragt wird, ablegen: Ich, der unterzeichnete königlich preußiſche Standesherr, gelobe und verſpreche hiermit für mich und alle meine

Nachfolger, daß ich Seiner königlichen Majeſtät ꝛc. ꝛc. und Allerhöchſtdero Nachfolgern in der Regierung von wegen meiner Perſon und meiner inländiſchen ſtandesherrlichen Beſitzungen und Gerechtſame, als meinem rechtmäßigen Oberhaupte (Souverän) alle ſchuldige Treue, Ehrerbietung und Gehorſam unverbrüchlich leiſten, auch nach meinen Kräften alles dasjenige thun oder laſſen will, was zur Abwendung Allerhöchſtdero Schadens, oder zur Beförderung Allerhöchſtdero Nutzens dienen kann. So wahr mir Gott helfe u. ſ. w. Urkundlich unter meiner eigenhändigen Unterſchrift und beygedruckten Siegel. In vorſtehender Art iſt auch die Huldigung von denjenigen Standesherren nachzuholen, welche ſie noch nicht geleiſtet haben.

§. 4. Zu gehöriger Ablegung der Lehnspflicht in allen Veränderungsfällen, wo es ſich gebührt, ſind die Standesherren auch fortan in ſo weit verpflichtet, als ſie noch zu Uns in Lehnsverhältniſſen ſtehen.

§. 5. Die Standesherren ſind ſowohl für ſich und ihre Familien, als auch bey Ausübung aller ihnen zuſtehenden Gerechtſame den allgemeinen Landesgeſetzen unterworfen.

§. 6. Die Standesherren und die ebenbürtigen Mitglieder ihrer Familien ſind berechtigt, die vor Auflöſung der deutſchen Reichsverbindung inne gehabten Titel und Wappen zu führen, jedoch mit Hinweglaſſung ſolcher Worte und Symbole, durch welche einzig ihr Verhältniß zu dem deutſchen Reiche, oder ihre vormahlige Eigenſchaft reichsſtändiſcher oder reichsunmittelbarer regierender Landesherrn, bezeichnet ward.

§. 7. In Abſicht auf das Kanzleyzeremoniel, wird aus Unſerm Kabinet, den Standesherren von fürſtlichen und gräflichen Häuſern, das Ehrenwort: Herr (Herzog, Fürſt, Graf) oder Frau (Herzogin, Fürſtin, Gräfin) gegeben und von allen Landesbehörden iſt ſämmtlichen Standesherren und den Mitgliedern ihrer Familien in den an ſie ergehenden amtlichen Ausfertigungen, die ihrer Geburt angemeſſene Kourtoiſie (Durchlaucht, Hochgeboren) zu ertheilen. Außerdem ſollen denſelben bey allen feyerlichen Gelegenheiten, diejenigen Vorzüge zu Theil werden, welche ihrem bevorrechteten Standesverhältniſſe angemeſſen ſind.

§. 8. Den, die Standesherrlichkeit ausübenden Häuptern ſtandesherrlicher Familien von fürſtlichen oder gräflichen Häuſern, ſo auch den, die Standesherrlichkeit verwaltenden mütterlichen oder agnatiſchen Hauptvormündern oder Adminiſtratoren, bleibt unbenommen, in ihren Kanzleyſchreiben, Vollmachten und andern offenen Erklärungen, wenn ſolche nicht an Unſere Hof- Staats- und Militärbehörden gerichtet ſind, von ſich in der mehrfachen Perſon durch Wir und Uns zu ſprechen.

§. 9. In den ſtandesherrlichen Bezirken kann in dem Kirchengebet, nach Uns und den Mitgliedern Unſers Hauſes, auch des Standesherrn und ſeiner Familie Erwähnung geſchehen. Dem gemäß wird die Gebetsformel von Unſerer geiſtlichen Oberbehörde beſtimmt werden.

§. 10. Auch kann daſelbſt öffentliche Trauer Statt finden, nach dem Ableben des Standesherrn,

ſeiner Gemahlin und ſeines vermuthlichen Nachfolgers, mittelſt Trauergeläuts und Unterbleibung öffentlicher Luſtbarkeiten.

§. 11. Den Häuptern der ſtandesherrlichen Familien ſteht frey, innerhalb ihres ſtandesherrlichen Bezirks aus ihren Privateinkünften Ehrenwachen zu unterhalten, welche jedoch dadurch von der allgemeinen Militärpflicht nicht befreyet werden.

§. 12. Die Standesherren und die Mitglieder ihrer Familien genießen die unbeſchränkte Freyheit, ihren Aufenthalt in jedem zum deutſchen Bunde gehörigen oder mit demſelben in Frieden lebenden Staate zu nehmen.

§. 13 Sie und die Mitglieder ihrer Familien haben die Befreyung a. von aller Militärpflichtigkeit, b. von ordentlichen Perſonalſteuern jeder Art, aber nicht c. von indirekten Steuern, denen ſie innerhalb und außerhalb ihrer ſtandesherrlichen Bezirke gleich andern Landeseinwohnern unterworfen ſind. Von dem Erbſchaftsſtempel ſind ſie jedoch bey Sukzeſſionen in die Standesherrſchaft, welche in der Familie Statt finden, unbedingt, bey andern Erbſchaften oder Vermächtniſſen aber nur in ſofern befreyt, als dieſe innerhalb der Standesherrſchaft ihnen zufallen.

§. 14 Für Civilſtreitigkeiten haben die Standesherren und die Mitglieder ihrer Familien, einen privilegirten Gerichtsſtand, dergeſtalt, daß in ihren perſönlichen Rechtsſachen, deßgleichen in ſolchen, welche ihre ſtandesherrlichen Beſitzungen oder die dieſen anklebenden Gerechtſame betreffen, dasje-

nige Oberlandesgericht kompetent iſt, in deſſen Gerichtsſprengel ſie in Hinſicht auf ihren Wohnort, oder nach den übrigen, bey der Sache eintretenden Verhältniſſen, zufolge der Landesgeſetze, gehören.

§. 15. Standesherren ſind niemahls aus dem Grunde allein, weil ſie in Unſerer Monarchie eine Standesherrſchaft beſitzen, vor den hieſigen Gerichten in bloß perſönlichen Angelegenheiten Recht zu nehmen verbunden. Dagegen ſind ſie, im Falle ſie in mehreren Bundesſtaaten ſtandesherrliche Beſitzungen oder einen auf andere Art geſetzmäßig begründeten, mehrfachen Perſonalgerichtsſtand haben, nach erlangter Volljährigkeit verpflichtet, vor dem Oberlandesgerichte, in deſſen Bezirke die Standesherrſchaft gelegen iſt, zu erklären, welchen in= oder ausländiſchen Ort ſie als ihren Wohnſitz betrachtet haben wollen.

§. 16. Gewillkürte und teſtamentliche, inſonderheit Stamm= oder Familienausträge, ſind in Civilſtreitigkeiten der Mitglieder einer ſtandesherrlichen Familie unter ſich nur in ſofern kompetent, als diejenigen Verfügungen, worin ſolche feſtgeſetzt ſind, Unſere Beſtätigung erhalten haben.

§. 17. In peinlichen Sachen, mit Ausnahme der in Unſerem Dienſte begangenen Verbrechen, genießen die Häupter der ſtandesherrlichen Familien, ſofern ſie nicht den Gerichtsſtand eines Oberlandesgerichts vorziehen, einen privilegirten Gerichtsſtand vor Austrägen und es findet dabey folgendes Verfahren Statt: a. die Unterſuchung gebührt dem Oberlandesgerichte, welches nach den Landesgeſetzen kompetent iſt, und wird von einem durch das Präſidium

zu ernennenden Mitgliede, unter Vorſitz des Präſidenten oder eines Direktors, geführt. b. Die ordentlichen Kriminalgerichte und Polizeybehörden jeden Orts ſind befugt und verpflichtet, wo nach den Geſetzen überhaupt ein hinreichender Grund dazu vorhanden iſt, ſich des Angeſchuldigten auf eine dem Stande der Perſon angemeſſene Weiſe zu verſichern. Sie müſſen jedoch hiervon ohne Verzug dem Oberlandesgericht ihres Bezirks Anzeige machen und dieſes hat innerhalb dreymal vier und zwanzig Stunden, nach erhaltener Anzeige, über die Rechtmäßigkeit der Haft und über die Einleitung des peinlichen Verfahrens, einen Beſchluß zu faſſen. c. Von dem Augenblick an, wo die Verhaftnehmung für rechtmäßig erkannt iſt, bis zur völligen Wiedereinſetzung des Angeſchuldigten in ſeinen vorigen Stand oder bis zu ſeinem Ableben, gebührt die Ausübung der ſtandesherrlichen Gerechtſame dem vermuthlichen Nachfolger, oder, wenn dieſer hieran verhindert iſt, dem nächſten Agnaten, in deren Ermangelung einem von Uns zu ernennenden Adminiſtrator. Die Vermögensverwaltung kommt in einem ſolchen Falle demjenigen zu, welchen die Familienſtatute, wo aber dieſe nichts darüber enthalten, die Landesgeſetze beſtimmen. d. Nach geſchloſſener Unterſuchung werden die Akten an Unſer Juſtizminiſterium geſendet. Dieſes bringt zehn ebenbürtige Standesgenoſſen, oder in deren Ermangelung, Perſonen, die ihnen an Rang oder Geburt am nächſten ſtehen, dem Angeſchuldigten in Vorſchlag, von welchen dieſer innerhalb vier und zwanzig Stunden nach gemachter Vorlegung, fünf auswählt. Die Ausgewählten werden von Uns,

mittelſt Kabinetsbefehls, zur Abhaltung des Auſträgalgerichts nach Berlin berufen. e. Unſer Juſtizminiſter, welcher in dem Auſträgalgericht den Vorſitz führen ſoll, verſammelt die einberufenen Auſträgalrichter, nimmt zuvörderſt von ihnen auf Gewiſſen und Ehre das Verſprechen zu ſorgfältigſter Erwägung der Sache und vollkommener Unpartеylichkeit in der Abſtimmung, läßt ſodann durch zwey von ihm zu Referenten und Korreferenten ernannte, auf die Juſtiz verpflichtete Räthe, die Sache aktenmäßig und mit beygefügtem Rechtsgutachten vortragen, ſammelt die Stimmen der Richter, zu welchen jedoch weder der Vorſitzende noch die beyden Referenten gezählt werden, nach ihrer durch das perſönliche Lebensalter eines jeden beſtimmten Sitzordnung, und bildet hieraus nach der Stimmenmehrheit als Beſchluß das Endurtheil, welches von den Auſträgalrichtern zu unterzeichnen und von dem Vorſitzenden zu beglaubigen iſt. f. Durch dieſes Endurthel kann in keinem Falle eine Konfiskation der ſtandesherrlichen Beſitzungen des Angeſchuldigten verfügt werden, ſondern wo auch dieſe nach den beſtehenden Geſetzen erkannt werden müßte, findet nur die Sequeſtration derſelben auf ſeine Lebenszeit und zwar zum Vortheil derjenigen, welche derſelbe zu ernähren verbunden iſt und zur Tilgung ſeiner Schulden, Statt. Der Ueberſchuß gehört zu ſeinem künftigen Nachlaß. g. Vor der Publikation und Vollziehung, die vor das Oberlandesgericht gehören, welches die Unterſuchung geführt hat, iſt das Urthel jedesmahl zu Unſerer Beſtätigung vorzulegen. Finden Wir Uns veranlaßt, Strafe zu mildern oder den Angeſchuldigten ganz zu begnadigen, ſo iſt dieß dem

letztern gleichzeitig mit der Publikation des Urthels bekannt zu machen. h. Gegen das publizirte Urthel des Austrägalgerichts findet keine weitere Instanz Statt. Hat jedoch der Angeſchuldigte ſtatt eines Austrägalgerichts, den Gerichtsſtand vor einem Oberlandesgerichte gewählt, ſo wird in den gegen deſſen Ausſpruch geſetzlich zuläſſigen Rechtsmitteln nichts geändert.

§. 18. Was den Gerichtsſtand der Mitglieder einer ſtandesherrlichen Familie außer dem Familienhaupte in peinlichen Rechtsſachen betrifft, ſo genießen dieſe, Militärverbrechen ausgenommen, denſelben privilegirten Gerichtsſtand vor dem Oberlandesgerichte, wie in bürgerlichen Rechtshändeln. In Hinſicht auf bloße Verhaftung gilt auch bey ihnen alles, was oben in Anſehung der Häupter ſtandesherrlicher Familien feſtgeſetzt iſt.

§. 19. Anlangend die Gerichtsbarkeit in nicht ſtreitigen Sachen der Standesherren und der Mitglieder ihrer Familien, ſo iſt a. die obervormundſchaftliche Behörde für einen Standesherrn und die ebenbürtigen Mitglieder ſeiner Familie dasjenige Oberlandesgericht, in deſſen Bezirke die Standesherrſchaft gelegen iſt und wenn ein Standesherr mehrere einländiſche Standesherrſchaften beſitzt, dasjenige, in deſſen Bezirke der verſtorbene Vater des zu bevormundenden zugleich ſeinen Wohnſitz gewählt hatte (§. 15), ohne Rückſicht auf ausländiſchen Güterbeſitz und etwanige Bevormundung. Das vormundſchaftliche Patent wird von dem Juſtizminiſterium ausgefertiget und von Uns vollzogen. Die Grundſätze der Bevormundung, der vormundſchaftlichen Verwaltung und der Aufſicht über dieſe, ſind

zuvörderſt aus den noch beſtehenden oder künftig unter Unſerer Genehmigung zu errichtenden Familienverträgen, auch aus dem nachzuweiſenden Familienherkommen, in deren Ermangelung aber, aus den Landesgeſetzen zu ſchöpfen. Wo von Obrigkeitswegen die Ernennung eines Vormunds geſchehen muß, erfolgt dieſelbe von Uns unmittelbar auf den Antrag des Juſtizminiſters. b. In Fällen einer Erbvertheilung unter Mitgliedern der ſtandesherrlichen Familie, bleibt die Auseinanderſetzung, ſo lange deßhalb kein Rechtsſtreit entſteht, dem Haupt der Familie vorbehalten. Die Verſiegelung, wo ſolche nöthig iſt, geſchieht in der Standesherrſchaft von ihrer nächſten Gerichtsbehörde, außerhalb derſelben von derjenigen des Orts, welche nach den Geſetzen dazu befugt iſt. Die Entſiegelung und Inventur gehört überall vor diejenige Gerichtsbehörde, welche das Familienhaupt dazu erwählt. c. In allen Gegenſtänden der freywilligen Gerichtsbarkeit, in welchen die Landesgeſetze die Wahl der gerichtlichen Behörde den Intereſſenten nicht überlaſſen, iſt in Beziehung auf die Standesherren und deren Familien dasjenige Oberlandesgericht kompetent, vor welches die Sache nach den Landesgeſetzen gehört. d. Die ſtandesherrlichen Beſitzungen werden in das Hypothekenbuch des Oberlandesgerichts eingetragen, unter welchem ſie gelegen ſind.

§. 20. In Polizeyſachen ſind die Standesherren und die Mitglieder ihrer Familien verpflichtet, während ihres Aufenthalts innerhalb ihres ſtandesherrlichen Bezirks nur nach den Anordnungen der Provinzialregierung, bey einem Aufenthalte außer-

halb deſſelben aber auch nach den Anordnungen der Polizeybehörde des Orts ſich zu richten.

§. 21. Nach den Grundſätzen der früheren deutſchen Verfaſſung, ſollen nicht nur die noch beſtehenden Familienverträge der ſtandesherrlichen Häuſer aufrecht erhalten werden, ſondern es ſoll auch dieſen die Befugniß zuſtehen, fernerhin Verfügungen über ihre Familienverhältniſſe und Güter zu treffen. Jene Familienverträge und dieſe Verfügungen bedürfen jedoch, ehe ſie eine vor den Gerichten verbindliche Kraft erhalten, Unſere Genehmigung, welche Wir ihnen, auf vorher gegangene Begutachtung der Provinzialregierung und nach den Umſtänden auch des Oberlandesgerichts, nicht verſagen werden, ſofern weder gegen die Rechte dritter Perſonen, noch auch gegen die Landesgeſetze etwas darin enthalten iſt. So weit es erforderlich iſt, ſoll der Inhalt derſelben durch Unſere Landesbehörden zur allgemeinen Kenntniß und Nachachtung gebracht werden.

§. 22. Den Standesherren und ihren Familien bleiben in Abſicht auf ihre Beſitzungen, alle diejenigen Rechte und Vorzüge, welche aus ihrem Eigenthum und aus deſſen ungeſtörtem Genuſſe herrühren. Dahin gehört beſonders, ſofern die Lehnsverbindung noch beſteht, bey ihren inländiſchen Privataktivlehen die Lehnherrlichkeit, bey ihren inländiſchen Privatpaſſivlehen das nutzbare Eigenthum, ſammt den damit verbundenen Rechten. Was diejenigen Lehnverhältniſſe betrifft, in welchen ehehin einzelne Standesherren zu Kaiſer und Reich ſtanden, ſo ſind ſolche bey Vorderlehen der Standesherren als aufgehoben, hingegen bey inländiſchen

Reichsafterlehen der Standesherren, Aktiv- und Paſſivlehen, ſo weit dieſe inmittelſt nicht allodifizirt worden ſind, als fortdauernd zu betrachten.

§. 23. Den Standesherren bleibt in ihren ſtandesherrlichen Bezirken die Benutzung jeder Art der Jagd- und Fiſchereygerechtigkeit, der Bergwerke, der Hütten- und Hammerwerke, ſo weit ſie ihnen bereits zuſteht, jedoch muß dieſelbe nach den Landesgeſetzen und den für deren Ausführung ergehenden Anordnungen der obern Staatsbehörden geſchehen, auch darf dem Staate der durch Unſer Edikt vom 21. Juny 1815 vorbehaltene Vorkauf nicht verweigert werden.

§. 24. Die Standesherren genießen bey ihren Domänen ohne Unterſchied, ob dieſelben in Domanialgrundſtücken oder Gefällen beſtehen, wenn ſie ſchon vor Auflöſung des deutſchen Reichs zu ihrem *nunmehr* ſtandesherrlichen Stamm- oder Familiengute gehört haben und von ihnen ſteuerfrey beſeſſen worden ſind, die gänzliche Befreyung von ordentlichen Grundſteuern. Dieſe Befreyung findet auch auf die außerhalb des ſtandesherrlichen Bezirks gelegene Domanialgrundſtücke und Gefälle Anwendung, wenn die vorbemerkten Bedingungen dabey vorhanden ſind; iſt nicht auszumitteln, ob die Domänen dieſer Art vor Auflöſung des deutſchen Reichs zu ihrem Stammgute gehört haben, ſo ſoll dieß im Zweifel zu Gunſten der Standesherren vermuthet werden. Die Befreyung findet dagegen nicht Statt: a. bey Gütern und Gefällen der Standesherren, welche vor Auflöſung des deutſchen Reichs nicht zu ihrem Stammgute gehört, oder welche ſie erſt nach jener Auflöſung erworben haben. b. Auch kommt ſie den

Beſitzern ihrer in fremde Hände gegebenen Lehngüter, Erbleih- und Erbpachtgüter, ſo weit dieſelben von ihrem dinglichen Rechte oder ihrer Nutzung an jenen Gütern Grundſteuer zu entrichten haben, nicht zu ſtatten. Die Standesherren bleiben verpflichtet, von ihren Domänen zu außerordentlichen Steuern, namentlich zu Kriegsſteuern, verhältnißmäßig beyzutragen.

§. 25. Die grundherrlichen oder Patrimonialabgaben, ſowohl Geldhebungen als auch Naturallieferungen, beſtehend in Gutsrekognitionen, Grund- oder Bodenzinſen, Renten, Gülten, Zehnten, deßgleichen Neubruch- oder Novalzehnten bey künftigen Urbarmachungen in ſolchen Bezirken, wo der Standesherr Univerſalzehntberechtigter iſt, und dergleichen, ſind den Standesherren von ihren Patrimonialpflichtigen fernerhin zu entrichten, ſofern ſolche nicht ſeit Auflöſung des deutſchen Reichs durch Vertrag, Urthel Verjährung oder ausdrückliches Geſetz aufgehoben worden. Wo von der ehemahligen franzöſiſchen, weſtphäliſchen oder bergiſchen Regierung, deßgleichen in den von Naſſau und Heſſen-Darmſtadt abgetretenen Landestheilen, durch die Geſetzgebung der vorigen Regierung, grundherrliche Abgaben oder Dienſte ohne Entſchädigung der Berechtigten aufgehoben oder erlaſſen worden ſind, da können in Beziehung auf einen Verluſt, welchen die Standesherren erlitten haben, keine andern Grundſätze eintreten, als welche wegen eines ähnlichen Verluſtes bey Unſern Domänen oder allgemein bey allen Grundherren zur Anwendung kommen. Dagegen ſollen die Standesherren auf die Abzüge, welche ihnen ihre Patrimonialpflichtigen an den Domanialgefällen, wovon ſie

die Steuerfreyheit genießen, wegen der ſeit dem Eintritt der Mediatiſirung neu auferlegten Steuern geſetzlich zu machen berechtiget ſind, aus Unſern Staatskaſſen entſchädiget werden.

§. 26. Die in ihren ſtandesherrlichen Bezirken und in ihren Domänen gelegenen Schlöſſer oder Häuſer, welche zu ihrem Wohnſitz für beſtändig oder abwechſelnd beſtimmt ſind, nebſt den dazu gehörigen Nebengebäuden, ſind frey von Einquartierung.

§. 27. Alle indirekten Steuern werden von den, durch Unſere Behörden beſtellten Einnehmern erhoben und fließen auch in Unſere Kaſſen. In Abſicht derjenigen direkten Steuern, welche zur Zeit der Publikation Unſers Edikts vom 21. Juny 1815 ſchon beſtanden haben, geſchieht die Erhebung unbeſchadet und mit Vorbehalt jeder künftigen Aenderung in der innern Steuerverfaſſung von den Standesherren durch die von ihnen zu beſtellenden Einnehmer. Es treten hiebey, deßgleichen wegen Verwendung dieſer Steuern, folgende beſondere Grundſätze ein: a. Die Erhebung der Steuern im ſtandesherrlichen Bezirke geſchieht in einer übereinſtimmenden Form der Verwaltung wie in dem Uns unmittelbar unterworfenen Gebiete. Es müſſen daher die Einnehmer, welche die Standesherren beſtellen, Unſerer Finanzbehörde dieſelbe Qualifikation nachweiſen und Kaution leiſten, wie diejenigen, welche von ihr unmittelbar ernannt werden; deßhalb ſind ſie auch der Provinzialregierung zur Beſtätigung vorzuſchlagen. Die Aufſicht und Kontrolle dieſer verſchiedenen Einnehmer ſteht dem Landrath des Kreiſes zu. b. Das jährliche Einkommen an jenen direkten Steuern iſt alſo zu ver-

wenden: 1. Zuerſt iſt daraus die Entſchädigungsrente zu berichtigen, welche ein oder der andere Standesherr, in Gemäßheit der früheren Auseinanderſetzung mit ſeinem vormahligen Souverän, oder vermöge Unſeres Edikts vom 21. Juny 1815, oder der gegenwärtigen Inſtruktion, etwa zu fordern hat; ferner ſoll 2. die jährliche Verzinſung und die allmählige Tilgung der auf den ſtandesherrlichen Bezirk übernommenen Staatsſchuld daraus erfolgen; 3. iſt der Bedarf auszumitteln, welchen außer den Koſten der Steuererhebung, die Verwaltung der Juſtiz und der Polizey, deßgleichen die Aufſicht über Kirchen und Schulen, im ſtandesherrlichen Bezirke, verglichen mit einem ähnlichen Uns unmittelbar unterworfenen Gebiete deſſelben Regierungsbezirks nach einem billigen Anſchlage fordert und dieſer den Standesherren ebenfalls auf die direkten Steuern anzuweiſen. 4. Bleibt nach Abzug dieſer Verwendungen noch ein Ueberſchuß an direkten Steuern, ſo muß derſelbe zu der Regierungshauptkaſſe abgeführt werden, reicht aber die Einnahme nicht zu, ſo iſt das Fehlende aus den übrigen, von dem ſtandesherrlichen Bezirke in die Regierungshauptkaſſe fließenden Einkünften zuzuſchießen. Zu dieſem Ende muß ein förmlicher Etat mit jedem Standesherrn angelegt werden.

§. 28. Wenn über die Frage: ob eine noch beſtehende Abgabe grundherrlich ſey, oder die Natur einer Steuer habe? zwiſchen Unſern Behörden und den Standesherren Streit entſteht und derſelbe in Güte nicht zu vermitteln iſt, ſo ſoll die Sache zur prozeſſualiſchen Erörterung vor die Gerichte gewieſen, von

dieſen aber im Zweifel für den Standesherren entſchieden werden.

§. 29. Gerichtsnutzungen, welche in der Provinz, wo die Standesherrſchaft gelegen iſt, vorkommen, fallen den Standesherren zu, ſofern ſie nicht nach den Grundſätzen des allgemeinen Landrechts Th. II. Tit. 17 §. 113 bis 126 dem Staate oder den Armenkaſſen vorbehalten ſind. Zu den dem Staate vorbehaltenen Nutzungen gehören die fiskaliſchen Strafen, beſonders in Steuerkontraventionsſachen.

§. 30. Die Standesherren beziehen die geſetzlich zuläſſigen Dispenſations- und Konzeſſionsgelder, ſo weit ſie vermöge der ihnen zuſtehenden Ausübung von Polizey- und Konſiſtorialrechten, nach Inhalt der Landesgeſetze, Dispenſationen und Konzeſſionen zu ertheilen befugt ſind.

§. 31. Hat ein Standesherr Brückengeld, Pflaſter-, Wege- oder Chauſſeegeld und ähnliche zur Unterhaltung öffentlicher Anſtalten beſtimmte Abgaben hergebracht, oder wird er künftig dazu berechtigt, ſo iſt der Ertrag dieſer Abgabe zunächſt zu dem beſtimmten Zwecke zu verwenden. Von dieſen Abgaben iſt der Standesherr für ſich und die Mitglieder ſeiner Familie innerhalb des ſtandesherrlichen Bezirks befreyt, wenn er dieſelben auch nicht bezieht.

§. 32. Es ſteht den Standesherren frey, für ihre Perſon und Familie in Abſicht aller perſönlichen Beziehungen und Leiſtungen aus der Verbindung mit den Gemeinden auszuſcheiden. Auch ſollen die im Kommunalverbande begriffenen Beſitzungen der Standesherren, bey welchen ſie die Befreyung von der

ordentlichen Grundſteuer genießen, in Abſicht aller Kommunalrechte und Verbindlichkeiten, ſo weit nicht Verträge oder ergangene Judikate ein Anderes beſonders feſtſetzen, den königlichen Domänen derſelben Provinz unter einerley Verhältniſſen gleich geachtet werden. Wegen der bis zu dem Eintritt dieſer Veränderung in einem und dem andern Falle etwa ſchon erworbenen Rechte, bleibt die Auseinanderſetzung den Intereſſenten vorbehalten.

§. 33. Gemeindeabgaben, ſo weit ſie in der Lokal-, Provinzial- oder allgemeinen Landesverfaſſung gegründet ſind, fließen in die Kaſſe der betreffenden Gemeinde und werden unter ſtandesherrlicher Aufſicht, zum Beſten der Gemeinde, verwendet.

§. 34. Frohnen, oder Patrimonialdienſte, namentlich Hand und Spanndienſte, deßgleichen Gerichtsdienſte und niedere Polizeydienſte, in der vor Auflöſung des deutſchen Reichs hergebrachten Art, ſo weit unterdeſſen durch Vertrag, Urthel, Verjährung oder Geſetz keine Aufhebung oder Veränderung erfolgt iſt, haben die ſtandesherrlichen Unterſaſſen ihrer Standesherrſchaft, Gemeindedienſte, den Gemeinden wozu ſie gehören, Staatsdienſte, allein Uns, auf die Anordnung Unſerer Behörden, zu leiſten.

§. 35. In Abſicht auf Erhebung und Beytreibung der von den Standesherren zu beziehenden Steuern, Nutzungen und Abgaben, wie auch ihrer liquiden Domänengefälle, bey letztern jedoch nur auf einen zweyjährigen Rückſtand, deßgleichen zu ordnungsmäßiger Benutzung der ihnen zu leiſtenden

Lehn-, Frohn- und Gerichtsdienſte, genießen die ſtandesherrlichen Behörden bey gleichen Pflichten, dieſelben Rechte, welche Unſern für die Beziehung ſolcher Abgaben und Dienſte angeordneten Behörden zukommen.

§. 36. In Rechtsſtreitigkeiten eines Standesherrn mit ſeinen Domanialpächtern, Abgabe- oder Dienſtpflichtigen, Schuldnern und Gläubigern können diejenigen ſeiner Domanial-, Rent- oder Verwaltungsbehörden, in deren amtlichen Wirkungskreis die Sache einſchlägt, für ihn als Haupt- oder Nebenparteyen gerichtlich auftreten. Dieſe bedürfen hierzu keiner beſondern Legitimation, wenn die Behörde ein ſtandesherrliches Kollegium bildet, oder der Einzelne für ſein Amt gerichtlich verpflichtet iſt.

§. 37. Die ſtandesherrlichen Unterſaſſen haben als Landesunterthanen Uns und Unſern Nachfolgern in der Regierung in derſelben Art, wie die übrigen Einwohner der Provinz, die Huldigung zu leiſten. Bey Aufnahme neuer Unterſaſſen und ſo oft eine Veränderung in der Perſon des zur Ausübung der Standesherrlichkeit berechtigten Haupts der Familie erfolgt, kann aber auch ein Standesherr von ſeinen Unterſaſſen die Unterſaſſenpflicht in folgender Art ſich angeloben laſſen: daß ſie nächſt der Uns, als ihrem regierenden Landesherrn ſchuldigen Unterthanenpflicht dem (Namen) Standesherrn, als ihrer ſtandesherrlichen Obrigkeit, gebührende Achtung und Gehorſam jederzeit erweiſen wollen.

(Der Beſchluß im nächſten Stücke.)

919100A

V.

Die neuen Revolutionen.

Vorwort.

Nachdem der letzte fürchterliche Kampf ſo ſchnell und glücklich beendet war, war das erſte allgemeine Gefühl der Völker Sehnſucht nach Ruhe. Bald aber trat auch die Betrachtung ein, daß dieſelbe, ohne feſt begründete zeitgemäße Staatsverhältniſſe, nicht von Dauer ſeyn könne; und es regte ſich nun wieder der Wunſch hiernach. Die Regierungen verhießen beydes. Die großen Mächte ſchloſſen die heilige Allianz, denen die meiſten übrigen beytraten; und beſeitigten, durch andere Verträge, alles, was zur Störung der Ruhe, aus den äußern Verhältniſſen her, hätte Anlaß geben können. Der Friede iſt, in der Chriſtenheit von Europa, bis auf den heutigen Tag, ungeſtört geblieben; aber es haben ſich, in dem Innern der meiſten Staaten, ſeit einigen Jahren unruhige Regungen entwickelt; demagogiſche Umtriebe, wurden in Deutſchland aus der Verborgenheit hervor gezogen; ſtellten ſich, in Großbritannien, auf das rückſichtloſeſte ſelbſt zur Schau, und offenbarten ſich, in Frankreich und Spanien, in einzelnen unruhigen Regungen und Komplotten.

Die Regierungen ermangelten nicht, auf Maßregeln, dieſelben zu unterdrücken, oder zu hemmen und unwirkſam zu machen, Bedacht zu nehmen; der Karlsbader Kongreß hatte dergleichen, zunächſt für Deutſchland, oder den deutſchen Bund, verabredet. Die Tendenz, wie die Prinzipien deſſelben, wurden jedoch auch nach England und Frankreich hinüber getragen. In Spanien verfolgte man fortwährend das dagegen, ſchon ſeit der Reſtauration, angewandte Syſtem.

Nachdem die eben erwähnten Prinzipien, in den erſten drey Ländern, den Lokalverhältniſſen und Umſtänden gemäß, und mit mehr oder weniger Erfolg, realiſirt worden waren, ging in Spanien plötzlich jener Zuſtand der Unruhe in einen völligen und allgemeinen Revolutionszuſtand über; und zwar auf eine Weiſe, von der man bisher keine Idee gehabt, und es alſo am wenigſten befürchtet hatte. Das Heer war es, was die Revolution bewirkte, und eine neue Ordnung der Dinge, in wenig Tagen, zu Stande brachte; wo dann auch das Volk hinzu trat.

Noch hätte das Erſtaunen, über dieſe außerordentliche Erſcheinung, ſich nicht ganz gelegt; als eine ähnliche Revolution, in Neapel, wo dem Aeußern nach bisher eine vollſtändige Ruhe geherrſcht hatte, zum Ausbruche kam; und dieſe Revolution gebar wieder eine in Sizilien; wo ebenfalls, dem Anſcheine nach, alles ruhig geweſen war; die ſich aber hier in einen ganz andern Charakter, und einer ganz andern Tendenz, als die in Neapel und Spanien, zeigte.

In noch kürzerer Zeit, als dieſe der ſpaniſchen Revolution gefolgt waren, folgte dieſer die Revolution in Portugal; ähnlich wieder der in Spanien und Neapel. Die unerhörte Erſcheinung, von Revolutionen, durch das Militär bewirkt geſtaltete ſich doch, in allen drey en Ländern verſchieden. In Spanien, ſo weit man beobachten konnte, bewirkte ſie das Militär ganz allein. In Neapel begann ſie auch das Militär; doch in Kombination mit einem bürgerlichen Verein; einer, und zwar ſehr ausgebreiteten, demagogiſchen Faktion; in Portugal machte ſie ſich urſprünglich allein durch das Militär; dem ſich das Volk, doch, ohne daß eine Verbindung unter denſelben Statt gefunden hätte, beygeſellte. In Spanien hatten, vor dem Ausbruche der Revolution, und durch die ganze Regierung des jetzigen Königs, allerley Meutereyen und Aufruhrsverſuche Statt gefunden; in Neapel war, ſeit der Reſtauration des jetzigen Königs, alles ruhig geweſen; in Portugal war bekanntlich, vor einigen Jahren, eine revolutionäre Verbindung, unter dem Militär, entdeckt; ſeitdem aber alles ruhig geweſen. Durch dieſe Revolutionen ſind, in den Staaten, in welchen ſie Statt hatten, in mehrem oder minderm Grade, anarchiſche Zuſtände entſtanden; die nicht nur in ihnen ſelbſt, keine eigentlichen Ruhezuſtände geſtatten, obgleich, Cadix und Palermo ausgenommen, keine Blutſcenen Statt gefunden; ſondern auch die benachbarten Staaten bedrohen. Ganz Europa iſt, durch die Beunruhigung der Regierungen, mehr oder weniger in Unruheſtand verſetzt; wovon die Folgen nicht zu berechnen ſind.

Es iſt jetzt noch nicht wohl thunlich, dieſe Revolutionen, ihren ganzen Eigenthümlichkeiten nach,

beſonders in ihren Entſtehungsgründen und Motiven, darzuſtellen; wir müſſen uns daher, auf Darſtellung derſelben, als Erſcheinungen, d. h. die Zuſammenſtellung der Thatſachen, beſchränken; in welchen ſich jedoch ihre Merkwürdigkeit und Eigenthümlichkeit auch ſchon kenntlich genug darlegt. Wir werden hierbey mit aller Sorgfalt zu Werke gehn; müſſen jedoch, im Voraus, aufmerkſam auf die Schwierigkeiten machen, welchen die Darſtellungen von Zeitereigniſſen immer unterliegen, und die, bey Gegenſtänden dieſer Art und in Zeiten wie die unſrigen, größer als bey andern, und zu andern Zeiten ſind; aus Gründen, die dem Kundigen nicht erſt entwickelt werden dürfen.

Die neue ſpaniſche Revolution.

Um den Geſichtspunkt, für die neue ſpaniſche Revolution, richtig aufzufaſſen, iſt es nöthig, bis zu dem Zeitpunkte, der Rückkehr des Königs Ferdinand, auf den Thron, den ihm die Nation wieder erobert hatte, und auf welchen ihn deren Repräſentanten, unter der Bedingung wieder beriefen, daß er die Konſtitution beſchwören ſollte, zurück zu gehn. Der „öſtreichſche Beobachter,“ deſſen Quellen bekannt ſind, lieferte damahls folgende Erzählung: die, durch Vergleichung mehrerer darin gemachten Angaben und Aeußerungen, mit der gegenwärtigen Lage der Dinge, ein erneuetes und erhöhetes Intereſſe erhält.

„Der König hatte den ſpaniſchen Boden, nicht ohne bange Erwartungen betreten. Daß er, auf die

in der Konſtitution von 1812 ihm vorgeſchriebene, Bedingungen die Regierung nicht übernehmen könnte, oder, wenn er es thäte, ſich ſelbſt eine gefahrvolle Zukunft, und der Nation nur neues Ungemach bereiten würde, leuchtete ihm und ſeinen vertrauten Rathgebern vollkommen ein. Denn dieſe Konſtitution, von Männern erfunden, denen es nicht an Geiſt und Talenten, wohl aber an Erfahrung, Menſchen- und Geſchäftskenntniß fehlte, und die überdieß das Intereſſe des Ganzen, ihren Privatabſichten und Leidenſchaften, nachſetzten war, von allen mißlungenen politiſchen Schöpfungen, unſerer Zeit, ohnſtreitig die ärgſte; ſo ſehr, daß den franzöſiſchen Konſtitutionsfabrikanten, von 1791, wie gering man auch übrigens von ihnen denken mag, doch noch offenbar Unrecht geſchieht, wenn man ſie mit ihren ſpaniſchen Nachahmern zuſammen ſtellt. Wo aber Mittel und Kraft hernehmen, um den Monarchen und das Volk von den Banden dieſer Konſtitution zu befreyen; da die Cortes alle Zweige der öffentlichen Gewalt, von ihren Vorgängern, den Konſtituirenden, geerbt hatten, ſie, mit wachſamer Ehrſucht, feſthielten, und weit entfernt, zu irgend einer Abänderung die Hand bieten zu wollen, jeden, darauf gerichteten, Vorſchlag, zum Voraus, als Hochverrath brandmarkten."

„Der geſunde Sinn der Nation, die loyale Stimmung der Truppen, und das fehlerhafte Verfahren der Gegenparthey halfen dem Könige, dieß ſchwere Problem, weit ſchneller und glücklicher, als er es ſelbſt gehofft haben konnte, löſen. Der König war, am 24. März, mit ſeinem Bruder, dem In-

ſanten Don Carlos, und ſeinem Oheime, dem Infanten Don Antonio, in Gerona angekommen, und hatte ſich, von dort, am 28., auf die Reiſe nach Valencia begeben. Unterwegs erhielt er eine dringende Einladung aus Arragonien, dieſe Provinz mit ſeiner Gegenwart zu beehren. Er nahm ſie an, und ging, in den erſten Tagen des Aprils, von Reuß nach Saragoſſa; wo er mit unbeſchreiblichem Jubel aufgenommen wurde. Während der ſechs Tage, die er in Saragoſſa zubrachte, äußerte ſich der Enthuſiasmus des Volks und der Truppen, für ſeine Perſon, und der Wunſch, ihn den Thron ſeiner Väter, in der ganzen Fülle der königlichen Macht, beſteigen zu ſehn, in allen möglichen Formen; und eine Deputation der Reſervearmee, unter dem Befehle des Generals O'Donell, die den, im Jahre 1808, dem Könige geleiſteten Eyd unaufgefordert erneuerte, und ihm ihre Arme und ihr Blut, zur Behauptung ſeiner Rechte, anbot, gab der Volksſtimme ein erhöhtes Gewicht. — Hier ging dem Könige der erſte bedeutende Hoffnungsſtrahl auf. Die Armee, in Catalonien, hatte zwar ebenfalls gute Geſinnungen, aber doch in weniger beſtimmten Ausdrücken, als die des Generals O'Donell, an den Tag gelegt."

„Am 16. Apr. hielt Ferdinand VII. ſeinen feyerlichen Einzug in Valencia. Der Jubel war eben ſo groß als in Saragoſſa. In Valencia bewillkommte ihn General Elio, Chef der zweyten Armee, mit ſeinem Generalſtabe, und einer großen Menge Officiere und Soldaten. — Der General ſagte dem König unter andern: „„Die brave Armee,

„die ich kommandire, nachdem ſie, Jahre lang, ihr „Blut, für die Unabhängigkeit des Vaterlandes „vergoſſen, ſieht ſich jetzt vernachläſſigt, „dem Mangel preis gegeben, und be„ſchimpft, und erwartet, von E. M. Ge„rechtigkeitsliebe, ein beſſeres Schick„ſal."" — Hierauf wurde, von den Officieren aller Grade, der Eyd der Treue geleiſtet; alles drängte ſich an den König zum Handkuſſe. Der Thron und die Rechte des Throns unverkürzt zu erhalten, war das tauſendfach wiederholte Gelübde; und aus dem Pallaſte drang, durch alle Straßen der Stadt, das Geſchrey: „es lebe der König! Und ſterbe, wer anders denkt!" — Der Herzog von S. Lorenzo trat, im Namen der Dritten, und der Brigadier Dom Alexander Oras, im Namen der Reſervearmee von Andaluſien, allen Verheißungen und Anerbietungen ſeiner Waffenbrüder bey."

„Unterdeſſen war der Kardinal von Bourbon, Chef der Regentſchaft, (Vetter des Königs, und Schwager des Prinzipe de la Paz,) mit dem Staatsſekretär Luyando, in Valencia angekommen, um dem Könige die Beſchlüſſe der Cortes, und namentlich das Dekret vom 2. Febr., nach welchem ihm nicht ehr Gehorſam geleiſtet werden ſollte, als bis er, im Schooße der Cortes den Eyd auf die Konſtitution abgelegt hätte, mitzutheilen. Sie befragten ihn, am Tage nach ſeiner Ankunft: wann er nach Madrid zu gehn, und dem Dekrete Genüge zu leiſten gedächte? Der König antwortete: er habe hierüber noch keinen Entſchluß gefaßt. Seitdem ſah

man dieſe beyden Herren, ob ſie gleich in Valencia blieben, nicht mehr bey dem König erſcheinen.

„Der König hielt, mit den Großen des Reichs, und den Generalen, die ſich nach und nach um ihn verſammelt hatten, häufig Rath, über die, in ſeiner kritiſchen Lage, zu ergreifenden Maßregeln. Täglich liefen, aus den Provinzen, die günſtigſten Nachrichten ein. Ueber die, in Navarra, Biscaya, Arragonien und Catalonien herrſchende Stimmung, waltete längſt kein Zweifel mehr ob. Jetzt erfuhr man, daß auch in Gallizien, in einem großen Theile von Caſtilien und Andaluſien, in Valladolid, Toledo, Sevilla, Cordova u. ſ. w. das Anſehn der Cortes geſunken war, und der Wunſch, den König, mit aller, durch die alten Geſetze ihm verliehenen, Macht bekleidet zu ſehn, immer lauter wurde. Selbſt in Madrid und Cadix, den beyden Städten, wo man die Anhänger der Cortes am zahlreichſten und mächtigſten glaubte, waren die Militärperſonen durchgängig, und aus den übrigen Ständen ſehr viele, auf Seiten des Königs."

„Schon am 20. Apr. ſetzte ſich ein Korps, von 25 bis 30,000 Mann, aus Arragonien und Valencia, gegen die Hauptſtadt, in Marſch. Der König blieb fortdauernd in Valencia; wohin ſich auch der engliſche Botſchafter, und der öſtreichſche und portugieſiſche Geſchäftsträger, von Madrid aus, verfügt hatten. — Daß der König die Konſtitution nicht annehmen könne, davon war, in ſeinem Konſeil, Jedermann überzeugt. Ob es aber ſicherer, und den Umſtänden angemeſſener ſey, ſie ſchlechthin zu verwerfen, und folglich zu offenem Bruche mit den

Cortes zu ſchreiten, oder Modifikationen und Ausgleichungen zu verſuchen, darüber fanden ſich die Meynungen getheilt. Der General Caſtannos, und der Exminiſter Cevallos ſcheinen, (anfänglich wenigſtens) für die mildern Maßregeln geſtimmt zu haben; und vielleicht hätten auch dieſe die Oberhand behalten, wenn die Cortes, und ihre Anhänger in Madrid, nicht, durch übel berechneten Trotz, die Ausſicht auf friedliche Uebereinkunft niedergeſchlagen, und, durch Wort und That, das Signal, zum Ausbruche der Feindſeligkeiten, gegeben hätten. Die Addreſſen, durch welche ſie den König einluden, ſeine Reiſe nach Madrid zu beſchleunigen, waren zwar, obgleich dringend und drohend genug, noch mit einem Anſcheine von Ehrerbietung abgefaßt; aber in den Sitzungen der Cortes, und in den Journalen und Flugſchriften ihrer Partey, wurden alle Grenzen des Anſtandes und der Klugheit überſchritten. Man ſprach, in den beleidigendſten Ausdrücken, von denen, welche die Konſtitution nicht unbedingt anbeten wollten; nebenher auch von den Armeen und ihren Chefs; man ſchont ſelbſt den König und ſeine nächſten Umgebungen nicht mehr; man drohte ihm, mit Kriminalprozeß, Kerker und Schaffott. Die Cortes, und die ihnen zugethanen Mitglieder der Regentſchaft beſchäftigten ſich, mit der Organiſirung einer Nationalgarde; ſie bereiteten einen allgemeinen Volksaufſtand vor; der den blutigen Bürgerkrieg angezündet hätte. Früher würde es ihnen vielleicht an Mitteln zur Vertheidigung nicht gefehlt haben; ihre verſpäteten und und unmächtigen Schritte dienten jetzt nur zur Beſchleunigung ihres Falls.“

„Unter dieſen Umſtänden faßte der König den Entſchluß, am 4. May, jenes merkwürdige Manifeſt zu unterzeichnen, wodurch er die Konſtitution, und alle, damit zuſammen hängende Beſchlüſſe der Cortes, für null und nichtig erklärte. Am 5. verließ er Valencia, nachdem er den Herzog von S. Carlos zum Miniſter der auswärtigen Angelegenheiten, Dom Pedro de Macanaz zum Juſtizminiſter, den General Freyre zum Kriegsminiſter, H. S. Lazar zum Finanzminiſter, und H. Lardizaber zum Miniſter von Indien ernannt hatte. Die beyden erſtern, und der Staatsrath Labrador, ſind ſeine vertrauteſten Rathgeber. Die Truppen, welche ſich in Madrid befanden, ſtanden unter den Befehlen des General Villa-Campa. Da man auf dieſen General nicht rechnen zu können glaubte, ſo übertrug der König das Generalkommando, in Neukaſtilien und der Hauptſtadt, dem General Eguia; und die Garniſon von Madrid, obgleich von der Regentſchaft ſelbſt ausgewählt, gehorchte auf der Stelle dem königlichen Befehl, und unterwarf ſich dem neuen Gouverneur. Dieſer Umſtand war für den Erfolg entſcheidend."

„Am 10. wurde das königliche Dekret, in Madrid, bekannt gemacht. Zugleich wurden die Verſammlungsſäle der Cortes und der Regentſchaft mit Truppen beſetzt, und dieſe, wie jene, für aufgelöſt erklärt. Ungefähr vierzig Mitglieder oder Hauptwerkzeuge der Cortes wurden verhaftet; daſſelbe wiederfuhr dem Miniſter des Innern und der Juſtiz; die übrigen erhielten bloß ihre Entlaſſung. Der Staatsſekretär Luyando mußte ſich nach Cartha-

gena begeben; an eben dieſen Ort wurde der eine der Regenten, Ciscar, ſein Kollege Agar aber nach S. Jago in Gallizien verwieſen. Der Kardinal Präſident der Regentſchaft, der ſich die Unzufriedenheit des Hofs ganz beſonders zugezogen hatte, wurde, für das Erſte, nach Toledo geſendet; bis ſein ferneres Schickſal entſchieden ſeyn wird."

„Selten war eine politiſche Revolution zugleich raſcher und durchgreifender als dieſe. Von dem Gebäude, woran die republikaniſche Partey ein Jahr lang raſtlos gearbeitet hatte, wurde kein Stein auf dem andern gelaſſen; das Werk, die Werkmeiſter, die Gehülfen, alles war, in einem Augenblick geſprengt und verſchwunden. Auf keinem Punkte wurde Widerſtand geleiſtet; keine Hand regte, kein Mund öffnete ſich, für die, welche, noch wenig Tage zuvor, mit allem Pomp erborgter Volksſouveränität, ſogar mit dem Titel der Majeſtät bekleidet, dem Monarchen und der Nation die härteſten Geſetze vorgeſchrieben hatten. Das königliche Dekret wurde, zu Madrid, wie eine Stimme von Himmel, begrüßt; in einem allgemeinen Freudentaumel wurde es vollzogen. „Fort mit den Liberalen!" (ſo nannte man die Freunde der Konſtitution), war das Geſchrey, das aus allen Ecken ertönte."

Dieſer Erzählung fügt der „öſtreichſche Beobachter" noch folgende Bemerkungen hinzu: „So verrechnen ſich die, die, von Ehrgeiz oder Fanatismus geleitet, im ungeſtümen Kampfe gegen die alten Grundfeſten der geſellſchaftlichen Ordnung, das Volk deſſen Namen ſie mißbrauchen, als ihren natürlichen

Bundesgenoſſen betrachten! Wer es mit den Spaniern gut meynt, wer ſie, für ihren Patriotismus, ihre Treue, ihr ſtandhaftes Ausharren, auf einer rühmlichen Bahn, für die zahlreichen Opfer, die ſie der Freyheit, unter vaterländiſchen Geſetzen, gebracht haben, belohnt zu ſehn wünſcht, muß ſich, über die jetzige Wendung ihres Schickſals, freuen. Mit der Konſtitution von 1812 konnte überall keine monarchiſche Regierung beſtehen; eine ſolche Konſtitution, einem Lande wie Spanien, aufdringen wollen, war aber mehr als ein gewöhnlicher Mißgriff und (ohne übermäßige Strenge geſprochen) ein ſtrafwürdiger Mißgriff. Die Konſtitution hätte entweder die königliche Macht, in kurzer Zeit, völlig geſtürzt; oder wenn dieß nicht gelungen wäre, wenigſtens innere Zerrüttung, Geſetzloſigkeit und Ohnmacht, auf Jahrhunderte hinaus, über das Land verhängt. Daß auch jetzt der Blick, in die Zukunft, nicht rein, daß keineswegs alles entſchieden, geſichert und befeſtigt iſt, daß die aufgeregten Wellen ſich nicht ſo leicht wieder legen, große Schwierigkeiten zu bekämpfen, vielleicht ſchwere Kämpfe noch zu überſtehen ſeyn werden, kann ſich Niemand verbergen. Wenn aber, wie man Grund hat zu glauben, die gegenwärtige Reaktion, mit den wahren Volkswünſchen übereinſtimmt, wenn, von der andern Seite, die, in dem königlichen Manifeſte gegebenen, Verheißungen treu und gewiſſenhaft erfüllt werden; ſo kann Spanien, ſchneller und ſicherer als auf jedem andern Wege, zu Ruhe und Wohlſtande gelangen, und ſeinen

Rang, unter den europäiſchen Mächten, wieder einnehmen."

In den Betrachtungen, wozu ſowohl dieſe Bemerkungen, als die obige Darſtellung veranlaſſen, mögen wir dem Leſer nicht vorgreifen. Dagegen erachten wir es angemeſſen, dieſer einige Ergänzungen beyzufügen.

Zuerſt halten wir zwey eigenhändige Schreiben des Königs der Beachtung werth, deren erſtes er unmittelbar vor ſeiner Abreiſe aus Frankreich, und zweytes, unmittelbar nach ſeiner Ankunft in Spanien, an die Regentſchaft erließ. Sie lauten folgendermaßen. Das erſte:

„Valancey, den 10. März. Der Inhalt des Schreibens, das die Regentſchaft, an mich, unter dem 28. Januar, erlaſſen, und das mir, durch Dom Johan Palafox, zugeſtellt worden, iſt mir außerordentlich angenehm geweſen. Ich habe daraus erſehen, mit welcher Sehnſucht die Nation meine Rückkehr wünſcht. Ich wünſche ſie nicht weniger heiß, um, bey meiner Ankunft auf dem ſpaniſchen Boden, meine Anſtrengungen dem Glücke meiner lieben Vaſallen, denen ich, in ſo vieler Rückſicht Verbindlichkeit ſchuldig bin, widmen zu können. Ich habe das Vergnügen, die Regentſchaft zu benachrichtigen, daß meine Rückkehr bald Statt haben wird. Ich bin geſonnen, am 13. d., von hier nach Catalonien, abzureiſen. Dem zufolge wird die Regentſchaft, nach Anhörung des Ueberbringers dieſes Schreibens, Dom Joſeph de Zayas, die nothwendigen Maßregeln, in Anſehung meiner Reiſe

treffen. Was die Wiederherſtellung der Cortes anbetrifft, ſo hat die, wie alles was Nützliches, in meinem Königreich, während meiner Abweſenheit geſchehn ſeyn kann, meinen völligen Beyfall."

Das zweyte:

„Girona, den 21. März. Ich komme dieſen Augenblick, bey vollkommner Geſundheit, hier an, und der General Campons übergibt mir das Schreiben der Regentſchaft, mit den beygeſchloſſenen Aktenſtücken. Ich werde genaue Kenntniß von dem Inhalte derſelben nehmen. Unterdeſſen verſichere Ich die Regentſchaft, daß Mir nichts ſo ſehr am Herzen liegt, als ihr Beweiſe Meiner Zufriedenheit, und Meines heißen Wunſches zu geben, alles was zum Glücke meiner Unterthanen etwas beytragen kann, zu thun. Es iſt eine große Freude für Mich, Mich in meinem Geburtslande, in der Mitte einer Nation, und einer Armee zu befinden, welchen Ich Meinen höchſten Dank, für eine eben ſo ſtandhafte als edelmüthige Treue ſchuldig bin." —

Nach einer, für zuverläſſig zu haltenden, Angabe, äußerte ſich der König, gegen die, ihm nach Valencia, von der Regentſchaft entgegen geſchickte Deputation, mündlich dahin: daß er „die Grundlagen der Konſtitution annehme;" hinzufügend: auch hier, daß „alle ſeine Anſtrengungen auf das Glück der Nation gerichtet ſeyn würden." —

Was nun die, von Viktoria aus bewirkte, Reaktion anbetrifft; ſo verdient wohl, mit der, aus dem „öſtreichſchen Beobachter" oben mitgetheilten, folgende Nachricht davon verglichen zu werden; da ſie gleichfalls aus einer guten Quelle iſt. „Die erſten Gewaltsäußerungen, von Seiten Ferdinands VII., nach ſeiner Rückkehr in Spanien, beſtanden 1. in der gänzlichen Verwerfung, der, von den Cortes dekretirten Konſtitution; 2. in der Auflöſung dieſer Nationalverſammlung; 3. in der Verhaftung der Regentſchaft, der Miniſter, und mehr als funfzig Volksrepräſentanten, von der ſogenannten liberalen Partey; 4. in der Aufhebung der Preßfreyheit, und Herſtellung der Cenſur, in ihrem ganzen ehemahligen Umfange; ſo wie in Sequeſtrirung der Zeitungspreſſen, von der Partey der Cortes; die man doch zu fürchten ſchien, ungeachtet des Volksenthuſiasmus, für die unbeſchränkte Gewalt des Königs. Dieſe großen Maßregeln wurden beſchloſſen, ſobald ſich der Herzog von Infantado und andere angeſehene Männer, von Adel und von der Geiſtlichkeit, bey Ferdinand VII. eingefunden hatten. Die Ausführung geſchah, durch ein Truppenkorps, unter Anführung des Generals Egnia, eines beſondern Freundes des Herzogs von Infantado; der ſich aber, gleich dieſem, im ſpaniſchen Unabhängigkeitskriege, nicht bemerkbar gemacht hat. Da der General Villacampa, in dieſem ruhmvollen Kriege ſehr ausgezeichnet, dieſe, gegen die Cortes und die Konſtitution gerichteten, Machtſtreiche, hindern wollte, wurde er, durch den General Egnia verhaftet. Letzterer hatte die Ehre genoſſen, S. M., von Valencia nach Madrid, mit einem ausgewählten Trup-

penkorps, welches die vollkommenſte Ergebenheit für die Perſon des Königs bewies, zu begleiten, und S. M. in in die Hauptſtadt voranzugehn. Das Volk von Madrid empfing die Truppen des General Egnia, mit Enthuſiasmus, und rief, aus allen Kräften: „Es lebe der König! Weg mit der Nation!"

„Mitten unter dieſen Ausrufungen, beſtieg Ferdinand VII. aufs neue den Thron; deſſen verluſtig zu gehn, ſeine Entfernung, aus dem Königreich, ihn ausgeſezt; den ihm die Kraft und die Treue des ſpaniſchen Volks und ſeiner Stellvertreter erhalten hatte. Durch eine denkwürdige Proklamation, aus Valencia, den 4. May datirt, vernichtete Ferdinand VII. die Konſtitution und alle Dekrete der Cortes, und erklärte alle diejenigen; welche zu deren Beobachtung auffordern würden, für des Verbrechens der beleidigten Majeſtät ſchuldig. Zugleich, zum Beweiſe, wie ſehr S. M. den Despotismus haſſen und verabſcheuen, indem Sie erkennen, daß derſelbe ſich keineswegs mehr mit der Aufklärung und der Bildungsſtufe der europäiſchen Völker vertrage, geruht der König dem Volke, nach Wiederherſtellung der Ordnung, eine andere Konſtitution zu verſprechen; wobey alsdann, mit den Deputirten Spaniens und Indiens, alles was dem Wohle des Reichs erſprießlich ſeyn könne, dauerhaft und geſetzlich angeordnet werden ſolle; damit ſeine Unterthanen, unter dem Schutz einer einzigen Religion, und eines einzigen Souveräns, glücklich leben könnten."

Es ſcheint uns angemeſſen, dieſe Darſtellung hier zu unterbrechen, um den Inhalt des hier, und

bereits auch in obiger erſten Erzählung erwähnten allerdings das Beywort „merkwürdig,“ was es dort erhält, ſehr verdienenden Manifeſts, etwas näher anzugeben. Zuerſt wird, in demſelben, dem ſpaniſchen Volke, eine Ueberſicht der Hauptereigniſſe, ſeit der Ankunft des Königs in Bayonne, und den damahls ſeinen Miniſtern ertheilten Verhaltungsbefehlen, gegeben; ſodann der Unwille des Königs, über diejenigen, bezeigt, die, unter den Benennungen: „außerordentliche und ordentliche Cortes, — ſich aller Staatsgewalt bemächtigt, die alten Geſetze umgeworfen, und ihrem Souverän das Joch, einer unrechtmäßigen Konſtitution, aufzulegen verſucht hätten. Wahre und redliche Spanier,“ fährt das Manifeſt dann fort, „ich bin wahrlich, von den Uebeln die euch betroffen, ſehr gerührt. Ich ſchwöre, daß Ihr, in den edlen Hoffnungen, die Ihr von Eurem Souverän hegt, nicht getäuſcht werden ſollt. Ich will es einzig für Euch ſeyn; nur darin ſuche ich meinen Ruhm. Ich will der Souverän einer heldenmüthigen Nation ſeyn; deren unſterbliche Thaten, die Bewunderung aller übrigen, und die Ehre und Freyheit zu behaupten gewußt hat. Ich verabſcheue den Despotismus; den die Aufklärung und die Civiliſation Europa's gleich ſtark zurück ſtoßen. Die Könige von Spanien waren nie Despoten. Die Geſetze und Verfaſſungen, unſers Vaterlandes autoriſirten nie den Despotismus; obwohl man hier, wie überall, zuweilen Mißbräuche ſah; von denen keine denkbare Regierung ganz frey iſt.“ Der König verſpricht darauf, in dieſem Manifeſte, auf das beſtimmteſte und feyerlichſte, die Zuſammenberufung der „rechtmäßigen Cortes; um mit denſelben

Spanien eine konſtitutionelle, auf das Intereſſe der Nation, und auf die europäiſche Aufklärung gegründete, Organiſation" zu geben; „deren Grundlagen ſeyn ſollen: perſönliche Freyheit, Preßfreyheit, mit den nothwendigen Beſchränkungen, zur Vermeidung der Mißbräuche, freye Bewilligung der Abgaben, Trennung der Koſten der Civilliſte von den Verwaltungskoſten ꝛc." — Er erklärt darauf die bisherige ſogenannte Konſtitution für abgeſchafft, und alle die, welche ſie anerkennen würden, für Majeſtätsverbrecher und der Todesſtrafe verfallen. —

Wir kehren zu der unterbrochenen Darſtellung zurück; ſie fährt ſo fort: „der König ernannte anfangs den Herzog von S. Carlos (ſeinen Oberkammerherrn), zum Miniſter der auswärtigen Verhältniſſe, und H. Macanaz (ehemahligen Bureauchef in dieſem Departemente) zum Miniſter der Gerechtigkeit des Innern; wiewohl er, bis jetzt, weder bey der Gerechtigkeitspflege, noch in der Adminiſtration, ein Amt bekleidet hatte. Dieſe beyden Miniſter beſitzen das vollkommene Zutrauen S. M., und ſind dem Herzoge von Infantado völlig ergeben. Beyde hielten ſich, ſo lange Ferdinand ſich in Valencay befand, in Frankreich auf, und beyde wurden von Napoleon gewählt, um den berühmten, den 4. Dec. 1813 unterzeichneten, Friedenstraktat, zwiſchen S. M. Dom Ferdinand VII. und S. M. den Kaiſer Napoleon, zu unterhandeln; nach welchem S. kath. M. die ſpaniſche Nation, von dem allgemeinen Bündniſſe, gegen den Unterdrücker Europas, den Uſurpator ſeiner Krone, den Räuber ſeiner Rechte und Freyheit, trennte, Bonaparten

neue Vertheidigungsmittel verſchaffte, und die feyerliche, zwiſchen der engliſchen Regierung und der ſpaniſchen Regentſchaft, für die gemeinſchaftliche Sache, und namentlich für die Unabhängigkeit des ſpaniſchen Volks, und zu Gunſten des Hauſes Bourbon, eingegangenen Verbindlichkeiten vernichtete. Die unerſchütterliche Politik der Regentſchaft und der Cortes, welche die Ratifikation dieſes Traktats, als denen, mit Großbritannien eingegangenen, Verbindlichkeiten, dem Vortheile Europas überhaupt, und dem Spaniens und des Königs Ferdinands insbeſondere, zuwider, verweigerte, mißfiel den beyden Unterhändlern, die jetzt Miniſter geworden ſind; und ihre Empfindlichkeit ſcheint, zu Ferdinands Unmuthe, gegen die Mitglieder der Regentſchaft und der Cortes, beygetragen zu haben; die, indem ſie dem Traktate von Valencay ihre Ratifikation verſagten, ſich, in ſeinen Augen, des Verbrechens der beleidigten Majeſtät ſchuldig machten."

„Um die Ordnung und Ruhe beſſer herzuſtellen, hat die neue Regierung den Entſchluß gefaßt: nicht nur diejenigen Spanier, die unter König Joſeph gedient haben, ſondern auch diejenigen, die Stellen, unter der Regierung der Cortes bekleidet, von allen Aemtern auszuſchließen. Nach dieſem Grundſatze werden nur ſolche Perſonen Anſtellung erhalten, welche, während des ganzen Aufenthalts Ferdinands VII. in Frankreich, an Allem, was in Spanien geſchah, keinen Antheil genommen haben; auch iſt dieſer Souverän bereits mit Prieſtern und Mönchen umgeben; was die ſchleunige Wiederherſtellung der heiligen Inquiſition hoffen läßt." (Sie wurde gleich nach

dieſer Vorausſagung hergeſtellt) „Aber der einfluß=reichſte Mann, am neuen Hofe zu Madrid, iſt der Herzog von Infantado; er, der Günſtling des Königs, und die Hauptſpringfeder, der ſpaniſchen Revolution, beym Aufſtande der Madrider, am 18. und 19. März 1808, gegen Karl IV.; wodurch dieſer König abzudanken gezwungen wurde, und ſein Sohn, Ferdinand VII. den Thron beſtieg."

„Dieſer überwiegende Einfluß des Herzogs von Infantado, auf den Geiſt des Souveräns, vereint mit der Erbitterung deſſelben Großen, gegen die Cortes, welche, ſeinen Entwürfen mißtrauen, ihn, im vorigen Jahre, von der Regentſchaft, nach der ſein Ehrgeiz trachtete, ausſchloſſen, wird es klar, warum Ferdinand lieber, Kraft des Rechts, das er, in Folge der Entſagung ſeines erlauchten Vaters, in Anſpruch nimmt, als Kraft des neuen Vertrags des Nationalwillens, der ihn und ſeine Nachkommen, durch die von den Cortes dekretirte Konſtitution, auf die beſtimmteſte und unverletzbarſte Art, als König von Spanien aufſtellte, regieren wollte."

„Dieſer Vorgang, ob ihn gleich, wie es ſcheint, das ſpaniſche Volk genehmigt, hat die aufgeklärten Spanier, und die wahreſten Freunde des Königs Ferdinand betrübt; denn ſie erblickten darin einen Anlaß zum Bürgerkriege. Die Nation zerfällt dadurch nämlich, in mehrere Parteyen; deren hauptſächlich folgende ſeyn dürften: 1. die konſtitutionelle, oder Partey der Cortes, 2. die Partey Ferdinands, oder der unbeſchränkten Monarchengewalt, 3. die Partey Karls IV., oder derjenigen,

welche die Abdankung dieſes Souveräns, für durch den Aufſtand des Volks und der Leibwache erzwungen, folglich nichtig, anſehn, und die daher behaupten, daß dieſer unglückliche Fürſt allein rechtmäßiger König von Spanien ſey.“ —

So war die Lage der Dinge, unmittelbar nach der Rückkehr des Königs, nach Spanien und auf den Thron. Der Gang der Regierung enthüllte immer mehr ihren Geiſt und ihre Tendenz; ſo wie den Einfluß, welcher dieſelbe motivirte. Fortgeſetzt wurde, gegen die vorzüglichſten Mitglieder der Regierung und der Cortes, mit Verhaftungen und Unterſuchungen verfahren. Zu Madrid wurde eine Kommiſſion niedergeſetzt, um das Betragen der Staatsbeamten, jeder Klaſſe, während der letzten ſechs Jahre zu unterſuchen; nach deren Entſcheidung, über ihre Beybehaltung oder Entlaſſung, entſchieden werden ſollte. In den Provinzen erhielten die Intendanten dieſen Auftrag. Während dieſe Kommiſſionen und Kommiſſarien dieß Geſchäft betrieben, löſte ein anderes Dekret alle noch beſtehenden konſtitutionellen Junten auf, und ſetzte die konſtitutionellen Alkalden, Korregidors ꝛc. ab; verordnend, daß ihre Stellen, durch diejenigen Perſonen wieder beſetzt werden ſollten, welche dieſelben am 18. März 1808 inne gehabt hätten. Ein Dekret folgte dem andern, zur Wiederherſtellung der alten Verhältniſſe und Verwaltungsformen, welche die Interimsregierung abgeſchafft hatte. Ein Miniſterialerlaß, vom 21. May zeigte an: daß „da der König erfahren habe, daß die Verlaſſenheit und das Elend, worin ſich die Religiöſen, durch die ungerechte Plünderung ihrer Güter befänden, ſie vom

ihren Klöſtern entfernt hielten, und ſie, zum großen Aergerniſſe des Volks, an der Erfüllung der Pflichten ihrer Inſtitution hinderten; auch in Betracht der Vortheile, welche, für den Staat und die Kirche, aus der Verſammlung dieſer Geiſtlichen in ihren Kommunitäten, entſprängen, S. M. befohlen habe: daß alle Klöſter und alle ihnen zugehörige Güter hergeſtellt werden ſollten." — Und, durch eine mündliche Verfügung des Königs, wurde den Superioren der wieder hergeſtellten Mönchsklöſter zu Madrid — die der Bettelmönche nicht ausgenommen, — das Vorrecht ertheilt, ihm, bey ihrer Vorſtellung die Hand küſſen zu dürfen. Der Herſtellung der Mönchsklöſter folgte die Herſtellung der Nonnenklöſter, und die Befreyung aller geiſtlichen Güter, von den Abgaben und Laſten, womit die Cortes ſie belegt hatten. Kurz darauf erſchien das Edikt, wodurch die Inquiſition wieder hergeſtellt wurde; das, ſowohl in Hinſicht auf den Gegenſtand, als auf den Inhalt und vorzüglich auch auf ſeine Wirkung, uns ſo merkwürdig, charakteriſtiſch und wichtig dünkt, daß wir es angemeſſen erachten, ſolches, dem Weſentlichen nach, vollſtändig hier einzurücken.

„Den ruhmvollen Titel, eines katholiſchen Königs," ſo lautet es, „der Uns, unter allen übrigen chriſtlichen Fürſten auszeichnet, verdanken die Könige von Spanien der Standhaftigkeit, womit ſie, in ihren Staaten, keine andere, als die römiſch-apoſtoliſch-katholiſche Religion dulden. Dieſer Titel legt auch Mir die Pflicht auf, Mich ſeiner, durch alle Mittel, welche der Himmel in Meine Hände gelegt

hat, würdig zu machen. Die neulichen Unruhen, und der Krieg, der, ſechs Jahre lang, alle Provinzen des Reichs verheert hat; der Aufenthalt der fremden Truppen, von verſchiedenen Sekten, welche beynahe ſämmtlich, von gehäſſigen Geſinnungen, gegen unſere Religion, beſeelt waren, die daraus nothwendig entſtandene Unordnung, und die geringe Sorgfalt, welche man, während dieſer unglücklichen Zeiten, auf die Angelegenheiten dieſer heiligen Religion gewandt hat, alle dieſe Umſtände zuſammengenommen, haben den Gottloſen, die nun keine Zügel mehr kannten, freyes Feld verſchafft; gefährliche Meynungen haben ſich, durch die nämlichen Mittel, wie in andern Ländern, in unſere Staaten eingeſchlichen und Wurzel gefaßt. Theils nun in der Abſicht, einem ſo gefährlichen Uebel abzuhelfen, und, unter meinen Unterthanen, die heilige Religion Jeſu, die ſie ſtets liebten, und in der ſie ſtets gelebt haben und leben wollen, aufrecht zu erhalten; theils wegen der, allen Fürſten, die in Spanien regieren, durch die Regierungsgrundſätze auferlegten, und von, Mir beſchwornen, perſönlichen Vorbindlichkeit, keine andere Religion zu haben; theils endlich, weil dieſe Religion das ſchicklichſte Mittel iſt, meinen Völkern innere Zwietracht zu erſparen, und ihnen die Ruhe, deren ſie bedürfen, zu ſichern, habe ich für nöthig erachtet, unter den gegenwärtigen Umſtänden, dem Tribunale der heiligen Inquiſition, die Ausübung ſeiner Gerichtsbarkeit wieder zu geben. Demnächſt haben mir gelehrte und tugendhafte Prälaten, viele ehrwürdige Korporationen, und Perſonen, geiſtlichen und weltlichen Standes, vorgeſtellt: daß Spanien dieſem Tribunale das Glück verdankt, im ſechs-

zehnten Jahrhunderte, durch die Irrthümer, welche, bey andern Nationen, ſo viel Unglück ſtifteten, nie beſudelt worden zu ſeyn, daß, im Gegentheil, unſere Nation, gerade damahls, die Wiſſenſchaften mit Ruhm angebauet, und eine Menge großer, durch Kenntniſſe und Frömmigkeit ausgezeichneter, Männer hervorgebracht hat. Man hat Mir ferner vorgeſtellt, daß der Unterdrücker von Europa nicht ermangelt habe, als eine ſehr wirkſame Maßregel, zur Einführung der, zu ſeinen Entwürfen nöthigen, Korruption und Zwietracht, die Aufhebung dieſes Tribunals, unter dem eitlen Vorwande, anzubefehlen, daß die Aufklärung des Jahrhunderts die längere Dauer deſſelben nicht erlaube, und daß die ſo genannten allgemeinen und außerordentlichen Cortes, unter dem nämlichen Vorwande, und unter Begünſtigung der, von ihnen tumultuariſch dekretirten, Verfaſſung, zum großen Bedauren der ganzen Nation, auch die heilige Inquiſition abgeſchafft haben. Aus dieſen Urſachen hat man Mich dringend gebeten, dieſes Tribunal, in die Ausübung ſeiner Amtsverrichtungen wieder einzuſetzen; und habe ich, ſo rechtmäßigen Gründen nachgebend, und in Betracht des, von meinen Völkern an den Tag gelegten, Wunſches, deren Eifer für die Religion unſerer Väter ſo gar meinen Befehlen zuvorkam, und ſich beeilte, freywillig die untere Inquiſition, in einigen Provinzen, zurück zu rufen, beſchloſſen: daß, für jetzt, das oberſte Gericht der Inquiſition, und die übrigen Tribunale des heiligen Officiums, zu ihren Amtsverrichtungen zurückkehren ſollen; in Gemäßheit der Ermächtigung, die ſie dazu, von den Päpſten, auf Anſuchen meiner erlauchten Vorfahren, von den Prälaten der Diöce-

ſen; und von den Königen, die ihnen die volle Ausübung derſelben zugeſichert, erhalten haben; wobey ſie jedoch, in ihrer zwiefachen, geiſtlichen und weltlichen Gerichtsbarkeit, die im Jahre 1808 beſtandenen Verordnungen, und die, bey verſchiedenen Gelegenheiten, zu Abwendung gewiſſer Mißbräuche gemachten, Geſetze zu beobachten haben. Und, da es, außer dieſen alten Geſetzen, angemeſſen ſeyn könnte, noch neue, über dieſen Gegenſtand, hinzuzufügen, und es Meine Abſicht iſt, dieſes Inſtitut zu vervollkommnen, um es, für Meine Unterthanen, im höchſten Grade, wohlthätig zu machen; ſo will Ich, daß, ſogleich nach Verſammlung des beſagten Obergerichts der Inquiſition, zwey von ſeinen Mitgliedern, mit zwey Mitgliedern des Raths von Caſtilien (alle viere von Mir zu ernennen) zuſammentreten, und die Methode und Verfahrensart des heiligen Officiums, ſowohl in den Prozeſſen, als bey der Zenſur und dem Verbote der Bücher, unterſuchen ſollen. Wenn dieſe ſodann finden, daß das Wohl meiner Unterthanen, oder die Foderungen der Gerechtigkeit irgend eine Reform oder Abänderung erheiſchten, ſo haben ſie mir darüber einen, mit ihren Bemerkungen begleiteten, Bericht abzuſtatten; damit ich die angemeſſenen Entſchlüſſe faſſen möge."

Das, auf dieſe Weiſe, wieder eingeſetzte Gericht, ermangelte nicht, unverzüglich in Thätigkeit zu treten, und den Anlaß zu benutzen, den ihm die Regierung gab, auch über, wegen politiſcher Vergehen, Angeklagte zu richten. Mehrere verhaftete Mitglieder der Cortes, und andere Anhänger der

Konſtitution, waren dem zu Madrid errichteten Gerichtshofe Alcaldes de casa y corte eigentlich nur zum Aburteln übergeben; wurden aber, ohnerachtet der Juſtizminiſter die Mitglieder deſſelben, nach ſeinem Zweck ernannt hatte, von demſelben insgeſammt losgeſprochen. „Dieſe muthige Handlung der Gerechtigkeit,“ ſagt eine öffentliche Nachricht, „erzürnte die Miniſter dergeſtalt, daß ſie dem Könige die Abſetzung des Präſidenten des Tribunals, Dom Villeta, und überdem den Befehl unterzeichen ließen, die losgeſprochenen Angeklagten der Inquiſition zu überliefern; damit das heilige Gericht, über ihre Aufführung, in Rückſicht der Religion, urtheile! Dem zufolge wurden dieſe Unglücklichen, aus den Civilgefängniſſen, in die Kerker der Inquiſition geſchleppt; um hier, unter einem andern Titel, das Urtheil zu erhalten, was ihnen dort zugedacht war.“ So iſt, in der Folge, die Unterſuchung, oder vielmehr Verurtheilung dieſer politiſchen Verbrecher großentheils, in die Hände der Inquiſition übergegangen; welche, in der ganzen Härte ihres alten Charakters, mit ihnen verfahren hat.

Unter ihrem Schutze zeigten ſich nun auch die Mönche, in ihren alten Geiſte. Sie predigten mit der größeſten Heftigkeit, gegen die Theilnehmer an der Partey der Cortes, und gegen die, welche, unter Josephs Regierung, ſich dieſem zugewandt hatten. Sie ſchilderten dieſelben, von der Kanzel und in den öffentlichen Blättern, deren ſie ſich bemächtigt, als Gottloſe; die einen, als Freunde der engliſchen Ketzer, die andern als Anhänger der franzöſiſchen Atheiſten. Sie erklärten laut: daß Ferdinand nur

dann ſeinen Thron befeſtigen würde, wenn alle dieſe Gottloſen auf Schaffotte und Scheiterhaufen geführt, und ſo von der Erde vertilgt worden wären. Beſonders zeichnete ſich, in letzterer Hinſicht, ein Hieronomyter Mönnich, Namens Caſtro aus; der ein Journal, unter dem Titel Atalaya, herausgab. „Der Styl dieſes Journaliſten" ſagt eine öffentliche Nachricht, „unterſcheidet ſich, von dem Style Marats nur darin, daß er alle Liberalen zum Scheiterhaufen verdammt, und Marat ſie unter die Gillotine warf;" und dieſer Mönnich genoß damahls, in einem vorzüglichen Grade, das Vertrauen des Königs! — „An ſeiner Seite kämpfte," der eben angeführten Nachricht zufolge, „ein Mönch, Namens Oſtolaza, den Ferdinand zum Lohne für ſeine Predigten, zum Biſchofe machte. Dieſer Mönnich, hatte ſein Kloſter zu Arequipa, in Amerika, rein ausgeleert, und nicht weniger als 40,000 Piaſter nach Madrid gebracht; weswegen er, von ſeinen Ordensbrüdern hier förmlich belangt worden."

Die ſpaniſchen Mönche trieben, bey der Wiederbeſitznahme ihrer Klöſter, einen Unfug ähnlicher Art; ſie übten nämlich ebenfalls Eigenmächtigkeiten die ihre Habſucht bekundigten, und wobey ſie es ſo arg machten, daß die Regierung nicht umhin konnte, davon Kenntniß zu nehmen und inhibirend einzuſchreiten. In einem Cirkular des Juſtizminiſters, zu dieſem Behuf, wird angeführt: daß die Mönche, in der Intendantſchaft Valladolid „ohne andere Autoriſation, als ihren Eigenwillen, ſich der, in den Klöſtern befindlichen, Effekten, ſelbſt der Heerden der Verwalter bemächtigt, und die Familien der letztern

ſehr übel behandelt hätten;" daß die Mönche zu Granada „die Summen, welche Käufer von Nationalgütern, aus den Zeiten der eingedrungenen Regierung ſchuldig waren, für ſich haben beziehen wollen," und daß die Mönche zu Salamanca, „auf alle, frühere, verfallene, aber noch nicht bezahlten, Renten Anſpruch machten," und dergleichen mehr. Indeſſen wurde doch gar ſäuberlich mit dieſem Raubgeſindel verfahren; denn „der König wollte" nur: „daß die Intendanten, gemeinſchaftlich mit den Biſchöfen, diejenigen Mönche, welche ſich tadelnswerth betrugen, im Zaume halten" ſollten, und von Beſtrafung des Vorgefallenen war nicht die Rede.

Dagegen offenbarte ſich die königliche Strenge, immer mehr, in Verurtheilungen der Mitglieder der Cortes, der Regentſchaft und der Partey der Liberalen. Männer die Miniſterſtellen bekleidet, oder als Repräſentanten des Volks, in der Verſammlung der Cortes geſeſſen hatten, mußten auf die Galeeren wandern, und überdem noch anſehnliche Summen, als Geldſtrafen, erlegen. Zugleich aber mit dieſen empfanden auch die den Zorn des Königs, welche Gegenſtände des Haſſes und der Verfolgung jener geweſen waren. Mehr als zehntauſend Spanier lebten in Frankreich, als Flüchtlinge; weil ſie, unter König Joſeph, Civil- oder Militärſtellen bekleidet, oder ſich „als deſſen Anhänger gezeigt hatten." Ferdinand verfügte, durch ſeinen Miniſter der Gnaden und der Gerechtigkeit, in einem Cirkularſchreiben, „an die Generalkapitäns, Kommandanten, Gouverneurs und Obrigkeiten, auf den Grenzen des Reichs; daß ſie, unter keinerley Vorwande, den in

folgenden Klaſſen begriffenen Perſonen, die Rückkehr nach Spanien geſtatten ſollten: a. denjenigen, welche der eingedrungenen Regierung, als Miniſter und Räthe gedient; b. denjenigen, welche, indem ſie vorher von S. M., als Ambaſſadeurs, Miniſter, Geſandtſchaftsſekretäre, oder Conſulen, angeſtellt geweſen, von der eingedrungenen Regierung eine Vollmacht, eine Ernennung, oder eine Beſtätigung angenommen, oder fortgefahren hätten, in derſelben Namen, eine der gedachten Sendungen auszuführen; c. den Generalen, und allen Offizieren, bis zum Kapitänsrange incl., die unter den Truppen der eingedrungenen Regierung gedient hätten, die beſtimmt geweſen, gegen die Nation zu agiren, oder welche der Partey jener Regierung gefolgt wären; d. denjenigen, welche unter dem Eindringlinge, in der Polizey, in den Präfekturen, Unterpräfekturen und den Kriminalgerichtshöfen, angeſtellt geweſen; e. denjenigen, welche, von der eingedrungenen Regierung, einen Adelstitel, oder eine kirchliche Würde angenommen hätten; ſo wie denjenigen, welche, von der legitimen Regierung ein Adelsdiplom, oder eine Würde beſitzend, der Partey des Eindringlings gefolgt wären, und mit ihm ihr Vaterland verlaſſen hätten." Mit dem hinzugefügten Befehle: daß „alle, in den bezeichneten Klaſſen begriffene, Perſonen, die bereits nach Spanien zurück gekehrt wären, gezwungen werden ſollten, das Königreich zu verlaſſen." — Allen andern, nicht, durch dieſe Beſtimmung, „ausgeſchloſſenen Spaniern" wurde „die Rückkehr nach Spanien bewilligt; ihnen aber verboten, nach Madrid zu kommen, und ſich, in irgend einem weniger als zwanzig Stunden von der Hauptſtadt

entfernten, Orte niederzulaſſen.“ Auch wurde, in Hinſicht ihrer verfügt: daß ſie „an den Orten, wo ſich ſolche Perſonen niederließen, unter die unmittelbare Aufſicht, der Kommandanten, Gouverneure oder Alkalden geſtellt, und von dieſen ihre politiſche Aufführung, unter ihrer perſönlichen Verantwortung, beobachtet werden ſolle; daß ſie dem Könige, zu keinem Amte, zu keiner Anſtellung, weder im Adminiſtrations- nach Juſtizfache, ſollten vorgeſchlagen werden können;“ daß „eben ſo, weder die Officiere, unter Kapitänsrang, noch die Kadetten, im Militärdienſte beybehalten werden, noch die Uniform tragen, noch irgend einen Grad, in der Miliz, ſollten bekleiden können.“ — Auch die Frauen wurden in dieſer Verfügung berückſichtigt, und, in Betreff der „verheiratheten Frauenzimmer, die mit ihren Ehemännern ausgewandert waren,“ feſtgeſetzt: daß „ſie das Schickſal dieſer theilen ſollten; den andern Frauensperſonen aber, ſo wie allen Individuen beyderley Geſchlechts, unter zwanzig Jahren, die, auch, der eingedrungenen Regierung folgend, ausgewandert waren, erhielten, da der König ſeine Gnade erweiſen wollte die Erlaubniß, in ihre Heimath zurück zu kehren; doch ſollten auch ſie, unter der beſondern Aufſicht der Obrigkeit ihres Wohnorts verbleiben.“ —

Indem ſich, auf dieſe Weiſe, der Geiſt und die Tendenz der Regierung immer mehr offenbarte, zeigten ſich auch ſchon die Wirkungen. „Perſonen,“ heißt es, in einem geſchätzten engliſchen Blatte, aus jener Zeit, „Perſonen die unmittelbar von Valladolid und Madrid kommen, verſichern: die Gäh-

rung der Gemüther, in Spanien, laſſe ernſthafte Unruhen befürchten. Schon haben die Unzufriedenen mehrere Guerillas, oder Korps von Parteygängern, beſonders in La Mancha, gebildet, und das Volk, in Catalonien, fährt fort, die größeſte Unzufriedenheit zu äußern. Im Kabinette ſind Parteyen, welche um die Gewalt ſtreiten. Der Herzog von S. Carlos und Macannoz ſtehen, an der Spitze der einen; der Pater Oſtolaza und die Brüder des Königs auf der andern." — Bald darauf erſchien folgende Proklamation des Gouverneurs von Cadix, in öffentlichen Blättern. „Der Generalkapitän der Provinz Cadix, der, den Befehlen und väterlichen Abſichten des Beſten der Könige gemäß, bisher die Einwohner dieſer Provinz, als ein Vater, behandelt hat, hat ſich jetzt überzeugt, daß Strenge nothwendig iſt. Er wird demnach die Strafbaren, nach Maßgabe ihres Verbrechens, behandeln, und ihnen Ehrerbietung, vor dem Namen Ferdinands VII., Königs von Spanien und Indien, einflößen, den die Nation ſo wie alle europäiſchen Mächte anerkannt, und die Tapferkeit und Treue ſeiner Unterthanen und Armeen, auf den Thron wieder geſetzt haben, welchen ihm die ganze Macht des Tyrannen nicht rauben konnte." Dieſer Proklamation war ein Tagesbefehl des Generalkapitäns beygefügt; in welcher es heißt: „ſeine frühern Proklamationen wären ohne Wirkung geblieben. Die Verräther und Störer der öffentlichen Ruhe führen fort, das ſtets leichtgläubige und leichtſinnige Volk irre zu führen. Solche Verbrechen dürften nicht lange ungeahndet bleiben. Er habe die Pflichten erfüllt, welche das Amt, was er bekleide, ihm vorgeſchrieben; von nun an werde der

Strafgerechtigkeit, mit der Schnelligkeit, welche die Umſtände erforderten, ein Genüge geſchehen. Er erkläre, daß, da er ſich als im Kriegsſtande befindlich anſehe, auf der Stelle eine Militärkommiſſion niedergeſetzt werden ſolle. In einer peremtoriſchen Friſt von drey Tagen, ſollten, nach Vorſchrift der Militärgeſetze, die Prozeſſe verhandelt und abgeurtheilt, und jeder ſolle beſagter Kommiſſion übergeben werden, der angeklagt ſey: mittelbar oder unmittelbar gegen die Souveränität Ferdinands VII. dem die Nation Treue geſchworen, geſprochen, oder andere, auf Verführung der öffentlichen Meynung abzielende Umtriebe ſich erlaubt zu haben; weil Jedermann den Befehlen des, von den Mächten Europa's anerkannten, Monarchen und den Verfügungen der beſtellten Obrigkeiten, welche, in dem ihm anvertrauten Departement, über die Erhaltung der öffentlichen Ruhe wachten, blind gehorchen ſolle." Und die halb officielle franzöſiſche Zeitung, Journal de Paris, enthielt bald darauf folgenden Artikel: „In Cadix iſt ein Tumult geweſen; die Liberalen ſind, mit den Royaliſten, in Streit gerathen, erſtere haben eine Niederlage erlitten. Man hat ſchon acht ihrer Hauptanführer hingerichtet; und noch ſind mehrere in Unterſuchung. Aehnliche Hinrichtungen ſollen zu Madrid ſtatt gehabt, und der König ſich, auf kurze Zeit, nach Aranjuez begeben haben." — So ſprachen auch öffentliche Nachrichten und Proklamationen, von Unruhen in Barcelona und in Saragoſſa, aber ein großes Aufſehen machte ein aufrühreriſches Unternehmen des Generals Mina, der ſich, als Anführer der Guerillas, während

des Befreiungskrieges, einen bedeutenden Namen erworben hatte, und damahls noch ein Truppenkorps in Navarra kommandirte; worüber die Madrider Zeitung folgende Nachricht enthielt: „Mehrere Städte und Dörfer, in Navarra, beſchwerten ſich, bey dem Vicekönig, über die Militärbedrückungen, des Generals Expoz-Mina; welcher willkürliche Rationen, für den Unterhalt ſeiner Truppen foderte, den Alkalde in Larraga, der Gegenvorſtellungen gemacht, hatte er verhaften laſſen; und es bedurfte der ganzen Verwendung des Königs, um, nach vielen Anhalten, ſeine Befreiung auszuwirken. Minas Briefe athmeten Inſubordination; einer ſeiner aufgefangenen Briefe ſchien aufrühreriſche Pläne anzukündigen. Man wußte, daß er, auf verſchiedenen Punkten, Geld, Munition, Artillerie ꝛc. ſammelte. Am 25ſten Sept. ließ er die Depechen des Kouriers von Arragonien, Catalonien und Valencia auffangen. Am 26ſten meldeten die Officiere, des, bey Puenta de la Reyna ſtehenden, erſten Regiments Freywilliger, dem Vicekönig: ihr Obriſt, Goriz, habe ſie, in der Nacht, mit Leitern zum Erſteigen der Wälle, bis an das Glacis von Pampeluna, geführt, und man habe ihnen, von Seiten Minas, viermonathlichen Sold angeboten. Allein dieſes Korps, von den Geſinnungen der Ehre beſeelt, durch die es ſich ſo großen Ruhm erworben hat, wollte denſelben nicht untreu werden, und vereitelte den Plan, welchen Mina, mit Aſſura, Obriſten des, in Pampeluna liegenden, vierten Regiments verabredet hatte." —

In einem Schreiben des Vicegouverneurs von Navarra, an die Stände dieſer Provinz, wird zu-

vörderſt angeführt: „durch einen, ihm am 23ſten zugekommenen Befehl," habe der König ihm (dem Vicegouverneur) ſeine, „Willensmeynung dahin zu äußern geruht; daß der Generalmajor Franz Expoz-Mina, der Armee dieſer Provinz, mit dem Nichtaktivitätsgehalte ſeines Grades, und bleibenden Wohnſitz in Pampeluna aggregirt werden ſolle; die, unter ihm dienenden Truppen würden dem Generalkapitän von Arragonien zur Diſpoſition überlaſſen; um ſie, nach ſeinem Gutdünken, in die Städte ſeines Gouvernements zu verlegen. Dieſer Befehl ſey ſogleich beſagtem Generalmajor zugefertigt; der, noch an eben dem Tage den Empfang deſſelben angezeigt, und unverzüglich nach Pampelona zu kommen verſprochen." — Sodann wird der weitere Vorgang, auf folgende Weiſe, erzählt: „Vorige Nacht hat mehr gedachter General, Dom Fr. Expoz-Mina, von einem Aufruhr und Empörungsgeiſte geleitet, die Ruhe und öffentliche Ordnung unſerer Hauptſtadt und Provinz zu ſtören geſucht, und die größeſten Ausſchweifungen begangen. Er hat mit dem erſten Regimente der Freywilligen, und im Einverſtändniſſe mit den Chefs, des in Pampeluna in Beſatzung liegenden 4ten Regiments die Stadt überrumpeln wollen, und ſich zu dem Ende mit Sturmleitern verſehen. Jene Chefs haben, mit mehrern andern Officieren von Minas Partey, und mit deſſen Neffen, gleiches Namens, einen Theil der Nacht auf den Wällen zugebracht. Die ſichtbare Hand der Vorſehung aber, und das Ehrgefühl der würdigen Obriſtlieutenants und Officiere des erſten Regiments von Navarra haben Minas Vorhaben vereitelt. Letztere haben Einen aus ihrer Mitte an mich geſchickt, um mir

von jener ſtrafbaren Treuloſigkeit Nachricht zu geben, und mich ihrer unerſchütterlichen Treue, und ihres feſten Entſchluſſes, allen Gefahren, in Vollziehung der königlichen Befehle, und meiner Anordnungen Trotz zu bieten, zu verſichern." —

Nach engliſchen Blättern hatte Mina zugleich mit dieſem Unternehmen förmlich die Fahne des Aufruhrs aufgeſteckt, und eine Proklamation ausgegeben, worin es unter andern heißt: „Spanien iſt zum Kampfe der Völker ein Vorbild, für ganz Europa geweſen. Seine braven Einwohner haben die Tyranney ausdaurend, aufs glorreichſte, bekämpft; ſie haben eine vernünftige Freyheit und eine Verbeſſerung ihres Zuſtandes gewollt; wozu aber jetzt alle ihre Anſtrengungen? Hat man darum gefochten, daß Mönche, mehr als jemahls ihre Herrſchaft verbreiten ſollen, daß man rückwärts geht, ſtatt vorwärts zu gehen ꝛc.? —

Nach der Verunglückung dieſes Unternehmens, deſſen eigentlicher Zweck im Dunkeln geblieben iſt, entwich Mina nach Frankreich, und ſein Neffe nach Anuilla; die Offiziere, welche als Mitſchuldige verhaftet waren, wurden vor ein zu Pampeluna niedergeſetztes Kriegsgericht geſtellt, und zu den Galeeren verurtheilt. Ueberhaupt dauerten die Verhaftungen und Verurtheilungen fort. Die Inquiſition verfolgte die Freymaurer; die Liberalen. Dieſe Verfolgung erſtreckte ſich auch über die Zeitungen, in einer ſehr ſonderbaren Art von Rückwirkung; indem alle Zeitungen, welche in der Zeit der Cortesregierung erſchienen waren, und ihre Verhandlungen und Beſchlüſſe enthielten, ſo viel man davon noch

habhaft werden konnte, zuſammen brachte, auf zwey Karren laden, nach dem Platze de la Cebada fahren, und daſelbſt, mit allen Feyerlichkeiten eines Auto da Fe verbrennen ließ.

Aber nun begann auch ſchon der Kampf des Ehrgeizes und der Herrſchſucht in dem Innern der Regierung ſeine Wirkung zu zeigen. Der erſte, der ein Opfer derſelben wurde, war der Miniſter der Gnade und Gerechtigkeit, Dom Pedro Macannaz; der vormahls Sekretär des Königs, und während deſſen Gefangenſchaft in Frankreich, zu Vincennes eingeſperrt geweſen. In dem Dekrete, welches der König, unter dem 25. Nov. 1815, in Betreff dieſer Beungnadigung und Entſetzung erließ, heißt es unter andern: „Dom Pedro Macannaz, war einer von denen, die vorzüglich meine Theilnahme erweckten. Ich glaubte ihn derſelben würdig, und wählte ihn, den ich, in jedem Sinne, für rein hielt, zu meinem Staatsſekretär, in Gnaden- und Juſtizſachen. Bald wurden gegen ihn Klagen vor mich gebracht; die ich aber nur dem Neide und dem Geiſte der Unzufriedenheit zuſchrieb. Als jedoch die Klagen ſich mit jedem Tage mehrten, wollte ich mich ſelbſt von der Wahrheit überzeugen. Ich fand, bey meiner erſten Unterſuchung: daß er nicht allein, in ſeinem Betragen, ein nicht ſehr gewiſſenhaftes Syſtem befolgt, und Verbrechen, die eine ſtrenge Beſtrafung verdienten, beging; ſondern, daß er auch gegen die Treue gehandelt hatte; die er mir, in unglücklichen Zeiten, ſchuldig war; wo ich der Unterſtützung meiner geliebten Unterthanen am meiſten bedurfte. Ohne Zweifel

ſollte ich, vermöge meiner höchſten Gewalt, ihn und alle ſeine Mitſchuldigen, die, von den Geſetzen vorgeſchriebenen, Strafen erleiden laſſen; da ich aber Gerechtigkeit mit Gnade verbinden will, und da ich ſelbſt von allen Umſtänden dieſer Sache vollſtändig unterrichtet bin, indem ich, in der Wohnung des Macannaz, mit eigenen Augen die Beweiſe ſeiner Schwachheiten, und des Mißbrauchs ſeiner Amtsgewalt geſehn habe; ſo muß ich zwar, nach meinen königlichen Geſinnungen, für das Wohl und die Zufriedenheit meiner geliebten Unterthanen, das Uebel mit der Wurzel ausrotten; allein auch einigermaßen das Unglück mehrerer, durch die Schwachheiten und Pflichtvergeſſenheiten des erwähnten Macannaz kompromittirten, Perſonen mildern. Deßhalb will ich, daß Dom Pedro Macannaz ſein Amt, ſeinen Gehalt, und ſeine Ehrenzeichen verlieren, und ſo lange als es mir gefällig ſeyn wird, in dem feſten Schloſſe St. Antonio zu Corunna, gefänglich verwahrt werden ſoll; daß Dom Dioniſio Urbano gleichfalls ſeine Aemter, und ſeinen Gehalt verlieren auf acht Jahre, zwanzig Stunden weit vom Hofe, und den königlichen Reſidenzen, an einen von ihm zu beſtimmenden Ort verwieſen werde, und überdieß eine Geldſtrafe, von 10,000 Fr., bezahlen; daß Louiſe Petit, eine geborene Franzöſin, auf der Stelle meine Staaten verlaſſen, und in ihre Heimath zurück kehren; auch daß die, bey ihr, in meiner Gegenwart gefundenen, Summen ſogleich nach dem Haupthospitale, zur Unterſtützung der Kranken, geſandt werden; daß Joſeph Moragas, Handelsmann aus Mahon, eine Geldſtrafe von 15,000, Dom Jayme Doz, Handelsmann

von Madrid, und ſein Sohn Juan Doz, eine, von 6650, Dom Lazarus de Rada, Franz Eſtanga, Manuel de Cordova, Johann Bapt. Maignien, Louiſe Robinet und Dominic Griſon, jeder eine Summe von 550 Fr. zahlen ſollen; daß allen obengenannten angedeutet werden ſoll, daß ihr Betragen mir mißfallen hat, und daß ſie ſich, in Zukunft, wohl zu hüten haben, Anlaß zu neuem Verdachte zu geben, daß gleichfalls Dom Salvador Colomer zu erkennen gegeben werden ſoll, daß er ſich eines, ſeines Amts würdigen, Betragens zu befleißigen habe, und daß die geringſte Vernachläſſigung, von ſeiner Seite, ſtreng werde beſtraft werden." — Was alle dieſe Perſonen verbrochen, davon macht das Dekret keine Angabe; aus der Wendung: daß ſie ſich hüten ſollen, „Anlaß zu neuem Verdachte zu geben," könnte man wohl den Schluß ziehen, daß ſie hier nur für alten Verdacht beſtraft würden. — Dieſen Entſetzungen folgten eine Menge anderer, in dem Departemente, was dem in Ungnade gefallenen Miniſter untergeordnet geweſen; — vermuthlich aus gleichem Grunde; indem kein anderer angeführt wird.

Der Entſetzung des Miniſter Macanaz folgte unmittelbar die Entlaſſung des Herzogs von S. Carlos, und des Staatraths Escoiquiz; die bekanntlich zu der Zeit ſeiner Rückkehr von Valancey das Vertrauen des Königs, in einem vorzüglichen Grade genoſſen, und bey und nach derſelben ſehr thätig und wirkſam geweſen waren. „So ſind nun," heißt es damahls in einem Artikel von Madrid,

in der Gazette de France, „die, welche die Konkurrenz der aufgeklärten Männer, und die, mitten unter allen Parteyen, ihrem Vaterlande treu gebliebenen Spanier fürchteten, glücklicher Weiſe, in die ihnen geziemende Dunkelheit zurück gekehrt; aus der ſie nur einen Augenblick traten, um faſt alle Spanier unglücklich zu machen; und Wir getrauen uns, faſt mit Beſtimmtheit, die Rückkehr zu den Grundſätzen der Gerechtigkeit und Mäßigung, deren wir ſo ſehr bedürfen, voraus zu ſagen."

Aber ein Artikel aus Barcelona, der bald darauf im franzöſiſchen Moniteur ſtand, begann auf folgende Weiſe: „Die Veränderung im Miniſterium, die bey vielen Perſonen günſtige Hoffnungen erregte, hat nichts wahres Gutes bewirkt. — Die Regierung iſt ſo weit entfernt, von ihrem Syſteme der Strenge abzugehn, daß, ſtatt die Gefangenen zu befreyen, die Verhaftungen fortdauern. Man erwartet eine neue außerordentliche Steuer, mit militäriſcher Exekution." (Eine von 15 Mill. Realen hatte, in der Provinz Catalonien ſchon Statt gehabt, und war mit militäriſcher Exekution beygetrieben worden; auch eine dergleichen zu Cadix; zur Beſtreitung der Ausrüſtungskoſten, einer, nach Amerika zu ſendenden Expedition) „Die Regierung," ſo ſchließt dieſe Nachricht, nachdem ſie noch mehrere Specialien angeführt, „Die Regierung hat zu große Vorſchritte, auf dem Wege der Strenge gethan; ſie kann und wird es nicht wagen, ihn zu verlaſſen. Erſt dann, wenn der König ſein, in der Deklaration vom 4. May feyerlich gegebenes, Verſprechen halten wird, können wir einige Erleichterung, in unſerm traurigen Zuſtande erwarten. Indeſſen ruht

der Handel; der Fiskus füllt gierig die Kaſſen, die dennoch immer leer ſind; Mißvergnügen dringt in alle Volksklaſſen, und der Schrecken allein hält einen Ausbruch zurück.“ —

(Die Fortſetzung folgt.)

VI.

Ueberſicht der Hauptmomente der Geſchichte des Tages.

(Fortſetzung.)

Der zweyte Akt des großen Schimpf- und Schmähſpiels, was in England, vor ganz Europa, als Zuſchauerpublikum, gegeben wird, hat begonnen; und mit ihm iſt das Intereſſe, was dieß Publikum an demſelben nimmt, nicht nur erneuert; ſondern auch erhöht, und entſcheidet ſich, mit dem Fortgange der Handlung, immer mehr, zu Gunſten der Königin. Schon eine flüchtige Vergleichung der Vertheidigungsrede des Anwalds der Königin, mit der Anklagerede des Kronadvokaten, mußte dahin wirken, und die Vergleichung der Zeugen und der Zeugenverhöre dahin fortwirken. Und die kühne und gewandte Art, mit welcher der erſte auftritt, und

dem letztern die Leitung der Sache immer mehr aus den Händen windet, wirkt dazu vielleicht nicht weniger, als jenes beydes, mit. So wie der Vortrag und die ganze Haltung des Kronanwalds eine gewiſſe Bänglichkeit und Beengung verrieth, die leicht für den unwillkürlichen Ausdruck, des nur mühſam unterdrückten Bewußtſeyns einer nicht guten Sache genommen werden kann; ſo dürfte die Freyheit, die Sicherheit, die Zuverſicht, mit welcher der Advokat der Königin zu Werke geht, für die Wirkung der innern Ueberzeugung vom Gegentheile, bey dieſem genommen werden; und beydes muß vortheilhaft, für die letztere, in die Anſicht des Gegenſtandes einwirken. Vergleicht man nun die Zeugen, die bis jetzt, für beyde Parteyen, aufgetreten ſind; — wie ſehr muß ſich dann dadurch jener Eindruck, zum Vortheil der Königin, vermehren? — Gegen ſie ſind aufgetreten: lauter Ausländer, Italiäner, mit Ausnahme einer Franzöſin und eines deutſchen Mädchens, aus den niedrigſten Ständen, großen Theils aus der dienenden Klaſſe, eigene, fortgejagte Domeſtiken, und Domeſtiken in Gaſthäuſern, deren perſönlicher Charakter ſchon deßhalb in einem zweydeutigen Lichte erſcheint, und in der öffentlichen Achtung gar keinen Werth haben kann; für ſie faſt lauter Engländer, faſt alles Perſonen, aus den höhern und höchſten Ständen; die einer entſchiedenen öffentlichen Achtung genießen; unter ihnen ein Lord Guilford, einer der erſten Pairs des Reichs; der notoriſch auch einer der perſönlich achtenswertheſten und geachtetſten Männer Großbritanniens iſt. Wird ferner beachtet, was nicht unbeachtet bleiben kann: daß mehrere der Ausſagen der Zeugen gegen die Königin, theils als

die Sache in ein falſches Licht ſtellend, theils, als ihnen gewiſſermaßen vorgeſchrieben, dargethan ſind; daß der Anwald der Königin laut von Erkaufung und Beſtechung dieſer Zeugen geſprochen, und ſich dieſelbe zu erweiſen erboten hat; werden deßgleichen beobachtet: die Prozeduren der Mayländer Kommiſſion, die immer mehr enthüllt werden; die Wegſendung mehrerer der Hauptzeugen, gegen die Königin; die jetzt, in dem Gerichtshofe, ſelbſt in dem Hauſe der Lords, ſo lebhafte Debatten, und nachdrucksvolle Aeußerungen veranlaßt, und die Deutung, die dieſer Wegſendung natürlich gegeben wird; wird es da nicht erklärlich genug, daß ſich, was täglich ſich mehr offenbart, daß die öffentliche Meynung zu Gunſten der Königin immer mehr entſcheidet. Täglich faſt vermehren ſich die Addreſſen aus allen Ständen und Verhältniſſen, wie ſie denn deren fünf und zwanzig, zu vierzig, an einem Tage anzunehmen hat, und die Prozeſſionen, um ſie zu überreichen, werden immer größer; ſo daß man wohl ſagen kann, es verſammelt ſich immer mehr die Nation um die Königin; während der König faſt einſam auf dem Lande lebt, oder auf dem Meere ſpazieren fährt. Daß die Miniſter erkennen, wie penibel und gefährlich die Lage iſt, in welche ſie ſich, durch dieſen Gang der Dinge, geſetzt ſehn, ſcheint ſchon der veränderte Ton ihrer Sprache zu verrathen. Sie ſprechen nicht mehr, von „einer gewiſſen hohen Perſon;" ſie ſprechen jetzt von „der Königin," von „Ihrer Majeſtät," Lord Liverpool, der allein den Prozeß zu leiten ſcheint, und anfänglich als ihr entſchiedener und überzeugter Gegner auftrat, beſtrebt ſich jetzt, als

völlig unparteyiſch zu erſcheinen; er äußert den Wunſch: daß ſie gerechtfertigt werden möge, und zeigt ein Beſtreben, in allem behülflich zu ſeyn, was dieſe Rechtfertigung befördern könne. Unter den Miniſtern ſcheint, in Hinſicht auf die Anſicht und Behandlung der Sache, keine völlige Einheit mehr zu ſeyn; man erinnert ſich, daß der Lordkanzler ſich, ſchon vor einiger Zeit, klagend darüber vernehmen ließ, und bemerkt, daß Lord Liverpool zuweilen faſt eigenmächtig entſcheidet oder handelt. Lord Caſtlereagh, der unter den Miniſtern, welcher ſich am heftigſten gegen die Königin erklärt hat, iſt ganz verſtummt, da das Haus der Gemeinen, ſeine Sitzungen wiederholt ajournirt hat; und mit ihm die übrigen Miniſter, die in dieſem Hauſe ihren Sitz haben. —

Wie wird dieß nun enden? — Das kann die Zeit nur lehren. Aber, wenn, was allerdings wahrſcheinlich iſt, in der entſcheidenden Abſtimmung, die Miniſter die Mehrheit der Stimmen für ſich erhalten, und alſo die Königin verurtheilt wird; ſo bleibt ſchwer zu erkennen, was ſie, bey der Anſicht und Stimmung der Nation, dann, als für ſich gewonnen, achten mögen? Geſetzt, daß auch dann alles ruhig abgeht, die Miniſter auch in ihren Stellen bleiben, können ſie, für ſich und den König durch die Entſcheidung wieder gewinnen, was ſie und er, durch den Prozeß verloren haben? Und, wenn ſie das nicht können, was haben ſie denn — wir fragen noch einmahl — gewonnen? Haben ſie denn nicht vielmehr einen, durch nichts zu erſetzenden, Verluſt erlitten? Darum klärt es ſich nicht auf; ſondern wird vielmehr immer unaufklärbarer: was die Mi-

niſter eigentlich bey dieſem Prozeſſe bezweckten; und welche die Motive waren, die ſie dazu beſtimmten; denn es ſcheint, daß Männer von Einſicht, was erfolgt iſt, hätten voraus ſehn, oder doch, als möglich, in voraus in Betrachtung ziehn, und möglichen oder wahrſcheinlichen Gewinn und Verluſt gegen einander abwiegen müſſen. —

Schon mehrere Mahle iſt, von Seiten der Beklagten, ſich beſchwerend bemerkt worden: daß das Haus der Lords, bey dieſem Prozeſſe, die Qualitäten von Kläger und Richter in ſich vereinige. Jetzt beſchwert ſich der Anwalt der Königin, daß eigentlich gar kein Kläger da ſey; daß er ihn wenigſtens nicht kenne; daß er nicht wiſſe: ob der Kläger ein Menſch, oder ein „Dämon aus der Hölle;“ oder was für irgend ein Weſen ſey; daß ihm dieß, in ſeiner Vertheidigung hindere; dabey zu verſtehen gebend, daß wenn er den Kläger kenne, er vielleicht die Vertheidigungswaffen, mit Angriffswaffen gegen ihn, vertauſchen und ſo um ſo entſchiedener und ſchneller den Vortheil auf ſeine Seite ziehn könne. Es iſt dieſes allerdings ein ſonderbarer Umſtand. Lord Liverpool iſt zwar nun förmlich vor den Riß getreten, und hat ſich, als Einbringer der Bill, zwar nicht wörtlich aber doch faktiſch, als Kläger darzuſtellen geſucht; aber der Natur der Sache nach, iſt er doch eigentlich als Denunciant zu betrachten; und es muß allerdings befremden: daß der Advokat der Königin nicht ehr auf die Erſcheinung des Klägers gedrungen hat, und auch jetzt nicht darauf dringt. Indeſſen hat er freylich, in der Einleitung ſeiner Vertheidigungsrede, erklärt: daß er fürs erſte ſich auf die Defenſive beſchränken wolle, für den Nothfall ſich die offenſive

Verfahrungsart aber vorbehalte; eine Schonung, die zugleich eine Drohung enthält; die in der, oben angeführten, Aeußerung gleichſam wiederholt iſt.

Als eine Sonderbarkeit, bey dieſem, an ſolchen ſo reichen Prozeſſe, dürfte auch noch zu betrachten ſeyn: daß für Kläger und Beklagte, für den ſchuldigen und unſchuldigen Theil, die Nation die Koſten bezahlt; indem die Königin, die von dem Miniſterium für entſchieden ſchuldig erklärt worden, doch von der Regierung die, zur Führung ihrer Vertheidigung nöthigen, Summen erhält! Wenn nun der verlierende Theil, in einem Rechtshandel, eigentlich der iſt, welcher die Koſten bezahlt; ſo iſt es hier auf jeden Fall das Volk, indem die Koſten nur aus dem, was dieß aufbringt, beſtritten werden können; und der Belauf des Geſammtbetrages derſelben, möchte wohl keine ganz geringe Summe ſeyn. — Es dürfte die Neugier erregen, unter welcher Rubrik dieſelbe, auf das künftige Budget, gebracht werden wird.

(Die Fortſetzung folgt.)

Halle,
gedruckt in der Ruffſchen Buchdruckerey.

Politiſch-literäriſcher Anzeiger.

X.

I.

Auszüge aus Druckſchriften *).

1.

Nachricht von dem Fortgange der Bemühungen der London'ſchen Geſellſchaft chriſtlicher Erkenntniß (Society for promoting chriſtian knowledge) in England und Oſtindien. Aus ihrem Jahresberichte von 1818.

Die Zahl der Mitglieder und Theilnehmer der Geſellſchaft iſt in dem verfloſſenen Jahre (vom April 1818 bis zum April 1819) bis auf 13,300 angewachſen; und der Diöceſan- und Diſtrictcommitteen ſind 209 geworden. Die Einnahme der Geſellſchaft in dieſer Zeit, belief ſich auf 55,939 Pfund Sterl. 8 Schill. und 8 Pfg.; die Ausgabe dagegen auf 55,146 Pfund Sterl. 19 Schill 2 Pf. Unter den außerordentlichen Beyträgen waren mehrere ſehr bedeutende; theils in Vermächtniſſen, theils in Geſchenken beſtehend.

Die Geſellſchaft hat, in dieſem Zeitraum, unter ihrer Aufſicht in und außerhalb England vertheilt:

32,150 Bibeln (ohne die Familienbibel der Geſellſchaft.)
53,905 Neue Teſtamente und Pſalmenbücher.
91,621 Allgem. Gebetbücher (Common prayerbook.)
74,889 Andere eingebundene Bücher.
913,483 Kleine Traktätchen.

*) Auszüge aus dem, ſo eben erſchienenen, 69. St. der „neuern Geſchichte der evangeliſchen Miſſions-Anſtalten ꝛc. von Dr. G. C. Knapp, Halle, im Verlage des Waiſenhauſes 1820."

Außerdem ſind noch beſonders
261,760 Bücher und Schriften vertheilt worden.

Die Berichte, über die Aufnahme dieſer Geſchenke, lauten namentlich aus Oſtindien äußerſt erwünſcht. Herr Hawtayne, Gehülfsſecretär der Diöcesancomittee zu Calcutta, ſchreibt: daß die Nachfrage nach Bibeln, Gebetbüchern und andern Religionsſchriften, außerordentlich groß ſey. Herr Biſſet, Secretär der Diſtriktkomittee zu Columbo auf Zeylon, bezeugt der Geſellſchaft ſeinen und ſeiner Gehülfen innigen Dank, für die Ueberſendung ſo vieler Bibeln und Bücher; wodurch er dem drückendſten Mangel, auf der Inſel, abgeholfen ſehe. Das Geſchenk von 13 Familienbibeln, an die im Lande ſelbſt gebornen und gebildeten Prediger, mit ihren Namen auf den Deckeln, habe einen ſehr tiefen Eindruck auf ihre Gemüther gemacht; den nur der, welcher mit dem Charakter der Indier näher bekannt ſey, gehörig würdigen könne. Auch würden Bibeln, mit erklärenden Anmerkungen, ſehr geſucht. Von der Ueberweiſung der kirchlichen Angelegenheiten dieſer Inſel, an den Lordbiſchof von Calcutta, und der Errichtung eines Archidiaconats, unter Herrn Twiſtleton, ſey ungemein viel für die Ausbreitung des Chriſtenthums daſelbſt zu hoffen.

2.

Auszug, aus einem Berichte des Herrn Dr. Steinkopf's von den Miſſions- und Bibelgeſellſchaften in London im Jahre 1820. London, d. 2. May 1820.

Geſtern des Morgens, um 11 Uhr, hielten die Wesleyiſchen Methodiſten, in ihrer großen Capelle, in der City Road, die jährliche Verſammlung ihrer Miſſionsgeſellſchaft. Ihre Miſſionarien verbreiten ſich mehr und mehr über verſchiedene Gegenden der heidniſchen Welt, und haben, beſonders unter den armen Negerſclaven der Weſtindiſchen Inſeln, und in Ceylon, mit ſichtbarem Segen gearbeitet.

Mittwoch, den 3ten May. Achtzehn Jahre lang habe ich den jährlichen Verſammlungen, der biſchöf-

lichen Miſſionsgeſellſchaft beygewohnt, und zwar nie ohne Erbauung; aber die geſtrige Verſammlung übertraf alle vorigen, an Intereſſe und Lebendigkeit. Mehrere Herren von hohem Adel, Parlamentsglieder, und andere angeſehene Perſonen, vom geiſtl. und weltlichen Stande, waren zugegen; mehr, als ich je bey einer ähnlichen Gelegenheit geſehen habe. Ueber 30,000 Pf. St. hat die Geſellſchaft, im letzten Jahre, geſammelt; ihre Hauptſtationen ſind auf den verſchiedenen Inſeln und Küſten des mittelländiſchen Meeres; in Oſtindien, dem weſtlichen Afrika und Neu-Seeland. Allenthalben ſtiften ihre Miſſionarien Segen; aber nirgends mehr als in der Nachbarſchaft von Sierra Leone. Daſelbſt haben ſich mehrere Kolonien gebildet, die aus den Negern beſtehen, welche den Sklavenhändlern entriſſen, und in Freyheit geſetzt worden ſind. Einige der blühendſten nennen ſich Regents Town und Leiceſter Mountains. Etwa 12 000 Neger, die zu 22 verſchiedenen Völkerſtämmen gehören, ſind daſelbſt, durch einen verſtändigen, und unermüdet thätigen Deutſchen Miſſionarius, verſammelt worden. Anfangs befand ſich alles in der größten Unordnung; die meiſten waren ohne Kleider, lebten ganz vermiſcht, wußten nichts vom ehelichen Leben, beſtohlen ſich, und waren im beſtändigen Streit und Zank unter einander begriffen. Viele aßen Fleiſch und Geflügel ganz roh; richteten allenthalben ihre ſogenannten Teufelshäuſer auf, und waren Sclaven des ſchändlichſten Aberglaubens und der entehrendſten Lüſte; nun aber hat die Predigt des einfachen Evangeliums von Jeſu Chriſto, die ſeligſten Veränderungen hervorgebracht. Hunderte ſind wahrhaftig zu Gott bekehrt; drey mahl des Sonntags gehen ſie regelmäßig in die für ſie gebaute Kirche; 500 Kinder werden, in den Schulen, unterrichtet; etwa 200 Paare ſind in den Eheſtand getreten, und 250 haben das heil. Abendmahl, mit einer Rührung und Andacht genoſſen, die für manche Chriſten beſchämend iſt. — Schon 19 Straßen ſind angelegt, und immer werden neue Häuſer gebaut. Neben dieſen ſieht man Gärten und Reisfelder, auch gibt es mehrere, die Handwerke erlernen, und ſich auf dieſe Art der bürgerlichen Geſellſchaft nützlich machen. —

Den 4ten May. Der geſtrige Tag, war ein ausgezeichneter Segenstag. Es war der 16te Jahrestag der Brittiſchen und ausländiſchen Bibelgeſellſchaft. Wenn ich zurück gedenke, was ſie vor 16 Jahren war, und was ſie nun geworden iſt, ſo wird meine Seele mit Staunen, Bewunderung und Anbetung erfüllt. In ihrem erſten Anfange, bemerkte der Herzog von Glouceſter mit Recht, war ſie einem Senfkorn ähnlich, das mit Gebet und Hoffnung ausgeſtreuet wurde, nun iſt ſie ein ſchatten und fruchtreicher Baum geworden; unter deſſen weit ausgebreiteten Zweigen und Aeſten ſchon mancher matte Pilger der Erde Ruhe und Erquickung gefunden hat. Ich habe im vorigen Jahre beſchrieben, welch ein rührender Anblick es ſey, bey dieſem feſtlichen Anlaſſe Männer von allen Gegenden Großbritanniens, von mehrern Ländern Europa's, und ſelbſt bisweilen von noch entferntern Weltgegenden, an Einem Orte, verſammelt zu ſehen; Männer, deren Viele ſich durch Stand, Talente, Gelehrſamkeit, oder durch ihren menſchenfreundlichen Charakter, und durch die ihrem Vaterlande, der Kirche Chriſti, und der Menſchheit geleiſteten Dienſte auszeichnen; Männer, welche zu verſchiedenen Religionspartheyen gehören, die aber, mit Beyſeiteſetzung ihrer verſchiedenen Anſichten, hier nur Ein Herz und Eine Seele ſind, und von dem edlen Eifer belebt werden, Gottes Wort, und Erkenntniß, und Ehre, unter allen Völkern der Erde zu verbreiten.

Unter denen, die von Oſtindien gekommen waren, bemerke ich drey, Herren Harrington, den Oberſten Munro, und den Herrn Miſſionarius Ward; die beiden Erſtern hatten wichtige und ehrenvolle Aemter in Oſtindien bekleidet, und der Sache der Religion und des Chriſtenthums, in jenem fernen Reiche, die wichtigſten Dienſte geleiſtet. Der Letztere iſt einer der achtungswürdigſten Miſſionarien, der 20 Jahre in Serampore, als Gehülfe eines Farrey und Marshman, gearbeitet, und vereint mit dieſen wahrhaft groſſen Männern, ſich durch die Ueberſetzung und den Druck der heil. Schrift, in einer großen Anzahl Oſtindiſcher

Sprachen und Dialekte unſterbliche Verdienſte um die Menſchheit erworben hat. — Er erſchien mit einem Arme voll Bibeln und Teſtamente in der Verſammlung, und überreichte unſerm verehrungswürdigen Präſidenten, Lord Teignmouth, 7 Bände, die einem Theil des alten oder neuen Teſtaments, in 7 verſchiedenen Sprachen enthielten, nähmlich in der Marattiſchen, Bengaliſchen, Telingiſchen, Chineſiſchen, Puſhta, Konkun und Sangskrit. Eine andere, äußerſt intereſſante, Scene kann ich nicht unbemerkt laſſen. Unter den anweſenden Fremden waren 2 junge Männer, die von der Inſel Ceylon gebürtig, und Prieſter des Gottes Budhu geweſen waren. Das Cingaleſiſche N. Teſtament lenkte zuerſt ihre Aufmerkſamkeit auf die chriſtl. Religion hin; ſie wünſchten nähern Unterricht, kamen nach England, wurden auf das ſorgfältigſte unterrichtet, nach reifer Prüfung getauft, und werden, als Diener unſers Herrn Jeſu Chriſti, nach ihrem Vaterland zurückkehren, um ihren Landsleuten das ewige Evangelium des Friedens zu verkündigen. *) Ihre Bildung und Tracht erregte allgemeine Aufmerkſamkeit. Freude entſtrahlte ihren Augen, als ſie ſich, von einer ſo großen Verſammlung, mit einer wahrhaft brüderlichen Liebe aufgenommen und behandelt ſahen. Manche Thräne der Rührung floß, und freudiger Dank ſtieg gen Himmel hinauf; denn hier ſah die Geſellſchaft lebendige Thatbeweiſe des Segens ihrer Arbeit.

Als Lord Harrowby, deſſen Leben vor kurzer Zeit ſo wunderbar mörderiſchen Händen entriſſen worden war, in den Verſammlungsſaal trat, und als er eine Rede hielt, wurde er mit unbeſchreiblicher Freude empfangen.

Die Ausgaben der Geſellſchaft ſind in dieſem Jahre größer geweſen, als in irgend einem vorigen; ſie belleſen ſich auf die erſtaunende Summe von 123,847 Pfd. St.; dahingegen die Einnahme nur 93,000 Pfd. St. geweſen

*) Von dem Uebertritt dieſer Cingaleſiſchen Prieſter zur chriſtlichen Kirche, wird im vierten Abſchnitte, in der zweiten Abtheilung dieſer Schrift, ein Mehreres mitgetheilt.
A. d. H.

war.*) „Laſſet uns daher, ſprach ein Prediger von Hull, am Schluſſe der Verſammlung, mit erneuerter Kraft für die Geſellſchaft arbeiten: unſere Beyträge müſſen es im laufenden Jahre beweiſen, wie ſehr ihre wohlthätigen Zwecke uns am Herzen liegen. Hier, fügte er hinzu, überreiche ich von Seiten unſerer Hülfsgeſellſchaft eine Gabe von 1400 Pfd. St. Unſerm Frauenzimmerverein haben wir einen großen Theil dieſer Beyträge zu verdanken." Treffliche Briefe von dem Erz-Biſchofe von Tuam, ſo wie von den Biſchöfen von Durham, Norwich und Cloyne wurden vorgeleſen. Der Erſte, der einer der proteſtantlichen Erz-Biſchöfe Irlands iſt, nahm die ihm angetragene Stelle eines Vice-Präſidenten der Geſellſchaft, mit Freude an; und der Zweyte, der durch Alter und Menſchenfreundlichkeit gleich ehrwürdige Biſchof von Durham, ſchloß ſeinem Briefe eine 50 Pfd. St. Note, als Geſchenk für die Geſellſchaft, bey.

3.

Der oſtindiſche Reformator.

(Aus einem Schreiben des Miſſionars Deocar Shmid vom 10. Auguſt 1818.)

Ich habe in meinem vorigen Briefe ſchon bemerkt, daß jetzt in Indien mehrere Erſcheinungen vorkommen, welche den chriſtlichen Beobachter zu der Hoffnung berechtigen, daß der Tag des Heils auch für Indien ſich nähert. Jetzt will ich Ihnen einige ſolcher Erſcheinungen berichten. Seit einiger Zeit ſind von mehrern Hindu's Secten geſtiftet worden, welche den gemeinen Indiſchen Götzendienſt und Aberglauben eifrig beſtreiten, reinere Begriffe von Gott und Religion hegen, und ſich eines moraliſch beſſern Lebenswandels befleißigen, als der große Haufe ihrer Landsleute. Einige dieſer Secten haben

*) Ein Pfd. Sterling beträgt ohngefähr 12 Fl. Reichsgeld, oder 6 Thlr. 16 Gr.; folglich die Ausgabe: 1,486,164 Fl., und die Einnahme: 1,116,000 Fl.; oder nach Preußiſchem Gelde berechnet, die Ausgabe: 825,646 Thlr. 16 Gr., die Einnahme: 620,000 Thlr.

A. d. H.

auch den Caſtenunterſchied aufgegeben, welcher hier ein Haupthinderniß der Ausbreitung des Chriſtenthums iſt. Ein gewiß ſehr wichtiges Ereigniß! denn man hat Urſach zu hoffen, daß, wenn dieſe Feſtung des Fürſten der Finſterniß erſt erobert iſt das ganze Land ſich bald dem ſegensreichen Scepter des Heilands der Welt unterwerfen werde. Bey weitem die wichtigſte dieſer Secten hat einen reichen und gelehrten Brahmaner zu Calcutta, Namens Ram Mohun-Roy zum Stifter. Dieſer merkwürdige Mann zeichnete ſich durch Geiſtesbildung und Gelehrſamkeit vor ſeinen Landsleuten außerordentlich aus. Er iſt ein critiſcher Kenner des Sanskritaniſchen, Hindoſtaniſchen, Bengaliſchen, Arabiſchen und Perſiſchen. Aber er iſt nicht bloß mit der orientaliſchen Literatur und den Indiſchen Religionsbüchern, ſondern auch mit mehrern Europäiſchen Kenntniſſen, mit der Engliſchen Sprache und Literatur, und mit dem chriſtlichen und Muhamedaniſchen Religionsſyſteme ſehr genau bekannt. Er behauptet, daß die Hindu's von ihrer urſprünglichen Religionslehre, ſo wie ſie in ihren alten Religionsſchriften enthalten iſt, ganz abgewichen wären, und an die Stelle des reinen Glaubens an einen Gott, der darin gelehrt wird, eine ſchändliche Vielgötterey und einen ſehr verächtlichen Aberglauben eingeführt hätten, und daher ihre jetzigen gottesdienſtlichen Meinungen und Gebräuche auf keine Weiſe zu vertheidigen im Stande wären. Er kündigt ſich als denjenigen an, der ſeine Landsleute zu ihrer urſprünglichen reinen Religion zurückführen wolle; und iſt daher ſehr eifrig beſchäftigt, ſeine Lehren, die er für die Lehren der Veda's und der Vedanta ausgibt, ſowohl durch mündliche Vorträge und Unterredungen, als auch durch Schriften in Bengaliſcher, Hindoſtaniſcher und Perſiſcher Sprache, in Indien zu verbreiten. Er hat ſchon viele Anhänger, unter denen ſich einige ſehr angeſehene und vornehme Hindu's befinden ſollen. Ihre Anzahl ſoll ſich ſchon im Anfange des Jahres 1816 auf 500 belaufen haben. Sie bilden eine Geſellſchaft, die ſie die freundſchaftliche Geſellſchaft nennen, und verpflichten ſich zur Beobachtung gewiſſer Regeln, von denen eine der erſten dieſe iſt, daß niemand, der nicht

dem Götzendienſte entſagen will, in ihre Mitte aufgenommen werden dürfe. Doch ſcheinen ſie in beſondern Fällen Ausnahmen zu geſtatten. Denn ein Mitglied von ihrer Geſellſchaft unterhält noch immer mit ihrer Erlaubniß zwey große Pagoden, und hat viel Götzenbilder in ſeinem Hauſe, weil er zu dieſem Behufe von dem König von Delhy viele Ländereyen erhalten hat welche er verlieren würde, wenn er ſeine Götzen zerſtören wollte. Sie halten gottesdienſtliche Verſammlungen an allen großen Feſttagen der Hindu's nach rein monotheiſtiſchen Grundſätzen; wobey ſie auch Geſänge ſingen, die ihre religiöſen Meinungen ausdrücken. Den Caſtenunterſchied haben ſie zwar unter ſich noch nicht aufgehoben, aber ſie hoffen bald ſtark genug zu ſeyn, um es ohne große Aufopferung thun zu können. Ram Mohun - Roy insbeſondre ſagt, daß er es bisjetzt darum noch nicht gethan habe, weil ihm dadurch der Umgang mit mehrern bedeutenden Perſonen abgeſchnitten werden würde, die er noch zu überzeugen hoffe. Er ſchreibt übrigens den jetzigen bedauernswürdigen Zuſtand der Hindu's in Abſicht auf die Religion, hauptſächlich den Brahmanern zu. Denn er behauptet, daß dieſe aus Hochmuth und Eigennutz die urſprünglich reine Indiſche Religionslehre verfälſcht, und eine Menge abgöttiſcher und abergläubiſcher Meinungen und Gebräuche eingeführt hätten, um ſich dadurch ein großes Einkommen zu verſchaffen, und von den übrigen Caſten als Götter angeſehen zu werden. Durch dieſe Behauptung, die zum Theil gar nicht ungegründet iſt, (denn das Einkommen der Brahmaner rührt hauptſächlich von dem Aberglauben der übrigen Hindu's her,) hat er den Haß der Brahmaner in einem hohen Grade auf ſich gezogen: und ſie haben auch ſchon zweymahl ſeinem Leben nachgeſtellt. Man ſagt, was ich aber nicht verbürgen kann, daß er die Abſicht habe, durch die Taufe ſich öffentlich zum Chriſtenthum zu bekennen, und daß er ſich nachher mit mehrern ſeiner Freunde nach England begeben werde, um ſich auf den dortigen Univerſitäten einige Jahre lang dem Studium der Europäiſchen Gelehrſamkeit zu widmen. Die vorzüglichſte Schrift, welche er zur Verbreitung ſeiner Lehre herausgegeben hat, iſt eine Ab-

kürzung der Vedanta, eines Werks, das einen Brahmaner, Namens Vyuſa, zum Verfaſſer hat, der vor ungefähr 2000 Jahren die Veda's geſammelt, und in diejenige Ordnung gebracht haben ſoll, in welcher ſie ſich jetzt befinden. Ihn nennt R. den größten aller Indiſchen Theologen, Philoſophen und Dichter. In der gedachten Schrift deſſelben ſind die Lehren, welche ſich in den Veda's zerſtreut befinden, nach der Anſicht des Verfaſſers kurz dargeſtellt, und zugleich die Widerſprüche, die man darin antrifft, angeblicher Weiſe in Uebereinſtimmung gebracht. Außerdem hat er mehrere Upanishad's (d. h. dogmatiſche Abſchnitte der Veda's) welche ſeine Behauptungen am meiſten zu beſtätigen ſcheinen, aus dem Sanskritaniſchen ins Bengaliſche und Hindoſtaniſche überſetzt. Um denjenigen Engländern, welchen das Wohl der Indier am Herzen liegt, richtige Begriffe von den eigentlichen Lehren der Veda's beyzubringen, hat er die oben erwähnte Abkürzung der Vedanta, nebſt mehrern der Upanishad's der Veda's, die er in Indiſche Volksſprachen überſetzt hatte, auch in das Engliſche übergetragen, welches er mit einer, für einen Hindu außerordentlichen Richtigkeit, ſpricht und ſchreibt. Ich habe ſchon zu Anfange des Mays dieſes Jahres, ehe ich noch ahndete, daß ich ſelbſt nach Calcutta kommen würde, einen Brief an Ram Mohun Roy geſchrieben, worin ich ihm meine Zweifel gegen die Wahrheit ſeiner Anſicht der eigentlichen Lehre der Veda's und Vedanta, mittheilte. Ich glaube nähmlich, daß in dieſen Büchern nicht Monotheismus, ſondern Pantheismus enthalten iſt; welches Syſtem ich für den gefährlichſten unter allen Feinden des Evangeliums halte. Zugleich erſuchte ich ihn, mir ſeine Engliſchen Schriften zuzuſchicken, weil ich ſie in Madras, aller Nachfrage ungeachtet nicht erhalten konnte. Ich war Willens, wenn er meine Bitte erfüllen ſollte, dieſe ſeine Engliſchen Schriften, nebſt meinem Briefwechſel mit ihm und einigen andern auf ihn ſich beziehenden Aufſätzen, in ein Ganzes zu ſammeln, und mit einer Vorrede und Anmerkungen von mir verſehen, an Herrn Dr. Steinkopff in London zu ſenden, mit der Bitte, ſich zu erkundigen, ob nicht ein junger Deutſcher

evangeliſch geſinnter Gelehrter ſich geneigt fühlen ſollte, dieſe Schriften aus dem Engliſchen auch ins Deutſche zu überſetzen, und nebſt meinen Zugaben heraus zu geben. Allein N. hat mir noch nicht geantwortet; wiewohl ich weiß, daß er meinen Brief richtig erhalten hat. Da ich aber nun bald ſelbſt nach Calcutta zu kommen gedenke, ſo hoffe ich dann im Stande zu ſeyn, eine ſolche Sammlung von jenen Engliſchen Schriften, nebſt andern Aufſätzen, welche über ſein merkwürdiges Unternehmen Licht verbreiten, zu veranſtalten; und ich zweifle nicht, daß dieſe Nachrichten in unſerm Vaterlande großes Intereſſe erregen, und Segen ſtiften werden.

2.

Miscellen.

Ueber den Unterſchied zwiſchen Volksthum und Geſchlechtsthum.

> Gradus autem plures ſunt ſocietatis hominum. Ut enim ab infinita illa diſcedatur, propior est eiusdem gentis, nationis, linguae, qua maxime homines coniunguntur etc.
>
> Cicero de off. lib. 1. Cap. 17.

Es gibt gewiſſe Unterſcheidungen, in der Sprache, welche keinesweges auf eitle Wortklauberey hinaus laufen, ſondern für das Leben von großer Wichtigkeit ſind. Jene morgenländiſche Sage, welche mit der Sprachverwirrung die Zertheilung der Menſchen, in verſchiedene Staaten, zuſammenſtellt, hat nicht Unrecht. Bey den, vor einiger Zeit, in Schwung gekommenen Verdeutſchungen fremder Wörter, hat ſich nicht ſelten gezeigt, daß man dem Sinne des fremden Worts nicht recht auf die Spur gekommen, und daß daher auch, bey der Verdeutſchung, jener Sinn verfehlt ward. Ein ſolcher Mißgriff kann große Mißverſtändniſſe und Mißhelligkeiten anrichten.

Dieß iſt namentlich der Fall geweſen, mit der Ueberſetzung des Wortes Nationalität, durch Volksthümlichkeit. Dieß deutſche Wort entſpricht dem lateiniſchen, oder vielmehr dem franzöſiſchen, ganz und gar nicht. Der Lateiner hat die Worte gens und natio. Mit dem erſten bezeichnet er ein Geſchlecht (genus, γένος) von Menſchen, im Allgemeinen, z. B. das Geſchlecht der Germanen, Sarmaten. Mit dem andern Worte, natio, bezeichnet der Lateiner, in der Regel, (denn Ausnahmen kommen auch vor) einen Theil jenes Geſchlechts, alſo einen Stamm, z. B.; unter den Germanen, den Stamm der Heſſen, der Cheruſken u. ſ. w. Dieſe Benennungen, gens und natio, ſind, in Bezug auf Vaterland, daſſelbe, was, in Beziehung auf das Haus, gens und stirps Geſchlecht und Stamm, ſind; wo, ſtatt des Letztern, auch Familia, Geſinde, geſetzt wird. Durchs Franzöſiſche iſt das Wort nation und nationalität, für die allgemeinen Volksſchlage oder Geſchlächter, im Gebrauch gekommen; wo, nach dem Lateiniſchen, eigentlich gens und gentilitas ſtehen müßte. Es muß nicht heißen: die deutſche nation (Stamm), ſondern: der deutſche Schlag, gens Germanorum (vergl. Tacitus Germ. 2.) Dagegen aber muß es heißen: der Stamm der Heſſen, Frieſen, Chaucen u. ſ. w.

Dieſe Ausdrücke nun beziehen ſich alle auf das natürliche, gebürtige Verhältniß; denn gens kommt her von gignere, natio, ſo wie natura ſelbſt, von nasci. Dahingegen haben die Ausdrücke populus, Volk, eine ganz niedere Beziehung. Sie bezeichnen, ohne Rückſicht auf Sprache und Abſtammung, eine junge Mannſchaft (pubes), ein Gefolge, das einem und demſelben Regimente gehorcht. Hier alſo waltet nicht die Natur, die Gebährniß, ſondern die freye Willkühr. So waren es deutſche Völker, zuſammengeſetzt aus allerley Deutſchen, ſelbſt aus undeutſchen Stämmen, welche, in der Völkerwanderung, das römiſche Reich überſchwemmten. Man ſieht alſo leicht, daß, wenn man, in Bezug auf Deutſchland, von Volk und Volksthümlichkeit redet, dieß einen ganz andern Sinn hat, als wenn man von Geſchlecht, und Geſchlechtsthümlichkeit redet. In dem letz-

ten Fall hat man gleichſam den deutſchem Adel, die Ehre der deutſchen Abkunft, im Sinne; nach dem Sprichworte: „Volksart iſt Volksehre;" und die Stämme des Geſchlechts werden dadurch nicht aufgehoben, ſondern befeſtigt; ſo wie ſelbſt die einzelnen häuslichen Geſchlechter. *) In dem erſten Falle aber hat man die große Maſſe, das große Gefolge, vorzüglich als Heer, als Macht, im Auge; und dieß iſt mehr politiſcher, oder weltlicher; jenes Geſchlechtswesen aber mehr heiliger Art. Kaiſer Maximilian hatte beſonders viel Sinn für dieſes Geſchlechtsthum. Selbſt bey der Eintheilung Deutſchlands, in Kreiſe, die doch ein Werk der Willkür zu ſeyn ſcheint, findet man, daß die Grenzen meiſtens nach den Stämmen gezogen ſind; daher man nach den Kreiſen ſchon angeben kann, wie weit dieſe oder jene Mundart geht. Böhmen, Schleſien, Mähren und Lauſitz, als deutſche Pflanzungen in urſprünglich ſclaviſchen Ländern, ſind daher auch nur als deutſche Nebenländer aufgeführt.

So haben alſo die Wörter: Volk und Volksthümlichkeit, in Bezug auf das äußere Verhältniß, eine ganz andere Bedeutung, als Geſchlecht, und Geſchlechtsthümlichkeit, gens und gentilitas. Aber auch in Bezug auf das innere Verhältniß, tritt derſelbe Fall ein. Volk nähmlich wird oft nicht bloß für die ganze Volksmaſſe, populus, ſondern auch für das gemeine Volk, plebs, genommen; ſo wie auch, im Lateiniſchen, popularis eine ähnliche Bedeutung hat. Dieß iſt nun freylich ein falſcher Sprachgebrauch; denn populus, Volk und Volksthum, müſſen immer auf das Ganze gehen, ohne Rückſicht auf Vornehme und Gemeine. Jene Verwechſelung iſt jedoch gemacht worden, und ein volksthümliches Leben iſt Vielen gleichbedeutend geweſen, mit einer ſolchen Verfaſſung, worin die Gemeinen die Oberhand ha-

*) Um die iura gentium oder gentilia wurde, von den Plebejern, der lange Streit geführt. Sine gente war ein Schimpfnahme, und ſobald die Plebejer vornehm wurden und Staatsbedienungen erhielten, mußten ihnen auch die iura gentium zugeſtanden werden. Das iſt der, mit gewiſſen Stufen des Ranges ſehr weiſe verbundene, Adel; wodurch die guten Köpfe für den Staat gewonnen werden.

ben. Das iſt nun auch an ſich nichts Unrechtes; es iſt die republikaniſche Verfaſſung, und Republiken haben zu allen Zeiten beſtanden. Ja, das Vorherrſchen der Gemeinheit (im edlen Sinn) verträgt ſich ſogar ſehr gut, mit dem monarchiſchen Weſen; wir haben ja ſo viele populäre Fürſten und Könige gehabt. Aber freylich der Vornehmenherrſchaft ſteht dieſe Gemeineherrſchaft gegenüber. Darum iſt, für Deutſchland, die Königsgewalt von jeher ſo wohlthätig geweſen; durch ſie iſt ein Gleichgewicht, zwiſchen der Herrſchaft der Vornehmen und der Gemeinen, hergeſtellt worden; in welchem Gleichgewichte, meines Erachtens, das Glück der Staaten beſteht. Und wenn die Königsgewalt wirklich dieſe Beſtimmung hat, wenn ſie weder bloß das Haupt der Vornehmen, noch bloß das Haupt der Gemeinen iſt, dann iſt ſie ſelbſt, vor ihrer Ausartung in Deſpotismus und Tyranney, am beſten geſichert. Die urdeutſche Verfaſſung war eben ein ſolcher Dreyklang des monarchiſchen, ariſtokratiſchen und demokratiſchen Weſens. Dieſe zuſammen geben die beſte Stimmung. Nur wo das deſpotiſche, oligarchiſche oder ochlokratiſche Weſen hervortritt, da herrſcht Verſtimmung; denn dieß ſind die Ausartungen, der an ſich guten und nothwendigen Beſtandtheile. Man ſieht alſo, wie wichtig, auch in Hinſicht der innern Verhältniſſe, eine richtige Auffaſſung der Wörter und Begriffe iſt.

Doch mir iſt hier das Wichtigſte die Erkenntniß und Beherzigung der Geſchlechtsthümlichkeit, gentilitatis, in dem allgemein menſchenthümlichen Verhältniß. Dieſe ſchlichtet die Sache nicht durch Streit, ſondern ſie ziehet an und bindet, durch angeborne Verwandtſchaft, durch Liebe. Der geiſtige Ausdruck dieſes Nachbarverhältniſſes iſt die Sprache, welche an ſich ſelbſt das Verſtändniß und Einverſtändniß herbeyführt. Die Sprache an ſich, oratio, als Gepräge der Vernunft, rationis, iſt das allgemeine Band der Menſchheit, die Vermittlerin der allgemeinen Menſchenliebe, oder Menſchenreligion; denn Religion iſt Liebe. Die Sprache des Volksgeſchlechts (gentis) iſt der Grund der Volksreligion. Daher ich in ſofern das Sprichwort: cuius regionis, eius religionis,

ſo abändern möchte, daß ich ſagte: cuius gentis, eius religionis. Dieſes gilt denn Drittens auch in Bezug auf das häusliche Geſchlecht. Es iſt bekannt, daß die Römiſchen Geſchlechter, gentes, neben der Volksreligion, ihre eignen Heiligthümer und heiligen Gebräuche hatten; ſo wie jetzt manche Geſchlechter ihre eignen Kapellen (ſacella) haben, worin, auf ihren Namen, das Heilige verrichtet wird. So hatte ein römiſches Geſchlecht den Gebrauch, ſeine Todten zu begraben, da doch bey den übrigen das Verbrennen Sitte war. Dieſes geſchlechtsthümliche Verhältniß iſt der Natur und der Vernunft ſo angemeſſen, daß der Menſch, nach allen Verirrungen, ſich wieder zu demſelben zurück gewieſen ſieht, und daß der ſchweifendſte, ſchwärmeriſchſte Geiſt nur in dieſen ſüßen Banden ſeine endliche Beruhigung findet.

Jetzt, wo die Deutſchheit in Deutſchland ſelbſt beynahe verdächtig geworden iſt, ſcheint es ſehr zweckmäßig zu ſeyn, ſie, in ihrem wahren Lichte, darzuſtellen und zu zeigen, wie ſie ganz etwas anderes iſt, wenn man ſie als Geſchlechtsthum, auffaßt, als wenn man unter ihr das Volksthum verſteht. Wer die Deutſchheit, ſofern ſie auf Geſchlechtsthümlichkeit ſich gründet, beſtreiten wollte, der würde die Vaterlandsliebe ſelbſt anfeinden, und ſich zugleich für einen Feind, auch aller andern Volksgeſchlechter, erklären müſſen. Denn was dem Deutſchen Recht iſt, das iſt dem Wenden, Preußen, Sarmaten, Gallier, Basken u. ſ. w. billig. — Was in einem Reiche zu beobachten ſey, zu welchem verſchiedene Volksgeſchlechter gehören, werde ich in einem folgenden Aufſatze zu zeigen ſuchen.

Ernſt Trautvetter.

3.

Flüchtige politiſch-patriotiſche Bemerkungen, Ideen und Notizen.

(Eingeſandt.)

(Fortſetzung.)

Noch Einiges über Domänenbenutzung.

Vorwort des Herausgebers.

Manches, was ſchon oft geſagt iſt, kann doch nicht oft genug wiederholt werden.

Viele deutſche Staaten haben noch ſchöne Domänengüter; aber wie wenig entſpricht ihr reiner Ertrag ihrem Werthe? Der Landwirth von Einſicht erkennt, auf den erſten Blick, ſolche Huffelder an den mehrentheils geringen Früchten; an der Kultur des Landes ꝛc., und unterſcheidet ſie, von ſelbſt bewirthſchafteten Privatgütern! — Der Nachtheil, der aus der ſchlechten Benutzung jener, für jeden Staat erwächſt, iſt groß. — Ich bin nicht der Meinung, daß man die Domänengüter verkaufen ſollte, — nein, der Landesherr muß eigenthümlicher Gutsbeſitzer, in ſeinen Lande, ſeyn und bleiben — aber man ſollte dieſe großen Güter in kleinere vertheilen, und ſelbige zum Theil in Erbpacht, und Erbzins, öffentlich ausbieten; unter den Bedingungen, daß die Erbpacht ſich nach dem Durchſchnitt der Preiſe gewiſſer Früchte, als z. B. des Weizens und des Rockens ꝛc. der 20 zuletzt verfloſſenen Jahre, richte, und nach 20 Jahren abermahls auf dieſe Weiſe beſtimmt werde. Der Ertrag dieſer Güter würde, auf dieſe Weiſe der Privatbewirthſchaftung überlaſſen, bald um den dritten Theil ſteigen, und in Deutſchland, Tauſende von Familien nicht nur anſtändig nähren, ſondern in Wohlſtand verſetzen. Der Staat aber würde an reiner Ein-

nahme in manchen Gegenden, um die Hälfte gewinnen. —

Jeder Staat aber ſollte, in allen Provinzen, einige der beſten Domänengüter behalten, ſolche zu Muſterwirthſchaften einrichten, und durch tüchtige Landwirthe, — nicht gelehrte und lateiniſche Landwirthe, — verwalten; daſelbſt Verſuche mit fremdem Getreide Anbau, fremden Viehraçen ꝛc anſtellen, und die Erfolge bekannt machen laſſen. Dieſes würde die Landwirthſchaft empor bringen, und den allgemeinen Wohlſtand ſehr befördern.

Die mitteln Güter, in Sand- und Heidgegenden, und wo ſich ſonſten die Lage darzu eignet, ſollte man in kleine Coloniſtenſtücke, von 12 bis 16 Magdeburgiſchen Morgen, eintheilen, etwas Wieſe zu dem Felde legen und öffentlich, auf gleiche Weiſe, vererbpachten. Der Wohlſtand iſt nirgends ſo allgemein, als in Ländern, wo das Grundeigenthum, in nicht zu kleine Parcellen, vertheilt iſt. Man blicke auf Braband, Holland, Oſtfriesland ꝛc. — auf 16 bis 20 Magdeburger Morgen Landes lebt eine Familie, lebt nicht nur ſelbſt gut, ſondern producirt ſo viel, an Früchten aller Art, daß ſie alljährlich noch bedeutende Quantitäten zu Markte bringen kann. Dieſe ſind die kleinen Stellen, in dieſen Ländern; — viele Tauſende an der Zahl, — die größern Güter, zu 120 bis 180, 220 und mehr Morgen, liefern freylich hier, durch treffliche Bewirthſchaftung, einen nicht wenig reichen Ertrag. Aber alles iſt entweder freyes Eigenthum, oder Erbpachtergut.

Das Austhun der großen Güter, an den Höchſtbietenden in Zeitpacht, durch öffentliche Licitaiton, iſt, nach ſo vielfältig bewährten Erfahrungen, in der Regel, der totale Ruin derſelben; indem jeder Pächter, in der 6 oder 8 jährigen Pachtzeit, aus den Gütern herauszuziehen ſuchet, was möglich iſt; — und dagegen gewähren alle Cautionen der Beſitzer und Verpächter keine Hülfe; die Güter werden alle Jahre ſchlechter; — wodurch ein großer Verluſt in Hinſicht der Production für den Staat nothwendig entſtehen muß. —

In manchen Ländern hat man, in neuern Zeiten, auf alle Weiſe ſich bemühet, die Güter zu vergrößern. Dieß iſt dem Staate höchſt nachtheilig, viele und kleine, ſonſt wohlhabende Familien ſind, in ſolchen Ländern, aus Bauern, Tagelöhner geworden. — Die möglichſte Theilung des Grundeigenthums bewirket die beſte Landescultur. Wer ſein Eigenthum ſelbſt bauet, der bauet es allemahl gut; und wenn es auch nur klein iſt, ſo wird es ihn und ſeine Familie doch reichlich nähren und auch zum Verkaufe übrig bleiben. — —

Merk, T., (Regiments-Pferdearzt Pferdeliebhaber und Oekonomen. dermann. Preis 1 fl. 12 kr. ode

Der Verf. aufgemuntert wegen dem Beifall, vorliegenden Werkchen auch dem **Landmanne** die Re den ihm anvertrauten Poſten gemacht hat. Erſtens zu beobachten, 2) wie man ein Pferd füttern, warten und mit welchen Heilmitteln zu behandeln hat.

Der Verf. welcher einen verſtändigen Haue das Wichtigſte iſt, er läßt ſie nirgends im Zweifel. D und nach ſchon gut eingeleiteter Art fortſetzt. Die Re allgemein bekannten Ge[illegible]icht angegeben.

Dieſes nützliche für jeden Pferdebeſitzer une

1. Von der Beurtheilung der Pferde und den Vorſi der Fütterungs-Art, Wart, Pflege und Behandlung 4. Vom neuen Futter. 5. Von dem Mangel an Freßl Entzündung. 8. Von der Lungen-Entzündung. 9. V der Leber-Entzündung. 12. Von der Augen-Entzünd dem Strängel. 15. Von dem Schleimfieber. 16. V Durchbruch. 19. Von dem Wurm. 20. Von den in 22. Von der Verhaltung des Harns oder den ſogenannt cher Art. 25. Von der Druſe. 26. Von dem Blutbar Kropf. 30. Von dem dummen Koller. 31. Von der den Steingallen. 34. Von der Strahlfaulung. 35. V der Köthe oder Feſſel. 38. Von der Rände. 39. Von ſenchung des Schulterblattes mit dem Armbein. 42. Kronentritt. 45. Von der Entzündungs-Geſchwulſt Straubfüſſen. 47. Von der Kreuz-Lähmung. 48. V den Geſchwulſten und Geſchwüren. 52. Von dem Satt nageln der Pferde. 55. Von den Schlagwunden.

*) Praktiſches Handbuch für Stallmeiſter, Offiziere,

Anweiſung zum Schachſpiel nebſt ſpiel welches von Maſchinen nic pfer und 2 Holzſchnitten. 8. 6

Dieſes Spiel einzig in der Schönheit un Der Verf. hat durch ein Aneinanderreihen des beſten u erleichtert, und darf daher hoffen den Schachliebhaber der 2ten Abthl. nicht beipflichten. Wenigſtens hofft er

Grundlinien der Rhetorik nach einem

Der Verf. betrachtet und behandelt die Rh nutzung der neuen Syſteme der Logik, den ältern Rhet ten; daher die letztere von ihnen auch Dialektik d. h. Grunde legt, iſt daſſelbe, welches er in ſeinem „Lehrb cipien beyder Theorien, anderſeits die Verſchiedenheit lung von Beiſpielen, welche theils aus deutſchen theils dadurch aus, daß ſie das nämliche Thema„ von der in der Theorie, ſo auch in Praxi die Mannigfaltigkeit

Eckartshauſen, K. v., Chriſtus u als Romane, aus dem Geiſte oder 1 fl. 12 kr.

Der ſchnelle Abſatz der erſten Auflage und zweyte Auflage zu veranſtalten.

Der Inhalt dieſer aufs Neue zu empfehlen im offenen Tempel der Natur. 3. Jeſus in ſeiner Feinden. 6. Jeſus da er lobt und gelobt wird. 7. Je 9. Jeſus in ſeiner Herablaſſung zu den Schwachen. 1 12. Jeſus ein großer Lehrer bei Kleinigkeiten. 13. Jeſu wenn er etwas abſchlägt. 16. Jeſus bei Aufforderung zu glückliche und Traurige. 19 Jeſus urtheilt über Ungl ſpeiſet das Volk. 23. Jeſus und Nikodemus. 24. Jeſu

Fiſcher, G. A., Lehre der katholiſchen

.) Der praktiſche Pferdearzt. Ein Handbuch für
Mit deutſchen Recepten zum Gebrauche für Je-
r 16 Gr.

, den ſein praktiſches Handbuch für Stallmeiſter *) erhalten hat, theilt im
eſultate ſeiner Erfahrungen kurz und bündig mit, die er ſeit 14 Jahren in
was derſelbe beim Ankaufe eines Pferdes um ſich vor Betrug zu ſchützen,
und pflegen muß, 3) wie Er daſſelbe in allen möglichen Krankheitsfällen —

darzt bildet, giebt ſeinen Leſern den nöthigen Rath und Hülfe mit, und was
ieſes iſt genug gethan, bis der erfahrne praktiſche Arzt die Kur übernimmt
ecepte ſind zu dieſem Zwecke alle in deutſcher Sprache abgefaßt und mit dem

ntbehrliche Hülfsbüchlein zerfällt in 55 Kapiteln.
chts-Maaßregeln bei ihrem Ankaufe gegen die Kunſtgriffe der Mäckler. 2. Von
der Pferde. 3. Vom Genuße des Futters und den Hinderniſſen derſelben.
uſt. 6. Von der Hirſchkrankheit oder der Maul-Sperre. 7. Von der Hals-
on der Nieren-Entzündung. 10. Von der Gehirn-Entzündung. 11. Von
ung. 13. Von der Augen-Entzündung aus innerlichen Urſachen. 14. Von
on dem Faulfieber. 17. Von dem Nervenfieber. 18. Vom Durchfall oder
erlichen Würmen oder dem ſogenannten Wurm-Beißen. 21. Von der Kolick.
ten Harn-Winden. 23. Von der Reh-Krankheit. 24. Vom Koller entzündli-
nen. 27. Vom Anthrax- oder Milzbrand. 28. Von der Verſtopfung. 29. Vom
Rotz-Krankheit. 32. Vom Lahmgehen der Pferde im Allgemeinen. 33. Von
on dem Erhallen. 36. Von dem Stollſchwamm. 37. Von der Verſtauchung.
den Rapſen. 40. Von der Buglähmung. 41. Von der Lähmung oder Ver-
Von der Hüft-Lähmung. 43. Von der Sennen-Geſchwulſt. 44. Von dem
am Genicke oder den Genick-Beulen, auch Maulwurf genannt. 46. Von den
on den Flußgallen. 49. Von den Mauken. 50. Von den Pipphacken. 51. Von
al- und Kummet-Druck. 53. Von dem Beſchlagen der Pferde. 54. Vom Ver-

Oekonomen, Thierärzte und Pferdeliebhaber überhaupt. 8. München. 16 Gr.
Kritik deſſelben und Ideen zu einem neuen Schache
t nachgeahmt werden kann. V. J. v. R. Mit 1 Ku-
Gr oder 54 kr.

dem Reichthum ſeiner Combination verdient jedem Denker bekannt zu ſeyn.
und neueſten, was über daſſelbe geſchrieben worden iſt, das Studium deſſelben
n ein angenehmes Geſchenk gemacht zu haben, auch wenn ſie ſeinen Ketzereien
daß ſeine Gründe Entſchuldigung verdienen.

neuen und einfachen Syſteme. 8. 10 Gr. oder 45 kr.

etorik als eine auf die Rede angewandte Logik. Er folgt ſofern; jedoch mit Be-
orikern, welche die Redekunſt in genauer Verbindung mit der Denklehre ſez-
kunſt des Geſpräches genannt wurde. Das Syſtem, welches der Verfaſſer zu
uch des deutſchen Styls" befolgt, damit einerſeits die Identität der Prin-
der Regeln in der Anwendung deſto deutlicher erkannt werde. — Die Samm-
aus fremden (überſetzten) Claſſikern entlehnt ſind, zeichnet ſich vor ähnlichen
Freundſchaft" durch alle Formen von Vorträgen durchführt, und daher, wie
in der Einheit klar nachweiſet.

nter den Menſchen oder Erzählungen, die beſſer ſind,
der Liebe gezogen für gute Menſchen. 8. 16 Gr.

die wiederholten Nachfragen nach Exemplarien beſtimmten den Verleger eine

en Schrift iſt folgender: 1. Jeſus würdigt die menſchliche Natur. 2. Jeſus
Vaterſtadt. 4. Jeſus ein Freund der Kinder. 5. Jeſus verleumdet von ſeinen
ſus groß bey einer kleinen Familienſcene. 8. Jeſus ſoll und will nicht verdammen.
. Jeſus in ſeiner Schonung der Freiheit. 11. Jeſus bei falſcher Beurtheilung.
als Gaſt bei Tiſche. 14. Jeſus im Kampfe mit der Argliſt. 15. Jeſus gütig auch
r Rache. 17. Jeſus am Grabe des Freundes. 18. Jeſus gegen Verlaſſene, Un-
ück. 20. Jeſus kennt die Menſchen. 21. Jeſus und die Samariterinn. 22. Jeſus
nimmt Abſchied von ſeinen Schülern.

irche von dem römiſchen Biſchofe, als dem ſichtba-

Nachricht.

Von dieſer Zeitſchrift erſcheint, mit dem Ende eines jeden Monaths, ein Stück, von zehn bis zwölf Bogen; wovon drey einen Band ausmachen. Der Preis des Jahrgangs iſt 8 Rthlr. ſächſiſch, oder 14 Fl. 24 Kr. Reichsgeld. Beſtellungen können in allen ſoliden Buchhandlungen und auf allen Poſtämtern, zu allen Zeiten gemacht, doch kann, in der Regel, nur auf einen ganzen Jahrgang abonnirt werden.

Ein Jedes Stück dieſer Zeitſchrift wird, in den letztern Tagen des Monaths, wovon es die Bezeichnung trägt, oder doch ſpätſtens in den erſtern des nächſt folgenden, in Leipzig ausgegeben. Sollten daher entfernte Buchhandlungen die Stücke unregelmäßig, oder über die Gebühr verſpätet bekommen, ſo haben ſie ſich deshalb allein an ihre Kommiſſionäre, Abonnenten aber an die Buchhandlung zu halten, bey denen die Beſtellungen von ihnen gemacht worden ſind.

D. Herausgeber. Der Verleger.

Die

Zeiten

oder

Archiv

für

die neueſte Staatengeſchichte

und

Politik.

Herausgegeben

von

D. Chriſtian Daniel Voß,

ordentlichem Profeſſor des Staatsrechts und der Staatsklugheit zu Halle.

1820.

Eilftes Stück. November.

Leipzig

bey Johann Georg Mittler.

Inhalt.

I. Fernere Vorarbeiten, zur Begründung einer Konſtitution, für die preußiſche Monarchie. (Fortſetzung.)
Geſetzliche Beſtimmungen, in Betreff der Verhältniſſe des hohen Adels, in der preußiſchen Monarchie. (Beſchluß.) Seite 146

II. Metapolitiſche Aphorismen. (Beſchluß.) 161

III. Ueberſicht der wichtigſten Verhandlungen und Beſchlüſſe, der Nationalrepräſentationen, von Frankreich und Großbritannien. (Fortſetzung.)
Ueberſicht der Verhandlungen und Beſchlüſſe, der letzten franzöſiſchen Nationalrepräſentation, in Betreff des neuen Wahlgeſetzes. (Fortſetzung.) 172

IV. Verträge, welche auf die Rekonſtruirung der preußiſchen Monarchie, und die Beſtimmung ihrer Verhältniſſe, zu den benachbarten Staaten, Beziehung haben. (Fortſetzung des, im Septemberſtück abgebrochenen, Artikels.)
Verträge, zwiſchen Preußen und dem Königreich der Niederlande.
Der, zwiſchen J. M. dem Könige von Preußen, und J. M. dem Könige der Niederlande am 26. Juny 1816, geſchloſſenen Grenzvertrag, Franzöſiſch und Deutſch. 216

V. Die neuen Revolutionen. (Fortſetzung.)
Die neue ſpaniſche Revolution. (Fortſetzung.) 273

VI. Ueberſicht der Hauptmomente der Geſchichte des Tages. (Fortſetzung.) 296

Beylagen.
Politiſch-literäriſcher Anzeiger. N. XI.
1. Auszüge aus Druckſchriften.
Auszüge aus dem, ſo eben erſchienenen 69. St. der „neuen Geſchichte der evangeliſchen Miſſionsanſtalten ꝛc.“ (Beſchluß.)
4. Neues indiſches Inſtitut, zur Unterweiſung junger Hindus, in den europäiſchen Sprachen und Wiſſenſchaften. CL
5. Calkuttaſche Schulbüchergeſellſchaft. CLIII
2. Ankündigungen neuer Schriften.
Aufforderung an das vaterländiſche Publikum, die Bekanntmachung der Verhandlungen der allgemeinen Ständeverſammlung des Königreichs Hannover betreffend. CLVI

Die Zeiten.

Eilftes Stück. November 1820.

I.

Fernere Vorarbeiten zur Begründung einer Konſtitution für die preußiſche Monarchie.

(Fortſetzung.)

Geſetzliche Beſtimmungen, in Betreff der Verhältniſſe des hohen Adels in der preußiſchen Monarchie.

(Beſchluß.)

B.

Inſtruktion, wegen Ausführung des Edikts vom 21. Juny 1815 ꝛc.

(Beſchluß.)

§. 38. Den Standesherren ſteht die Ausübung beſtimmter Regierungsrechte, nach den Landesgeſetzen

und nach den für deren Ausführung ergehenden Anordnungen der betreffenden Oberbehörden unter deren Aufſicht zu. Dieſe Rechte ſind folgende:

§. 39. Es gebührt ihnen in ihren Standesherrſchaften die Ausübung der bürgerlichen Gerichtsbarkeit, ſowohl in ſtreitigen als nicht ſtreitigen Sachen, der peinlichen, deßgleichen auch der polizeylichen und der Forſtgerichtsbarkeit, wo dieſe beſonders beſtehen. Königliche Beamte und alle Eximirte ſind, wenn ſie auch in der Standesherrſchaft wohnen, von der ſtandesherrlichen Gerichtsbarkeit ausgenommen.

§. 40. Diejenigen Standesherren, welche während der deutſchen Reichsverbindung für ihren jetzt ſtandesherrlichen Bezirk die Rechtspflege auch in zweyter Inſtanz ohne Widerſpruch der höchſten Reichsgerichte ausgeübt haben, ſollen, ſofern ſie es verlangen, auch in Zukunft dazu berechtiget ſeyn, wenn zu den Koſten für das Behufs der zweyten Inſtanz zu beſtellende Kollegium, welche durch die Sporteln und andere Gerichtsnutzungen nicht aufkommen, der oben (§. 27. Litt. b. Nr. 3.) angewieſene Fond, neben andern daraus zu beſtreitenden Verwaltungskoſten, hinreicht oder ſie das Fehlende aus Privatmitteln zuſchießen. Standesherren, die als Agnaten zu Einem Hauſe gehören, können auch zu ihrer Erleichterung ein gemeinſchaftliches Appellationsgericht für ihre Standesherrſchaften errichten.

§. 41. Die ſtändesherrlichen Gerichte erſter Inſtanz müſſen mindeſtens aus einem Richter und Aktuar, die ſtandesherrlichen Obergerichte mindeſtens aus einem Direktor, zwey Mitgliedern, und ei-

nem Beyſitzer, deßgleichen aus einem verhältnißmä=ßigen Subalternperſonal beſtehen. Auch haben ſie die Qualifikation nachzuweiſen, wovon die Anſtel=lung der Richter bey Unſern Unter= und Obergerich=ten geſetzlich abhängt.

§. 42. Für jedes ſtandesherrliche Gericht erſter Inſtanz, wenn kein ſtandesherrliches Appella=tionsgericht vorhanden iſt, außerdem aber für die=ſes, bildet Unſer Oberlandesgericht derſelben Pro=vinz die unmittelbar höhere Inſtanz. Das ſtandes=herrliche Obergericht iſt die erſte Inſtanz für die ſtandesherrlichen Beamten, mit Ausnahme des Di=rektors, der Räthe und Beyſitzer des Obergerichts, welche ihren Gerichtsſtand auch in erſter Inſtanz bey dem Oberlandesgerichte der Provinz haben. Vor dieſem nehmen auch alle ſtandesherrlichen Beamten in erſter Inſtanz Recht, wo kein beſonderes ſtan=desherrliches Obergericht gebildet wird.

§. 43. In peinlichen Sachen wird das erſte Erkenntniß von dem ſtandesherrlichen Obergericht ab=gefaßt, die zweyte Inſtanz iſt vor Unſerm Ober=landesgerichte. Exiſtirt aber in einer Standesherr=ſchaft kein Obergericht, ſondern nur ein Untergericht, ſo hat ſelbiges in allen Fällen, wo auf eine höhere Strafe als vierwöchentliches Gefängniß, funfzig Thaler Geldbuße oder eine leichte Züchtigung erkannt wird, das Erkenntniß mit den Akten an das vor=geſetzte Oberlandesgericht einzuſenden, welches als=dann nach der Vorſchrift Unſerer Kriminalordnung §. 513 auch in den Provinzen, wo ſelbige noch nicht publizirt iſt, zu verfahren hat.

§. 44. Die ſtandesherrlichen Untergerichte ſtehen zunächſt unter der Aufſicht der ſtandesherrlichen Obergerichte, beyde aber unter der Aufſicht Unſeres Oberlandesgerichts, zu deſſen Bezirk ſie gehören.

§. 45. Den Standesherren ſteht ferner in dem ganzen Umfange ihrer ſtandesherrlichen Bezirke, auch über eximirte Perſonen, die niedere Polizey bis zur Grenze zu, wie ſolche von Unſern Regierungen durch die Landräthe verwaltet wird. Sie üben dieſelbe aus: a. durch Lokalpolizeybeamte in derſelben Art, als es unter gleichen Umſtänden unmittelbar in Unſerm Namen geſchieht; b. durch einen Oberbeamten, welcher unter dem Titel eines ſtandesherrlichen Polizey- oder Regierungsraths die Aufſicht und Leitung der Lokalpolizeyämter führt und die Gewalt ausübt, welche Unſern Landräthen zuſtehet. c. Die Aufſicht über die Stadt- und Dorfkommunen in den ſtandesherrlichen Bezirken, deßgleichen die Konkurrenz der Standesherren bey der Wahl und Anſtellung der Vorgeſetzten und Beamten jener Kommunen, muß ſich innerhalb derſelben Grenzen halten, welche die bereits beſtehenden oder noch zu erlaſſenden Gemeindeordnungen Unſern Regierungen und Landräthen, in Beziehung auf die Uns unmittelbar unterworfenen Gemeinden vorſchreiben. Der unter b. gedachte Oberbeamte muß die Qualifikation eines Landraths nachweiſen. Wollen die Standesherren von der Befugniß zur Anſtellung eines ſolchen Oberbeamten wegen der für ſeinen Unterhalt erforderlichen Koſten, keinen Gebrauch machen, ſo geht die demſelben unter b. beygelegte Ausübung der Polizey auf Unſern Landrath über.

§. 46. Die in der Standesherrſchaft für aus- übende innere und äußere Heilkunde und für Ge- burtshülfe nöthigen Beamten, können von den Stan- desherren, bey vorher nachgewieſener Qualifikation, angeſtellt werden.

§. 47. Die ſtandesherrlichen Polizeybehörden ſind in dem Maße, als es im Amte Unſerer denſelben korreſpondirenden unmittelbaren Beamten liegt, eben ſo befugt als verpflichtet, die zur Ausführung Unſe- rer Polizeygeſetze und der Polizeyverordnungen Un- ſerer Oberbehörden nöthigen Anſtalten zu treffen und Befehle zu erlaſſen, auch Polizeyvergehen durch ge- ſetzmäßige Strafen zu ahnden.

§. 48. Polizeyſtrafen, zu deren Feſtſetzung, und wenn ſie in Gelde beſtehen, zu deren Erhebung die ſtandesherrlichen Behörden befugt ſind, können auch bey vorwaltenden untadelhaften Urſachen von der Standesherrſchaft gemildert oder ganz erlaſſen werden.

§. 49. Die Handhabung der niedern Forſtpoli- zey, auch außer den ihnen ausſchließend zugehörigen Waldungen, in dem ganzen Umfange des ſtandes- herrlichen Bezirks, gehört ebenfalls zu den Gerecht- ſamen der Standesherren. Sie üben ſie durch Forſt- beamte aus, deren Qualifikation Unſerer Provinzial- regierung nachzuweiſen iſt. Zu Rückſicht auf Kom- munalwaldungen müſſen auch die ſtandesherrlichen Behörden die Schranken beobachten, welche die Ge- ſetze Unſern eigenen Behörden vorzeichnen.

§. 50. Der Landrath, welcher Unſere Gerechtſa- me verwaltet, iſt nicht befugt an die Standesherr-

ſchaft oder an deren Polizeybehörden in polizeylichen Angelegenheiten Verfügungen zu erlaſſen, wohl aber ſind die letzteren verpflichtet, ihm auf ſeine Requiſition über alle Gegenſtände der Polizeyverwaltung Auskunft zu geben. Er bleibt das Organ, durch welches die Provinzialregierung von dem Gange und dem Zuſtande dieſes Zweiges der Verwaltung im ſtandesherrlichen Bezirke Kenntniß nehmen kann.

§. 51. Der ſtandesherrliche Oberbeamte für die Polizeyverwaltung, ſteht in derſelben Art unter der Leitung und Aufſicht Unſerer Regierungen, wie Unſer Landrath. Es findet daher auch von ſeinen Verfügungen und Anordnungen derſelbe Rekurs Statt.

§. 52. Das Kirchenpatronatrecht und die Beſtellung der Schullehrer haben die Standesherren, in ſo weit als ihnen das eine und die andere vor Auflöſung des deutſchen Reichs zuſtand und darin mittlerweile weder zu Gunſten einer Privatperſon noch der Kirchengemeinde eine Veränderung vorgegangen iſt.

§. 53. Den Standesherren gebührt überdem im ganzen Umfange ihrer ſtandesherrlichen Bezirke, die Aufſicht über Kirchen, Schulen, Erziehungsanſtalten und milde Stiftungen, inſonderheit über gewiſſenhafte Verwaltung der dieſen Gegenſtänden gewidmeten Fonds. Dieſe Aufſicht wird von ihnen durch beſondere geiſtliche und Schulinſpektoren ausgeübt. Auch iſt ihnen erlaubt, durch Vereinigung derſelben mit dem Oberbeamten, welcher die Polizeyverwaltung führt und mit einem Mitgliede des ſtandesherrlichen Obergerichts, zu einem kollegialen Betrieb der

dahin einſchlagenden Geſchäfte, ein beſonderes Konſiſtorium zu bilden. Letzteres, oder wo ein beſonderes Konſiſtorium nicht gebildet wird, der geiſtliche und der Schulinſpektor, darf jedoch a. nichts vornehmen, was nach der Dienſtinſtruktion vom 23. Oktober 1817 in den Wirkungskreis Unſerer Konſiſtorien oder in katholiſchen Kirchenſachen, Unſeres Oberpräſidenten gehört. Hiebey können dieſelben nur im Auftrag und auf Anweiſung Unſeres Konſiſtorii oder des Oberpräſidenten handeln. Der geiſtliche Inſpektor vertritt für den ſtandesherrlichen Bezirk die Stelle des Superintendenten. b. Die Befugniſſe der Standesherren und ihrer Konſiſtorialbehörden, beſchränken ſich einzig auf die Gegenſtände, welche der §. 18 der Regierungsinſtruktion vom 23. Oktober 1817 der beſondern Kirchen- und Schulkommiſſion zuweiſet. c. Auch hiebey ſtehen ſie unter Aufſicht Unſerer Provinzialregierung und der ebengedachten Kommiſſion, an welche die ſtandesherrliche Konſiſtorialbehörde zu berichten und von der ſie Verfügungen anzunehmen hat. d. Dieſe Aufſicht tritt beſonders darin ein, daß die Beſetzung ſämmtlicher geiſtlichen und Schullehrerſtellen, deßgleichen die Beſtätigung der von Privatperſonen dazu erwählten Subjekte, in ſoweit eine und die andere den Standesherren zuſteht, nur unter Zuſtimmung Unſerer verfaſſungsmäßig dazu geeigneten Oberbehörden geſchehen kann.

§. 54. In Abſicht der Kirchen-, Kollegial- oder Sozialrechte bey evangeliſchen Kirchengemeinden, kommen auch in den ſtandesherrlichen Bezirken die

Grundſätze in Anwendung, welche künftig durch die Synodalordnung werden feſtgeſetzt werden.

§. 55. Für die Ausübung der Gerichtsbarkeit der Polizeyverwaltung und der Konſiſtorialgerechtſame, nach Maßgabe der vorhergehenden Beſtimmungen, bilden die Standesherrſchaften zwar eigene Bezirke. Wir behalten Uns jedoch vor, dieſelben theils unter ſich, theils durch Verbindung mit einem Uns unmittelbar unterworfenen Gebiete, wiewohl für die obigen Verwaltungszweige als abgeſonderte Territorien beſtehend, zu landräthlichen Kreiſen zu vereinigen, je nachdem ein überwiegendes Intereſſe der höhern Verwaltung oder auch der in dem betreffenden Bezirke wohnenden Unterthanen das Eine oder das Andere rathſam macht. Der von Uns beſtellte Landrath übt in dem ſtandesherrlichen Bezirke alle den Standesherren in dem Edikte vom 21. Juny 1815 und in der gegenwärtigen Inſtruktion nicht zugetheilte, und daher Uns vorbehaltene Regierungsrechte in der verfaſſungsmäßigen Verwaltungsordnung aus. Wo er einer Mitwirkung der ſtandesherrlichen Behörden für dieſen Zweck bedarf, ſind dieſelben verpflichtet, auf die an die ſtandesherrliche Oberbehörde von ihm ergehende Requiſition, ihm alle dienſtliche Hülfe, wie Unſere ihm unmittelbar untergeordneten Behörden zu leiſten. Zu jenen Uns vorbehaltenen Rechten gehören beſonders die Geſchäfte, welche die Aushebung zu Unſerm Kriegsheer und die Landesbewaffnung im Allgemeinen, ferner die direkten und indirekten Steuern angehen.

§. 56. Die Publikation Unſerer Geſetze und aller auch auf die ſtandesherrlichen Bezirke anwend-

baren Verordnungen Unſerer Oberbehörden, geſchieht durch die Geſetzſammlung und die Amtsblätter eben ſo für die Standesherrſchaften als für den übrigen Regierungsbezirk, zu welchem ſie gehören. Auch haben die ſtandesherrlichen Beamten, wenn dieſe Uns zugleich verpflichtet werden, in denſelben Verhältniſſen als Unſere unmittelbaren Beamten die Geſetzſammlung und Amtsblätter auf ihre Koſten zu halten.

§. 57. Die Beamten, welche die Standesherren für die Ausübung aller ihnen überlaſſenen untergeordneten Regierungsrechte ernennen, ſind zugleich als Staatsdiener zu betrachten. Daher a. bedürfen ſie alle mit dem Nachweiſe gleicher Qualifikation, auch der Beſtätigung derjenigen Unſerer Behörden, von welchen die Anſtellung Unſerer unmittelbaren Beamten gleicher Kategorie abhängt. Dieſe Beſtätigung iſt nicht nöthig bey den Subalternen in dem Kanzley- und Regiſtraturdienſte; b. ſie werden in ihrem Amts- oder Dienſteyde auch Uns vor den Standesherren dahin verpflichtet: daß ſie Uns und allen Unſern Nachfolgern in der Regierung treu, gehorſam und unterthänig ſeyn, nach ihren Kräften Unſern Schaden abwenden und Nutzen befördern, das ihnen anvertraute Amt nach den Landesgeſetzen treu, fleißig und gewiſſenhaft verwalten, die von den ihnen vorgeſetzten Behörden ihnen zukommenden Aufträge, Befehle und Weiſungen gehörig vollziehen und die durch Unſer Edikt vom 21. Juny 1815 und gegenwärtige Inſtruktion feſtgeſtellten Rechtsverhältniſſe überall gebührend beachten wollen; auch daß ſie dem (Namen) Standesherrn als ihrer Standes- und

Dienſtherrſchaft, ſo wie deſſen Nachfolgern, alle ſchuldige Treue und gebührenden Gehorſam jederzeit erweiſen, deſſelben Beſtes möglichſt befördern, ſeinen Schaden aber abwenden wollen. c. In Hinſicht auf Entlaſſung, Verſetzung, Penſionirung, Suspenſion und Entſetzung, genießen ſie dieſelben Rechte, wie Unſere für gleichen Zweck angeſtellten Beamten, ſtehen jedoch denjenigen von dieſen, welche gleichen Amtscharakter mit ihnen haben, im Range nach. d. Wegen des Beytritts zur allgemeinen Wittwenkaſſe gelten bey ihnen dieſelben Beſtimmungen, wie bey Unſern Staatsdienern. e. In den Verhandlungen standesherrlicher Behörden mit ſolchen Unſerer Behörden, die ihnen nicht vorgeſetzt ſind, iſt wechſelſeitig die Form des Erſuchens, der Empfehlung und der Mittheilung zu beobachten.

§. 58. Eine unmittelbare Einwirkung in die materielle Geſchäftsführung ihrer Beamten und Behörden, ſteht den Standesherren nicht zu. Wohl aber ſind ſie befugt, von denſelben Auskunft und Bericht zu erfordern, Unordnungen und Verzögerungen durch ſchriftliche Ermahnungen und Befehl, auch durch Ordnungsſtrafen, welche letztere ihnen jedoch gegen die Einnehmer der direkten Steuern und gegen richterliche Beamte nicht zukommen, bis zu dem Maße, als Unſere Regierungen ſie androhen und verfügen können, entgegen zu wirken und alles dasjenige zu veranſtalten, was dem formellen Geſchäftsbetrieb förderlich iſt. Gebühren, welche ihre Behörden beziehen, deßgleichen Strafen für Polizey-, Forſt- und Jagdvergehen, welche von dieſen feſtgeſetzt werden, können ſie auch unmittelbar erlaſſen.

§. 59. So weit zur Beſtreitung des Aufwands, welcher auf die einem Standesherrn überlaſſene obrigkeitliche Verwaltung an Beſoldungen, Penſionen und ſonſtigen Bedürfniſſen und Ausgaben zu machen iſt, weder die beſondern Einnahmen, welche einzelnen Zweigen jener Verwaltung gewidmet ſind, z. B. die Gerichtsnutzungen, noch auch der oben (27. b. 3.) beſtimmte Betrag aus den Steuern nicht hinreichen, iſt das Fehlende von dem Standesherrn aus eigenen Mitteln beyzuſchießen.

§. 60. Für ihren Hausſtaat, für die Verwaltung ihrer Domänen, ihrer Lehn- und Patrimonialgerechtſame, für alle ihre Familien- und Privatangelegenheiten, können die Standesherren aus ihren Mitteln eigene Diener anſtellen, bey ihren Gerichten eydlich verpflichten laſſen, auch denſelben Titel beylegen, welche ihren ſtandesherrlichen Verhältniſſen und dem amtlichen Wirkungskreis der Diener angemeſſen ſind. Auch ſteht ihnen frey, drey oder mehrere dieſer Diener für die Beſorgung der eben gedachten Angelegenheiten in einem Kollegium als Rentkammer oder Domänenkanzley zu vereinigen. Will ein Standesherr zu dieſen Geſchäften auch eines und des andern ſtandesherrlichen, zugleich für den Staatsdienſt angeſtellten Beamten ſich bedienen, ſo muß zur Vermeidung einer Pflichtenkolliſion, die Genehmigung der vorgeſetzten Provinzialbehörde eingeholt werden.

§. 61. Das Verhältniß der im vorigen §. erwähnten Diener zu der Dienſtherrſchaft iſt bloß privatrechtlich. Ueber gegenſeitige Rechte und Verbindlichkeiten, auch in Abſicht der Entlaſſung und Dienſt-

veränderung; entſcheidet allein der Dienſtvertrag und wenn darüber Streit entſteht, das kompetente Gericht.

§. 62. Veräußern kann ein Standesherr ſeine Eigenthumsrechte und die davon herrührenden Einkünfte, namentlich ſeine Domänen- und Privatgüter, ſeine Bergwerke, Hütten- und Hammerwerke, ſeine Jagd- und Fiſchereygerechtigkeit, ſeine Rechte auf Patrimonialabgaben und Patrimonialdienſte, alſo Grund- und Bodenzinſe, Renten, Gülten und Zehnten, Hand- und Spanndienſte, ſeine Patronatrechte, ſeine Erbzins- und Lehnsherrlichkeit ꝛc. alles dieſes mit Beobachtung derjenigen Förmlichkeiten, welche ſeine Familienverfaſſung, das etwanige Lehnverhältniß und die Landesgeſetze vorſchreiben. Die Befreyung der Domänen und Domänengefälle von ordentlichen Steuern, ſo wie diejenige der ſtandesherrlichen Schlöſſer oder Wohnhäuſer von Einquartierung, geht auf den neuen Erwerber nur dann über, wenn derſelbe ein ebenbürtiges Mitglied der Familie des Veräußerers iſt.

§. 63. Was die Veräußerung der Standesherrlichkeit betrifft, ſo kann a. dieſelbe an ebenbürtige Mitglieder der Familie des Veräußerers unter Beobachtung der durch Landesgeſetze, etwaiges Lehnverhältniß und Familienverfaſſung gebotenen Förmlichkeiten, ebenfalls mit voller Wirkung geſchehen; ſoll aber b. eine ſolche Veräußerung an ebenbürtige Mitglieder anderer ſtandesherrlichen Familien gemacht werden, ſo muß, ehe dieſelbe rechtliche Wirkung erhält, in allen Fällen Unſere Genehmigung hinzu kommen. c. Erfolgt die Veräußerung der

Standesherrlichkeit an ein ebenbürtiges Mitglied der ſtandesherrlichen Familie, ſo wird der Veräußerer, auch in Anſehung aller perſönlichen ſtandesherrlichen Vorrechte, einem bloßen Mitglied der Familie gleich; erfolgt ſie aber d. an ein ebenbürtiges Mitglied einer andern ſtandesherrlichen Familie, ſo behalten Wir Uns, nach den Umſtänden des beſondern Falls, die nähere Beſtimmung über die Wirkungen der Veräußerung auf die bloß durch Unſer Edikt vom 21. Juny 1815 begründeten perſönlichen Vorzüge des Veräußerers und ſeiner Familie vor.

§. 64. In Abſicht der Schulden der Standesherren und ihrer Bezirke iſt die Auseinanderſetzung, wenn ſie nicht bereits geſchehen, nach folgenden Grundſätzen zu bewirken: a. perſönliche oder Privatſchulden der Standesherren, deßgleichen ihre Domänen- und Kammerſchulden bleiben ihnen zur Laſt mit dem einer jeden Schuldforderung zukommenden Rechtsverhältniß. b. Die Amts- und Gemeindeſchulden haften auf den Amts- und Gemeindekaſſen. c. Als Staats- oder Landesſchulden ſind ſolche anzuſehen, welche vor der Auflöſung des deutſchen Reichs nach ihrer Entſtehung und Verwendung zum Beſten des Landes, verfaſſungsmäßig auf der Steuerkaſſe hafteten. Ihre Verzinſung und Tilgung beruht gegenwärtig auf den aus dem ſtandesherrlichen Bezirke aufkommenden direkten und bey deren Unzulänglichkeit, auf den übrigen Steuern. d. Schulden, die durch Landeskriegskoſten entſtanden ſind, finden in den ſtandesherrlichen Bezirken eine gleiche Behandlung, als ähnliche Schulden deſſelben Regierungsbezirks. e. Schulden, welche durch den Reichsdepu-

tationshauptſchluß von 1803 auf Entſchädigungsbeſitzungen eines Standesherrn angewieſen ſind, namentlich ſowohl Landes- als Kammerſchulden vormahliger geiſtlicher reichsſtändiſcher Landesherren und geiſtlicher Korporationen, müſſen mit Rückſicht auf den Inhalt des Reichsdeputationsſchluſſes und der ſpäterhin bis zur Auflöſung des deutſchen Reichs in einzelnen Fällen etwa geſchloſſenen Verträge, welchen kein Eintrag geſchehen ſoll, nach obigen (a — d) Grundſätzen behandelt werden. f. Schulden des deutſchen Ordens und des Johanniterordens, welche auf eingezogenen Ordensgütern haften, fallen den Standesherren zur Laſt, wenn ſie die Güter eingezogen und beſitzen oder doch beſeſſen, und ohne weitern Vorbehalt veräußert haben. g. Entſteht Streit über die Natur der Schulden, und findet keine gütliche Vereinigung Statt, ſo gehört die Entſcheidung vor die Gerichte, welche, wenn das Verhältniß nicht näher aufzuklären iſt, im Zweifel, ob eine Schuld als eine dem Standesherrn zur Laſt fallende Kammerſchuld oder als eine Landesſchuld zu betrachten ſey, zu Gunſten des Standesherrn erfolgen ſoll.

§. 65. Bey der Auseinanderſetzung wegen der Penſionsanſprüche, welche gegenwärtig aus irgend einem Titel erhoben werden, kommen folgende Grundſätze in Anwendung: a. Perſonen die wegen geleiſteter Staatsdienſte in den jetzo Unſerer Hoheit unterworfenen ſtandesherrlichen Bezirken, nach den von Uns erlaſſenen Beſtimmungen, auf eine Penſion Anſpruch machen können, empfangen dieſelbe aus den in Unſere Kaſſe fließenden Einnahmen des ſtan-

desherrlichen Bezirks. b. Perſonen, welche bey der Verwaltung der Domänen und grundherrlichen Gerechtſame, oder bey der Perſon des Standesherrn oder für deſſen Privatgeſchäfte angeſtellt geweſen waren, können, wenn ihnen überhaupt ein Anſpruch auf Penſion zuſteht, dieſe nur von dem Standesherrn verlangen. c. Waren die Dienſte des Penſionsſuchenden gemiſchter Art, ſo iſt mit Rückſicht auf das frühere korreſpondirende Gehalt nur ein verhältnißmäßiger Beytrag zur Penſion auf Unſere Staatskaſſen zu übernehmen. d. Die auf dem Reichsdeputationsſchluſſe beruhenden Penſionen, welche den Standesherren wegen eingezogener Dom- und anderer geiſtlichen Stifter und Klöſter, mit Rückſicht auf die davon unterhabenden Beſitzungen zur Laſt fallen, es mögen die Stifter und Klöſter vor oder nach Auflöſung des deutſchen Reichs eingezogen ſeyn, müſſen vom 1. November 1813 ab, nach den Grundſätzen des Reichsdeputationsſchluſſes von den Standesherren an die Penſionsberechtigten gezahlt werden. Iſt in Gemäßheit des Reichsdeputationsſchluſſes eine Theilung der Beſitzungen einer eingezogenen geiſtlichen Korporation geſchehen, ſo tragen die Standesherren nur nach Verhältniß des auf ſie gefallenen Antheils zu den Penſionen bey; Streitigkeiten, welche über die Anwendung der Grundſätze des Reichsdeputationsſchluſſes zwiſchen den Penſionsberechtigten und den Standesherren oder zwiſchen dieſen und Unſern Fiskus entſtehen, gehören, wenn ſie in der Güte nicht ausgeglichen werden können, zur Entſcheidung der Gerichte. e. Dieſelben Grundſätze (d.) finden wegen der Penſionsanſprüche der Mitglieder und Angehörigen des deutſchen und Johanniterordens in

Abſicht der bey der Einziehung in den Beſitz von Standesherren übergegangenen Ordensgüter Anwendung. Wir tragen Unſerm Staatsminiſterium hierdurch auf, nach dem Inhalt der vorſtehenden Inſtruktion, die vormahls unmittelbaren deutſchen Reichsſtände in die vollſtändige Ausübung und in den Genuß aller ihnen zuſtehenden Gerechtſame einzuführen, zu dem Ende das Weitere mit einem jeden derſelben einzuleiten, auch die betreffenden Provinzialbehörden zur genauen Beachtung der feſtgeſtellten Rechtsverhältniſſe anzuweiſen.

Gegeben Berlin, den 30. May 1820.

(L. S.) Friedrich Wilhelm.

C. Fürſt von Hardenberg. v. Altenſtein. v. Kircheiſen. v. Bülow. v. Schuckmann. v. Lottum. v. Klewiz. v. Schöler.

II.

Metapolitiſche Aphorismen.

(Beſchluß.)

Entſtehung der Erblichkeit der Regentenwürde und Gewalt, in der monarchiſchen und ariſtokratiſchen Regierungsform.

§. 82. Mochte die höchſte Gewalt Einem oder Mehrern übertragen werden; ſo geſchah dieß anfangs, der Natur der Sache gemäß, mit Beſchränkung auf die Perſonen, denen ſie übertragen wurde. Der Uebertragungsakt war eine Wahl. In Anwendung auf die Monarchie, geht alſo hieraus hervor: daß die Wahlmonarchie die erſte geweſen und alſo die älteſte, wie die natürlichſte, Regierungsform iſt.

§. 83. Aber es mußten bald, auf Seiten derer, die als Monarchen oder als Ariſtokraten gewählt waren, der Wunſch und die Beſtrebung entſtehn, die ihnen verliehene Macht, und damit verbundenen Vortheile, auf ihre Nachkommen übergehn zu laſſen; und auf Seiten des Volks wurden die Inkonvenienzen der Wahlbe-

ſetzung empfunden. Die Regenten ſuchten daher ihre Söhne, noch bey ihrem Leben, zu ihren Nachfolgern erwählen zu laſſen; und das Volk kam ihnen hierin willig entgegen. So wurde es Obſervanz, mit der Wahl bey den Familien zu bleiben. Daraus ging ſchon natürlich, für die Inhaber der höchſten Gewalt, ein Zuwachs von Macht, nach und nach, hervor; welcher von denſelben benutzt wurde, ſey es durch Veranſtaltung eines Volksbeſchluſſes, oder vermittelſt Eigenmacht und Uſurpation, die Erblichkeit der Monarchen- und Ariſtokratengewalt einzuführen.

Entſtehung der Domänen und Abgaben.

§. 84. Sobald die Geſellſchaft ſich zu einem Staate formirte, mußten auch Staatsbedürfniſſe entſtehn. Diejenigen Perſonen, welche ausſchließend und ununterbrochen ihre Zeit und Kräfte der Erreichung des Staatszwecks widmeten, und dadurch außer Stand geſetzt wurden, für ihren und ihrer Familie Unterhalt, durch Erwerb zu ſorgen, verlangten und verdienten eine Entſchädigung. Sie mußten ſie verlangen und erhalten, wenn ſie ihre Funktion fortgeſetzt verrichten ſollten; und die Geſellſchaft mußte ſich dazu verſtehn, wenn die obrigkeitliche Funktion fortdauern und in Wirkſamkeit erhalten werden ſollte. Es war der Lage der Geſellſchaft, in dem Zeitpunkte der Entſtehung der Obrigkeit, wohl am angemeſſenſten, dieſe Entſchädigung durch Grundſtücke zu gewäh-

ten; welche von denen genommen wurden, die bis dahin Gemeingut geweſen waren. Dieß iſt die erſte und natürliche Entſtehung der Domänen; eine Benennung die freylich nicht in jenem, ſondern einem ſpätern, dem Lehnsverhältniſſe, entſtanden iſt.

§. 85. So lange die obrigkeitliche Würde und Gewalt, durch Wahl, an die Inhaber übergingen, konnte ſich der Beſitz der Domänen nur auf den Nießbrauch beſchränken. Mit der Erblichkeit der Gewalt und Würde mußte natürlich derſelbe ebenfalls erblich werden; und dieß iſt für einen der Hauptanläſſe zu nehmen, daß die Inhaber der höchſten Gewalt, wenigſtens in den monarchiſchen Staaten, nach der Erblichkeit trachteten. Mit der Erblichkeit gingen die Domänen bald, durch eine leichte Verwechſelung der Begriffe, ins Eigenthum; d.h. ſie gingen, aus dem Beſitze des Staats, in den Beſitz der Regentenfamilie über.

§. 86. So wie dem Oberhaupte des Staats, ſo wurden auch den untergeordneten Beamten Grundſtücke, zur Nutznießung, oder Produkte von denſelben, zur Vergütung ihrer Arbeit gegeben. Da dieß der einzige Aufwand war, den der Staatsverein nöthig machte, ſo war da, wo die Domänen zu dieſem Behufe hinreichten, auch nichts weiter erforderlich; und kein Bürger war genöthigt, von ſeinem Privateigenthume, zu dem Bedürfniſſe des Staates beyzutragen. Sonach waren Abgaben eine unbekannte Sache. Die Beſorgung der Sicherheit im Aeußern, verurſachte dem Staate keinen Aufwand.

Diplomaten, kannte man nicht; und das Kriegsweſen war höchſt einfach. Jeder Bürger war Krieger, und jeder Krieger mußte ſich ſelbſt bewaffnen und erhalten.

§. 87. Indeſſen vergrößerte ſich die Geſellſchaft; ihre innern Verhältniſſe vervielfältigten ſich; die Bedürfniſſe wuchſen. Die Grundſtücke, welche urſprünglich zur Beſtreitung derſelben ausgeſetzt waren, wollten nicht mehr zureichen; oder wurden dadurch, daß ſie in den Beſitz der Regentenfamilie übergingen, nach und nach der Benutzung für den Staat ganz entzogen. Die Bürger erkannten die Nothwendigkeit, dem Staate zu Hülfe zu kommen; und nun war das Natürlichſte und Nächſte: daß der Ausfall aus dem Ertrage der Domänen, von den Bürgern, die Grundſtückbeſitzer waren, dergeſtalt gedeckt wurde: daß jeder, von dem Ertrage des ſeinigen, ein demſelben verhältnißmäßiges Quantum, an die Regierung, zu dieſem Behufe abgab. So entſtand die erſte Abgabe; und dieſe erſte Abgabe war natürlich die Grundſteuer.

§. 88. Daß die Krieger, auf Koſten des Staats bewaffnet, erhalten und beſoldet werden mußten — welches eine Folge, anhaltender, meiſtens, jedoch nicht immer, von Regenten, die ihre Zwecke dem Zwecke des Staats ſubſtituirten, veranlaßter Kriege waren, — hat, im Allgemeinen Anlaß zu dieſen, und andern, ihnen folgenden, Abgaben gegeben. Denn ſo wie ſich die Erwerbsarten, in den Staaten, verviel

fäſtigten; ſo wollte und konnte man, ohne Ungerechtigkeit zu üben, und den erſten Grundbeſtimmungen des Vereins zuwider zu handeln, dieſe nicht unangezogen laſſen. So entſtanden die übrigen direkten Steuern. Da auch dieſe nicht ausreichten, und Erhöhung und Vermehrung der direkten Steuern ſchwierig war, verfiel man auf die Idee: die Staatsbürger Abgaben zahlen zu laſſen, ohne daß ſie es ſelbſt wußten; oder unmittelbar und, wenigſtens dem Geſammtquantum nach, gewahr wurden. So ſind die indirekten Steuern entſtanden.

§. 89. Da, nach dem Urſprunge und Zwecke des Staatsvereins, alle Inſtitutionen und Verfügungen im Staate, auf den Zweck des Staats Beziehung haben müſſen, und nur in ſofern, als dieß der Fall iſt, für den Bürger und Unterthan bindend ſeyn können; ſo ſind auch alle Rechtsanſprüche und Leiſtungen, in Betreff der Abgaben aller Art, hiedurch bedingt.

Entſtehung der Verſchiedenheit der Stände.

§. 90. Die Verſchiedenheit der Stände, in der bürgerlichen Geſellſchaft, war eine natürliche Folge der, in derſelben eingetretenen, Ungleichheit und hat mit dieſer einerley Entſtehungsgrund. Diejenigen, ſo in gleichen Verhältniſſen zu der Geſellſchaft ſtehn, machen gleichſam eine kleinere Geſellſchaft für ſich, in der größern, aus, und erhalten die Bezeichnung: Stand. In politiſcher Hinſicht bedeutet al-

ſo dieſe Bezeichnung, die Gleichheit und den Unterſchied des Verhältniſſes, zu der bürgerlichen Geſellſchaft, oder den Staat an; ſo Adel-Stand, Bürger-Stand, geiſtlicher Stand rc. Daher die, welche gar keine Verhältniſſe zu dem Staate haben, als Eigenbehörige oder Leibeigene, gar keinen Stand haben; von dem Staate ſo gut als gar nicht daſeyend betrachtet werden müſſen.

§. 91. So wie die Verſchiedenheit des Eigenthums hauptſächlich die Ungleichheit, in der bürgerlichen Geſellſchaft, veranlaßt hat; ſo hat ſie auch die Verſchiedenheit der Stände bewirkt. Das größere Vermögen, beſonders in Grundſtückenbeſitze, veranlaßte die Inhaber deſſelben, ſich über die übrigen empor zu heben, und ſich für beſſer als ſie zu achten. Bey dem Begriffe von Adel liegt die Vorſtellung, von einer wirklichen phyſiſch- und moraliſch beſſern, oder edlern, Beſchaffenheit, zum Grunde. Beſſere Nahrung, verhältnißmäßig beſſere Körperbildung, Erziehung rc. erzeugten die Idee, von der phyſiſch beſſern Beſchaffenheit der ganzen Race, welche ſich in demſelben fortpflanzte; und dieß iſt der Grundbegriff des Adels; wie er auch noch bey Thierarten, z. B. bey Pferden, Statt findet.

§. 92. In der That mußten diejenigen im Volke, welche die Ausbildung ihres Körpers ruhig abwarten, ihn nur, mit leichten und den Kräften angemeſſenen Uebungen, mit guter gedeihlicher Nahrung und Pflege nachhelfen konnten, zu einer Art

von körperlicher Veredlung gedeihen; in Vergleichung mit denen, welche von Kindesbeinen an ſchwere, ihre Kräfte überſteigende Arbeiten, bey ſchlechter nahrloſer Koſt, zu verrichten gezwungen waren. Sie erzeugten Kinder, aus nahrhaftern, edlern Säften; ihre Weiber hatten nicht nöthig, durch unabläſſige harte Arbeit, während der Schwangerſchaft, die möglichſte Ausbildung des keimenden Menſchen zu verhindern. Der ſo edler geborne Knabe, des Reichen und Freyen, wurde beſſer genährt und gepflegt, mehr vor äußern nachtheiligen Einwirkungen gehütet. So wurde er edler, d. h. beſſer gebildet, ſtärker, muthiger, als der gleich alte Sohn, des Armen, Dienſtbaren und Eigenbehörigen; bey dem gerade die entgegen geſetzten Umſtände zuſammen trafen.

§. 93. Beyde gleich alte Knaben wachſen zuſammen auf. Indem jener, deſſen Vater Dienſtbare und Knechte hat, nur bloß ſolche körperliche Uebungen vornimmt, die ſeinen Kräften angemeſſen ſind, und zur Beförderung ihrer Ausbildung gereichen, muß dieſer, durch knechtiſche und ſchwere Arbeiten, dieſelben von Kindheit an überladen. Dabey hat jener die beſte Nahrung; hinreichend, gedeihlich zugerichtet; dieſer, ſchlechte und ſparſam zugetheilt. Jener kann ſich Bequemlichkeit verſchaffen, gegen die Einwirkung rauher Witterung ſchützen; dieſer kann ſich keine Ruhe gönnen, keine Pflege angedeihen laſſen, u. ſ. w. Jener hat

überdieß Freyheit des Geiſtes und Willens; dieſer, von beyden, das Gegentheil. Wird es noch nöthig ſeyn zu erweiſen: daß und in wiefern jener allerdings veredelt, gegen dieſen, erſcheinen muß? Und wenn man ſich dieß, durch mehrere Generationen fortgeſetzt denkt, ſo ſieht man leicht, wie ſich, in einer und derſelben Geſellſchaft, einige Geſchlechter, von den Uebrigen, auf dieſe Weiſe, auszeichnen, veredeln, zu edlern Geſchlechtern werden mußten.

§. 94. Man ſieht hieraus: daß die Wohlhabenheit, die Mutter des Adels war, und ſo wie ſie dieß war, wurde ſie auch ſeine Erzieherin. Muth iſt eine von den Eigenſchaften, welche man von Anfang an, bis auf die neueſten Zeiten, als mit dem Adel verbunden, zu betrachten gewohnt geweſen iſt; und: Gut gibt Muth, iſt ein eben ſo altes Sprichwort. Eben ſo ſind auch die übrigen Eigenſchaften des Geiſtes, welche ihn in den Zeiten, wovon hier die Rede iſt, beſtimmt von den Gemeinen und Armen unterſchieden, aus gleicher Quelle entſprungen. Die edlen Geſchlechter waren auch die Freyen; und es gab nur zwey Menſchenarten: Freye und Unfreye. Vermögen und Freyheit heben den Muth und die Thätigkeit des Geiſtes. Was beydes niederdrückt: Armuth und Knechtſchaft, war von den edlen Geſchlechtern entfernt. Freyheit des Willens, körperliche Stärke und Muth — durch ihre einzige Beſchäftigung,

die des Kriegs und der Jagd, erhöht — machten, verbunden mit ihren großen Grundbeſitzungen, die Edlen, zu den Herren der übrigen.

§. 95. Die adlichen freyen — d. h. herrſchenden wohlhabenden — Geſchlechter wurden hochmüthig d. h. nach der Urbedeutung, hohes Muths, unternehmend, hinaufſtrebend; alles um ſich her, was nicht edelgeboren und nicht hochmüthig war, verachtend; die Dienenden, Unfreyen wurden dagegen demüthig, d. h. knechtiſch, in Denkungsart und Geſinnungen, wie in ihren Verhältniſſen. Hochmuth, oder der hohe Werth, den ein Edler, auf ſich und alles, was er that, legte, entwickelte auch Großmuth und Ehrtrieb, in ſeiner Seele; indem die knechtiſche Denkungsart der Unedlen und Unfreyen, bey dieſen Eigennutz, Habſucht, Niederträchtigkeit erzeugte. Alles, was dem Edlen angehörte, was er ſagte und that, hatte, in ſeinen eigenen Augen, das höchſte Gewicht; durfte alſo keinem Wechſel, keiner Abänderung unterworfen ſeyn. Daher das feſte Worthalten und Verſicherung, bey Wort und Ehre.

§. 96. Nach dieſer Erörterung kann es weder befremden, noch ungerecht, oder ungereimt erſcheinen, daß man einen hohen Werth darauf legte, aus einem adelichen Stamme, aus edlem Blute entſproſſen zu ſeyn; daß man feſtiglich glaubte: der Sohn eines edlen Vaters ſey, eo ipſo, auch edler. Was jetzt ein

Vorurtheil iſt, war damahls Wahrheit. Die Eigenſchaften, welche im Allgemeinen mit dem Ausdrucke: edel, bezeichnet wurden; körperliche Schönheit, erhabener Anſtand, Stärke, Freyheit des Willens, Kühnheit, Großmuth, Ehrtrieb und Feſtigkeit, in Rückſicht ſeines gegebenen Worts, waren den edlen Geſchlechtern, wirklich vorzugsweiſe, eigenthümlich, und pflanzten ſich in denſelben fort. Der Adel war alſo erblich. Das edle Blut der adlich gebornen war wirklich beſſer; ihre Geſtalt ſchöner, edler, gegen die unadlichen d. h. unfreyen, eigenbehörigen gehalten. Man hatte alſo Recht, auf eine ſolche Geburt einen Werth zu legen, und die Generationen zu bezeichnen, durch welche ein Geſchlecht bereits in der Veredlung fort gegangen war; auf die Zahl der Ahnen ſtolz zu ſeyn. Weſſen Geſchlecht ſich ſchon durch zehn Generationen veredelt hatte, den hielt man nun für zehnfach edler, als den, welches ſich als der erſte edelgeborene zeigte.

§. 97. Nach dieſer Vorausſetzung war nun wohl nichts natürlicher, als daß man darauf Bedacht nahm, die edlen Geſchlechter, vor einer Vermiſchung mit den unedlen, zu bewahren. Und da man der Mutter den ſtärkſten und längſten Einfluß, auf die körperliche Entwickelung des entſtehenden Menſchen, mit Recht, zuſchrieb; ſo war es auch natürlich, daß man die, welche von einem Edlen, mit einer unedel geborene Frau gezeugt waren,

nicht für ebenbürtig hielt, mit denen, welche eine Mutter, von eben ſo edler Abkunft hatten, als der Vater war. Daher die Ideen von ſogenannten Mißheyrathen, der Widerwille dagegen, bey den alten adlichen Geſchlechtern und das ſorgfältige Bedachtnehmen darauf, ſie zu verhüten.

§. 98. Es darf nun wohl kaum noch darauf hingewieſen werden, wie natürlich der Adel, der ſo entſtand, ſich durch ſolche Eigenſchaften charakteriſtiſch auszeichnete, ein beſonderes Verhältniß im Staate bildete, ſich Vorrechte erwarb, anmaßte, ſich in dem Beſitze derſelben zu erhalten wußte, den Kreis derſelben immer mehr auszudehnen bemüht ſeyn konnte; wie dergleichen Anſprüche noch fortgeſetzt wurden, da die Veranlaſſung dazu, ihre wirkliche perſönliche und Geſchlechtsveredlung und Vorzüglichkeit, längſt aufgehört hatte; wie dieß, bey dem Mangel, feſter ſtaatsrechtlicher Beſtimmungen, keine Hinderniſſe fand, nicht in Schranken gehalten werden konnte; und wie dieß, eben deßhalb, nach und nach, das ganze innere Staatsverhältniß verrückte, den Staatszweck zerſtören und die Staatsverbindung auflöſen mußte; wo ſich denn, auf neuen Grundlagen, neue Verhältniſſe bildeten.

III.

Ueberſicht der wichtigſten Verhandlungen und Beſchlüſſe der Nationalrepräſentationen von Frankreich und Großbritannien.

(Fortſetzung.)

Ueberſicht der Verhandlungen und Beſchlüſſe, der letzten franzöſiſchen Nationalrepräſentation, in Betreff des neuen Wahlgeſetzes, und der Ausnahmegeſetze.

(Fortſetzung.)

Während die Verhandlungen und Beſchlüſſe, in Betreff der ſogenannten Ausnahmegeſetze, in den Kammern Statt gefunden hatten; war, in der dazu niedergeſetzten Kommiſſion, über den Entwurf, zu dem neuen Wahlgeſetze, debattirt; und es dabey hier nicht weniger lebhaft als dort zugegangen. „Es wurden,“ ſagt eine öffentliche Nachricht darüber, „in der Kommiſſion drey neue Entwürfe ausgebrütet; von denen keiner vollkommne Zuſtimmung erhielt.

Vergebens bot H. Lainé allen Zauber ſeiner Beredtſamkeit auf, um den ſeinigen zu verfechten; H. Royer-Collard ſtieß ſeine Argumente um, und gewann, durch Gründlichkeit und Klarheit, die Mehrheit der Kommiſſion. Die Lage der Regierung war dabey um ſo ſchwieriger, als die Kommiſſion den Entwurf derſelben, bis auf einige Sätze, welche ſehr nützliche Supplemente, zu dem beſtehenden Wahlgeſetze bilden, verworfen und beſchloſſen hatte, darüber offen mit dem Miniſterium zu ſprechen. Es blieb aber, bey einigen Privatkonferenzen, zwiſchen Gliedern der Kommiſſion und dem Herzoge von Richelieu. Indeſſen entſchloß ſich das Miniſterium, das einmahl zu Ende kommen wollte, einen ganz neuen, von H. Pasquier aufgeſetzten, Entwurf in die Pairskammer einzubringen; aber eine neue Oppoſition ſtemmte ſich gegen dieſen Plan. Selbſt einige, für große Ariſtokraten geltende, Pairs begannen zu glauben: man ſehe ſie bloß als leidende Inſtrumente, zur Erreichung perſönlicher Zwecke an, und erklärten: daß ſie nicht fremder Verantwortlichkeit zum Fallſchirm dienen, nicht das Gehäſſige von Maßregeln über ſich nehmen wollten, die ihnen weder Nutzen noch Sicherheit gewährten. Nun wurden die gefaßten Beſchlüſſe einer Lage zum Opfer gebracht; zu welcher, durch ſonderbare Fügung, diejenigen am erſten beygetragen hatten, die, als die unerſchütterlichſten Verfechter des neuen Syſtems, angeſehn wurden."

Vorausgeſetzt, daß dieſe Angaben authentiſch ſind, ſo iſt doch die letztere Aeußerung wenigſtens zu unbeſtimmt ausgedrückt; denn das Miniſterium

opferte nur in ſofern die gefaßten Beſchlüſſe, als ſie ſich auf die Einbringung eines neuen Geſetzesentwurfs, in der Kammer der Pairs, bezog; denn daß es den Beſchluß, ein neues Wahlgeſetz zu machen, nicht aufgegeben hatte, zeigte es durch die Ausführung deſſelben; indem der Miniſter des Innern, Graf Siméon, von mehrern andern Miniſtern begleitet, am 17. Apr. in der Kammer der Deputirten erſchien, einen neuen Entwurf überbringend. Der Miniſter zeigte dabey an: daß der König beſchloſſen habe, den, vor einigen Monathen vorgelegten, Entwurf, zu einem ſolchen Geſetze, das „zum Zwecke hätte, Frankreich eine ſtärkere, freyere gleichere, unabhängigere und unwandelbarere Repräſentation zu geben, und den Reichen, durch Delegation der Bezirkswahlkollegien, das Recht einzuräumen, beſondere Repräſentanten ihres Intereſſes zu erwählen, während bisher die kleinen Eigenthümer, durch ihre überwiegende Mehrzahl, die Wahlen, ganz nach ihrem Sinne, entſchieden hätten, zu vereinfachen, und ihn auf das Nothwendigſte zu beſchränken;" weil „jenes vortreffliche Wahlgeſetz der zu erörternden Punkte ſo viele enthalte, die Sitzung ſo weit vorgerückt ſey, und das noch zu diskutirende Finanzgeſetz die Thätigkeit der Kammer ſo ſehr in Anſpruch nehme; und um gewiſſen Perſonen allen Vorwand zu entziehen, über Verletzung der Konſtitutionsurkunde zu ſchreyen."

Dieſes neueſte, dem neuen ſubſtituirte, Wahlgeſetz erklärt, in dem Eingange: daß der König beſchloſſen habe; „das, am 15. Febr. der Kammer vorgelegte, Wahlgeſetz zurück zu nehmen, und durch ein

neues zu erſetzen.“ Die Beſtimmungen deſſelben ſind im Weſentlichen, folgende:

§. 1. „Es werden, in jedem Departement, ein Departements- und mehrere Arrondiſſementswahlkollegien Statt haben; in den Departements jedoch, die nur einen Deputirten ernennen, und in Corſika, werden alle Wähler in ein Wahlkollegium vereinigt.“

§. 2. „Das Departementswahlkollegium beſteht, aus denen, am höchſten beſteuerten Wählern. Die Zahl der Mitglieder derſelben iſt gleich dem fünften Theile der Geſammtheit der Wähler, doch darf ſie nicht unter hundert, oder über sechs hundert ſeyn; mit Ausnahme des Sainedepartements; deſſen Wahlkollegium acht hundert Wähler ſtark ſeyn wird.“

§. 3. „Die Arrondiſſementswahlkollegien beſtehn aus allen Wählern, welche im Arrondiſſement ihr politiſches Domicilium haben, und nicht zum Departementswahlkollegium gehören. Dafern jedoch, in einem Arrondiſſement, nicht volle funfzig Wähler ſind; ſo vereinigt ſich daſſelbe, mit dem benachbarten Arrondiſſemente, das am wenigſten volkreich iſt, und bildet mit ihm ein Wahlkollegium.“

§. 4. „Jedes Arrondiſſementswahlkollegium erwählt, durch abſolute Stimmenmehrheit, ſo viele Deputirtenkandidaten, als das Departement Deputirte zu wählen hat. Wenn von mehrern Arrondiſſementswahlkollegien, derſelbe Kandidat erwählt wird; ſo iſt er demjenigen Arrondiſſement zuzurechnen, in deſſen Wahlkollegium er die meiſten Stimmen erhalten hat; und wird, in den andern, durch denjeni-

gen Wähler erſetzt, der, nach ihm, daſelbſt die meiſten Stimmen bekommen hat.“

§. 5. „Das Wahlkollegium jedes Departements ernennt die Deputirten zur Kammer. Es wählt ſie, unter den, von den Arrondiſſementswahlkollegien ernannten, Kandidaten.“

§. 6. „In den, in dem zweyten Satze des 1. §. bezeichneten, Departements, ſchreiten alle, in ein Kollegium vereinigte, Wähler gemeinſchaftlich zur Wahl der Deputirten.“

§. 7. „Die Wahl der Kandidaten und Deputirten geſchieht, indem jeder Wähler ſein Votum, im Bureau, auf einen dazu gelieferten Stimmenzettel, ſchreibt, oder durch ein Mitglied der Bureaus ſchreiben läßt. Er übergibt denſelben ſodann dem Präſidenten; der ihn in eine, dazu beſtimmte, Urne wirft.“

§. 8. „Die direkten Steuern, die man, um Wähler oder wählbar zu ſeyn, zahlen muß, werden nur gerechnet, wenn man ein volles Jahr, vor der Zuſammenberufung des Wahlkollegiums, das Grundeigenthum beſeſſen, den Pacht abgeſchloſſen, das Patent gelöſt, und die Erwerbsthätigkeit, auf welche es gelöſt iſt, ausgeübt hat. Bloß die Beſitzer, aus Erbſchaftstiteln, ſind von dieſer Verfügung ausgenommen.“

§. 9. „Die Verfügungen des Geſetzes, vom 5. Febr. 1817, welche durch das gegenwärtige Geſetz nicht aufgehoben werden, bleiben in Kraft, und werden für die Departements- und Arrondiſſementskollegien gemeinſchaftlich gültig ſeyn.“ —

Wir übergehn hier, was der Miniſter, zur Empfehlung dieſes Geſetzesentwurfs, demſelben voraus geſchickt hatte; indem, in der Diskuſſion darüber, das Für und Wider ſattſam erwogen wird. Gleich nach dem es vorgeleſen war, veranlaßte es eine lebhafte Debatte, durch den Antrag des Präſidenten: daß den Miniſtern, von der Kammer, das obſervanzmäßige Empfangszeugniß ausgeſtellt werden möchte; welches von der Partey der Liberalen (linker Seite) verweigert wurde; unter Anführung des Grundes, daß „ſchon ein Geſetzesentwurf eingebracht ſey, der, durch die darüber in den Bureaux, gepflogenen Verhandlungen, der Kammer angehörte." — Ein Mitglied derſelben, Girardin, verlangte das Wort; die ariſtokratiſche Partey (rechte Seite) wollte es ihm nicht erlauben. Auf wiederholtes Verlangen, erhoben einige von den Gegnern einen Lärm, indem ſie ſchrieen, und mit den Füßen trommelten, um ihn nicht zu Worte kommen zu laſſen; worauf die, von der Gegenpartey, ebenfalls ſchreyend und lärmend dem Präſidenten vorwarfen: daß er das Reglement nicht beobachte. Dieſer las nun den Paragraph des Reglements vor, auf welchen er ſeinen Antrag, auf Ausſtellung der Empfangsakte, ſtützte; ward aber unterbrochen: indem dazwiſchen gerufen wurde: das ſeye nicht klar genug, hier ſtehe nichts davon, ob der König das Recht habe, einen ſchon eingebrachten, und in dem Bureaux diskutirten, Geſetzesentwurf zurück zu nehmen; und als der Präſident hierauf antworten wollte, wurde geſchrieen: es komme ihm nicht zu, zu diskutiren, ſondern zu präſidiren. Girardin, das Mitglied der linken Seite, welches die Rednerbühne beſtieg, und das

Wort in Anſpruch genommen, erklärt: er werde die Tribune nicht verlaſſen, bis er zur Ausübung ſeines Rechts, zu ſprechen, gelangt ſey. Nun erhebt ſich der Lärm aufs Neue, und erreicht den höchſten Grad. Der Präſident, die Glocke ſchwingend, arbeitet ſich ab, um die Ruhe wieder herzuſtellen; ein Mitglied ſchreyt ihm zu: er beſchimpfe die Nationalrepräſentation. Er verſchafft ſich endlich, obwohl ganz heiſer und ermattet, in ſofern Gehör, daß er die Abſtimmung, über die Ausſtellung der Akte, fordern und bewirken kann; die bejahend entſcheidet. Aber dadurch wird dem Lärm und der Verwirrung noch kein Ende gemacht. Der Präſident verſucht es, zur Tagesordnung überzugehen; ſieht ſich aber genöthigt, die Sitzung auf eine Stunde zu ſuspendiren, um die Ruhe wieder herzuſtellen. Nachdem ſie wieder begonnen, verſucht auch Girardin aufs Neue zu reden; wird aber, aufs Neue, durch Schreyen daran verhindert. Endlich, da etwas Ruhe wird, ruft er: „ich wollte unterſuchen: ob der König einen Vorſchlag zurück nehmen könne? Nun ja, ja, er kann es! das wollte ich ſagen!" Lautes Gelächter, von allen Seiten, erhebt ſich; unter welchem Girardin vom Rednerſtuhle ſteigt, und ſich auf ſeinen Platz ſetzt. Auf den Antrag des Präſidenten wird der Druck und Vertheilung des Geſetzesvorſchlags, ohne weitere Debatte genehmigt, und die Sitzung ruhig beendigt. —

Man ſieht, eine ächt franzöſiſche Scene! — Der Entwurf, der Kommiſſion, zur vorläufigen Erörterung übergeben, erregte hier, wie der vorige, gleich lebhafte Debatten; beſonders zwiſchen dem

Herrn Lainé und Camille Jordan. Indem erſterer das beſtehende Geſetz angriff, letzterer es vertheidigte, ließ ſich dieſer, von ſeinem Eifer, zu Perſönlichkeiten gegen den erſtern verleiten; auf die politiſchen Proteuſſe ſtichelnd, die, nach ihrem Intereſſe, oder ihren Leidenſchaften, die Farben wechſelten, und die Feſtigkeit des Throns ihrem Ehrgeize opferten. Aehnliches fiel, in einer der folgenden Sitzungen, zwiſchen H. Lainé und dem General Foy vor; in einem Streite, über die Dauer der Sitzungen dieſer Kommiſſion; indem erſterer, welcher die Kommiſſion präſidirte, ſie ſchon am 1. May ſchließen wollte; letzterer aber, von ſeinen Kollegen unterſtützt, eine längere Dauer zur gründlichen Prüfung, verlangte. Dieſer Streit erreichte einen ſolchen Grad von Heftigkeit, daß man im Begriff war, ſich in die Deputirtenkammer zu verfügen, um dort gegenſeitig Beſchwerde zu führen. Doch kam man, durch Mitwirken der Ruhigern und Gemäßigtern, wieder in ſofern zur Beſinnung, daß man die Folgen eines ſolchen Aergerniſſes erwog. Der Präſident ſah ſich genöthigt, der entſchiedenen Mehrheit, — denn alle ſeine vier Kollegen waren gegen ihn — nachzugeben, und die Sitzung der Kommittee noch um einige Tage zu verlängern. Eine Vereinigung kam indeſſen nicht zu Stande; alle vier Mitglieder der Kommittee blieben beharrlich Gegner des neuen Wahlgeſetzes, und der Meynung des Präſidenten. Daher denn der Bericht, den dieſer, am 6. May, endlich abſtattete, nicht ſowohl das Reſultat der Diskuſſionen, in der Kommittee, als eine Fortſetzung derſelben war; indem er ſich bemühte, die Einwürfe

zu widerlegen, welche gegen den Geſetzesentwurf gemacht worden waren.

„Der vorletzte Entwurf,“ ſo begann er ſeinen Vortrag: „ſey zurück genommen worden; weil die, welche ihn gewünſcht, ſo wie die, welche zwar die Vortheile deſſelben erkannt, aber nicht laut bekannt, gegen die Abänderungen in der Konſtitution, welche er nothwendig gemacht, ſich erklärt hätten. Der neueſte Entwurf nun ſey, wie der Miniſter des Innern bereits verſichert, der Konſtitution durchaus nicht entgangen; gleichwohl mache man ihm dieſelben Vorwürfe. Er theile die Wähler, in Arrondiſſementskollegien, welche die Kandidaten vorſchlügen, und in Departementskollegien, welche, aus einem Fünftel, der am höchſten beſteuerten Wähler des Departements beſtänden, und aus den Kandidaten die Deputirten wählten. Nun ſagten die Gegner: die Konſtitutionsurkunde wiſſe nichts, von zwey Wahlgraden; der Entwurf verletze das Repräſentativſyſtem; indem er den Departementskollegien eine Suprematie einräume, und eine gehäſſige Ariſtokratie begründe. Allein die Konſtitution ſage nichts weiter, als §. 35: „die Geſetze werden die Wahl„kollegien organiſiren;““ und §. 40: „„um Wähler „zu ſeyn, muß man wenigſtens drey hundert Fr. „Grundſteuer bezahlen, und dreyßig Jahr alt „ſeyn.““ Dieſe beyden Paragraphen wären nicht verletzt. Wenn die Konſtitutionsurkunde von zweygradigen Wahlen nichts wiſſe; ſo verbiete ſie dieſelben auch nicht; ſie überlaſſe ja die Organiſation der Wahlkollegien den Geſetzen. Die Einwendung, daß den Höchſtbeſteuerten die Auswahl der Deputirten,

aus den, von den Minderbeſteuerten vorgeſchlagenen Kandidaten, einräumen, ſo viel heiße, als das Steuerquantum, welches die Konſtitutionsurkunde von den Wählern fordere, willkürlich erhöhn, indem nur die erſteren, zu der, bisher allen zugeſtandenen, direkten Wahl der Kandidaten zugelaſſen würden, ſeye nur ſcheinbar. Der neue Entwurf fordere von Niemanden, ein höheres Steuerquantum, um zur Wahl konkurriren zu können, als bisher erforderlich geweſen; es modificire nur die Art des Konkurrirens, und dieſe Modifikation ſey ja, durch die Konſtitutionsurkunde, den Geſetzen überlaſſen. Als die Konſtitution ertheilt worden, habe es Arrondiſſements- und Departementskollegien gegeben, welche beyde Kandidaten vorgeſchlagen. Vermittelſt dieſer Wahlart wäre ein Theil der jetzigen Deputirten in die Kammer gekommen; und die Konſtitution habe ſich nirgends gegen dieſe Wahlart erklärt. Das Repräſentativſyſtem beruhe nicht auf dieſer oder jener Wahlart; ſondern darauf: daß gewählte Mitglieder in die Deputirtenkammer kämen. Daher ſehe man auch verſchiedene Wahlarten, in den repräſentativen Staaten; in dem einen würden die Deputirten direkt gewählt, z. B. in England; in den andern nach zwey oder drey Graden. Man ſage ferner: da bisher alle, die wenigſtens drey hundert Fr. Grundſteuer zahlten, zur direkten Wahl konkurrirten; ſo würden die, welche nunmehr bloß die Kandidaten wählen ſollten, wohlerworbener Rechte beraubt. Allein das neue Geſetz nehme ihnen dieſe Rechte nicht; die Deputirten müßten doch aus den vorgeſchlagenen Kandidaten gewählt werden, und wären daher immer die Gewählten. Kandidaten

vorſchlagen ſey übrigens, an ſich, auch nichts Neues. In England ſchlügen ſie ſich ſelbſt vor; in Frankreich hätten gewiſſe Geſellſchaften ſich das Recht angemaßt, ſie vorzuſchlagen. Es ſeye klug und nützlich, daß das Geſetz dieß Recht einem Theile der Wähler einräume. Sodann handele es ſich hier nicht darum, eine Ariſtokratie des großen Grundeigenthums, durch Vereinigung deſſelben, in den Departementskollegien, zu begründen; der Geldreichthum, der Induſtriereichthum habe ebenfalls Zutritt in dieſelben. Endlich habe die alte Ariſtokratie die man eigentlich zu fürchten ſchiene, durch die Revolution ſo viel gelitten, daß ſie zahlreicher in den Arrondiſſements, als in den Departementskollegien, seyn werde. Der Zweck der Departementskollegien ſey: die Vermögendſten, als die ſicherſten Bürgen der Ordnung und Ruhe, in ein Kollegium zu vereinigen; um von ihnen, die, an ſich wenig bedeutende Operation, der Vergleichung und Auswahl, unter ſchon gewählten Kandidaten, vornehmen zu laſſen. Frankreich werde dadurch, vor dem Schmerze bewahrt, Wahlen getroffen zu ſehn, die mit der Reſtauration unverträglich wären; die Supprematie, welche bisher die Hauptorte der Departements, bey den Wahlen, ausgeübt hätten, und die ſo weit gegangen ſey, daß ſie oft Deputirte, außerhalb des Departements gewählt, werde gebrochen; den Arrondiſſements ein gleicher Antheil, an der Kandidatur für die Repräſentation, eingeräumt, und den Bürgern Gelegenheit gegeben, verdiente Mitbürger, ſchon durch die bloße Wahl zu Kandidaten, zu ehren."

Dieß iſt das Wichtigſte, aus dieſem Berichte. Den Advokaten verkennt man nicht darin. In wiefern

indeſſen die Ueberzeugung, welche der Berichtserſtatter bezweckte, durch ſeinen Vortrag bewirkt worden war, iſt daraus zu entnehmen, daß ſich nicht weniger, als neun und achtzig Mitglieder einſchreiben ließen, um gegen den Entwurf zu ſprechen. Die Eröffnung der Debatte wurde, auf den 15. May feſtgeſetzt.

„Uebermorgen,“ heißt es in einem Pariſer Artikel, vom 13. May, in einem öffentlichen Blatte, „beginnt, in der Deputirtenkammer, die hochwichtige Berathung, über den neuen Wahlgeſetzentwurf; eine Diskuſſion, an welcher ganz Frankreich den lebhafteſten Antheil nimmt, und der gegenwärtig, von allen Parteyen, faſt ausſchließend beſprochen wird. Es iſt hier, nach Jedermanns Ueberzeugung, nicht die Frage, von der Berathſchlagung, über den gewöhnlichen Geſetzesentwurf; ſondern von einem Gegenſtande, der in die ganze Organiſation des Staats, aufs tiefſte, eingreift, und der demnach auch in der That die Aufmerkſamkeit verdient, die ihm in ſo hohem Grade zu Theil wird.“ —

In der That war, an dem Tage, wo die Debatten eröffnet wurden, ſchon des Morgens um fünf Uhr, ein Gedränge von Neugierigen, vor den Eingängen zu dem Pallaſte, in welchem die Deputirtenkammer ihre Sitzungen hält. Der erſte, der die Rednerbühne betrat, um über dieſen Gegenſtand zu ſprechen, war der General Foy; der, wie wir wiſſen, Mitglied der Kommiſſion, zur vorläufigen Prüfung des neuen Wahlgeſetzes geweſen, und Gegner deſſelben war; weßhalb man ſeinen Vortrag, als eine Gegenrede, gegen Lainé's Bericht betrachten

kann; ob er gleich keine Widerlegung ſeiner Widerlegung iſt; ſondern einen eigenen freyen Gang geht. „Die Deputirtenkammer," ſo begann er denſelben, „habe, durch ihr Recht, die Miniſter anzuklagen, die Steuern zu bewilligen, und vorzüglich durch ihre Rednerbühne, ein ungeheures Gewicht, in dem politiſchen Syſteme. Sie würde im Stande ſeyn, die Souveränität an ſich zu reißen, wenn nicht die Konſtitution dem Könige die Macht ertheilt hätte, ſie aufzulöſen; unter der Bedingung, eine neue, binnen drey Monathen, zuſammen zu berufen. Der König könne demnach, von der zuweilen faktiöſen Majorität der Kammer, an die immer geſunde, immer ruhige Majorität der Wahlkollegien, appelliren. Man ſieht," fuhr er fort, „wie wichtig ein Geſetz iſt, was die Wirkſamkeit dieſer Wahlkollegien regulirt, und über das theuerſte Intereſſe der Nation und der Krone wacht. Ein ſolches Geſetz iſt hierin beynah der Konſtitutionsurkunde gleich. Derſelbe königliche Gedanke, der 1814 die Konſtitutionsurkunde diktirte, erzeugte auch das Wahlgeſetz, vom 5 Febr. 1817. Dieſes Geſetz beruft die hundert tauſend, am meiſten beſteuerten, Eigenthümer Frankreichs, zur unmittelbaren Wahl ihrer Stellvertreter; und wenn, auf irgend eine Art, der wahre Nationalwille, mit Umſicht, Mäßigung und Ordnungsliebe, ſich ausſprechen kann; ſo mußte es, durch das Organ des Kerns der Nation geſchehen; oder es iſt überhaupt nicht möglich. Dieſer Kern wird, wenn er die, ihm theuern, Inſtitutionen, durch irgend eine Kaſte bedroht ſieht, den Patrioten, ſeiner Studierſtube, den Freund der Freyheit und der Ehre, dem Pfluge entreißen, und ihm die Vertheidigung deſſelben übertragen; er

wird nie zu einem Nationalſelbſtmorde die Hand bieten! Dieß fühlten jene alten Feinde des neuen Frankreichs wohl, und brachen daher in Wuthgeſchrey, gegen jenes Wahlgeſetz, aus. Doch würde dieſes Geſchrey, im Jahre 1820, wie früher, wirkungslos verhallet ſeyn, wenn nicht ein mächtiger Miniſter, aus Furcht die Majorität in der Kammer möchte ihm, durch die Wirkung jenes Wahlgeſetzes, entſchlüpfen, beſchloſſen hätte, daſſelbe, und vielleicht ſein Vaterland, zu opfern, um ſeine Macht zu erhalten. Da überbrachte er der Kammer ein neues Wahlgeſetz, in 47 Paragraphen. Die Kommiſſion, deren Mitglied ich war, prüfte es mit Aufmerkſamkeit; ſie genehmigte gewiſſe regelementariſche Verfügungen deſſelben; aber ſie verwarf alle, welche den zwey, in der Konſtitution liegenden Grundſätzen zuwider liefen: der direkten Wahl, und der vollkommenen Gleichheit der Rechte, unter denjenigen, welche die Wahlbedingungen, des §. 40, der Konſtitutionsurkunde, in ſich vereinigten. Kaum war die Arbeit der Kommiſſion vollendet; ſo verſchwand der leitende Miniſter, von der politiſchen Bühne. Im Kabinette verloren ſich die Traditionen, vom 5. September. Ein neuer Wahlentwurf," ſagte der Redner ferner, „ſey ausgearbeitet worden; eine neue Kommiſſion, zur Prüfung derſelben ernannt. Ihr Präſident habe einen entſchiedenen und großen Eifer, gegen das Geſetz vom 5. Febr. 1817," (das damahls noch beſtehende, an deſſen Stelle das neue geſetzt werden ſollte) „gezeigt, deſſen eifrigſter Vertheidiger er früher geweſen. Bald ſey jede Verſtändigung unmöglich geworden; und ſo wären die Schwierigkeiten, die ſich dem neueſten Wahlgeſetze

entgegen geſetzt, weder gelöſt, noch vielleicht über- haupt lösbar. Um den §. 1 des neueſten Wahlgeſe- zes zu motiviren, habe man geſagt: das alte, vom 5. Febr. räume den Hauptſtädten der Departemente zu großen Einfluß ein. Allein noch vor Kurzen habe die Regierung das Wahlkollegium des Iseredeparte- ments, in einer entfernten Gebirgsſtadt verſammelt die nicht die Hauptſtadt ſey. Wenn die Konſtitu tion dieß geſtatte, — wie ſie es denn nicht verbie- te — welcher Grund bleibe denn noch zu jener Klage? Man beſchwere ſich auch, über die Committee's, welche die Wahlen leiteten; aber verſuchten die Miniſter nicht ein Gleiches? Und nicht etwa, durch den Zauber des Ruhms und der Freyheit; ſondern indem ſie Stellen gäben und verſprächen. Und habe nicht auch jene, wenig zahlreiche, Parteу, ihr lei- tendes Committee, welche numerirte Cirkularſchrei- ben erlaſſe, Addreſſen diktire, und geheime Noten verfaſſe? Es könne dieß auch da nicht wohl anders ſeyn, wo es mehrere Intereſſen gebe; aber wahren Einfluß werde nur das Comittee haben, welches mit der Nation in Harmonie, vorwärts ſchreite. Der §. 2 bilde, aus dem Fünftel der am höch- ſten Beſteuerten, das Departementskollegium, und der §. 5 gebe nur dieſem Collegium das Recht, die Deputirten zu ernennen. Dem zufolge könne z. B. in dem Euredepartement Jemand der vier hun- dert Fr. St. bezahlte, ins Departementskollegium kommen, und im Departemente der niedern Seine komme Einer, der zwey tauſend Fr. zahle, nicht hinein. Wo ſind denn, ihr Depoſitaire der geſell- ſchaftlichen Intereſſen!" apoſtrophirte der Redner die Verſammlung. „Eure Vollmachten, um das große

und das kleine Eigenthum willkürlich zu taxiren? Wo iſt, Ihr die Ihr auf die Konſtitutionsurkunde verpflichtet ſeyd, Eure Ermächtigung, die, welche gleiche Steuern zahlen, hier von dem Wahlrechte auszuſchließen, und dort zuzulaſſen; obgleich die Konſtitutionsurkunde dieſe Befugniß, allen die gleiche Steuern bezahlen, gleichmäßig zuſpricht? Bey uns, wie in andern Ländern, haftet an dem Beſitze großes Eigenthums allein die Wählbarkeit; Sie wollen nun auch das ausſchließliche Recht damit verbinden, zu wählen. Vergebliches Beſtreben, die Nationalbewegung rückgängig zu machen! Unſere Franzoſen ſind der Ariſtokratie abhold. Nach Freyheit und Ruhm kennen ſie nur den, vom Glanze der Nation umſtrahlten, König. Vergebens werden Sie ſie glaubend machen wollen, daß die höhern Klaſſen Dekorationen der Monarchie wären; daß die Einigkeit der Familien die Dauer der Reiche ſichere; daß ihr Uebergewicht, zur Erhaltung der Freyheit nothwendig ſey; Sie predigen tauben Ohren. Unſere ganze Geſchichte iſt ein fortgeſetzter Kampf, des dritten Standes, vereint mit dem Könige, gegen den Adel. Laſſen Sie uns hoffen, daß dieſes Treffen das letzte ſey, was ſie einander liefern, und daß der Sieg ihn krönen werde. Die Fehler der alten Ariſtokratie ſind bekannt genug; und ſeitdem ſie einen Theil ihres Eigenthums verloren hat, weil ſie ihre Privilegien retten wollte, lebte ſie immer iſolirt, oft feindlich gegen dieſe, in der Maſſe der Bürger. Sie weinte, wenn die andern ſich freueten; ihre Freude begann mit unſerm Schmerz. Und Sie könnten glauben, daß bey dieſer Ueberzeugung, die Nation, der Wiedererwekkung der Privilegien gleichgültig zuſehn, geduldig

ihr Intereſſe, in die Hände derjenigen legen laſſen werde, die immer, als die größten Feinde der liberalen Inſtitutionen und der Konſtitution, ſich bewieſen haben?" Der Redner, dann zu der Kandidatur übergehend, erklärte dieſelbe, für „inkonſtitutionell, und nur den Despotismus einer Kaſte begünſtigend," und ſuchte dieß, auf folgende Weiſe, darzuthun: „Ein Departement, daß vier Deputirte zu wählen habe, und in fünf Arrondiſſements getheilt ſey, werde demnach zwanzig Kandidaten ſtellen; die nationalgeſinnten Kandidaten würden die meiſten Stimmen vereinigen. Geſetzt nun, die Zahl dieſer Kandidaten ſteige nicht über zwölfe, oder funfzehn; ſo müßten, um die Zahl zwanzig vollſtändig zu machen, noch diejenigen Kandidaten hinzu genommen werden, welche, nach jenen zwölfen oder funfzehnen, die meiſten Stimmen erhalten hätten. In dieſem Falle würden zehn bis zwölf Stimmen, ja, in manchen Fällen, eine einzige Stimme, einen Kandidaten durchſetzen, und das Departementskollegium, das, in letztern, die Männer ſeines Syſtems erblicke, werde ihnen den Vorzug vor den Erſtern geben. So werde die Wahl der ungeheuren Mehrheit der Wähler, durch die Mehrheit in ihrem Fünftel, vernichtet werden, und gerade diejenigen würden in dieſe Kammer zu ſitzen kommen, welche von den Erſtern verworfen worden wären. Die Mehrzahl der Kommiſſion," ſo ſchloß er ſeinen Vortrag, „hat jede Abänderung zurückgewieſen, die man in dem Geſetze anbringen wollte. Näher betrachtet, iſt dieſer Eigenſinn der Freyheit förderlich. Ein Geſetz, das vier Fünftel der Wähler Frankreichs ihrer Rechte beraubt, und jähr-

lich die Schmach, eines Sieges der Minorität über die Majorität, erneuert, ein ſolches Geſetz iſt keiner Amendements fähig; es muß, im Ganzen, verworfen werden. Es iſt dem Könige, durch Hinterliſt abgelockt; denn er kann ſeine eigene Schöpfung nicht verkrüppeln, nicht zerſtören wollen. Man will uns darüber, mit der Vorſtellung tröſten, daß, wo der Thron in Gefahr ſey, man, auf einige Zeit, ſeine Freyheiten zum Opfer bringen müſſe, um ſie, in beſſern Tagen, wieder zu erlangen. Ich aber ſage Ihnen, daß dieſe Tage nicht wieder kommen werden; wenn einmahl die Konſtitutionsurkunde verletzt, und die Nation, unter das Joch der Privilegien, gebeugt iſt. Und glauben Sie denn, daß, wenn einmahl die Faktion die Mehrheit, in der Kammer, erlangt hat, und über das Miniſterium, den Schatz, das Heer verfügen wird, daß dann diejenigen auf halbem Wege ſtehn bleiben werden, welche Güter zurück verlangen, oder wenigſtens Entſchädigungen, und ihre politiſche Exiſtenz wieder herſtellen wollen. Können Sie glauben, daß die Klügern, unter ihnen, die andern leiten werden? Wenn ſie heute bloß die Herrſchaft wollen; ſo werden ſie morgen die Kontrerevolution verlangen müſſen. — Aber, wenn die Entwürfe der Ariſtokratie, mit offner Stirne, ſich ankündigen; ſo wird der Widerſtand nicht weniger furchtbar ſeyn. Das neueſte Wahlgeſetz organiſirt ihn; es ſtellt Arrondiſſementskollegien den Departementskollegien; die Kandidaten der Pluralität den Erwählten der Minorität; die Männer der Nation, den Männern der Privilegien gegen über. Zwey Nationen, zwey Feldläger, zwey Fahnen, das ſind die Früchte des neuen Geſetzes! Hal-

ten Sie ein, ſo lange es noch Zeit iſt! Behalten Sie das alte Wahlgeſetz, an dem die Nation, mit Leidenſchaft, hängt. In guter Organiſation der Kommunal- und der Departementalverwaltung, laſſen Sie die perſönlichen, oder ererbten Notabilitäten ihren Platz und ihren Einfluß finden; dort wird die Stimme des Volks ſie, an die Spitze des geſellſchaftlichen Korps, berufen. Wehe dem Vaterlande, wenn Sie den politiſchen Schwerpunkt anderswo ſuchten, als da, wo die moraliſche, und die natürliche Stärke liegt! Den Thron auf die Ariſtokratie ſtützen, heißt eine neue Revolution beginnen, heißt das Volk erbittern, heißt Volk und Thron verrathen!" —

Lauter Beyfall ertönte; — von der Seite der Partey des Redners, den Liberalen. Gegen ihn, das heißt, zum Tadel des bisherigen, und zum Lobe des neu vorgeſchlagenen Wahlgeſetzes, erhob ſich Labourdonnaye, ein Mitglied der ariſtokratiſchen Partey; bekanntlich dermahlen die Stütze des Miniſteriums. Er tadelte, an dem bisherigen Wahlgeſetze: „daß es von einem Königsmörder" — bekanntlich in der franzöſiſchen politiſchen Sprache, die Bezeichnung derer, welche in dem Nationalkonvente, für die Hinrichtung Ludewigs XVI. geſtimmt, — „in dieſe Kammer eingebracht worden; daß es die Konſtitutionsurkunde, die der Nation bloß verliehen und nicht konſentirt ſey, ganz entſtelle, da ein Geſetz ſie nur ſolle modificiren können; daß es, auf den Trümmern der konſtitutionellen Monarchie, den beſcheidenen Stuhl eines modernen Waſſingtons, oder den blutigen Thron eines Militärdeſpoten zu errichten drohe; daß es einen

Mann in die Kammer gebracht, der dem Könige vorgeworfen: daß er die Farben der Revolution, die er die Nationalfarben zu nennen wage, nicht angenommen habe" (den liberalen Deputirten Manuel); „und daß es dem Intereſſe Frankreichs entgegen ſey; es endlich für völlig falſch erklärend, daß die öffentliche Meynung ſich gegen daſſelbe entſcheide; denn da man, mit allen Umtrieben, nicht mehr als achtzig tauſend Unterſchriften, für daſſelbe, zuſammen bringen können; ſo liege am Tage, daß Frankreich nichts von ihm wiſſen wolle. An dem neueſten Entwurfe lobte er hauptſächlich: „daß er die Wahlen der Deputirten in die Hände derjenigen lege, die am meiſten von Revolutionen zu fürchten hätten; doch wollte er auch dieß mit nichten für vollkommen gehalten wiſſen; und fand es nur als proviſoriſches, keinesweges aber als bleibendes Geſetz, gut genug." Uebrigens erklärte er es für „einen Irrthum, den Grund der ſchlechten Wahlen, in irgend einem Wahlgeſetze zu ſuchen; oder ſolchen durch ein Wahlgeſetz, vorbauen zu wollen;" behauptend: daß das Uebel tiefer ſitze, nämlich in dem politiſchen Syſteme der Regierung, und in der Richtung, welche dieß Syſtem dem Volksgeiſte gegeben. — „Ihr, die ihr die Rückkehr der Männer von 1815 fürchtet," ſo apoſtrophirte auch dieſer Redner zum Schluſſe der Verſammlung, „ſeyd überzeugt, daß nicht das damahlige Wahlgeſetz, ſondern das Andenken, an die hundert Tage, die Kammer der Unwiderrufbaren hervor brachte; daſſelbe Wahlgeſetz würde ſie jetzt nicht wieder finden; es wäre denn, daß man ähnlichen Ausſchweifungen ſich überließe. Sollte aber die gemeinſchaftliche Gefahr uns nicht vielmehr

vereinigen ſtatt trennen? Die Revolution rückt, mit großen Schritten, heran, und bald wird die drey farbige Fahne den Platz der Oriflamme einnehmen! Miniſter des Königs! Der Plan des Angriffs, gegen die legitime Dynaſtie, bildet ſich immer weiter aus. Große Hoffnungen, die vereitelt wurden, verbinden ſich mit den politiſchen Fanatismus, gegen den Thron. Die Verſchwörung ſchlich anfangs in der Stille; beſiegt zu Grenoble, vereitelt zu Lyon, wurde ſie nie ganz zerſtört, und erhebt jetzt, aufs neue, die Stirn; drohend ihre Beſieger unter die Füße zu treten. Das bisherige Wahlgeſetz iſt das große und ſtarke Bollwerk, hinter welchem ſie ſich verſchanzt; es liegt daher alles daran, ſie daraus zu vertreiben. Es gilt „Seyn, oder Nichtſeyn!" Und indem wir die Dynaſtie vertheidigen, vertheidigen wir uns ſelbſt, gegen eine Revolution, unſer Eigenthum, gegen Raub, und unſere Familien, gegen die Angriffe der Immobilität!" —

Dieſe Rede wurde, von der linken Seite her, häufig, durch Zeichen des Mißfallens unterbrochen. Ein Mitglied dieſer Partey, die letzten Aeußerungen des Redners auffaſſend, ſagte: „er wiſſe auch von einer Verſchwörung, und zwar von jener großen Verſchwörung, gegen alle Freyheiten des Volks, gegen alle liberalen Inſtitutionen; einer Verſchwörung, die, nachdem ſie die Freyheit der Journale der Oligarchie zum Opfer gebracht hätte, ihr auch noch die Freyheit der Rednerbühne opfern wolle." — Ein anderes Mitglied derſelben Partey, Graf Francois von Nantes, bemerkte: das Miniſterium klage, vor dem Richterſtuhle der Kammer, das Wahlgeſetz als ſchul-

dig an, drey liberale Fünftel in dieſe Verſammlung gebracht zu haben, und, als verdächtig, daß es noch zwey ähnliche Fünftel hinein bringen werde; achtzig tauſend Wähler würden, als Mitſchuldige aufgeführt. Wahrlich," rief er aus, „ein groſer Prozeß! das eigene dieſer Erſcheinung iſt, daß die Miniſter den Ehrenpoſten der Vertheidigung der Geſetze, uns überlaſſen, und die Rolle der Neuerer, — ich hätte bald geſagt, der Revolutionärs — ſelbſt übernehmen; daß ſie uns zwingen wollen, zu bekennen: wir verdankten unſer Daſeyn einem fehlerhaften Geſetze. Und, als ob der Trauer- und Leichenbegängniſſe nicht genug in Frankreich wären, legten ſie die Rechte und Freyheiten dieſes großen Volkes, in einen Sarg, und ließen ſie in die Gruft der Könige tragen! — (Hier zeigte ſich eine große Bewegung, in der Verſammlung. Der Redner fuhr fort:) „Die Grundgefühle, welche dieſes Volk beſeelen, ſind: Furcht vor Wiederkehr der alten Formen, Haß gegen Willkür, Liebe zur Gleichheit. Nichts würde es tödlicher beleidigen, als ein Bündniß, zwiſchen der Verwaltung und der Partey, welche erſtere will. Nie wird eine Verwaltung Wurzel faſſen, die nicht begreift, daß in dem Mittelpunkte der neuen Intereſſen und Grundſätze ſich ſtellend, die Regierung alles vermag, daß ſie außerhalb der Sphäre derſelben, alles beunruhigt; daß ſie, im Widerſpruche mit ihnen, alles aufs Spiel ſetzt. — Ueber das neueſte Wahlgeſetzesprojekt, dem eigentlichen Gegenſtande dieſer Diskuſſion äußerte ſich dieſer Redner: „Es ſeye gleichſam das Codicill, zu einem Teſtamente. Nicht zufrieden, das Wahlrecht, von acht und zwanzig Millionen Menſchen,"

auf drey und neunzig tauſend, der am höchſten Beſteuerten, beſchränkt zu ſehn, gehe es darauf aus, von dieſen noch fünf und ſiebenzig tauſend zu enterben, und jenes Recht auf achtzehn tauſend zu koncentriren; von denen man hoffe, daß ſie der Willkür günſtig ſeyn würden. — Das Miniſterium wolle dieſe Koncentration; weil es, in dem neu eintretenden Fünftel, ſtrenge Tadler ſeines Syſtems befürchte. — Nicht zufrieden, dem ariſtokratiſchen Prinzip, in der Pairskammer ſeinen Sitz angewieſen zu haben, wolle man es nun auch in der Deputirtenkammer zu dem herrſchenden machen. Das Gleichgewicht der Gewalten ſey zerſtört; wenn man noch das Petitionsrecht des Volks beſchränke, und an der Schwelle dieſer Kammer ein Unwürdigkeitsgeſetz anhefte, welches der Mehrzahl erlaube, die Minderzahl zu vertreiben; ſo werde man bald auf dem Boden der Freyheit nichts weiter erblicken, als Miniſter mit Tauſenden von Agenten ohne Verantwortlichkeit, Bürger ohne Sicherheit, und eine Nation einer Verwaltung preis gegeben, die aus ihrer Mitte heraus getreten ſey." — Der Redner beſchwor die Verſammlung, „ein Syſtem zu verwerfen, was das demokratiſche Prinzip aus der Wagſchale nehme, um dem ariſtokratiſchen und miniſteriellen die Alleinherrſchaft zu verſchaffen; welches das Eigenthum nur in der größeſten Aufhäufung von Erdſchollen erblicke, und die Induſtrie, die Künſte, die Vertheidiger des Vaterlandes vom Wahlrechte ausſchließen wolle; welches nur ans Licht zu treten wage, nachdem man den öffentlichen Stimmen Stillſchweigen geboten, und den Bürgern die Ketten der Willkür habe in die Ohren klirren laſſen, welches

das Schickſal der Nation, 18,000, oder richtiger zu ſprechen, der Pluralität von 18,000 Privilegirten anvertraue; die, wenn ſie einmahl ihre Stärke kannten, ſich zu Herren aufwerfen, die Miniſter verabſchieden, ihre Anhänger ſtürzen, Thron und Volk unterjochen würden; bis dann die Königsmacht, auf das Volk ſich ſtützend, wie zu den Zeiten Ludewigs des Dicken, den Ungeſtüm dieſer großen Vaſallen, neuer Kreation, bezähmen, und das Vaterland von dem Drucke befreyen werde." —

Ein Redner, der, in der nächſtfolgenden Sitzung, für den neueſten Geſetzentwurf ſprach, H. v. Bonald, bemühte ſich zunächſt, die darin vorgeſchlagene vorläufige Kandidatenwahl zu rechtfertigen, und zwar auf folgende Weiſe. „Eine Kandidatur," ſagte er, „ſey eben ſo nothwendig, in der Legislatur, als in andern Verhältniſſen des Lebens. Man könne nicht Miniſter werden, ohne vorher Staatsbeamter, nicht General, ohne vorher Officier, nicht Richter, ohne Advokat, nicht Meiſter, ohne zuvor Geſelle geweſen zu ſeyn." (das Gelächter, was ihn hier unterbrach, war wohl nicht unnatürlich). Von der Beſtimmung dieſes Geſetzesentwurfs, welche das direkte Wahlrecht denen Bürgern, die nur drey hundert Fr. Steuern zahlten, entziehet, behauptete dieſer Redner ſodann, gegen die, welche darin eine Verletzung der Konſtitutionsurkunde erkannten: daß dieß eben ſo wenig der Fall ſey, als daß „die, von der Konſtitution ausgeſprochene, Gleichheit aller Franzoſen, vor dem Geſetze, dadurch verletzt werde, daß diejenigen Franzoſen, welche weniger als drey hundert Franken Steuern bezahlten, am Wahlrechte überhaupt nicht Theil nehmen könnten;" die allgemeine Bemer-

hinzu fügend: „daß die Konſtitutionsurkunde über-
haupt bloß die Grundzüge der Inſtitutionen enthal-
te; welche die Geſetze ausbildeten; und daß man Ge-
ſetze ändern könne, hätten ſelbſt Rouſſeau, de
Prat, Manuel und B. Conſtant zugeſtanden.“
Die Nothwendigkeit, „das beſtehende Wahlgeſetz zu
ändern,“ war, der Meynung dieſes Redners noch, da-
durch entſchieden: „daß es, binnen drey Jahren ei-
nen Königsmörder gebracht“ (womit er auf die Wahl
des Erzbiſchofs Gregoire deutete) „und in kurzer
Zeit, einen Nationalkonvent bringen werde.“ Der
Redner ließ ſich darauf in eine grammatikaliſche Er-
örterung, des, in der Konſtitutionsurkunde, bey Ge-
legenheit der, für die Nationalrepräſentation darin
gemachten, Beſtimmungen, gebrauchten Ausdrucks:
konkurriren, ein, mit Hülfe der Grammatik des Port-
Royal zu beweiſen verſuchend: daß derſelbe „ſo
viel heiße, als: Kandidaten ernennen.“ Sodann
dem Einwurfe begegnend: daß das neue Wahl-
geſetz „die linke Seite, aus der Deputirtenkammer
verdrängen werde,“ fügte er wohlmeynend hinzu:
„die rechte Seite habe ihr Wahlgeſetz, vom Jahre
1815, die linke das ihrige, vom Jahre 1817 ge-
habt; das Miniſterium könne alſo nun auch wohl
das ſeinige, vom Jahre 1820, haben.“ (Ein allge-
meines Gelächter belohnte dieſe naive Aeußerung).
Der Redner ſchloß mit einer Lobrede, auf die Ariſto-
kratie, und einer Vertheidigung des alten Adels,
gegen die Angriffe des neuen, „über deſſen Verkehrt-
heit ſeine Kinder einſt ſeufzen würden;“ es als ei-
nen großen Irrthum rügend, daß man, die phyſiſche
Gewalt der Menge, an die Stelle der moraliſchen
Gewalt, die in den erſten Klaſſen der Ge-

ſellſchaft ruhe, ſetzen wolle;“ als einen noch größern, die Ariſtokratie allein auf die Pairskammer beſchränken, und die Deputirtenkammer für die Demokratie ausſchließlich vorbehalten zu wollen; indem eine ſolche Sonderung eine heftige Reaktion hervor bringen würde. In England beſtehe das Unterhaus größeſten Theils aus Neffen und Söhnen der Pairs. Dagegen lehnten ſich zwar die Radikalen jetzt auf; aber England würde verloren ſeyn, wenn die Radikalen ſiegten. Man habe auch gegen die Geldariſtokratie, und gegen die Majorate geſprochen; aber, wenn man der Zerſplitterung der großen Landgüter nicht Einhalt thue; ſo würden die Franzoſen bald den Juden gleichen; weder Land noch Macht haben. Alle würden ſich, an Armuth gleich ſeyn; das Geſetz würde das Steuerquantum, für die Wähler, herab ſetzen müſſen, und die Agiotage, die bereits jetzt den Ackerbau ſo viele Kapitalien entziehe, und ein Fallen des Werths der Grundſtücke bewirke, würde dann die erſten Plätze einnehmen!“ — Ein anderer Redner, von eben der Partey, Joſſe-Beauvoir, der in der Sitzung, am folgenden Tage (den 16. May) auftrat, ſagte, unter andern: „man ſchreye gegen die Oligarchie; und die, welche dagegen ſchrieen, wären es ſelbſt und allein. Man ſchmeichele den Leidenſchaften des Volks; aber Volksgunſt wäre von jeher das Signal zum Tode geweſen. Man wäre ſo weit gegangen, in dieſer Kammer zu behaupten: Frankreich werde nicht eher glücklich und frey ſeyn, als bis es eine Revolution, wie die in England 1688, erlebt habe; dieſer Umſtand und die Umtriebe der liberalen Committee's, um die Wahlen zu leiten, zeigten, wie nothwendig es ſey, das Wahlge-

ſetz zu ändern. Das Wahlgeſetz, vom 5. Febr., habe Frankreich auf ein ſtürmiſches Meer geführt; das neueſte führe es in den Hafen zurück." —

Ein Redner, von der Gegenparten, griff nicht ſowohl den Geſetzesentwurf, als deſſen Vertheidiger, und zwar mit Waffen ganz eigner Art, an; indem er ihnen, mit Anführung der Tage und Jahre, wörtlich vorrückte, was ſie ehemahls, ſtreitendes, mit ihren jetzigen Aeußerungen, und dem Entwurfe, geſagt hatten. Da hatte der Miniſter Siméon, am 8. Januar 1817, ſich ſo ausgeſprochen: „Wie kann man zwey Klaſſen von Wählern, zulaſſen, direkte und indirekte? Die Gleichheit, unter Gleichberechtigten, würde dadurch verletzt; Schwierigkeiten dürfen weder, noch können ſie, ein poſitives Recht aufheben." H. Beyney, königlicher Kommiſſär, hatte am 28. Dec. 1816, geſagt: „die Konſtitutionsurkunde kenne nur drey politiſche Klaſſen: die Pairs, die Wählbaren, zu 1000 Fr., und die Wähler zu 300 Fr.; alles übrige wäre Zuſatz und Abänderung der Konſtitution;" H. Cuvier, ebenfalls königlicher Kommiſſär, hatte, am 3. Jan. 1817, ſich vernehmen laſſen: „er habe viele Perſonen geſprochen; aber niemand könne in dem §. 40 der Konſtitutionsurkunde, die Spuren, einer Wahl von zwey Graden, finden;" ein anderer Vertheidiger, H. Bourdeau, am 19. Dec. 1816, in einem Kommiſſionsberichte: „dem Wahlſyſteme, nach zwey Graden, habe die Kommiſſion, nach voller Ueberzeugung, daß es dem §. 40. der Konſtitution zuwider ſey, entſagt;" H. Deſerre, Juſtizminiſter, am 6. Jan. 1817: „So wie die Rechte aller Wähler gleich ſind; ſo müſſen ſie

auch alle, auf gleiche Art, zur Wahl konkurriren." Und H. Lainé, der in dem Kommiſſionsberichte, über dieſen neuen Wahlgeſetzentwurf, bekanntlich als deſſen entſchiedener Vertheidiger und Empfehler, aufgetreten war, hatte im Jahr 1817, als er Miniſter des Innern war, in der Einleitung zu dem beſtehenden, und jetzt abzuſchaffenden, Wahlgeſetze, zum Tadel „der Wahl nach zwey Graden," die er jetzt ſo nachdrücklich empfohlen, angeführt: ſie „drücke nicht ſo beſtimmt, wie nach einem, die Meynung und den Wunſch der Wähler aus, und dieſe könnten einem Deputirten, zu deſſen Wahl ſie nur entfernt beygetragen, weder daſſelbe Zutrauen ſchenken, noch, in ſeinen Meynungen, denſelben Ausdruck der ihrigen erkennen, wie dieß, bey einem direkt Gewählten, der Fall ſey;" und am 2. Jan. 1817 hatte er ſich ſo geäußert: „das Fehlerhafte eines Wahlgeſetzes, nach zwey Graden, werde am meiſten fühlbar, wenn man die Klagen derer beherzige, welche fänden, daß die Konſtitutionsurkunde die Zahl der Wähler ſchon zu ſehr beſchränkt habe. Und doch wollten einige Redner die Wahlkollegien, bloß aus wenigen am höchſten Beſteuerten jedes Departements, zuſammen geſetzt wiſſen! Das heiße alle freye Repräſentation zerſtören. Eben ſo gut wäre es, wenn ſie ganz lakoniſch vorſchlügen: die Wählbaren ſollen allein auch die Wähler ſeyn." „Wie kommt es," ſo fragte darauf der Redner, um ſeine Gegner noch mehr in die Enge zu treiben, „wie kömmt es, daß, was im Jahre 1817 Wahrheit war, im Jahre 1820 aufgehört hat, Wahrheit zu ſeyn? Wie kömmt es, daß dieſelben Männer, welche damahls, in dem Syſteme der zwey Grade, die größ-

ten Nachtheile erblicken, daſſelbe nun ſo ſehr anrüh- men? Ein trauriger Beweis „des Einfluſſes," rief er aus, „welchen die Umſtände auf die Grundſätze der Menſchen ausüben! — Wie über die zwey- fachen Wahlgrade, ſo führte dieſer Redner auch noch einige Aeußerungen, welche jetzige Vertheidiger des neuen Entwurfs, in Betreff der Wirkungen, von Abän- derungen des beſtehenden Wahlgeſetzes, bey Gele- genheit des Barthelemiſchen Antrags, im vori- gen Jahre gemacht, an. Indem ſich lächelnd alle Blicke, auf den Staatsrath Beugnot richteten, wiederholte er, was dieſer damahls geſagt, mit deſ- ſen eigenen Worten. Sie lauteten alſo: „das Wahl- geſetz iſt der Nation theuer; es liegt ihr am Herzen; man würde es nicht ohne Gefahr verle- tzen. Die öffentliche Meynung ſtellt es mit der Konſtitutionsurkunde auf eine Linie; denn Jedermann fühlt, daß es die Ergänzung und ſicherſte Bürgſchaft derſelben iſt, und, als ſolche, das Thor der Ver- gangenheit ſchließt. Im Angriff auf das Wahlge- ſetz erblickt man alle neue Inſtitutionen bedroht; ſieht man die Vergangenheit wieder zur Sprache ge- bracht. Daher die allgemeine Unruhe der Gemü- ther!" Und eben ſo wörtlich brachte er folgende Stelle, aus einer Rede des Miniſters Deſerre, bey derſelben Gelegenheit, und über denſelben Ge- genſtand gehalten, in Erinnerung; in welcher die- ſer ſich ſo ausdrückte: „die Miniſter des Königs erkennen, wie gefährlich es ſey, an ein Grundgeſetz, dem die Nation, als ein Bollwerk ihrer Rechte und Freyheiten zugethan iſt, Hand zu legen, und dadurch jenes Zutrauen, zwiſchen Fürſten und Volk zu erſchüttern, vielleicht zu zerſtören;

welches die vorzüglichſte Stärke jeder Regierung, und das dringendſte Bedürfniß einer neureſtaurirten Monarchie iſt. Der König und die Miniſter, überzeugt, daß Zutrauen Zutrauen bewirke, und Redlichkeit Redlichkeit herbey führe, haben gedacht, daß man in die Mitte der Nation ſelbſt, das königliche Panier aufpflanzen müſſe, daß dort es über die Parteyen ſiegen, und, im Nothfalle, Millionen Arme zu ſeiner Vertheidigung finden werde." — „Welche tiefe, ſinnvolle Worte!" ſo ſchloß dieſer Redner ſeinen Vortrag. „Kann ich, als richterlicher Beamter und als Deputirter, meine Pflicht beſſer erfüllen, als wenn ich, in die Grundsätze ſo ausgezeichneter Männer eingehend, gegen das neueſte Wahlgeſetz ſtimme?" —

Welche Eindrücke dieſe Art von Angriff auf die verſchiedenen Parteyen machte, bedarf keiner Entwickelung. Bemerkt zu werden verdient, daß die ganze Verhandlung, in dem Publikum ein ſo lebhaftes Intereſſe erregte, als, ſeit langer Zeit, keine vorher; ſo daß um fünf Uhr des Morgens ſchon, vor den Eingängen des Sitzungspallaſtes der Deputirtenkammer, ein Gedränge entſtand, um Einlaßkarten zu erhalten, die erſt um acht Uhr ausgetheilt wurden. Von den Vorträgen, die in den folgenden Sitzungen gehalten worden, gedenken wir zunächſt deſſen, welchen der Miniſter Siméon, in der Sitzung am 17. May, zur Vertheidigung des neuen Wahlgeſetzesentwurfs, zu halten, ſich durch obige Anführung nicht hindern ließ; theils weil er der nächſte bedeutende war, theils weil er eine beſondere Beziehung auf den, eben mitgetheilten, hatte. Die Vorträge dieſes Miniſters zeichnen ſich

durch einen Anſtrich einer treuherzigen Offenheit, eine gewiſſe Naivität aus; wohinter er recht wohl zurück zu halten weiß, was es zu ſagen nicht für gut findet. So machte er zuerſt hier eine, dem Scheine nach, offenherzige Angabe, über den Zweck des neuen Wahlgeſetzes; ſich dahin erklärend: er ſey „das demokratiſche Prinzip, das vorherrſchend zu werden drohe, wieder ins Gleichgewicht mit dem ariſtokratiſchen zu ſetzen;" woran ein ſo kluger und erfahrener Mann doch unmöglich ſelbſt glauben konnte; da ein ſolches Gleichgewicht ein Unding iſt; es auch, in dem Geſetzesentwurfe, offen am Tage liegt, daß es dem ariſtokratiſchen Prinzipe das Uebergewicht geben ſoll. Wie mit dieſer, ſo verhielt es ſich auch mit der Aeußerung, in Betreff der zweyten Abſicht, die, ſeiner Angabe nach, dabey obwalte; der nämlich: „die Wähler, da ſie nicht unter dem Einfluſſe der Regierung ſtänden, auch dem Einfluſſe der Parteyen zu entziehn." Dann ſuchte er, auf eine eben ſo offenherzige und naive Art, den Vorwurf zu entkräften, der ihn, wie die in der vorbemerkten Rede angeführten, traf, daß er jetzt angreife, was er früher vertheidigt. „Ich leugne es nicht," ſagte er, „daß ich damahls für ein Syſtem geſprochen, von deſſen Schädlichkeit mich die Erfahrung überzeugt hat. Wenn man, zu verſchiedenen Zeiten, ſeine Meynung ändert; ſo beweiſt dieß nichts, als daß man ſich, ſeit der Zeit, aufgeklärt hat. Es handelt ſich nicht darum, zu wiſſen, wie man 1817 gedacht hat; ſondern darum, wie man jetzt denken muß." Hierauf ging der Miniſter in derſelben Manier, in die Unterſuchung der Frage ein, welche er mit dem Beyworte: „die große," bezeich-

nete: „ob die Wahl, nach zwey Graden, der Konſtitutionsurkunde zuwider ſey, oder nicht?“ Deren Reſultat die, von einem frühern Vertheidiger ſchon aufgeſtellten, Sätze waren: „daß dieſelbe ſie zwar nicht anordne, aber auch nicht verbiete; daß die Konſtitution zwar ſtipulire, daß alle Deputirten, von Wahlkollegien, gewählt werden ſollten; aber die Organiſation dieſer Wahlkollegien den Geſetzen überlaſſe; daß die Konſtitution zwar ſage: um Wähler zu ſeyn, müſſe man drey hundert Fr. Steuern bezahlen, und dreyßig Jahr alt ſeyn; aber nicht verordne: daß jeder, der dieſe Bedingungen erfülle, auch nothwendig Wähler ſeyn müſſe.“ Der Miniſter, ſeiner alten Advokatenberedtſamkeit wieder ganz heimfallend, ließ ſich darauf in Diſtinktionen und Erörterungen ein: über „Handeln, gegen den Buchſtaben der Konſtitution, welches er für verboten, und über Handeln gegen dieſelbe, durch Auslegung, welches er für erlaubt erklärte; über Konkurriren, durch Wahl der Kandidaten, von welchen der, ſo dreyßig Stimmen hätte, eben ſo gut das Recht zur Deputirtenfunktion überkäme, als einer der drey hundert Stimmen erhielte, und über Konkurriren, durch unmittelbare Ernennung der Deputirten; über die geheimen Abſichten endlich, die das Miniſterium, bey dieſem Geſetzesentwurfe haben ſolle; da man ihm doch nichts zur Laſt legen könne, und lege, als dieſen Einen Geſetzesentwurf; welche wir übergehen; uns begnügend, den Schluß ſeiner Rede, der wieder ſo ganz in der treuherzigen, oder naiven Manier iſt, noch wörtlich mitzutheilen. „Wenn wir uns irren,“ ſagte er; „ſo irren wir bona fide. Man ſpricht von miniſteriellem Despotismus; man

wirft uns, von zwey Seiten, vor, daß wir uns an keine Partey anſchließen. Die erſte Pflicht eines Miniſters iſt, die, durch die Umſtände erzeugten, Bedürfniſſe zu Rathe zu ziehn. In gewöhnlichen Zeiten kann man allerdings mit Hülfe einer Partey herrſchen; wenn aber alle Leidenſchaften entflammt ſind, iſt der Mittelweg der ſicherſte. Man macht uns angſt mit Wiederkehr der Feudalherrn; da doch die meiſten nicht reich genug ſind, um im erſten Grade zu wählen. Man erwähnt endlich der Unruhe, in welche das Publikum verſetzt ſey; aber wenn wir hier nur ruhiger wären; ſo würden die Beſorgniſſe des Publikums auch moderater ſeyn." —

Dieſe Rede war bald durch Murren, bald durch Gelächter, bald durch Bravorufen, und andere Exklamationen unterbrochen worden; ohne daß der alte Miniſter ſich dadurch irren ließ. Am Schluſſe äußerte ſich Mißfallen und Beyfall zugleich Nach ihm beſtieg den Rednerſtuhl, einer von den Männern, die unter der Bezeichnung: Doktrinellen, eine kleine Partey, in der groſſen der Liberalen, bilden, und dieſelbe dadurch erhalten haben, daß ſie alle politiſche Gegenſtände, mehr theoretiſch als praktiſch behandeln, und ihren Reden einen Anſtrich von Gelehrſamkeit, Tiefſinn und Eleganz zu geben befliſſen ſind. Hrn. Royer-Collars Vortrag war daher in mehr als einer Rückſicht, ein ganz eigentliches Gegenſtück, zu dem des Miniſters. „Die Nothwendigkeit," ſo begann er, „dieſe Dienerin der Fürſehung, und Beherrſcherin der Völker und Könige, regiert, in der moraliſchen Welt, wie in der phyſiſchen.. Zu einer gegebenen Zeit, iſt nur eine Art von Regierung, für ein Volk möglich. Die Bedin-

gungen der unſrigen iſt die Legitimität und die Frey-heit. Die Konſtitutionsurkunde iſt nichts anders, als ein unauflösslicher Bund, der legitimen Gewalt, von welcher ſie ausgeht, mit den Nationalfreyheiten, die ſie anerkennt und heiligt. Obgleich die Konſtitutionsurkunde geſchrieben iſt, und wir ſie ſelbſt haben ſchreiben ſehn; ſo iſt ſie doch keine willkürliche Schöpfung des Geiſtes; ſie iſt ein, ihm abgedrungener, treuer Abdruck, der Intereſſen, der Sitten und des Zuſtandes der Geſellſchaft, die ſie regieren ſoll. Ihr fehlt ſelbſt das Alterthum nicht. Ihre erſten Grundlinien wurden von Ludewig dem Dicken gezeichnet, als er die Gemeinen frey ſprach; ſie wurden unauflöslich, ſeitdem Philipp der Schöne unſere Väter, zu den Nationalverſammlungen, rief. Von den freyen Gemeinen ſchrumpften die Klaſſen, welche bis dahin die Nation gebildet hatten, zu Kaſten zuſammen; aber zu ihrem und unſerm Unglücke, zu privilegirten Kaſten; und von dem Augenblick an, begann der lange und furchtbare Kampf, des Rechts gegen das Vorrecht. Die Revolution hat die Befreyung der Gemeinen vollendet und die Konſtitutionsurkunde hat, in ſofern, die Revolution ergänzt, als ſie ihr einen Vergleich, mit der erblichen Pairſchaft, auswirkte. Dieſe Pairſchaft ausgenommen, hat ſich eine bürgerliche Geſellſchaft gebildet, deren Grundlage die Gleichheit der Rechte iſt. Auf dieſer Gleichheit beruhen alle unſere Freyheiten; ſie ſelbſt hat ihre Bürgſchaft, in der repräſentativen Regierung. Eine wählbare Repräſentantenkammer iſt die Sanktion der Konſtitutionsurkunde. Wenn dieſe Kammer in der Konſtitutionsurkunde ausgeſtrichen, und die Souveränität, in der königlichen

Macht, und der Pairskammer koncentrirt wird; ſo ſchreiten wir, über Philipps des Schönen Zeit hinaus, rückwärts. Die Nation wird wieder, wie eine Domäne beſeſſen; ſie nimmt nicht mehr Theil an den Geſchäften; ſie hat keine mehr. Wenn man die Kammern beſtehn läßt; — aber ihren Charakter ändert, oder ſie aus andern Elementen zuſammen ſetzt; ſo verunſtaltet man nicht nur die Garantie der Konſtitution; ſondern man läuft Gefahr, ſie gegen die Konſtitution ſelbſt zu richten. Behauptet man nun: daß Ableitung und Zuſammenſetzung der Kammer nicht feſt geregelt; ſondern an die Launen des Gemüths, an die Spitzfündigkeiten der Auslegung, und an die Wandelbarkeit der Umſtände gebunden ſey: daß man, ohne den Buchſtaben der Konſtitutionsurkunde zu verletzen, jedes Jahr die Kammer, nach einem neuen Plane zuſammen ſetzen könne, und daß dieſe, immer verſchiedene, Kammer, gleichwohl immer die Kammer der Konſtitutionsurkunde bleibe; ſo ſagt man damit, daß es eigentlich keine Konſtitutionsurkunde gebe; oder, was noch ſchlimmer iſt: daß die Konſtitutionsurkunde, der Nation zum Geſpött, und zur Verhöhnung der Rechte gegeben worden, die ſie vertheidigen ſoll. Aber dem iſt nicht ſo; die Deputirtenkammer hat, durch die Konſtitutionsurkunde, eine wahre Legitimität erhalten; die, unverkennbar und unauslöſchlich, ihr Weſen ausmacht. Ein Blick, auf unſere Staatsverfaſſung, wird dieß klar erkennen laſſen. Der Unterſchied, unter Volksſouveränität und freyer Regierung, beſteht darin, daß es, in erſterer, nur Perſonen und Willen, in letzterer nur Intereſſen und Rechte gibt. Die Individualitäten verſchwinden,

hier; alles ſteigt, vom Perſönlichen zum Allgemeinen, auf. Die ganze Geſellſchaft geht in ihre Regierung über; weil da nun die ganze Souveränität ruht; weil da nun die Intereſſen ihre Organe, die Rechte ihre Garantieen haben. So iſt unſere Regierungsform. Die moraliſche Einheit der Geſellſchaft ſpricht ſich im erblichen Monarchen aus; der legitime König iſt nicht eine Perſon; er iſt eine Inſtitution; er iſt der Inbegriff aller Inſtitutionen. Neben dem Könige gibt es noch zwey, beſtimmt geſchiedene, Gewalten; welche ſich in die Ausübung der Souveränität theilen. Dieſe große Thatſache iſt nie gehörig erwogen worden. Sie beweiſt indeſſen, daß die Geſellſchaft, indem ſie in die Regierung überging, nicht als homogen betrachtet, daß ihre Rechte und Intereſſen nicht als ähnlich angeſehn wurden. Es gibt, im Geiſte der Konſtitutionsurkunde, Mehrheit der Intereſſen; das iſt: einige ſind allgemein, andere nicht; es herrſcht Ungleichheit, unter den geſellſchaftlichen Standpunkten. Dieſe Ungleichheit entſpringt, aus großen Hervorragungen, als Ruhm, Geburt, eine Fortſetzung des Ruhms, Eigenthum, Reichthum. Was iſt nun die Pairskammer anders, als die anerkannte, konſolidirte, zur geſellſchaftlichen Gewalt erhobene Ungleichheit, und eben dadurch unverletzlich und unſterblich gemacht. — Bewundernswerthes Kunſtſtück; durch welches das beſiegte Privilegium, aus der Geſellſchaft, auf die es drückt, in den Schooß der Regierung übertragen wurde, der es zur Stütze diente! Herrlicher Vorzug, den die Ungleichheit erhielt! Nicht ihrentwegen, oder zu ihrer Vertheidigung; ſondern zum Schutze der ganzen Geſellſchaft; denn da die Her-

vorragungen nichts zu wünſchen haben, als die eigene Erhaltung, ſo wird die Gewalt, in der ſie ſich konzentriren, das Prinzip der Stätigkeit, und das Pfand der gemeinſchaftlichen Dauer. Nachdem nun die Konſtitutionsurkunde, auf dieſe Art, die Geſellſchaft zerſetzt, die Ungleichheit ſich an der Spitze der Regierung verſchanzt, und alle Intereſſen, die nicht die Intereſſen Aller ſind, an ſich gezogen hat, habe ich noch nöthig zu ſagen, daß, was übrig bleibt, die reine Gleichheit, d. i. die allen gemeinſchaftlichen Intereſſen ſeyn, und daß folglich die Wahlkammer weiter nichts repräſentire, weiter nichts repräſentiren dürfe, als dieſe Intereſſen. Die Deputirtenkammer iſt demnach nicht eingeſetzt, um in die Regierung das All der Intereſſen, welche die Geſellſchaft in ſich ſchließt, einzuführen, und man drückt ſich übel oder nach revolutionärer Ueberlieferung, aus, wenn man behauptet, dieſe Kammer repräſentire die Nation. Nein, die Nationalrepräſentation exiſtirt nur, in der Vereinigung der drey Gewalten; und der Ausdruck: Repräſentativregierung, kann bey uns nichts bedeuten, als eine Eſektivgewalt; die, mit den beyden erblichen Gewalten (der König und die Pairs) zur Bildung der Geſetze, zur Leitung der öffentlichen Angelegenheiten, konkurrirt. Vor der Wahl der Deputirten, ſind der König und die Pairs da; und wenn nun die Deputirtenkammer noch die Nation repräſentirt; ſo iſt dieß die Nation, dem Thron und der Ariſtokratie gegenüber geſtellt; die Nation, in dem Zuſtande, in welchem ſie die hiſtoriſche Benennung, die Gemeinen, erhielt; eine Benennung, die ſo beſtimmt und

welche ausdrückt, daß die ariſtokratiſchen Intereſſen darin nicht mehr zugegen ſind. Was nun, nach Ausſchluß dieſer Intereſſen, von der Nation übrig bleibt, iſt weſentlich homogen; und, wenn Sie darin noch Verſchiedenheit, Mehrheit. Ungleichheit ſuchen; ſo ſuchen Sie Verſchiedenheit, unter den Halbmeſſern eines Zirkels, ſo verfallen Sie in Widerſpruch, und folglich ins Abſurde! — Daraus fließen nun die Geſetze, der Zuſammenſetzung der Kammer, welcher die Repräſentation der allgemeinen Intereſſen anvertraut iſt. Die Pairskammer wird gebildet, durch Zuſammenſetzung aller Perſonen, in denen ſich Hervorragungen befinden; dieſe Zuſammenſetzung beſorgt der König. Das Eigenthümliche der allgemeinen Intereſſen aber liegt darin, daß ſie ſich, in Jedem finden. So wie die Pairskammer, der Natur der Dinge nach, nur Einigen gegeben iſt; ſo iſt die Deputirtenkammer, aus gleicher Nothwendigkeit, Allen gegeben. Die Repräſentation, der allen gemeinſchaftlichen Intereſſen ſteht Allen zu. Da, wo das Recht keinen Unterſchied, keine Hierarchie begründet, ſind Alle wählbar, Alle Wähler; die ausgenommen, deren Unfähigkeit erklärt wird. Das Grundgeſetz (die Konſtitutionsurkunde) braucht ſich alſo nicht mehr über die Fähigkeit zu erklären; ſondern bloß über die Unfähigkeit; wer nicht, auf irgend eine Weiſe, ausgeſchloſſen iſt, iſt berufen. Bey dieſer Behauptung kommt mir unſere Konſtitutionsurkunde zu Hülfe; ſie beſtimmt nicht die Wählbarkeit; ſie ſpricht bloß die Unwählbarkeit derer aus, die nicht vierzig Jahr alt ſind, und nicht tauſend Fr. Steuern zahlen; ſie überträgt nicht das

Wahlrecht; ſie erklärt bloß, daß es die nicht üben ſollen, die nicht dreyßig Jahr alt ſind, und nicht drey hundert Fr. Steuern zahlen. Dieſe, von der Konſtitution ausgeſprochene, Unfähigkeiten ſind weder perſönlich, noch unabänderlich; ſie ſind bloß ſuſpendirend und temporell. Wer immer, im Alter und in der Steuerzahlung vorrückt, tritt in die, im §. 1 der Konſtitutionsurkunde feſtgeſetzte, Gleichheit der Rechte ein; wovon die §§. 40 und 38 nur Ausnahmen ſind. Durch dieſe Ausnahmen wird eben die Gleichheit der Rechte, unter jenen, denen jene Fähigkeiten nicht benommen ſind, nicht geſtört; ſie waren ja ſchon gleich, ehe die Unfähigkeiten aufgeſtellt wurden, die Unfähigkeiten gehen nur, bis auf einen gewiſſen Grad des Alters und der Steuer; alles was jenſeits iſt, tritt wieder in die Gleichheit ein; da kennt die Konſtitution keinen Unterſchied weiter, zwiſchen Mehr- und Minderzahlenden, zwiſchen größerm und kleinerm Eigenthum; ſie will nur, daß man genug zahle. Nicht das große, oder kleine, oder mittelmäßige Eigenthum, wird durch die Kammer repräſentirt; ſondern das Eigenthum überhaupt, in ſo weit es ein gemeinſchaftliches Intereſſe iſt; und mit dem Eigenthume, die Freyheit, die Sicherheit, die Gleichheit aller Rechte, welche das gemeinſame Erbtheil der Franzoſen ſind. Das Eigenthum ſelbſt kömmt, bey Wählern und Wählbaren, nur in ſofern in Erwägung, als es eine moraliſche Bürgſchaft, für Unabhängigkeit und Aufklärung gibt. Wir wiſſen, ſo gut wie unſere Gegner, daß das Eigenthum ungleich vertheilt iſt, und daß dadurch eine Art von Ungleichheit begründet wird; aber dieſe Ungleich-

Digitized by Google

heit iſt keine ariſtokratiſche; ſie gibt kein Privilegium. Das ariſtokratiſche Eigenthum iſt in die Pairskammer verwieſen; und man würde einen politiſchen Pleonasmus machen, wenn man es auch unter die Elemente der Wahlkammer aufnehmen wollte. Die unvermeidliche Ungleichheit des Eigenthums, die in der letzteren Statt findet, iſt nicht von ariſtokratiſcher Art; ſondern ſteht unter der Herrſchaft des gemeinen Rechts; ſie iſt nicht aufgehoben; ſie kann es nicht werden; aber ſie iſt auf den moraliſchen Einfluß zurück geführt, der ſie immer begleitet."

„Ich habe nun gezeigt," ſo ging endlich der Redner, nach dieſer tiefſinnigen und hochgelehrten Abhandlung, zu dem eigentlich in Rede ſtehenden Gegenſtande über, „daß die Gleichheit der Wähler unzertrennlich von der Gleichheit der Wählbaren, den Pairs und der Deputirten ſelbſt, eine unzerſtörbare Folge der Natur der Gegenſtände iſt, welche die Wahlkammer repräſentirt; daß ſie ſchon vor der Konſtitutionsurkunde beſtand, und, durch die Bedingung, welche dieſe, für die Fähigkeit ſelbſt, feſtſetzte, nur noch feyerlicher anerkannt wurde. Gleichheit der Wähler, Gleichheit der Stimmengebung, unmittelbare Wahl, alles hängt demnach aufs innigſte zuſammen, und daraus folgt, daß nur der, durch die Majorität ernannte, Deputirte legitimer Deputirter iſt. Die Wahl, durch Minorität, iſt eine Lüge. Ohne Legitimität der Deputirten beſteht keine legitime Kammer. Da die Wähler gegeben ſind; ſo bleibt dem Geſetze nichts übrig, als die Wahlkollegien zu organiſiren. In dieſer Hinſicht kann das Wahlgeſetz, vom 5. Febr., eine Abänderung erlei-

den. Wenn man aber verwegen genug iſt, unter dem Vorgeben, die Wahlkollegien zu organiſiren, die Wahlen, von der Majorität auf die Minorität überzutragen; ſo iſt dieß ein Gewaltſtreich, nicht nur gegen die repräſentative Regierung, ſondern gegen die Gleichheit; es iſt die wahre Gegenrevolution. Die uns vorgelegten Geſetzesentwürfe haben offenbar dieſen Charakter; jedoch der zweyte weit mehr, als der früher vorgelegte. Dieſer überließ doch die Majorität der Kammer der Majorität der Wähler; jener hingegen gibt die ganze Kammer der Minorität preis. Es ſind keine Deputirte, die ferner in der Kammer ſitzen werden, ſondern Notabeln. Iſt aber die Kammer eine Macht, und ein Recht, das ſich gleich verfaſſungsmäßig, in jedem Ausübenden ausſpricht; ſo liegt ſchon in der bloßen Korruption der Wahl, durch die Minorität, ein tiefer Hohn gegen die Menſchheit; wie die Geſchichte vielleicht keinen ähnlichen aufweiſen könnte. Das Kaiſerreich hatte auch die Kandidatur; aber ich werde, bey der Erörterung der einzelnen Artikel zeigen, daß ſie damahls mit den Mißbräuchen nicht gepaart war, mit denen man ſie jetzt einführen will. In der Gleichheit der Wähler liegt das Weſen der repräſentativen Regierung, in dieſer das Weſen der Konſtitutionsurkunde; in dieſer das Weſen der Geſellſchaft. Um die Gleichheit aus der repräſentativen Regierung zu verjagen, mußten Sie dieſelbe zuerſt aus der Geſellſchaft verbannen; mußten Sie zuerſt in dieſe das Privilegium wieder einführen. Aber eine ſolche Revolution zu bewirken, iſt das neueſte Wahlgeſetz, wenn es auch angenommen würde, nicht im Stande. — Die Privilegien ſind zu Grabe gegangen; keine

menſchliche Anſtrengung vermag ſie mehr wieder ins Leben zu bringen; es geſchehe denn das Wunder einer Wirkung ohne Urſach. Umſonſt würde das vorgeſchlagene Geſetz eine Zeitlang in Vollziehung geſetzt werden; unſere öffentlichen Sitten würden es bald, durch ihren Widerſtand, ſchlaff machen, verzehren; wie würde es über Frankreich herrſchen. Die repräſentative Regierung wird uns nicht geraubt werden; ſie iſt ſtärker als der Wille, und die Abſichten ihrer Widerſacher. Mit einem 18ten Fruktidor deportirt man die Menſchen; aber Grundſätze, die ihren eigenthümlichen Lebensſtoff haben, laſſen ſich nicht deportiren. — Wer erinnert ſich nicht, der ohnmächtigen Unternehmungen Ludewigs XV., die Parlamente zu ſtürzen; die noch lange die Stärke einer Nationalrepräſentation nicht hatten? Sie erhoben ſich, unter allgemeinem Zuruf; und die Phantome, womit man ihre Bänke füllte, verſchwanden. So würde auch die Kammer des Privilegiums verſchwinden! Liebe iſt das wahre Band der Geſellſchaften; erforſchen Sie, was dieſe Nation anzieht, und was ſie zurück ſtößt, was ſie beruhigt und was ſie ängſtigt; mit einem Worte, ſchließen Sie ſich an ſie an; ſeyn Sie volksthümlich; ſeit acht Jahrhunderten iſt dieß das Geheimniß der engliſchen Ariſtokratie. Die ſtellvertretende Regierung, ſagt man, iſt voller Gefahr; die Faktionen ſind ſtets bereit, ſich ihrer zu bemächtigen, um den Staat zu verwirren. Allerdings kann eine Faktion, durch die Wahlen, in die repräſentative Verfaſſung eindringen; es kann die Zeit eintreten, wo eine faktiöſe Pluralität in der Kammer ſitzt. Aber die Faktionen ſind nicht minder begierig, und nicht minder geſchickt, die Könige, als

die Völker, zu täuſchen. Die Gefahr der Faktionen liegt nicht bloß in der Wahlgewalt; ſie liegt im Schooße einer jeden Gewalt, ſie iſt aller Orten. Wenn eine demokratiſche Faktion, der Deputirtenkammer, mit ihren Wogen, die Stufen des Throns erreichen kann; ſo kann eine ariſtokratiſche Faktion, ein Miniſterium, den Fürſten und das Volk unterjochen; die Eine oder Andere kann, in der Pairskammer, die Regierung mit Unthätigkeit ſchlagen. — Hier liegt die ganze Wahrheit der Dinge;" ſo ſchloß dieſer Redner. „Darf man, aus unſeliger Vorſicht, die Pairie (durch eine ariſtokratiſche Wahlkammer) herab würdigen, die königliche Gewalt entkräften, aus Furcht, daß ſie durch die Faktion verkehrt werden möchten? Dieß ſind Rathſchläge der Zaghaftigkeit, oder Unerfahrenheit; aber nicht der Faktion ſelbſt. Befolgt man ſie, ſo hat man nicht das Uebel, ſondern das Heilmittel zerſtört. Ein Miniſterium, des Königs und Frankreichs würdig, gebe dem Monarchen den edlen Rath, ſich auf ſeine Völker zu verlaſſen, und ſie, zwiſchen ihm und den erklärten Feinden ſeiner Krone, zu Zeugen zu nehmen. Frankreich, das edelmüthige Frankreich, wird dieſen Ruf hören und zu beantworten wiſſen. Nein, Frankreich will nicht, daß der König ſeinen Degen feil biete; auch nicht, daß er der Gefangene irgend einer Faktion ſey. — Es iſt Zeit, daß Frankreich regiert werde, was es, ſeit ſechs Jahren, nicht iſt. Hierauf beſchränkt ſich die ganze Berathung. Das vorgeſchlagene Geſetz ſetzt die legitime Regierung in die Reihe der revolutionären Regierungen herab; indem es dieſelbe auf die Lüge ſtützt. Ich ſtimme dagegen." —

Allgemeiner Zuruf erſcholl. „Kaum iſt die Rede beendigt,“ ſagt eine Nachricht, man erräth leicht, von welcher Seite her, „ſo erheben ſich die Deputirten von ihren Sitzen, und ſprechen, in großer Bewegung, mit einander; die Sitzung wird unwillkürlich ſuspendirt; es iſt der Triumph der Beredtſamkeit! —

Wir haben es für angemeſſen erachtet, dieſe Rede vollſtändig mitzutheilen; da ſie ſo eigenthümlich merkwürdig, auch eines Auszuges nicht fähig iſt. Eine Analyſe derſelben würde überflüſſig ſeyn; auch iſt hier der Ort nicht dazu.

(Die Fortſetzung folgt.)

IV.

Verträge,

welche auf die Rekonſtruirung der preußiſchen Monarchie und die Beſtimmung ihrer Verhältniſſe, zu den benachbarten Staaten, Beziehung haben.

(Fortſetzung des im Septemberſtück abgebrochenen Artikels.)

Verträge, zwiſchen Preußen und dem Königreiche der Niederlande.

Traité de limites entre Leurs Majeſtés le Roi de Pruſſe et le Roi des Pais-bas, ſigné à Aix-la-Chapelle le 26. Juin 1816.

Sa Majeſté le Roi de Pruſſe et Sa Majeſté le

Ueberſetzung des zwiſchen Ihren Majeſtäten dem Könige von Preußen und dem Könige der Niederlande, zu Aachen den 26. Juny 1816, geſchloſſenen Grenzvertrags.

Da Seine Majeſtät der König von Preußen und

Roi des Pays-bas, voulant procéder à la fixation définitive des frontières de Leurs Etats reſpectifs, ſur la rive droite de la Meuſe et le long du Grand-Duché de Luxembourg, et déſirant applanir les difficultés, qui ſe ſont élevées au ſujet de l'occupation proviſoire de quelques Communes ou parties de Communes ſituées ſur les limites, et dont la ſouveraineté a pu paroître douteuſe, ont conformément à l'article 2 du Traité du 31. Mai 1815, nommé Commiſſaires et muni de leurs pleins-pouvoirs; ſavoir: Sa Majeſté le Roi de Pruſſe, le Sieur Frédéric, Comte de Solms-Laubach, premier Préſident des Duchés de Juliers, Clèves et Berg, Grand-Croix de l'aigle rouge et de l'ordre de Sainte Anne de Ruſſie, lequel uſant de la

Seine Majeſtät der König der Niederlande, zur definitiven Feſtſetzung der Grenzen Ihrer reſpektiven Staaten am rechten Ufer der Maas und längs dem Großherzogthume Luxemburg zu ſchreiten willens ſind, und zugleich wünſchen, die Schwierigkeiten zu beſeitigen, die in Betreff der proviſoriſchen Beſetzung einiger an den Grenzen liegender Gemeinden oder Gemeindetheile, deren Oberherrlichkeit zweifelhaft ſchien, entſtanden ſind; ſo haben Sie dem zweyten Artikel des Traktats vom 31. May 1815 gemäß, zu Ihren Kommiſſarien ernannt, und mit Ihren Vollmachten verſehen, nämlich: Seine Majeſtät der König von Preußen, den Herrn Friedrich Grafen von Solms-Laubach, Oberpräſidenten der Herzogthümer Jülich, Cleve und Berg, Großkreuz des rothen Adler- und des ruſſiſchen St.

faculté à lui accordée par ſon pleinpouvoir, a délégué au même effet et avec les mêmes pouvoirs que lui les Sieurs Fréderic Guillaume de Bernuth, Chef-Préſident de régence, et Jean Albert Eytelwein, Conſeiller intime de S. M. le Roi de Pruſſe et Directeur Général des travaux publics du Royaume; Et Sa Majesté le Roi des Pays-bas, les Sieurs Maximilien Jacques de Man, Colonel au corps de génie, Directeur des archives de la guere et du Bureau topographique, Chevalier de l'ordre militaire de Guillaume troiſième claſſe, le Chevalier Henri Joſeph Michiels de Keſſenich, Membre des Etats de la province de Limbourg et Sous-Intendant de l'Arrondiſſement de Rüremonde, Jean Léonard Ni-

Annenordens, welcher beimöge der ihm durch ſeine Vollmacht verliehenen Befugniß, zu demſelben Behuf und mit ebenmäßigen Vollmachten, den königl. preuß. Regierungschefpräſidenten Herrn Friedrich Wilhelm von Bernuth, und den geheimen Rath und Generaldirektor der öffentlichen Arbeiten des Königreichs, Herrn Johann Albert Eytelwein abgeordnet hat, Und Seine Majeſtät der König der Niederlande, die Herrn Maximilian Jakob de Man, Obriſten im Ingenieurkorps, Direktor des Kriegsarchivs und des topographiſchen Büreaux, Ritter des Wilhelmsmilitärordens dritter Klaſſe; den Ritter Heinrich Joſeph Michiels von Keſſenich, Mitglied der Stände der Provinz Limburg, und Unterintendanten des rüremondeſchen Bezirks, Johann Leonard Nicö-

colai, Sous-Intendant de l'Arrondiſſement de Verviers, et Michel Tock, Directeur des Contributions directes du Grand Duché de Luxembourg; Lesquels Commiſſaires, après avoir échangé leurs pleins-pouvoirs qui ont été trouvés en règle, ſont convenus des points et articles ſuivans.

lai, Unterintendanten des vervieriſchen Bezirks, und Michel Tock, Direktor der direkten Abgaben des Großherzogthums Luxemburg, Welche, nach Auswechſelung ihrer in guter Form befundenen Vollmachten, über nachſtehende Punkte und Artikel übereingekommen ſind.

Article premier. Les Limites fixées par le préſent Traité déterminent les frontières entre les deux Etats depuis les Confins de la France ſur la Moſelle jusqu'à l'ancien Territoire hollandois près du Moock.

Art. I. Die durch gegenwärtigen Traktat feſtgeſetzte Scheidelinie beſtimmt den Grenzzug zwiſchen beyden Staaten, von den an der Moſel belegenen Marken Frankreichs an bis zum ehemahligen holländiſchen Gebiet bey Mook.

Article ſecond. La ligne de démarcation commencera ſur la Moſelle, au point où ſur la rive droite cette rivière quitte les limites de la France; deſcendra la Moſelle juſqu'à l'em-

Art. II. Die Demarkationslinie fängt bey der Moſel, bey dem Punkte an, wo auf dem rechten Ufer dieſer Fluß die Grenzen Frankreichs verläßt. Sie läuft bis zur Mündung der Sure die Moſel

bouchure de la Sure; remontera la Sure jusqu'à l'embouchure de l'Oure; ſuivra également en remontant le cours de l'Oure jusqu'au point où ce ruiſſeau atteint les Limites du ci-devant Canton de St. Vith, ſauf toutefois les modifications établies par les articles ſuivans.

Article troiſiéme. L'article 17. du Protocole du Congrès de Vienne (Art. 25. de l'Acte final du Congrès du 9. Juin 1815.) ayant établi, que les endroits traverſés par la Moſelle, la Sure et l'Oure ne ſeroient point partagés, mais appartiendroient avec leurs Banlieues à la Puiſſance ſur le Territoire de laquelle la majeure partie ſeroit ſituée, il a été convenu, que pour déterminer quelle ſeroit la majeure partie d'un endroit, on pren-

hinunter, ſteigt bis zur Mündung der Oure die Sure hinauf, und folgt bey dieſem Wiederaufſteigen gleichfalls dem Laufe der Oure, bis auf den Punkt, wo dieſer Bach die Grenzen des ehemahligen Kantons St. Vith erreicht, jedoch mit Vorbehalt der in folgenden Artikeln feſtgeſetzten Modifikationen.

Art. III Da der 17te Artikel des Wiener Kongreßprotokolls (Art. 26. der Hauptkongreßakte vom 9. Juny 1815) feſtgeſetzt hat, daß die Ortſchaften, welche die Moſel, die Sure und die Oure durchſchneiden, nicht getheilt werden, ſondern mit ihren Weichbilden der Macht angehören ſollen, auf deren Gebiet der größere Theil belegen iſt, ſo iſt die Uebereinkunft getroffen worden, daß die Bevölkerung den größeren Theil einer Ortſchaft be-

droit pour baſe la population, et qu'à population égale la Contribution foncière en decideroit.

Article quatrième. Comme le principe de l'intégralité des Communes ne ſemble avoir été appliqué par le Congrès de Vienne, qu'aux cas où les endroits mêmes ſeroient traverſés par une rivière, et non point au cas que les Banlieues ſeules le fuſſent, il a été encore convenu, que dans ce dernier cas la rivière ſerviroit de limite, et que les parties de Banlieues ſéparées des endroits mêmes par la rivière, en reſteroient détachées et feroient partie des Etats ſitués ſur la même rive.

Article cinquième. En conſéquence de ces deux principes, Oberbillig ſitué ſur la rive droite de la Moſelle,

ſtimmen, und bey gleicher Bevölkerung die Grundſteuer entſcheiden ſolle.

Art. IV. Da der Wiener Kongreß den Grundſatz der Integrität der Gemeinden, nur auf die Fälle wo die Ortſchaften ſelbſt, und nicht auf diejenigen, wo die Weichbilde allein von einem Fluß durchſtrömt werden, angewendet zu haben ſcheint, ſo iſt noch feſtgeſetzt worden, daß in dieſem letzten Falle der Fluß zur Grenze dienen und daß die von den Ortſchaften ſelbſt durch den Fluß getrennten Weichbildetheile davon abgeſondert bleiben und dem, auf demſelben Ufer belegenen Staate einverleibt werden ſollen.

Art. V. In Gefolge dieſer beyden Grundſätze, ſoll die auf dem rechten Ufer der Moſel belegene Ortſchaft Oberbillig, als

appartiendra au Royaume des Paye - bas, comme étant une dépendance de Waſſerbillig, avec lequel il ne forme qu'une ſeule Commune et une même endroit; en ſorte que la ligne de démarcation, arivée à la Banlieue de Waſſerbillig ſur la rive droite, quittera la Moſel et fera le tour de cette Banlieue. La Commune de Viande, ſituée à cheval ſur l'Oure, appartiendra également au Royaume des Pays-bas, avec toute ſa Banlieue, dont la ferme dite Scheuerhoff eſt reconnue faire partie; de ſorte que la ligne de démarcation quittera ici l'Oure, comme elle a quitté la Moſelle à Waſſerbillig, et tournera autour de la partie de Banlieue de Vianden, ſituée ſur la rive gauche, et viendra enſuite reprendre le cours de la rivière. Toutes

Zubehör von Waſſerbillig, mit dem ſie nur eine einzige Gemeinde und eine und dieſelbe Ortſchaft ausmacht, dem Königreich der Niederlande angehören; und zwar dergeſtalt und alſo, daß die bis zum Waſſerbilligſchen Weichbilde auf dem rechten Ufer hingezogene Demarkationslinie alsdann die Moſel verläßt, und jenes Weichbild umgeht. Die Viandenſche Gemeinde, welche beyde Ufer der Oure beſchreitet, gehört ebenfalls mit ihrem ganzen Weichbilde (deſſen Vorwerk Scheuerhof genannt, als ein Theil derſelben anerkannt wird) dem Königreich der Niederlande, ſo daß die Demarkationslinie hier die Oure verläßt, wie ſie zu Waſſerbillig die Moſel verlaſſen hat, alsdann den auf dem linken Ufer belegenen Theil des Viandenſchen Weichbildes umgeht und hiernächſt den Lauf des Fluſſes wieder befolgt. Alle übrigen Ge-

les autres Communes, dont les Banlieues ſeules ſont traverſées tant par la Moſelle que par la Sure et l'Oure et notamment celles de Laugſur, Moesdorff, Born, Balingen, Echternach, Bollendorf, Dilgen, Wallendorf, Ameldingen, Bivels, Falkenſtein, Gemünd, Doesbourg et même Waſſerbillig pour la petite partie de Banlieue ſituée ſur la rive gauche de la Sure, ſeront placées dans la deuxième categorie, et leurs parties coupées par la rivière reſteront ſeparées, de manière que la rivière même ſervira dans tous les cas de frontière aux deux Etats.

Article ſixième. Du point où l'Oure entre dans le Canton de St. Vith, la ligne de démarcation ſuivra les limites de ce Canton vers l'occident jusqu'à

meinden, deren Weichbilde, allein ſowohl von der Moſel als von der Sure und der Oure durchſtrömt werden, und namentlich die Gemeinden zu Laugſur, Meesdorf, Born, Ralingen, Echternach, Bollendorf, Dilgen, Wallendorf, Ameldingen, Bivels, Falkenſtein, Gemünd, Doesburg, und ſelbſt der auf dem linken Ufer der Sure belegene kleine Weichbildtheil von Waſſerbillig kommen in die zweyte Klaſſe zu ſtehen, und ihre vom Fluſſe durchſchnittenen Theile bleiben von einander dergeſtalt abgeſondert, daß der Fluß ſelbſt in allen Fällen den beyden Staaten zur Grenze dient.

Art. VI. Vom Punkte angerechnet, wo die Oure in den Kanton St. Vith fließt, folgt die Demarkationslinie den Grenzen dieses Kantons gegen Weſten bis an die von

la grande route qui conduit de Luxembourg par Weiſs Wampach, à Stuvelot et Spa, ſuivra cette même route vers le nord jusqu'au point où elle quitte définitivement le Canton de St. Vith pour entrer dans celui de Stavelot. Cette route de Luxembourg en tant qu'elle traverſe le Canton de St. Vith, ou y touche, appartiendra toute entière au Royaume des Pays bas, ainſi que les maiſons ou chaumières actuellement exiſtantes et ſituées ſur les bords du côté de la Pruſſe, avec un rayon de vingt mètres tout autour de ces maiſons. Cette route préſentant ſur quelques points, différens chemins, que le rouliers pratiquent en dif férentes ſaiſons, il a été convenu qu'en cas de doute ſur la véritable grande route, on prendroit, lors de la

Luxemburg durch Weiß-wampach nach Stavelot und Spa führende Heerſtraße. Sie folgt hiernächſt derſelben Straße, gegen Norden bis an den Punkt, wo ſie endlich den Kanton St. Vith verläßt und in den Kanton Stavelot eintritt. Dieſe luxemburgſche Straße, inſofern ſie durch den Kanton St. Vith geht oder denſelben berührt, imgleichen die gegenwärtig vorhandenen und an den Ufern auf preußiſcher Seite belegenen Häuſer und Strohhütten, gehören mit einem Umkreis von *zwanzig* Metern rund um dieſe Häuſer gänzlich zum Königreich der Nielande. Da dieſe Straße auf einigen Punkten verſchiedene Wege darbietet, die von den Fuhrleuten und Kärnern zu verſchiedenen Jahreszeiten befahren werden, ſo iſt verabredet worden, daß Falls über die wirkliche Heerſtraße Zweifel entſtänden,

plantation des poteaux, le chemin le plus voiſin de la Pruſſe, ſans cependant que ſous ce prétexte on puiſſe réclamer une route quelconque à travers les terres cultivées, quand même elle auroit ſervi de paſſage dans de temps que la route ordinaire étoit impraticable.

Article ſeptième. En conſéquence de l'article précédent, les Communes de Deiffelt, Ourth et Watermahl, faiſant partie du Canton de St. Vith, ſont cédées à Sa Majeſté le Roi de Pays-bas, y compris les parties de ces Communes qui s'étendent au de-là de la route du coté de la Pruſſe, en ſorte que dans ces endroits la ligne de démarcation quittera la grande route aux limites de ces Com-

bey Errichtung der Grenzpfähle, der dem preußiſchen Gebiet zunächſt liegende Weg, angenommen werden ſoll, ohne jedoch daß unter dieſem Vorwande irgend eine Straße in Anſpruch genommen werden könne, die ein angebautes Feld durchſchneidet, wenn ſie auch wirklich in Zeiten wo die gewöhnliche Straße unbrauchbar war zur Durchfahrt gedient haben ſollte.

Art. VII. Zu Folge des vorhergehenden Artikels werden die zum Kanton St. Vith gehörigen Gemeinden Deiffelt, Ourth und Watermahl, mit Inbegriff der auf der preuß. Seite über die Straße hinaus ſich erſtrekkenden Theile jener Gemeinden, Seiner Majeſtät dem Könige der Niederlande abgetreten, ſo daß in dieſen Ortſchaften die Demarkationslinie die Heerſtraße an den Grenzen beſagter Gemeinden

munes à droite, pour la reprendre enſuite après en avoir fait le tour; il en ſera de même pour les Banlieues des Communes appartenantes au Rauyaume des Pays-bas, qui dépaſſent la route. Les petites parties des Communes d'Altringen, Laugler et autres, qui ſe trouvent ſituées ſur la gauche de la grande route, en allant de Luxembourg ſur Stavelot, ſont également cédées à Sa Majeſté le Roi des Pays-bas.

Article huitième. Du point où la route de Luxembonrg quitte définitivement le Canton de St. Vith, la ligne de démarcation ſuivra les limites entre les Cantons de Malmedy d'un côté et ceux de Stavelot, Spa et Limbourg de l'autre, jusqu'au point où les limites du Canton de Malmedy atteignent les frontières de l'ancien

rechts verlaſſen wird, um nachdem ſie dieſe Grenzen umgangen, in die Straße wieder einzutreten. Gleiche Bewandtniß hat es mit den über die Straße hinaus gehenden Weichbilden der dem Königreiche der Niederlande zugehörigen Gemeinden. Die auf dem Wege von Luxemburg nach Stavelot links der Heerſtraße belegenen Parzellen der Gemeinden Altringen, Langler und andere, bleiben ebenfalls dem König der Niederlande abgetreten.

Art. VIII. Vom Punkte angerechnet, wo die luxemburgiſche Straße den Kanton St. Vith zuletzt verläßt, folgt die Demarkationslinie den Grenzen zwiſchen den Kantonen Malmedy, einer, und den Kantonen Stavelot, Spa und Limburg anderer Seits, bis auf den Punkt, wo die Grenzen des Kantons Malmedy die Marken des ehemali-

Digitized by Google

Département de la Roer. Les limites entre le Canton de Malmedy d'un côté et les Communes de Sart, Jalhay, Membach et la forêt dite Hertogenwald de l'autre, n'ayant point été déterminées d'une manière poſitive avant la formation du dernier cataſtre parcellaire, il a été convenu que les poteaux ſeroient placés ſur les points, qui, lors de cette opération, ont été reconnus limitrophes, et dont les principaux ſont connus dans ces Communes ſous les noms de Chêne, Vinbiette, Croix-le-Prieur et Fontaine Perigny; de cette fontaine, qui eſt la principale ſource du ruiſſeau appelé la Helle, la ligne ſuivra le cours de ce ruiſſeau, qui eſt recconnu former de ce côté les limites du Canton de Malmedy, jusqu'à ce que ces limites atteig-

ligen Roerdepartements erreichen. Da die Grenzen zwiſchen dem Kanton Malmedy einer, und den Gemeinden Sart, Jalhay, Membach und dem ſogenannten Hertogenwald anderer Seits, vor Anlegung des letzten Parzellenkataſters auf eine beſtimmte Art und Weiſe noch nicht feſtgeſetzt worden: ſo iſt die Uebereinkunft getroffen, daß die Grenzpfähle auf den Punkten errichtet worden ſollen, die zur Zeit der Grenzregulirung als angrenzend anerkannt worden, und deren Hauptörter unter den Benennungen Chêne, Vinbiette, Croix le Prieur und Fontaine-Perigny, in jenen Gemeinden bekannt ſind Von dieſem letztgenannten Brunnen (Fontaine), welcher des Bachs Helle Hauptquelle iſt, angerechnet, folgt die Linie dem Laufe dieſes Bachs, der von dieſer Seite als Grenze des Kantons Malmedy

nent, comme il vient d'être dit, les frontières du ci-devant Département de la Roër.

Article neuvième. Si le Gouvernement pruſſien ou la Ville de Malmedy veut conſtruire la nouvelle route projetée, pour éviter la montagne en avant de cette dernière Ville, route qui partiroit de la chauſſée de Stavelot, au deſſous de Malmedy, et tourneroit la montagne en ſerpentant ſur les limites qui ſéparent ces deux Communes; dans ce cas les limites de la Commune de Stavelot ſeront réduites à cette route qour autant qu'elle entera dans ſon territoire: La route même appartiendra en toute propriété à la Pruſſe, qui l'aura conſtruite, ainſi que les petites parties de bruyères, que cette nouvelle limite enleve-

angenommen wird, bis daß dieſe Grenzen, wie geſagt, die Marken des ehemahligen Roërdepartements erreichen.

Art. IX. Sollte die preußiſche Regierung oder die Stadt Malmedy, zur Umgehung des vor dieſer letzten Stadt gelegenen Berges, die neue, ſchon projektirte Heerſtraße anlegen wollen, und dieſe von der ſtavelotſchen Chauſſee ab, unterhalb Malmedy, zwiſchen dieſen beyden Gemeinden auf der Grenze dergeſtalt durchſchlängeln, daß ſie den Berg umzingele; ſo ſollen in dieſem Falle die Grenzen der ſtavelotſchen Gemeinde auf jene Straße, in ſofern ſie in ihr Gebiet hineinreicht, beſchränkt werden. Die Straße ſelbſt, ſo wie die mit niedrigen Geſträuchen bewachſenen kleinen Strecken Landes, welche dieſe neue Grenze den Niederlanden entziehen

roit aux Pays-bas, contenant une étendue d'environ 5 à 6 hectares. Les habitans de Stavelot ou autres ſujets des Pays-bas, pour éviter la même montagne, qui ſe prolonge entre Stavelot et Spa, pourront auſſi prendre cette nouvelle route ſans être aſſujetis à d'autres droits quelconques, ſinon les droits de barrières deſtinés à ſon entretien. Les cultivateurs voiſins de cette route ſeront même exempts de tout droit de barrières pour autant qu'ils ne s'en ſerviront que qour la culture de leurs terres ou l'uſage de leurs propriétés ſituées dans ſes environs.

würde, und ungefähr eine Fläche von 5 bis 6 Hektaren betragen würden, ſollen Preußen, als welches jene Straße angelegt haben wird, mit vollem Eigenthumsrechte angehören. Die ſtaveloiſchen Einwohner, oder andere niederländiſche Unterthanen, werden um denſelben zwiſchen Stavelot und Spa ſich ausdehnenden Berg zu vermeiden, jene neue Straße wählen können, ohne irgend andere Abgaben als die zur Unterhaltung derſelben üblichen Heckgelder zu entrichten. Die angrenzenden Landleute ſollen ſogar auch von allem Heckgelde, in ſofern befreyt bleiben, als ſie nur zum Anbau ihrer Felder, oder zum Gebrauch ihres in der Nähe liegenden Eigenthums ſich dieſer Straße bedienen.

Article dixième. Du point où les limites du Canton de Malmedy

Art. X. Vom Punkte angerechnet, wo die Grenzen des Kantons Malme-

touchent les frontières de l'ancien Département de la Roër; la ligne continuera de ſuivre le cours de la Helle jusqu'à ſa jonction avec un autre petit ruiſſeau appelé la Sporbach; au point de cette jonction elle quittera les frontières du Département de la Roër pour entrer dans le Conton d'Eupen, en ſuivant toujours le cours de la Helle à travers toute la forêt jusqu'à un troiſième ruiſſeau appelé la Bitzel; ſuivant ce dernier jusqu'à la liſière de la grande forêt; longeant cette liſière jusqu'à la rivière appelée Verdre et enfin descendant le cours de cette rivière jusqu'a point où arrive ſur la rive droite l'ancienne limite bien connue de la Commune de Membach dans le Canton de Limbourg; en ſorte que non-ſeulement la partie de forêt ſituée entre le chemin

by die Marken des ehemahligen Roërdepartements berühren, verfolgt die Linie den Lauf der Helle, bis zu ihrer Vereinigung mit einem andern kleinen Bach Namens Sporbach. Auf dieſem Vereinigungspunkt verläßt ſie die Grenzen des Roërdepartements und tritt in den Kanton Eupen, folgt jedoch ſtets dem Laufe der Helle, den ganzen Wald quer durch bis zu einem dritten, die Bitzel benannten Bach; ſie folgt dieſem letztern bis zum äußerſten Rand des großen Waldes, geht der Länge dieſes äußerſten Randes nach bis zum Verderfluß, geht endlich den Lauf dieſes Fluſſes hinunter, bis an den Punkt, wo auf dem rechten Ufer die ehemahlige wohlbekannte Grenze der Gemeinde Membach im Kanton Limburg, hinanreicht, dergeſtalt daß nicht nur der zwiſchen der Malmedyer und Saure'r Straße

de Malmedy et la Saure ſera remiſe à Sa Majeſté le Roi des Pays-bas, comme faiſant partie de la Commune de Membach, ſituée dans le Canton de Limbourg, mais ſera encore cédée au même Royaume toute la partie compriſe entre la Saure, la Helle et les limites du Département de la Roer.

Article onzième. Le ruiſſeau da la Helle ne ſera point commun aux deux Etats comme les autres ruiſſeaux et rivières formant frontière. Mais il appartiendra excluſivement à Sa Majeſté le Roi de Pruſſe dans tout ſon cours, en ſorte que ce ſera la rive gauche de ce ruiſſeau, qui formera la limite, de manière cependant que cette rive appartiendra toute entière au Royaume des Pays-bas.

belegene Theil des Walſdes, als Beſtandtheil der im Kanton Limburg belegenen membachſchen Gemeinde, Seiner Majeſtät dem Könige der Niederlande abgetreten wird: ſondern es wird auch noch der ganze, zwiſchen der Saure, der Helle und den Grenzen des Roërdepartements enthaltene Theil demſelben Königreiche abgetreten.

Art. XI. Der Hellebach ſoll nicht wie die übrigen grenzbildenden Bäche und Flüſſe beyden Staaten gemeinſchaftlich zugehören, ſondern er ſoll in ſeinem ganzen Laufe ausſchließliches Eigenthum Seiner Majeſtät des Königs von Preußen ſeyn, dergeſtalt, daß das linke Ufer dieſes Baches die Grenze bilde, jedoch ſo, daß dieſes Ufer dem Königreich der Niederlande ganz angehöre.

Article douzième. Il ſera libre aux ſujets pruſſiens d'acheter du bois et des écorces, dans la partie de Hertogenwald ſituée entre la Saure et la Helle, et de les exporter en exemption de tout droit de Douanes. Les ſujets de Sa Majeſté le Roi des Pays-bas jouiront des mêmes avantages pour l'exploitation de la partie de forêt appartenante aux Pays bas, et pourront en exporter le bois et les écorces à travers le territoire pruſſien, ſans être tenus de payer d'autres droits que celui de barrières; le tout ſauf les meſures que chaque Gouvernement trouvera bon de prendre pour prévenir la fraude.

Art. XII. Es ſoll den preußiſchen Unterthanen frey ſtehen, in dem zwiſchen der Saure und der Helle belegenen Theile des Hertogenwaldes, Holz und Rinde zu kaufen, und ganz zollfrey ausführen. Die Unterthanen Seiner Majeſtät des Königs der Niederlande, ſollen in Nutzung des den Niederlanden zugehörigen Theils des Waldes, dieſelbigen Vortheile genießen, und es ſoll ihnen freyſtehen, Holz und Baumrinde durch das preußiſche Gebiet auszuführen, ohne andere Abgaben als das Heckgeld zu entrichten. Alles mit Vorbehalt der Maßregeln, die jede Regierung zu Verhütung von Unterſchleifen, zu treffen für gut halten wird.

Article treizième. La route d'Eupen à Malmedy reſtera conſtament libre et ouverte aux ſujets pruſſiens, et les

Art. XIII. Die Straße von Eupen nach Malmedy ſoll den preußiſchen Unterthanen beſtändig frey und offen bleiben, und

Digitized by Google

transports de toute eſpèce qui pourront avoir lieu par cette route ne pourront être aſſujettis à aucun droit de douanes, ce qui n'exclura cependant pas la perception d'un droit de barrières qu'on pourroit trouver bon d'y établir, mais uniquement pour la conſtruction et l'entretien de la route. Les autres chemins parcourant dans tous les ſens cette grande forêt, ſeront d'un uſage commun pour autant qu'ils ſeront reconnus néceſſaires à l'exploitation des parties de bois ſituées dans leur voiſinage. Les Agens forestiers ſupérieurs des deux Gouvernements conviendront de ces chemins et formeront de concert, ſi la choſe eſt néceſſaire, un règlement à ce ſujet.

Article quatorzième. Les Fabricans d'Eupen

Transporte jeder Art, die durch dieſe Straße gehen, können keiner Zollabgabe unterworfen werden: dieſe Zollfreyheit ſoll indeſſen die Erhebung eines Heckgeldes (droit de barrières) nicht ausſchließen, das etwa bloß zum Bau und zur Unterhaltung der Straße eingeführt werden könnte. Die übrigen, jenen großen Wald in allen Richtungen durchkreuzenden Straßen, ſollen, in ſoweit ſie für die Nutzung der in ihrer Nähe belegenen Theile von Gehölze als nothwendig anerkannt werden, zum gemeinſchaftlichen Gebrauch dienen. Die Oberforſtbedienten beyder Regierungen ſollen dieſe Straßen beſtimmen, und, wenn es nöthig iſt, nach einer zu treffenden Uebereinkunft eine deßfalſige Verordnung entwerfen.

Art. XIV. Da die eupenſchen Fabrikanten von

ayant obtenu de l'ancienne Adminiſtration la permiſſion d'ouvrir et de curer certains foſſés et rigoles, ſitués dans cette forêt entre la Helle et la Saure, pour augmenter par ce moyen le volume d'eau de la Helle, et par conſéquent de la Verdre, rivière ſur laquelle ſont ſituées toutes leurs uſines, il a été convenu que cette Commune ou ſes Fabricans ſeroient maintenus dans cet uſage, et qu'ils pourroient continuer à nettoyer et curer les rigoles et foſſés actuellement exiſtans, ſans cependant que cet uſage puiſſe être aſſimilé aux droits particuliers, dont la conſervation eſt ſtipulée par l'Article 30. ci-deſſous, mais reſtera reſtreint aux bornes d'une ſimple pérmiſſion, qui pourra être révoquée par le Gonvernement des Pays-bas, lorsque

der ehemahligen Verwaltung die Erlaubniß erhalten haben, gewiſſe in gedachtem Walde zwiſchen der Helle und der Saure belegene Gräben und Rinnen, zu öffnen und zu ſäubern, um dadurch den Waſſervorrath der Helle und folglich auch der Verdre, auf welchem Fluſſe alle ihre Hämmer angelegt ſind, zu vermehren, ſo iſt feſtgeſetzt worden, daß beſagter Gemeinde oder ihren Fabrikanten jener Gebrauch gelaſſen werden ſoll; und daß ſie fortfahren können, die gegenwärtig beſtehenden Rinnen und Gräben zu reinigen und zu ſäubern; jedoch ohne daß dieſer Gebrauch den Privatrechten, deren Beybehaltung durch den untenſtehenden dreyßigſten Artikel ſtipulirt wird, gleich geachtet werden könne. Es darf vielmehr dieſer Gebrauch die Schranken einer bloßen Erlaubniß nicht überſchreiten, und es

l'exiſtence de ces foſſés ou rigoles ou leur curage lui paroîtra nuiſible à l'exploitation de la forêt, ou contrariera ſes plans d'amélioration. Ces ouvrages ne pourront même être commencés ſans en avoir prévenu les Agens foreſtiers ſous la direction et ſurveillance desquels ils ſeront continués.

bleibt ſelbſt der niederländiſchen Regierung vorbehalten, ſelbige zurück zu nehmen, wann das Daſeyn jener Gräben und Rinnen, oder deren Ausräumung der Waldnutzung ſchädlich ſcheinen oder ihren Verbeſſerungsplänen hinderlich ſeyn ſollte. Dieſe Arbeiten müſſen ſogar, ehe ſie angefangen werden, den Forſtbedienten vorläufig angekündigt, und hiernächſt unter ihrer Anleitung und Oberaufſicht beſtritten werden.

Article quinzième. En quittant la Verdre à l'endroit indiqué ci-deſſus à l'Article 9. la ligne de démarcation ſuivra les limites orientales de la Commune de Membach jusqu'à la chauſſée d'Eupen, puis cette même chauſſée jusqu'à la maiſon blanche, dans la Commune de Henri Chapelle, et de la maiſon blanche jusqu'au point d'interſec-

Art. XV. Nachdem die Demarkationslinie an dem oben im 9. Artikel angezeigten Ort die Verdre verlaſſen, folgt ſie den öſtlichen Grenzen der Gemeinde Membach bis zur eupenſchen Chauſſée, hiernächſt dieſer Chauſſée ſelbſt bis zum weißen Hauſe (maiſon blanche) in der Henri-Chapelleſchen Gemeinde und vom weißen Hauſe an bis zum Punkte der zugleich dieſe

tion de cette chauſſée et d'une ligne à tirer du point de contact des trois cantons d'Eupen, Limbourg et Aubel au point de contact des trois départemens de l'Ourte la Roër et la Meuſe inférieure; de manière que les parties des Banlieues des Communes de Baelen, Wetkinraed, Henri-Chapelle, Monzen et Moresnet, ſituées entre cette chauſſée, pour autant qu'elle fait frontière, et entre les limites du Canton d'Eupen, ſont cédées à Sa Majeſté le Roi de Pruſſe.

Chauſſée und eine Linie durchſchneidet, die vom Berührungspunkte der drey Kantone Eupen, Limburg und Aubel, bis zum Berührungspunkte der Departements der Ourte, Roër und Niedermaas gezogen wird; dergeſtalt, daß die zu den Gemeinden Bälen, Wetkinräd, Henri-Chapelle, Monzen und Moresnet gehörigen Weichbilde-Parzellen, welche zwiſchen der Chauſſée, (in ſoweit ſie zur Grenze dient) und zwiſchen den Grenzen des Kantons Eupen gelegen ſind, Seiner Majeſtät dem Könige von Preußen abgetreten werden.

Article ſeizième. La chauſſée elle même en tant qu'elle eſt déclarée frontière par l'article précédent, ou le ſera par diſpoſition ultérieure, ſera commune aux deux Etats. Son entretien et ſa réparation ſe feront à frais com-

Art. XVI. Die Chauſſée ſelbſt, in ſoweit ſie durch den vorigen Artikel als Grenze erklärt worden iſt, oder durch nachgehende Verfügungen als Grenze erklärt werden wird, ſoll beyden Staaten gemeinſchaftlich zuſtehen. Ihre Unterhaltung

muns et la perception du droit de barrières, qui pourra être conti nuée, ne devra cependant l'être que pour autant que l'exigeront l'entretien de la route et le payement de la dette créée pour ſa conſtruction. Cette route étant commune aux deux Etats elle ſera affranchie de part et d'autre de la perception de tout droit de Douanes, ou autre, à l'exception du droit de barrières; il ſera même interdit aux Douaniers des deux Gouvernements d'y faire aucune viſite, perquiſition, ou enfin aucun autre exercice quelconque.

und ihre Ausbeſſerung ſollen auf gemeinſchaftliche Koſten beſtritten werden, die Erhebung des Heckgeldes aber, (droit de barrières) nur in ſo fern fortdauernd Statt finden, als die Unterhaltung der Straße und die Berichtigung der zu ihrer Anlegung fundirten Schuld, es erheiſchen werden. Da dieſe Straße beyden Staaten gemein iſt, ſo ſoll ſie beyderſeits von Erhebung aller Zoll- oder anderer Abgaben, das Heckgeld ausgenommen, befreyt ſeyn. Es ſoll ſogar den Zollbedienten beyder Regierungen unterſagt werden, irgend eine Durchſuchung, Beſichtigung, oder ſonſtige Amtsverrichtung dort auszuüben.

Article dixſeptiéme. Du point d'interſection dont on vient de parler à l'Article 14. jusqu'au point de contact des trois Départemens, la

Art. XVII. Von dem ſo eben im 14. Artikel angedeuteten Durchſchnittspunkte bis zum Berührungspunkte der drey Departements, bleibt die

ligne de démarcation reſtera indeterminée, les deux Commiſſions n'ayant pu s'entendre ſur la manière dont ſeroit coupée la petite partie du canton d'Aubel qui d'après le traité du 31. Mai et autres Actes du Congrès de Vienne, doit appartenir au Royaume de Pruſſe. Cette difficulté ſera ſoumiſe à la déciſion des Gouvernements reſpectifs, qui prendront pour la terminer telles meſures ultérieures qu'ils jugeront convenir. En attendant cette déciſion, la frontière proviſoire ſera formée par la Commune de Moreſnet, de manière que la partie de cette Commune, ſituée à gauche d'une ligne droite à tirer du point de contact des trois Cantons ſur le point de contact des trois Départements, appartiendra dans tous les cas au Ro-

Demarkationslinie annoch unbeſtimmt, da beyde Kommiſſionen über die Abtheilung der kleinen Parzelle des Kantons Aubel, die nach dem Traktat vom 31. May und den übrigen Wiener Kongreßakten dem Königreich Preußen angehören ſoll, ſich nicht haben verſtändigen können. Dieſe Schwierigkeit wird der Entſcheidung der reſp. Regierungen anheim geſtellt, und es bleiben Ihnen die fernerweiten Maßregeln überlaſſen, die zur Beylegung derſelben am zweckmäßigſten ſcheinen möchten. In Erwartung dieſer Entſcheidung ſoll die proviſoriſche Grenze durch die moresnetſche Gemeinde dergeſtalt gebildet werden, daß derjenige Theil dieſer Gemeinde, der auf der linken Seite einer vom Berührungspunkte der drey Kantons bis zum Berührungspunkte der drey Departements zu ziehen-

Digitized by Google

yaume des Pays-bas; que celle ſituée à droite d'une ligne à tirer des limites du Canton d'Eupen directement du Sud au Nord, ſur le même point de contact des trois Départements, appartiendra également dans tous les cas au Royaume de Pruſſe; et qu'enfin la partie de cette même Commune ſituée entre ces deux lignes, comme étant la ſeule qui puiſſe être raiſonnablement conteſtée, ſera ſoumiſe à une Adminiſtration commune, et ne pourra être occupée militairement par aucune des deux puiſſances; le tout ſans préjudice de ce qui à été établis ci-deſſus relativement à la partie de Moreſnet compriſe entre la grande route et le Canton d'Eupen, partie qui par l'Article 14. ci-deſſus a déja été

den graden Linie, belegen iſt, in allen Fällen dem Königreiche der Niederlande angehören, hingegen der auf der rechten Seite einer von den Grenzen des eupenſchen Kantons grade von Süden nach Norden, bis zum ſelbigen Berührungspunkte der drey Departements zu ziehenden Linie liegende Theil, in allen Fällen dem Königreich Preußen angehören, und daß endlich der zwiſchen jenen beyden Linien belegene Theil derſelben Gemeinde, als der einzige der vernünftiger Weiſe ſtreitig gemacht werden könne, einer gemeinſchaftlichen Verwaltung unterworfen, und von keiner der beyden Mächte militäriſch beſetzt werden ſoll; alles dieß unbeſchadet deſſen, was in Anſehung des zwiſchen der Heerſtraße und dem Kanton Eupen enthaltenen, durch den vierzehnten Artikel dem Königreich Preu-

cédée au Royaume de Pruſſe.

Article dixhuitème. Du point de contact des trois Départements la ligne de démarcation ſuivra les limites entre l'ancien Département de la Roer et celui de la Meuſe inferieure jusqu'à la chauſſée d'Aix-la-Chapelle à Geilenkirchen, laiſſant à gauche la Commune de Veels qui appartient aux Pays-bas et dans laquelle ſera compriſe l'habitation du Curé, ſituée ſur la ligne même; puis ſuivera cette chauſſée jusqu'aux limites de la Commune de Rolduc; enfin les limites de Rolduc du coté de l'occident jusqu'au point où elles atteignent la Worms. Ainſi la partie de Kerkraede ſituée à droite de la chauſſée eſt cédée à Sa Majeſté le Roi de Pruſſe,

ſen bereits abgetretenen Theils von Moresnet bereits oben feſtgeſetzt worden.

Art. XVIII. Vom Berührungspunkte der drey Departements an gerechnet, folgt die Demarkationslinie den Grenzen zwiſchen dem ehemahligen Roër- und dem Nieder-Maas-Departement bis zur Aachener Chauſſée zu Geilenkirchen. Die den Niederlanden zugehörige Bätſer Gemeinde nebſt der ihr zugetheilten auf der Linie ſelbſt ſtehenden Pfarrwohnung, bleibt zur linken Seite liegen; alsdann geht die Grenze längs der Chauſſée bis zu den Grenzen der Rolducſchen Gemeinde, und zuletzt längs den Rolducſchen Grenzen auf der öſtlichen Seite bis auf den Punkt, wo ſie die Worms erreicht. Alſo wird der zur rechten Seite der Chauſſée belegene Theil von Kerkrade, ſo wie der ganze auf dem linken

de même que toute la partie de la Commune de Rolduc ſituée ſur la rive gauche de la Worms. Eſt encore cédé au même Royaume la partie de chauſée compriſe entre les limites du Département de la Roër et Rolduc, de manière que cette Commune appartiendra toute entière et en toute propriété et ſouveraineté au Royaume de Pruſſe.

Article dixneuvième. La ceſſion des parties de Kerkraede et de Rolduc, dont il vient d'être fait mention à l'article précédent, ne portera aucun préjudice à l'exploitation des mines de houille, qui, ayant ci-devant appartenu à l'abbaye de Rolduc, ſe continue aujourd'hui dans les communes de Kerkraede et de Rolduc pour le compte du Gouvernement des Pays-bas, de manière que ce

Ufer der Worms belegene Theil der Rolducſchen Gemeinde Seiner Majeſtät dem König von Preußen abgetreten. Noch wird der zwiſchen den Grenzen des Roërdepartements und Rolduc enthaltene Theil der Chauſſée demſelben Königreiche abgetreten, dergeſtalt, daß beſagte Gemeinde mit allen Eigenthums- und Landeshoheitsrechten dem Königreich Preußen ganz angehöre.

Art. XIX. Die ſo eben im vorigen Artikel erwähnte Abtretung der Kerkräder und Rolducſchen Theile ſoll dem Steinkohlengruben-Bau keinen Schaden oder Nachtheil bringen. Dieſer Bau der Steinkohlengruben gehörte ehemahls der Abtey Rolduc zu, und wird heute in den Kerkräder und Rolducſchen Gemeinden für Rechnung der niederländiſchen Regierung fortgeſetzt, dergeſtalt, daß dieſe Regie-

Gouvernement ou tout autre Conceſſionaire, qui le repréſenteroit, pourra faire dans les parties cédées tels ouvrages qu'il trouvera bon, ſoit pour l'extraction de la houille; ſoit pour l'épuiſement des eaux; s'entend en indemniſant les propriétaires de la ſurface de gré à gré ou à dire d'experts. Le Gouvernement pruſſien ne pourra en aucune manière entraver cette exploitation, ni ſous prétexte de direction à donner par ſes Ingénieurs, ni d'impôt à établir ſur l'extraction ou la ſortie de la houille, ni enfin y apporter d'autres entraves quelconques qui pourroient nuire à l'exploitation ou gêner ſon débit. Le Gouvernement pruſſien ne pourta non plus accorder des conceſſions particulières dans les parties cédées; celles exiſtantes aujourd'hui

tung, oder der ſtatt ihrer eintretende Rechtsinhaber, die Befugniß behält, in den abgetretenen Theilen die zur Ausgrabung der Steinkohlen oder zur Abwäſſerung dienlichen Arbeiten vornehmen zu laſſen. Jedoch müſſen die Eigenthümer der Oberfläche entweder durch gütliches Abkommen, oder durch Ausſpruch von Sachverſtändigen entſchädigt werden. Die preußiſche Regierung kann weder unter dem Vorwand einer ihren Ingenieurs übertragenen Direktion, noch durch Auflagen, oder durch andere Hinderniſſe, den Grubenbau und die zu Tage Förderung der Kohlen ſtören, oder beſchränken, noch ſonſt den Abſatz hemmen. Die preußiſche Regierung darf auch in den abgetretenen Theilen keine Privatkommiſſionen bewilligen. Die jetzt ſchon beſtehenden bleiben in den Grenzen beſchränkt, die ihnen durch

devront ſe renformer dans les limites à elles aſſignées par leurs actes de conceſſion ou par les lois ſous l'autorité desquelles elles ont été accordées.

die Ceſſionsakte oder durch die Geſetze, unter deren Gewalt ſie bewilligt worden, angewieſen ſind.

Article vingtième. Cette exploitation de houille appartenante au Royaume des Pays-bas jouira en outre des privilèges ou avantages ſuivans: 1) Toute la houille qui en ſeroit expédiée pour la Province de Liége ou autre contrée des Pays-bas, et qui devroit emprunter le territoire pruſſien, ne pourra étre ſoumiſe à aucun droit de douane, ni même de tranſit; il ſuffira d'être porteur d'un certificat du Directeur de la houillière. 2) Cette exploitation jouira du droit d'acheter lors des ventes dans le Steinboſch, petite forêt appartenante à des particuliers, du bois d'étan-

Art. XX. Dieſer dem Königreiche der Niederlande zuſtändige Steinkohlenbau genießt noch außerdem folgende Privilegien oder Vortheile: 1. Alle Steinkohlen, die nach der Provinz Lüttich oder einer anderen Gegend der Niederlande verſendet werden, und das preußiſche Gebiet berühren müßten, ſollen Zoll- und Tranſitofrey ſeyn. Es bedarf dazu bloß eines Atteſts des Grubendirektors. 2. Dieſer Bau genießt das Recht, zur Verkaufszeit in der zum Steinboſch gehörigen kleinen Privatheide das benöthigte Stutzholz anzukaufen, und zollfrey auszuführen. Dieſer Vortheil erſtreckt ſich gleichfalls auf die übrigen

çonnage, et de l'exporter franc de tout droit de douane. Cet avantage s'etendra également aux autres exploitations de particuliers qui pourroient exiſter dans la Commune de Kerkraede ou autres des environs. 3) Le Gouvernement des Pays bas pourra établir ſur la Worms dans toute l'étendue des parties cédées, tels ouvrages hydrauliques qu'il trouvera bon, ſoit pour l'extraction de la houille, ſoit pour l'épuiſement des eaux. Le Gouvernement pruſſien ne pourra rien changer ni innover à l'état actuel de la Worms, qui puiſſe nuire aux ouvrages faits ou à faire par le Gouvernement des Pays-bas.

Article vingt-et-unième. Le Gouvernement des Pays-bas, ainſi que les particuliers,

Bauten und Nutzungen, welche in der kerkrädenſchen oder in andern benachbarten Gemeinden Privateigenthümern zuſtehen. 3. Die niederländiſche Regierung kann auf der ganzen Strecke der abgetretenen Theil jedwede beliebige, zur Ausgrabung der Steinkohlen, oder zur Abwäſſerung erforderliche hydrauliſche Werke, an der Worms anlegen. Die preußiſche Regierung darf an dem gegenwärtigen Zuſtande der Worms keine Aenderung noch Neuerung vernehmen, welche den von der niederländiſchen Regierung angelegten oder anzulegenden Werken ſchaden könne.

Art. XXI. Die niederländiſche Regierung ſowohl als Privatperſonen, dürfen die im Steinboſch

pourront acheter ou exploiter la carrière de gres, qui ſe trouve dans le même Steinboſch, et en exporter les pierres en franchiſe des droits de douanes. Les ſujets pruſſiens pourront s'approviſionner de houilles aux exploitations des Pays-bas au même prix que les ſujets mêmes du Royaume et l'exporter en exemption, de tout droit quelconcque ſinon celui de barrières.

befindliche Kiesgruben kaufen oder nutzen, und den Stein zollfrey ausführen. Die preußiſchen Unterthanen können ſich bey den niederländiſchen Vorrathslagern zu gleichen Preiſen als die niederländiſchen Unterthanen mit Steinkohlen verſehen, und mit Ausnahme des Heckgeldes, Abgabenfrey ausführen.

Article vingt-deuxième. Du point où les limites de la Commune de Rolduc touchent la Worms, la ligne de démarcation en ſuivra le cours vers le nord jusqu'à ce que cette rivière atteigne de nouveau les limites des deux Départements de a Meuſſe inférieure et de la Roer, longere cette limite, laiſſant les Cantons de Rolduc,

Art. XXII. Vom Punkte wo die Grenzen der Rolducſchen Gemeinde die Worms berühren, folgt die Demarkationslinie dem Laufe des Fluſſes nordwärts, bis ſelbige die Grenzen der beyden Nieder-Maas- und Roër-Departements wieder erreicht. Sie läßt die Kantone Rolduc, Hurle und Oersbeck zur linken und Geilenkirchen mit einem Theil von Sittard zur

Hurle et Oersbeck à gauche et Geilenkirchen avec une partie de Sittart à droite, jusqu'à ce qu'elle rencontre au midi de Hellensberg la ligne qui doit couper ce dernier Canton en deux parties à peu près égales et qui va être déterminée par l'article ſuivant.

rechten Seite liegen, und zieht ſich weiter, bis ſie ſüdlich Hellensberg der Linie begegnet, die den jetztbenannten Kanton in zwey beynahe gleiche Theile ſchneidet und durch folgenden Artikel beſchrieben wird.

Article vingt-troſième. Pour partager le Canton de Sittard, on tirera une ligne de droite du clocher de Sittard à celui de Wehr, et ſur le point milieu de cette ligne on élévera une méridienne qui ſera prolongée d'un côté vers le midi jusqu'aux limites du Canton, limites qui forment auſſi celles du Département et où elle ſe joindra par conſequent à la ligne de démarcation, comme il eſt dit à l'article précédent D'un autre côté cette même méridienne

Art. XXIII. Um den Kanton Sittard abzutheilen, wird vom Sittardſchen bis zum Wehrſchen Kirchthurme eine gerade Linie gezogen, und auf dem Mittelpunkt dieſer Linie eine Mittagslinie errichtet, welche von einer Seite ſüdwärts bis zu den Grenzen des Kantons (die zugleich die Grenzen des Departements bilden) verlängert wird, und wo ſie folglich, wie im vorhergehenden Artikel geſagt worden, mit der Demarkationslinie ſich vereinigen wird. Auf der andern Seite wird

Digitized by Google

ſera prolongée au nord jusqu'au ruiſſeau appellé Roodebeck et dans toute ſa longueur ſervira de ligne de démarcation, ſauf cependant que d'un côté Bruck-Sittart reſtera au Royaume des Pays-bas avec ſa Banlieue, et que de l'autre côté Wintraken, Hillenberg et Wehr reſteront au Royaume de Pruſſe également avec leurs Banlieues, ou à défaut de Banlieue proprement dite, avec le terrain et les maiſons compriſes dans la circonſcription de ces endroits ou hameaux. Du point où cette méridienne touche le Roodebeek, la ligne de démarcation ſuivra ce ruiſſeau jusqu'à la Banlieue de Suſtern et longera les limites orientales de cette Banlieue jusqu'à l'ancien territoire hollandois.

dieſelbe Mittagslinie nordwärts bis zum Roodebeekſchen Bach fortgezogen, und dient in ihrer ganzen Länge als Demarkationslinie; jedoch mit dem Vorbehalt, daß einer Seits Bruck Sittard mit ſeinem Weichbilde dem Königreiche der Niederlande, und anderer Seits Wintraken, Hillenberg und Wehr ebenfalls mit ihren Weichbilden, oder in Ermangelung eigentlicher Weichbilde, mit der im Umkreiſe dieſer Ortſchaften oder Weiler befindlichen Erdfläche und den darauf ſtehenden Häuſern, dem Königreich Preußen verbleiben werden. Vom Punkte an gerechnet, wo dieſe Mittagslinie den Rodebeek berührt, folgt die Demarkationslinie dieſem Bache bis zum Suſterhſchen Weichbilde, und läuft längs den öſtlichen Grenzen dieſes Weichbildes bis zum ehemahligen holländiſchen Gebiet.

Article vingt-quatrième. Enſuite la ligne de démarcation ſuivra les limites orientales du territoire hollandois, en laiſſant à droite les Commnnes pruſſiennes de Havert, Waldwucht, Kareken, Effelt et Aersbeck, et à gauche les Commues des Pays bas Echt, Poſterholt et Vlodorp; longera les limites de cette dernière Commune jusqu'à la grande bruyère appelée Meinweg; ſuivra les parties du Meinweg appartenantes à Vlodorp et à Herkenbuſch et Melich, laiſſant ces deux parties à gauche et les parties appartenantes aux Communes pruſſiennes de Bergelen, Ophoven, Effelt, Stenkerken et Karken à droite et arrivera ainſi à la partie dépendante de Rüremonde; ſuivra de la même manière et dans le même ſens cette dernié-

Art. XXIV. Hierauf folgt die Demarkationslinie den öſtlichen Grenzen des holländiſchen Gebiets und läßt die preußiſchen Gemeinden Havert, Waldwucht, Kareken, Effelt und Aersbeck zur Rechten, und die niederländiſchen Gemeinden Echt, Poſterholt und Vlodorp zur Linken liegen. Sie läuft alsdann längs den Grenzen letzterer Gemeinde bis zur großen Heide Meinweg, folgt den zu Vlodorp, zu Herkenbuſch und zu Melich gehörigen Theilen des Meinweg, läßt dieſe beyden Theile links, und die zu den preußiſchen Gemeinden Bergelen, Ophoven, Effelt, Stenkerken und Karken gehörigen Theile rechts liegen, und gelangt ſo an den von Ruremonde abhängigen Theil; folgt weiterhin auf dieſelbe Art und in derſelben Richtung dieſem letztern Theile, den ſie nebſt dem zum Herten gehörigen Theil

re partie, la laiſſant à gauche ainſi que celle appartenante à Herten, et laiſſant à droite la partie dépendante de Nedercruchten jusqu'à ce qu'elle arrive enfin au bout de cette bruyere et atteigne les limites de la Commune pruſſienne d'Elmpt, dans le Canton de Cruchten; continuera de ſuivre les limites de cette dernière Commune, en laiſſant à gauche les parties du Meinweg appartenantes à Herten et Maſniel, ainſi que les Communes de Herkenboſch, Maſniel, et Zwalmen, jusqu'à ce qu'avec les limites d'Elmpt elle arrive au ruiſſeau dit Swalme. Traverſant ce ruiſſeau, elle ſe dirigera par une ligne droite à travers une autre bruyère, appelée Elmpter-Buſch, ſur le point le plus oriental de la Commune de Beſel, dit Grietjens-Gericht;

links, den von Nedercruchten abhängenden Theil aber rechts liegen läßt, bis ſie zuletzt das äußerſte Ende jener Heide erreicht, und die Grenzen der preußiſchen Gemeinde Elmpt im Kanton Cruchten berührt. Sie folgt hiernächſt ununterbrochen den Grenzen letzterer Gemeinde und läßt die zu Herten und Masniel gehörigen Theile des Meinwegs nebſt den Gemeinden Herkenboſch, Masniel und Zwalmen zur linken Seite liegen, bis ſie mit den Elmptſchen Grenzen an den Swalmenbach anlangt. Dieſen Bach quer durchſchneidend, wird ſie durch eine andre Heide, Namens Elmpter Buſch, bis auf den öſtlichſten Punkt der Gemeinde Beſſel (genannt Grietjens-Gericht) in eine grade Linie quer durchgeführt. Nachdem ſie hierauf die preußiſchen Gemeinden Bruggen, Brucht und Kaldenkirchen

puis, laiſſant à droite les Communes pruſſiennes de Bruggen, Brucht et Kaldenkirchen, elle ſuivra les limites orientales des Communes de Beſel et Belfeld, appartenantes aux Pays-bas jusqu'à ce que la limite de cette dernière, en avant du moulin dit Walbukermolen, ſe rapprochant de la Meuſe, commence à ne plus laiſſer entre elle et le fleuve l'intervalle de 800 verges du Rhin; à ce point la frontière quittera les limites de Relfeld et ſe dirigera à travers la Commune pruſſienne de Kaldenkirchen par une ligne tracée parallelement à la Meuſe et à la diſtance du fleuve de 800 verges jusqu'à ce que cette parallele, après avoir laiſſé Tegelen à gauche, atteigne la Banlieue de Venlo; bien entendu, que, ſi cette parallèle rencon-

zur rechten Seite gelaſſen, folgt ſie den öſtlichen Grenzen der den Niederlanden zugehörigen Gemeinden Beſſel und Belfeld bis die Grenze letzterer Gemeinde, vorwärts der Walbukermolenſchen Mühle, ſich der Maas nähernd, zwiſchen ihr und dem Fluſſe nicht mehr einen Raum von 800 rheinländiſchen Ruthen übrig läßt. Hier auf dieſem Punkt verläßt ſie die Belfeldſchen Grenzen und läuft durch die preußiſche Gemeinde Kaldenkirchen in einer mit der Maas fortgehenden Parallellinie und in einer 800 Ruthen weiten Entfernung vom Fluſſe, bis da wo dieſe Parallellinie, nachdem ſie Tegelen zur linken Seite gelaſſen, das venloſche Weichbild erreicht, wohl verſtanden, daß wenn dieſe Parallellinie in ihrem Laufe einen vorragenden Punkt von Belfeld oder von Tegelen begegnete, die Demarka-

troit dans ſon cours une pointe avancée ſoit de Belfeld ou de Tegelen, la ligne de démarcation abandonneroit dans ce cas la parallèle, tourneroit autour de cette pointe et la reprendroit enſuite pour arriver avec elle, comme on vient de le dire, à la Banlieue de Venlo.

tionslinie alsdann die Parallellinie verlaſſen, dieſe Spitze umgehen und die Parallellinie wieder einholen würde um mit ihr, wie ſo eben geſagt worden iſt, an das venloſche Weichbild zu gelangen.

Article vingt-cinquième. La ligne de démarcation, arrivée à la Banlieue de Venlo, en ſuivra la direction et laiſſera à gauche Venlo, Velden, Arcen et Well, Communes appartenantes au Royaume des Pays-bas; et à droite Straelen, Walbeck et Twiſteden, appartenantes au Royaume de Pruſſe une partie de la Banlieue de Straelen et de Walbeck ſera coupée par une parallèle ſemblable à celle dont on vient de parler à l'article précédent. La ligne

Art. XXV. Die zum venloſchen Weichbilde angelangte Demarkationslinie folgt deſſen Richtung, und läßt die dem Königreiche der Niederlande zugehörigen Gemeinden Venlo, Velden, Arcen und Well zur Linken, die dem Königreich Preußen zugehörigen Gemeinden, Strälen, Walbeck und Twiſteden zur Rechten liegen. Ein Theil des Strälen- und des Walbeckſchen Weichbildes wird von einer Parallellinie durchſchnitten, wie ſie im vorhergehenden Artikel angegeben iſt. Die Linie geht

paſſera enſuite entre les Communes Bergen et Afferden, qu'elle laiſſera du côté des Pays-bas, et entre Wure, Hulm, Gaoſedonk, Haſſum et Hommerſum, qu'elle laiſſera du côté de la Pruſſe; continuera enfin de la même manière, en ſuivant les limites orientales de Hegen et Otterſum, et en laiſſant à droite Hommerſum, Keſſel et Nergenaer, jusqu'à la forêt appelée Reichswald; arrivée à cette forêt, elle en ſuivra la liſière, en longeant Gennep et Milsbeck, et laiſſant le marais dit Könings-Vun au Royaume des Pays-bas; arrivera ainſi à la route qui conduit de l'endroit appelé Swarte-Weg à celui appelé Aen-Het-End, ſuivra ce chemin à droite jusqu'à point le plus voiſin de la frontière de l'ancien territoire hollandois, et de ce point par une ligne

nachher zwiſchen den Gemeinden Bergen und Afferden welche ſie auf der niederländiſchen und zwiſchen Wure, Hulm, Gaoſedonk, Haſſum und Hommerſum welche ſie auf der preußiſchen Seite läßt, läuft auf dieſelbige Art fort, indem ſie den öſtlichen Grenzen von Hegen und Otterſum folgt, und Hommerſum, Keſſel und Nergenaer bis zum ſogenannten Reichswald zur Rechten läßt. Hat ſie dieſen Wald erreicht, ſo folgt ſie deſſen äußerſten Rand längs Gennep und Milsbeck, und überläßt den Sumpf, Königs-Vun genannt, dem Königreich der Niederlande, betritt ſo die Straße, welche von der Ortſchaft Swarte-Weg zur Ortſchaft Aen-Het-End führt, folgt dieſer Straße rechts bis zu dem Punkt, welcher der Grenze des ehemahligen holländiſchen Gebiets zunächſt liegt, und erreicht endlich von dieſem

droſte atteindra enfin cette frontière où elle finit, conformément à l'article 2. du Traité du 31. Mai.

Punkte aus in einer geraden Linie jene Grenze, wo ſie, dem 2. Artikel des Traktats vom 31. May gemäß, endigt.

Article vingt-ſixième. Comme malgré les renſeignemens déja pris et la meſurage qui a déja eu lieu, il eſt cependant encore poſſible que quelques Banlieues pruſſiennes, autres que celles mentionnées ci-deſſus, approchant de la Meuſe plus près que de 800 verges du Rhin, il eſt convenu que la distance de ces parties avancées ſeroit définitivement conſtatée ſur tous les points lors de la plantation des poteaux, et que partout où les Banlieues de Communes des Pays-bas ne tiendroient point la Pruſſe à la diſtance de de 800 verges de la Meuſe, la parallèle en

Art. XXVI. Da ungeachtet der bereits eingezogenen Nachrichten, und der bereits vorgenommenen Feldmeſſung, es dennoch möglich iſt, daß noch einige andere preußiſche Weichbilde, als die obenerwähnten, um mehr als 800 rheinländiſche Ruthen der Maas ſich nähern, ſo iſt verabredet worden, daß die Entfernung dieſer vorſpringenden Theile, bey Errichtung der Grenzpfähle definitiv ausgewieſen und außer Zweifel geſetzt werden ſoll; auch daß überall, wo die Weichbilde der niederländiſchen Gemeinden Preußen nicht auf eine Entfernung von 800 rheinl. Ruthen von der Maas ab hielten, die erwähnte Parallellinie das Fehlende ergänzen

queſtion y ſuppléeroit et formeroit la frontière.

Article vingt ſeptième. Partout où des ruiſſeaux, rivières ou fleuves ſeront limites, ils ſeront communs aux deux Etats, à moins que le contraire ne ſoit poſitivement ſtipulé, et lorsquils ſeront communs, l'entretien des ponts, le curage etc., ſe feront de concert et à frais communs. Mais chaque Etat ſera excluſivement chargé du ſoin de veiller à la conſervation des bords ſitués de ſon côté. Il ne pourra être fait ni au cours des rivières, ni à l'état actuel des bords aucune innovation quelconque, ni être accordée aucune conceſſion ou priſe d'eau ſans le concours et le conſentement des deux Gouvernemens; il en ſera de même des foſſés, rigoles, chemins, canaux,

und die Grenze bilden ſolle.

Art. XXVII. Ueberall wo Bäche, Flüſſe und Ströme Grenzen machen, ſollen ſie beyden Staaten gemeinſchaftlich angehören, wenn nicht das Gegentheil ausdrücklich feſtgeſetzt worden. Da wo ſie beyden Staaten gemeinſchaftlich angehören, ſoll die Unterhaltung der Brücken, die Ausräumung ꝛc., in Uebereinſtimmung beyder Theile und auf gemeinſchaftliche Koſten geſchehen. Jedem Staat überbleibt aber ausſchließlich die Erhaltung der auf ſeiner Seite liegenden Ufer. Es darf weder an dem Lauf der Flüſſe, noch an dem gegenwärtigen Zuſtande der Ufer irgend eine Neuerung, noch ohne Mitwirkung und Zuſtimmung beyder Regierungen irgend eine Conceſſion oder Waſſereingriff bewilligt werden. Dieſelbe Be-

haves ou tout autre objet ſervant de limites, c'eſt-à-dire, que ces objets quant à la ſouveraineté ſeront communs aux deux Puiſſances, et qu'on ne pourra rien changer à leur état actuel que de commun accord, à moins toutefois en cas de ſtipulation contraire. L'uſage de l'Oure ſera libre et commun aux deux Etats dans tout ſon cours limitrophe, malgré que Vianden ſoit à cheval deſſus et appartienne entièrement aux Pays-bas; ſans préjudice cependant des droits de ſouveraineté ſur la totalité de cette Commune y compris la rivière. Les paſſages d'eau, qui exiſtent en ce moment ſur la Moſelle et autres rivières ſervant de fron-

wandniß ſoll es mit den Gräben, Rinnen, Furchen, Wegen, Kanälen, Hecken oder mit jedwedem andern zur Grenze dienenden Gegenſtand haben, das heißt, daß dieſe Gegenſtände in Betreff der Oberherrlichkeit beyden Mächten gemeinſchaftlich angehören ſollen und daß mit ihrem gegenwärtigen Zuſtande keine Veränderung als in gemeinſchaftlicher Uebereinſtimmung vorgenommen werden darf, es ſey denn in Fällen, wo das Gegentheil ausgemacht wäre. Obgleich die beyden Ufer der Oure von der viandenſchen Gemeinde beſetzt ſind, und dieſe Gemeinde den Niederlanden gänzlich angehört, ſo ſoll der Gebrauch dieſes Fluſſes dennoch frey ſeyn und beyden Staaten gemein bleiben, ohne daß jedoch die Landeshoheitsrechte über das Ganze der gedachten Gemeinde den Fluß mit einbegriffen, be-

Digitized by Google

tières, ſeront conſervés dans leur état actuel. Les droits établis continueront d'être perçus pour le compte des mêmes Etats qui en jouiſſent aujourd'hui. On aura de part et d'autre la faculté d'établir et d'entretenir ſur la rive oppoſée les ouvrages neceſſaires pour faciliter l'abord aux paſſans. La pêche ſera également commune et continuera d'être adjugée publiquement pour le compte des deux Etats; ces adjudications ſe feront alternativement dans une Commune frontière du Royaume de Pruſſe et dans une du Royaume des Pays-bas. Les Autorites locales des deux Etats s'entendront ſur le mode à ſuivre et les en-

ſchadet würden. Die in dieſem Augenblick auf der Moſel und auf andern Grenzflüſſen beſtehenden Waſſerfahrten ſollen in ihrem gegenwärtigen Zuſtande erhalten werden. Die aufgelegten Abgaben ſollen für Rechnung eben derſelben Staaten, die ſie am heutigen Tage genieſſen, fortdauernd erhoben werden. Beyderſeits wird man die Befugniß haben, auf dem gegenüber ſtehenden Ufer die nöthigen Werke anzulegen und zu unterhalten, um den Hinüberfahrenden die Anlandung zu erleichtern. Die Fiſcherey ſoll ebenfalls gemein ſeyn, und fortwährend für Rechnung beyder Staaten öffentlich verſteigert und zugeſchlagen werden. Dieſer Zuſchlag geſchieht wechſelsweiſe in einer dem Königreich Preußen und in einer dem Königreich der Niederlande angrenzenden Gemeinde. Ueber die dabey zu befolgende

droits où elles auront lieu.

Verfahrungsart und über die Ortſchaften, wo der Zuſchlag zu halten iſt, müſſen ſich die Ortsbehörden beyder Staaten mit einander verſtändigen.

Article vingt-huitième. Les iles de la Moſelle, la Sure et l'Oure qui ſe trouvent ſéparées de leurs Communes par le principal courant ſeront rangées dans la catégorie des Banlieues coupées, dont il eſt queſtion à l'Article ci-deſſus, et appartiendront à l'état ſur la rive duquel elles ſeront ſituées. Les autres continueront de faire partie de leurs Communes et reſteront au Royaume, dont ces Communes ſont partie. Au cas qu'il ſoit douteux, de quel côté ſe trouve le principal courant, les iles ſuivront les Communes dont elles dependent, et au cas que ces Communes fuſſent par-

Art. XXVIII. Die von ihren Gemeinden durch den Hauptſtrom getrennten Inſeln der Moſel, der Sure und der Oure, ſollen in die Klaſſe der in obigem Artikel erwähnten durchſchnittenen Weichbilde gebracht werden, und dem Staate, an deſſen Ufer ſie belegen ſind, angehören. Die übrigen verbleiben fortwährend ihren Gemeinden und folglich auch dem Königreiche, zu dem dieſe Gemeinden gehören. Iſt es zweifelhaft, auf welcher Seite der Hauptſtrom ſich befinde, ſo folgen die Inſeln den Gemeinden, von denen ſie abhängen, und im Falle dieſe Gemeinden durch gegenwärtigen Traktat getheilt ſeyn ſollten, folgen ſie dem Theile wo

tagées par le préſent traité elles ſuivront la partie où ſe trouve le Chef-Lieu. En conſéquence les iles de la Moſelle dites: 1) Petite Beſche dépendante de la Commune de Wintringen; 2) Les deux Remich appartenantes à la Commune du même nom; 3) Wormeldingen dépendante de la Commune du même nom; appartiendront au Royaume de Pruſſe. Les autres iles également ſituées dans la Moſelle, ſavoir: 1) L'ile de Remichen dépendante la Commune du même nom; 2) La grande Beſch dépendante de la Commune de Schwebſingen; 3) Macher dépendante de la Commune du même nom; 4) Les quatre iles dépendantes de la Commune de Stadbredimus; appartiendront au Royaume des Pays-bas. Le ſort des petites iles in-

der Hauptort liegt. Folglich werden die Moſelinſeln: 1. Kleine Beſche (petite Beſche) von der Wintringenſchen Gemeinde abhängig; 2. die beyden Remich der Gemeinde gleichen Namens angehörig; 3. Wormeldingen von der Gemeinde dieſes Namens abhängig, dem Königreiche Preußen zufallen, und die übrigen ebenfalls in der Moſel liegenden Inſeln, nämlich: 1. die von der Gemeinde gleichen Namens abhängige Inſel Remichen; 2. die von der Schwebſingenſchen Gemeinde abhängige große (grande Beſch); 3. die von der Gemeinde gleiches Namens abhängige Inſel Macher; 4. die von der Stadbredimusſchen Gemeinde abhängigen vier Inſeln; dem Königreich der Niederlande zugehören. Das Schickſal der in der Sure und Oure liegenden unbebauten, höchſt unwichtigen Inſeln,

cultés et de très peu d'importance qui ſe trouvent ſituées dans la Sure et l'Oure ſera réglé d'après les principes ci-deſſus par les Commiſſaires chargés de la plantation des poteaux; dans tous les cas la petite ile ſituée près d'Eſternach et grande d'environ un tiers d'hectare, continuera d'appartenir au Royaume des Pays-bas.

ſoll von den mit der Errichtung der Grenzpfähle beauftragten Kommiſſarien nach obigen Grundſätzen beſtimmt werden. In allen Fällen gehört die bey Eſternach belegene, und ungefähr ein Drittel Hectar Fläche enthaltende kleine Inſel, fortwährend dem Königreich der Niederlande.

Article vingt-neuvième. Les domaines de l'Etat qui pourront ſe trouver dans les Communes ou parties de Communes changeant de domination ſuivront toujours le Territoire et appertiendront au nouveau Souverain, ſauf ce qui a été ſtipulé ci-deſſus relativement aux exploitations de houille de Rolduc; au contraire les domaines particuliers des Souverains leur seront conſervés

Art. XXIX. Die Staatsdomänen, die etwa in den zu einer andern Oberherrſchaft übergehenden Gemeinden oder Gemeindetheilen ſich befinden möchten, ſollen, mit Vorbehalt des in Beziehung auf die Rolducſchen Steinkohlennutzungen feſtgeſetzten Beſtimmungen, ſtets dem Gebiet folgen, und dem neuen Landesherrn angehören. Hingegen behält jeder Landesherr ſeine Privatdomäne, unter wel-

n'importe la domination ſous laquelle ils ſeroient ſitués ou deſtinés à paſſer. Les contributions et autres revenus de l'Etat courront et ſeront perçus pour le compte du nouveau Souverain à dater du jour de la priſe de poſſeſſion, jour, qui dans aucun cas ne pourra dépaſſer le terme fixé par l'Article 41. relatif à l'evacuation et la remiſe des endroits cédés ou échangés par le préſent Traité, en ſorte que ſi par quelqu' événement imprévu la priſe de poſſeſſion d'une Commune ou partie de Commune ſe trouvoit retardée, les contributions et autres revenus de l'Etat n'en ſeroient pas moins dûs à dater du jour fixé.

cher Oberherrſchaft ſelbige auch belegen oder zu ſtehen kommen mögen. Die Steuern (contributions) und andere Staatseinkünfte ſollen, vom Tage der Beſitznahme an gerechnet, für die Rechnung des neuen Landesherrn laufen und erhoben werden. Der Tag dieſer Beſitznahme darf jedoch den durch den 41. Artikel feſtgeſetzten, für die Räumung und die Uebergabe der durch gegenwärtigen Traktat abgetretenen oder ausgewechſelten Ortſchaften angenommenen Termin, auf keinen Fall überſchreiten. Und wenn alſo durch unvorhergeſehene Begebenheiten, die Beſitznahme einer Gemeinde oder eines Theils der Gemeinde verzögert würde, ſo ſollen dennoch die Steuern (contributions) und andre Staatseinkünfte, vom beſtimmten Tage an gerechnet, nichts deſto weniger dem neuen Landesherrn zufallen.

Article trentième. Les biens, les droits réels et actions qui peuvent compéter aux Communes, Établiſſemens publics ou particuliers de l'une ou l'autre domination, dans et ſur les lieux et territoires réciproquement cédés ou échangés ou diviſés, comme forêts et autres biens communeaux ſitués dans des parties de Banlieues ſéparées de leurs Chefs-Lieux, droit de parcours ou de vaine pâture, d'extraction de tourbe, de glandée, de glanage etc. ſont maintenus et conſervés.

Art. XXX. Aufrecht und beybehalten werden in den wechſelſeitig abgetretenen, ausgetauſchten oder getheilten Ortſchaften und Gebieten, die den Gemeinden, öffentlichen Inſtituten und Privatanſtalten der einen oder der andern Oberherrſchaft zukommenden und zugehörigen Güter, Realrechte und Anſprüche, als da ſind, Wälder und andere in den von ihren Hauptorten getrennten Weichbildetheilen gelegene Kommunalgüter, das Recht, auf unbebaute, unbeſäete oder auch Stoppelfelder ſein Vieh zu treiben (droit de parcours ou de vaine pature), Torf auszugraben, Schweine auf die Maſtung in das Eckerich einzuſchlagen, des Aehrenleſens u. ſ. w.

Article trente-et-unième. Il eſt encore ſpécialement convenu, qu'un changement quelconque de Domination

Art. XXXI. Noch wird beſonders feſtgeſetzt, daß irgend eine Veränderung der Oberherrſchaft oder der Regierung den zur

ou de Gouvernement n'apportera aucun préjudice aux droits du Sieur Dony et Comp., concernant l'exploitation de la calamine, en ſorte que ſa Conceſſion reſtera dans tous les cas intacte, et continuera de jouir des mêmes avantages et mêmes privilèges qui y ont été originairément attachés. Elle reſtera d'un autre côté ſujette aux charges qui y ont été impoſées, et notament à l'obligation d'approviſionner en calamine les fabriques de cuivre établies dans les Etats des deux hautes parties contractantes, aux prix ſtipulés dans l'Acte de Conceſſion.

Article trente-deuxième. Lorsque des Communes ou des Banlieues de Communes seront diviſées par la ligne de démarcation, l'actif et le paſſif de ces

Galmeynutzung den Herrn Dony und Comp. zugeſtandenen Rechten keinen Schaden und Nachtheil bringen ſollen, dergeſtalt, daß die ihnen verliehene Conceſſion in allen Fällen unangetaſtet bleiben, und fortwährend dieſelben Vortheile und dieſelben Vorrechte genieſſen ſoll, die urſprünglich damit verbunden geweſen ſind. Gedachte Conceſſion bleibt andrer Seits den ihr auferlegten Laſten, und namentlich der Verbindlichkeit unterworfen, die in den Staaten der beyden hohen kontrahirenden Mächte angelegten Kupferfabriken, zu den in der Conceſſionsakte feſtgeſetzten Preiſen mit Galmey zu verſehen.

Art. XXXII. Wenn Gemeinden oder Gemeinde-Weichbilde durch die Demarkationslinie getheilt ſind, ſo wird das Aktiv- und Paſſivvermögen dieſer Gemeinden,

Communes, c'eſt-à-dire leurs biens communaux, ainſi que leurs dettes le ſeront ou devront l'être dans la même proportion. Pour établir cette proportion, on prendra pour baſe le montant des contributions foncière et perſonelle réunies, et ſi la perſonelle n'y exiſtoit pas, on prendroit la foncière ſeule. Les biens et revenus communaux qui devoient ſe diſtribuer par têtes ou par feux entre les habitans, ſeront partagés d'après la ſeule baſe adoptée pour les diſtributions annuelles, ſi tant eſt qu'il en exiſte réellement et de droit de cette nature. Bien entendu qu'après le partage fait, ces biens ſeront ſoumis aux lois municipales du nouvel Etat ſous lequel ils ſe trouveront.

das heißt, ihre Kommunalgüter ſowohl als ihre Schulden, in demſelben Verhältniß auch getheilt ſeyn, oder noch getheilt werden müſſen. Um dieſes Verhältniß feſtzuſetzen, wird man den Betrag der vereinten Grund- und Perſonalſteuer, und in Ermangelung der Letztern, die Grundſteuer allein zur Grundlage nehmen. Die Kommunalgüter und Einkünfte, die unter den Einwohnern Kopf- oder Feuerſtellenweiſe vertheilt werden mußten, ſollen nach der, für die jährlichen Vertheilungen (wenn ja wirklich und von Rechtswegen dergleichen beſtehen) angenommenen einzigen Grundlage, getheilt werden. Jedoch verſteht ſich, daß nach geſchehener Theilung, dieſe Güter den Munizipalgeſetzen des neuen Staats, in welchem ſie begriffen werden, unterworfen ſeyn müſſen.

Article trente-troiſième. Les Cultivateurs dont les propriétés ſont ſituées partie en deça et partie au-delà des frontières pourront exporter et importer fumier, paille, litières et autres engrais pour la culture de leurs terres, ainſi que toute eſpece de récolte, ſans pouvoir être aſſujettis à aucun droit de douane, ſoit d'entrée, de ſortie, de tranſit ou autre de cette eſpèce; il ſuffira qu'ils faſſent conſter par des certificats de l'autorité locale qu'ils poſſèdent et cultivent des propriétés ſituées au-delà des frontières, ſans cependant pouvoir ſe ſouſtraire aux viſites des Douaniers ou autres ayant commiſſion légale de conſtater les cas de fraude. Bien entendu que ces Douaniers ou Agens ne pourront faire des perquiſitions que

Art. XXXIII. Ackersleute, deren Eigenthum theils dieß, theils jenſeits der Grenzen belegen iſt, können Miſt, Stroh, Streu und ſonſtigen Dünger für den Anbau ihrer Felder, ſo wie eine jede Art Feldfrüchte aus- und einführen, ohne daß ſie irgend einer Zoll-, ſey es Ein- oder Ausfuhr-, Tranſito oder andern deßfallſigen Abgaben unterworfen werden könnten. Sie brauchen bloß durch Atteſte der Ortsbehörde auszuweiſen, daß ſie jenſeits der Grenzen ein Eigenthum beſitzen und anbauen; müſſen ſich aber den Durchſuchungen und Beſichtigungen der Zolleinnehmer oder anderer zur Verhütung der Defraudation geſetzlich angeſtellten Beamten nicht entziehen. Hingegen dürfen dieſe Zolleinnehmer oder ſonſtige Beamten nur auf ihren reſpektiven Gebiete

ſur leurs Territoires reſpectifs.

Article trente-quatrième. Les Fabricans de draps ou autres Manufacturiers, qui poſſèdent des établiſſemens également ſitués ſur le territoire des deux Etats et dépendans l'un de l'autre, ou qui d'un Etat envoyent dans l'autre les matières premières pour être manufacturées ou préparées trouveront des avantages analogues à ceux ſtipulés par l'article précédent en faveur des cultivateurs dans un Traité de commerce que les deux hautes parties contractantes ſe propoſent de conclure inceſſamment. En attendant des meſures proviſoires ont été arrêtées par les deux Commiſſions qui ſerviront de règle auſſi longtems qu'elles ne feront point révoquées ni mo-

ten Durchſuchungen halten.

Art. XXXIV. Für Tuch- oder ſonſtige Fabrikanten, welche auf dem Gebiete beyder Staaten gleichmäßig belegene, und gegen einander abhängige Anlagen beſitzen, oder welche die zu verarbeitenden rohen Produkte (materiam primam) von einem Staate in den andern ſchicken, ſollen in einem Handelstraktat, den beyde hohe kontrahirende Theile unverzüglich abzuſchließen Willens ſind, verhältnißmäßig gleiche Vortheile ausgemacht werden, als im vorhergehenden Artikel zu Gunſten der Ackersleute ſtipulirt worden. Inzwiſchen ſind von Seiten beyder Kommiſſionen proviſoriſche Maßregeln getroffen werden, welche ſo lange zur Richtſchnur dienen ſollen, als ſie von der einen oder von der andern Regierung

difiées par l'un ou l'autre des Gouvernements.

Article trente-cinquième. On pourra de part et d'autre acheter ſur le Territoire voiſin et exporter franc de tout droit, pierres, ſables et autres matériaux néceſſaires aux conſtructions et à l'entretien des chemins limitrophes.

Article trente-ſixième. Les Militaires de tout grade, qui ſeroient nés dans une Commune cédée ou échangée par le préſent Traité ſeront renvoyés au Souverain de cette Commune, dans le délai de trois mois, s'ils ſervent en Europe, et dans celui d'un an, s'ils ſe trouvent dans les Colonies ou dans toute autre partie du monde. Les Officiers cependant auront le choix de rentrer dans leur pays ou de reſter au ſervice du Souverain, ſous les

nicht widerrufen oder modificirt werden.

Art. XXXV. Es iſt gegenſeitig erlaubt, in dem benachbarten Gebiet Steine, Sand und andre zum Bau und zur Unterhaltung der angrenzenden Straßen erforderliche Materialien anzukaufen, auch ganz abgabenfrey auszuführen.

Art. XXXVI. Militärperſonen jedweden Grades, welche in einer durch gegenwärtigen Traktat abgetretenen oder vertauſchten Gemeinde geboren ſind, ſollen, wenn ſie in Europa dienen, in drey monathlicher, und wenn ſie in den Kolonien oder in irgend einem andern Welttheile ſich befinden, in Jahresfriſt dem Landesherrn dieſer Gemeinde zurück geſchickt werden. Jedoch ſollen die Officiere die Wahl haben in ihr Vaterland zurück zu kehren, oder im Dienſte des Landesherrn,

drapeaux duquel ils ſe ſeront tenus d'opter dans les ſix mois de la publication du preſent Traité.

unter deſſen Fahnen ſie ſich befinden, zu verbleiben. Sie müſſen in den erſten ſechs Monathen, von Bekanntmachung des gegenwärtigen Traktats an gerechnet, ſich deßhalb erklären.

Article trente-ſeptième. Les habitans, qui par l'une ou l'autre ſtipulation du préſent Traité paſſeront d'un Etat à l'autre, pourront changer de domicile, dans le delai de quatre ans, ſans être aſſujettis à aucune charge ni condition quelconque; ils pourront même vendre ou autrement aliéner leurs biens, ſans être tenus de payer d'autres droits que les autres habitans du même pays.

Art. XXXVII. Die Einwohner, welche Kraft einer oder andrer Beſtimmung des gegenwärtigen Traktats, von einem Staat zum andern übergehen, können ohne weitere Bedingung oder Verbindlichkeit, in vierjähriger Friſt ihren Wohnſitz verändern; ſie können ſogar ihre Güter verkaufen oder ſonſt veräußern, ohne andre Abgaben als die übrigen Einwohner deſſelben Landes zu entrichten.

Article trente-huitième. Les fonctionnaires demeurant dans les Communes ou parties de Communes cédées ou échangées, et

Art. XXXVIII. Die in den abgetretenen oder vertauſchten Gemeinden oder Gemeindetheilen angeſtellten Beamten, welche nach den Geſetzen, un-

qui, d'après les loix ſous l'Empire desquelles ils ont été nommés, ne peuvent être déplacés ſans indemnité, ſeront conſervés et jouiront des mêmes droits que ſous le Gouvernement qui les avoit nommés.

Article trente-neuvième. Comme nonobſtant les ſoins que les deux Commiſſions ont apportés à lever toutes les difficultés, qui ſe ſont préſentées, il eſt cependant poſſible qu'il s'en préſente d'autres encore lors de la plantation des poteaux, il a été convenu que ceux des membres des deux Commiſſions, ſous la direction desquels cette opération aura lieu, ſeroient autoriſés à terminer tous ces différends, ſpécialement à juger, après avoir entendu les autorités locales, toutes les conteſtations qui pourroient

ter deren Herrſchaft ſie ernannt worden ſind, nicht ohne Entſchädigung verſetzt werden können, ſollen beybehalten werden und dieſelben Rechte genießen, als unter der Regierung die ſie ernannt hatte.

Art. XXXIX. Obgleich beyde Kommiſſionen ſich möglichſt bemühet haben, die ſich darbietenden Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen, ſo iſt doch möglich, daß bey Errichtung der Grenzpfähle, ſich noch andre Schwierigkeiten vorfinden; deßhalb iſt feſtgeſetzt worden, daß diejenigen Mitglieder beyder Kommiſſionen, unter deren Leitung jene Operation Statt finden wird, ermächtigt werden ſollen, alle dergleichen Zwiſtigkeiten beyzulegen, auch beſonders über alle in Betreff der Ungewißheit der Grenzen einiger Gemeinden etwa entſtehende

s'élever au ſujet de l'incertitude des limites de quelques Communes.

Article quarantième. Les endroits reſpectivement cédés ou échangés ou devant être reſtitués ſeront évacués et l'adminiſtration en ſera remiſe aux autorités compétentes dans le mois à dater de l'échange des ratifications.

Article quarante-et-unième. Les archives, cartes et autres documens relatifs à l'Adminiſtration des Maires ou Communes, qui, en vertu du préſent Traité, paſſeront d'une domination ſous l'autre, ſeront remis aux nouvelles autorités en même temps que les territoires mêmes. Au cas qu'une partie de Commune ou de Mairie ſeulement fût cédée ou échangée, les archives

Streitigkeiten, nach Abhörung der Ortsbehörden, zu richten.

Art. XXXX. Die gegenſeitig abgetretenen, oder vertauſchten, oder noch zurück zu gebenden Ortſchaften ſollen innerhalb eines Monaths, von Auswechſelung der Ratifikationen an gerechnet, geräumt, und die Verwaltung den rechtmäßigen Behörden überliefert werden.

Art. XXXXI. Die Archive, Charten und andre die Verwaltung der, Kraft gegenwärtigen Traktats von einer Herrſchaft zur andern übergehenden Schultheißen Aemter und Gemeinden betreffende Schriften und Urkunden, ſollen zu gleicher Zeit mit den Gebieten ſelbſt den neuen Behörden übergeben werden. In den Fällen wo nur ein Theil der Gemeinde oder des Schultheißen-Amts abgetreten oder vertauſcht

reſteront à la partie où ſe trouvera le Chef-Lieu, à charge d'y donner accès à l'autre partie, chaque fois qu'elle en aura beſoin.

worden, verbleibt das Archiv demjenigen Theile, wo der Hauptort ſich befindet, doch mit dem Beding, dem gegenſeitigen Theile, ſo oft er es nöthig haben wird, den Zugang zum Archiv zu verſtatten.

Article quarante-deuxième. Dans les quinze jours après l'évacuation et la remiſe, dont il ſ'agit à l'article précédent, on commencera à planter les poteaux. Ces poteaux ſeront de bois de chêne de la longuer de 12 pieds du Rhin, 8 hors de terre et 4 en terre; ils ſeront carrés, la partie en terre ſera de 12 pouces d'épaiſſeur au moins, et celle hors de terre de 8; ils ſeront peints du côté de la Pruſſe en noir et blanc, et du côté des Pays-bas en orange et blanc; ils ſeront numerotés en commençant à la Moſſel-

Art. XXXXII. In den erſten vierzehn Tagen nach der im vorigen Artikel erwähnten Räumung und Uebergabe wird mit Errichtung der Grenzpfähle der Anfang gemacht. Dieſe Grenzpfähle ſollen von Eichenholz ſeyn, 12 rheinl. Fuß Länge haben, 8 Fuß über und 4 Fuß unter der Erde ſtehen; ſie ſollen viereckigt ſeyn; der Theil unter der Erde muß wenigſtens 12, der über der Erde 8 Zoll Dicke haben; ſie ſollen auf der preußiſchen Seite ſchwarz und weiß, und auf der niederländiſchen Seite orange und weiß angeſtrichen werden; ſie werden mit Nummern verſehen,

le. Il en ſera planté autant que les Commiſſaires le trouveront néceſſaire pour ne laiſſer aucune incertitude ſur aucune partie de la frontière; au cas qu'une rivière ou chemin faſſe limite, il en ſera chaque fois planté deux, ſavoir l'un du côté de la Pruſſe, l'autre du côté des Pays-bas; ces deux poteaux ne porteront qu'un ſeul numéro et ne ſeront peints qu'aux ſeules couleurs adoptées pour les territoires reſpectifs.

die bey der Moſel anfangen. Es ſollen ſo viel Grenzpfähle geſetzt werden, als die Kommiſſarien zur deutlichen Beſtimmung ſämmtlicher Grenztheile für nöthig erachten. Da wo ein Fluß oder Straße Grenze macht, ſollen jedesmahl zwey Grenzpfähle geſetzt werden, nämlich der eine auf preußiſcher, der andre auf niederländiſcher Seite; dieſe beyden Pfähle ſollen nur mit einer einzigen Nummer verſehen, und bloß mit der für das reſpektive Gebiet angenommenen Farbe angeſtrichen werden.

Article quarante-troiſième. Le préſent Traité ſera ſoumis aux deux Cours, à l'effet d'être ratifié, et les ratifications ſeront échangées dans les ſix ſemaines après la ſignature ou plutôt ſi poſſible. En foi de quoi les Commiſſaires des haules

Art. XXXXIII. Gegenwärtiger Traktat ſoll beyden Höfen zur Genehmigung vorgelegt, und die Ratifikationen binnen ſechswöchentlicher Friſt nach Unterzeichnung oder eher, wenn es thunlich iſt, ausgewechſelt werden. Zu deſſen Urkund haben die Kommiſſarien der ho-

parties contractantes l'ont ſigné et muni de leurs cachets. Fait à Aix-la-Chapelle, le vingt-ſix Juin dix-huit-cent-ſeize.

(L. S.) de Bernuth.
(L. S.) Eytelwein.
(L. S.) de Man.
(L. S.) Michiels de Keſſenich.
(L. S.) Nicolai.
(L. S.) Tock.

hen kontrahirenden Theile ſelbigen unterzeichnet und mit ihren Siegeln verſehen. Geſchehen zu Aachen, den ſechs und zwanzigſten Juny achtzehn hundert und ſechzehn.

(L. S.) v. Bernuth.
(L. S.) Eytelwein.
(L. S.) v. Man.
(L. S.) Michiels v. Keſſenich.
(L. S.) Nicolai.
(L. S.) Tock.

V.

Die neuen Revolutionen.

(Fortſetzung.)

Die neue ſpaniſche Revolution.

(Fortſetzung.)

In Betreff der nächſtfolgenden Jahre der Regierung Ferdinands VII., genügt es zu bemerken: daß das Syſtem derſelben, im Allgemeinen, ſich gleich blieb, und es eben ſo, im Allgemeinen gleiche Wirkungen hervor brachte. Kampf der Parteyen, im Kabinette, und dadurch bewirkter häufiger Miniſterwechſel, nichts deſto weniger unerſchütterliche Strenge, in den Verfolgungen der Liberalen, und Joſephiten, beſonders durch die Inquiſition; Tyranney einzelner ariſtokratiſcher Militärgouverneurs, in mehrern Provinzen, und Meutereyen, und Komplotte, demokratiſcher Militärchefs, an der Spitze mehrerer größerer und kleinerer Armeekorps; Erpreſſungen außerordentlicher Abgaben, bey den immer mehr ſich ergebenden Ausfällen der ordentlichen, und Unfähigkeit, auch die dringendſten Bedürfniſſe des Staats zu befriedigen; ſtetes Anordnen und Betreiben von

Expeditionen, nach den inſurgirten amerikaniſchen Provinzen, bey ſich ſtets mehr ergebenden Unvermögen, auch nur eine, in der erforderlichen Beſchaffenheit zu Stande bringen zu können; immer allgemeiner werdende Unſicherheit des Landes; nicht nur durch Vermehrung der Straßenräuber; ſondern auch Vermehrung und Vergrößerung förmlicher bewaffneter Banden; die nicht bloß auf den Straßen Räubereyen trieben; ſondern die Ortſchaften überfielen, und Kontributionen erhoben; durch alles dieß immer mehr zunehmende Unzufriedenheit des Volks, beſonders aber des Militärs; das, auf der einen Seite, ſich ſtets mit der verhaßten Deportation — denn dafür hielt es die Ueberſchiffung — nach Amerika bedroht, und auf der andern ſich einer gänzlichen Vernachläſſigung, und dem Elende, Preis gegeben ſah. Am Anfange des Jahrs 1819 gab eine franzöſiſche Zeitſchrift, die damahls einen halboffiziellen Charakter hatte, eine Schilderung, von der Lage der Dinge in Spanien; aus welcher wir folgende, unſerm Bedünken nach, beachtenswerthe Angaben ausheben.

„Spanien, durch einen blutigen Krieg verſtümmelt, aber ſtolz auf die Wunden, die es edelmüthig ſowohl für ſeinen König, als für ſeine Freyheit, erhalten hatte, war ohnzweifel berechtigt, andere Geſetze zu erwarten, als ſolche, die von einer unumſchränkten Macht herrührten. Dieſe Nation hatte, in den Cortes, denſelben Enthuſiasmus von Treue bewieſen, den ſie auf den Ruinen von Saragoſſa bewährt hatte. Der Augenblick ſchien, für Spanien, vorhanden, wo es ſeine alte Größe wieder herſtellen könnte; man durfte nur dem Patriotismus ſeiner

Bewohner vertrauen. Rathſchläge, in einem andern Sinne, wurden angenommen. Unmittelbar darauf wurde aber auch die Trennung Amerika's vollendet; und dadurch die nothwendigſte Quelle des Wohlſtandes, für das erſchöpfte Spanien, verſtopft. Ein permanentes Syſtem, von Strenge und Schwachheit, brachte, in alle Herzen, theils Spannung, theils Niedergeſchlagenheit; und das, unaufhörlich erneuerte, Miniſterium bewies auch die Größe des Uebels, und die Ohnmacht, es zu heilen. Das jährliche Defizit des öffentlichen Schatzes, wurde, durch alles dasjenige vermehrt, was nicht mehr aus Amerika, durch den Handel und durch die Gallionen aus Mexiko, anlangen konnte. Spanien, ohne Ackerbau, ohne Induſtrie, bot endlich nur noch das Schauſpiel des Elendes und der Unfruchtbarkeit dar. Die ſchlechte Lage der Finanzen war die tiefſte Wunde des Staats. Um dieſe Lage zu verbeſſern, bedurfte es der Mitwirkung aller Stände der Nation; während die unumſchränkte Gewalt nur ihre Ohnmacht offenbarte. Inzwiſchen hatte ein weiſer Miniſter (Garay) die Tiefe des Uebels ergründet. Er hatte ſich überzeugt, daß in Spanien, wie in Frankreich, die unerbittliche Nothwendigkeit, mit Heftigkeit alles dasjenige entreißen würde, was die Klugheit, mit Patriotiſmus gepaart, erhalten konnte. Zwey Jahre lang mühte man ſich ab, bey dem römiſchen Hofe, um den außerordentlichen Bedürfniſſen des Staats, einen Theil der Einkünfte der Kirche, zu verſchaffen. Allein, im Augenblicke des günſtigen Erfolgs ward das Miniſterium geſtürzt. Eine einzige Nacht machte Spanien bekannt: daß derjenige Miniſter, der, noch am Tage zuvor, das vol-

lige Zutrauen ſeines Monarchen beſeſſen hatte, verbannt, und in einen finſtern Kerker geworfen war. — Seit dieſem unheilbringenden Tage, erfüllte eine stets zunehmende Strenge Spanien mit Schrecken. Die Inquiſition wurde die höchſte Gewalt des Königreichs. Indeſſen kann das ſtolze Spanien, mit einem Papiergelde, das 85 Prozent verliert, weder ſeine Flotte bewaffnen, noch den Sold ſeiner ſchwachen Armee bezahlen. Seine Soldaten verlaſſen die Fahnen, unter denen ſie nur Elend finden, und verüben alle Unordnungen, eines vagabundirenden Lebens; das ſogar die Umgebungen der Hauptſtadt bedroht." Dieſer Schilderung fügt dieſes Blatt noch folgende Bemerkungen hinzu: „Eine Kataſtrophe wird, ſeit mehrern Monathen, voraus geſehn. Allein, man muß ſich, über die Natur der Ereigniſſe, deren Schauplatz Spanien ſeyn wird, nicht täuſchen. Wer weder die Geſetze, noch die Gewohnheiten der Spanier kennt, würde höchlich irren, wenn er wähnte, eine Revolution, in Spanien könnte der franzöſiſchen ähnlich werden. Wenn eine Revolution, in Spanien, dem Könige verderblich werden kann; ſo wird ſie deßhalb das Königthum nicht ſtürzen; oder doch, weder eine Demokratie, noch eine Uſurpation, einführen. Spanien iſt, in dieſer Hinſicht, in derſelben Lage, wie einſt England, von den Zeiten Wilhelms des Eroberers, bis zu den Zeiten der Stuarte; das heißt: die höhere Ariſtokratie verbindet ſich dort, auf eine natürliche Weiſe, mit den Städten, gegen den König. Dieſe Ariſtokratie hat zu Bundesgenoſſen die Städte, die nichts anders als Munizipalrepubliken, und die geiſtlichen Orden, die ebenfalls unabhängige Republiken

ſind. Wenn alſo dort das Volk ſich erhebt; ſo geſchieht es nicht für ſich ſelbſt, noch für die Demokratie; ſondern es erhebt ſich, auf Betrieb der Ariſtokratie, und für die Ariſtokratie. — Welche Ereigniſſe, alſo in Spanien auch eintreten werden; ſo kann man voraus ſagen, daß ſie, nicht im Sinne der Feinde der öffentlichen Ruhe Europas erfolgen können; wenn es anders möglich iſt, Spanien, nach ſeinen Gewohnheiten, ſeinen Geſetzen, ſeiner Religion, und ſeiner ganzen Geſchichte, gehörig zu würdigen." —

Wir haben dieſe Bemerkungen hier mit aufgenommen, der Vergleichung wegen, zwiſchen dem, was hier prognoſticirt wird, und dem was erfolgt iſt. Es möge nun zunächſt eine Ueberſicht der Hauptthatſachen, welche der Revolution zunächſt voran gingen, folgen; in ſofern ſie aus den vorliegenden freylich weder vollſtändigen noch ganz ſichern und zuverläſſigen, Nachrichten entnommen werden können.

Das Ereigniß, was, im Jahre 1820, zunächſt die öffentliche Aufmerkſamkeit hauptſächlich beſchäftigte, war wieder eine Militärverſchwörung, gegen den General Elio. Dieſer Mann, der ohnſtreitig, durch ſeine Despotie und Härte, ſehr viel zu dem Ausbruche der Revolution beygetragen hat, verdient, daß wir etwas bey ihm verweilen, um ihn näher kennen zu lernen; um ſo mehr da die hier folgenden ihn betreffenden, Notizen, auch als Zeichen der Zeit und Verhältniſſe, Merkwürdigkeit haben. „Er iſt," ſagt eine Nachricht, in der engliſchen Zeitung, „Morning Chronicle," einer, von den Menſchen, deren Ellenbogen, wie das Sprichwort ſagt, das Glück nicht fahren läßt. Durch glückliche Zu-

fälle erhielt er die Würde eines Generalkapitäns des Königreichs Valencia, und, entging er auf dieſem Poſten, bereits f ü n f Verſchwörungen glücklich. Einmahl feuerten, bey einer Muſterung, mehrere Soldaten, mit Kugeln auf ihn; ohne ihn zu treffen. Auf einer Jagd wurde auf ihn, von unbekannter Hand, geſchoſſen; aber die Kugel, ging durch den Hut. Vor nicht langer Zeit kam ein Befehl, mit des Königs Unterſchrift, von Madrid nach Valencia, des Inhalts, den General abzuſetzen, und ihn, binnen v i e r u n d z w a n z i g Stunden, zu erſchießen. Aus Vorſicht ſandte die Perſon, welche den Befehl erhalten hatte, einen Expreſſen nach Madrid; wo es ſich denn fand, daß er untergeſchoben war. Einſt ſollte er, beym Herausgehn aus dem Theater, ermordet werden; aber das Schauſpiel endigte eine halbe Stunde früher. — E l i o iſt ein tapferer Mann; aber ein Tyrann, für die Provinz, die er, als Deſpot, regiert. Er miſcht ſich in Alles. Wenn ein Knabe einem alten Mann ſeine Perücke vom Kopfe reißt; ſo iſt er es, der ihn ergreifen läßt; wenn eine Frau mit ihrem Manne Zank hat; ſo legt er ſich ins Mittel, und ſchickt den Mann auch wohl ins Gefängniß, wenn er nicht zu Kreuze kriechen will. So behandelte er einſt einen der angeſehenſten Edelleute, der ihm bedeutet hatte, daß häusliche Angelegenheiten ihm nichts angingen. E l i o s Tapferkeit iſt übrigens auch nicht von Praelerey frey. Als ſeine Gattin ihn beſchwor, zu ſeiner Sicherheit, noch ein Regiment in die Stadt kommen zu laſſen; weil er von den Einwohnern ſo ſehr gehaßt würde, auch ihm rieth, den König um eine andere Stadthalterſchaft zu bitten, antwortete er ihr: Wie Senora? „Ich

ſoll vor den Valencianern fliehn? Man gebe mir einen Serganten und vier Soldaten, und ich laſſe die ganze Stadt aufhängen." Am Tage der Hinrichtung der Letztverſchwornen, ritt er abſichtlich, während dieſes Akts, bloß von zwey oder drey Bedienten begleitet, durch die Straßen der Stadt, und dann auf den Richtplatz, wo man indeſſen die Leichname der Erſchoſſenen an den Galgen gehängt hatte. Hier hielt er, in einiger Entfernung, zählte die Körper, und rief, ſein Pferd umher kurbettiren laſſend: Gut! gut! Sie ſind alle da!" —

Dieſer einzige Zug iſt hinlänglich, um den ganzen Mann kenntlich zu machen. — Die Verſchwörung, von der hier die Rede iſt, war von einem penſionirten Obriſten, Don Joachim Vidal, angeſtiftet. Einer offiziellen Note nach, in welcher der Miniſter der auswärtigen Verhältniſſe, dem diplomatiſchen Korps davon Nachricht gibt, waren die Mitverſchwornen: ein Lieutenant, im Regimente der Königin, zwey Militärverpflegungsbeamten, zwey Kaufleute, der Salinenverwalter von Grao, ſechs Handwerksleute, zwey Serganten, ein Soldat und ſechs Bauern; eine ſeltſame Kompoſition; die, weder durch das Perſonal, noch die Zahl, ein dem Staat mit Gefahr drohendes Anſehn gewinnt. Gleichwohl verkündet General Elio, in einer, nach der Hinrichtung der Verſchwornen erlaſſenen, Proklamation: „dieſe Ungeheuer hätten die Monarchie und die Regierung umſtoßen, Diebſtahl, Rache, Mord organiſiren, und Ströme von Blut fließen machen wollen. Das waren ihre Entwürfe," ſagt er ferner, „und Ihr," (die „biedern Valencier, getreuen Krieger, ſeine

Waffengefährten;" an welche dieſe Proklamation gerichtet iſt,) „hättet ihnen dabey helfen ſollen. Zwar hatten ſie Euch davon noch nicht in Kenntniß geſetzt; aber es war ihre Abſicht, Euch dieſen Schimpf anzuthun. Auf ihre eigene Wildheit ſich nicht verlaſſend, wollten ſie alle Verbrecher in Freyheit ſetzen, und mit ſich verbinden. Die Fürſehung," ſo fährt er dann, in ſeiner Proklamation, fort: „hat ſich außerordentlicher, und über die menſchliche Einſicht gehenden Mittel bedient, um alle Feinde des Throns und der Religion, welche Spanien beunruhigen, zu vernichten; die Fürſehung hat auch mich erleuchtet, und mich mit den Mitteln ausgerüſtet, um die dreyzehn Elenden, die vor euern Augen geblutet, zu entdecken und zu überführen. Aber, Valencier! dieſe ſind nicht die einzigen Treuloſen, unter Euch; ſie haben noch Mitſchuldige, in dieſer Provinz, im Königreiche. Euch, ehrbare Einwohner von Valencia, Euch, getreue ſpaniſche Krieger, kömmt es zu, ſie mir anzuzeigen; mir, ſie zu vertilgen! Euer Glück hängt davon ab! So lange einer davon übrig bleibt; ſo lange ihre falſchen Lehren verbreitet werden; ſo rechnet der Vater umſonſt auf den Gehorſam ſeines Sohnes; die Gattin vergeblich auf die Treue ihres Mannes. Es gibt keine Freundſchaft, keine Redlichkeit in Geſchäften, keine geſelligen Tugenden mehr; wir werden einer den andern umbringen; der Sohn wird den Vater, der ihn erzeugt, die Mutter, die ihn geſäugt, ermorden. Sollte euch dieſe Schilderung übertrieben ſcheinen;" ſo ſchließt er, „ſo denkt, daß die Lehren, welche die Monarchien untergraben, die unſerer Feinde ſind; die,

durch dieſelben, auch uns in den Abgrund ſtürzen wollen. Aber fürchtet ſie nicht! Gott der Beſchützer dieſer katholiſchen Nation, hat dem ſpaniſchen Volke hohe Tugenden gegeben; nichts wird es, von ſeiner Treue, gegen Thron und Religion abwendig machen können. Erprobte Anführer kommandieren in andern Provinzen; auch dieſer mangelt ein ſolcher nicht. Ihr findet immer, an der Spitze der Getreuen, zur Beſchämung aller Aufrührer, Euren General Elio." —

Dieſe Proklamation, ſo viele Kraft auch ihr Urheber darein zu legen bemüht geweſen war, machte doch, weder bey dem Volke, noch bey dem Militär, den Eindruck; welcher dabey beabſichtet war. Die Hinrichtungen zu Valencia erregten allgemeinen Unwillen. Die Unzufriedenheit, beſonders unter dem Militär vermehrte ſich; und ſchon ergaben ſich, unter der Armee, welche beſtimmt war, nach Amerika geſandt zu werden, Andeutungen, einer ſich bildenden Verſchwörung; die, wie gewiß zu ſeyn ſcheint, ſelbſt unter Teilnahme, des dieſe Armee kommandierenden Generals, weiter ausgebildet wurde; bis ſie dieſer General, da ſie dem Ausbruche nahe war, plötzlich unterdrückte.

Noch iſt dieſe Begebenheit nur in den Grundſakten klar. Die Theilnahme des Feldherrn, Generals Odonnel, Graf von Abisbal, wird, von einigen Nachrichten, als aufrichtig, von andern, als verſtellt, angegeben. Jenen nach, war er, durch ein, am 7. Jul., von dem König erhaltenes Schreiben, worin er des Hochverraths beſchuldigt worden, beſtimmt, die entſcheidende Maßregel zu er-

greifen, wodurch er die Verſchwörung unterdrückte; dieſen nach, war er der Verſchwörung auf die Spur gekommen, und ſtellte ſich nun, als ob er Theil daran nehmen wollte, um völlig dahinter zu kommen. Die engliſche Zeitung: Morning Chronicle, theilt darüber eine ausführliche Nachricht mit; die folgendes enthält. „Ohnerachtet viele Officiere entſchloſſen waren, bey erſter Gelegenheit, ihre Abneigung, gegen das Einſchiffen, an den Tag zu legen; ſo was doch, in dieſer Hinſicht, kein Entſchluß gefaßt worden, bis Odonnel, der ſich vom Hofe vernachläſſigt glaubte, ſelbſt Mißvergnügen blicken laſſen, und von Veränderungen ſprach. Da hatten mehrere Verſammlungen Statt, die der General begünſtigte. Reiche Bürger, Kaufleute und Perſonen aus allen Ständen, legten dieſelben Geſinnungen, wie der General, an den Tag. Dieſer, um ſeine Aufrichtigkeit zu beweiſen, erbot ſich, jede Erkärung zu unterzeichnen, die man von ihm fordere; die Verſchwornen erklärten aber, daß ſie ſich mit ſeinem Ehrenworte begnügten. Indeſſen traf der General Sarsfield bey dem Heere ein. Odonnel bot alles auf, um ihn zu gewinnen; es gelang zwar, doch zeigte er nie Eifer für die Sache, und erklärte, daß ſie zu weiter nichts, als zu einem Bürgerkriege führen würde. Odonnel bezeichnete auch mehrere Generale und andere Officiere, denen man von der Sache nichts ſagen dürfe, weil ſie entſchiedene Royaliſten wären. Der Plan ging dahin: ſich der Stadt Kadiz und der Flotte zu bemächtigen, nach Madrid zu marſchieren, und eine Nationalverſammlung zuſammen zu berufen. Odonnel ſollte zum Anführer ernannt werden. Indeſſen wurde nicht entſchieden:

ob Ferdinand den Thron behalten, ob Dom Francesco ihn erſetzen, oder ob man die Dynaſtie verändern ſollte. Da Odonnel, in einigen Umſtänden, Unentſchloſſenheit zeigte; ſo wollten einige Verſchworene ihn, am 6. Jul., erdolchen; ſie wurden aber, durch die Fürbitten zweyer ſeiner Freunde, von ihrem Entſchluß abgebracht. — Ueber die Bewegungsgründe der Sinnesänderung Odonnels, in der Nacht vom 7. auf den 8. Jul." ſetzt dieſe Nachricht hinzu „iſt man nicht einig. Einige glauben: er habe ſelbſt am Gelingen verzweifelt, weil nur ein kleiner Theil der Truppen gewonnen war; ſo wie denn viele der Meynung ſind, daß die Namen Odonnel und Sarsfield nicht geeignet wären, Enthuſiasmus zu erregen; andere hingegen halten dafür: daß Odonnel, zu Kadix hätte machen können, was er gewollt hätte; daß es aber den Verſchwornen an Muth gefehlt habe; wie denn das erſte Regiment von Katalonien, das einzige, in welchem auch die Soldaten gewonnen waren, ſich einſchiffen ließ, ohne den geringſten Widerſtand zu zeigen." —

Wir laſſen die Authenticität dieſer Angaben auf ſich beruhen. Unzweifelhafte Thatſache ſcheinen zu ſeyn: daß General Odonnel, am 7. Jul., 4000 Mann von der Garniſon von Kadix, die auch einen Theil der nach Amerika beſtimmten Armee ausmachten, plötzlich verſammeln ließ, und eine Anrede an dieſelben hielt; worin er ihnen, im Namen des Königs, den Antrag machte: daß ſie nie nach Amerika eingeſchifft werden ſollten, wenn ſie ihm jetzt, in einer ſehr kurzen, aber für den königlichen Dienſt wichti-

gen, Expedition, treu beyſtehn wollten; daß er ſie darauf nach Puerto Santa Maria, wo, in dem ſogenannten Siegeslager, 7000 Mann ſtanden, um zuerſt eingeſchifft zu werden, unter denen die Verſchwörung Statt fand, dieſe umzingte, ſie das Gewehr zu ſtrecken zwang, und eine große Anzahl Officiere gefangen nehmen ließ; unter denen fünf Obriſten, vier Obriſtlieutenants, ſechs Bataillonschefs ꝛc. waren. General Abisbal wurde, von der Führung der Expeditionsarmee, die freylich ſo gut als nicht mehr exiſtirte, da dem einen Theile zugeſagt war daß er nicht eingeſchifft werden ſollte, und der andere aufgelöſt worden — entbunden, und zum Generalkapitän von Andaluſien und Präſidenten der Audienza von Sevilla; ingleichen zum Civil- und Militärgouverneur von Kadix, und Subdelegirten der Seeprovinzen dieſes Namens ernannt: freylich nicht unter Anführung des eben angedeuteten Grundes; ſondern „in Erwägung, daß die Delikateſſe des Generallieutenants Abisbal ihm nicht erlauben würde,“ (dem Könige) „vorzuſtellen, wie übel ihm das Einſchiffen bekommen könnte; indem ſeine, in der Schlacht bey Abisbal erhaltene, Wunde noch offen ſey und von dem ſchlechten Zuſtande ſeiner Geſundheit in Kenntniß geſetzt, und geſonnen, deſſen Anhänglichkeit, an“ (des Königs) „Perſon zu belohnen.“ Indeſſen wurde er doch zugleich nach Madrid beſchieden, um ſich vor einer, zu dem Ende niedergeſetzten, Kommiſſion zu ſtellen, und von ſeinem Betragen Rechenſchaft zu geben; woraus hervor geht: daß die Regierung wenigſtens nicht völlig überzeugt war, daß ſeine Theilnahme an der Verſchwörung nur verſtellt geweſen.

Ueber dieſen ganzen Vorgang macht ein franzöſiſches öffentliches Blatt folgende Bemerkungen: „Es ſcheint, daß einige höhere Officiere, die, allen ſpaniſchen Truppen anklebende, Abneigung, gegen den Dienſt über Meer, haben benutzen wollen, um Entwürfe, gegen die Regierung, in der Halbinſel ſelbſt, auszuführen; denn man kann nicht füglich annehmen, daß alle Erinnerung an Verfaſſung und Freyheit, womit die Cortes die Hoffnung der Spanier nährten, ausgelöſcht ſind. Die Verſchwörung hat, wie alle Nachrichten bezeugen, nur im Entwurfe beſtanden, und ſie iſt wie alle frühern, im Entwurfe geſcheitert. Mögen immer einige Verwegene einen Gewaltſtreich verſuchen; ſo ſehn ſie ſich bald verlaſſen, und von ihren Mitverſchwornen ſelbſt angegeben. So wurde **Mina**, als er Pampeluna überrumpeln wollte, ſo wurden **Porlier**, **Lascy** und andere, von ihren eigenen Soldaten verrathen. **Spanien wird keine Revolution erleben; es zehrt ſich auf, es ſinkt in ſich ſelbſt zuſammen; die Kraft, ſich zu erheben, iſt dahin.**" —

So weiſſagte man damahls; und gleichwohl bereitete ſich damahls ohnſtreitig die Revolution bereits vor. In dem aufrühreriſchen Armeekorps ſoll ſchon, obwohl im Stillen, von einer, vom Könige zu fordernden, Konſtitution die Rede geweſen ſeyn. Unmittelbar nachher wurde aber auch ſchon die Forderung einer ſolchen laut. Sonderbar genug ließ ſich dieſelbe, nach Angabe engliſcher Blätter, zuerſt von einem Manne vernehmen, den man für nichts anders, als einen Räuberhauptmann, gehalten; einem

Guerillasanführer, Namens Melchor; der in Eſtremadura, Dörfer und kleine Städte brandſchatzend, umher zog; und zwar in einer Proklamation, die auch mitgetheilt wird; in welcher er ſich „den Ritter von der Konſtitution" nennt, der Regierung harte Vorwürfe macht, und die Nation auffordert, ſich die Freyheit wieder zu verſchaffen.

Um eben die Zeit hatte ein junger Advokat, zu Madrid, eine Addreſſe an den König, entworfen, und ließ ſie unter der Hand zirkuliren, um Unterſchriften dafür zu erhalten; worin er den König, an ſein zu Valencia gegebenes Verſprechen erinnerte, die Cortes zuſammen zu berufen. Der Inhalt dieſer Addreſſe war der Angabe nach folgender: „Sire, die Unterzeichneten, Mitglieder aller Klaſſen der bürgerlichen Geſellſchaft, ſtellen E. M., mit aller ſchuldigen Aufrichtigkeit, Ergebenheit und Ehrfurcht vor, daß die Erfahrungen, die wir, ſeit der glücklichen Rückkehr E. M., in ihre Staaten, gemacht haben, täglich eindringender die Nothwendigkeit eines neuen Regierungsſyſtems darthun; welches den Mißbräuchen, dieſen Folgen ſo vieler Jahre der Willkür, abhelfe, und die, zum allgemeinen und Privatwohle ſo unentbehrliche Ordnung wieder herſtelle. Die Uebel, die in der Hauptſtadt und in den Provinzen gleich drückend gefühlt werden; das Hinwelken des Kunſtfleißes, der Stillſtand des Handels, im Innern wie in den Seeſtädten, dieſe und andere Leiden erheiſchen die Abhülfe, die E. M. uns, bey ihrem Einzuge in Valencia, verſprochen, und die in der Zuſammenberufung einer Nationalrepräſentation, die Provinzen jenſeits des Meers mit einbegriffen, be-

ſteht. Durch Erfüllung dieſes heiligen Verſprechens, werden E. M. die Wünſche aller guten Spanier erfüllen, und dieſe werden, um zu dem Vorhaben E. M. mitzuwirken, dieſelbe Thätigkeit zeigen die ſie, in der Bekämpfung der ungerechten Forderungen, des Uſurpators von Europa, an den Tag gelegt haben. Auf dieſe Art, werden Ackerbau, Handel und Kunſtfleiß wieder aufleben, und die Nation ihren alten Wohlſtand, und ihren alten Ruhm wieder erlangen." —

Es kam nicht zur Ueberreichung dieſer Addreſſe. Der Urheber verſchwand; nach einigen Angaben, wurde er in die Gefängniſſe der Inquiſition geſetzt; nach andern hielt er ſich verſteckt, wieder nach andern hatte er ſich in den Schutz des „Ritters von der Konſtitution," Melchiors, begeben.

Dieß letzte hatte er wohl bewerkſtelligen können; indem dieſer Parteychef damahls den Plan entworfen, die Kommunikation, zwiſchen Madrid und Kadix abzuſchneiden, und ſich deßhalb, aus Eſtremadura, in die Gebürge von Andaluſien gezogen, hatte. Uebrigens vermehrten ſich die Banden von Mißvergnügten, um dieſe Zeit, täglich; beſonders in den Gebürgen, zwiſchen Andaluſien und Valencia. „Mehrere Officiere von Anſehn," ſagt eine glaubhafte Nachricht, „die vormahls unter Blake gedient hatten, von Elio aber verfolgt worden waren, ſollen an der Spitze dieſer Banden ſtehn. Es ſind keine Räuberhaufen; ſondern wahre Guerillas; wie während des letzten franzöſiſchen Krieges. Freylich ſind ſie, wie dieſe, in der Wahl der Mittel, um zu ihrem Zwecke zu gelangen, eben nicht ſehr bedenk-

lich. Wie es mit den Banden, in Andaluſien und Eſtremadura, ausſieht, iſt problematiſch. Es heißt, daß ſie, in der letztern Zeit, durch Deſerteurs von den Linientruppen Zuwachs erhalten haben, und ſich zu wichtigen Operationen vorbereiten. Indeſſen gehorchen ſie mehrern Chefs, und dieſe handeln nicht immer gemeinſchaftlich, ſo daß ſie, in dieſer Hinſicht, weniger gefährlich ſind. — Man hat es bisher möglichſt vermieden," ſetzt dieſe Nachricht hinzu: „Linientruppen, gegen dieſe Banden zu ſchicken, und darin vielleicht klug gehandelt, indem man ſich auf die Truppen nicht verlaſſen konnte. Ein erfahrener General, mit guten und treuen Truppen, die den Gebürgskrieg verſtehn, hätte alle dieſe Banden, in kurzer Zeit ſprengen und vernichten können. Allein an einem ſolchen General und an ſolchen Truppen fehlt es eben. Fürs erſte können zwey dieſer Banden die öffentliche Ruhe ſtören; doch nur in den Diſtrikten, die ſie gerade beſetzen. Für einen allgemeinen Aufſtand, gegen die Maßregeln der Regierung, iſt von ihnen nichts zu befürchten. Hierüber ſind alle Nachrichten einig, wenn ſie auch ſonſt noch ſo ſehr von einander abweichen." —

Dieß hat, durch den Erfolg, Beſtätigung erhalten: indeſſen iſt doch nicht zu bezweifeln, daß die Auflöſung der bürgerlichen Verhältniſſe, welche dieſer Zuſtand zu Tage legt, indirekt wenigſtens, zu der Revolution mitgewirkt hat. Auf der andern Seite geſchah dieß nicht weniger, durch die, fortgeſetzt angewandte, Härte und Grauſamkeit, einiger Provinzialgouverneure; und wenn auch die, davon in Umlauf geſetzten, Erzählungen, in manchen An-

gaben übertrieben wären; so waren ſie deßhalb gewiß nicht von geringer Wirkung. Unter den Provinzialtyrannen ſtand noch immer oben an Elio, und diente andern zum Vorbilde. Im September dieſes Jahrs hatte er wieder hundert und neunzehn Perſonen, als einer Verſchwörung verdächtig, einziehen; und in die Gefängniſſe der Inquiſition werfen laſſen. Hier ließ er ſie, einer Erzählung in engliſchen Blättern nach, auf die Tortur werfen; und wohnte ſelbſt ihrer Peinigung bey, um den Unglücklichen, durch ſeine verfänglichen Fragen, das Geheimniß der präſumtiven Verſchwörung zu entreißen. Unter dieſen befand ſich eine Frau, welche vor Kurzen von Zwillingen entbunden worden, und die man, auf die Ausſage eines Mannes, daß ſie beſondere Kenntniß von jener Verſchwörung habe, in die Gefängniſſe der Inquiſition geworfen; wo ſie, unter Qualen und Verwünſchungen Elios, ihren Geiſt aufgab. Dieſe Frau war eine von den Heldinnen, welche Valencia, gegen den Marſchall Moncey, vertheidigt hatten. „Dieſe Grauſamkeit, welche von einem Mitgliede der Inquiſition, in deren Kerker ſie verübt, ſelbſt bekannt gemacht worden,“ ſetzt dieſe Erzählung hinzu: „hat einen unbeſchreiblichen Eindruck gemacht. In den Geſichtern aller Einwohner drückt ſich Schrekken und Wuth ab. Das ganze Königreich wird dieſe Empfindungen theilen.“ —

Von dem Generalkapitän von Granada, dem General und vormahligen Kriegsminiſter Egnia, erzählt eine franzöſiſche Nachricht Aehnliches; ſich ſo äußernd: „Gleich ſeinem würdigen Vorbilde, dem General Elio in Valencia, hat er die Inquiſition,

an die Stelle der bürgerlichen Gerichtsbarkeit geſetzt, und die Klöſter in Gefängniſſe umgeſtaltet. Unlängſt begab er ſich inkognito nach Mallagà, ſchlug ſeinen Sitz in einem Kloſter der Vorſtadt auf, und leitete, von da aus, die Verhaftungen, der ausgezeichnetſten Perſonen der Stadt. Graf Taba, Grand von Spanien, und Bruder des Grafen Montijo, war ſo glücklich nach Gibraltar zu entkommen; andere flüchteten ſich nach Frankreich." —

Zur Vermehrung der Wirkungen, welche dieſe und ähnliche Prozeduren, in Betreff neuer Verſchwörungen, hervor bringen mußten, trug ohnſtreitig auch das Urtheil bey, was, um dieſe Zeit (September 1819) über die Theilnahme eines frühern revolutionären Unternehmens erging; das des General Porlier nämlich, der, im Jahre 1814, ſich der Stadt Corunna bemächtigte, und daſelbſt die Konſtitution der Cortes proklamirte; auf dem Wege nach St. Jago de Compoſtella aber, von ſeinen eigenen Soldaten, verrathen wurde. Dieſem Urtheile nach, ſollen eilf der Haupttheilnehmer, durch den Rücken geſchoſſen, und dreyßig andere (alle, wie die erſtern, Officiere) auf drey bis zehn Jahre, auf die Galeeren geſchmiedet werden; der vielen andern nicht zu gedenken, die mit gelindern Strafen belegt wurden. Unbeendigt waren noch, die ebenfalls ſchon ſeit mehrern Jahren geführten Unterſuchungen, in Betreff anderer ähnlicher empöreriſcher Unternehmungen (der der Generale Lascy und Renovales) im Militär; und von der letzten Kadixer Verſchwörung allein, ſaßen über hundert und funfzig Officiere noch in Haft. In öffentlichen Nach-

richten wurde die Summe der Verſchwornen und Verdächtigen, im ſpaniſchen Heere, damahls ſchon auf ein Sechstel des Ganzen angegeben; und dabey anzumerken nicht unterlaſſen, daß ſie alle für die Reſtauration des Königs gekämpft hätten.

Folgendes Bild entwirft eine franzöſiſche geachtete Zeitſchrift, von dem Zuſtande der Dinge, in Spanien, um dieſe Zeit: „ein Papier ohne Kurs, leere Kaſſen, Rückſtände in den Beſoldungen der Beamten und Soldaten, politiſche Verſchwörungen, heimliche Anklagen, Verhaftungen, Verfolgungen der Inquiſition, Wiedererweckung der Jeſuiten, die ſich, wie die Heuſchrecken, vermehren, und über alles dieß die Peſt; — dieß ſind die Grundzüge des Zuſtandes von Spanien, in dem Augenblicke, wo der Donner der Kanonen die Feſte des königlichen Beylagers verkündigen. Mit der Expedition von Kadix, deren Koſten man auf 25 Mill. Piaſter anſchlägt, iſt es zu Ende. Man verbrennt alle Geräthe und Effekten, welche dazu gehören; alle Verbindung, zwiſchen den Schiffen, und den verſchiedenen Häfen Andaluſiens, iſt unterſagt. Die Truppen, die in das Innere des Landes verlegt worden ſind, zerſtreuen ſich von ſelbſt. Kadix, Santa Maria, Isla de Leon, Chiclana, San Lucar, die Küſten von Andaluſien, Sevilla ſelbſt, und vielleicht ſchon Cordova, ſind eine Beute des gelben Fibers, das, von Havanna kommend, durch die afrikaniſche Peſt, ſich verſtärkt zu haben ſcheint. Engliſche und franzöſiſche Schiffseigenthümer, die nach Kadix kamen, um ihre Schiffe zum Transporte zu vermiethen, und bey dieſer Gelegenheit, Waaren nach Spanien ein-

zuſchmuggeln, ſtarben auf ihren Ballen; die den Flammen übergeben werden müſſen. Einige wenige entrannen, aus dem Kreiſe, in welchem man ſie einſchloß, und tragen nun vielleicht den Tod mit ſich, in andere Häfen." —

Dieſes Uebel minderte ſich indeſſen, mit dem Eintritte der kühlern und feuchtern Jahreszeit; nicht ebenfalls die übrigen. In der Regierung ſelbſt fand, bey aller Härte, doch keine Feſtigkeit Statt. Der Parteykampf, und in deſſen Folge, der Wechſel der Miniſter dauerte fort. Vom May 1814 an, bis zum November 1819, hatten das Miniſterium der auswärtigen Angelegenheiten acht Perſonen, nach einander, bekleidet; in eben dem Zeitraume, das Finanzminiſterium neun Perſonen; das Kriegeminiſterium fünf, das Marineminiſterium drey; das Miniſterium der Juſtiz fünf; das Polizeyminiſterium war allein von einer Perſon bekleidet worden; jedoch nicht, daß dieſelbe, in der angezeigten Zeit, im Beſitz dieſer Stelle geblieben wäre; ſondern, weil ſie, nach dem Abgange des erſten Inhabers, nicht wieder beſetzt worden war.

Bey dieſem ſteten Wechſel der Parteyen und Perſonen, blieb die Regierung doch ihrem Syſteme treu, Unzufriedene aufzuſpüren und zu verfolgen, und dadurch die Zahl der Unzufriedenen zu vermehren. Ein ſonderbares, bis jetzt noch nicht aufgehelltes, Ereigniß gab auch noch im November 1819 Anlaß, zur Erneuerung und Verſchärfung, der deßhalb ertheilten Vollmachten und Aufträge. Es empfingen nämlich die Obriſten der vier und dreyßig

Milizregimenter, von ihrem Generalinſpekteur, dem Grafen von Villariezo, unter dem 22. dieſes Monaths unterzeichnete, Befehle, ihre Truppen, unter die Waffen zu rufen und in dem Hauptorte ihrer Provinz zu verſammlen. Durch den Empfangſchein, über dieſe Ordre, welchen der Obriſt, vom Regimente Tolledo, an den Generalinſpekteur einſendete, wurde dieſer jedoch erſt, von dem Daſeyn derſelben, in Kenntniß geſetzt; denn die Ordre war falſch, und die Unterſchrift des Generalinſpekteurs nachgemacht. Eilboten wurden nun ſchleunigſt an die Regimentschefs geſandt, um dieß denſelben kund zu thun, und ſo die Exekutirung des Befehls zu verhüten. Durch ein königliches Dekret, vom 14. Dec. wurde darauf ein Spezialkommiſſar ernannt, um den Urheber dieſer ſeltſamen Betrügerey auszuforſchen, und dem, welcher ihn anzeigte, 300,000 Realen Prämie und eine Anſtellung, mit 30,000 Realen jährlichen Einkünften, auch Sicherheit, für ſeine Perſon, und ſeinen guten Ruf (?) zugeſagt. — Der Miniſter der Juſtiz aber hatte, unter dem 8. Dec., ein Cirkular, an alle Civil- und Militärbehörden erlaſſen; worin er ſie auffordert: „alle demagogiſchen Umtriebe ſtreng zu bewachen; indem dieſe Umtriebe die einzige Urſache wären, warum der königliche Schatz ſich nicht füllen, und die vom Könige für Spaniens Wohlfahrt beſchloſſenen Maßregel noch immer keine Wirkung hätten;" hinzufügend: „der König ſey entſchloſſen, der Welt ein Beyſpiel, heilſamer Strenge, gegen die Ruheſtörer, zu geben, und wolle daher, daß ihm, über die Schritte und Reſultate, wozu die Vollziehung dieſes Befehls Gelegenheit geben werde, Rechenſchaft abgelegt werden ſolle."

Welcher der Eindruck ſeyn mußte, den dieſe Aufforderung hervor brachte, läßt ſich leicht errathen; da die „heilſame Strenge," notoriſchen Thatſachen, und der öffentlichen Meynung nach, ſchon ſeit Jahren und im ſteten Zunehmen, geübt worden, und uns beſonders die Inquiſition, angeblich wegen Freymaurerey, Ketzerey und Philoſophie, die angeſehenſten und geachtetſten Männer verfolgend, ihre Kerker immer mehr füllte. So war noch vor Kurzem der, ſchon erwähnte, Graf von Montijo, Grand von Spanien und vormahls Generalkapitän von Granada, aus der Militärhaft, in welcher er ſich befand, nach dem Gefängniſſe der Inquiſition, zu St. Jago in Gallizien, einem der fürchterlichſten in ganz Spanien, gebracht worden. Gleiches Schickſal hatte ſein Bruder, und mehrere andere Männer erfahren, die ihrem Vaterlande wichtige Dienſte geleiſtet, und in verdienter öffentlicher Achtung ſtanden.

Auf die öffentliche Stimmung wirkte ebenfalls höchſt nachtheilig, die fortgeſetzte Verbannung, einer ſo großen Anzahl Spanier; die größeſten Theils aus ſehr angeſehenen Familien waren. Der ſogenannten Joſephinos; oder derer, die deßhalb verbannt waren, weil ſie, unter Joſeph Bonapartes Regierung, im Militär oder Civil, Stellen bekleidet, waren noch an 12,000. Der ſogenannten Liberalen, oder ſolcher, die zu den Cortes oder ihrer Partey gehörten, etwa 1000; denn die wenigſtens von dieſen hatten ſich, durch die Flucht der Einkerkerung entzogen; da ſie dieſelbe nicht befürchteten. Da mehrmahls Geſuche und Anträge, beſonders wegen Milderung des Schickſals der erſtern, an

den König gelangt waren; ſo hatte dieſer dem ho-
hen Rathe von Kaſtilien (im May 1819) aufgegeben,
von den Generalprokuratoren, einen Bericht darüber
einzuholen: ob eine Amneſtie billig und rathſam ſey;
der für die bejahende Meynung ausfiel, und dieſelbe
mit ſehr verſtändigen und triftigen Gründen unter-
ſtützte. „Eine allgemeine Amneſtie," heißt es darin,
„iſt nothwendig, um eine Revolution zu beendigen.
Man muß alle Schwachheiten, alle Irrthümer verge-
ben; damit alle Bürger ihre Bemühungen vereini-
gen können, um die Wunden des Staats zu heilen.
Wenn die Mißvergnügten im Auslande bleiben; ſo
werden ſie nie aufhören, gegen das Intereſſe des
Staats zu intriguiren. Es gibt viele ehrliche und
rechtliche Bürger, denen es nur an der nöthigen Fe-
ſtigkeit mangelte, große Opfer zu bringen; ſie gaben
ſo der koloſſalen Macht des Uſurpators nach; ihre
Geſinnungen und ihre Lage verdienen Nachſicht. —
Wir geſtehn, daß, unter ihnen, ſich einige wirkliche
Verbrecher finden; aber ſie werden — gebrand-
markt, in der öffentlichen Meynung — entweder
nicht wagen zurück zu kommen; oder, wenn ſie kä-
men, ſo würde ihre kleine Anzahl ſie doch wenig ge-
fährlich machen. — Es gibt noch eine andere Klaſſe
der Verbannten, die der königlichen Amneſtie noch
weit würdiger iſt; dieß ſind die Patrioten, die gegen
den Uſurpator kämpften. Wie groß auch immer ih-
re Verirrungen ſeyn mögen; ſo haben ſie doch früher
Dienſte geleiſtet; ſie haben ſich der Uſurpation des
Throns widerſetzt; ſie haben im Namen des Souve-
räns, unter den Befehlen einer legitimen Regierung,
welche den König vorſtellte, gehandelt. Zwiſchen
ihnen und denen, die ſich vor dem Uſurpator beug-

ten, kann keine Vergleichung angeſtellt werden.“ — Dieſe Darſtellung, ſo einleuchtend ſie war, blieb doch ohne Erfolg. —

Mit derſelben Beharrlichkeit, womit die Regierung das Syſtem der Härte, im Innern, verfolgte, hielt ſie auch an der Idee und dem Vornehmen feſt, durch die Gewalt der Waffen, die Inſurrektion in Amerika zu unterdrücken. Sobald die Seuche einigermaßen nachgelaſſen hatte, wurden wieder Truppen, in der Gegend von Kadix, zuſammen gezogen. Der Plan war auf eine zweyfache Expedition gerichtet; wovon die erſte aus ſechs tauſend; die zweyte aus achtzehn tauſend Mann beſtehn ſollte. Zum Kommandirenden dieſer Expedition war, an Odonnels Stelle, Graf Calderon ernannt; ein geachteter, aber hochbejahrter Officier. Die Koſten zur Ausrüſtung wurden wieder, durch eine außerordentliche Steuer, auf den Handelsſtand in Kadix gelegt, aufgebracht; die, obwohl mit großer Strenge eingetrieben, doch nur ſchwierig und langſam einging; indem die Einwohner, dieſer Plackerey überdrüſſig, und mit der Regierung unzufrieden, folglich zur Entrichtung derſelben ungeneigt, auch, wegen der Stockung im Handel, zum Theil unfähig waren; ſehr viele aber, der Seuche wegen, Kadix auch verlaſſen hatten, und, in der dermahligen Lage der Dinge keine Aufmunterung, dahin zurück zu kehren, fanden.

So ſchritte denn nun auch die Rüſtung langſam vor, und die Expedition mußte vom Herbſte, bis zum Frühjahr, hinaus geſchoben werden. Indeſſen berei-

tete ſich, unter der Armee, die Inſurrektion vor; die, am Neujahrstage 1820 zum Ausbruche kam, und welche die Revolution zum Zweck und zur Wirkung hatte.

(Die Fortſetzung folgt.)

VI.

Ueberſicht der Hauptmomente der Geſchichte des Tages.

(Fortſetzung.)

Die Frage, welche wir, in dem vorigen Abſchnitte unſerer Ueberſicht, in Betreff des Prozeſſes der Königin von Großbritannien, aufwarfen: wie wird dieß enden? — iſt nun durch die Beendigung beantwortet; und auf eine Weiſe, wie es, außerhalb England, wohl von wenigen erwartet worden iſt; denn ſelbſt in England ſcheint dieſe Art der Beendigung das größere Publikum überraſcht zu haben. Dagegen iſt die zweyte Frage: was haben die Miniſter nun gewonnen? durch dieſe Beendigung, nur noch problematiſcher geworden. Sie haben danach geſtrebt, wenigſtens die Schuldigerklärung, auf ihrer Seite zu haben, und deßhalb die Anklagebill, bis über die dritte Verleſung durchzutreiben; aber eben dadurch hat es ſich offenbart, daß ſie es nicht wagen durften, weiter zu gehn, und ihr Abſtehn von der fernern Prozedur wird allgemein, im Publikum, als eine Abſolution der Königin betrachtet; obwohl mehrere Miniſter ſich beeifert haben, als ihre perſönliche Ueberzeugung, noch zu guter letzt laut auszuſprechen, daß die Königin des Ehebruchs ſchuldig ſey; Aeußerungen, die um ſo mehr befremden müſſen, da ſie nun gar kein Gewicht und keine Wirkung weiter hatten.

Als ſonderbar iſt auch wohl zu betrachten, daß jetzt, am Ende, erſt noch eine Diskuſſion darüber entſtand: ob die Klauſel, wegen der Eheſcheidung, in der Bill bleiben, oder daraus weggelaſſen werden ſolle; da dieß doch wohl angemeſſener, gleich anfangs, zur Sprache gebracht worden wäre, und daß mehrere Pairs jetzt, in der Beybehaltung vor der dritten Verleſung, einen Skrupel und einen Grund fanden, gegen die Bill zu ſtimmen, den ſie vor der erſten doch ebenfalls ſchon darin finden konnten, und mußten, aber — nicht gefunden haben. Am allerſonderbarſten aber dünkt uns zu ſeyn: daß die Sache, durch dieſe Beendigung eben dahin wieder zurück geführt iſt, wo ſie begonnen hat, und ſich die Frage aufs neue darbietet und aufdringt: wie ſoll dieß enden? — Denn die Königin erneuert ihre Anſprüche, auf ihre Rechte, als Königin, die ihr legitim nicht wohl mehr vorenthalten werden können; in deren Zugeſtehung gleichwohl ſich das Miniſterium das größeſte Dementie geben würde. —

Doch wir wenden uns von dieſem, in jeder Hinſicht, unerfreulichen Gegenſtande: bey dem wir, nur zu lange, mit der Aufmerkſamkeit des Publikums, faſt ausſchließlich verweilt haben. Wir ſehn jetzt die erſten Monarchen Europens wieder zu einer Berathung verſammlet, der Angabe nach, über den großen und wichtigen Gegenſtand: ob man ein Volk, das ſich eine neue Verfaſſung gegeben hat, zwingen könne und ſolle, ſeine alte wieder anzunehmen? — um, aus jener zu beſorgende, Gefahr, für die Nachbarſtaaten, zu verhüten; eine Frage, die, bekanntlich, nach dem Ausbruche der franzöſiſchen Revolution, ebenfalls aufgeworfen, und faktiſch bejahend

entſchieden wurde; — jedoch damahls mit einem dem beabſichteten ganz entgegen geſetzten Erfolge. Die Umſtände ſind freylich jetzt bey Neapel ganz anders, als ſie bey Frankreich damahls waren, und frühere ähnliche Vorgänge dürften zum Beweiſe dienen, daß gegenrevolutionäre Veränderungen hier leicht und ſicher, durch ein verhältnißmäßiges fremdes Armeekorps, zu bewirken ſind; doch bleibt auch zu beachten: daß die Umſtände jetzt hier, ganz anders ſind, als bey frühern ähnlichen Ereigniſſen, und Verbindungen von ſolcher Ausdehnung und Allgemeinheit, als die Carbonari, den öffentlichen Angaben nach, ſind, früherhin nie Statt fanden; deren Einfluß und Wirkungen, in Kriſen, als die, welche das Einrükken einer fremden Armee bewirken würde, wohl nicht mit Gewißheit, im Voraus, berechnet werden kann. Wenn es gegründet iſt, was in öffentlichen Blättern geäußert wird: daß Oeſtreich, im Einvernehmen mit Preußen und Rußland, die Beſetzung von Neapel unternehmen, und Frankreich und England dabey ſich, vor der Hand, neutral verhalten würden; ſo würde wohl zu übereilt hieraus, auf eine Abweichung der Anſichten dieſer beyden Mächte, von denen der übrigen, geſchloſſen; indem nur Rückſichten Statt finden können, welche ſie zu beobachten für gut finden; ſo wie das angebliche Einverſtändniß der andern beyden Mächte, nicht auf thätige Theilnahme zu deuten iſt.

(Die Fortſetzung folgt.)

Halle,
gedruckt in der Ruffſchen Buchdruckerey.

Politiſch-literäriſcher Anzeiger.

XI.

1.

Auszüge aus Druckſchriften.

Auszüge, aus den, ſo eben erſchienenen 69. St. der „neuen Geſchichte der evangeliſchen Miſſionsanſtalten" ꝛc.

(Beſchluß.)

Vorwort des Herausgebers.

Für nachfolgende, eben ſo neue als wichtige Beyträge, zur Kulturgeſchichte Indiens, dürfen wir wohl ein allgemeines Intreſſe, bey unſern Leſern vorausſetzen.

4.

Neues indiſches Inſtitut, zur Unterweiſung junger Hindus, in europäiſchen Sprachen und Wiſſenſchaften.

(Aus dem, ſchon angeführten Schreiben des Miſſionars Deocar Schmid.

Noch eine andere Erſcheinung, die als ein Zeichen der Zeit in Indien betrachtet zu werden verdient, kann ich nicht unberührt laſſen. Dies iſt die Errichtung einer Unterrichtsanſtalt, in welcher junge Hindu's im Engli-

n

ſchen und in den Indiſchen Sprachen, ſo wie auch in Europäiſcher und Aſiatiſcher Literatur und Wiſſenſchaft, unterrichtet werden. Der Plan in dieſer Anſtalt iſt ſelbſt von Hindu's entworfen, und ausgeführt worden; und ſie wird auch von ihnen unterhalten und dirigirt. Sie führt den Namen Collegium, und ſoll aus einer niedern und aus einer höhern Schule, welche letztere Academie genannt wird, beſtehen. Die erſtere wurde ſogleich errichtet; die letztere ſoll auch ſo bald als möglich, zu Stande kommen. In der niedern Schule wird Unterricht im Engliſchen und Bengaliſchen, im Leſen, Schreiben und Rechnen, und in der Grammatik jener beiden Sprachen, gegeben. Auch ſteht es den Vorſtehern dieſer Anſtalt frey, den Zöglingen in der niedern Schule Unterricht im Perſiſchen ſo lange geben zu laſſen, bis die Academie errichtet ſeyn wird. In der Academie ſoll, nebſt dem Unterricht in denjenigen Sprachen, welche noch nicht ſo gründlich in den niedern Schulen gelehrt werden können, Unterricht in der Geſchichte, Chronologie, Geographie, Aſtronomie, Mathematik, Chemie und andern Wiſſenſchaften, ertheilt werden. Zu gewiſſen Zeiten, welche die Vorſteher des Collegiums beſtimmen, wird eine öffentliche Prüfung der Zöglinge angeſtellt, wobey die Ausgezeichneten Ehrenbelohnungen erhalten. Knaben, welche ſich in der niedern Schule durch ihre Fortſchritte und ihr Wohlverhalten auszeichnen, ſollen, wenn es die Vorſteher für gut finden, in der Academie unentgeltlich weitern Unterricht erhalten. Es ſind zwey verſchiedene Fonds errichtet worden, deren einer der Collegienfonds, der andere der Erziehungsfonds heißt. Der Collegienfonds iſt dazu beſtimmt, Land anzukaufen, um die nöthigen Gebäude für das Collegium darauf errichten zu laſſen, ſo wie auch das für dieſe Gebäude erforderliche Hausgeräthe anzuſchaffen, nebſt den nöthigen Büchern, einem phyſiſchen, chemiſchen und aſtronomiſchen Apparat, und was ſonſt noch für die Anſtalt Bedürfniß iſt. Bis eine gehörige Summe zur Errichtung ſolcher Gebäude zuſammengebracht iſt, ſollen aus dieſem Fonds der Hauszins und andere allgemeine Ausgaben des Collegiums beſtritten werden. Der Erziehungsfonds aber wird bloß zur Beſtrei-

tung aller Koſten, welche die Erziehung und der Unterricht der Zöglinge erfordert, angewendet. Alle diejenigen, welche vor dem 21. May 1817, als dem Jahrestage der Stiftung dieſer Anſtalt, irgend eine Summe für den Collegienfonds unterzeichnet haben, werden als Stifter der Anſtalt betrachtet, und ihre Namen als ſolche aufbewahrt. Wer vor dem Schluſſe dieſer Periode die größte Summe für ſich allein beygetragen hat, wird als der vorzüglichſte Stifter des Collegiums in den Acten deſſelben bezeichnet. Diejenigen welche für ſich allein eine Summe von 5000 Sicca=Rupien, (ohngefähr 1856 Thlr.) und darüber, vor dieſer Periode beygetragen haben, werden mit der Benennung vorzügliche Stifter ausgezeichnet. Wer 5000 Rupien zu dem Collgienfonds beyträgt, ehe die volle Summe von 150,000 Rupien (ohngefähr 85 714 Thlr.) zuſammengekommen iſt, wird ein erblicher Gouverneur des Collegiums, hat das Recht, als ein Mitglied der Committee der Vorſteher entweder perſönlich, oder durch einen Stellvertreter zu ſtimmen, und kann in ſeinem Teſtamente jemand zum Erben dieſes ſeines Rechtes einſetzen. Diejenigen, welche, nachdem die Summe von 150,000 Rupien ſchon zuſammen gekommen iſt, 5000 Rupien, oder darüber, zu dem Collegien=Fonds beygetragen, ſind bloß Gouverneurs der Anſtalt für ihre Lebenszeit, und können ihr Recht keinem Erben hinterlaſſen. Alle Subſcribenten für den Collegien=Fonds, deren Subſcriptionen zuſammengenommen 5000 Rupien ausmachen, ehe noch die Summe von 150,000 Rupien zuſammen gekommen iſt, haben das Recht, Einen aus ihrer Mitte zum Director des Collegiums für das laufende Jahr zu wählen. Welche Rechte diejenigen haben ſollen, deren Subſcriptionen 5000 Rupien ausmachen, nachdem ſchon die mehrmals erwähnte Summe von 150 000 Rupien zuſammen gekommen iſt, iſt noch nicht ausgemacht worden. Von den Subſcriptionen für den Erziehungs=Fonds, ſoll für den Anfang nicht mehr angenommen werden, als was zum Unterhalt von 100 Zöglingen nöthig iſt, weil in den erſten Jahren des Beſtehens der Anſtalt, keine größere Anzahl ohne Schaden für die Ordnung der Schule, und

die Fortſchritte der Schüler, aufgenommen werden kann. Doch ſoll dann auch eine größere Subſcription ſtatt finden, wenn eine größere Anzahl von Schülern, zweckmäßiger Weiſe aufgenommen werden kann. Diejenigen, welche 400 Rupien (208 Thlr.) zu dem Erziehungs-Fonds beytragen, haben das Recht, einen Zögling 4 Jahre lang unentgeltlich in der niedern Schule ſtudiren zu laſſen. Jeder, der für ein Jahr 120 Rupien beyträgt, (68 Thlr.) kann auch einen Zögling ein Jahr lang ſtudiren laſſen; und ſo kann auch jemand für dieſelbe Summe jährlich einen Zögling 2 oder 3 Jahre lang unterrichten laſſen. Es ſind noch mehrere andere ſehr zweckmäßige öconomiſche Regeln feſtgeſetzt worden, deren Erwähnung zu weitläufig werden würde. Die Direction des Collegiums iſt in den Händen einer Committee von Vorſtehern, welche aus den erblichen Gouverneurs, den Gouverneurs für Lebenszeit, und den jährlichen Directoren, oder deren Stellvertretern beſteht. Die Committee der Vorſteher hat einen Europäiſchen Secretär, einen gewiſſen Lieutenant Irvine, deſſen ich weiter unten noch einmal gedenken werde, und einen Indiſchen Hülfsſecretär erwählt, welche beide auch unter der Direction der Vorſteher die Aufſicht über das Collegium führen. Alle Sachen von einiger Wichtigkeit werden von der Committee der Vorſteher nach Stimmenmehrheit entſchieden. Die Vorſteher können auch irgend ein Geſchäft, das von Einzelnen zweckmäßiger beſorgt werden kann, Einem, Zweyen oder Mehrern aus ihrer Mitte übertragen. Alle Jahre wird eine Verſammlung der Subſcribenten gehalten, in welcher ein Bericht über den Zuſtand und die Wirkſamkeit der Anſtalt vorgeleſen wird. Vorſtehendes ſind die vorzüglichſten Regeln dieſes merkwürdigen Inſtituts, welche in einer Verſammlung am 27. Auguſt 1816, von allen Subſcribenten genehmigt wurden. Ich habe ſeit der Zeit von einer öffentlichen Prüfung der Zöglinge geleſen, die ſehr zur Zufriedenheit aller Anweſenden ausgefallen ſeyn ſoll. — Wenn man weiß, wie ſehr die Aſiaten, und beſonders die Hindu's alle Europäiſche Litteratur und Wiſſenſchaft verachten, und wie ſehr ſie hierin die Europäer zu übertreffen wähnen; wenn man ferner weiß, daß die

ihrer Meinung nach, rechtgläubigen Hindu's alle nähere Verbindung mit Europäern, und alles Studium Europäiſcher Wiſſenſchaften, für verwerflich und entehrend halten; und endlich, daß ihr ganzes jetziges Religionsſyſtem auf höchſt unrichtigen und verkehrten Begriffen in der Geſchichte, Chronologie, Geographie, Aſtronomie, und andern Wiſſenſchaften, beruht, ſo muß man ſich in der That über die großen Fortſchritte wundern, welche die Hindu's ſeit einiger Zeit in der wahren Aufklärung gemacht haben.

5.

Calcuttaiſche Schulbüchergeſellſchaft.

(Von Ebendemſelben.)

Der Mangel an brauchbaren Schulbüchern, welcher in dieſer Anſtalt, und in andern Schulen für die Kinder der Eingebornen in Bengalen, ſehr ſchmerzlich gefühlt wurde, hat zur Errichtung einer andern Stiftung Anlaß gegeben, welche nicht nur für alle Bewohner Indiens die wohlthätigſten Folgen verſpricht, ſondern auch ſelbſt vielleicht einen beträchtlichen Einfluß, auf das Studium der orientaliſchen Literatur in Europa haben wird. Es hat ſich nämlich eine Geſellſchaft zu dem Zwecke vereinigt, die Abfaſſung nützlicher Werke, für Schulen und andere Lehranſtalten, zu befördern, ſie im Druck herauszugeben, und für einen wohlfeilen Preis, oder auch ganz umſonſt, zu vertheilen. Sie führt den Namen the Calcutta School-Book Society, oder die Calcuttaiſche Schulbuchgeſellſchaft. Ein Jeder, von welchem Volke oder von welcher Religion er auch ſey, der eine gewiſſe Summe jährlich, zur Unterſtützung dieſer Geſellſchaft, unterzeichnet, wird als Mitglied derſelben betrachtet. Er hat dann das Recht, bey der jährlichen Wahl der Mitglieder der Committee, ſeine Stimme zu geben, und kann ſelbſt zum Mitgliede der Committee erwählt werden. Dieſe Committee, welche das Geſchäft der ganzen Anſtalt zu beſorgen hat, beſteht aus 24 Perſonen, von denen 16 Europäer, und 8 Eingeborne ſeyn müſſen. Die

Mitglieder der Committee werden, in einer Verſammlung aller Geſellſchaftsmitglieder, die jährlich im Julius gehalten wird, jedesmahl von neuem gewählt. Die Geſellſchaft hat zwey Secretäre, deren Einer ein Europäer, und der Andere ein Eingeborner iſt, und einen Caſſirer; welche Alle zugleich Mitglieder der Committee ſind. Der Europäiſche Secretär iſt der Lieutenant Irvine, welcher auch Secretär der Committee der Vorſteher, des oben erwähnten Indiſchen Collegiums iſt. Es ſcheint die Abſicht der Geſellſchaft zu ſeyn, zweckmäßige Lehrbücher in allen Sprachen, die in Indien geſprochen oder gelehrt werden, nach und nach verfaſſen und drucken zu laſſen; aber für den Anfang beſchränkt ſie ſich auf diejenigen Sprachen, welche in den Schulen für Kinder der Eingebornen, in denen Provinzen, die zur Präſidentſchaft Calcutta gehören, gelehrt werden. Die Abfaſſung und Herausgabe von Buchſtabierbüchern, Vorſchriften, für den Unterricht im Schreiben, Elementarleſebüchern, Sprachlehren, kürzern und vollſtändigen Wörterbüchern, Lehrbüchern für Arithmetik, Geometrie, Geſchichte, Chronologie, Geographie, Phyſik, Chemie, Aſtronomie und Logik, beſchäftigt jetzt die Aufmerkſamkeit der Geſellſchaft. Da ſie aus Bekennern, ſowohl das chriſtlichen Glaubens, als auch der Muhammedaniſchen und Brahmaniſchen Religionslehre, beſteht, ſo gehört natürlich die Herausgabe religiöſer Schriften nicht zu dem Plane dieſer Geſellſchaft; doch ſind dadurch keineswegs Werke, die einen moraliſchen Zweck haben, ausgeſchloſſen; ſolche nämlich, welche, ohne den beſondern und eigenthümlichen Religionsmeinungen, irgend einer Partey, zu nahe zu treten, nur darauf berechnet ſind, den Ideenkreis zu erweitern, den Verſtand zu bilden, und beſonders auch den Charakter zu verbeſſern.

In der erſten Verſammlung, welche zur Errichtung dieſer Geſellſchaft gehalten wurde, wählte man eine proviſoriſche Committee, die den Auftrag erhielt, zu überlegen, welche Bücher in der Engliſchen, Bengaliſchen, Hindoſtaniſchen, (gewöhnlich das Mohriſche genannt, weil es von den Muhammedanern in Indien, gewöhnlich Mohren genannt, geſprochen wird,) Perſiſchen,

Arabiſchen und Sanskritaniſchen Sprache, vor allen andern, von der Geſellſchaft herauszugeben ſeyn würden; und ſodann die Reſultate dieſer ihrer Ueberlegungen der Geſellſchaft mitzutheilen. Dieſe proviſoriſche Committee, zu welcher Mehrere der beſten Sprachforſcher Bengalens, z. B. der vortreffliche Baptiſten-Miſſionarius Dr. Carey, gehören, und welche die vorzüglichſten Kenner aller oben genannten Aſiatiſchen Sprachen, ſo wie die erfahrenſten Schulmänner in Bengalen, zu Rathe zog, legte die Reſultate ihrer Berathſchlagungen der Geſellſchaft, in einer allgemeinen Verſammlung, die am 1. Julius 1817 gehalten wurde, in einem ſehr intereſſanten Berichte, vor; welcher ſeitdem gedruckt worden iſt, und woraus ich dieſe ſummariſchen Nachrichten ausgezogen habe. Ich theile aber hier aus dieſem Berichte noch einiges Merkwürdige mit, in Beziehung auf diejenigen Bücher, deren Herausgabe von der proviſoriſchen Committee vorzüglich anempfohlen wird.

Ich fange mit der Engliſchen Sprache an. Die Committee empfiehlt der Geſellſchaft, aus allen Kräften, zur Verbreitung der Kenntniß dieſer Sprache, unter den dafür empfänglichen Eingebornen beyzutragen; weil ſie, auf dieſe Art, in den Stand geſetzt würden, durch die Leſung engliſcher Schriften, ſich richtige wiſſenſchaftliche Kenntniſſe zu erwerben, und dadurch die Lehrer und Wohlthäter ihrer Landsleute zu werden. Wer mit der Geſchichte und Politik nur einigermaßen bekannt iſt, ſieht auch leicht ein, daß, ſelbſt aus politiſchen Urſachen, den Engländern an der Verbreitung der Kenntniß der Engliſchen Sprache in Indien, viel gelegen ſeyn muß; und man kann ihnen dieſes auch gar nicht verdenken, wenn ſie ſich keiner unerlaubten Mittel, zur Verbreitung derſelben, bedienen. So iſt es eine ausgemachte Sache, daß die weite Verbreitung der Portugieſiſchen Sprache, in Indien, nicht wenig zur Befeſtigung der Herrſchaft der Portugieſen in dieſem Lande beygetragen hat, und zugleich noch immer eine Hauptſtütze der Römiſch catholiſchen Kirche in Indien iſt; denn ſie iſt diejenige Sprache, in welcher die meiſten Römiſchen Geiſtlichen mit ihren Beichtkindern reden. Die Committee empfiehlt dringend die Abfaſſung

Engliſcher Schulbücher, ſowohl für die Kinder der Eingebornen, als auch der Abkömmlinge von Europäern; weil alle die Bilder und Beſchreibungen, die von den Eigenheiten des Europäiſchen Clima's und der Europäiſchen Gebräuche hergenommen werden, Kindern, die in dieſen Gegenden Aſiens geboren und erzogen worden ſind, faſt ganz unverſtändlich ſeyn müßten. (Wie kann ſich z. B. ein Kind in Oſtindien eine Vorſtellung von Schnee und Eis machen?) Der Mangel an ſolchen zweckmäßigen Schulbüchern, für Kinder in Oſtindien, werden ſo ſehr gefühlt, daß einige Herren, die ſich mit der Erziehung der Jugend beſchäftigen, (wahrſcheinlich Miſſionarien,) ſich entſchloſſen hätten, ſolche Buchſtabier- und Elementarleſebücher zu verfertigen. Dieſe freueten ſich daher ſehr, daß gerade zu dieſer Zeit die Calcuttaiſche Schulbuchgeſellſchaft errichtet wurde; gleichſam um ihnen, in dieſer wichtigen Arbeit, Ermunterung und Beyſtand zu leiſten. Die Committee empfiehlt ferner die Abfaſſung von Lehrbüchern der Geographie, Geſchichte und Chronologie in Engliſcher Sprache; in welchen, wie es auch ganz natürlich iſt, der Anfang mit Aſien, und insbeſondere mit Oſtindien, gemacht werden ſoll. Als ein bedeutendes Hülfsmittel, zur Erlernung des Engliſchen, empfiehlt die Committee: daß die Bücher, welche in den Oſtindiſchen Sprachen gedruckt werden ſollen, ſo viel als möglich, mit einer Engliſchen Ueberſetzung auf der entgegenſtehenden Seite begleitet werden möchten. Dieſes kann insbeſondere mit den Elementarleſebüchern, mit den Lehrbüchern der Geſchichte und Geographie, ſo wie mit allen wiſſenſchaftlichen Elementarlehrbüchern, zweckmäßiger Weiſe geſchehen. (Demſelben Grundſatze gemäß, hat Chriſtoph, der Kaiſer von Hayti, wie er ſich nennt, um, anſtatt der Franzöſiſchen Sprache, die Engliſche in ſeinem Lande allgemein zu machen, die Bibelgeſellſchaft in London erſucht, das Franzöſiſche Neue Teſtament mit der Engliſchen Ueberſetzung, auf der entgegengeſetzten Seite, drucken zu laſſen, um es in allen den Schulen, die er in ſeinem Reiche errichten läßt, einzuführen. Als ich London verließ, war der Druck ſchon faſt bis zum Ende des Matthäus vorgerückt die Commit-

tee ſetzt ferner auseinander, wie wünſchenswerth es ſey, daß Eingeborne, die der engliſchen Sprache völlig kundig ſind, die Geſellſchaft mit ihren literariſchen Arbeiten im Engliſchen unterſtützten. Ein Europäer, wenn er gleich mit der Volksthümlichkeit der Indier bekannt ſey, könne zwar wohl ein in Europa verfaßtes Schulbuch, ſo umarbeiten, daß es für Indiſche Schulen paſſender befunden werde; aber er ſey doch nicht im Stande, den Mangel an den Bildern und Erläuterungen, an der ganzen Gedankenfolge und an der Art zu ſchließen, welche für die Eingebornen am verſtändlichſten und eindrücklichſten ſind, gehörig zu erſetzen. Es ſey daher nicht möglich, daß ein Europäer ein vollkommenes wiſſenſchäftliches Elementarlehrbuch, für die Eingebornen, in Engliſcher Sprache ſelbſt verfaſſe. Die Committee behauptet deswegen, daß die Verbreitung der Engliſchen Sprachkunde, und wahrer wiſſenſchaftlicher Kenntniſſe in Indien, ſehr von der Ermunterung zur Ausarbeitung wiſſenſchaftlicher Lehrbücher, in dieſer Sprache abhänge, die gelehrten Eingebornen gegeben werde; und verſpricht ſich die wohlthätigſten Folgen für die wahre Civiliſation Indiens, von ſolchen Arbeiten gelehrter Indier.

Ich geh nun zu der Bengaliſchen Sprache über. Die Committee berichtet, daß der Mangel an Schulbüchern in dieſer Sprache ſehr groß ſey. Diejenigen Schulen über welche Europäer die Aufſicht führen, enthielten ſchon damahls, als dieſer Bericht abgeſtattet wurde, über 4000 Schüler. Die größte Anzahl, von dieſen Schuen, ſteht unter Aufſicht der Miſſionarien. Herrn Maz in Chinſerah, ein Miſſionarius der London Miſſionary Society, hat die Aufſicht über 36 Schulen; die von der Engliſchen Regierung unterhalten werden, in welchen damahls 3671 Schüler waren; 170 Schüler befinden ſich in zwey Schulen, die unter der Aufſicht der Herrn Townley und Keith, Miſſionarien derſelben Geſellſchaft zu Calcutta, ſtehen; und 80 in einer Shule zu Kidderpore, einem Flecken nahe bey Calcutte, über welche Herr Greenwood, ein Miſſionarius unſerer Geſellſchaft, Aufſicht führt. Die oberſten Claſſen, in dieſen Schulen, können aber keine wei-

tern Fortſchritte machen, weil es an den nöthigen Büchern fehlt; indem in denſelben alle vorhandenen Bücher ſchon zu wiederholtenmahlen durchgeleſen ſind. Ja, viele achtungswerthe Perſonen, welche Bengaliſche Schulen zu errichten wünſchten, ſind gezwungen worden, dieſen wohlthätigen Plan aufzugeben, weil ſie nicht die nöthigen Schulbücher erhalten konnten. Die Committee ſagt daher, ſie habe hinreichende Gründe, zu behaupten, daß eine große Menge von Kindern der Eingebornen, die jetzt verwahrloſet werden, einen zweckmäßigen Unterricht genießen würde, wenn es uns nicht an dieſem unentbehrlich nothwendigen Hülfsmittel fehlte. Sie empfiehlt deswegen auf das dringendſte, mit der Verfertigung und Herausgabe von Schulbüchern in dieſer Sprache ſo ſehr als möglich zu eilen. Sie wünſcht auch beſonders Tabellen zum Elementarunterricht im Leſen und Schreiben, nach dem Muſter der, von den Baptiſten-Miſſionarien in Serampore angefertigten, Tabellen. Ferner trägt ſie an, auf die Verfertigung eines vollſtändigen Syſtems der Arithmetik; wobey die Verfahrungsart der Eingebornen, ſo weit ſie zweckmäßig iſt, benutzt werden ſolle. Auch giebt ſie den Rath, eine hinlängliche Anzahl von Vorſchriften für den Unterricht im Schreiben, in Kupfer ſtechen zu laſſen. Hierauf empfiehlt ſie die Herausgabe von zweckmäßigen Buchſtabier- und Elementarleſebüchern. — Sie giebt ferner gute Vorſchläge, wie eine richtige und gleichmäßige Ausſprache und Orthographie des Bengaliſchen in allen Schulen einzuführen ſey. Die Unwiſſenheit der Bengalen, in ihrer eigenen Rechtſchreibung, ſagt ſie, iſt unglaublich; viele Männer von ungeheurem Vermögen ſind nicht im Stande ihren eigenen Namen richtig zu buchſtabieren. Sie zeigt ferner, wie wünſchenswerth es ſey, daß bald folgende Werke in der Bengaliſchen Sprache geſchrieben würden: 1) eine kurze aber doch deutliche Ueberſicht des Sonnenſyſtems; welcher eine Erklärung, derjenigen Geſetze der Bewegung, Anziehung, und Schwere vorausgeſchickt werden ſoll, deren Kenntniß zum Verſtändniß deſſelben unentbehrlich iſt; nach Art der Indiſchen Scheſters abgefaßt, in kurzen lichtvollen Sätzen, welche leicht im Gedächtniß behalten werden kön-

nen; 2) ein kurzer Inbegriff der Erdbeſchreibung, nach derſelben Methode; 3) eine Darſtellung der wichtigſten ausgemachten Wahrheiten, in Hinſicht auf Licht, Wärme, Luft, Waſſer, Meteorologie, Mineralogie, Chemie und Naturgeſchichte. Dieſes Buch, würde nicht allein, für alle Indiſche Leſer, belehrend und unterhaltend ſeyn, ſondern es würde auch wohl zur Folge haben, daß in manchen Eingebornen von mehr als gewöhnlichen Fähigkeiten, die Begierde erweckt würde, zu unterſuchen, auf welchen Gründen dieſe, als Axiome dargeſtellten, Wahrheiten beruhen; daß ſie alſo nach und nach zur Betreibung der Studien angetrieben würden, die, in Europa, zur Entdeckung dieſer wichtigen Gegenſtände des Wiſſens Anlaß gegeben haben; 4) ein Compendium der Geſchichte und Zeitrechnung; 5) die wichtigſten Sätze aus der Pſychologie und Moral, und die Lehre von einem zukünftigen Leben. Um allen dieſen Werken die Krone aufzuſetzen, empfehlen ſie, die Abfaſſung eines Wörterbuchs für Bengalen, worin die Bedeutungen von 3 bis 4000 Bengaliſchen Wörtern, beſonders diejenigen, welche am häufigſten vorkommen, genau erklärt werden, und welches vor allen Dingen alle Wörter enthalten ſolle, die in den obengenannten Compendien zu finden ſind.

In Betreff der Hindoſtaniſchen Sprache beginnt die Committee ihre Bemerkungen damit, daß die grammatiſche Behandlung, dieſer ſchätzenswerthen Sprache, von den Eingebornen bisher ganz vernachläſſigt worden ſey, und daß ein Britte, Dr. und Prof. Gilchriſt, ſich zuerſt das große Verdienſt erworben habe, dieſe Sprache grammatiſch zu behandeln, das Studium derſelben, unter Eingebornen und Britten, zu befördern, und es dahin zu bringen, daß ſie, von den Europäern, jetzt als eine beſondere Sprache anerkannt und beachtet werde, da ſie vorher aus Unwiſſenheit gewöhnlich für ein gemeines Kauderwelſch angeſehen worden ſey. Sie empfiehlt daher die Herausgabe eines Werks des Dr. Gilchriſt, in welchem er die Eingebornen die richtige Flexion und Orthograpie des Hindoſtaniſchen zu lehren verſucht hat; ferner die Verfertigung von Worttabellen in Nagree-Schriftzeichen, an welchen ſchon gearbeitet wird. Das Hindo-

ſtaniſche wird nämlich mit 2 Arten von Schriftzeichen, den Arabiſchen und den Nagree, oder den urſprünglichen Schriftzeichen für die Sanskritaniſche Sprache, geſchrieben. Auch empfiehlt ſie die Herausgabe eines kleinen Aufſatzes, in welchem Hindoſtaniſche, Perſiſche und Arabiſche Synonymen, in Reimen, angegeben werden; desgleichen die Verfertigung einer Erklärung aller Arabiſchen, Perſiſchen und Mongoliſchen Wörter, welche im Hindoſtaniſchen für claſſiſch gelten, und allgemein gebraucht werden; mit einem Anhange, worin die Engliſchen, Portugieſiſchen, Maleyiſchen und andere fremde Wörter erklärt werden, welche im Hindoſtaniſchen allgemein das Bürgerrecht erlangt haben. und endlich eine Hindoſtaniſche Ueberſetzung einer Engliſchen Grammatik, für Aſiaten, die das Perſiſche verſtehen, von Dr. Donald Mackinnon, gedruckt zu Calcutta 1791, mit einigen Verbeſſerungen und Zuſätzen. Sie bemerkt zugleich, daß auch die Perſiſche Ausgabe, nachdem ſie einer ähnlichen Reviſion unterworfen worden ſey, von neuem gedruckt, und unter den höhern Ständen der Muhammedaner, (welche, wie ſie ſagt, ſich kaum herablaſſen wollen irgend etwas zu leſen, was nicht in der Perſiſchen Sprache geſchrieben iſt,) vertheilt, und vielleicht auf verſchiedenen Wegen ſelbſt in Perſien verbreitet werden könne. Das Werk habe ehedem ſchon ſeinen Weg bis an das Ufer des Tigris gefunden. Die Committee beſchließt dann ihren Bericht, das Hindoſtaniſche betreffend, mit einigen Bemerkungen, über die Wichtigkeit dieſer Sprache, in Hinſicht auf die Verbreitung nützlicher Kenntniſſe in Indien, und über einen beſondern Nebenvortheil, welchen die Arbeiten der Geſellſchaft, im Hindoſtaniſchen Fache, haben könnten; nämlich dazu beyzutragen daß die geringen Verſchiedenheiten, in den mehrern Mundarten des Hindoſtaniſchen, nach und nach entfernt würden; welche zwar nicht bedeutend genug ſeyen, um beſondere von einander unterſchiedene Sprachen zu bilden, aber doch die Bemühungen für die Belehrung derer, die dieſe Dialecte ſprechen, ſehr erſchwerten.

In Hinſicht auf die Perſiſche Sprache, bemerkt die Committee: daß ſie nächſt der Bengaliſchen und Hin-

doſtaniſchen, die größte Aufmerkſamkeit verdiene; weil ſie, bey den Muhammedanern in Indien, in eben ſolchem Anſehen ſtehe, wie ſonſt das Franzöſiſche in Europa. Sie ſagt, daß es im Allgemeinen nicht an Perſiſchen Büchern fehle; und daß daher die Geſellſchaft hier wenig mehr zu thun habe, als gedruckte Ausgaben, von bewährten Büchern, die jetzt im Gebrauch ſind, zu liefern. Das, woran es hauptſächlich fehle, wären Tabellen und Lehrbücher, für den Elementarunterricht in dieſer Sprache. Die bey den Eingebornen übliche Methode, das Perſiſche zu lehren, ſey höchſt unzweckmäßig, und man finde ſogar bey ihnen nichts, was den Namen eines Buchſtabierbuchs verdiene; ſo wie dies überhaupt in allen Aſiatiſchen Sprachen der Fall geweſen ſey, ehe die Britten angefangen hätten, den Indiern Unterricht, in ihren eigenen Sprachen, zu geben. Ueberhaupt zeigten die Aſiaten, in dieſen, ſo wie in den meiſten andern Fällen, wie wenig ſie ſich darauf verſtehen, ihre Lehrlinge, nach und nach, vom Leichtern zum Schwerern fortzuführen. Um dieſem Mangel abzuhelfen, empfiehlt die Committee die ſchleunige Herausgabe brauchbarer Tabellen, für den Elementarunterricht, in der Sprache, und eines erſten Leſebuches, in einfacher Perſiſcher Proſa. Ferner trägt ſie an, auf die Herausgabe mehrerer grammatiſchen Aufſätze, welche geborne Perſer zu Verfaſſern haben, und ſowohl in Indien, als auch in Perſien ſelbſt, bey dem Sprachunterrichte allgemein gebraucht werden. Aber bey weitem das größte Unternehmen, welches die Committee der Geſellſchaft vorſchlägt, iſt die Herausgabe eines vollſtändigen Arabiſchen Wörterbuchs, in Perſiſcher Sprache. Sie empfiehlt zu dieſem Zweck dringend, die Fortſetzung einer Bearbeitung des Camus von einem gelehrten und arbeitſamen Muhammedaner, Namens Roshun Ulee, welcher, vor ohngefähr 15 Jahren, der erſte Arabiſche Monſchee (Sprachlehrer) in dem Kollegium zu Fort William war; deren Druck bis zum zweyten Buchſtaben des Arabiſchen Alphabets fortgerückt war, als der Verfaſſer, zum großen Bedauern der Freunde der Litteratur, ſtarb. Sie merkt an, daß in dieſem Werke, ſo wie in Golius Lexicon, die Wurzelwörter, nach der in

Europa gewöhnlichen Methode alphabetiſch geordnet ſind, und daß, wenn gleich der Golius etwas mehr enthalte, als der Camus, doch ſelbſt Golius von Roshun Ulee übertroffen werde. Sie ſchließt dann mit der Bemerkung, daß die Geſellſchaft durch die Vollendung dieſes Werks ein wahres Muſter-Lexicon der Arabiſchen Sprache zu Stande bringen, und ſehr viel zur Beförderung gründlicher Gelehrſamkeit beytragen werde.

So wie die vorhergehenden Berichte der Committee über die Aſiatiſchen Sprachen, einen oder mehrere der beſten Kenner derſelben, die auch zugleich mit der Unterrichtsmethode bekannt ſind, zu Verfaſſern haben, ſo rührt auch der Bericht über das Arabiſche, von Vieren, der beſten Kenner dieſer Sprache in Bengalen, her. Sie berichten, daß, in Hinſicht auf das Arabiſche, gar kein Mangel an Werken für den Elementarunterricht in dieſer Sprache, ſey. Sie geben ein Verzeichniß und eine kurze Charakteriſtik derjenigen von dieſen Werken, die in Indien am meiſten geſchätzt werden. Sie erinnern, daß es zwar mancherley andere Werke gebe, die einen größern innern Werth hätten, als die, welche ſie anführen; allein ſie glauben nicht, daß es rathſam ſey, dieſe, obſchon beſſern Werke, gleich Anfangs drucken zu laſſen, weil die Muhammedaner, ſo wie alle Eingebornen, im Allgemeinen, eine große Abneigung gegen alle Neuerungen haben, und daher ohne Ausnahme, ſolche Bücher die einmahl in Anſehen ſtehen, andern bey weitem vorziehen, wenn auch dieſe viel beſſer ſeyn ſollten. Da ſie alſo zur Erreichung ihres großen Zwecks, die Civiliſation des Landes zu befördern, die Mitwirkung aller wohlunterrichteten Bewohner Indiens ſehr nothwendig brauchten, ſo müßten ſie auf die Vorurtheile dieſer geringen Anzahl von Gebildeten ſorgfältigſt Rückſicht nehmen, um das Vertrauen derſelben zu gewinnen. Sie hoffen, daß durch die Arbeiten der Geſellſchaft ein Forſchungsgeiſt unter den Muhammedanern verbreitet und ihr Ideenkreis allmählig erweitert werden wird, und daß man dann im Stande ſeyn werde, die Einführung zweckmäßiger Veränderungen in dem Formellen, und vielleicht ſelbſt im Materiellen ihrer Studien, zu bewerkſtelligen. Eins von denjenigen

Büchern, welches vielleicht am erſten an die Stelle mehrerer weitläuftigen und minder zweckmäßigen Werke, der Araber, über denſelben Gegenſtand geſetzt werden könne, ſey das Werk des Majors J. Baillie, (der früherhin Profeſſor des Arabiſchen Kollegiums zu Fort William war,) über die wichtige Lehre von der Arabiſchen Flexion. Denn dieſe Schrift habe ſich ſchon einen ſehr guten Ruf unter den Eingebornen dieſes Landes erworben, ſo daß ſie ſelbſt vor einigen Jahren von zwey Muhammedaniſchen Gelehrten in das Perſiſche überſetzt worden ſey. Sie empfehlen ferner die Herausgabe einiger andern Werke, die von Anfängern in der Sprache mit Nutzen geleſen werden könnten, und ſind der Meinung, daß eine Sammlung der hier am meiſten geſchätzten Arabiſchen Schriften, in Proſa und in Verſen, herausgegeben werden ſollte, und daß auch Auszüge, aus einigen Engliſchen Schriftſtellern, die am meiſten der Aſiatiſchen Volkseigenthümlichkeit angemeſſen ſind, mit großem Vortheile in das Arabiſche überſetzt werden könnten. Zum Beſchluß iſt ein Verzeichniß der vorzüglichſten Bücher angehängt, welche auf der Muhammedaniſchen Univerſität für Rechtsgelehrſamkeit, (die urſprünglich von dem General-Gouverneur Oſtindiens, Haſtings, 1785 zu Calcutta errichtet wurde,) beym Unterricht zum Grunde gelegt werden. Folgende Wiſſenſchaften werden auf der dortigen Hochſchule in dieſer Ordnung gelehrt: 1) Grammatik, 2) Rhetorik, 3) Logik, 4) Arithmetik, 5) Geometrie, 6) Aſtronomie, 7) Traditionen, oder von den Vorfahren überlieferte Vorſchriften, 8) Erklärung des Koran, 9) die Anfangsgründe der Jurisprudenz. (Etwa, wie Inſtitutionen des Römiſchen Rechts in Europa.) 10) Jurisprudenz. (Etwas ähnliches wie die Pandecten in Europa.) 11) Theologie, 12) natürliche Philoſophie; worunter die Engländer Phyſik, Chemie und dergleichen Kenntniſſe verſtehen.

Den Beſchluß des Berichts, der proviſoriſchen Committee, macht das Sanskritaniſche. Die Verfaſſer dieſes Abſchnitts ſagen: daß die Hindu's ſchon einige ſehr treffliche Werke, über die Sanskritaniſche Grammatik, beſäßen, und daß ſie daher keine neuen Schriften,

über dieſen Gegenſtand, brauchten. Allein dies könne man nicht von von ihren Wörterbüchern ſagen, welche äußerſt mangelhaft wären. Sie erwähnen dann das Sanskritaniſch-Engliſche Wörterbuch des Herrn Wilſon; doch um es für Hindu's brauchbar zu machen, müßte die Erklärung der Wörter auch im Sanskrit abgefaßt ſeyn. Sie empfehlen ferner, die Abfaſſung von Schriften, insbeſondere über die Geſetze der Materie und Bewegung, über Aſtronomie, Geographie und Chemie, in dieſer Sprache herauszugeben. Dieſe Bücher könnten entweder für dieſen Zweck erſt abgefaßt, oder aus dem Engliſchen mit einigen nöthigen Veränderungen überſetzt werden. Wenn wirklich, wie man ſagt, eine Sanskritaniſche Ueberſetzung des Euclides vorhanden ſey, welches man leicht ausforſchen könne, ſo wünſchen ſie, daß ſie revidirt, mit der Urſchrift verglichen, und zum Beſten der Hindu's herausgegeben werden möge. Sie empfehlen ferner die Herausgabe einer Sammlung guter moraliſcher Apophthegmen; welche theils aus Sanskritaniſchen Werken, theils aus Büchern in andern Sprachen, ausgezogen, ſodann unter verſchiedene Claſſen geordnet werden, und alle darauf berechnet ſeyn müßten, den Leſern richtige Begriffe über Tugend und Laſter, und über die mannichfaltigen Pflichten, die der Menſch in den verſchiedenen Lagen und Ständen des Lebens zu erfüllen hat, beyzubringen. Die Hitopedeſa, wenn ſie gleich wegen vieler anſtößigen Stellen nicht ganz gedruckt zu werden verdiene, könne doch ſehr vielen brauchbaren Stoff zu einem ſolchen Werke, liefern. Auch empfehlen ſie die Ueberſetzung von Locke's Verſuch über den menſchlichen Verſtand, und meinen, daß dieſes Werk den Hindu's nicht nur ſehr nützlich, ſondern auch außerordentlich angenehm ſeyn würde; weil Locke's Lehrart, mit derjenigen, welcher die Hindu's ſich in der Abhandlung abſtracter Gegenſtände bedienen, ſehr nahe verwandt ſey. Ueberhaupt ſey die Sanskritaniſche Sprache, wegen ihres Reichthums, und ihrer übrigen Vorzüge, ganz beſonders dazu geeignet, die Kenntniß der höhern Zweige Europäiſcher Wiſſenſchaft, unter den Hindu's, zu verbreiten; und ſie habe daher die

gerechteſten Anſprüche auf die beſondere Berückſichtigung der Geſellſchaft.

Die proviſoriſche Committee ſchließt ihren Bericht, mit Anführung der Maßregeln, welche ſie genommen habe, um die Unterſtützung und das Vertrauen des Publikums, für dieſe Geſellſchaft, zu erhalten. Sie hat den Plan der Geſellſchaft durch die Zeitungen, und durch beſonders gedruckte Anzeigen, in der Engliſchen, und in mehrern Indiſchen Sprachen, bekannt gemacht; und wenn gleich damahls, als dieſer Bericht gedruckt wurde, noch nicht ſo viel Zeit verfloſſen war, daß, von den entfernteren Völkerſchaften, eine Antwort erfolgen konnte, ſo hatten ſie doch bereits 12,638 Sicca-Rupien (ohngefähr 6319 Thlr.) an Geſchenken, und 4956 Rupien (2478 Thlr.) an jährlichen Subſcriptionen erhalten. Es iſt alſo kein Zweifel, daß es der Geſellſchaft nicht an Einnahme fehlen werde, um ihre vielumfaſſenden Pläne zum wahren Beſten Indiens auszuführen. In den Verzeichniſſen der Wohlthäter der Geſellſchaft, ſtehen die Namen, der ausgezeichnetſten Perſonen in Bengalen; ſowohl von Europäern, als Eingebornen; unter welchen letztern ſich Anhänger, nicht nur der Brahmaniſchen ſondern auch der Muhammedaniſchen Religionslehre, befinden. So finde ich unter andern darin die Namen des Generalgouverneurs von Oſtindien, des Marquis of Haſtings, und ſeiner Gemahlin, des oben erwähnten Herrn Harrington; der Herren Prediger Thomaſon und Parſons, des Cadi (oder des erſten Muhammedaniſchen Rechtsbeamten) in Calcutta, der Profeſſoren der Muhamedaniſchen Rechtsuniverſität daſelbſt, der meiſten Gouverneure und Directoren, des oben beſchriebenen Indiſchen Collegiums, u. ſ. w. Endlich macht auch noch der Lieutenant Irvine, welcher, wie ich ſchon geſagt habe, der Europäiſche Secretär der permanenten Committee iſt, in einer Vorerinnerung zu dieſem Berichte der proviſoriſchen Committee, dem Auftrage der erſteren gemäß, bekannt, daß beſchloſſen ſey, eine Bibliothek für die Geſellſchaft zu ſammeln; daher ſie alle Freunde der Verbreitung nützlicher Kenntniſſe in Indien, erſuche,

die Bemühungen der Geſellſchaft durch die Mittheilung ſolcher gedruckten Bücher und Handſchriften zu unterſtützen, welche ihr bey ihren Arbeiten brauchbar ſeyn könnten. Sobald dieſer Wunſch der Geſellſchaft bekannt wurde, erhielt ſie ſogleich mehrere bedeutende Geſchenke an Büchern, von einem Europäer und zwey Eingebornen.

2.

Ankündigung neuer Schriften.

Aufforderung an das vaterländiſche Publicum, die Bekanntmachung der Verhandlungen der allgemeinen Ständeverſammlung des Königreichs Hannover betreffend.

Die Verſammlung der allgemeinen Stände des Königreichs Hannover hat mit landesherrlicher Genehmigung beſchloſſen, ihre Verhandlungen durch den Druck zur öffentlichen Kenntniß des Publicums zu bringen. Wir, die unterzeichneten Generalſecretarien, welche mit der Ausführung dieſes Beſchluſſes beauftragt ſind, haben uns deren möglichſte Beſchleunigung, ſobald und ſoviel es thunlich war, angelegen ſeyn laſſen, und die nunmehr zum Druck bereit liegenden Materialien haben wir ſo vollſtändig, als es die beſtehenden Vorſchriften irgend zu erlauben ſchienen, einzurichten uns bemühet. Dieſes Werk, Auszüge aus den Verhandlungen der zweyten allgemeinen Ständeverſammlung des Königreichs Hannover, fängt an mit den Verhandlungen des nach der neuen Organiſation am 28ſten December 1819 eröffneten allgemeinen Landtages, während die künftige Bekanntmachung der Verhandlungen, der ſeit dem Jahre 1814 beſtandenen proviſoriſchen allgemeinen Ständeverſammlung, namentlich von dem Wunſche des Publikums und von der an den jetzt bekannt zu machenden neueren Verhandlungen zu beweiſenden Theilnahme abhängig iſt.

Was die Einrichtung des Werks betrifft, ſo werden künftig 1) die zur öffentlichen Bekanntmachung geeigneten Anträge und Schreiben des Königl. Kabinetsminiſterii an die allgemeine Ständeverſammlung und der Letztern an Königliches Kabinetsminiſterium ſogleich, wenn ſie reſpective ein- und abgehen, ihrem ganzen Inhalte nach, abgedruckt und zum Debit ausgegeben werden. 2) Dieſen folgen, von Zeit zu Zeit, unter Bezugnahme auf jene Correſpondenz, die Auszüge aus den Protocollen beyder Kammern, nach den Gegenſtänden (wenn darüber von beyden Kammern ein Beſchluß gefaßt iſt) geordnet; ſo daß alſo nicht nur die Veranlaſſung und das Reſultat der ſtattgehabten Berathungen, ſondern auch der Lauf der Debatten und wie daraus die endlichen Beſchlüſſe hervorgegangen, zur öffentlichen Kunde gebracht werden. Endlich wird 3) zu Ende einer ganzen Landtagsdiät, ein Regiſter nachgeliefert werden, um den Gebrauch des, während derſelben ſucceſſiv erſchienenen, Werks zu erleichtern.

Da die erſte Diät des jetzigen allgemeinen Landtags bereits beendigt, ſo haben wir den bekannt zu machenden Verhandlungen derſelben, um mit der vorerwähnten künftigen Einrichtung möglichſt übereinzuſtimmen, folgende Einrichtung geben zu müſſen geglaubt: 1) die, während dieſer Diät, an die allgemeine Ständeverſammlung ergangenen Schreiben und Anträge, des königlichen Kabinetsminiſterii, und die, an das königliche Kabinetsminiſterium ergangenen, Schreiben und Anträge der Stände werden heftweiſe, nach Gegenſtänden zuſammengeſtellt, abgedruckt und ausgegeben werden. Nicht weniger wird 2) der Abdruck und Debit der nach den Gegenſtänden in Hefte abgetheilten Protocollauszüge, denen jene Correſpondenz als Anlage dient, möglichſt beſchleunigt werden; welchemnächſt 3) das dazu gehörige Regiſter baldigſt nachgeliefert wird. Das Werk wird in Quartformat auf gutem Druckpapier, und ähnlich wie die hieſige Geſetzſammlung, gedruckt. Auf ſpecielle und zeitige Beſtellung können auch Exemplare auf gutem Schreibpapiere verabfolgt werden.

Die Bogenzahl, welche die zu druckenden Kommunikationen der Stände, mit dem königlichen Kabinetsministerio, die Protokollauszüge und das Regiſter eines Jahrganges umfaſſen wird, läßt ſich noch nicht genau beſtimmen. Bei dieſer Unbeſtimmtheit und unſerm lebhafteſtem Wunſche, die Publicität durch möglichſt wohlfeilen Preis zu befördern, halten wir den, an ſich mäßigen, Pränumerationspreis von drei Reichsthalern Conventionsmünze für jedes Exemplar auf Druckpapier, und drei Reichsthalern achtzehn gute Groſchen Convenzionsmünze für jedes Exemplar auf Schreibpapier vorläufig für angemeſſen, und behalten uns vor, ſelbſt dieſen Preis eines Jahrganges verhältnißmäßig herabzuſetzen, falls die Erfahrung uns zeigen ſollte, daß die künftigen Jahrgänge die einſtweilen angenommene Bogenzahl von 120 bis 150 Bogen nicht erreichen. — —

Wir erſuchen daher alle diejenigen, welche dieſes, die neueſten Verhandlung der allgemeinen Ständeverſammlung umfaſſende Werk zu beziehen wünſchen, ihre Beſtellung — die jedoch wenigſtens die ſämmtlichen Verhandlungen einer ganzen Diät oder eines Jahrganges umfaſſen muß — mit Angabe der gewünſchten Anzahl Exemplare, und gegen portofreie Erlegung des obigen Pränumerationspreiſes in guter grober Conventionsmünze oder andern tarifmäßigen Münzſorten, bei den Intelligenzcomtoirs zu Hannover, Göttingen, Stade, Osnabrück, Aurich oder Hildesheim einzugeben; welchen die beſtellten Exemplare, ſo wie ſie die Preſſe verlaſſen, Heft- oder Bogenweiſe zur weitern gefälligen Beſorgung und zwar bis zu jenen Städten portofrei werden zugeſandt werden.

Hannover, den 18ten Oktober 1820.

Das Generalſecretariat der allgemeinen Ständeverſammlung des Königreichs.

Hartmann, Dr. **Öhlrich.**

Nachricht.

Von dieſer Zeitſchrift erſcheint, mit dem Ende eines jeden Monaths, ein Stück, von zehn bis zwölf Bogen; wovon drey einen Band ausmachen. Der Preis des Jahrgangs iſt 8 Rthlr. ſächſiſch, oder 14 Fl. 24 Kr. Reichsgeld. Beſtellungen können in allen ſoliden Buchhandlungen und auf allen Poſtämtern, zu allen Zeiten gemacht, doch kann, in der Regel, nur auf einen ganzen Jahrgang abonnirt werden.

Ein Jedes Stück dieſer Zeitſchrift wird, in den letztern Tagen des Monaths, wovon es die Bezeichnung trägt, oder doch ſpätſtens in den erſtern des nächſt folgenden, in Leipzig ausgegeben. Sollten daher entfernte Buchhandlungen die Stücke unregelmäßig, oder über die Gebühr verſpätet bekommen, ſo haben ſie ſich deshalb allein an ihre Kommiſſionäre, Abonnenten aber an die Buchhandlung zu halten, bey denen die Beſtellungen von ihnen gemacht worden ſind.

D. Herausgeber. Der Verleger.

Digitized by Google

Die
Zeiten

oder

Archiv

für

die neueſte Staatengeſchichte

und

Politik.

Herausgegeben

von

D. Chriſtian Daniel Voß,

ordentlichem Profeſſor des Staatsrechts und der Staatsklugheit
zu Halle.

1820.

Zwölftes Stück. December.

Leipzig
bey Johann Georg Mittler.

Inhalt.

I. Ein merkwürdiger Paragraph, aus einer, noch ungedruckten Finanzwiſſenſchaft, über eine, von mehrern Staaten angewandte Methode, den Kurs ihres Papiergeldes zu heben. Seite 301

II. Verträge, welche auf die Rekonſtruirung der preußiſchen Monarchie, und die Beſtimmung ihrer Verhältniſſe, zu den benachbarten Staaten, Beziehung haben. (Beſchluß.)

Verträge, zwiſchen Preußen und dem Königreich der Niederlande, franzöſiſch und deutſch. (Beſchluß.) 307

III. Ueberſicht der wichtigſten Verhandlungen und Beſchlüſſe der Nationalrepräſentationen von Frankreich und Großbritannien. (Fortſetzung.)

Ueberſicht der Verhandlungen und Beſchlüſſe, der letzten franzöſiſchen Nationalrepräſentation, in Betreff der Ausnahmegeſetze und des neuen Wahlgeſetzes. (Beſchluß.) 385

Beylagen.

Politiſch-literäriſcher Anzeiger. N. XI.

1. Kleine hiſtoriſche Merkwürdigkeiten.

Ein merkwürdiges Kabinetſchreiben Friedrichs des Zweyten. CLXIX

2. Miscellen.

Ort der Irmen-Saul. CLXX

3. Bücherrecenſionen.

Allgemeine Ueberſicht der Staatskräfte, von den ſämmtlichen europäiſchen Reichen und Ländern, mit einer Verhältnißcharte von Europa ꝛc. von A. F. W. Crome ꝛc. Leipzig, bey G. Fleiſcher den Jüngern 1818.

Geographiſch-ſtatiſtiſche Darſtellung von den ſämmtlichen, zum deutſchen Bunde gehörigen Ländern, mit einer großen Verhältnißcharte, von A. F. W. Crome ꝛc. 1. Th. Leipzig, bey G. Fleiſcher 1820. CLXXIV

Kronos. Genealogiſch-hiſtoriſches Jahrbuch für 1821. Mit dem Portrait des Fürſten Metternich. Leipzig, bey J. Fr. Gledi

Die
Zeiten,

Zwölftes Stück. December 1820.

I.

Ein merkwürdiger Paragraph aus einer noch ungedruckten Finanzwiſſenſchaft, über eine von mehrern Staaten angewandte Methode den Curs ihres Papiergeldes zu heben.

Eine ganz falſche Curart des Papiergeldes iſt die, welche man neuerlichſt in einigen Staaten mit großen Koſten vorgenommen hat. Sie beſteht darin, daß die Regierungen ſich bemüheten den Curs deſſelben zu heben. Man glaubt dieſes dadurch zu bewirken, daß man gewiſſe Quantitäten aus dem Umlaufe zieht, vorausſetzend, daß die Verminderung der Maſſe des Papiergeldes, deſſen Werth ſteigern müſſe. Daß dieſes eine gänzlich mißverſtandene, unnütze und verſchwenderiſche Maßregel ſey, werden folgende Betrachtungen deutlich beweiſen:

1. Mißverſtanden nenne ich die Maßregel, weil ihr die falſche Meynung zum Grunde liegt, als könne der Staat dadurch den durch das Fallen des Papiergeldes verurſachten Schaden wieder gut machen, und denen, welche dadurch verloren, ihren Verluſt erſetzen. In dem Vorhergehenden iſt ſattſam gezeigt, daß dieſes unmöglich ſey, weil weder ausfindig zu machen iſt, welche Individuen den Verluſt durch den Fall des Papiergeldes erlitten, noch in welchem Maße ſie derſelbe getroffen. Man weiß nur, daß die Geſellſchaft im Ganzen dabey verloren. Nicht einmahl das läßt ſich deutlich ergründen, wie viel ſie im Ganzen verloren. Sollte aber die Geſellſchaft durch jene Erhöhung des Curſes entſchädigt werden; ſo geſchähe dieſes doch nur auf Koſten der Geſellſchaft ſelbſt, wodurch die Entſchädigung natürlich null wird. Allein die Geſellſchaft wird auch durch eine ſolche Erhöhung des Curſes ſo wenig entſchädiget, daß vielmehr die ganze Reihe der Nachtheile dadurch ſie noch einmahl trifft, welche ſie vorher durch das Fallen des Curſes erfahren, nur in umgekehrter Ordnung. Diejenigen nämlich, welche gerade viel Papiergeld in Händen, oder dergleichen von andern zu empfangen haben, profitiren durch dieſe Maßregel, ohne zu wiſſen wie und warum. Diejenigen aber, welche kein Papiergeld haben, daſſelbe aber ſich anſchaffen müſſen, um ihre in ſchlechterem Papier kontrahirten Schulden zu bezahlen, verlieren in eben dem Maße, als jene gewinnen, verlieren eben ſo ohne alle Schuld als jene ohne alles Verdienſt gewinnen. Es bewirkt alſo ein ſolches in die Höhertreiben des Curſes eine eben ſo große blinde Vermögensumwälzung als vorher das Fallen des Papiers

geldes bewirkt hat. Statt das Uebel dadurch zu verbeſſern oder zu hemmen, wird es nur, obſchon in umgekehrter Ordnung, wiederholt. — Ich nenne

2. die Maßregel unnütz, weil ſie, ſo wie ſie hier und da ausgeführt worden iſt, den Curs des Papiergeldes nicht hebt und nicht heben kann. Sollte nämlich dadurch, daß man das Papiergeld vermindert, deſſen Werth ſteigen, ſo müßte zugleich bewirkt werden, daß das Papiergeld das einzige Cirkulationsmittel bleibe. Dann würde das Geſetz: Verminderung der Menge der Waare beym gleichbleiben der Nachfrage, erhöhet ihren Preis, ſeine Wirkſamkeit zeigen. Man müßte alſo verbieten oder ſonſt verhindern, daß kein Metallgeld neben dem Papiergelde in Cirkulation trete. Nun aber bildeten ſich die, welche das Ruder der Finanzen führten, mit manchen andern ein, daß das Einſtrömen des Metallgeldes in das Land ein Glück für daſſelbe ſey, und einen vortheilhaften Einfluß auf den Werth des Papiergeldes äußern müſſe. Aber die Natur der Sache bringt es mit ſich, daß gerade das Gegentheil geſchieht. Denn das Eindringen des Silbergeldes in die Cirkulation iſt eben die Urſache, daß das Papiergeld, der Verminderung ſeiner Maſſe ungeachtet, ſich nicht heben kann, und daß die Verminderung deſſelben eine völlig unnütze Maßregel zur Erreichung dieſes Zweckes wird. Denn man ſetze, die Summe des umlaufenden Papiergeldes betrage 800 000,000 Einheiten (Rubel oder Thaler), die zu dem Werthe von 200 Millionen Silbereinheiten umlaufen. Es ziehe die Regierung 200 Mill. Papiereinheiten aus der Cirkulation, es

gehen aber dafür 50 Mill. in Silbergelde hinein; ſo wird in der Summe der Cirkulationsmittel gar keine Veränderung vorgefallen ſeyn, und das Herausziehen der 200 Mill. Papiereinheiten, wird ohne alle Wirkung auf den Curs bleiben. Hierin iſt der wahre Grund anzutreffen, weßhalb die größten Aufopferungen der öſtreichſchen, ruſſiſchen und anderer Regierungen, nirgends die Wirkungen gezeigt haben, welche jene Regierungen davon zu erwarten ſchienen. Die ruſſiſche Regierung z. B. hat die edelſte und beſte Abſicht offenbart, und die größten Aufopferungen gemacht, um ihr Papiergeld wieder gut zu machen. Schon hat ſie ſich mit einer Schuldenlaſt von 150 Mill. Rubel in Bankoaſſignationen beladen, um ihr Papiergeld zu verbeſſern, und doch hat dieſes große Opfer, ſo gut wie nichts auf die Erhöhung des Werthes ihres Papiergeldes gewirkt; ja man kann mit Zuverläſſigkeit vorher ſagen, daß die neue Anleihe von 40 Mill. Silberrubel, wodurch man abermahls mehr als 120 Mill. Aſſignationsrubel vertilgen kann, eben ſo wenig ausrichten werde, wenn damit nicht zugleich andere Urſachen in Verbindung geſetzt werden, welche das Einſtrömen des Silbers in die Cirkulation, hemmen.

Die Urſachen, weßhalb jetzt ſo viel Silber in dem Innern des ruſſiſchen Reichs zu Zahlungen angewandt wird, laſſen ſich bey einigem Nachdenken leicht finden. Es wird nämlich, zwiſchen der Regierung und dem Volke in Rußland, ein ſtiller Kampf unterhalten, deſſen ſich vielleicht beyde Theile nicht einmahl deutlich bewußt ſind. Die Regierung iſt bemüht, den Aſſignationsrubel zu erhöhen,

und glaubt dieſes durch Verminderung der umlaufenden Aſſignationen zu bewirken. Das Volk widerſtrebt dieſer Erhöhung, weil es einſieht, daß mit derſelben ſeine Abgaben realiter ſteigen, und die Preiſe ſeiner Produkte, nominaliter ſinken würden. Um dieſes zu verhindern, hat Niemand Luſt mehr für den Aſſignationsrubel zu geben als bisher. Da nun dieſes dennoch bey Verminderung derſelben erfolgen müßte; ſo greifen ſie begierig nach dem ſich darbietenden Surrogate der Aſſignationen, und ſetzen das Silber, nach dem Werthe, den es in Aſſignationen hat, in Umlauf. Dadurch können alle Aſſignationen, welche die Regierung dem Umlaufe entzieht, ſogleich ihrer Wirkung nach, erſetzt werden. Und wenn daher die Regierung nach und nach, auch die ganze Maſſe der jetzigen Aſſignationen, nach der bisherigen Weiſe, zurück zieht; ſo werden ſelbſt die letzten hundert Rubel dadurch keinen höhern Curs gewinnen, wenn immer eben ſo viel Silber in die Cirkulation tritt, als der Werth der papiernen Cirkulationsmittel beträgt, welchen die Regierung durch ihre Anleihen heraus zieht. — Indem man ſich nun über das viele Silber, welches bisher vom Auslande eingegangen, freuet, und es als ein Zeichen des zunehmenden Reichthums anſieht, daß in die Münzſtätte ſo viel Silber zur Ausprägung gebracht wird, und die Regierung ſolche Zahlungen in Silber, auf alle Weiſe begünſtiget, erleichtert ſie dem Volke die Anſchaffung der Mittel, welche zum Surrogate der verbrannten Aſſignationen dienen, und wirkt dadurch ihrem eigenen Zwecke, dem ſie ſo große Opfer bringt, nämlich der Erhöhung des Curſes derſelben, gerade entgegen. — Demſelben Spiel hat Oeſtreich lange

Zeit ungeheure Summen geopfert, und hat erſt jetzt das wahre und einzig richtige Mittel, das Unheil des Papiergeldes wegzuſchaffen, ergriffen; nämlich: Fixirung des Werths durch offne Kaſſen, die das Papiergeld zu einem fixen Preiſe verwechſeln. — Endlich habe ich

3. die Maßregel **verſchwenderiſch** genannt. Denn das Geld, welches zur Hebung des Curſes des Papiergeldes angewendet wird iſt wie weggeworfen, und auf eine unnütze ja ſelbſt höchſt ſchädliche Art verſchwendet, da a. der ganze Zweck, den Curs des Papiergeldes zu erhöhen wie eben gezeigt worden, nichts taugt, und b. dieſer Zweck nicht einmahl dadurch erreicht wird. Daß dieſes nicht geſchieht, und der natürliche Gang der Dinge beſſer für das Wohl des Volks ſorgt, als die irregeleitete Staatsweisheit, iſt noch ein Glück. Aber die Millionen, welche der Staat daran wendet, um dieſen Zweck zu erreichen, ſind immer weggeworfen, und alſo verſchwendet.

II.

Verträge,

welche

auf die Rekonſtruirung der preußiſchen Monarchie und die Beſtimmung ihrer Verhältniſſe, zu den benachbarten Staaten, Beziehung haben.

(Beſchluß.)

Verträge, zwiſchen Preußen und dem Königreiche der Niederlande.

(Beſchluß.)

Traité de limites entre Leurs Majeſtés le Roi de Pruſſe et le Roi des Pays-bas, ſigné à Clèves le 7. Octobre 1816.

Sa Majeſté le Roi de Pruſſe et Sa Majeſté le

Ueberſetzung des zwiſchen Ihren Majeſtäten dem Könige von Preußen und dem Könige der Niederlande, zu Cleve den 7. Oktober 1816, geſchloſſenen Grenztraktats.

Nachdem Seine Majeſtät der König von Preu-

Roi des Pays-bas, Prince d'Orange-Naſſau, Grand Duc de Luxembourg etc. ayant fixé par le Traité du 26. Juin dernier les limites des deux Royaumes, depuis les confins de la France ſur la Moſelle jusqu'à l'ancien territoire hollandois près de Mook, et voulant faire examiner cette ancienne frontière et régler ſur le Bas-Rhin tout ce qui concerne les travaux hydrotechniques ou autres points analogues de la manière la plus équitable et la plus convenable pour l'avantage mutuel des deux Etats, ont, conformément à l'article 25 de l'acte final du Congrès de Vienne, nommé Commiſſaires et muni de leurs pleins-pouvoirs, ſavoir Sa Majeſté le Roi de Pruſſe, le Sieur Frederic, Comte de Solms Laubach, premier

ſen und Seine Majeſtät der König der Niederlande, Prinz von Oranien-Naſſau, Großherzog von Luxemburg, die Grenzen beyder Königreiche von den Marken Frankreichs an der Moſel an bis zum ehemahligen holländiſchen Gebiet bey Mook durch den Traktat vom letztverfloſſenen 26. Juny, beſtimmt haben, und nunmehro Willens ſind, dieſe ehemahlige Grenze unterſuchen, und am Niederrhein alles, was die hydrotechniſchen Arbeiten und andre ähnliche Gegenſtände betrifft auf die billigſte und den gegenſeitigen Vortheil beyder Staaten angemeſſenſte Weiſe feſtſetzen zu laſſen; ſo haben Sie, dem fünf und zwanzigſten Artikel der Schlußakte des Wiener Kongreſſes gemäß, zu Ihren Kommiſſarien ernannt, und mit Ihren Vollmachten verſehen, nämlich: Seine Majeſtät der König von Preußen,

Préſident des Duchés de Juliers, Cleves et Berg, Grand-Croix de l'aigle rouge et de l'ordre de Sainte Anne de Ruſſie, lequel, uſant de la faculté à lui accordée par ſon plein-pouvoir, a délégué au même effet et avec les mêmes pouvoirs les Sieurs Fréderic Guillaume de Bernuth, Chef-Préſident de régence à Arnsberg, et Jean Albert Eytelwein, Conſeiller intime et Directeur-Général des bâtimens publics du Royaume; et Sa Majeſté le Roi des Pays-bas, les Sieurs Maximilien Jacques de Man, Colonel au Corps de génie, Directeur des archives de la guerre et du bureau topographique, Chevalier de l'Ordre militaire de Guillaume troiſième claſſe, et Jean Blanken-Iz, Inſpecteur général du

den Herrn Friedrich Grafen von Solms-Laubach, Oberpräſidenten der Herzogthümer Jülich, Cleve und Berg, Großkreuz des rothen Adler- und des ruſſiſchen St. Annenordens, welcher vermöge der ihm durch ſeine Vollmacht zuſtehenden Befugniß, zu demſelben Behuf und mit denſelben Vollmachten die Herren Friedrich Wilhelm von Bernuth, Chefpräſidenten der Regierung zu Arnsberg, und Johann Albert Eytelwein, geheimen Rath und Generaldirektor der öffentlichen Bauten abgeordnet hat; und Seine Majeſtät der König der Niederlande, die Herren Maximilian Jakob von Man, Obriſten im Ingenieurkorps, Direktor des Kriegsarchivs und des topographiſchen Büreaus, Ritter des Wilhelmsmilitärordens dritter Klaſſe, und Jan Blanken-Iz, Generalinſpek-

Digitized by Google

Waterſtaat, Chevalier de l'Ordre du Lion Neerlandois; les quels Commiſſaires, après avoir échangé leurs pleins-pouvoirs, qui ont éte trouvés en règle, ſont convenus des points et articles ſuivans:

Article premier. Les limites fixées par le préſent Traité déterminent les frontières entre les deux Etats, depuis le point où les limites le long de la Meuſe touchent à l'ancien territoire hollandois, près des maiſons dites Aan-Het End, jusqu'au territoire d'Hannovre où la ligne de démarcation entre les deux Royaumes ceſſe.

Article ſecond. La ligne de démarcation commencera au point ſusnommé et longera la limite entre les anciens

tor des Waſſerſtandes, Ritter des niederländiſchen Löwenordens; welche, nach Auswechſelung ihrer in gehöriger Form befundenen Vollmachten, über nachſtehende Punkte und Artikel übereingekommen ſind.

Art. I. Der durch gegenwärtigen Traktat aufgeſtellte Grenzzug beſtimmt die Grenzen zwiſchen beyden Staaten, von dem Punkt an gerechnet, wo die Grenzen längs der Maas, bey den ſogenannten Aan-Het-End-Häuſern das ehemahlige holländiſche Gebiet berühren, bis zum hannöverſchen Gebiet, wo die Demarkationslinie zwiſchen den beyden Königreichen aufhört.

Art. II. Die Demarkationslinie fängt beym obgenannten Punkte an, und zieht ſich längs der Grenze zwiſchen den ehe-

territoires hollandois et pruſſien, comme elle ſe trouvoit en mil ſept-cent-quatre-vingt-quinze, de manière que le Plak, le Schildbrock, le Steenbergſche-Heide et le Neederrykſche-Wald reſteront au Royaume des Pays-bas, et le Cleſſche-Wald, le Lindenbergſche-Hoff, le Rother-Loewe, le Halber-Mond et le territoire de Wilder au Royaume de Pruſſe. Au Halber-Mond elle traverſera la grande route de Clèves à Nimègue et et ſuivra cette route jusqu'à la maiſon dite Koenig von Preuſsen, laquelle maiſon reſtera au Royaume de Pruſſe en ſorte que la dite route appartiendra toute entièree depuis le Halber-Mond ſusdit au Royaume de Pays-bas. De la maiſon dite Koenig von Preuſsen, la ligne quittera la grande route en ſe dirigeant

mahligen holländiſchen und preußiſchen Gebieten, wie ſie im Jahre ein tauſend ſieben hundert fünf und neunzig beſtand; dergeſtalt daß der Plak, der Schildbrock, die ſteenbergſche Heide und der niederreichiſche (neederikſche) Wald dem Königreich der Niederlande, hingegen der cleſſche Wald, der lindenbergſche Hoff, der rothe Löwe, der halbe Mond und das wilderſche Gebiet dem Königreich Preußen verbleiben. Beym halben Mond geht ſie quer durch die Heerſtraße von Cleve nach Nimwegen, und folgt dieſer Straße bis zum ſogenannten König von Preußen, welches Haus dem Königreich Preußen verbleibt, ſo daß beſagte Straße vom halben Mond an gerechnet, dem Königreich der Niederlande ganz zugehören wird. Vom Hauſe, genannt König von Preußen, angerechnet, verläßt die

ſur la maiſon dite le Muſſenberg, près du Village de Beeck, laiſſant cette maiſon à la Pruſſe et le Village aux Pays-bas. Du Muſſenberg l'ancienne limite ſe dirige vers l'orient jusju'au Aartjenshoff, qui reſte avec le chemin de Wilder à la Pruſſe; de là vers le nord, ſuivant l'Oude-Waterleiding jusqu'à l'écoulement des eaux de Zyfflich et cet écoulement jusqu'aux limites entre Zyfflich et Loeth, de manière que le Tornſche-Molen avec les maiſons y ſituées ainſi que le terrain de Zyfflich entre l'écoulement et l'Ooyſche-Water appartiendront aux Pays-bas, et le Wilderſche-Meer avec la partie de l'écoulement de Zyfflich entre le Tornſche-Molen et les limites de Loeth appartiendront en entier à la Pruſſe. Elle longera

Scheidelinie die Heerſtraße, nimmt ihre Richtung nach dem ſogenannten muſſenbergſchen Hauſe unweit der Dorfſchaft Beek hin, und überläßt jenes Haus an Preußen, dieſe Dorſchaft aber den Niederlanden. Von Muſſenberg läuft die ehemahlige Grenze nach Oſten bis zum Aartjenshoff, welcher mit der Wilderſchen Straße Preußen verbleibt; von da wendet ſie ſich nach Norden und folgt der alten Waſſerleitung (Oude-Waterleiding) bis zum Abfluß des zyfflichſchen Waſſers, hiernächſt dieſem Abfluß bis zu den Grenzen zwiſchen Zyfflich und Loeth, dergeſtalt, daß der Tornſche-Moolen mit den dort belegenen Häuſern, ſo wie der zyfflichſche Grund und Boden zwiſchen dem Abfluß und dem Oyſche-Water den Niederlanden, hingegen der wilderſche See (wilderſche Meer) mit dem Theile des zyfflich-

Digitized by Google

enſuite la dite limite entre Zyfflich et Loeth jusqu'au point le plus méridional de la Seigneurie de Millingen et enfin les anciennes limites orientales de cette Seigneurie jusqu'au Waal, en ſorte que Zyfflich, Niehl et Bimmen reſtent au Royaume de Pruſſe et que Loeth, Hulhauſen, Kekerdom et Millingen feront partie du Royaume de Pays-bas.

Article troiſième. Du point où les limites de Millingen touchent au Waal, la ligne de démarcation ſe dirigera en ligne droite ſur la tour d'Aarth jusq'au milieu ou à l'axe de la largeur normale de la rivière, lequel axe en montant ſera pris pour Thalweg et fixera la li-

ſchen Abfluſſes zwiſchen dem Tornſche-Molen und den löthſchen Grenzen Preußen ganz zugehören werden. Nachher läuft ſie längs beſagter Grenze zwiſchen Zyfflich und Löth bis zum mittäglichſten Punkt der Herrſchaft Millingen, und endlich längs den ehemahligen öſtlichen Grenzen dieſer Herrſchaft bis zur Waal, dergeſtalt daß Zyfflich, Niehl und Bimmen dem Königreich Preußen verbleiben, und Löth, Hulhauſen, Kekerdom und Millingen einen Theil des Königreichs der Niederlande ausmachen.

Art. III. Vom Punkte an gerechnet, wo die Millingenſchen Grenzen die Waal berühren, nimmt die Scheidelinie ihre Richtung in grader Linie nach dem aarther Thurm bis zur Mitte oder zur Axe der Normalbreite des Fluſſes hin, welche Axe beym Heraufſteigen für den Thalweg gelten, und die

miſe jusque vis-à-vis du prolongement du côté gauche de la route de Stockmann à Elten, de manière que le Schenkenſchanz avec ſon territoire ſera partie du Royaume de Pruſſe et que le Kyfward, le Bylandſchewaard, 'SGraavenwaard, Lobith, le Ober- et Nieder-Spyck, y compris l'enclave du territoire d'Elten, appartiendront au Royaume des Pays-bas.

Grenze bis gegenüber der Verlängerung der linken Seite der Straße von Stockmann nach Elten, beſtimmen ſoll, dergeſtalt, daß die Schenkenſchanz mit ihrem Gebiet einen Antheil des Königreichs Preußen ausmachen, und daß der Kyfward, der Bylandſchewaard, 'SGraavenward, Lobith, der Ober- und Nieder-Spyck, mit Inbegriff der Enklave des eltenſchen Gebiets dem Königreich der Niederlande angehören werden.

Article quatrième. Du milieu ſusdit du Rhin, la limite quittera la rivière et ſe dirigera vers le nord, en longeant la liſière gauche de la route de Stockmann à Elten jusqu'au milieu ou à l'axe du ruiſſeau dit la Wildt, laiſſant cette route, dite Poſtweg, avec le pont ſur la Wildt en entier à la Pruſſe, et la

Art. IV. Von beſagter Rheinmitte an, verläßt die Grenze den Fluß, nimmt ihre Richtung nach Norden hin, läuft längs dem linken äußerſten Rand der Straße von Stockmann nach Elten bis zur Mitte oder zur Axe des ſogenannten Wildt Bachs, und überläßt dieſe Straße, Poſtweg genannt, mit der Brücke über den Wild ganz an Preußen;

partie d'Elten ſituée entre ce Poſtweg, le Ober-Spyck, le vieux Rhin et la Wildt aux Pays-bas. Les ſujets pruſſiens auront la faculté de paſſer librement les digues du Spyck et réciproquement le dit Poſtweg reſtera toujours libre et ouvert aux ſujets des Pays-bas.

Article cinquième. La ligne de démarcation ſuivra l'axe du ruiſſeau la Wildt jusq'au vieux Rhin et longera de là le territoire d'Elten à la rive droite du vieux Rhin et l'étang dit le Kamm jusqu'au Sommerdamm de Steenward, de manièra que le Kamm et le Hauberg-ſche Faehrhaus avec les maiſons jusqu'à la limite d'Elten appartiendront au Royaume des Pays bas. Arrivée au Sommerdamm, qui

hingegen den zwiſchen dieſem Poſtweg, dem Ober-Spyck, dem alten Rhein und der Wildt belegenen eltenſchen Theil an die Niederlande. Die preußiſchen Unterthanen ſollen die Befugniß haben, die ſpyckſchen Dämme frey zu paſſiren, und der genannte Poſtweg ſoll gegenſeitig den Unterthanen der Niederlande ſtets frey und offen ſtehen.

Art. V. Die Scheidelinie folgt der Axe des Wildtbaches bis zum alten Rhein und läuft von dort längs dem eltenſchen Gebiet auf dem rechten alten Rheinufer und dem ſogenannten Kammteiche bis zum Sommerdamm von Steenward dergeſtalt, daß der Kamm und das haubergſche Fährhaus mit den Häuſern bis zur eltenſchen Grenze dem Königreiche der Niederlande zugehören werden. Iſt die Scheidelinie an dem Sommerdamm, welcher Preu-

reſte en entier à la Pruſſe, elle longera le talus extérieur à une diſtance de douze pieds (meſure de Rhinlande) jusqu'aux anciennes limites méridionales de la Seigneurie de Grondſtein, et ſuivra ces limites le long de la rive droite du vieux Rhin jusqu'au-deſſous de la prairie appartenante à la maiſon dite Waardtmanshoff, de manière que la partie de Kyknit, ſituée entre la dite prairie et le vieux Rhin, appartiendra au Royaume de Pruſſe. Puis la ligne ſuivra le foſſé occidental de cette prairie jusqu'au chemin faiſant le prolongement du Zomerkade, et elle longera ce chemin dans la direction du nord jusqu'au premier foſſé à droite, ſuivra ce foſſé, ainſi que le foſſé méridional de la prairie dite Smits-weide, jusqu'à une diſtan-

ßen ganz verbleibt, angelangt, ſo läuft ſie längs der äußern Böſchung in einer Entfernung von zwölf Fuß (rheinländiſchen Maßes) bis zu den ehemahligen mittäglichen Grenzen der Herrſchaft Grondſtein, und folgt dieſen Grenzen längs dem rechten Ufer des alten Rheins bis unterhalb der dem ſogenannten Waardtmannshoffiſchen Hauſe zugehörigen Wieſe, dergeſtalt, daß der zwiſchen beſagter Wieſe und dem alten Rhein belegene Theil von Kyknit dem Königreich Preußen zugehören wird. Hiernächſt folgt die Scheidelinie dem weſtlichen Graben dieſer Wieſe bis zum Wege, welcher die Verlängerung des Zomerkade ausmacht, und ſie läuft längs dieſem Wege in der nördlichen Richtung bis zum erſten Graben rechts, folgt dieſem Graben, ſo wie dem mittäglichen Graben der ſogenannten Smitsweide

ce de trois verges (meſure de Rhinlande du foſſé oriental de la même prairie. De ce point la limite ſe dirigera parallèlement au dit foſſé oriental jusqu'aux limites ſeptentrionales de Grondſtein, de manière que le Steenward avec le Sommerdamm, la Seigneurie de Grondſtein et le foſſé oriental de Smitsweide avec les trois verges au-delà, pour en faire un chemin conduiſant ſur la route de Sevenaer à Elten, appartiendront au Royaume de Pruſſe et le Kribmeiſter-Weide, les Meeuwe-Pollen et la partie du Nooteboomſche-Polder, où le déverſoir du Lymers ſe trouve en entier, au Royaume de Pays-bas.

bis zu einer Entfernung von drey Ruthen (rheinländiſchen Maßes) des öſtlichen Grabens derſelben Wieſe. Von dieſem Punkte an geht die Grenze mit beſagtem öſtlichen Graben bis zu den nördlichen Grenzen von Grondſtein in einer parallelen Richtung fort, dergeſtalt, daß der Steenward mit dem Sommerdamm, die Herrſchaft Grondſtein und der öſtliche Graben von Smitsweide, welcher mit den drey Ruthen weiter hin einen auf die Straße von Sevenaer nach Elten führenden Weg ausmacht, dem Königreich Preußen, und die Kribmeiſter Weide, die Meuwe-Pollen und der Theil des Nooteboomſche Polder, wo ſich die Ableitung des Lymers befindet, dem Königreich der Niederlande zugehören werden.

Article ſixième. Enſuite la ligne de démarcation longera les limi-

Art. VI. Hiernächſt läuft die Scheidelinie längs den nördlichen Gren-

tes ſeptentrionales de Grondſtein jusqu'à une terre appartenante à l'égliſe d'Elten, ſituée entre la route de Sevenaer à Elten et la pointe avancée de Grondſtein. De là elle ſuivra les anciennes limites entre Elten et le Lymers et ſe dirigera en ligne droite ſur l'ancienne frontière de Gueldre, de manière que les maiſons de Velthuyſen reſtent à la Pruſſe et la pointe avancée, formée par l'ancienne limite à gauche, aux Pays-bas. Enfin elle longera les limites entre les territoires d'Elten et du prévôté d'Emmerich et ceux de Beeck et 'S Heerenberg, telles qu'elles ſe trouvoient en mil-ſept cent-quatre-vingt-quinze, jusqu'au ruiſſeau dit la Wildt.

zen von Grondſtein bis zu einem zwiſchen der Straße von Sevenaer nach Elten und der hervorragenden Spitze von Grondſtein belegenen, der eltenſchen Kirche zugehörigen Gute. Von dort folgt ſie den ehemahligen Grenzen zwiſchen Elten und dem Lymers, und nimmt in grader Linie ihre Richtung nach der ehemahligen geldernſchen Grenze hin, dergeſtalt, daß die velthuyſenſchen Häuſer Preußen und die auf der ehemahligen Grenze links hervorragende Spitze den Niederlanden verbleibe. Endlich läuft ſie längs den Grenzen zwiſchen dem eltenſchen Gebiet und der Probſtey Emmerich, und zwiſchen den Beeck- und 'S heerenbergſchen Gebieten, ſo wie ſie im Jahre ein tauſend ſieben hundert fünf und neunzig beſtanden, bis zum ſogenannten Wildtbache.

Article ſeptième. De la Wildt elle ſe dirigera vers l'orient par le milieu ou l'axe de ſe ruiſſeau et du Bergſche-Wetering jusq'au Landweer ou Schouwgraaf (Schaugraben) de Netterden, et ſuivra également le milieu de ce Schouwgraaf jusqu'à l'écluſe à conſtruire dans le Sommerdamm de Klein-Netterden. Cette écluſe reſtera toute entière à la Pruſſe, et après en avoir fait le tour, la ligne ſuivra le milieu du foſſé d'écoulement à creuſer jusqu'à l'ancienne limite entre les deux Royaumes, à l'eſt du Landweer de Hetter. Par cette détermination, le terrain, dans lequel ſe trouve le Lindhorſt, le Boſch, le Botberg, Klein-Netterden, Speelberg, Borgbees, etc., et qui eſt ſitué entre les anciennes limites de Huttum et d'Emmerich,

Art. VII. Von der Wildt nimmt ſie durch die Mitte oder die Axe dieſes Baches und der Bergſchen Wetering bis zum Netterdenſchen Landweer oder Schouwgraaf (Schaugraben) ihre Richtung nach Oſten hin, und folgt gleichmäßig der Mitte dieſes Schaugrabens bis zu der im Klein Netterdenſchen Sommerdamm anzulegenden Schleuſe. Dieſe Schleuſe verbleibt gänzlich an Preußen, und nachdem die Scheidelinie ſie umgangen, folgt ſie der Mitte des Abflußgrabens, der bis zur ehemahligen Grenze zwiſchen den beyden Königreichen öſtlicher Seits des Hetterſchen Landweer angelegt werden ſoll. Dieſer Beſtimmung zufolge gehört inskünftige der Grund und Boden, auf welchem der Lindhorſt, der Boſch, der Botberg, Klein-Netterden, Speelberg, Borgbees u. ſ. w. ſich befinden, und welcher zwiſchen den

le nouveau foſſé d'écoulement à creuſer, l'écluſe de Klein-Netterden, le Schouwgraaf, le Bergſche-Wetering et la Wildt, appartiendra dorénavant à Sa Majeſté le Roi de Pruſſe.

ehemahligen Huttum- und emmerichſchen Grenzen, dem neuen anzulegenden Abflußgraben, der kleinnetterdenſchen Schleuſe, dem Schaugraben, der bergſche Wetering und der Wildt belegen iſt, Seiner Majeſtät dem Könige von Preußen.

Article huitième. Sur la carte ſpéciale jointe au préſent Traité et ſignée par les Commiſſaires reſpectifs ſont tracées au juſte les limites décrites ci-deſſus.

Art. VIII. Auf der gegenwärtigem Traktat beygefügten und von den reſpektiven Kommiſſarien unterzeichneten Specialkarte ſind die obbeſchriebenen Grenzen genau abgezeichnet.

Article neuvième. Du ſusdit point à l'eſt du Landweer de Hetter jusju'aux limites d'Hanovre la ligne de démarcation reſtera la même qu'en mil-ſeptcent-quatre vingt-quinze et ne ſera déterminée en détail que lors de la plantation générale des poteaux, vû qu'aucun différent ni au-

Art. IX. Vom obgeſagten Punkt zu Oſten der hetterſchen Landweer bis zu den hannöverſchen Grenzen bleibt die Scheidelinie dieſelbe als im Jahre ein tauſend ſieben hundert und fünf und neunzig, und ſoll erſt bey der allgemeinen Errichtung der Grenzpfähle näher beſtimmt werden, da kein

cune conteſtation ne ſe préſente ſur ſa direction.

Article dixième. Outre les territoires qui par la limite déterminée dans les articles précédens, changeront de domination, Oberbillig avec le territoire ſitué ſur la rive droite de la Moſelle et devant, d'après le Traité d'Aix-la-Chapelle du vingt-ſix Juin dernier, appartenir au Royaume des Pays-bas, reſtera au Royaume de Pruſſe.

Article onzième. Tous les travaux hydrotechniques etc. de côté et d'autre de la rivière ſeront déſormais uniquement à la charge et à la diſpoſition ſpéciale du Souverain qui poſſède le territoire à chaque côté du Thalweg déterminé à l'article trois.

Zwiſt und keine Streitigkeit über ihre Richtung ſich darbietet.

Art. X. Außer den Gebieten, welche durch die in vorhergehenden Artikeln feſtgeſetzten Grenze ihre Herrſchaft ändern, verbleibt Oberbillig, welches nach dem Aachener Traktat vom letztverfloſſenen ſechs und zwanzigſten Juny dem Königreich der Niederlande zugehören ſollte, mit ſeinem am rechten Moſelufer belegenen Gebiet dem Königreich Preußen.

Art. XI. Alle hydrotechniſche Arbeiten auf der einen ſowohl als der andern Seite des Fluſſes fallen künftighin dem Landesherrn zur Laſt, welcher das Gebiet auf jeder Seite des im dritten Artikel feſtgeſetzten Thalwegs beſitzt, und ſind Seiner Specialverfügung anheim geſtellt.

Article douzième. Il ne pourra être établi dans le lit de la rivière aucun ouvrage offenſif qui puiſſe nuire au courant et par là à la rive oppoſée à moins d'un concert préalable et d'un commun accord des deux Puiſſances. Il en ſera de même des nouveaux ouvrages qui ſur les terrains extérieurs des digues pourroient entraver le courant ou arrêter les glaces.

Article treizième. La largeur normale de la rivière ſera de cent-cinquante verges (meſurée de Rhinlande priſe à la hauteur moyenne de huit pieds et ſix pouces à l'échelle de Pannerden correſpondante avec ſix pieds quatre pouces de l'échelle d'Emmerich. Il ne ſe-

Art. XII. Es darf im Bette des Fluſſes keine Anlage gemacht werden, welche den Lauf des Stroms hemmen, und dem entgegen geſetzten Ufer dadurch ſchädlich werden könne, es müßte denn eine vorläufige deßfallſige Verabredung und gemeinſchaftliche Übereinkunft beyder Mächte ſtatt gefunden haben. Eben ſo ſoll es mit neuen Anlagen gehalten werden, welche an den äußern Erdflächen der Deiche dem Strom hinderlich ſeyn oder die Eisſchollen aufhalten könnten.

Art. XIII. Die Normalbreite des Fluſſes ſoll hundert und funfzig Ruthen (rheinländiſchen Maßes) bey der Mittelhöhe von acht Fuß ſechs Zoll pannerdenſchen Maßſtabes, betragen, welche mit ſechs Fuß vier Zoll emmerichſchen Maßſtabes übereinſtimmt. Es ſoll nicht er-

ra permis de tolérer la moindre oſeraie ou plantation quelconque qui approche le bord oppoſé de la rivière de plus près que de cent-cinquante verges; de ſorte que non ſeulement elles ſont interdites dans cette largeur normale, mais que même celles actuellement exiſtantes, qui dépaſſent la largeur de cent verges, ſeront abattues ou arrachées jusqu'à la racine. S'il eſt cependant jugé néceſſaire de part ou d'autre, de faire quelque plantation contraire à cette ſtipulation, les autorités reſpectives devront préalablement s'entendre ſur leur exécution.

Article quatorzième. Aucune des deux Puiſ-

laubt ſeyn, das geringſte Weidengebüſch oder irgend eine Pflanzung zu dulden, welche nicht wenigſtens hundert und fünfzig Ruthen weit vom entgegen geſetzten Ufer des Fluſſes abſtehe, dergeſtalt, daß nicht nur eine jede ſolche Pflanzung in dieſer Normalbreite unterſagt wird, ſondern daß ſogar eine jede gegenwärtig beſtehende und über eine Breite von hundert Ruthen hinausragende Pflanzung niedergeriſſen oder bis zur Wurzel ausgerottet werden ſoll. Sollte es indeſſen von der einen oder von der andern Seite für nöthig gehalten werden, dieſer Stipulation zuwider irgend eine Pflanzung anzulegen, ſo müſſen die reſpektiven Behörden ſich über die Ausführung dieſes Vorſatzes vorläufig verſtändigen.

Art. XIV. Keine beyder Mächte darf in der

ſance ne ſera exercer ou ne permettra jamais à ſa rive, vis-à-vis du rivage étranger, dans la dite largeur normale de cent-cinquante verges, des pêcheries de ſaumon ou autre poiſſon quelconque, par des parquetages ou d'autres moyens qui puiſſent cauſer le moindre retard dans le courant, ou faciliter tant ſoit peu l'atteriſſement de gravier, ſable ou autres objets propres à cauſer alluvion.

Article quinzième. La ſouveraineté de la pêche ſur le Bas-Rhin ſera déterminée par une ligne droite, à tirer de la tour de Keeken à celle de Lobith, de manière que la partie en amont de cette ligne appartiendra à S. M. le Roi de Pruſſe et la par-

Normalbreite von hundert und funfzig Ruthen, auf ihrem Ufer und dem fremden Ufer gegenüber den Lachsfang oder irgend eine andere Fiſcherey treiben laſſen oder geſtatten, wenn dazu Behälter oder irgend andere Mittel gebraucht werden, die den Lauf des Stroms im geringſten hemmen, oder habe die Anſchwemmung des Kieſes und Sandes befördern, oder ſonſt den Zuwachs des Ufers im geringſten vermehren können.

Art. XV. Die Oberherrlichkeit über die Fiſchereyen am Niederrhein wird durch eine vom Kekenſchen bis zum lobithſchen Thurm zu ziehende grade Linie feſtgeſetzt, dergeſtalt, daß der aufwärts gehende Theil dieſer Linie Seiner Majeſtät dem König von Preußen und der abwärts gehende Theil derſelben Seiner

tie en aval à S. M. le Roi des Pays-bas.

Article ſeixième. Au cas que quelque bas-fond ou banc de ſable s'élève au milieu de la rivière, de manière qu'il ſoit utile d'en prévenir les déſavantages pour la navigation générale, on ſe concertera ſur les meſures à prendre d'un commun accord pour obvier aux inconvénients qui en résulteroient.

Article dixſeptième. L'ancienne Embouchure du vieux Rhin près de Lobith, ni toute autre partie du vieux Rhin autant qu'il touche aux territoires qui par le préſent Traité ſont cédés de la part de S. M. le Roi de Pruſſe au Royaume des Pays-bas, ne ſera fermée d'aucune manière quelconque, qu'au point que, comme il a été

Majeſtät dem Könige der Niederlande gehöre.

Art. XVI. Im Falle eine Untiefe oder Sandbank in der Mitte des Fluſſes ſich zeige, die etwa erfordere, dem für die allgemeine Schifffahrt daraus entſpringenden Nachtheile vorzubeugen, wird man über die gemeinſchaftlich zu treffenden Maßregeln ſich verabreden, um anderweiten ſchädlichen Folgen zu begegnen.

Art. XVII. Weder die ehemahlige Mündung des alten Rheins bey Lobith, noch irgend ein andrer Theil des alten Rheins, in ſo weit er die von Seiten Seiner Majeſtät des Königs von Preußen dem Königreich der Niederlande durch gegenwärtigen Traktat abgetretenen Gebiete berührt, ſoll auf irgend eine Art anders geſchloſſen werden, als in ſofern das Rheinwaſ-

ſtipulé par la Conven-
tion du quatre Juillet
mil-ſept-cent-ſoixan-
te-onze, les eaux du
Rhin puiſſent écouler
librement et ſans le
moindre obſtacle par le
vieux Rhin, partout à
la largeur ordinaire de
quatre-vingt-dix ver-
ges (meſure de Rhin-
lande) ſur une hauteur
de treize pieds d'après
l'échelle (Pegel) d'Arn-
hem. Le moindre dé-
faut à l'égard de ces ſti-
pulations, ſera redreſſé
dans le plus court délai
par le Gouvernement
des Pays-bas. Lors
d'eaux d'été ſuperflues,
la fermeture de l'em-
bouchure du vieux Rhin
pourra ſurpaſſer la hau-
teur ci-deſſus fixée;
cependant les autorités
locales des Pays-bas
s'addreſſeront à la ré-
gence à Clèves pour ſa-
voir ſi quelque motif
valable de ſon côté
s'oppoſe à l'exhauſſe-
ment propoſé. Si dans

ſer (wie es durch die Kon-
vention vom vierten
July ein tauſend ſie-
ben hundert ein und
ſiebenzig ſtipulirt wor-
den), überall bey einer
gewöhnlichen Breite von
neunzig Ruthen (rhein-
ländiſchen Maßes) und ei-
ner Höhe von dreyzehn
Fuß nach dem arnhem-
ſchen Maßſtab (Pegel),
frey und ohne das gering-
ſte Hinderniß durch den
alten Rhein abfließen kön-
ne. Dem geringſten Ab-
bruch dieſer Stipulatio-
nen ſoll in der kürzeſten
Zeitfriſt durch die nieder-
ländiſche Regierung ab-
geholfen werden. Im
hohen Sommerwaſſerſtan-
de kann zwar die Ver-
ſchließung der Mündung
des alten Rheins die oben
feſtgeſetzte Höhe überſtei-
gen; jedoch ſollen die nie-
derländiſchen Ortsobrig-
keiten bey der cleviſchen
Regierung anfragen, ob
von ihrer Seite ein gülti-
ger Bewegungsgrund der
vorgeſchlagenen Erhö-

Digitized by Google

l'eſpace de huit jours après la réception, la dite régence ne fait là-deſſus aucune réponſe, et qu'auſſi nul Commiſſaire pruſſien ne ſe préſente dans le terme propoſé, pour l'entendre avec les autorités compétentes des Pays-bas, elles conſidéreront ce ſilence comme une approbation à la demande faite. Les Commiſſaires ſusdits, auront ſoin de fixer le temps précis de l'ouverture du vieux Rhin, et auſſitôt après l'échange des ratifications, la dite embouchure ſera miſe dans l'état exigé par le préſent Traité.

Article dixhuitième. Les Conventions du vingt-trois Septembre mil-ſept-cent-quaran-

hung entgegen ſtehe? Wenn in dem Zeitraume von acht Tagen nach dem Empfange des Anſchreibens, beſagte Regierung keine Antwort darauf ertheilt, und auch kein preuſſiſcher Kommiſſarius in der vorgeſchlagenen Zeitfriſt ſich einfindet, um mit den kompetenten niederländiſchen Behörden ſich zu verſtändigen, ſo werden ſie dieſes Stillſchweigen als eine Bewilligung des geſchehenen Antrags anſehen. Die beſagten gegenſeitigen Kommiſſarien ſollen Sorge tragen, den Zeitpunkt der Eröffnung des alten Rheins genau zu beſtimmen, und ſogleich nach Auswechſelung der Ratifikationen, ſoll beſagte Mündung in den durch den gegenwärtigen Traktat erforderten Stand geſetzt werden.

Art. XVIII. Die Konventionen vom drey und zwanzigſten September ein tauſend ſie-

tés ſeptentrionales de Grondſtein jusqu'à une terre appartenante à l'égliſe d'Elten, ſituée entre la route de Sevenaer à Elten et la pointe avancée de Grondſtein. De là elle ſuivra les anciennes limites entre Elten et le Lymers et ſe dirigera en ligne droite ſur l'ancienne frontière de Gueldre, de manière que les maiſons de Velthuyſen reſtent à la Pruſſe et la pointe avancée, formée par l'ancienne limite à gauche, aux Pays-bas. Enfin elle longera les limites entre les territoires d'Elten et du prévôté d'Emmerich et ceux de Beeck et 'S Heerenberg, telles qu'elles ſe trouvoient en mil-ſept cent-quatre-vingt-quinze, jusqu'au ruiſſeau dit la Wildt.

zen vom Grondſtein bis zu einem zwiſchen der Straße von Sevenaer nach Elten und der hervorragenden Spitze von Grondſtein belegenen, der eltenſchen Kirche zugehörigen Guter. Von dort folgt ſie den ehemahligen Grenzen zwiſchen Elten und dem Lymers, und nimmt in gerader Linie ihre Richtung nach der ehemahligen geldernſchen Grenze hin, dergeſtalt, daß die velthuyſenſchen Häuſer Preußen und die auf der ehemahligen Grenze links hervorragende Spitze den Niederlanden verbleibt. Endlich läuft ſie längs den Grenzen zwiſchen dem eltenſchen Gebiet und der Probſtey Emmerich, und zwiſchen den Beeck- und 'S heerenbergſchen Gebieten, ſo wie ſie im Jahre ein tauſend ſieben hundert fünf und neunzig beſtanden, bis zum ſogenannten Wildtbache.

Article ſeptième. De la Wildt elle ſe dirigera vers l'orient par le milieu ou l'axe de ſe ruiſſeau et du Bergſche-Wetering jusq'au Landweer ou Schouwgraaf (Schaugraben) de Netterden, et ſuivra également le milieu de ce Schouwgraaf jusqu'à l'écluſe à conſtruire dans le Sommerdamm de Klein-Netterden. Cette écluſe reſtera toute entière à la Pruſſe, et après en avoir fait le tour, la ligne ſuivra le milieu du foſſé d'écoulement à creuſer jusqu'à l'ancienne limite entre les deux Royaumes, à l'eſt du Landweer de Hetter. Par cette détermination, le terrain, dans lequel ſe trouve de Lindhorſt, le Boſch, le Botberg, Klein-Netterden, Speelberg, Borgbees, etc., et qui eſt ſitué entre les anciennes limites de Huttum et d'Emmerich,

Art. VII. Von der Wildt nimmt ſie durch die Mitte oder die Axe dieſes Baches und der Bergſchen Wetering bis zum Netterdenſchen Landweer oder Schouwgraaf (Schaugraben) ihre Richtung nach Oſten hin, und folgt gleichmäßig der Mitte dieſes Schaugrabens bis zu der im Klein Netterdenſchen Sommerdamm anzulegenden Schleuſe. Dieſe Schleuſe verbleibt gänzlich an Preußen, und nachdem die Scheidelinie ſie umgangen, folgt ſie der Mitte des Abflußgrabens, der bis zur ehemahligen Grenze zwiſchen den beyden Königreichen öſtlicher Seits des Hetterſchen Landweer angelegt werden ſoll. Dieſer Beſtimmung zufolge gehört inskünftige der Grund und Boden, auf welchem der Lindhorſt, der Boſch, der Botberg, Klein-Netterden, Speelberg, Borgbees u. ſ. w. ſich befinden, und welcher zwiſchen den

le nouveau foſſé d'écoulement à creuſer, l'écluſe de Klein-Netterden, le Schouwgraaf, le Bergſche-Wetering et la Wildt, appartiendra dorénavant à Sa Majeſté le Roi de Pruſſe.

Article huitième. Sur la carte ſpéciale jointe au préſent Traité et ſignée par les Commiſſaires reſpectifs ſont tracées au juſte les limites décrites ci-deſſus.

Article neuvième. Du ſusdit point à l'eſt du Landweer de Hetter jusqu'aux limites d'Hanovre la ligne de démarcation reſtera la même qu'en mil-ſept-cent-quatre vingt-quinze et ne ſera déterminée en détail que lors de la plantation générale des poteaux, vû qu'aucun différent ni au-

ehemahligen Huttum- und emmerichſchen Grenzen dem neuen anzulegenden Abfluſsgraben, der klein-netterdenſchen Schleuſe, dem Schaugraben, der bergſche Wetering und der Wildt belegen iſt, Seiner Majeſtät dem Könige von Preußen.

Art. VIII. Auf der gegenwärtigem Traktat beygefügten und von den reſpektiven Kommiſſarien unterzeichneten Specialkarte ſind die obbeſchriebenen Grenzen genau abgezeichnet.

Art. IX. Vom obgeſagten Punkt zu Oſten der hetterſchen Landweer bis zu den hannöverſchen Grenzen bleibt die Scheidelinie dieſelbe als im Jahre ein tauſend ſieben hundert und fünf und neunzig, und ſoll erſt bey der allgemeinen Errichtung der Grenzpfähle näher beſtimmt werden, da kein

cune conteſtation ne ſe préſente ſur ſa direction.

Article dixième. Outre les territoires qui par la limite déterminée dans les articles précédens, changeront de domination, Oberbillig avec le territoire ſitué ſur la rive droite de la Moſelle et devant, d'après le Traité d'Aix-la-Chapelle du vingt-ſix Juin dernier, appartenir au Royaume des Pays-bas, reſtera au Royaume de Pruſſe.

Article onzième. Tous les travaux hydrotechniques etc. de côté et d'autre de la rivière ſeront déſormais uniquement à la charge et à la diſpoſition ſpéciale du Souverain qui poſſède le territoire à chaque côté du Thalweg déterminé à l'article trois.

Zwiſt und keine Streitigkeit über ihre Richtung ſich darbietet.

Art. X. Außer den Gebieten, welche durch die in vorhergehenden Artikeln feſtgeſetzten Grenze ihre Herrſchaft ändern, verbleibt Oberbillig, welches nach dem Aachener Traktat vom letztverfloſſenen ſechs und zwanzigſten Juny dem Königreich der Niederlande zugehören ſollte, mit ſeinem am rechten Moſelufer belegenen Gebiet dem Königreich Preußen.

Art. XI. Alle hydrotechniſche Arbeiten auf der einen ſowohl als der andern Seite des Fluſſes fallen künftighin dem Landesherrn zur Laſt, welcher das Gebiet auf jeder Seite des im dritten Artikel feſtgeſetzten Thalwegs beſitzt, und ſind Seiner Specialverfügung anheim geſtellt.

Article douzième. Il ne pourra être établi dans le lit de la rivière aucun ouvrage offenſif qui puiſſe nuire au courant et par là à la rive oppoſée à moins d'un concert préalable et d'un commun accord des deux Puiſſances. Il en ſera de même des nouveaux ouvrages qui ſur les terrains extérieurs des digues pourroient entraver le courant ou arrêter les glaces.

Article treizième. La largeur normale de la rivière ſera de cent-cinquante verges (meſuré de Rhinlande priſe à la hauteur moyenne de huit pieds et ſix pouces à l'échelle de Pannerden correſpondante avec ſix pieds quatre pouces de l'échelle d'Emmerich. Il ne ſe-

Art. XII. Es darf im Bette des Fluſſes keine Anlage gemacht werden, welche den Lauf des Stroms hemmen, und dem entgegen geſetzten Ufer dadurch ſchädlich werden könne, es müßte denn eine vorläufige deßfallſige Verabredung und gemeinſchaftliche Uebereinkunft beyder Mächte ſtatt gefunden haben. Eben ſo ſoll es mit neuen Anlagen gehalten werden, welche an den äußern Erdflächen der Deiche dem Strom hinderlich ſeyn oder die Eisſchollen aufhalten könnten.

Art. XIII. Die Normalbreite des Fluſſes ſoll hundert und funfzig Ruthen (rheinländiſchen Maßes) bey der Mittelhöhe von acht Fuß ſechs Zoll pannerdenſchen Maßſtabes, betragen, welche mit ſechs Fuß vier Zoll emmerichſchen Maßſtabes übereinſtimmt. Es ſoll nicht er-

ra permis de tolérer la moindre oſeraie ou plantation quelconque qui approche le bord oppoſé de la rivière de plus près que de cent-cinquante verges; de ſorte que non ſeulement elles ſont interdites dans cette largeur normale, mais que même celles actuellement exiſtantes, qui dépaſſent la largeur de cent verges, ſeront abattues ou arrachées jusqu'à la racine. S'il eſt cependant jugé néceſſaire de part ou d'autre, de faire quelque plantation contraire à cette ſtipulation, les autorités reſpectives devront préalablement ſ'entendre ſur leur exécution.

Article quatorzième. Aucune des deux Puiſ-

laubt ſeyn, das geringſte Weidengebüſch oder irgend eine Pflanzung zu dulden, welche nicht wenigſtens hundert und funfzig Ruthen weit vom entgegen geſetzten Ufer des Fluſſes abſtehe, dergeſtalt, daß nicht nur eine jede ſolche Pflanzung in dieſer Normalbreite unterſagt wird, ſondern daß ſogar eine jede gegenwärtig beſtehende und über eine Breite von hundert Ruthen hinausragende Pflanzung niedergeriſſen oder bis zur Wurzel ausgerottet werden ſoll. Sollte es indeſſen von der einen oder von der andern Seite für nöthig gehalten werden, dieſer Stipulation zuwider irgend eine Pflanzung anzulegen, ſo müſſen die reſpektiven Behörden ſich über die Ausführung dieſes Vorſatzes vorläufig verſtändigen.

Art. XIV. Keine beyder Mächte darf in der

ſances ne ſera exercée ou ne permettra jamais à ſa rive, vis-à-vis du rivage étranger, dans la dite largeur normale de cent cinquante verges, des pêcheries de ſaumon ou autre poiſſon quelconque, par des parquetages ou d'autres moyens qui puiſſent cauſer le moindre retard dans le courant, ou faciliter tant ſoit peu l'atteriſſement de gravier, ſable ou autres objets propres à cauſer alluvion.

Article quinzième. La ſouveraineté de la pêche ſur le Bas-Rhin ſera déterminée par une ligne droite, à tirer de la tour de Keeken à celle de Lobith, de manière que la partie en amont de cette ligne appartiendra à S. M. le Roi de Pruſſe et la par-

Normalbreite von Hundert und funfzig Ruthen, auf ihrem Ufer und dem fremden Ufer gegenüber den Lachsfang oder irgend eine andere Fiſcherey treiben laſſen oder geſtatten, wenn dazu Behälter oder irgend andere Mittel gebraucht werden, die den Lauf des Stroms im geringſten hemmen, oder habe die Anſchwemmung des Kieſes und Sandes befördern, oder ſonſt den Zuwachs des Ufers im geringſten vermehren können.

Art. XV. Die Oberherrlichkeit über die Fiſchereyen am Niederrhein wird durch eine vom Keekenſchen bis zum lobithſchen Thurm zu ziehende grade Linie feſtgeſetzt, dergeſtalt, daß der aufwärts gehende Theil dieſer Linie Seiner Majeſtät dem König von Preußen und der abwärts gehende Theil derſelben Seiner

tie en aval à S. M. le Roi des Pays-bas.

Article ſeizième. Au cas que quelque bas-fond ou banc de ſable ſ'élève au milieu de la rivière, de manière qu'il ſoit utile d'en prévenir les déſavantages pour la navigation générale, on ſe concertera ſur les meſures à prendre d'un commun accord pour obvier aux inconvénients ultérieurs.

Article dixſeptième. L'ancienne Embouchure du vieux Rhin près de Lobith, ni toute autre partie du vieux Rhin autant qu'il touche aux territoires qui par le préſent Traité ſont cédés de la part de S. M. le Roi de Pruſſe au Royaume des Pays-bas, ne ſera fermée d'aucune manière quelconque, qu'au point que, comme il a été

Majeſtät dem Könige der Niederlande gehöre.

Art. XVI. Im Falle eine Untiefe oder Sandbank in der Mitte des Fluſſes ſich zeige, die etwa erfordere, dem für die allgemeine Schifffahrt daraus entſpringenden Nachtheile vorzubeugen, wird man über die gemeinſchaftlich zu treffenden Maßregeln ſich verabreden, um anderweiten ſchädlichen Folgen zu begegnen.

Art. XVII. Weder die ehemahlige Mündung des alten Rheins bey Lobith, noch irgend ein andrer Theil des alten Rheins, in ſo weit er die von Seiten Seiner Majeſtät des Königs von Preußen dem Königreich der Niederlande durch gegenwärtigen Traktat abgetretenen Gebiete berührt, ſoll auf irgend eine Art anders geſchloſſen werden, als in ſofern das Rheinwaſ-

ſtipulé par la Convention du quatre Juillet mil-ſept-cent-ſoixante-onze, les eaux du Rhin puiſſent écouler librement et ſans le moindre obſtacle par le vieux Rhin, partout à la largeur ordinaire de quatre-vingt-dix verges (meſure de Rhinlande) ſur une hauteur de treize pieds d'après l'échelle (Pegel) d'Arnheim. Le moindre défaut à l'égard de ces ſtipulations, ſera redreſſé dans le plus court délai par le Gouvernement des Pays-bas. Lors d'eaux d'été ſuperflues, la fermeture de l'embouchure du vieux Rhin pourra ſurpaſſer la hauteur ci-deſſus fixée; cependant les autorités locales des Pays-bas ſ'addreſſeront à la régence à Clèves pour ſavoir ſi quelque motif valable de ſon côté ſ'oppoſe à l'exhauſſement propoſé. Si dans

ſer (wie es durch die Konvention vom vierten July ein tauſend ſieben hundert ein und ſiebenzig ſtipulirt worden), überall bey einer gewöhnlichen Breite von neunzig Ruthen (rheinländiſchen Maßes) und einer Höhe von dreyzehn Fuß nach dem arnhemſchen Maßſtab (Pegel), frey und ohne das geringſte Hinderniß durch den alten Rhein abfließen können. Dem geringſten Abbruch dieſer Stipulationen ſoll in der kürzeſten Zeitfriſt durch die niederländiſche Regierung abgeholfen werden. Im hohen Sommerwaſſerſtande kann zwar die Verſchließung der Mündung des alten Rheins die oben feſtgeſetzte Höhe überſteigen; jedoch ſollen die niederländiſchen Ortsobrigkeiten bey der cleviſchen Regierung anfragen, ob von ihrer Seite ein gültiger Bewegungsgrund der vorgeſchlagenen Erhö-

l'espace de huit jours après la réception, la dite régence ne fait là-deſſus aucune réponſe, et qu'auſſi nul Commiſſaire pruſſien ne ſe préſente dans le terme propoſé, pour s'entendre avec les autorités compétentes des Pays-bas, elles conſidéreront ce ſilence comme une approbation à la demande faite. Les Commiſſaires ſusdits, auront ſoin de fixer le temps précis de l'ouverture du vieux Rhin, et auſſitôt après l'échange des ratifications, la dite embouchure ſera miſe dans l'état exigé par le préſent Traité.

Article dixhuitième. Les Conventions du vingt-trois Septembre mil-ſept-cent-quaran-

hung entgegen ſtehe? Wenn in dem Zeitraume von acht Tagen nach dem Empfange des Anſchreibens, beſagte Regierung keine Antwort darauf ertheilt, und auch kein preußiſcher Kommiſſarius in der vorgeſchlagenen Zeitfriſt ſich einfindet, um mit den kompetenten niederländiſchen Behörden ſich zu verſtändigen, ſo werden ſie dieſes Stillſchweigen als eine Bewilligung des geſchehenen Antrags anſehen. Die beſagten gegenſeitigen Kommiſſarien ſollen Sorge tragen, den Zeitpunkt der Eröffnung des alten Rheins genau zu beſtimmen, und ſogleich nach Auswechſelung der Ratifikationen, ſoll beſagte Mündung in den durch den gegenwärtigen Traktat erforderten Stand geſetzt werden.

Art. XVIII. Die Konventionen vom drey und zwanzigſten September ein tauſend ſie-

te - cinq et du quatre Juillet mil - ſept - cent ſoixante - onze ſont annuellées par le préſent Traité.

Article dixneuvième.

Le Gouvernement pruſſien aura la faculté de faire inſpecter en tout temps la dite embouchure du vieux Rhin, après cependant en avoir averti d'avance les autorités locales compétentes des Pays - bas, qui pourront alors déléguer au même effet un Commiſſaire. Le délégué de la Pruſſe pourra entamer et continuer ſon inſpection, ſi dans l'eſpace de huit jours, après la réception du dit avertiſſement, aucune réponſe ne ſurvient des ſusdites autorités, ou qu'aucun Commiſſaire ne ſe préſente dans le terme propoſé.

den hundert fünf und vierzig, und vom vierten July ein tauſend ſieben hundert ein und ſiebenzig, werden durch gegenwärtigen Traktat vernichtet.

Art. XIX. Die preußiſche Regierung ſoll die Befugniß haben, die Mündung des alten Rheins zu jeder Zeit beſichtigen zu laſſen; jedoch muß ſie die niederländiſchen kompetenten Ortsbehörden vorher davon benachrichtigen und dieſe können alsdann zu demſelben Behuf einen Kommiſſarium abordnen. Der preußiſche Abgeordnete kann ſeine Beſichtigung anfangen und fortſetzen, wenn innerhalb acht tägiger Friſt nach Empfang der Benachrichtigung keine Antwort von den obgenannten Behörden eingeht, oder kein Kommiſſarius in der vorgeſchlagenen Zeit ſich einfindet.

Digitized by Google

Article vingtième. Pour que l'écoulement des eaux du Polder la Hetter ſ'effectue ſans nuire au Territoire voiſin des Pays-bas, il ſera conſtruit dans le Sommerdam de Klein-Netterden une petite écluſe en maçonnerie à deux vannes bien étanchées. L'ouverture d'éculement ſera de quatre à cinq pieds (meſure de Rhinlande) et le fond ou le ſeuil ne ſera pas établi à plus de profondeur que d'un pied au-deſſous de celui de la grande écluſe de Nieder-Hetter près de Leuwenberg dans la digue capitale du Rhin au-deſſus d'Emmerich. Ni les murs ni la retenue des eaux de la nouvelle écluſe de Klein-Netterden ne ſeront jamais au-deſſous de la hauteur actuelle du dit Sommerdam de Netterden, égale au numéro treize pieds à l'échelle, qui

Art. XX. Damit der Abfluß des hetterſchen Polders, ohne dem benachbarten niederländiſchen Gebiet zu ſchaden, bewerkſtelliget werde, ſoll in dem klein-netterdenſchen Sommerdamm eine kleine gemauerte Schleuſe mit zwey wohlverwahrten Schutzbrettern angelegt werden. Die Abflußöffnung ſoll vier oder fünf Fuß (rheinländiſchen Maßes) betragen, und die Grundſchwelle nicht über einen Fuß Tiefe unter der Grundſchwelle der großen nieder-hetterſchen Schleuſe bey Leuwenberg, in dem Hauptdeiche des Rheins oberhalb Emmerich, angelegt werden. Weder das Mauerwerk noch die Dämmung des Waſſers der neuen klein-netterdenſchen Schleuſe ſollen je unter der gegenwärtigen Höhe des beſagten netterdenſchen Sommerdamms ſtehen. Dieſe Höhe iſt der Nummer dreyzehn

exiſte en ce moment au côté d'amont de la dite grande écluſe de Leuwenberg.

Article vingt-et-unième. Aucune des vannes de la nouvelle écluſe de Klein-Netterden ne ſera levée que quand le Landweer ou Schouwgraaf de Netterden, le Bergſche Wetering et la Wildt ſeront à leur profondeur, largeur et ouverture entière, ſtipulées par l'article vingt deuxième, et quand alors l'eau dans le dit Schouwgraaf, en aval de la dite nouvelle écluſe, ſera abaiſſée au moins jusqu'au numéro dix pieds à l'échelle de la grande écluſe de Leuwenberg, ou, ce qui revient au même, à trois pieds en contre-bas de la plus grande hauteur déterminée à l'article ſuivant pour la nouvelle écluſe

Fuß nach dem jetzt auf der Außenſeite der beſagten groſßen Leuwenbergſchen Schleuſe beſtehenden Maßſtabe, gleich.

Art. XXI. Es ſoll keins von den Schutzbrettern der neuen klein-netterdenſchen Schleuſe aufgezogen werden, als wenn die netterdenſche Landweer oder Schaugraben (Schouwgraaf) die bergſche Wetering und die Wildt die durch den zwey und zwanzigſten Artikel ſtipulirte gänzliche Tiefe, Breite und Oeffnung haben werden, und wenn alsdann das Waſſer im Schaugraben (Schouwgraaf) abwärts der beſagten neuen Schleuſe wenigſtens bis zur Nummer zehn Fuß nach dem Maßſtabe der großen leuwenbergſchen Schleuſe, oder, was auf eins herauskömmt, bis zu drey Fuß von unten herauf, die durch folgenden Artikel

de Klein-Netterden et la crête du Sommerdamm de ce nom.

Article vingt-deuxième. Les dimenſions générales fixées pour l'écoulement, ſont comme ſuit: 1. La profondeur du foſſé d'écoulement dans le plat-fond à l'extrémité orientale, près de la nouvelle écluſe ſusdite de Klein-Netterden, ſera au niveau du radier de cette même écluſe, et ira en pente deſcendante vers l'extrémité oppoſée dans le vieux Rhin, à la profondeur actuelle de la Wildt, ſous le pont dans le Poſtweg près la montagne d'Elten. 2. La largeur ſur le plat-fond du canal ſera tout au moins, a. pour le foſſé d'éculement à creuſer et la partie dite Netterſche-

für die neue klein-netterdenſche Schleuſe und den erhabenen Theil des Sommerdamms gleichen Namens beſtimmte größte Höhe, gefallen ſeyn wird.

Art. XXII. Die für den Abfluß beſtimmten allgemeinen Ausmeſſungen ſind die folgenden: 1. Die Tiefe des Abzugsgrabens in der Grundfläche an dem öſtlichen äußerſten Ende, nahe der obgenannten klein-netterdenſchen neuen Schleuſe, wird mit dem Bett oder dem Boden dieſer Schleuſe, waagerecht ſeyn und in allmählig herunter ſteigendem Abhang das entgegengeſetzte äußerſte Ende in den alten Rhein zur gegenwärtigen Tiefe der Wildt unter der Brücke in den Poſtweg nahe am eltenſchen Berge ausgehen. 2. Die mindeſte Grundflächenbreite des Kanals wird ſeyn, a. für den anzulegenden Abzugsgraben und den Theil,

Landweer ou Schouwgraaf, de ſix pieds; b. pour le Bergſche-Wetering, de huit pieds; c. pour le ruiſſeau la Wildt, de douze pieds. 3. Le talus ſeront d'une et demie ou de deux fois la hauteur, d'après la qualité de la terre à creuſer. 4. La hauteur du Sommerdamm ou de toute autre retenue d'eau quelconque, depuis la nouvelle écluſe de Klein-Netterden, jusqu'à Emmerich, ne ſera pas abaiſſée au-deſſous du numéro treize pieds à l'échelle ſusdite de la grande écluſe de Leuwenberg. Aucune écluſe, hormis celle de Klein Netterden, ni déverſoir ou coupure quelconque ne ſeront jamais conſtruits ou pratiqués dans le dit Sommerdamm. Aucun foſſé d'écoulement de plus de trois pieds de largeur au plat-fond ne ſera creuſé, à côté

genannt netterſche Landweer, oder Schouwgraaf, ſ e ch s Fuß; b. für die bergſche Wetering, a ch t Fuß; c. für den Wildtbach, z w ö l f Fuß; 3. Die Böſchungen werden nach der Eigenſchaft der auszugrabenden Erde e i n und e i n h a l b, oder z w e y m a h l die Höhe betragen. 4. Die Höhe des Sommerdamms oder irgend einer andern Waſſerdämmung von der neuen klein-netterdenſchen Schleuſe bis Emmerich ſoll nicht unter der Nummer d r e y z e h n Fuß nach dem obbeſagten Maßſtab der großen leuwenbergſchen Schleuſe fallen. Es ſoll niemahls in dem beſagten Sommerdamm irgend eine Schleuſe, außer der klein-netterdenſchen, noch irgend eine Waſſerableitung oder Abſchnitt angelegt oder angebracht werden. In der Grundfläche ſoll kein Abzugsgraben von mehr als d r e y Fuß Brei-

d'aval du même Sommerdamm; b. dans toute l'étendue du terrain entre la Wildt, le Bergſche Wetering, le Schouwgraaf et les anciennes limites d'Emmerich; c. dans les terres de Huttum jusqu'au Poſtweg d'Elten à Stockmann. Le Gouvernement pruſſien ferra redreſſer, dans le plus court délai, tout défaut à l'égard des ſtipulations ſous quarto.

te angelegt werden, a. abwärts deſſelben Sommerdamms; b. in der ganzen Strecke des Grund und Bodens zwiſchen der Wildt, der bergſche Wetering dem Schouwgraaf und den ehemahligen emmerichſchen Grenzen; c. in dem huttumiſchen Boden bis zum Poſtweg von Elten bis Stockmann. Die preußiſche Regierung ſoll in der kürzeſten Zeitfriſt jeder Beeinträchtigung dieſer Beſtimmungen ſub quarto abhelfen laſſen.

Article vingt-troiſième. Les bermes ou le terrain de chaque côté du foſſé d'écoulement feront élevés et égaliſes par les déblais à faire au beſoin des terrains aux deux côtés du foſſé, ſans dédommagement pour les parties de terrain couvertes par les dits déblais, qui feront à la charge du

Art. XXIII. Auf beyden Seiten des Abzugsgrabens ſollen die Bermen (oder Abſätze) durch Erde, welche im Nothfall von beyden Seiten des Grabens ausgeworfen wird, erhöhet und geebnet werden, jedoch wird für die vom Abraum bedeckten Theile des Grund und Bodens keine Entſchädigung gut gethan, ſondern

Gouvernement pruſſien.

Article vingt-quatrième. Au cas que le nouveau foſſé à creuſer, ainſi que le Netterſche-Schouwgraaf, coupe des chemins vicinaux ou autres routes quelconques, le Gouvernement pruſſien y fera conſtruire des ponts forts et ſuffiſants, afin que le paſſage ne ſoit gêné en aucune manière. Il aura de même à ſa charge non ſeulement l'élargiſſement de la Wildt et du Bergſche-Wetering, ainſi que le creuſement du nouveau foſſé d'écoulement, le tout aux dimenſions déterminées par l'article vingt-deuxième, mais auſſi la conſtruction de tous les ouvrages neufs, ſoit en terre ſoit en maçonerie.

Article vingt-cinquième. L'entretien du dit

ſie fallen der preußiſchen Regierung zur Laſt.

Art. XXIV. Im Fall der anzulegende neue Graben, ſo wie der netterſche Schouwgraaf, Feldwege oder irgend andre Straßen und Wege durchſchneiden möchte, wird die preußiſche Regierung ſtarke und hinlängliche Brücken darüber bauen laſſen, damit der Paß im geringſten nicht gehemmt werde. Derſelben Regierung liegt nicht allein die Verbindlichkeit ob, nach den im drey und zwanzigſten Artikel angenommenen Ausmeſſungen die Wildt und die bergſche Wetering zu erweitern, imgleichen den neuen Abzugsgraben anzulegen, ſondern auch alle neue Bauten, es ſey in Erde oder in Mauerwerk zu übernehmen.

Art. XXV. Die Unterhaltung des beſagten Ab=

écoulement autant qu'il forme frontiere depuis la limite de Nieder-Hetter, ſera commun entre les deux Etats, tandis qu'il ſera à la charge de chaque Puiſſance, ſur le territoire de laquelle il eſt ſitué en entier. L'écluſe de Nieder-Hetter ſera entièrement à la charge du Gouvernement pruſſien.

zugs, in ſo weit er von der nieder-hetterſchen Grenze an eine Scheidelinie bildet, übernehmen beyde Staaten gemeinſchaftlich; hingegen fällt ſie jeder Macht zur Laſt, in deren Gebiet er ganz belegen iſt. Die Koſten für die nieder-hetterſche Schleuſe beſtreitet die preußiſche Regierung allein.

Article vingt-ſixième. Autant que des élargiſſemens ou changemens de vieux ponts ſeront néceſſaires pour l'écoulement des eaux de la Hetter, le Gouvernement pruſſien, pourvoira aux frais de la première conſtruction; mais l'entretien, tant de ces nouvelles conſtructions que des ponts et ouvrages antérieurs au creuſement du dit écoulement, ſera à la charge des deux Etats.

Art. XXVI. In ſofern Erweiterungen oder Abänderungen alter Brücken zum Abfluß des Hetter-Waſſers nothwendig ſind, trägt die preußiſche Regierung die Koſten des erſten Baues. Aber die Unterhaltung, ſowohl dieſer neuen Bauten als der Brücken und Werke, welche früher als der Abzuggraben angelegt worden, ſoll beyden Staaten zur Laſt fallen.

Article vingt-ſeptième. Les grandes écluſes exiſtantes dans la digue capitale du Rhin d'Emmerich à Weſel ne ſeront ſupprimées, fermées ni retrecies d'aucune manière dans leur capacité d'écoulement jusqu'à la grande rivière ſusdite, afin que toutes ces écluſes reſtent en bon état, pour coopérer, comme à préſent, à la décharge des eaux d'inondations ou de pluie, de toute l'étendue du pays derrière ces digues capitales. En cas que du côté de la Pruſſe quelque changement fut jugé néceſſaire dans les dites écluſes, on ſe concertera là-deſſus avec les autorités compétentes des Pays-bas, et ſi le Gouvernement de ce pays y accède, il pourra être innové à la ſtipulation que renferme cet article.

Art. XXVII. Die in dem Hauptdeiche des Rheins von Emmerich nach Weſel beſtehenden großen Schleuſen ſollen in ihrer Abzugstüchtigkeit bis zum beſagten großen Fluſſe auf keinerley Art und Weiſe zerſtört, geſchloſſen oder eingeengt werden, damit alle dieſe Schleuſen in gutem Zuſtande bleiben, um in der ganzen Landesſtrecke hinter dieſen Hauptdeichen, den Abfluß der Regen- oder Ueberſchwemmungsgewäſſer, wie gegenwärtig, zu befördern. Sollte preußiſcher Seits eine Veränderung an beſagten Schleuſen für nöthig gehalten werden, ſo wird man mit den kompetenten niederländiſchen Behörden ſich darüber verabreden, und tritt die niederländiſche Regierung den Vorſchlägen bey, ſo kann in der Beſtimmung, welche dieſer Artikel enthält, eine Abänderung gemacht werden.

Article vingt-huitième. Tous les travaux et objets ſusnommés, depuis le Sommerdamm de Klein-Netterden jusqu'à la jonction de la Wildt au vieux Rhin, ſeront inſpectés deux fois par an, au mois de Juin et d'Octobre, par des Commiſſaires et des Experts à nommer de part et d'autre, et d'après un reglement à rédiger de commun accord; les quels Commiſſaires et Experts auront, dès le moment de leur nomination, la faculté de ſurveiller tous les ouvrages à conſtruire et à entretenir.

Art. XXVIII. Alle obbenannte Werke und Gegenſtände vom klein-netterdenſchen Sommerdamm bis zum Zuſammenfluß der Wildt und und des alten Rheins, ſollen zweymahl im Jahre und zwar in den Monathen Juny und Oktober, von beyderſeits zu ernennenden Kommiſſarien und Sachverſtändigen, nach einer in gemeinſchaftlicher Uebereinſtimmung abzufaſſenden Vorſchrift, beſichtigt werden. Dieſe Kommiſſarien und Sachverſtändigen ſollen, vom Augenblick ihrer Ernennung an gerechnet, die Befugniß haben, über alle anzulegende und zu unterhalende Werke die Aufſicht zu führen.

Article vingt-neuvième. Indépendamment de ces inſpections, la Direction générale du Waterſtaat du Royaume des Pays-bas aura

Art. XXIX. Dieſen Inſpektionen unbeſchadet ſoll die königl niederländiſche Generaldirektion des Waſſerſtandes zu jeder Zeit die Befugniß ha-

en tout temps la faculté de faire inſpecter tous les travaux relatifs au dit écoulement, depuis le Sommerdamm de Klein-Netterden jusq'à la jonction de la Wildt au vieux Rhin, après que la Direction pruſſienne en aura été prévenue aſſez à temps pour pouvoir réunir des Ingénieurs ou Inſpecteurs à ceux de la Direction générale du Waterſtaat ſusnommé, pour coopérer au même but.

ben, alle Werke die zum Abfluß vom klein-netterdenſchen Sommerdamm bis zur Vereinigung der Wildt mit dem alten Rhein gehören, zu inſpiziren, nachdem die preußiſche Direktion bey Zeiten davon benachrichtiget worden, damit ſie mit den Ingenieurs oder Inſpektoren der Generaldirektion des Waſſerſtandes auch ihrer Seits Ingenieurs und Inſpektoren vereinigen könne, um zu demſelben Zweck mitzuwirken.

Article trentième. Partout où des ruiſſeaux feront limites, ils ſeront communs aux deux Etats, à moins que le contraire ne ſoit poſitivement ſtipulé, et lorsqu'ils ſeront communs, l'entretien des ponts, le curage etc ſe feront de concert et à frais communs, à moins que des conventions communales exiſtantes ne

Art. XXX. Ueberall wo die Bäche Grenzen machen, ſollen ſie beyden Staaten gemeinſchaftlich angehören, wenn nicht das Gegentheil ausdrücklich ſtipulirt worden. Iſt der Beſitz gemeinſchaftlich, ſo geſchieht der Brückenunterhalt, die Reinigung ꝛc in Uebereinſtimmung und auf gemeinſchaftliche Koſten, es ſey denn, daß die beſte-

contiennent d'autres ſtipulations; mais chaque Etat ſera excluſivement chargé du ſoin de veiller à la conſervation des bords ſitués de ſon côté. Il en ſera de même des foſſés, rigoles, chemins, canaux, hayes ou tout autre objet ſervant de limites, c'eſt-à-dire, que ces objets, quant à la ſouveraineté, ſeront communs aux deux Puiſſances et qu'on ne pourra rien changer à leur état actuel que de commun accord, à moins toutefois en cas de ſtipulation contraire.

Article trente-et-unième. Les écoulemens d'eau, qui ſe trouvent actuellement dans les territoires réciproques, ſeront pareillement conſervés pour l'avenir, et

henden Kommunalkonventionen andre Beſtimmungen enthalten. Jeder Staat ſorgt aber ausſchließlich und allein für die Erhaltung der auf ſeiner Seite belegenen Ufer. Eben ſo ſoll es mit den Gräben, Abzügen, Wegen, Kanälen, Hecken und jedem andern zur Grenze dienenden Gegenſtande gehalten werden, das heißt: daß dieſe Gegenſtände, in Anſehung der Oberherrlichkeit, beyden Mächten gemein ſeyn ſollen, und daß man in ihrem gegenwärtigen Zuſtande nur in gemeinſchaftlicher Uebereinſtimmung eine Abänderung wird treffen können, wenn nicht das Gegentheil ſtipulirt worden.

Art. XXXI. Die in den gegenſeitigen Gebieten gegenwärtig vorhandenen Waſſerabzüge ſollen ebenfalls für die Zukunft erhalten werden, und es darf keine Einrich-

l'on n'oſera faire aucun arrangement qui puiſſe nuire à l'écoulement des eaux intérieures (Binnenwaſſer).

Article trente-deuxième. Les paſſages d'eau, qui exiſtent dans ce moment ſur le Rhin, ſeront conſervés dans leur état actuel. Les droits établis continueront d'être perçus pour le compte des mêmes Etats qui en jouiſſent aujourd'hui. On aura de part et d'autre la faculté d'établir et d'entretenir ſur la rive oppoſée les ouvrages néceſſaires pour faciliter l'abord aux paſſans. Il ne pourra être établi aucun nouveau paſſage, depuis la limite de Millingen au Waal jusqu'à Stockmann au Rhin, à moins d'un concert préalable et d'un commun accord des deux Puiſſances.

tung getroffen, die dem Abzuge der inneren Gewäſſer (Binnenwaſſer) ſchaden könne.

Art. XXXII. Die auf dem Rhein in dieſem Augenblick beſtehenden Waſſerfahrten, ſollen in ihrem jetzigen Zuſtande erhalten werden. Die eingeführten Auflagen ſollen fortwährend für Rechnung des Staats erhoben werden, dem ſie gegenwärtig zuſtehen. Beyde Staaten haben die Befugniß, die zur Erleichterung der Landung der Paſſagiere nöthigen Werke auf dem entgegengeſetzten Ufer anzulegen und zu unterhalten. Von der millingiſchen Grenze am Waal bis zu Stockmann am Rhein ſoll aber keine neue Fahrt angelegt werden können, wenn nicht etwa eine deßfallſige vorläufige Verabredung und eine gemeinſchaftliche Uebereinſtimmung beyder Theile Statt findet.

Article trente-troiſième. Les domaines de l'Etat, qui pourront ſe trouver dans les Communes ou parties de Communes, changeant de domination, ſuivront toujours le territoire et appartiendront au nouveau Souverain. Si dans les territoires cédés de part et d'autre ſe trouvent des domaines, dont les régiſtres originaux conſtatent la vente ſous le Gouvernement françois et au nom de ce Gouvernement, par des autorités françoiſes, et desquels les prix de vente arriérés doivent encore être perçus, ſoit en entier, ſoit en partie; le Souverain, auquel ces terres appartenoient avant le préſent Traité, aura la faculté de faire pourſuivre l'acheteur d'après les loi exiſtantes ſous le nouveau Souverain. Les revenus des domaines, qui, après l'éva-

Art. XXXIII. In den Gemeinden oder Gemeindetheilen, die zu einer andern Herrſchaft übergehen, folgen die dort etwa liegenden Staatsdomänen dem Gebiet, und gehören dem neuen Landesherrn an. Finden ſich in den beyderſeits abgetretenen Gebieten Domainen, deren Urregiſter beweiſen, daß ſie unter der franzöſiſchen Regierung verkauft, und der Verkauf im Namen dieſer Regierung durch die franzöſiſchen Behörden beſtätiget worden, deren Verkaufpreis Rückſtände aber noch ganz oder zum Theil erhoben werden ſollen, ſo ſoll der Landesherr, dem dieſe Güter vor dem gegenwärtigen Traktat gehörten, die Befugniß haben, den Käufer nach den unter dem neuen Landesherrn beſtehenden Geſetzen, in Anſpruch zu nehmen. Die Domäneneinkünfte, die nach der Räumung der Franzoſen nicht

cuation par les François, n'ont été verſés dans les caiſſes du Souverain légitime, ſeront reſtitués à ce Souverain par les caiſſes qui ont joui abuſivement de cette recette. Les revenus de parties du Lymers, non compriſes dans la remiſe des enclaves au vingt-cinq Mai dernier et venant par le préſent Traité aux Pays-bas, ſeront reſtitués à compter du dit jour.

in die Kaſſen des rechtmäßigen Landesherrn gefloſſen ſind, ſollen demſelben aus den Kaſſen wieder erſtattet werden, welche mißbräuchlich dieſe Einnahme genoſſen haben. Die Einkünfte der in der Uebergabe der Enklaven am letztverfloſſenen fünf und zwanzigſten May nicht begriffenen und durch gegenwärtigen Traktat den Niederlanden überwieſenen Theile des Lymers, ſollen von jenem Tage an gerechnet erſtattet werden.

Article trente-quatrième. Les contributions et autres revenus de l'Etat courront et ſeront perçus pour le compte du nouveau Souverain à dater du jour de la priſe de poſſeſſion, jour, qui, dans aucun cas, ne pourra dépaſſer le terme fixé par l'article quarante-troiſième relatif à l'évacuation et à la remiſe des

Art. XXXIV. Die Kontributionen und übrigen Staatseinkünfte laufen und werden für Rechnung des neuen Landesherrn vom Tage der Beſitznahme angerechnet, erhoben. Dieſer Tag darf in keinem Fall über den Zeitpunkt hinaus gehen, welcher durch den drey und vierzigſten, auf die Räumung und die Uebergabe der durch ge-

endroits cédés ou é-changés par le préſent Traité, en ſorte que, ſi par quelque événement imprévu, la priſe de poſſeſſion d'une Commune ou partie de Commune ſe trouvoit retardée, les contributions et autres revenus de l'Etat n'en ſeroient pas moins dûs, à dater du jour fixé.

genwärtigen Traktat abgetretenen oder ausgetauſchten Ortſchaften ſich beziehenden Artikel feſtgeſetzt worden, ſo daß wenn durch eine unvorhergeſehene Begebenheit die Beſitznahme einer Gemeinde oder eines Gemeindetheils ſich verzögert fände, die Kontributionen und übrigen Staatseinkünfte nichts deſto weniger vom feſtgeſetzten Tage an gerechnet, dem neuen Landesherrn gebühren.

Article trente-cinquième. Les biens, les droits réels et actions, qui peuvent compéter aux Communes ou Particuliers de l'une ou l'autre domination dans et ſur les lieux et territoires réciproquement cédés ou échangés ou diviſés, ſont maintenus et conſervés.

Art. XXXV. Alle Güter, Realrechte und Befugniſſe die den Gemeinden oder Privatperſonen der einen oder der andern Oberherrſchaft in den gegenſeitig abgetretenen, ausgetauſchten oder getheilten Ortſchaften oder Gebieten, etwa zukommen, bleiben ihnen bewährt und aufrecht vorbehalten.

Article trente-ſixième. Losque des Communes ou des Banlieues de Communes ſeront diviſées par la ligne de démarcation, l'actif et le paſſif de ces Communes, c'eſt à-dire, leurs biens communaux ainſi que leurs dettes le ſeront ou devront l'être dans la même proportion. Pour établir cette proportion, on prendra pour baſe le montant des contributions foncière et perſonnelle réunies, et ſi la perſonnelle n'y exiſtoit pas, on prendroit la foncière ſeule. Les biens et revenus communaux, qui devroient ſe diſtribuer par têtes ou par feux entre les habitans, ſeront partagés d'après la ſeule baſe adoptée pour les diſtributions annuelles, ſi tant eſt qu'il en exiſte réellement et de droit de cette nature; bien entendu qu'après le partage

Art. XXXVI. Wenn Gemeinden oder Gemeinde-Weichbilde durch die Scheidelinie getheilt ſind, dann ſoll oder muß das Aktiv- und das Paſſivvermögen dieſer Gemeinden, das heißt, ihre Kommunalgüter ſo wie ihre Schulden, in demſelben Verhältniſſe getheilt werden. Um dieſes Verhältniß auszumitteln, wird der Betrag der vereinigten Grund- und Perſonalſteuer und wenn die Perſonalſteuer nicht vorhanden iſt, die Grundſteuer allein als Baſis angenommen. Die Kommunalgüter und Einkünfte, welche Kopf-, oder Feuerſtellenweiſe unter den Einwohnern vertheilt werden ſollten, ſollen nach der für die jährlichen Vertheilungen angenommenen einzigen Grundlage eingetheilt werden, wenn anders ſolche Art Vertheilungen wirklich und von Rechtswegen vorhanden ſind; jedoch verſteht es

fait, ces biens ſeront ſoumis aux lois municipales du nouvel Etat ſous lequel ils ſe trouveront. La partie de Zyfflich, ainſi que les Villages de Kekerdom et Loeth, cédés par le préſent Traité au Royaume des Pays-bas et faiſant partie du Duffelſche-Polder, ſeront tenus de contribuer leur quote-part dans les dettes arriérées contractées par ce Polder jusqu'au jour de la priſe de poſſeſſion fixé par l'article quarante-troiſième.

ſich, daß, nach geſchehener Eintheilung, dieſe Güter den Munizipalgeſetzen des neuen Staats, unter deſſen Herrſchaft ſie ſich befinden werden, unterworfen ſind. Die dem Königreich der Niederlande durch den gegenwärtigen Traktat abgetretenen und zum Duffelſche Polder gehörigen Dorfſchaften Kekerdom und Löth, imgleichen der zyfflichſche Theil, ſind verpflichtet, ihren Antheil an den rückſtändigen Schulden beyzutragen, welche dieſer Polder bis zu dem durch den drey und vierzigſten Artikel beſtimmten Tage der Beſitznahme kontrahirt hat.

Article trente ſeptième. Les Cultivateurs, dont les propriétés ſont ſituées partie en deça et partie au delà des frontières, pourront exporter et importer fumier, paille, litières et autres engrais pour

Art. XXXVII. Die Ackersleute, deren Eigenthum theils dießeits, theils jenſeits der Grenzen belegen iſt, können Miſt, Stroh, Streu und ſonſtigen Dünger für ihren Ackerbau, wie auch jede Art ihrer eingeerndte

la culture de leurs terres, ainſi que toute eſpèce de récolte. Ils auront de même la faculté de faire ſortir et rentrer leurs beſtiaux pâturans, le tout ſans pouvoir être aſſujettis à aucun droit de douane, ſoit d'entrée, de tranſit ou autres de cette eſpèce. Il ſuffira qu'ils faſſent conſter par des certificats de l'autorité locale, qu'ils poſſèdent et cultivent des terres ſituées au delà des frontières, ſans cependant pouvoir ſe ſouſtraire aux viſites des Douaniers, ou autres ayant commiſſion légale de conſtater les cas de fraude; bien entendu que ces Douaniers ou Agens ne pourront faire des perquiſitions que ſur leurs territoires reſpectifs.

Article trente huitième. On pourra de part et d'autre acheter ſur

ten Feldfrüchte aus- und einführen. Sie haben ebenfalls die Befugniß, ihr Weidevieh ein- und austreiben zu laſſen, und zwar ohne irgend einer Zoll-, ſey es Ein- oder Ausgangs-, Tranſito- oder dergleichen ſonſtigen Abgabe unterworfen werden zu können. Es iſt hinlänglich, wenn ſie durch ortsobrigkeitliche Atteſte erweiſen, daß ſie jenſeits der Grenzen Güter beſitzen und anbauen; ſie können ſich aber den Durchſuchungen der Zollbedienten oder anderer mit Aufſicht über die Kontrebande geſetzlich beauftragten Beamten nicht entziehen. Jedoch verſteht es ſich, daß dieſe Zollbeamten nur in ihren reſp. Gebieten Nachſuchungen anſtellen können.

Art XXXVIII. Man kann die zur Unterhaltung der Deiche (Dämme) und

le territoire voiſin et exporter franc de tout droit les matériaux néceſſaires pour l'entretien des digues et des routes.

Article trente neuvième. Les Militaires de tout grade, qui ſeroient nés dans une Commune ou partie de Commune cédée ou échangée par le préſent Traité, ſeront renvoyés au Souverain de cette Commune ou partie de Commune dans le délai de trois mois s'ils ſervent en Europe, et dans celui d'un an s'ils ſe trouvent dans les Colonies ou dans toute autre parties du monde. Les Officiers cependant auront le choix de rentrer dans leurs pays ou de reſter au ſervice du Souverain ſous les drapeaux duquel ils ſe trouvent; il feront tenus d'opter dans les ſix

Straſen nöthigen Materialien beyderſeits in dem benachbarten Gebiet ankaufen, und ganz abgabenfrey ausführen.

Art. XXXIX. Die in einer durch den gegenwärtigen Traktat abgetretenen oder ausgetauſchten Gemeinde oder Gemeindetheil etwa gebornen Militärperſonen jedweden Grades, ſollen, wenn ſie in Europa dienen, in drey monathlicher, und wenn ſie ſich in den Kolonien oder in irgend einem andern Welttheil befinden, in Jahresfriſt, dem Landesherrn dieſer Gemeinde oder dieſes Gemeindetheils zurück geſendet werden. Jedoch ſollen die Officiere die Wahl haben, in ihre Heimath zurück zu kehren, oder in den Dienſten des Landesherrn zu verbleiben, unter deſſen Fahnen ſie ſich befinden. Sie müſſen in den erſten ſechs

mois de la publication du préſent Traité.

Article quarantième. Les habitans, qui par l'une ou l'autre ſtipulation du préſent Traité paſſeront d'un Etat à l'autre, pourront changer de domicile, dans le délai de quatre ans, ſans être aſſujettis à aucune charge ni condition quelconque; ils pourront même vendre ou autrement aliéner leurs biens, ſans être tenus de paye d'autres droits que les autres habitans du même pays.

Article quarante - et unième. Les Fonctionnaires demeurant dans les Communes ou parties de Communes cédées ou échangées, et qui, d'après les lois ſous l'Empire desquelles ils

Monathen, von der Bekanntmachung des gegenwärtigen Traktats an gerechnet, ihre Wahl treffen und ſich entſchließen.

Art. XXXX. Die durch die eine oder die andere Stipulation des gegenwärtigen Traktats von dem einen Staat zum andern übergehenden Einwohner können ohne irgend einer Bedingung oder läſtigen Verbindlichkeit unterworfen zu ſeyn, in einer vierjährigen Friſt ihren Wohnort verändern; ſie können ſogar ihre Güter verkaufen oder ſonſt veräußern, ohne andre Abgaben als die übrigen Bewohner deſſelben Landes zu entrichten.

Art. XXXXI. Die in den abgetretenen oder gegen einander vertauſchten Gemeinden oder Gemeindetheilen wohnenden Beamten, welche nach den Geſetzen, unter deren Herrſchaft ſie ernannt

Digitized by Google

ont été nommés, ne peuvent être déplacés ſans indemnité, ſeront conſervés et jouiront des mêmes droits que ſous le Gouvernement qui les avoit nommés.

Article quarante-deuxième. Comme nonobſtant tous les ſoins que les deux Commiſſions ont apportés à lever toutes les difficultés qui ſe ſont préſentées, il eſt cependant poſſible qu'il s'en préſentent d'autres encore lors de la plantation des poteaux, il a été convenu que ceux des membres des deux Commiſſions, ſous la direction deſquels cette opération aura lieu, ſeroient autoriſés à terminer tous ce différens et ſpécialement à juger, après avoir entendu les autorités locales, toutes les conteſtations qui pourroient s'élever au ſujet de l'incertitude

worden ſind, ohne Entſchädigung nicht verſetzt werden können, ſollen beybehalten werden, und dieſelben Rechte genießen, als unter der Regierung, die ſie ernannt hatte.

Art. XXXXII. Daungeachtet aller Sorgfalt, welche beyde Kommiſſionen verwendet haben, alle vorgekommenen Schwierigkeiten zu heben, es dennoch möglich iſt, daß zur Zeit der Errichtung der Grenzpfähle, ſich noch mehrere ergeben, ſo iſt beſtimmt worden, daß diejenigen der Mitglieder beyder Kommiſſionen, unter deren Leitung dieſe Operation Statt finden wird, bevollmächtigt ſeyn ſollen, alle dieſe Zwiſtigkeiten zu ſchlichten und vornehmlich nach Abhörung der Ortsbehörden alle Streitigkeiten zu entſcheiden, welche über die Ungewißheit einiger Ge-

Digitized by Google

des limites de quelques Communes.

Article quarante-troiſième. Les endroits reſpectivement cédés ou échangés ou devant être reſtitués, ſeront évacués et l'Adminiſtration en ſera remiſe aux autorités compétentes dans le mois, à dater de l'échange des ratifications.

Article quarante-quatrième. Les archives, cartes et autres documens relatifs à l'Adminiſtration des Mairies ou Communes, qui, en vertu du préſent Traité, paſſeront d'une domination ſous l'autre, ſeront remis aux nouvelles autorités, en même temps que les territoires mêmes. Au cas qu'une partie de Commune ou de Mairie ſeulement fut cédée ou é-

meindegrenzen ſich ergeben könnten.

Art. XXXXIII. Die reſpektive abgetretenen, gegenſeitig vertauſchten oder aber zurückzugebenden Ortſchaften ſollen in monathlicher Friſt, von der Auswechſelung der Ratifikationen an gerechnet, geräumt, und deren Verwaltung den kompetenten Behörden in derſelben Friſt übergeben werden.

Art. XXXXIV. Die auf die Verwaltung der Schuldheißämter oder Gemeinden ſich beziehenden Archive, Karten und übrigen Dokumente, welche vermöge des gegenwärtigen Traktats von einer Herrſchaft zur andern übergehen werden, ſollen zu gleicher Zeit als die Gebiete ſelbſt, den neuen Behörden übergeben werden. Im Falle nur ein Gemeinde- oder Schuldheißamtstheil abgetreten

changée, les archives reſteront à la partie où ſe trouve le chef-lieu, à charge d'y donner accès à l'autre partie, chaque fois qu'elle en aura beſoin.

Article quarante-cinquième. Dans le quinze jours après l'évacuation et la remiſe, dont il s'agit à l'article précédent, on commencera à planter les poteaux. Ces poteaux ſeront de bois du chêne de la longueur de douze pieds du Rhin, huit hors de terre et quatre en terre; ils ſeront carrés, la partie en terre ſera de douze pouces d'épaiſſeur au moins, et celle hors de huit pouces; ils ſeront peints du côté de la Pruſſe en noir et blanc, et du côté des Pays-bas en orange et blanc; ils ſeront numérotés et leurs numéros ſuivront

oder gegenſeitig vertauſcht werden ſollte, verbleibt das Archiv dem Theil, wo der Hauptort ſich befindet, unter dem Beding dem gegenſeitigen Theile ſo oft er es nöthig hat, den Zugang in das Archiv zu geſtatten.

Art. XXXXV. In den vierzehn Tagen nach der Räumung und der Uebergabe, von der im vorhergehenden Artikel die Rede iſt, wird mit der Errichtung der Grenzpfähle der Anfang gemacht. Dieſe Grenzpfähle ſollen von Eichenholz ſeyn, und zwölf rheinländiſche Fuß, acht über und vier unter der Erde lang ſeyn. Sie müſſen viereckigt ſeyn, der Theil unter der Erde ſoll wenigſtens zwölf, der über der Erde acht Zoll Dicke haben; ſie ſollen preußiſcher Seits ſchwarz und weiß, und niederländiſcher Seits orange und weiß ange-

la ſérie de ceux à planter entre les deux Etats, depuis les limites de la France jusqu'à l'ancien territoire hollandois près de Mook. Il en ſera planté autant que les Commiſſaires le trouveront néceſſaire pour ne laiſſer aucune incertitude ſur aucune partie de la frontière. Au cas qu'une rivière ou chemin faſſe limite, il en ſera chaque fois planté deux, ſavoir l'un du côté de la Pruſſe, l'autre du côté des Pays-bas; ces deux poteaux ne porteront qu'un ſeul numéro et ne ſeront peints qu'aux ſeules couleurs adoptées par les territoires reſpectifs.

ſtrichen ſeyn; ſie ſollen mit Nummern bezeichnet werden, und ihre Nummern ſollen der Reihe derjenigen folgen, welche zwiſchen beyden Staaten von den Grenzen Frankreichs an bis zum ehemahligen holländiſchen Gebiet bey Mook zu errichten ſind. Es ſollen ſo viel errichtet werden, als die Kommiſſarien es für nöthig halten, um nicht die geringſte Ungewißheit über irgend einen Grenztheil übrig zu laſſen. Da wo ein Fluß oder ein Weg eine Grenze bildet, ſollen jedesmahl zwey Grenzpfähle, nämlich der eine preußiſcher, der andre niederländiſcher Seits errichtet werden; dieſe beyden Pfähle ſollen nur mit einer einzigen Nummer bezeichnet, und nur mit den einzigen von den reſp. Gebieten angenommenen Farben angeſtrichen werden.

Article quarante - ſixième. Le préſent Traité ſera ſoumis aux deux Cours, à l'effet d'etre ratifié, et les ratifications ſeront échangées dans deux mois après la ſignature ou plutôt ſi poſſible. En foi de quoi les Commiſſaires des hautes parties contractantes l'ont ſigné et muni de leurs cachets. Fait à Clèves, le ſept Octobre mil-huit-cent-ſeize.

(L.S.) de Bernuth.
(L.S.) Eytelwein.
(L.S.) M.J. de Man.
(L.S.) J. Blankenſz.

Art. XXXXVI. Gegenwärtiger Traktat ſoll, Behufs der Ratifikation, beyden Höfen vorgelegt und die Ratifikationen innerhalb zwey Monathen nach Unterzeichnung, oder eher, wenn es möglich iſt, ausgewechſelt werden. Zu deſſen Urkund haben die Kommiſſarien der hohen kontrahirenden Theile ihn mit Beydrückung ihrer Siegel unterzeichnet. Geſchehen zu Cleve, den ſiebenten Oktober ein tauſend acht hundert ſechzehn.

(L.S.) v. Bernuth.
(L.S.) Eytelwein.
(L.S.) v. Man.
(L.S.) J. Blankenſz.

Traité complémentaire conclu entre S. M. le Roi de Pruſſe et le Roi des Pays-bas, à Frankford le 8. Novembre 1816.

Au nom de la très-ſainte et indiviſible Trinité!

Sa Majeſté le Roi de Pruſſe et Sa Majeſté le Roi des Pays-bas Grand-Duc de Luxembourg déſirant d'un commun accord avec Leurs Majeſtés l'Empereur d'Autriche, le Roi du Royaume uni de la Grande-Bretagne et de l'Irlande, et l'Empereur de toutes les Ruſſies, donner ſuite par un traité particulier aux articles et ſtipulations du traité de paix conclu à Paris le vingt Novembre, Mil-huit-

Ergänzungstraktat zwiſchen Ihren Majeſtäten dem Könige von Preußen und dem Könige der Niederlande, geſchloſſen zu Frankfurt den 8. Novbr. 1816.

Im Namen der hochheiligen und untheilbaren Dreyeinigkeit!

Da Seine Majeſtät der König von Preußen und Seine Majeſtät der König der Niederlande Großherzog von Luxemburg, in gemeinſchaftlicher Uebereinſtimmung mit Ihren Majeſtäten dem Kaiſer von Oeſtreich, dem Könige des vereinigten Königreichs von Großbritannien und Irland und dem Kaiſer aller Reußen, in Erwägung daß Seine Majeſtät der König der Niederlande in ſeiner doppelten Eigenſchaft als König und als Großherzog handelt,

cent-quinze, tant à celles qui regardent le Royaume des Pays-Bas, qu'à celles qui concernent le Grand-Duché de Luxembourg, Sa Majeſté le Roi des Pays-Bas, agiſſant en ſa double qualité de Roi et de Grand-Duc, et Leurs Majeſtés voulant en faire l'application à tout ce qui concerne leurs intérêts réciproques et conſolider les arrangemens qui en dérivent, ont nommé à cet effet les Plénipotentiaires ſuivans, ſavoir: Sa Majeſté le Roi de Pruſſe, le Sieur Charles Guillaume Baron de Humboldt, Son Miniſtre d'état et Chambellan, Chevalier du grand ordre de l'aigle rouge, et de celui de la croix de fer de Pruſſe de la première claſſe,

den Wunſch gehegt haben, den Artikeln und Stipulationen, welche im Pariſer Friedenstraktat vom zwanzigſten November ein tauſend acht hundert und funfzehn, nicht allein das Königreich der Niederlande, ſondern auch das Großherzogthum Luxemburg betreffen, durch einen beſondern Traktat Folge zu geben; und da Ihre Majeſtäten Willens ſind, dieſe Stipulationen auf alles dasjenige anzuwenden was Ihr gegenſeitiges Intereſſe betrifft, und die davon herrührenden Ausgleichungen zu befeſtigen, ſo haben Sie zu dieſem Behuf zu Ihren Bevollmächtigten ernannt, nämlich: Seine Majeſtät der König von Preußen, den Herrn Karl Wilhelm Freyherrn von Humboldt, Ihren Staatsminiſter und Kammerherrn, Ritter des königl. preußiſchen großen rothen Adler- und eiſer-

Grand-Croix des ordres de Leopold d'Autriche, de Ste. Anne de Ruſſie, de Danebrog de Danemarc, de la Couronne de Baviére, de la Fidélité de Bade et du faucon blanc de Saxe-Weimar, et Sa Majeſté le Roi des Pays Bas, Grand-Duc de Luxembourg le Sieur Hans Chriſtophe Erneſte Baron de Gagern, Son Envoyé extraordinaire et Miniſtre plénipotentiaire près la Diete Germanique et la ville libre de Frankfort, commandeur de l'ordre royal du Lion Belgique, Grand-Croix des ordres du Lion de Heſſe, de la Fidélité de Bade et du faucon blanc de Saxe-Weimar, lesquels aprés avoir échangé leurs pleinspouvoirs,

nen Kreuzesordens erſter Klaſſe, Großkreuz des öſtreichſchen Leopold-, ruſſiſchen St. Annen-, däniſchen Dannebrog-, bayerſchen Kronenordens, des badenſchen Ordens der Treue, und des Sachſen-Weimariſchen weißen Falkenordens, und Seine Majeſtät der König der Niederlande, Großherzog von Luxemburg den Hrn. Hans Chriſtoph Ernſt Freyherrn von Gagern, Ihren außerordentlichen Geſandten und bevollmächtigten Miniſter am deutſchen Bundestage und bey der freyen Stadt Frankfurt, Kommandeur des königl. belgiſchen Löwenordens, Großkreuz des Heſſiſchen Löwenordens, des badiſchen Ordens der Treue, und des Sachſen-Weimariſchen weißen Falkenordens, welche nach Auswechſelung ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten, nachſtehende Artikel abge-

trouvés en bonne et due forme, ont conclu, ſigné et arrêté les articles ci-après.

Article premier. Sa Majeſté le Roi des Pays-Bas, Grand-Duc de Luxembourg poſſédera pour Lui, Ses deſcendans et ſucceſſeurs en pleine propriété et ſouveraineté tous les diſtricts qui ayant fait partie en mil-ſept-cent-quatre-vingt-dix de la ci-devant Belgique, de l'Evêché de Liége et du Duché de Bouillon, ont été cédés par la France aux Puiſſances alliées par le traité conclu à Paris le vingt Novembre Mil-huit-cent-quinze, ainſi que les territoires enclavés avec les places de Philippeville et de Marienburg cédés par le même traité. Par ſuite de cette diſpoſition, les limites des Etats de Sa Majeſté le Roi des Pays-Bas,

ſchloſſen, unterzeichnet und feſtgeſetzt haben.

Art. I. Seine Majeſtät der König der Niederlande, Großherzog von Luxemburg, werden für Sich, Ihre Descendenten und Nachfolger mit vollem Eigenthum, und in voller Landeshoheit und Oberherrlichkeit alle Diſtrikte beſitzen, welche im Jahre ein tauſend ſieben hundert und neunzig einen Theil des ehemahligen Belgiens, des Bisthums Lüttich und des Herzogthums Bouillon ausgemacht hatten, und durch den am zwanzigſten November ein tauſend acht hundert und funfzehn zu Paris abgeſchloſſenen Traktat, den alliirten Mächten von Frankreich abgetreten worden ſind, ſo wie alle durch denſelben Traktat abgetretenen, mit den Plätzen Philipeville und

Grand-Croix des ordres de Leopold d'Autriche, de Ste. Anne de Ruſſie, de Danebrog de Danemarc, de la Couronne de Bavière, de la Fidélité de Bade et du faucon blanc de Saxe-Weimar, et Sa Majeſté le Roi des Pays Bas, Grand-Duc de Luxembourg le Sieur Hans Chriſtophe Erneſte Baron de Gagern, Son Envoyé extraordinaire et Miniſtre plénipotentiaire près la Diète Germanique et la ville libre de Frankfort, commandeur de l'ordre royal du Lion Belgique, Grand-Croix des ordres du Lion de Heſſe, de la Fidélité de Bade et du faucon blanc de Saxe-Weimar, lesquels après avoir échangé leurs pleinspouvoirs,

nen Kreuzesordens erſter Klaſſe, Großkreuz des öſtreichſchen Leopold-, ruſſiſchen St. Annen-, däniſchen Dannebrog-, bayerſchen Kronenordens, des badenſchen Ordens der Treue, und des Sachſen-Weimariſchen weißen Falkenordens, und Seine Majeſtät der König der Niederlande, Großherzog von Luxemburg den Hrn. Hans Chriſtoph Erneſt Freyherrn von Gagern, Ihren außerordentlichen Geſandten und bevollmächtigten Miniſter am deutſchen Bundestage und bey der freyen Stadt Frankfurt, Kommandeur des königl. belgiſchen Löwenordens, Großkreuz des Heſſiſchen Löwenordens, des badiſchen Ordens der Treue, und des Sachſen-Weimariſchen weißen Falkenordens, welche nach Auswechſelung ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten, nachſtehende Artikel abge-

trouvés en bonne et due forme, ont conclu, ſigné et arrêté les articles ci-après.

Article premier. Sa Majeſté le Roi des Pays-Bas, Grand-Duc de Luxembourg, poſſédera pour Lui, Ses deſcendans et ſucceſſeurs en pleine propriété et ſouveraineté tous les diſtricts qui ayant fait partie en mil-ſept-cent-quatre-vingt-dix de la ci-devant Belgique, de l'Evêché de Liége et du Duché de Bouillon, ont été cédés par la France aux Puiſſances alliées par le traité conclu à Paris le vingt Novembre Mil-huit-cent-quinze, ainſi que les territoires enclavés avec les places de Philippeville et de Marienburg cédés par le même traité. Par ſuite de cette diſpoſition, les limites des Etats de Sa Majeſté le Roi des Pays-Bas,

ſchloſſen, unterzeichnet und feſtgeſetzt haben.

Art. I. Seine Majeſtät der König der Niederlande, Großherzog von Luxemburg, werden für Sich, Ihre Descendenten und Nachfolger mit vollem Eigenthum, und in voller Landeshoheit und Oberherrlichkeit alle Diſtrikte beſitzen, welche im Jahre eintauſend ſieben hundert und neunzig einen Theil des ehemahligen Belgiens, des Bisthums Lüttich und des Herzogthums Bouillon ausgemacht hatten, und durch den am zwanzigſten November eintauſend acht hundert und funfzehn zu Paris abgeſchloſſenen Traktat, den alliirten Mächten von Frankreich abgetreten worden ſind, ſo wie alle durch denſelben Traktat abgetretenen, mit den Plätzen Philipeville und

Grand-Duc de Luxembourg, et celles de France, à commencer de la mer du Nord, reſteront telles qu'elles ont été fixées par le traité de paix de Paris du trente Mai, Mil-huit-cent-quatorze, jusque vis-à-vis de Quiévrain. De Quiévrain la ligne de démarcation ſuivra les anciennes limites extérieures de la Belgique, du ci-devant Evêché de Liége et du Duché de Bouillon jusqu'à Villers près d'Orval, comme elles étoient en Mille-ſept-cent-quatre-vingt-dix, en y comprenant la totalité de ces pays, et ſpécialement les places et territoires de Philippeville et de Marienburg, conformement aux ſtipulations du pre-

Marienburg enklavirten Gebiete. Als eine Folge dieſer Anordnung bleiben die Grenzen der königl. niederländiſchen und großherzoglich luxemburgſchen Staaten, und die Grenzen Frankreichs, von der Nordſee an gerechnet, ſo wie ſie durch den Pariſer Traktat vom dreyßigſten May, ein tauſend acht hundert und vierzehn bis Quiévrain feſtgeſetzt worden ſind. Von Quiévrain aus folgt die Scheidelinie den ehemahligen äußern Grenzen Belgiens, des ehemahligen Bisthums Lüttich und des Herzogthums Bouillon bis Villers ohnweit Orval, ſo wie dieſe Grenzen im Jahre ein tauſend ſiebenhundert und neunzig beſtanden, mit Inbegriff der Totalität dieſer Länder und beſonders der Plätze und Gebiete Philippeville und Marienburg, in Gemäßheit der Stipulationen

mier article du dit traité du vingt Novembre, Mil-huit-cent-quinze, et ſans autrement changer les limites du Royaume des Pays-Bas et du Grand-Duché de Luxembourg, qui ſeront conſervées telles qu'elles ont été fixées par le traité de Vienne du trente-un Mai, Mil-huit-cent-quinze, lequel dans tous les autres points eſt pleinement confirmé.

des erſten Artikels des beſagten Traktats vom zwanzigſten November ein tauſend acht hundert und funfzehn, und ohne anders die königlich niederländiſch- und großherzoglich luxemburgiſchen Grenzen abzuändern, welche ſo wie ſie durch den Wiener Traktat vom ein und dreyßigſten May, ein tauſend acht hundert und funfzehn feſtgeſetzt worden ſind, beybehalten werden ſollen. In allen übrigen Punkten wird dieſer Wiener Traktat völlig beſtätiget.

Article ſecond. Une partie des indemnités pécuniaires que Sa Majeſté Très Chrétienne s'eſt engagée de payer par l'article quatre du traité de Paris du vingt Novembre Mil-huit-cent-quinze, étant deſtinée en vertu des arrangemens faits à Paris entre les Puiſſances

Art. II. Da ein Theil der Geldentſchädigungen, welche Seine Allerchriſtlichſte Majeſtät durch den vierten Artikel des Pariſer Traktats vom zwanzigſten November ein tauſend acht hundert und funfzehn zu zahlen übernommen haben, kraft der zwiſchen den alliirten Mäch-

alliées à renforcer la ligne de défenſe des Etats limitrophes de la France, Sa Majeſté le Roi des Pays-Bas, Grand-Duc de Luxembourg, recevra pour cet effet la ſomme de ſoixante millions de francs. Sa Majeſté le Roi des Pays-Bas, Grand-Duc de Luxembourg, S'engage à employer cette ſomme aux ouvrages néceſſaires à la défenſe des frontières de Ses Etats, conformement au ſiſtême adopté et au concert pris à cet égard entre les Puiſſances alliées au Protocolle de la conférence de Leurs Miniſtres du vingt-un Novembre Mil-huit-cent-quinze, annexé au préſent traité, et qui aura la même force et valeur

ten zu Paris getroffenen Ausgleichungen, beſtimmt iſt, die Vertheidigungslinie der Frankreich angrenzenden Staaten zu verſtärken, ſo erhält Seine Majeſtät der König der Niederlande, Großherzog von Luxemburg zu dieſem Behuf die Summe von ſechzig Millionen Franken. Seine Majeſtät der König der Niederlande, Großherzog von Luxemburg verpflichten Sich, dieſe Summe auf die zur Vertheidigung der Grenzen Ihrer Staaten nöthigen Werke zu verwenden, und zwar in Gemäßheit des zwiſchen den Verbündeten, im Konferenzprotokoll Ihrer Miniſter vom ein und zwanzigſten November ein tauſend acht hundert und funfzehn, angenommenen Syſtems und der deßhalb getroffenen Uebereinkunft. Beſagtes Protokoll iſt dem gegenwärtigen Traktat beygefügt

comme s'il étoit textuellement inſéré au préſent traité.

Article troiſième. Sa Majeſté le Roi des Pays-Bas, Grand-Duc de Luxembourg, reconnoiſſant à juſte titre les avantages qui réſultent des diſpoſitions précédentes, tant pour l'accroiſſement, que pour les moyens de défenſe de Son territoire, renonce pour les ſommes ſtipulées dans l'article quatre du traité de Paris du vingt Novembre, Mil-huit-cent-quinze, à la quote-part à la quelle Elle pourroit prétendre à titre d'indemnité, et qui eſt fixée par le Protocole de la conférence du vingt Novembre, Mil-huit-cent-quinze, au total de

worden, und ſoll dieſelbe Kraft und Gültigkeit haben als wenn es darin wörtlich mit aufgeführt wäre.

Art. III. Da Seine Majeſtät der König der Niederlande, Großherzog von Luxemburg, die Vortheile mit gutem Rechte anerkennen, welche ſowohl für den Zuwachs als für die Vertheidigungsmittel Ihres Gebiets aus den vorhergehenden Anordnungen entſpringen, ſo entſagen Sie, gegen die im vierten Artikel des Pariſer Traktats vom zwanzigſten November eintauſend acht hundert und funfzehn ſtipulirten Summen, dem Antheil, auf den Sie vermöge eines Entſchädigungsrechts Anſprüche machen könnten, und welcher durch das Konferenzprotokoll vom zwanzigſten November eintauſend acht hundert und funfzehn auf die

vingt-un million deux-cent-soixante-quatre-mille-huit-cent-trente-deux francs, vingt-deux et un demi centimes. Sa Majeſté adhère au principe que cette quote-part ſerve à completter les indemnités de l'Autriche et de la Pruſſe, et ſoit partagée en parties égales entre ces deux Puiſſances.

Totalſumme von ein und zwanzig Millionen zwey hundert vier und ſechzig tauſend acht hundert zwey und dreyßig Franken zwey und zwanzig und eine halbe Centime feſtgeſetzt worden iſt. Seine Majeſtät ſtimmt dem Grundſatz bey, daß dieſer Antheil dazu diene, die öſtreichiſchen und preußiſchen Entſchädigungen zu vervollſtändigen, und in gleiche Theile unter beyde Mächte getheilt ſey.

Article quatrième. L'article trois du traité conclu à Vienne le trente-un Mai, Mil-huit-cent-quinze, et l'article ſoixante-ſept de l'acte du congrès de Vienne, ayant ſtipulé que la forteresſe de Luxembourg ſeroit conſidérée comme forteresſe de la confédération germanique, cettte diſpoſition eſt maintenue et expreſſément confirmée

Art. IV. Da der dritte Artikel des zu Wien, am ein und dreyßigſten May ein tauſend acht hundert und funfzehn abgeſchloſſenen Traktats, und der ſieben und ſechzigſte Artikel der Wiener Kongreßakte beſtimmt haben, daß die Feſtung Luxemburg als deutſche Bundesfeſtung betrachtet werden ſollte, ſo wird dieſe Beſtimmung durch

par la préſente convention. Cependant Sa Majeſté le Roi de Pruſſe et Sa Majeſté le Roi des Pays-Bas, agiſſant en ſa qualité de Grand-Duc de Luxembourg, voulant adopter le reſte des diſpoſition des dits articles aux changemens ſurvenus par le traité de Paris du vingt Novembre, Mil huit-cent-quinze, et pourvoir de la manière la plus efficace à la défenſe combinée de leurs Etats reſpectifs, Leurs Majeſtés ſont convenues de tenir garniſon commune dans la forteresſe de Luxembourg, ſans que cet arrangement, fait uniquement ſous le rapport militaire, puiſſe altérer en rien le droit de Souveraineté de Sa Majeſté le Roi des Pays-

gegenwärtige Konvention aufrecht gehalten und ausdrücklich beſtätigt. Inzwiſchen, da Seine Majeſtät der König von Preußen und Seine Majeſtät der König der Niederlande, in der Eigenſchaft als Großherzog von Luxemburg, Willens ſind, die übrigen Beſtimmungen beſagter Artikel den durch den Pariſer Traktat vom zwanzigſten November eintauſend acht hundert und funfzehn vorgefallenen Veränderungen anzueigenen und für die vereinigte Vertheidigung Ihrer reſpektiven Staaten auf die wirkſamſte Art und Weiſe Sorge zu tragen; ſo ſind Ihre Majeſtäten übereingekommen, in der Feſtung Luxemburg eine gemeinſchaftliche Beſatzung zu halten, ohne daß dieſe, bloß und allein in militäriſcher Beziehung, getroffene Uebereinkunft den landesherrlichen Rechten Seiner Majeſtät des

Bas, Grand-Duc de Luxembourg, ſur la ville et fortereſſe de Luxembourg.

Article cinquième. Sa Majeſte le Roi des Pays-Bas, Grand-Duc de Luxembourg, cède à Sa Majeſté le Roi de Pruſſe le droit de nommer le Gouverneur et le Commandant de cette place, et conſent à ce que tant la garniſon en général, que chaque arme en particulier ſoit compoſée pour les trois quarts de troupes pruſſiennes et pour un quart de troupes des Pays-Bas, renonçant ainſi au droit de nomination que l'article ſoixante-ſept de l'acte du congrès de Vienne aſſuroit à Sa Majeſté. Ces troupes ſeront ſoldées et équipées aux frais de leurs gouvernemens reſpectifs. Il en ſera de même pour leur nourritu-

Königs der Niederlande, Großherzogs von Luxemburg auf die Stadt und Feſtung Luxemburg im geringſten Abbruch thun könne.

Art. V. Seine Majeſtät der König der Niederlande, Großherzog von Luxemburg, treten Seiner Majeſtät dem König von Preußen das Recht ab, den Gouverneur und Kommandanten dieſes Platzes zu ernennen. Sie bewilligen, daß ſowohl die Beſatzung überhaupt als jede Waffengattung insbeſondere in drey Viertheilen aus preußiſchen und in einem Viertheil aus niederländiſchen Truppen beſtehe, und entſagen alſo dem durch den ſieben und ſechzigſten Artikel der Wiener Kongreßakte Ihnen zugeſicherten Ernennungsrechte. Dieſe Truppen werden auf Koſten ihrer reſpektiven Regierungen beſoldet und

re lorsque la fortereſſe ne ſera pas déclarée en état de ſiege. Dans ce cas la garniſon ſe nourrira des magaſins de la fortereſſe, et il ſera ſuppléé à ſon approviſionnement d'après les principes établis à l'article quatorze.

Article ſixième. Le droit de Souveraineté appartenant dans toute ſa plénitude à Sa Majeſté le Roi des Pays-Bas, Grand-Duc de Luxembourg, dans la ville et fortereſſe de Luxembourg comme dans tout le reſte du Grand-Duché, l'adminiſtration de la juſtice, la perception des impoſitions et contributions de toute eſpece, ainſi que toute autre branche de l'adminiſtration civile reſtera excluſivement entre les mains des Employés de Sa Majeſté, et le Gou-

ausgerüſtet. Eben ſo ſoll es mit ihrer Verpflegung gehalten werden, wann die Feſtung nicht in Belagerungsſtand erklärt iſt. In dieſem Fall ſoll ſich die Beſatzung aus den Feſtungsmagazinen verpflegen und ihr Proviant ſoll nach den im vierzehnten Artikel feſtgeſetzten Grundſätzen ergänzt werden.

Art. VI. Da das landesherrliche Recht in ſeiner ganzen Fülle Seiner Majeſtät dem Könige der Niederlande, Großherzoge von Luxemburg, ſowohl in der Stadt und Feſtung Luxemburg als auch in dem ganzen übrigen Großherzogthum zuſteht, ſo verbleibt die Juſtizverwaltung, die Erhebung der Auflagen und Abgaben jeder Art, ſo wie jeder andre Zweig der Civilverwaltung ausſchließlich in den Händen der Beamten Seiner Majeſtät, und der Gouverneur und Kommandant ſollen

verneur et le Commandant leur prêteront ſecours et aſſiſtance en cas de beſoin. De l'autre côté, le Gouverneur ſera nanti de tous les pouvoirs néceſſaires pour lui aſſurer conformément à la reſponſabilité qui repoſe ſur lui, l'exercice libre et indépendant de ſes fonctions, et les autorités civiles et locales lui ſeront ſubordonnées pour tout ce qui concerne la défenſe de la place. Pour éviter néanmoins tout conflit entre l'autorité militaire et civile, Sa Majeſté le Roi des Pays-Bas, Grand-Duc de Luxembourg, nommera un commiſſaire ſpécial qui ſervira d'intermédiaire entre le Gouverneur et les autorités civiles, et recevra les directions du dit Gouverneur dans les affaires de police en tant qu'elles ſe lient aux rapports militaires et à la défenſe de la pla-

ihnen, im nöthigen Falle, Hülfe und Beyſtand leiſten. Andrer Seits wird dem Gouverneur alle nöthige Macht und Gewalt ertheilt, um in Gemäßheit der ihm auferlegten Verantwortlichkeit die freye und unabhängige Ausübung ſeiner Amtsverrichtungen zu ſichern. Die Civil- und Ortsobrigkeiten ſollen in allem, was die Vertheidigung des Platzes betrifft, ihm untergeordnet ſeyn. Um indeſſen allem Streit zwiſchen der Militär- und der Civilbehörde vorzubeugen, werden Seine Majeſtät der König der Niederlande, Großherzog von Luxemburg, einen Spezialkommiſſarium ernennen, welcher zwiſchen dem Gouverneur und den Civilbehörden als Mittelsmann dienen, und in den Polizeyangelegenheiten, ſofern ſie mit den Militärverhältniſſen und der Vertheidigung des Platzes verbunden ſind,

ce. Le Gouverneur pour le même objet, et toujours dans les limites qui viennent d'être énoncées, pourra déléguer de ſa part une perſonne à ſon choix, et les deux Employés formeront une commiſſion mixte. Mais en cas de guerre, ou ſi l'une ou l'autre des Monarchies de Pruſſe ou des Pays-Bas étoit menacée d'une guerre, et que la fortereſſe fût déclarée en état de ſiège, les pouvoirs du Gouverneur ſeront illimités, et n'auront d'autres bornes que la prudence, les uſages et le droit des gens. Si finalement la Diète de la Confédération germanique venoit à décider que les gouverneurs et commandans des fortereſſes de la Ligue devront être aſſermentés, le gouverneur et le commandant de la fortereſſe de Luxembourg prêteront le

die Anweiſungen vom beſagten Gouverneur erhalten ſoll. Der Gouverneur kann ſeiner Seits zu demſelben Behuf, und ſtets in den ſo eben angezeigten Grenzen jemanden wählen und abordnen; und dieſe beyden Beamten ſollen eine gemiſchte Kommiſſion bilden. Aber im Fall eines Krieges, oder wenn eine oder die andere beyder Monarchien, die preußiſche oder die niederländiſche, mit einem Kriege bedroht und die Feſtung in Belagerungsſtand erklärt würde, ſoll die Macht des Gouverneurs unumſchränkt ſeyn, und keine andere Grenzen kennen, als die Vorſicht, das Herkommen, und das Völkerrecht. Wenn endlich der deutſche Bundestag etwa entſcheiden ſollte, daß die Bundesfeſtungsgouverneurs und Kommandanten in Eyd und Pflicht genommen werden müßten, ſo ſollen

ſerment d'après la formule qui en ſera rédigée par la Diète.

Article ſeptième. La force de la garde bourgeoiſe de la ville de Luxembourg ſera, conformement à la loi du Royaume des Pays-Bas du vingt-Juin, Mil-huit-cent-quinze, dans la proportion de trois à cent, la population totale de la ville comptée, et elle ne pourra dans aucun cas et ſous aucune dénomination dépaſſer ce nombre. Elle ne montera la garde que lorsqu'il n'y aura pas de garniſon dans la place; et ſon ſervice lorsqu'elle ne ſera point appelée à prêter main forte à la défenſe de la fortereſſe, ſe bornera à maintenir le repos public et à garantir les poſſeſſions de ſes

der Gouverneur und der Kommandant der Feſtung Luxemburg den Eyd nach der von dem Bundestage entworfenen Formel leiſten.

Art. VII. Die Stärke der luxemburgſchen Bürgergarde ſoll in Gemäßheit des königl. niederländiſchen Geſetzes vom acht und zwanzigſten Juny eintauſend acht hundert und funfzehn, nach Abſchätzung der Totalbevölkerung der Stadt, im Verhältniſſe von drey zu hundert ſtehen, und ſie kann in keinem Fall, und unter keinerley Benennung, dieſe Zahl überſchreiten. Sie ſoll nur dann die Wache beziehen, wenn keine Militärbeſatzung in dem Orte liegt; wann ſie aber nicht aufgefordert wird, zur Vertheidigung der Feſtung hülfreiche Hand zu leiſten, ſoll ihr Dienſt, vorzüglich bey Feuersbrünſten,

concitoyens principalement en cas d'incendie. Toutes les fois qu'elle devra faire un pareil ou autre ſervice militaire quelconque, elle ſera ſoumiſe aux ordres du Gouverneur de la forteresſe, ſans le conſentement duquel elle ne pourra ſe raſſembler, ni pour l'exercice, ni pour le ſervice reel. La place de Luxembourg étant une forteresſe de la confédération germanique, les hautes parties placent en réſerve expresſe toutes les diſpoſitions dont la confédération conviendroit pour les gardes bourgeoiſes dans toutes les forteresſes de la Ligue, ſoit en général, ſoit en particulier relativement au ſerment qui ſeroit exigé d'elle.

Article huitième. Le cas de guerre échéant,

ſich auf die Erhaltung der öffentlichen Ruhe, und auf Sicherſtellung der Beſitzungen ihrer Mitbürger beſchränken. Jedesmahl daß ſie einen ſolchen oder jeden andern Militärdienſt verrichten muß, ſoll ſie den Befehlen des Feſtungsgouverneurs unterworfen ſeyn, und ſie kann, ohne deſſen Einwilligung, ſich weder zu den Militärübungen noch zum wirklichen Dienſt verſammeln. Da der Platz Luxemburg eine deutſche Bundesfeſtung iſt, ſo wollen die hohen kontrahirenden Theile alle Anordnungen und Verfügungen noch vorläufig ausſetzen, welche die Bundesverſammlung für die Bürgergarden in allen Bundesfeſtungen, es ſey überhaupt, oder insbeſondere in Bezug auf den von ihr zu verlangenden Eyd, treffen möchte.

Art. VIII. Im eintretenden Kriegsfalle, oder

ou la guerre devenant imminente, il réſulte du devoir et de la reſponſabilité du Gouverneur qu'il pourra exercer au dehors de la forteresſe, autant que les diſpoſitions militaires qu'il aura à faire, l'exigeront, les mêmes pouvoirs dont il eſt inveſti dans l'intérieur de la place. Si en tems de paix, il jugeoit néceſſaire d'ordonner des patrouilles ou de placer des avant-poſtes, ces trouppes ne pourront faire aucune réquiſition, ni être à la charge des habitans.

Article neuvième. La garniſon de la forteresſe qui ſera placée directement ſous les ordres du Gouverneur, conſiſtera en tems de paix en ſix-mille hommes; cependant Sa Majeſté le Roi de Pruſſe et Sa Majeſté le Roi de Pays-Bas, Grand-Duc

im Falle eines nahe bevorſtehenden Krieges, erfordert die Pflicht und Verantwortlichkeit des Gouverneurs, daß er, für die zu treffenden Militärverfügungen, außerhalb der Feſtung dieſelbe Macht und Gewalt ausübe, mit welcher er im Innern des Platzes verſehen iſt. Sollte er es in Friedenszeiten für nöthig halten, Patrouillen anzuordnen oder Vorpoſten auszuſtellen, ſo dürfen dieſe Truppen nicht das geringſte requiriren, noch den Einwohnern zur Laſt fallen.

Art. IX. Die Feſtungsbeſatzung, die unmittelbar unter den Befehlen des Gouverneurs zu ſtehen kommt, ſoll in Friedenszeiten aus ſechs tauſend Mann beſtehen. Indeſſen ſind Seine Majeſtät der König von Preußen und Seine Majeſtät der König der

de Luxembourg ſont convenus pour le moment, et auſſi longtems que les troupes alliées occuperont une partie de la France, de ſe borner à quatre-mille hommes ſeulement, dont trois-mille ſeront fournis par la Pruſſe et mille par les Pays-Bas.

Niederlande, Großherzog von Luxemburg, übereingekommen, für jetzt, und ſo lange die alliirten Truppen einen Theil Frankreichs beſetzt halten, Sich bloß und allein auf vier tauſend Mann zu beſchränken, wovon drey tauſend von Preußen und ein tauſend von den Niederlanden geſtellt werden.

Article dixième. Sa Majeſté le roi des Pays-Bas, Grand-Duc de Luxembourg conſent à ce que le Commandant de l'artillerie et celui du genie de la place ſoyent nommés par la Pruſſe, ſous la réſerve qu'Il nommera de ſon côté deux officiers de ces armes qui ſeront particulièrement reſponſables à Sa Majeſté. Les attributions de ces quatre officiers ſeront les ſuivantes: Le commandant de l'artillerie diſpoſera librement du

Art. X. Seine Majeſtät der König der Niederlande, Großherzog von Luxemburg, bewilligen, daß der Artilleriekommandant und der Kommandant des Ingenieurkorps in der Feſtung Luxemburg von Preußen ernennt werden, jedoch mit dem Vorbehalt, daß Sie Ihrer Seits zwey Officiere von derſelben Waffengattung ernennen werden, welche Seiner Majeſtät beſonders verantwortlich bleiben. Die Befugniſſe dieſer vier Officiere ſind folgende: Der Artillerie-

matériel, il en ordonnera la diſtribution en tems de paix et l'uſage en tems de guerre, bien entendu qu'aucune pièce ne pourra être ôtée de la forteresſe. Il ſera également chargé de veiller à ce que le matériel et les munitions ſoyent dans l'état ſtipulé par le traité. L'officier d'artillerie des Pays-Bas veillera à la conſervation et à l'entretien du matériel. Comme le nombre des bouches à feu, l'état des affûts et de tous les objets appartenans au matériel, ainſi que la quantité de munitions, ſeront déterminés à la ſuite des diſpoſitions de la préſente Convention, l'inventaire qui en ſera dreſſé ſervira de norme à ces deux officiers. L'officier au ſervice des Pays-Bas recevra les les états de changement et exercera le

kommandant hat die freye Diſpoſition über das Materiale. Er verfügt deſſen Vertheilung in Friedens- und deſſen Gebrauch in Kriegszeiten; nur verſteht ſich, daß kein Stück von der Feſtung abgenommen werden darf. Es liegt ihm ebenfalls ob, darauf zu ſehen, daß das Materiale und die Munitionen in dem durch den Traktat ſtipulirten Zuſtande ſich befinden. Der niederländiſche Artillerieofficier wacht über die Erhaltung und Unterhaltung des Materials. Da die Anzahl der Feuerſchlünde, der Zuſtand der Laffeten und aller zum Material gehörigen Gegenſtände, ſo wie die Quantität der Munitionen, nach den Beſtimmungen gegenwärtiger Konvention feſtgeſetzt werden ſollen, ſo ſoll das darüber aufgenommene Verzeichniß jenen beyden Officieren zur Norm dienen. Der in niederländiſchen Dienſten

contrôle des objets qui ſeront délivrés de l'arſenal et du magaſin par ordre du commandant de l'artillerie. Le commandant du génie et l'Ingénieur au ſervice des Pays-Bas partageront enſemble le ſoin de veiller à la conſervation des ouvrages, et conviendront d'un commun accord des réparations et nouvelles bâtiſſes qu'il ſera néceſſaire de faire. Mais, ces travaux une fois arrêtés, le commandant du génie en tracera ſeul le plan détaillé et en dirigera l'exécution. Si cependant on n'adoptoit point le mode établi dans les Pays-Bas qui eſt l'adjudication des travaux publics au rabais, l'Ingénieur de Pays-Bas devra concurir aux marchés qui ſeront conclus avec les entrepreneurs ou les ouvriers. Toutes les diſcuſſion qui

ſtehende Officier ſoll, von denen auf Befehl des Artilleriekommandanten aus dem Zeughauſe und aus dem Magazin abzuliefernden Gegenſtänden, Nachweiſungen und Verzeichniſſe erhalten, und über dieſelben Gegenſtände die Kontrolle führen. Der in niederländiſchen Dienſten ſtehende Kommandant des Ingenieurkorps und der Ingenieur, theilen beyde die Pflicht, auf Erhaltung der Werke zu ſehen, und verabreden gemeinſchaftlich, die nöthig befundenen Reparaturen und neuen Bauten. Sind aber dieſe Arbeiten einmahl beſtellt, ſo entwirft der Kommandant des Ingenieurkorps allein den umſtändlichen Plan dazu, und leitet die Ausführung. Wird indeſſen die in den Niederlanden übliche Verfahrungsart, nämlich der Zuſchlag der öffentlichen Arbeiten an den Mindeſtfordernden, nicht angenommen, ſo

pourroient s'élever, ſeront décidées par une commiſſion mixte ſous la direction du Gouverneur. Ces diſpoſitions relatives aux réparations et à l'entretien journalier des ouvrages ne dérogeront en rien aux ſtipulations de l'article treize qui ſe rapportent à un plan premier des ouvrages de fortification en général et à l'inſpection de ces travaux après qu'ils ſeront terminés.

muß der niederländiſche Ingenieur bey den mit den Unternehmern oder den Arbeitern abzuſchließenden Verträgen mit zugezogen werden. Alle etwa entſtehende Streitigkeiten ſollen, unter der Leitung des Gouverneurs, durch eine gemiſchte Kommiſſion entſchieden werden. Dieſe auf die Reparaturen und die fortlaufende Unterhaltung der Werke ſich beziehenden Verfügungen, ſollen den Beſtimmungen des dreyzehnten Artikels nicht den geringſten Abbruch thun, da dieſe lediglich auf einen erſten Plan der Feſtungswerke überhaupt, und auf die Aufſicht über dieſe Arbeiten, nach ihrer Vollendung, Bezug haben.

Article onzième. La partie Pruſſienne de la garniſon jouira du libre exercice de religion et la ville lui fournira, ſur la demande

Art. XI. Der preußiſche Theil der Beſatzung ſoll die freye Ausübung des Gottesdienſtes genießen, und die Stadt ihm auf Verlangen des

du Gouverneur, un local adapté à cet uſage.

Article douzième. Les hautes parties contractantes ayant jugé néceſſaire de mettre le Gouverneur de la place en état de renforcer, ſi les circonſtances l'exigeoient, ſans délai la garniſon, il ſera formée une milice de huit-mille hommes, ſavoir: ſix-mille, pour la Pruſſe, et deux-mille pour les Pays-Bas dans les arrondiſſemens des deux monarchies les plus rapprochés de la forteréſſe, pour que le Gouverneur puiſſe en diſpoſer à chaque inſtant. Cette milice ſera des deux côtés compoſée de gens propres aux combats, exercés et bien armés. Les deux-mille hommes à fournir par les Pays-Bas ſeront immédiatement mis à la diſpoſition du Gouverneur

Gouverneurs ein dazu ſchickliches Lokal anweiſen.

Art. XII. Da die hohen kontrahirenden Theile für nöthig gehalten haben, den Feſtungsgouverneur in Stand zu ſetzen, nach Erforderung der Umſtände die Beſatzung ohnverzüglich zu verſtärken, ſo ſoll in den der Feſtung zunächſt liegenden Bezirken beyder Monarchien eine Landmiliz von acht tauſend Mann gebildet werden, nämlich ſechs tauſend für Preußen und zwey tauſend für die Niederlande, damit der Gouverneur in jedem Augenblick darüber verfügen könne. Dieſe Miliz ſoll von beyden Seiten aus ſtreitbaren, geübten und bewaffneten Leuten beſtehen. Die von den Niederlanden zu ſtellenden zwey tauſend Mann, ſollen der Diſpoſition des Militärgouverneurs der Feſtung Luxemburg unmittelbar überlaſſen wer-

militaire de la forteresſe de Luxembourg dès que réquiſition en ſera faite par lui au Général au ſervice des Pays-Bas commandant dans le Grand-Duché de Luxembourg, lequel ſe trouvera muni à toutes les époques de l'ordre éventuel d'effectuer cette meſure.

Article treizième. On s'occupera inceſſamment du rétabliſſement entier et parfait des fortifications. Le Gouvernement Pruſſien et celui des Pays-Bas s'engagent à l'achever pendant le tems fixe par le traité de Paris du vingt Novembre, Mil-huit-cent-quinze, à l'occupation d'une partie de la France par les armées alliées. Après ce rétabliſſement on dreſſera un plan régulier pour aſſurer l'entretien des ouvrages. Les travaux arrê-

den, ſobald der in niederländiſchen Dienſten ſtehende, in dem Großherzogthum Luxemburg kommandirende General von ihm deßhalb requirirt worden. Gedachter General ſoll mit der eventuellen Ordre dieſe Maßregel zu bewerkſtelligen jederzeit verſehen ſeyn.

Art. XIII. Man wird ſich unverzüglich mit der gänzlichen und vollkommenen Wiederherſtellung der Feſtungswerke beſchäftigen. Die preußiſche und die niederländiſche Regierung verpflichten ſich, ſelbige innerhalb der Friſt zu beendigen, welche im Pariſer Traktat vom zwanzigſten November ein tauſend acht hundert und fünfzehn, für die Beſetzung eines Theils Frankreichs durch die alliirte Armee angenommen worden iſt. Nach dieſer Wiederherſtellung ſoll ein regelmäßi-

tés d'après ce plan et approuvés par les deux Gouvernemens, ſeront exécutés ſous la direction du Gouverneur à l'aide d'un commiſſaire de Sa Majeſté le Roi des Pays-Bas, Grand-Duc de Luxembourg. Les fonds néceſſaires pour des travaux ſeront remi à une commiſſion mixte placée ſous la direction du Gouverneur. La même commiſſion donnera également ſa décharge pour les ſommes employées aux dits travaux qui à la clôture des comptes de chaque année ſeront inſpectés par un officier Pruſſien et un officier des Pays-Bas.

Article quatorzième.

L'approviſionnement de

ger Plan entworfen werden, um die Unterhaltung der Feſtungswerke zu ſichern. Die nach dieſem Plan beſchloſſenen und von beyden Regierungen genehmigten Arbeiten, ſollen unter der Leitung des Gouverneurs mit Zuziehung eines Kommiſſärs Seiner Majeſtät des Königs der Niederlande, Großherzogs von Luxemburg, ausgeführt werden. Die zu dieſen Arbeiten nöthigen Gelder ſollen einer unter die Leitung des Gouverneurs geſtellten gemiſchten Kommiſſion ausgehändigt werden. Dieſelbe Kommiſſion ſoll gleichmäßig über die auf beſagte Arbeiten verwendeten Summen quittiren, und dieſe Arbeiten ſollen bey jedem jährlichen Rechnungsabſchluß von einem preußiſchen und von einem niederländiſchen Officier revidirt werden.

Art. XIV. Die zur Verpflegung und für die La-

la place relatif aux ſubſiſtances et aux hôſpitaux devra être aſſuré pour dix - mille hommes et pour une année. Mais afin de rendre cette charge moins onéreuſe en la diviſant et prenant en conſidération les années d'occupation d'une partie de la France, on ſe bornera pour le moment à aſſurer un approviſionnement pour ſix - mille hommes. On y ajoutera chaque année celui pour mille hommes en ſus, de façon qu'au bout de quatre ans l'approviſionnement pour dix - mille hommes ſera complet. L'approviſionnement en objets de munition de tout genre ſera proportionné à la grandeur de la place et au nombre de la garniſon en tems de guerre.

Article quinzième. Afin que le ſervice de

zarethe erforderliche Verproviantirung des Platzes muß für zehn tauſend Mann und auf ein Jahr geſichert werden. Aber um dieſe Laſt durch Theilung, und mit Rückſicht auf die Beſetzungszeit eines Theils Frankreichs zu erleichtern, wird man ſich vor der Hand darauf einſchränken, eine Verproviantirung für ſechs tauſend Mann zu ſichern. In jedem Jahre wird dieſe Verproviantirung für tauſend Mann erhöhet, ſo daß nach Verlauf von vier Jahren ſelbige für zehn tauſend Mann vollſtändig ſeyn wird. Die Verſorgung mit Munitionsgegenſtänden jeder Art, ſoll der Größe des Platzes, und der Stärke der Beſatzung in Kriegszeiten angemeſſen ſeyn.

Art. XV. Damit der Feſtungsdienſt durch den

la place ne puiſſe jamais être interrompu par le manque des fonds néceſſaires, il ſera créé un fonds de dotation qui ſera fourni annuellement, et ſur lequel il ſera établi une comptabilité exacte, pour qu'à la fin de chaque année, il en ſoit rendu compte aux deux Gouvernemens. Ce fonds ſervira également au payement des ſalaires des Employés qui, tels que les Inſpecteurs des Magazins, des remparts et autres employés, n'appartiennent pas proprement à la garniſon, mais à la forteresse même, ainſi qu'à couvrir les frais de bureau et autres dépenſes de ce genre.

Article ſeizième. La place de Luxembourg étant fortereſſe de la conféderation germanique, et les gouvernemens de Pruſſe et des

Mangel an den nöthigen Fonds niemahls unterbrochen werden könne, ſoll ein jährlich zu erlegender Dotationsfonds errichtet, darüber eine genaue Verrechnung gehalten, und am Ende eines jeden Jahrs beyden Regierungen Rechenſchaft abgelegt werden. Dieſer Fonds dient zugleich zur Gehaltszahlung derjenigen Beamten, welche wie z. B. die Magazin- und Wallinſpektoren und andre, eigentlich nicht zur Beſatzung, ſondern zur Feſtung ſelbſt gehören; imgleichen zur Beſtreitung der Bureaukoſten und ähnlichen andern Ausgaben.

Art. XVI. Da der Platz Luxemburg eine deutſche Bundesfeſtung iſt, und folglich den preußiſchen und niederländiſchen Regierungen nicht die

Pays-Bas ne pouvant en conſéquence être cenſés avoir l'obligation de l'entretenir excluſivement à leurs frais pour la défenſe commune, la queſtion de ſon entretien, ſous les modifications ſpecifiées dans les articles précédens, eſt expreſſement réſervée aux diſcuſſions de la Diète.

Article dixſeptième.
Le ſervice des douanes reſpectives ne pourra point être troublé ou interrompu par les paſſages des troupes. Les effets d'équipement et d'habillement, ainſi que les autres objets néceſſaires à la garniſon pruſſienne de la forteresse de Luxembourg, ou appartenant aux troupes en marche seront libres de tout droit d'entrée et de ſortie, mais il devra être dûment conſtaté

Verbindlichkeit zugemuthet werden kann, ſie zur allgemeinen Vertheidigung ausſchließlich auf ihre Koſten zu unterhalten, ſo wird die Entſcheidung der Frage, ihren Unterhalt betreffend, unter den in den vorhergehenden Artikeln ſpezificirten Modifikationen den Verhandlungen des Bundestages ausdrücklich vorbehalten.

Art. XVII. Der desp. Zolldienſt darf nicht durch Truppendurchzüge geſtört oder unterbrochen werden. Die Equipirungsſtücke, ſo wie die übrigen der preußiſchen Beſatzung der Feſtung Luxemburg nöthigen oder den durchziehenden Truppen zugehörigen Gegenſtände ſollen von aller Ein- und Ausfuhrabgabe frey ſeyn; es muß aber durch die kompetenten Behörden gehörig beglaubigt werden, daß ſie beſagtem Gebrauch gewidmet ſind

par les autorités compétentes qu'ils ſont deſtinés au dit uſage, ou qu'ils forment la propriété des dites troupes.

oder daß ſie das Eigenthum gedachter Truppen ausmachen.

Article dishuitième.

La partie pruſſienne de la garniſon jouira de la franchiſe du port de lettres ſur les routes de Trèves et de Sarrebruck. Quant aux taxes de barrières ſur les routes du Grand Duché de Luxembourg qui ſont barrière de l'État, et non propriété communale ou particulière, les militaires pruſſiens appartenans à la garniſon de la place jouiront des mêmes avantages que ceux des Pays-Bas, et ſeront à une diſtance de quatre lieues autour de la place, toujours cenſés être en ſervice, lorsqu'ils ſe préſenteront en uniforme.

Art XVIII. Der preuſſiſche Theil der Beſatzung ſoll auf den trierſchen und ſaarbrückſchen Poſtrouten die Portofreyheit genießen. Was die Sperrgelder auf den großherzoglich-luxemburgiſchen Heerſtraßen betrifft, ſo ſollen bey den Barrieren, welche dem Staat gehören, und nicht Kommunal- oder Privateigenthum ſind, die Militärperſonen von der preuſſiſchen Beſatzung dieſelben Vortheile genießen als die niederländiſchen, und in einer Entfernung von vier Meilen um den Platz, wann ſie ſich in Uniform zeigen, immer ſo angeſehen werden, als wären ſie im Dienſt.

Article dixneuvième.

Les hautes parties con-

Art. XIX. Die hohen kontrahirenden Theile der

tractantes ſe réſervent de conclure inceſſamment et au plus tard dans le terme de trois mois, à compter du jour de la ratification du préſent traité, une convention ſéparée relativement aux routes militaires par leurs Etats reſpectifs. En attendant Elles conſentent proviſoirement que les troupes pruſſiennes allant à Luxembourg, ou venant de cette forteresſe, ainſi que celles qui appartiennent, ou qui ſont deſtinées au corps d'armée ſtationné en France, ſe ſervent de la route militaire exiſtante actuellement de Grevemachern à Luxembourg et de là vers les frontières de la France, et que les recrues ſuiſſes et allemandes deſtinées aux bataillons à la ſolde du Royaume des Pays-bas prennent la route de Coblence à Liège et

halten ſich vor, unverzüglich und ſpäteſtens in drey monathlicher Friſt, vom Tage der Ratifikation gegenwärtigen Traktats angerechnet, über die Militärſtraßen in ihren reſp. Staaten eine Separatkonvention abzuſchließen. Unterdeſſen bewilligen ſie proviſoriſch, daß die nach Luxemburg gehenden oder von dieſer Feſtung kommenden Preuſſiſchen Truppen, imgleichen diejenigen Truppen, welche zu dem in Frankreich ſtationirten Armeekorps gehören, oder zu demſelben beſtimmt ſind, der von Grevemachern aus nach Luxemburg und von dort nach den franzöſiſchen Grenzen gegenwärtig beſtehenden Militärſtraße ſich bedienen, und daß die für die Bataillone im Solde des Königreichs der Niederlande beſtimmten ſchweizeriſchen und deutſchen Rekruten die Straße von Koblenz nach Lüttich und Maſtricht

Maſtricht. Tout ce qui a rapport aux prix et au payement des fournitures qui devront être faites à ces troupes recevra plus tard l'application des diſpoſitions et conditions de la convention future qui aura à cet égard un effet rétroactif.

Article vingtième. Le traité conclu avec Sa Majeſté le Roi des Pays-Bas, Grand Duc de Luxembourg à Vienne le trente-un Mai Mil-huit-cent-quinze, ainſi que tous les articles de l'acte du congrès de neuf Juin Mil-huit-cent-quinze qui concernent les intérets de Sa Majeſté, ou qui ont été ſtipulés avec Elle, ſont confirmés dans tous les points, et toutes les diſpoſitions qui n'ont pas

einſchlagen. Alles dasjenige, was auf die Preiſe und auf die Bezahlung der dieſen Truppen zu leiſtenden Lieferungen Bezug hat, ſoll die Anwendung der Beſtimmungen und Bedingungen der künftigen Konvention erhalten, und ſelbige eine zurückwirkende Kraft in dieſer Hinſicht haben.

Art. XX. Der mit Seiner Majeſtät dem Könige der Niederlande, Großherzog von Luxemburg, zu Wien am ein und dreyßigſten May ein tauſend acht hundert und funfzehn abgeſchloſſene Traktat, imgleichen alle das Intereſſe Seiner Majeſtät betreffende oder mit Ihnen ſtipulirte Artikel der Wiener Kongreßakte vom neunten Juny ein tauſend acht hundert und funfzehn, werden in allen den Punkten und in allen den Beſtimmungen, welche durch gegenwärtige Konvention

Digitized by Google

été expreſſement changées par la préſente convention.

Article vingt-et-unième. La préſente convention ſera ratifiée et les actes de ratification en ſeront échangés dans le terme de deux mois, ou plutôt ſi faire ſe peut. En foi de quoi les Plénipotentiaires reſpectifs l'ont ſignée et y ont apposé le cachet de leurs armes. Fait à Francfort-ſur-le-Mein, ce huit Novembre, l'an de grâce Mil-huit-cent-ſeize.

(L. S.) Le Baron de Humboldt.

(L. S.) Le Baron de Gagern.

nicht ausdrücklich abgeändert worden ſind, beſtätiget.

Art. XXI. Gegenwärtige Konvention ſoll ratifiziert, und die Ratifikationsurkunden innerhalb zweyer Monathen, oder früher, wenn es geſchehen kann, ausgewechſelt werden. Zu deſſen Urkund haben die reſp. Bevollmächtigten ſelbige unterzeichnet und mit ihrem Wappenſiegel verſehen. Geſchehen zu Frankfurt am Mayn, den achten November, im Jahre Chriſti ein tauſend acht hundert ſechzehn.

(L. S.) Baron v. Humboldt.

(L. S.) Baron v. Gagern.

III.

Ueberſicht
der wichtigſten Verhandlungen und Beſchlüſſe der Nationalrepräſentationen von Frankreich und Großbritannien.
(Fortſetzung.)

Ueberſicht
der Verhandlungen und Beſchlüſſe, der letzten franzöſiſchen Nationalrepräſentation, in Betreff des neuen Wahlgeſetzes, und der Ausnahmegeſetze.
(Beſchluß.)

In einer der folgenden Sitzungen, ſprach für das neue Wahlgeſetz, der Miniſter der auswärtigen Angelegenheiten, H. von Pasquier, ſich beſonders zu zeigen bemühend, daß daſſelbe mit der Konſtitutions-urkunde nicht in Widerſpruch trete; und dabey vornehmlich den, mehrmahls angeführten, vierzigſten Paragraphen berückſichtigend, behauptete er: „daß darin nicht beſtimmt ſey: alle, welche deſſen Bedingungen erfüllten, müßten auch direkte Wähler ſeyn;

ſondern daß darin bloß angedeutet werde, in welcher Klaſſe der Bürger „man die Wähler zu ſuchen habe. Die Uebertragung des Rechts, Kandidaten zu wählen, auf die Arrondiſſementskollegien,“ fügte er hinzu, „ſey kein Werk der Lüge, wie H. Royer-Collard behauptet habe; man erkenne ja dadurch die Rechte der Arrondiſſementswähler an, nur in geringerer Ausdehnung. Eben ſo ungegründet wäre die Furcht, vor dem Wiederaufleben einer Ariſtokratie, oder gar einer Oligarchie in Frankreich. Achtzehn bis zwanzig tauſend Franzoſen, denen das direkte Wahlrecht (im zweyten Grade) anvertraut würde, bildeten keine Oligarchie, und um eine Ariſtokratie zu bilden, müßten ſie eine Gewalt beſitzen, und zwar eine erbliche (?), und außerdem Reichthum, das erſte ariſtokratiſche Element.“ — Er war der Meynung: daß „in dieſer Hinſicht die Kaufleute und Manufakturiſten ehr eine Ariſtokratie bildeten, als die Adlichen, die durch Theilung der Güter ſehr verarmt wären.“ Er ermahnte: „doch aufzuhören, immer von willkürlicher Gewalt, unumſchränkter Regierung ꝛc. zu ſprechen; ohnehin zeige die Jugend Hang zur Revolution, und ſcheine zu ihren Vätern zu ſagen: „Wir werden ſie beſſer machen als ihr!““ Ueber die Kandidatur, äußerte er, daß „ſie Vortheile darbiete, die man noch gar nicht gewürdigt;“ begnügte ſich jedoch nur den Umſtand als einen ſolchen anzuführen: daß „ſie die in den Arrondiſſements verborgenen, würdigen Männer zur Kenntniß der Nation und Regierung brächte.“ Er ſchloß ſeine Rede mit den Worten: „Wenn man das Wahlgeſetz vom 5. Febr. fortbeſtehn laſſen will; ſo wird man wirklich das Privilegium,

Digitized by Google

in dieſer Kammer, Platz greifen ſehn. Aber welches Privilegium? Das der Anhänger einer deſpotiſchen Freyheit, die, in ihrem revolutionären Fieber, bald die Reihe unſerer Unfälle wieder von Vorn anfangen würden!" —

Nach dem Miniſter trat H. v. Corcelles, als Gegner des neuen Wahlgeſetzes, auf; aus deſſen pathetiſcher Deklamation wir jedoch nur folgendes ausheben. Zuvörderſt warf er den Miniſtern vor, daß ſie „das Konſtitutionelle der franzöſiſchen Geſetze überhaupt, über den Haufen werfen wollten. In Lyon," führte er zum Beweiſe an, „wären, vor Kurzen, die zahlreichen Freunde der Konſtitution ungeſtraft beleidigt worden; in den Straßen von Paris dürfe man öffentlich rufen: nieder mit den Liberalen! Nieder mit den Deputirten der linken Seite! Und die Zenſur verhindere die Freunde der Verfaſſung, in öffentlichen Blättern, die Kammer auf dieſe frechen Angriffe aufmerkſam zu machen. In Grenoble ſey kürzlich der Herzog von Angoulême mit dem aufrichtigen Zurufe empfangen: es lebe der König! Es lebe die Konſtitution! Dieß habe einem Theile des Gefolges des Herzogs und dem Präfekt mißfallen; darum wären mehrere angeſehene Bürger, welche ſo gerufen hätten, arretirt; darum hätte die Gensd'armerie Befehl erhalten, mit dem Säbel in der Fauſt, die Bürger zu verfolgen, die ſo rufen würden; darum habe der Präfekt des Departements einem Polizeykommiſſar ſeine Schärpe abgeriſſen, und ihn abſetzen laſſen; weil er ſeinen Unwillen, über den Zuruf: es lebe die Konſtitution! nicht getheilt habe. So beweiſen uns die Miniſter ihre

Achtung vor der Konſtitution,“ fuhr der Redner dann fort. „Ein Miniſter, welcher lange Zeit gewohnt war, ſich in den engen Schranken einer feilen Polizey zu halten“ (H. Pasquier war bekanntlich, unter Bonapartes Regierung, Polizeypräfekt von Paris) „konnte ſich freylich nicht auf die Höhe eines großen Nationalſinns erheben, und wagte es, dieſe Nation eine Partey zu nennen. Sie ſprachen immer von der Revolution! Aber die Revolution, das Werk der fortſchreitenden Aufklärung, trat 1789 ein; vergebens wollte man ſie bekämpfen; die Völker nahmen ſie an; — ſie iſt vollbracht. Was Frankreich jetzt fürchtet iſt die Gegenrevolution; die man dadurch zu bewirken ſucht, daß man dieſe Sitze hier, die Frankreichs Vertheidigern beſtimmt ſind, einer neuen Ariſtokratie einräumen will; nicht etwa der kaiſerlichen — die ſteht in demüthiger Entfernung, hat mit Exil, mit Verachtung zu kämpfen, nähert ſich nur mit gebogenen Knien; — ſondern der, die ſich nicht ſcheuet, kühn zu behaupten, daß die Bajonette der Fremden ſie ſtützen! — Dieſer Ariſtokratie ſollen wir eine doppelte Repräſentation bewilligen; ſollen wir, wenn ſich auch alles umkehren möchte, die Majorität, in dieſer Kammer verſchaffen; damit dieſes letzte Aſyl der Rechte, Freyheiten und Geſetze Frankreichs das Rüſthaus der wiederhergeſtellten Oligarchie werde.“ In dieſem Tone deklamirte der Redner noch eine Zeitlang fort, und ſchloß mit den Worten: „die Willkür ſteht an den Pforten; der Schrecken unter dem häuslichen Dache; Kategorien und Prevotalhöfe, die Henkerskarren und blutige Telegraphen ſind im Anzuge! Drum ſoll ein Zuruf, aus dieſem Saale, ausgehn, und alle Franzoſen

vereinigen! Abgeordnete, Obrigkeiten, Bürger, Soldaten, Ihr habt alle geſchworen, die Konſtitution zu erhalten und zu ſchützen; man will ſie antaſten; wehe den Verräthern! Ich ſtimme gegen das Geſetz; weil es verfaſſungswidrig, unzuläſſig und der Berathung unwerth iſt."

Ein andrer liberaler Deputirter, namens Guirrard, begann ſeinen Vortrag mit der feyerlichen Phraſe: „der Augenblick iſt gekommen, wo alles zu ſagen, uns dringende Pflicht, und vielleicht die letzte iſt, die man uns zu erfüllen erlaubt;" und nachdem er dadurch eine tiefe Stille veranlaßt, fuhr er fort: „Als, im vorigen September, die Wahlkollegien zuſammen traten, genoß ganz Frankreich einer tiefen Ruhe; es war zufrieden, trotz mancher, durch die Zeitumſtände, über die Induſtrie aller Völker verhängten Klemme, und wünſchte nichts, als die Begründung der Konſtitutionen, die ihm noch mangelten, und die ihm der König, in der Eröffnungsrede der Kammern, feyerlich zugeſagt hatte. Dadurch war die Bahn vorgezeichnet, welcher das Miniſterium zu folgen hatte. Was that aber das Miniſterium? Kaum hatte es das Reſultat der neuen Wahlen erfahren, als es aus Furcht, es möchte ihm die Majorität in der Kammer entſchlüpfen, auf Abänderung des Wahlgeſetzes, vom 5. Febr. und mehrere Paragraphen der Konſtitutionsurkunde, die damit in Verbindung ſtehn, dachte. Zu dem Ende verbreitete es, in ſeinen Zeitungen, die Lehre von Fundamental- und Reglementarparagraphen der Konſtitutionsurkunde, wovon die letztern abgeändert werden könnten. Die Nation, beſor-

gend, daß dieſe Abänderungen ſich nach und nach, auf Paragraphen ausdehnen möchten, welche der Nation theuer, dem Miniſterium aber läſtig wären, gerieth in Unruhe; und dieſe Unruhe erreichte den höchſten Grad, als die Petitionen von 80 000 Bürgern, um Beybehaltung des Wahlgeſetzes, als aufrühreriſch, durch die Tagsordnung verworfen wurden. Drey Monathe vergingen, ſeit Eröffnung der Kammern, und der 13. Februar" (der Ermordungstag des Herzogs von Berry) „fand das Miniſterium noch unentſchloſſen. Nun erſt ſchöpfte es — allein in ganz Frankreich, — Muth, aus dem ſchrecklichen Ereigniſſe. Binnen vier und zwanzig Stunden, entwirft es einen neuen Wahlkodex; entwirft zwey Geſetze, gegen unſere Freyheiten, und, den Nationalſchmerz auf andere Gegenſtände lenkend, legt es die drey Entwürfe ſchon am 15. der Kammer, mit einer Einleitungsrede, vor; die, ihres Mangels an Zuſammenhang, und ihrer Abgeſchmacktheit wegen, der Kammer gar nicht hätte vorgeleſen werden ſollen. Die beyden Geſetze, welche die Preßfreyheit und die perſönliche Freyheit beſchränken, werden angenommen; man ſagte ja der Kammer: es gälte den Thron und die Freyheit! Aber das Miniſterium ſieht ſich in ſeiner Erwartung getäuſcht; es hoffte Furcht einzuflößen; was es einflößt iſt nicht Furcht; — und der ganze Lerm läuft auf die Verfolgung einiger Schriftſteller, Buchhändler und der Unterzeichner der Nationalſubſkription heraus. Dann kömmt die Reihe, an das neue Wahlgeſetz, an dieß Kind ſo vieler Väter, und doch todt geboren. — Es wird, von der Kommiſſion, als inkonſtitutionell und unausführbar, ver-

worfen, und durch ein neues erſetzt; eine armſelige Parodie, eines, aus den kaiſerlichen Archiven ausgeſcharrten Wahlſyſtems *): dieſes hat Stumme gegeben; von jenem hofft man, daß es Echos geben wird. Das iſt die Geſchichte des Miniſteriums, ſeit acht Monathen." — Wir übergehn die fernere Deklamation, gegen die Miniſter, und das neue Wahlgeſetz, — auf welches er, gegen das Ende ſeiner Rede erſt kömmt; — da ſie nichts Neues enthält und nichts Eigenthümliches hat. Doch theilen wir, in Hinſicht auf letzteres, den Schluß derſelben noch mit. „Soll ich ſagen," ſo lautet er, „was mich, an dieſem Vorſchlage, am meiſten empört? Es iſt die ewige Wandelbarkeit des Miniſteriums; wovon derſelbe ein neuer Beweis iſt; es iſt der Leichtſinn, mit welchem es mit den Geſetzen und mit der Konſtitutionsurkunde ſpielt. Heute angreifen, was

*) Die Idee, von Arrondiſſements- und Departementswahlkollegien; ſo wie von der Wahl von Kandidaten, anſtatt von Wählern, in dem neuen Wahlgeſetze, ſind allerdings aus dem Wahlgeſetze Bonapartes entlehnt. Doch iſt, in den nähern Beſtimmungen, in ſofern eine Verſchiedenheit, als, nach dem Bonaparteſchen Wahlgeſetze, die Wähler der Arrondiſſements, aus ſämmtlichen Bürgern, ohne Rückſicht auf ihr Vermögen, und die Wähler der Departemente, aus den 600 am höchſten beſteuerten Bürgern genommen werden konnten und mußten, und daß beyde Kollegien nicht Deputirte, ſondern nur Kandidaten wählten; aus welchen dann der Erhaltungsſenat die Deputirten, oder, wie ſie damahls hießen, Mitglieder des geſetzgebenden Korps (Corps legislativ) ernannte. Uebrigens durfte, in dem geſetzgebenden Korps, die ihm vorgelegten Geſetzesentwürfe nicht debattirt; ſondern nur, durch Abgebung weißer oder ſchwarzer Kugeln, darüber abgeſtimmt werden. Hierauf geht die nachfolgende Anſpielung.

es vor einigen Monathen vertheidigte; die Freyheiten zurück nehmen, in deren Genuß wir kaum geſetzt worden, und Geſetze verweigern, die man uns, in der Rede vom Throne, aufs Neue verſprochen hatte; unaufhörlich die Konſtitutionsurkunde verbeſſern wollen; laut ausrufen: daß die Konſtitutionsurkunde verbeſſern, nicht heiße, ſie verletzen; — ſo daß man uns bald ſagen wird: ſie ganz neu machen, heiße ſie befeſtigen; das alles iſt den Miniſtern nur ein Spiel. Dieß Spiel aber iſt ein grauſames; es zerſtört allen Gemeingeiſt, allen ſozialen Biederſinn, die Dauer unſerer Inſtitutionen und des Throns; ja — ich ſage es mit der innigſten Ueberzeugung — ſelbſt die Ehre, die der unterſcheidende Charakter der Nation iſt." —

Dieſe Rede wurde oft durch die Beyfallsbezeigungen ſeiner Partey unterbrochen, und als der Redner von der Tribune herabſtieg, eilte man ihm entgegen, um ihn glückwünſchend zu begrüßen. Die beyden folgenden Deputirten, die gegen das Wahlgeſetz ſprachen, Courvoiſier und St. Aulair, Schwiegervater des Exminiſters Decazes, urgirten hauptſächlich die Vorwürfe: daß es die Konſtitutionsurkunde verletze, und eine überwiegende Ariſtokratie begründen werde; wogegen der Miniſter Pasquier, aufs Neue, es vertheidigend, verſicherte: es bezwecke und bewirke nur die Wiederherſtellung des geſtörten Gleichgewichts, zwiſchen der Ariſtokratie und Demokratie, der Regierung und der Freyheit; und die Erhaltung einer jeden, in den Schranken, die ihr zur Fortdauer nöthig wären. Dieß hielt indeſſen ſeinen Nachfolger, Benjamin Con-

ſtant, nicht ab, den Geſichtspunkt, daß das neue Wahlgeſetz, „bloß im Intereſſe einer Partey, welche eine neue Ariſtokratie begründen, und dieſer die Herrſchaft übergeben wolle" gegeben ſey, wieder aufzufaſſen, und einen ausführlichen Beweis, dieſer Behauptung, zu unternehmen. „So lange die Wahlen," ſagte er unter andern, „von der Mehrheit der Wähler geſchehen, werden ſie nie zu Gunſten dieſer Partey ausfallen; ſie muß deßhalb dahin trachten, daß die Wahl in die Hände der Minorität komme; und hiebey muß ſie wieder dafür ſorgen, daß dieſe Minorität ſo klein als möglich, und ſo gut ausgeſucht als möglich ſey. Das iſt es, was das neue Wahlgeſetz eigentlich zum Zwecke hat." Der Redner widerlegte dann die Behauptung: daß, unter den am höchſten Beſteuerten, wenige Altadliche wären; weil dieſe, durch die Revolution alles verloren hätten; ſich auf eine, „unter dem Kaiſerreiche erſchienene, Statiſtik" beziehend; welche „beweiſe, daß drey Viertel, der höchſt Beſteuerten, damahls ſchon aus jener Kaſte geweſen wären. Sie habe ſich, unter dem Kaiſer bereichert, und es auch verdient; denn ſie habe ihm mehr Eifer und Ergebenheit bezeigt, als die Maſſe der Plebejer; ſie habe ihm, in einträglichen Plätzen, um ſeine Perſon, in ſeinem Hauſe, gedient; während die Plebejer Frankreich nur in Lägern gedient." (Hier zeigte ſich eine große Bewegung, auf der rechten Seite. Der Redner ließ ſich dadurch nicht irre machen; ſondern fuhr fort:) „das war eine der Schwächen des außerordentlichen Mannes, daß er nach der Gunſt jener Kaſte ſtrebte; ihn reizte das Verdienſt beſiegter Schwierigkeit. Die Kaſte erhielt auf dieſe Art, nicht nur Gunſtbezeugungen, ſondern

auch, was ſie Reſtitutionen nennt, und bereichert ſich ſolcher Geſtalt, auf doppelte Art. So iſt es geſchehen, daß die Leute, die Anfangs die Revolution zu Grunde richtete, mit wenigen Ausnahmen, unſere reichen Leute ſind. — Nennen Sie nur einen Einzigen, von den vormahls Privilegirten, der ſich in einem Zuſtande von Entblößung befände, wie 20,000 Officiere der alten Armee; von denen die meiſten zu den mühſeligſten Handwerken verdammt, die Zeichen ihres Ruhms, mit edler Scham, unter dem zerriſſenen Rocke verbergen." — (Heftige Bewegung) „Alſo wird die alte Ariſtokratie in die Departementskollegien der Höchſtbeſteuerten bringen, und, an ihrer Seite, ein Haufen bürgerlicher Neureicher; die, durch die Liebkoſungen jener geſchmeichelt, ſo manche Demüthigungen verſchmerzen, und es für Schuldigkeit halten, die Sache der Ariſtokratie zu vertheidigen, bis ſie dann, ſtark genug geworden, um ohne Stütze zu gehen, ſich mit Manier und Anſtand, der unbequemen Bundesgenoſſen entledigen wird; die ſie ſtets nur als Eindringlinge betrachtet hat. — Ein Wahlgeſetz, durch welches möglich wird, daß der Mann eines ganzen Departements — denn je populärer Einer iſt, um ſo mehr werden mehrere Arrondiſſements ihn zugleich wählen, — durch den Mann der ariſtokratiſchen Minorität, im Departemente, verdrängt werden kann, iſt die gröbſte Beleidigung für die Nation; und es iſt Verblendung zu glauben, daß dieſe ruhig zuſehen würde, wie man ihr ihre theuerſten Rechte aus der Taſche ſpielt. Ein ſolches Syſtem iſt eine wahre Auflehnung des Vorrechts gegen das Recht." Der Redner geht nun in eine weitere Schilderung dieſes Syſtems und ſeiner

Digitized by Google

Wirkungen ein; welche letzteren er, gegen das Ende ſeines Vortrags, dahin zuſammen faßt: „es würde, durch die, vermittelſt dieſes Wahlgeſetzes zu bildende Ariſtokratie, die Freyheit, die Nation, der König ſelbſt, unter das Joch einer venetianiſchen Oligarchie gebeugt werden;“ und nachdem er dieſe Ariſtokratie, als eine „nicht glänzend kriegeriſche, ſondern welke und ſchlaue“ geſchildert, bey der die Heldenthaten ihre Argliſt, und die Tapferkeit die Chikane erſetzen würden,“ ſchloß er mit den Worten: „ich ſah eine unruhige, übel konſtituirte Republik; aber ſie fiel weniger durch ihre Gebrechen, als durch die Wuth der Menſchen, welche republikaniſcher ſeyn wollten, als die Republik. Alles iſt für die Monarchie von Menſchen zu fürchten, die royaliſtiſcher ſeyn wollen, als die Konſtitution und der König. Die Republik fiel, durch die Jakobiner der Republik; — die Jakobiner des Königthums werden das Königthum ſtürzen.“ —

Im ähnlichen Geiſte ſprach der bekannte Deputirte *Vignon*, gegen das Geſetz, dieſelbe Tendenz bey ihm vorausſetzend. „Obgleich unter aller Ariſtokratie,“ ſagte er unter andern, „die Feudalariſtokratie die verhaßteſte iſt, weil ſie, an den Boden geknüpft, von phyſiſcher Gewalt ausging, und obgleich die Ariſtokratien der Induſtrie und der Magiſtratur, ihren Quellen nach, reiner und edler ſind; ſo wollen wir doch weder die eine noch die andere, ſobald es ſich darum handelt, mit ihr ein Privilegium zu verbinden. Konſequenter als andere Völker, obgleich ein weſentlich induſtriöſes Volk, die Herrſchaft, unter dem Namen des *Seidenadels*, des *Wollen-*

adels, des Bankadels — wie die Oligarchie in Florenz — ſo wenig an uns reißen, als wir geſtatten wollen, daß der Territorialadel und der Landjunker ſie an ſich reißen. Wir haben genug, an der Ariſtokratie, welche die Konſtitutionsurkunde uns gegeben hat; indem ſie 300 Fr. fordert, um Wähler, und 1000 Fr., um wählbar zu ſeyn." Er behauptete geradezu: daß man „einen miniſteriellen, oder oligarchiſchen Despotismus, unter der Hülle repräſentativer Formen, einführen wolle", und apoſtrophirte darüber folgendermaßen die Verſammlung: „Wollen Sie den Despotismus? Haben Sie Muth, ihn zu nehmen? Mir iſt ein recht offner, baarer Despotismus lieber, als einer, der unter der Larve der Freyheit einher ſchleicht. Nehmen Sie den Despotismus! Aber nehmen Sie ihn, mit allen ſeinen Laſten und Gefahren; ſo wie er zu Algier beſteht, und noch vor Kurzen zu Madrid beſtand; nur verlangen Sie nicht, daß die Nation Ihnen die Hände dazu bieten ſolle, und, wenn Sie der Nation das Wahlrecht genommen, und einen politiſchen Oſtracismus eingeführt haben; ſo hören Sie wenigſtens auf, ihr zu ſagen: daß ſie noch repräſentirt ſey; ſie wird es Ihnen doch nicht glauben!"

Dieſe nachtheiligen Schilderungen, und Unheil verkündenden Darſtellungen ſuchte ein Redner der Regierung, der Staatsrath und königliche Kommiſſär Cuvier, in der Sitzung am 25. May, auf folgende eigenthümliche Weiſe zu entkräften: „die großen Gutsbeſitzer, woraus die Departementalkollegien beſtehn würden," ſagte er, „würden durch ihre Stimmen immer die Majorität ausdrücken. Der

Wille der großen Mehrheit der Franzoſen äußere ſich von allen Seiten; er gehe auf ein Miniſterium in Harmonie mit der Kammer, auf eine Kammer in Harmonie mit der Nation, auf individuelle Freyheit; er gehe dahin, daß die individuelle Freyheit, durch Geſetze geſichert ſey, und daß Frechheit und Verbrechen, nicht jeden Augenblick in die Nothwendigkeit verſetze, den gefährlichen Beyſtand der Willkür aufzurufen; er gehe dahin, daß das Genie, frey und ungehindert ſeinen Eingebungen ſich überlaſſen könne, und daß nicht Verläumdung und Verhöhnung des Heiligſten die Nation um die Preßfreyheit bringe, ſo oft ſie in Begriff ſey, ſie zu genießen. Der Wille der Mehrheit gehe vor Allem dahin, eine befeſtigte Regierung, einen nicht ſtreitig gemachten Thron, — dieß einzige Palladium für alle rechtlich geſinnte Menſchen, dieſe einzige wünſchenswerthe Garantie, der Ruhe im Innern und des Friedens, im Aeußern — zu haben. Alle Wahlen, ſie möchten von der Geſammtzahl, oder einem Fünftheil der Wähler vollzogen werden, würden dieſen Willen der großen Mehrheit der Nation ausdrücken; und, wenn ſie anders ausfallen ſollten; ſo könnten ſie zwar der Ausdruck der Abſtimmung, aber nicht des Willens ſeyn. Niemand würde an der Zweckmäßigkeit des vorgeſchlagenen Geſetzes zweifeln" ſagte er ferner, die gutgemeinte Abſicht, die Parteyen zu vereinigen, unverkennbar zu Tage legend, „wenn wir nicht, durch eine frühere unglückliche Zeit, uns gefeſſelt fühlten. Um die Schwierigkeit, ſo viel als möglich zu heben, möchte ich davon abſtrahiren, und ſprechen, als ob es keine alte Regierung, keine erblichen Privilegien 2c. gege-

ben hätte. Man hat viel von Ariſtokratie und Oligarchie geſprochen; dieſe Worte waren ehemahls furchtbar; ſie konnten ein Todesurtheil werden; noch haben ſie, für manche Gemüther, eine Art von Zauberkraft. Die meiſten unſerer Gegner haben indeſſen zugeſtanden, daß der vorliegende Geſetzesentwurf weder die eine noch die andere hervor rufe. Die Oligarchie würde, wenn ſie möglich wäre, ſchon in dem beſtehenden Geſetze liegen, das, unter 30,000 000 Franzoſen, 90,000 begünſtigt. Eben ſo wenig iſt einzuſehn, wie eine Ariſtokratie ſich bilden könnte; da ihre Mitglieder unaufhörlich, nach Maßgabe der Veränderungen des Vermögenszuſtandes, wechſeln würden. Laſſen Sie uns den Blick, von dieſem drohenden Geſpenſte wegwenden; hierin liegt das einzige Mittel, unſerm Vaterlande den Frieden zu geben. — Wie auch das Jahr 15 geweſen ſeyn mag, wir werden es nicht wieder ſehn. Die hundert Tage mußten Statt haben, um es herbey zu führen. Der Geiſt der Mäßigung wird ſtets die Rathgeber des Königs beſeelen. Der 5. Sept., oder ein Equivalent, wird zu jeder Zeit, wo es nothwendig werden kann, zurück kehren. Die Zeiten eines Sylla, eines Marius, eines Catilina ſind vorüber. Cicero gehörte zur Partey der Gemäßigten, er hatte große Talente; aber Cäſar und Antonius hatten ſie auch. Sie wiſſen zu welcher Partey ſie gehörten. — Sie werden keinen Anſtand nehmen, für den vorliegenden Geſetzesentwurf zu ſtimmen." —

Die wahrſcheinliche Abſicht dieſes Redners blieb unerreicht. Einer der Hauptſprecher der liberalen

Partey, Mechin, ſuchte ihn, in der nächſten Sitzung, am 25. May, zum Lohn für dieſelbe, lächerlich zu machen, indem er den Staatsrath Cuvier, von 1817 (wo er gegen eine Veränderung des beſtehenden Wahlgeſetzes, wie die Miniſter alle, geſprochen) dem von 1820 gegenüber ſtellte, und erklärte, daß er bereit ſey, mit dem erſtern zu ſtimmen. Ein anderes Mitglied dieſer Partey, Keratry hielt, an dieſem Tage, noch eine Rede gegen den Geſetzesentwurf, welche zu denen gehört, die den meiſten Eindruck auf das Publikum machten. „Fünf und zwanzig Jahre lang,“ ſagte er darin unter andern, „hat der Franzoſe nach der Gleichheit gerungen, welche allein den civiliſirten Menſchen über den rohen Sohn der Wälder, der ein Sklave des Phyſiſchſtärkern wird, erhebt. Aber dieſe Gleichheit, welche nichts anders als Gerechtigkeit iſt, in dem Sinne, in welchem man dieſe Göttin, mit der im Gleichgewicht ſchwebenden Wage abbildet: ſchließt die geiſtige Ungleichheit des Fleißes und Talentes nicht aus; im Gegentheil ſichert ſie dem letztern ſeine Rechte, gegen die Anmaßungen des Privilegiums. Die Gleichheit hebt ferner die bürgerliche Subordination unter Obrigkeiten, nicht auf; im Gegentheile verſtärkt ſie dieſelbe; weil ſie darin ein Unterpfand ihrer eigenen Dauer erblickt. Die Gleichheit murrt auch nicht über die, von der Conſtitution aufgeſtellte, Klaſſifikation der Wähler und Wählbaren; weil Abgrenzungen, in großen Geſellſchaften, ein Wahl nöthig und auch nicht ungerecht ſind, ſo lange jedem die Möglichkeit bleibt, in ihre Sphäre zu gelangen. Aber die Gleichheit widerſtrebt einem Geſetze, das, wie das vorgeſchlagene Wahlgeſetz, die Tendenz hat, die

Nation ihrer, durch die Konſtitutionsurkunde ſelbſt anerkannten, Rechte zu berauben, eine Ungleichheit, die weder durch Talente, noch durch Fleiß, noch durch die Konſtitutionsurkunde gerechtfertigt wird, zu begründen, und die Nation unter das Joch einer abgeſchloſſenen Kaſte zu beugen, welche ſich das Privilegium anmaßt, für alle zu ſprechen, um das eigene Intereſſe deſto beſſer verfechten zu können. Nein, nie wird die Nation einwilligen, in jedem Departementswahlkollegium, das Geſetz, von etwa hundert adlichen Familien und von Emigranten, ſich vorſchreiben zu laſſen; deren Unglück ſie beklagte; die ſie aber nicht mehr als ihre Herren anerkennen kann; nachdem ſie zwanzig Jahre lang dieſelben bekämpfte; wie es die Denkmahle bezeugen, die uns umgeben, die Buchſtaben, die noch in das Erz gegraben ſind, welches ſie bedeckt, und dieſe Tribune ſelbſt, die nicht hier ſtände, wenn der Wille jener nicht ſtets ohnmächtig geweſen wäre. In dem neuen Geſetze liegt, in dieſer Hinſicht, ein Hohn und ein Spott, gegen die franzöſiſche Nation; und vielleicht mögte man ſagen, daß es, wo nicht in der That, doch wenigſtens durch die muthmaßliche Wirkung auf die Gemüther, einen Bürgerkrieg in ſeinem Schooße verbirgt. Ein Geſetz, das dem Volke ſo ſehr zuwider iſt, kann, für die Krone, nicht von Nutzen ſeyn. Nie wird dieſe ſtark, durch das, was der Freyheit und der öffentlichen Moral entriſſen wird. Uebrigens käme dieß nicht ein Mahl der Krone zu gute; ſondern jener Kaſte, die ſich ewig zwiſchen Fürſt und Volk eindrängt, und ausſchließlich das Verdienſt der Anhänglichkeit an die Dynaſtie in Anſpruch

nimmt. Die Anhänglichkeit dieſer Kaſte iſt indeſſen nichts weniger als ein Beweis der Güte der Regierung; wenn die Großen ſie preiſen, ſo wehklagen die Kleinen. Erinnern Sie ſich, daß keine Könige populärer, und vom Volke mehr geliebt waren, als Ludewig XII. und Heinrich IV. Und dennoch, welche wurden von den Höflingen mehr gehaßt, als eben dieſe Fürſten? Eine übertriebene Zuneigung der Höflinge iſt immer ein böſes Symptom einer Regierung, und ich muß geſtehen, daß die Freude, welche eine kleine Zahl jetzt an ſich wahrnehmen läßt, mich auf das Innigſte betrübt. Sie entfernt die Nation von dem Thron, und zwar in einem Zeitpunkte, wo eine Kluft von zwey und zwanzig Jahren, zwiſchen beyden liegt; eine Kluft, die durch etwas anders ausgefüllt werden muß, als durch Privilegien. — Und wenn nun der Augenblick der Gefahr eintritt, wohin will die Regierung ſich dann wenden? Durch die Tauſende der Wähler hing ſie mit dem ganzen Departemente, durch die zwey hundert Privilegirten, welche die Rechte jener uſurpiren, hängt ſie mit Niemanden mehr zuſammen; ſie ruft, und keine Stimme antwortet, und die Wüſte, in der ſie ſich befindet, iſt einzig ihr Werk; es gibt keine öffentliche Meinung mehr." — Nachdem der Redner dann dem Geſetzesentwurfe, gleich ſeinen Vorgängern, vorgeworfen: daß es das Privilegium begünſtige, die Gegenrevolution herbeyführe, und die Konſtitution verletze, und dieſe Vorwürfe mit einigen kräftigen Exklamationen begleitet, und eben ſo die Miniſter apoſtrophirt hatte, ſchloß er mit der Aufforderung, an die Verſammlung: ein Geſetz zu verwerfen, „dem zufolge die Erdſcholle

alles, der Menſch nichts, und welches das inſolenteſte ſey, das man je einer Nation vorzuſchlagen gewagt habe, deren Degradirung noch nicht ausgeſprochen worden.“ —

In dieſer Sitzung wurde dann endlich die allgemeine Debatte, über den, in Rede ſtehenden, Geſetzesentwurf, geſchloſſen; obwohl bey weiten noch nicht alle, die ſich zum Sprechen dawider und dafür hatten einſchreiben laſſen, zum Sprechen gekommen waren. Tags darauf gab nun der Berichterſtatter der Kommiſſion H. Lainé, der Verfaſſung gemäß, das ſogenannte Résumé der Diskuſſion, das heißt: eine Ueberſicht deſſen, was für und wider den Geſetzesentwurf vorgetragen war, und trug auf die unbedingte und unveränderte Annahme deſſelben an. Indeſſen, da theils von der Kommiſſion, theils von einzelnen Mitgliedern der Kammer, verſchiedene Amendements der einzelnen Beſtimmungen des Entwurfs vorgeſchlagen waren; ſo mußten die Paragraphen auch einzeln noch durchgegangen werden. Der erſte beſchäftigte die Verſammlung mehrere Tage lang. Am 30. May kam es zur Abſtimmung, über zwey Amendements: deren eins der bekannte Deputirte, von der linken Seite oder der Partey der Liberalen, Camille Jourdan, das andere ein Deputirter der rechten Seite, oder ſogenannten Royaliſtenpartey, vorgeſchlagen hatte. Es kam zuerſt zur Abſtimmung: über welches zuerſt geſtimmt werden ſollte? Es wurden, wie gewöhnlich, weiße und ſchwarze Kugeln vertheilt, und dabey angenommen, daß die erſten für das Amendement des erſten; die letzten, für das des letzten, gelten ſollten. In

Digitized by Google

dem Augenblicke, da es zur Entſcheidung kommen ſollte, trat noch ein Deputirter der linken Seite, H. Chauvelin, in den Saal, und ſtimmte natürlich, für ſeine Partey. Aus dem Reſultate ergab ſich: daß dieſe eine Stimme entſcheidend geweſen war; denn man zählte 128 weiße, und 127 ſchwarze Kugeln. — Indeſſen hatte dieß doch weiter, für das Amendement des H. Camille Jourdan, keinen Erfolg. Es wurde, in der Sitzung, am 1. Jun., mit 133, gegen 123 Stimmen, verworfen; und in der Sitzung, am 3. Jun., ging der 1ſte Paragraph des Geſetzesentwurfs mit 130 gegen 125 Stimmen ganz unverändert durch; worüber jedoch die Bemerkung gemacht wurde: daß die fünf, die Majorität bildenden, Stimmen, gerade die Stimmen der fünf Miniſter, welche in der Deputirtenkammer ſitzen, wären.

In der nächſtfolgenden Sitzung nahm die Debatte, auf ein Mahl, eine ganz andere Wendung. Bevor wir ihr hierin folgen, ſcheint es angemeſſen, einſchaltungsweiſe mitzutheilen, was dazu den Anlaß gegeben. Wir theilen hier zunächſt die Erzählung des Moniteurs mit, weil dieſer den offiziellen Charakter für ſich hat. „Schon im Anfange des Mays," heißt es darin, „erhielt die Regierung Nachricht, daß man vorhabe, ſich vor der Deputirtenkammer zu verſammeln. Die Erörterungen über das Wahlgeſetz, ſollten dazu das Loſungszeichen geben. Man ſuchte beſonders die Gemüther der Studirenden, der Rechts- und Arzneywiſſenſchaft, zu erhitzen. Die Abſicht der Leiter dieſer Umtriebe ging offenbar dahin, fürs erſte der Kammer einen auswärtigen Einfluß an die Seite zu ſtellen; den ſie

dann, nach Umſtänden, benutzen, und auf die Departemente fortpflanzen könnte. Die erſte Pflicht der Regierung war, die Unabhängigkeit der Deputirten zu ſichern. Sie gab demnach, am 14. May, dem Marſchall Oudinot Befehl, den Poſten der Nationalgarde, am Pallaſte Bourbon (dem Sitzungslokale der Kammer) zu verſtärken, und die Dekane der Rechts- und Arzneywiſſenſchaftsſchule wurden, zu gleicher Zeit auf die Umtriebe, unter den jungen Leuten, aufmerkſam gemacht. Am 16. dem zweyten Tage der Verhandlungen über das Wahlgeſetz bemerkte man zum erſten Mahle, Gruppen, vor dem Periſtyl des Pallaſtes. Sie waren noch wenig zahlreich, nahmen aber, mit jedem Tage, an Zahl und Lebhaftigkeit zu. Studirende waren noch nicht ſichtbar; im Gegentheile ſchienen die Wortführer zu einer Klaſſe zu gehören die ſich bisher wenig mit Geſetzgebung beſchäftigten. Dieſe ſprachen ſich am heftigſten aus; und mehrere ſagten: „wenn auch die Kammer das neue Wahlgeſetz annimmt; ſo werden doch die Departemente es verwerfen.“ Indeſſen zogen dieſe Gruppen die öffentliche Aufmerkſamkeit wenig auf ſich, und nach geendigter Sitzung löſten ſie ſich gewöhnlich auf, und verloren ſich, unter dem Volke. Aber am 30. und 31. nahmen ſie einen bedenklichern Charakter an. Sie begannen ſchon um zwey Uhr Nachmittags ſich zu bilden. Die Studenten fanden ſich häufig dabey ein; Namen von Deputirten der linken Seite wurden mit Beyfallsbezeigungen genannt; über die Ausnahmegeſetze aber harter Tadel ausgeſprochen. Am 31. wurde H. v. Chauvelin (ein Deputirter der linken Seite) beym Ankommen, mit Freudenge-

ſchrey, empfangen, und beym Weggehen, von einem Haufen, von vier bis fünfhundert jungen Leuten, über die Boulevards nach Haus begleitet. Der Ruf: vive Chauvelin! vive la Charte! ertönte den Zug entlang. Zum erſten Mahle wurde die letztere Exklamation, als Feldgeſchrey einer Parten vernommen. Am 1. Jun. hinderte das ſchlechte Wetter die vollſtändige Wiederholung dieſer Scene; doch wurde Hr. v. Chauvelin wieder nach Hauſe begleitet. Am 2. begannen die Gruppen früher und ſtärker ſich zu bilden; ſie blieben auch nicht mehr auf einer Stelle, ſondern zogen über den Platz, unter ſtetem Schreien: vive la Charte! was nun, von andern, mit vive le Roi! erwiedert wurde. Es ſcheint, daß die jungen Leute, welche das Letztere riefen, die Sänfte des H. v. Chauvelin umringten, und ihm mit Drohungen und Beleidigungen zuſetzten, um ihn zu zwingen, ebenfalls vive le Roi! zu rufen. Patrouillen, von der Nationalgarde, und Friedensofficiere ſtellten endlich die Ordnung wieder her und verhinderten die Schlägereyen, zu denen man ſich anſchickte. Sobald die Behörde die Mißhandlung erfuhr, welche H. von Chauvelin erlitten, ordnete ſie eine gerichtliche Unterſuchung an und verdoppelte, am folgenden Tage, alle Vorſichtsmaßregeln. Die Studirenden, durch einen, an den Thoren der Schulen angeſchlagenen, Zettel aufgefordert, fanden ſich ſehr zahlreich, auf dem Platze Ludewigs XVI., ein; auch jene jungen Leute, welche, den Abend vorher, vive le Roi! gerufen, hatten ſich verſtärkt. Unter ihnen erblickte man mehrere Militärperſonen; die, durch falſches Ehrgefühl verführt, ſich in Unordnungen miſchten, welche zu unterdrük-

ken die Obrigkeit allein berufen war. Die gegenſei-
tige Erbitterung war auf einen hohen Grad geſtie-
gen; die Gruppen, verſchiedenartiges, ſelbſt auf-
rühreriſches, Geſchrey verführend, drängten ſich,
ſchimpften ſich, erlaubten ſich Thätlichkeiten. Depu-
tirte, die aus dem Saale kamen, wurden beleidigt.
In dieſer Lage der Dinge, war es Pflicht der obrig-
keitlichen Agenten, ſich zwiſchen die Aufwiegler zu
werfen, und die heftigſten zu verhaften; ſie mochten
rufen, was ſie wollten. Die Gensd'armerie trat
auf, und benahm ſich, mit lobenswerther Kaltblü-
tigkeit. Indeſſen nahm der Auflauf immer mehr
überhand. Man mußte die Thuillerien verſchließen,
und den Platz Ludwigs XVI. räumen laſſen.
Die Volksmenge: vive la Charte! ſchreyend, ſtrömte
auf und ab, über die Quais und die Straße Rivoli;
ſammelte ſich aber von neuem, auf dem Carrouſelplatz.
Eine ſolche Hartnäckigkeit mußte traurige Folgen ha-
ben. Eine Patrouille hatte einen jungen Menſchen,
der ſich, durch ſeine heftigen Reden ausgezeichnet,
verhaftet; ſeine Gefährten ſuchten ihn zu befreyen;
im Gedränge ging eine Flinte los, die einen, der
Rechte Studirenden, Namens Lallemand, verwun-
dete. Er ſtarb, einige Stunden nachher, an ſeiner
Wunde." —

Mit dieſer ſtimmt, in Hinſicht auf die meiſten
Hauptangaben, eine frühere, nicht offizielle, Nach-
richt überein; doch weicht ſie auch, in einigen andern,
davon ab; und da ſie noch weniger, als obige Er-
zählung des Moniteur den Charakter einer Parteyre-
lation an ſich trägt; ſo wollen wir daraus hier einiges
zur Vergleichung und Ergänzung, ausheben. Als
Motiv der Verſammlungen, vor dem Pallaſte der

Deputirten, gibt dieſe Nachricht den Wunſch an, „zu erfahren, was in der Sitzung vorginge; in deren Lokale, für ſoviel Zuhörer nicht Raum ſey.“ Die, ſich hier bildenden Gruppen, beſtanden, nach derſelben „meiſt aus Liberalen der höhern Klaſſen, nicht aktiven Generalen und Obriſten; Kaufleuten, politiſchen Schriftſtellern und Studirenden der Rechts- und Arzneykunde.“ Den Anfang des Lerms und der Händel, erzählt dieſe Nachricht, auf folgende Weiſe: „An dem Tage, an welchem über Camille Jourdans Amendement geſtimmt wurde, ließ ſich H. v. Chauvelin, der am Lendenweh litt, in einer Sänfte, in die Kammer tragen, und entſchied hier bekanntlich die Abſtimmung, allein durch ſeine Stimme, zu Gunſten der linken Seite. Als er ſich entfernte, begleiteten ihn die, vor dem Pallaſte verſammleten, Liberalen, mit lebhaftem Vivatgeſchrey, und wie im Triumphe, nach ſeiner Wohnung. Daſſelbe geſchah an den folgenden beyden Tagen. Nun beſchloſſen die Garde du Corps, die Subalternofficiere der königlichen Garden, und einige andere Perſonen, dieſes kleine Parteyfeſt zu ſtören. Am Freytagabend (den 2. Jun.) um 4 Uhr, erſchienen eine Menge, meiſtens mit Militärdekorationen gezierte, Perſonen, auf dem Platze, bey der Brücke Ludwigs XVI., vor der Haupttreppe des Pallaſtes der Deputirten. Sie fragten: ob H. von Chauvelins Sänfte angekommen ſey; und ſtießen, auf die verneinende Antwort, heftige Drohungen, gegen dieſen Deputirten, aus. Nun merkten die Officiere, auf halben Sold, daß es Unruhen geben würde, und eilten ihre Freunde zu benachrichtigen, um im Nothfalle

Verſtärkung zu bekommen.“ Der Vorgang, bey der Rückkehr des H. von Chauvelin, aus der Sitzung, und Nachhauſefahrt, (am 2. Jun.) wird hier, auf folgende Weiſe, erzählt. „Statt des gewohnten Beyfallsrufs, erſcholl als er ſich ſeinem Wagen nährte, deſſen er ſich dieß Mahl, ſtatt der Sänfte, bediente, von allen Seiten her, ein fürchterliches Geſchrey, und einige ſuchten, unter Mißhandlungen, ihn zu verhindern in die Kutſche zu ſteigen; es wurde ſogar laut gedroht, ihn in den Fluß zu werfen. Allein die Officiere, auf halben Sold, drangen herbey, deckten den Deputirten, mit ihren Körpern, und beſchützten ſeine Abfahrt. Die Art von Kampf, welche ſie dabey auszuhalten hatten, pflanzte ſich indeſſen fort; man ſchlug ſich, an mehrern Orten, mit Stöken, unter dem fortwährenden Geſchrey: vive le Roi et la Charte! von der einen, und: vive le Roi, à bas la Charte! von der andern Seite.“ Dieſe Nachricht erwähnt auch: daß die HH. Lafayette, Manuel und Benjamin Conſtant „ebenfalls von dieſen Gruppen inſultirt worden, bis um 6½ Uhr ſich eine bedeutende Militärmacht gezeigt habe, und der Auflauf zerſtreut worden ſey.“ Die Vorgänge, am 3. Juny, erzählt dieſe Nachricht, auf folgende Weiſe. „Am Sonnabend, Vormittags, ſah man zahlreiche Haufen ſich im Palais-Royal bilden. Es waren Liberale; welche ſich, in Maſſe, zu dem Pallaſte der Deputirten begeben wollten, um ihre Freunde, deren Leben bedroht ſchien, zu ſchützen. Auf der andern Seite wurde man viele Bewegung, in verſchiedenen Kaſernen, gewahr; wo die dort verſammleten Officiere ihre Abſicht eben nicht verhehlten. Um 4 Uhr ſtanden die Parteyen einan-

der gegenüber. Die Polizey hatte eine große Menge ihrer Agenten aus gesandt; aber, neben dieſen, ſah man auch eine Menge Privatwerkzeuge der Rache und des Parteygeiſtes, deren es ſo viele zu Paris gibt; und dieſe fingen den Streit an. Sie warfen ſich, auf alle Vorübergehende, welche nicht vive le Roi! ohne den Beyſatz: vive la Charte! rufen wollten, ſchlugen ſie heftig, und ſchleppten ſie bey den Haaren im Kothe herum. Die Gensd'armen ſuchten vergeblich, oder waren zu ſchwach, dieſen Gewaltthätigkeiten ein Ende zu machen. Während ſie mit bloßem Säbel, durch die Volkshaufen ritten, die ihnen auswichen, kam eine Menge Garde du Corps, aus ihren Kaſernen, verkleidet auf dem Kampfplatz an, und man ließ ſie ohne Schwierigkeit hinzu. Sie trugen ſämmtlich Stöcke, mit ſtählernen Knöpfen, in Form eines doppelten Hammers. Mit dieſer mörderiſchen Waffe, fielen ſie, unter wüthendem Geſchrey, die Volksmenge an, welche, von den Soldaten, nach der Brücke Ludwigs XVI. hin, gedrängt war. Das Gedränge war fürchterlich. Die Maſſe, die keinen Ausweg, auf den Seiten hatte, wogte bald vorwärts, bald rückwärts; diejenigen quetſchend, die dem Stoße nicht widerſtehen konnten, während man an der Fronte ſich, mit unausſprechlicher Erbitterung ſchlug; ſo daß, binnen einer Viertelſtunde, es mehr als ſechzig Verwundete gab. In dieſem Augenblicke trieb eine Kompagnie Veteranen, von der großen Vortreppe des Pallaſtes der Deputirten, die Weiber und Kinder, welche hierher ihre Zuflucht genommen, herunter, und mitten durch die Pferde der Gensd'armen, bis zum Eingan-

ge der Brücke hin; wo, wie geſagt, das Handgemenge allgemein war. Die Verwirrung, welche ihre Ankunft hier verurſachte, machte glücklicher Weiſe dem Kampfe hier ein Ende. Der große Hauſen wich zurück, zog den Quai der Thuillerien hinauf, oder ergoß ſich auf den Platz Ludwigs XV. Sogleich wurde Befehl ertheilt, den Garten der Thuillerien zu leeren, und die Gitter deſſelben zu ſchließen. — Während dieß an der Seine vorging, hatte eine noch gräßlichere Scene, auf dem Carouſſelplatze Statt. Drey junge Leute langten daſelbſt, aus der Straße Cartres, vive la Charte! rufend, in dem Augenblicke an, wo eine Patrouille erſchien. Der Sergeant, der dieſe führte, hielt dieß für einen Aufruf zu Unordnungen, und befahl, Feuer zu geben. Nur eine Flinte ging los, und ſtreckte einen der jungen Leute todt zu Boden. Er wurde, auf einer Tragbare, zu ſeinem Vater geſchafft, der ein reicher Getreidehändler, in der Straße Petit-Carreau, iſt. Eine Schildwache, die am Schloßgitter der Straße l'Echelle gegenüber ſtand, ſoll ebenfalls einen Mann, der in der Straße Rivoli ging, und vive la Charte! rief, in den Schenkel geſchoſſen haben! — Indeſſen zerſtreute ſich die ungeheure Volksmenge, welche die Quais füllte, nicht eher, als um 8 Uhr Abends. Ein Theil zog in die elyſäiſchen Felder, ein anderer kam in das Palais-Royal zurück; letzterer beſtand aus Garde du Corps und Offiecieren der königlichen Garde." —

Wir kehren nun zu der Kammer der Deputirten, und zu der Verfolgung des Ganges der Verhandlungen, in derſelben zurück. Als am 5. Jun. — der 4. war ein Sonntag geweſen — die Debatte,

Google

über das Wahlgeſetz, den einzelnen Theilen, und vorgeſchlagenen Amendements nach, fortgeſetzt werden ſollte, erhob ſich der Deputirte Camille Jourdan, und ſagte: „bevor wir zur weitern Berathſchlagung fortgehn, muß entſchieden werden: daß, in dieſen Mauern und außerhalb derſelben, Freyheit und Sicherheit genug herrſche, um uns berathen zu können, und ob die Regierung die gehörigen Maßregeln getroffen hat; ſowohl um der Erneuerung ſolcher Ausſchweifungen, als die, welche am 3. vorgingen, vorzubauen; als auch um die Urheber dieſer zu beſtrafen; denn nur die Beſtrafung des Vergangenen, kann uns vor einer ähnlichen Zukunft ſichern. In England werden, wenn ein Parlamentsglied beleidigt worden, ſogleich die Debatten ſuspendirt, bis die Beleidigung gut gemacht iſt. Ich hoffe, daß dieſe Kammer nicht weniger thun wird; und daß die, welche nicht beleidigt worden, die eifrigſten ſeyn werden, Rechenſchaft, wegen der Beleidigung zu fordern. Mehrere Thatſachen ſind, unter meinen Augen vorgefallen; ich kann, als unpartheyiſcher Zeuge davon ſprechen; ſie riefen mir nur zu ſehr ins Gedächtniß, was dem 18. Fruktidor voranging. — Doch damahls blieb es bey wörtlichen Beleidigungen; vorgeſtern aber geſellten ſich zu dieſen auch noch Thätlichkeiten. Gewiſſe Zeitungen haben das Publikum zu täuſchen, und die Vermuthung zu erregen geſucht, als hätten, vor dem Sitzungsſaale, zwey Parteyen ſchlagfertig einander gegenüber geſtanden. Dieſe Lüge ſoll ſich nicht in die Provinzen verbreiten. Nein! Nur eine war da; nur eine erlaubte ſich die gröbſten Angriffe, auf die Abgeordneten der Nation. Der ehrenvolle Empfang,

der einem Mitgliede dieſer Verſammlung, beym Her-
ausgehn aus dem Pallaſte früher zu Theil wurde,
reizte die Wuth jener Parteh. Statt einen Depu-
tirten, ihrer Meynung, einem ähnlichen Empfang zu
bereiten, machte ſie Angriffe, auf mehrere Deputirte,
die doch nie den Rednerſtuhl beſteigen werden. Dieſe
Angriffe hatten, in Gegenwart der bewaffneten Macht,
Statt; die denſelben nicht Einhalt that; aus Furcht,
daß Leute, von Macht und Kredit, unter den Schul-
digen ſeyn möchten. — Nach den Verbrechen, ge-
gen die Majeſtät ſind die ſchwerſten, die, welche ge-
gen die Volksrepräſentation begangen werden.
Welche Achtung können die Geſetze genießen, wenn
die, welche ſie berathen, mißhandelt werden? Wer
könnte eine Regierung achten, welche ſolche Verge-
hen ungeahndet ließe? Ich verlange daher, daß
die Debatten ſuspendirt werden, bis die
Miniſter, auf dieſer Tribune, über die Ausſchwei-
fung, am 3., und vorzüglich über die Maßregeln,
die ſie zur Beſtrafung der Schuldigen ergriffen, Auf-
klärung gegeben haben. —

Hierauf las der bekannte Pariſer Banquier und
Deputirte Laffite folgenden Brief vor: „Geſtern
wurde mein Sohn, auf dem Carouſſelplatze, von ei-
nem Soldaten der Garde getödtet; heute verläum-
den ihn die Tagsblätter Drapeau blanc, Quoti-
denne und Journal des Debats. Ich bin ſeinem
Andenken, ſeiner unglücklichen Mutter, und mir
ſelbſt es ſchuldig, der dort angeführten Thatſache zu
widerſprechen. Mein Sohn hat nicht verſucht, den
Soldaten zu entwaffnen; er ſelbſt ging unbewaffnet,
als er von rückwärts, den Schuß erhielt, der
ihn tödtete. Dieß iſt die Wahrheit; ſie wird, aus der

gegen den Mörder eingeleiteten Unterſuchung hervorgehn. Lallemand." — „Dieſer Brief," ſagte H. Laffite hinzu, „würde an mehrere Tagblätter geſchickt; aber die Zenſur verweigerte ihm die Aufnahme." — Er wollte darauf noch ein Zeugniß, mehrerer angeſehener Bürger, zur Bekräftigung des Inhalts des Briefes, vorleſen; aber der Präſident bemerkte: daß dieß gegen das Reglement ſey; worauf er ſich begnügte, als den Hauptinhalt dieſes Zeugniſſes, mitzutheilen: daß der junge Lallemand den tödtlichen Schuß erhalten habe, als er, vor der Patrouille fliehend, ihr den Rücken bereits zugewandt. Es nahm darauf der Deputirte Leſeigneur das Wort; den Antrag des Deputirten C. Jourdan nicht nur unterſtützend; ſondern noch dahin weiter ausdehnend: daß das Protokoll der Sitzungen am 3., nicht eher genehmigt werden ſolle, als bis derſelbe angenommen worden wäre; „denn Genehmigen ſey Berathen, und zum Berathen habe die Verſammlung jetzt die nöthige Freyheit nicht." Zum Beweiſe erzählte er, was ihm ſelbſt, am 3., beym Herausgehen aus der Kammer, widerfahren. „Er habe" ſagte er, „den Saal mit H. v. Girardin verlaſſen. In den Vorhallen hätten ſie eine Menge Menſchen erblickt, die nicht zu der Kammer gehörten; man habe lebhaft von dem, was außerhalb vorgegangen, geſprochen. Wie ſie durch das Thor getreten, hätten ſie zwey Menſchen erblickt, die mit ſtarker Stimme: der Eine: vive le Roi! der andere: vive la Charte! geſchrieen. Trotz der Verſchiedenheit des Rufens, hätten ſie in beſter Eintracht zu ſeyn, und die Rollen beſtellter Aufwiegler zu ſpielen geſchienen. H. v. Girardin habe den ei-

nen ergriffen, um ihn zur Wachſtube, von den Veteranen, die in der Nähe geſtanden, abführen zu laſſen; aber dieſe hätten ſich geweigert, ihn zu übernehmen, „weil es ein verkleideter Officier ſeyn könne." Nun habe H. v. Girardin ſelbſt den Menſchen nach der Wachſtube geführt, und ihm der Nationalgarde überliefert. In dieſem Augenblicke," fuhr H. Leſſigneur fort, „ging H. v. St. Lary, einer der Queſtoren der Kammer, vorbey. H. v. Girardin erſuchte ihn, den Menſchen zu verhören; allein die Nationalgarde erklärte: ſie habe Befehl, Niemanden einzulaſſen. Wer kann in unſerm Pallaſte, Befehle geben, die den Queſtoren unbekannt ſind, und welche die Handhabung der innern Polizey weſentlich hemmen? — Wir gingen nun durch das Gitter, das den Garten umſchließt, und ſahen, daß Gensd'armerie die Brücke Ludwigs XVI. und den Quai d'Orſay beſetzt hielt; mitten darunter Gruppen, von denen einige riefen: vive le Roi! andere: vive la Charte! Letztere wurden, von Leuten, ohne äußern Charakter oder Abzeichen, gemißhandelt, verhaftet und der Gensdarmerie überliefert. Wir nahmen den Weg, nach dem Pont-Royal. Wir waren kaum einige hundert Schritte fortgegangen; ſo rief uns Jemand zu: „da habt Ihrs; Ihr wollt die Revolution; Ihr werdet ſie tanzen!" — In dem Augenblicke ſchlug man einen jungen, wohlgekleideten Mann, der vive la Charte! gerufen hatte, halb todt; und zwar in Gegenwart der Gensd'armerie; deren Officiere ſich begnügten zu ſagen: es ſey nicht recht, ihren Gefangenen zu ſchlagen. Von denen, die geſchlagen hatten, wurde keiner verhaftet. Bald darauf wurden

wir ſelbſt von dieſen angefallen. Sie waren gut ge=nug gekleidet, um Leute von guter Geſellſchaft in ihnen zu vermuthen; ihr Betragen war aber ſehr ſchlecht. — Einer ergriff mich am Kragen; zugleich fühlte ich zwiſchen den Füßen einen gekrümmten Stock, mit dem man mich vermuthlich zu Boden werfen wollte. Man zog ihn mit Heftigkeit zurück, und zerriß mir das Kleid. Man ſchrie mir zu: ich ſollte vive le Roi! rufen. Ich antwortete: der Ruf ſey in meinem Herzen; aber ich trenne ihm nicht von dem vive la Charte! Ich rief nun beyde zuſam=men. „Vive la Charte! iſt ein aufrühreriſches Ge=ſchrey!“ verſetzte ein Ludewigsritter. „Seit wann? fragte Herr v. Girardin. Man zwang mich nun: vive le Roi! allein zu rufen; und ich gehorchte, ſo wie man ſeine Börſe hingibt, wenn ſie, auf der Land=ſtraße, einem abgefordert wird. Indeſſen fuhr man fort, uns zu bedrohen. H. v. Girardin zeigte ſeine Deputirtenmedaille; gleichwohl hob ein Mann ſeinen Stab gegen ihn auf; worauf ihm H. v. Gi=rardin bemerklich machte: daß er ſich einer großen Verantwortlichkeit ausſetzte, wenn er ſich an einem Deputirten vergriffe. Dieſe Worte thaten endlich Wirkung, man hörte auf uns zu verfolgen. Auf dem Pont=Royal trafen wir die Herrn Perrier und Benjamin Conſtant, die uns in ihren Wa=gen aufnahmen.“ — Der Redner zeigte zum Schluß der Verſammlung noch an: „daß er einen ähnlichen Bericht an ſeine Kommittenten er=ſtatte; ſchließlich hinzufügend: in der uns widerfah=renen Beleidigung iſt die ganze Repräſentation ange=griffen; wir ſind unter dem größeſten Druck. Es iſt keine Berathung möglich; ſo lange nicht unſere Frey=

heit geſichert iſt; daher widerſetze auch ich mich der Annahme des Protokolls."

Der Deputirte v. Beaulieu ergänzte darauf die Relation des H. Leſeigneur mit Folgendem: „der Wagen der H. H. Perrier und B. Conſtant ſey hart verfolgt worden. Da er aber ſehr ſchnell gefahren, hätten die Verfolger von ihm abgelaſſen; aber unter Fluchen und Schwören: daß ſie ihnen, bey der nächſten Sitzung, nicht entgehen ſollten, und daß ſie einige zwanzig tüchtige Kerls, bey dem Ausgange des Pallaſtes, zu dieſem Zweck, aufſtellen wollten." — Worauf H. Perrier ſelbſt angab: „daß ſein Bediente, der hinten auf dem Wagen geſtanden, Schläge erhalten, und Niemand die Schläger verhaftet habe; Herr Benjamin Conſtant aber die Anzeige von Beleidigungen machte, die H. v. Lafayette widerfahren wäre, und die man ihm zugedacht habe; hinzu fügend: er wolle noch Niemanden nennen; aber bey der gerichtlichen Unterſuchung werde er die Namen anzeigen; er kenne auch den, der geſagt habe: ihr werdet die Revolution tanzen!" Der Deputirte Keratry, den wir aus ſeiner, oben mitgetheilten, Rede kennen, zeigte hierauf an, was ihm, am 3. Jun., in den Thuillerien, widerfahren. „Als er hier," ſagte er, „mit einem Freunde, auf der Terraſſe, ſpatzieren gegangen ſey, um zu beobachten, was außerhalb vorgehe, habe ihm ein Officier befohlen, ſich wegzubegeben; und da ſein Gang dieſem nicht ſchnell genug geſchienen, habe man ihn geſchimpft. Als er ſeine Deputirtenmedaille gezeigt, habe man ihn ausgelacht, und ihn einen Kluviſten genannt. Da er

dieß Wort für die größte Beſchimpfung halte; ſo habe er Genugthuung gefordert; allein man habe ihm nicht weiter Rede geſtanden; ſondern ihm zugerufen: gehn ſie in ihren Klub!“ Der Deputirte Mechin las darauf einen Brief des Deputirten Chauvelin vor; worin dieſer, was ihm, am 3. Jun., begegnet war, berichtete. „Geſtern, um ſechs Uhr,“ heißt es darin, „trugen mich meine zwey Träger auf ihren Händen“ (wegen Krankheit und Unvermögen) „aus dem Sitzungsſaale, nach meinem Wagen. Im Hofe erblickte ich mehrere Perſonen, in zwey Reihen aufgeſtellt, die mir Beweiſe ihres Wohlwollens und ihrer Zuneigung gaben, und ſich dann an meine Träger anſchloſſen. Als ich zum Gitter kam, vor welchem mein Wagen ſtand, wurde uns von Leuten, in blauen Ueberröcken, die Militärs zu ſeyn ſchienen, und mit Stöcken bewaffnet waren, der Weg verſperrt. Sie riefen, mit einer Art von Wuth: vive le Roi! und ſchwangen dabey drohend die Stöcke. Die Perſonen, die mir folgten drängten ſich immer mehr an meine Seite; meine Lage ſchien ihnen zu Herzen zu gehn. Sie antworteten den Drohungen bloß, mit dem Rufe: vive la Charte! Eine Viertelſtunde lang bat ich vergebens, mir den Weg zu öffnen. Ich fühlte meine Träger ermatten; ich war beſorgt, wegen des Schickſals der großmüthigen Bürger, die mit ihren Leibern eine Schutzwehr um mich her bildeten. Dieſe hörten auch nicht auf, die Gegner zu ermahnen, daß ſie von ihren Unordnungen abſtehn mögten. Ihre edlen Bemühungen erreichten endlich ihren Zweck. Unter ihrem Schutz, und beynah auf ihren Armen, wurde ich in meinen Wagen gehoben, in dem Augenblicke

da die Wache ankam, um die Ordnung herzuſtellen. Als der Wagen umwendete, erneuerte ſich das wüthende Geſchrey: vive le Roi!" — H. v. Chauvelin bemerkte noch, am Schluſſe dieſes Briefes: „daß heute" (am 4. Jun.) „der königliche Prokurator zwey Subſtituten zu ihm geſandt, um eine Erklärung, über jene Vorfälle, zu Protokoll zu nehmen. Da ſie aber das, von zwey Polizeykommiſſarien aufgenommene, Protokoll nicht bey ſich gehabt, ſondern ihm nur einen Auszug daraus vorgeleſen, der die allergrößeſte Partenlichkeit geathmet; ſo habe er erklärt: daß er ihnen, über die, in dieſem Protokoll enthaltenen, Thatſachen, keine Aufklärung zu geben habe."

Nach der Vorleſung dieſes Briefes nahm der Siegelbewahrer, H. Deſerre, das Wort. „Die äußern Bewegungen," ſagte er, „ſind durch die innere, die hier herrſcht, erregt worden. Man ſpricht zu den Leidenſchaften; man ſäet Mißtrauen; man ruft die Jugend auf. Der Triumph Chauvelins" (am 31. May) „gab Anlaß, zum Losbrechen der Parteyen; und, unter verſchiedenem Feldgeſchrey, ſtanden ſie, am folgenden Abend, einander gegenüber. Die Regierung nahm zwar ihre Maßregeln; aber die Parteyen nahmen auch die ihrigen. Hätte man den Pallaſt mit vielen Truppen umgeben; ſo würde man geſagt haben: die Freyheit der Berathung ſey gehemmt. Aber ich kann Sie verſichern, daß alle Maßregeln, zur Erhaltung der Ruhe und perſönlichen Sicherheit, genommen ſind; man wird eine Unterſuchung anſtellen. Wir betheuern Ihnen, daß für die Sicherheit aller geſorgt iſt." Er ſchwieg

mit der Erklärung: „daß er gegen H. C. Jourdans Antrag ſtimmen müſſe; indem es ſich für die Kammer nicht ſchicke, das Loſungszeichen der öffentlichen Bedrängniß zu geben.“

Der Deputirte Manuel (von der linken Seite) fand die unbeſtimmte Verſicherung, in Betreff der Erhaltung der Ruhe, unbefriedigend; „beſonders, da, aus derſelben, noch Parteylichkeit hervor blicke.“ Und, indem er davon Anlaß nahm, nicht nur die linke Seite, gegen den Vorwurf zu rechtfertigen, als habe ſie die ruheſtörenden Vorgänge veranlaßt, ſondern ihn auf die rechte hinüber zu ſchieben, ſo machte er dieſer und den Miniſtern auch den Vorwurf: „daß ſie die Jugend verleumdeten, von der Frankreich hoffe, daß ſie ſeine Rechte werde zu bewahren wiſſen.“ — Immer ſchneller und heftiger wurde hinter und durch einander geredet. Indem man, von beyden Seiten, gegen einander einſchrie, erſcholl, vom Mittelpunkte — der eigentlichen Miniſterialpartey — her: „zur Abſtimmung!“ Wodurch der Lerm noch vermehrt wurde. Endlich gelang es doch dem Präſidenten, die Frage zur Abſtimmung zu bringen: ob, über den Inzidenzpunkt, die Debatte geſchloſſen werden ſollte? Allein, alle Deputirte der linken Seite erhoben ſich von ihren Sitzen, die Theilnahme, an der Abſtimmung, verweigernd. Worauf die Motion des H. C. Jourdan, durch die übrigen, verworfen wurde. Eben ſo ging es zu, als nun auch, über die Annahme des Protokolls, geſtimmt wurde; nur mit dem Unterſchiede: daß alle Glieder der linken Seite jetzt den Saal verließen, unter wiederholter Erklärung: daß

ſie, an den Berathungen, keinen Antheil weiter nehmen würden.

In der folgenden Sitzung (am 6.) erklärte H. Benjamin Conſtant: „daß die Verſammlung heute weniger im Stande ſey, ſich frey zu berathen, als zuvor. Die Art, wie der Moniteur die Vorfälle von geſtern dargeſtellt, ſey ein Gewebe von Unwahrheiten. Es ſey das Syſtem des Siegelbewahrers, die ganze Schuld auf die Partey zu laden, die gemißhandelt, und deren Mitglieder beleidigt worden wären. Es ſey daher nothwendig, den Miniſtern zu beweiſen, daß die öffentliche Meinung nicht ſo ſey, wie ſie, in ihren Tageblättern, vorgäben; daß: vive la Charte! kein aufrühreriſches Geſchrey ſey, daß ſie mit Unrecht die bewunderungswerthe Jugend Frankreichs verleumdeten; die beſſer, als allen vorherigen Generationen ſey. — „Wann war unſere Jugend," rief er aus, „nach Bildung begieriger, aufgeklärter, friedlicher, als jetzt?" — Dann alſo fortfahrend: „ſolche Verfälſchungen des Herganges der Sache haben keinen andern Zweck, als die Departemente, über den Zuſtand und die Stimmung von Paris, in Irrthum zu ſetzen. Wie könnten gewiſſe Zeitungen ſagen: die Zuſammenrottirungen der Schuldigen wären nicht beträchtlich? — Wenn ſie, unter den Schuldigen, nur die Partey verſtehen, welche die Konſtitution nicht will, ſo haben ſie recht; wenn ſie damit die Volkshaufen bezeichnen wollen, ſo haben ſie unrecht; denn ſie belaufen ſich auf 30 bis 40000 Menſchen. Wenn wir Auskunft von den Miniſtern verlangen; ſo iſt dieß keine gerichtliche, ſondern eine

ſolche, die darthut, welche Partey die Schuld des Angriffs treffe. So mag z. B. der Kriegsminiſter ſagen: ob keine verkleidete Officiere ſich unter den Angreifern befunden haben?" —

Hierauf ſagte der Siegelbewahrer: „Da man ſo ſehr in ihn dringe, ſo müſſe er ſich wohl etwas näher, als bisher, erklären. Allerdings ſey es die Partey, welche ſich jeder Modifikation des Wahlgeſetzes widerſetze, ſo die Gemüther der großen Menge aufgeregt habe, und durch Aufſtand zu erlangen ſuche, was ſie, in dieſer Kammer, nicht durchzuſetzen vermöge. Der Volksverſammlung gegenüber habe ſich denn die andere Partey gezeigt; Ausſchweifungen möchten, auf beyden Seiten, vorgegangen ſeyn; er wolle ſich darüber hier weiter nicht äußern, weil ſie einer gerichtlichen Unterſuchung unterlägen. Doch müſſe er ſich unumwunden, über die Ereigniſſe von geſtern, ausſprechen; wo, der getroffenen Polizey-Maßregeln ohnerachtet, abermahls Zuſammenrottirungen Statt gehabt hätten; der Angabe des Moniteurs nach, hauptſächlich durch die Zöglinge der Rechts- und Arzneyſchule veranlaßt. Die Obrigkeit," fuhr der Miniſter fort, „hatte eine vortreffliche Proklamation, gegen die Zuſammenrottirungen, erlaſſen. Wie kommt es, daß man nun hier diejenigen preißt, welche dieſer Proklamation nicht Folge leiſteten? Heißt das nicht den Aufruhr rechtfertigen? Die geſtrigen Zuſammenrottirungen waren offenbar das Werk einer Partey, welche der vorige Redner prieß. Die Haufen bildeten ſich, auf dem Magdalenen Boulevard; zogen, von da, nach dem Platze Ludewigs XV., alle Ermahnungen der Po-

lizeyagenten unbeachtet laſſend, aller Mäßigung der Gensd'armerie Trotz bietend, und nöthigten jene dadurch, das Linienmilitär herbey zu rufen. Die Aufrührer ſtellten die Jugend, an die Spitze dieſer Bewegungen; weil ſie wußten, daß die Truppen, gegen dieſe, ſchonend verfahren, und dadurch die Widerſetzlichkeit nur begünſtigen mußten. — Es iſt falſch, daß die Haufen 30 bis 40,000 Mann ſtark waren; ſie betrugen kaum den zehnten Theil. Wie dem indeſſen auch ſey; die Haufen, die man, nach der, am Tage vorher, erlaſſenen Verordnung, nicht anders als aufrühreriſch nennen kann, zogen den Boulevard entlang, theilten ſich; ein Haufe machte eine, geſchickt ausgedachte, Schwenkung, nach dem Palais-Royal, mit Stöcken bewaffnet, und durch Ausſtoßen fürchterlicher Drohworte, überall um ſich her, Schrecken verbreitend. Die Buden wurden geſchloſſen; die Hausthüren verrammelt. Die Gensd'armen vermogten nicht, ihn zurück zu weiſen; man mußte eine Legion Linientruppen aufziehn laſſen. Der andere, größere Haufe hatte ſich nach der Vorſtadt St. Anton gewandt; in der Abſicht, die Fabrikarbeiter aufzuwiegeln, und ſie nach dem Pallaſte des Königs zu führen, um den königlichen Willen, vor dem Willen der Aufrührer, zu beugen. Dieſe Thatſachen müſſen alle Deputirte, von dem Daſeyn der revolutionären Partey überzeugen, von der wir ſo oft geſprochen haben." —

Als der Miniſter, der mehrmahls durch Ausrufungen, und einzelne Zwiſchenreden, in ſeinem Vortrage unterbrochen war, zu ſprechen aufgehört, erhob ſich ein ungeheurer Lerm. Von der linken Seite

her, wurden faſt uniſono, Einreden und Vorwürfe gemacht, daß er die ganze Nation verläumde u. ſ. w., und von der rechten Seite, und dem Centrum her, wurde dazwiſchen gerufen: „zur Abſtimmung! zur Abſtimmung!“ — Eine gewaltige Stimme, von der linken Seite, ſchrie: „man behauptet, wir könnten uns in aller Freyheit berathen; und läßt uns nicht einmahl die Freyheit, uns hörbar zu machen! — Habt doch den Muth uns anzuhören!“ — Es entſtand eine Pauſe, worin der Deputirte dieſer Seite, Manuel, das Wort ergriff; ſagend: „Verdient nun, nachdem was wir hörten, der Siegelbewahrer nicht den Vorwurf der Parteylichkeit, den ich ihm gemacht habe? Wenn ich, anſtatt eines wahrhaften Erzählers, nur noch einen leidenſchaftlichen Ankläger finde; einen Menſchen, deſſen Vorurtheile bey ihm keine Wahrheit, keine Unparteylichkeit, keine Gerechtigkeit mehr erwarten laſſen; ſo“ — Hier unterbrach ihn der Ruf, von dem Centrum her: „zur Ordnung!“ Es erneuerte ſich verworrenes Geſchrey. Endlich gelang es abermahls Manuel ſich verſtändlich zu machen; er erklärte, „daß keine Macht auf der Welt ihn abhalten ſollte, die Wahrheit zu ſagen!“ — Und nachdem es ihm gelungen war, ſich der Rede wieder zu bemächtigen, fuhr er ſo fort: „die Partey, von welcher der Miniſter ſpricht, beſteht nicht bloß, aus 123 Mitgliedern dieſer Kammer; ſondern aus 100,000 Wahlmännern, den erſten Bürgern Frankreichs. Wenn dieſe aber Aufrührer ſind, warum hat denn, im vorigen Jahre, H. De ſerre, als Juſtizminiſter, auf eben dieſer Tribune geſagt: daß der Vorſchlag des H. Barthelemy ganz Frankreich umwälzen würde; indem

er den friedlichen, für die öffentliche Ruhe am meiſten beſorgten Männern, ihre Rechte nähme? Haben dieſe Männer ihre Geſinnungen, in Betreff des Wahlgeſetzes, geändert? Nein, ſie nicht; aber die Miniſter. Ihrer Wandelbarkeit haben wir ſchon größere Opfer gebracht, als wir ſollten; zum Lohne dafür verläumden ſie uns und die Nation. — Statt verbrecheriſche Thatſachen, die man nicht findet, legt man uns verbrecheriſche Abſichten unter. Der Miniſter der Gerechtigkeit wagt es, auf ſie hin, eine Partey anzuklagen: daß ſie die Bürger der Vorſtadt St. Anton, gegen den Pallaſt unſerer Könige, habe führen wollen! Allein der geſtrige Tag, den ihr gegen uns anführen wollt, ſpricht euch das Urtheil. Hatten Raufereyen Statt? Zwang man, mit aufgehobenen Stöcken, Jemanden zu einem gewiſſen Ausruf? Wurden Deputirte mißhandelt? Nichts von alle dem. Soll ich die Urſach ſagen? Geſtern waren verſchiedene Militärkorps, in ihren Kaſernen, konſignirt; die Mörder waren nicht zugegen." — Hier erhob ſich ein gewaltiger Lerm, auf der rechten Seite; eine Stimme machte ſich verſtändlich, die Garden vertheidigend. „Ich meyne nicht bloß die Garden," ſagte der Redner fortfahrend: „ich erkläre alle die für Mörder, die ſich, zu Zwanzigen, über Einen herwerfen, ihn mit Stockſchlägen bearbeitend. Wenn, unter denen, die am 3., mit ſolchen Mißhandlungen, die Leute zwangen: vive le Roi! zu rufen, ſich keine Militärs befunden haben, ſo mögen die Miniſter es, von dieſer Rednerbühne herab, behaupten, und mich beſchämen; wenn ſie aber ſchweigen, ſo habe ich recht." Der Redner ſchwieg, und mit ihm die

ganze Verſammlung. Er nahm dann wieder das Wort: „Ja, der geſtrige Tag hat Euer Urtheil geſprochen; er hat die wahren Aufwiegler, die wahren Störer der Ruhe der Nation ſignirt; geſtern hatten ſolche abſcheuliche Unordnungen nicht Statt, wo Jedermann frey umhergehen durfte. Man rief, in der Vorſtadt St. Anton, was man auf dem Platze Ludewigs XV. gerufen, vive la Charte! das Werk unſers Königs!“ (Und: es lebe die linke Seite! rief einer von der rechten hier dazwiſchen, der Redner, ohne, dem Anſcheine nach, hierauf zu achten, fuhr fort.) „Iſt dieß ein aufrühreriſches Geſchrey? Oder wißt Ihr andere Thatſachen anzuführen? Sprecht, ich will hören!“ — Pauſe — „Ihr ſchweigt? Ihr könnt alſo nur eine Opinion, zum Beweiſe eurer Opinion geben.“ —

Nach der Beendigung dieſer Rede brachte der Präſident die Annahme des Protokolls der letzten Sitzung zur Abſtimmung. Die ganze linke Seite weigerte ſich zu ſtimmen, und ein Mitglied derſelben, Perrier, ſagte: „Bevor die Miniſter die verlangte Erklärung nicht gegeben haben, ſtimmen wir nicht; wir ſind unterdrückt.“ Es erfolgte ein dumpfes Schweigen. Endlich nahm der Präſident wieder das Wort, bemerkend: daß, „nach der Verfaſſung, zur Gültigkeit einer Abſtimmung nur erforderlich wäre, daß ein Mitglied mehr als über die Hälfte anweſend ſey;“ worauf er zur Abſtimmung ſchritt, welche für die Annahme des Protokolls entſchied. Die linke Seite hatte, bey ihrer Weigerung zu ſtimmen, beharrt, und zwey Mitglieder derſelben trugen nun darauf an, es ſolle in das Protokoll mit eingetragen

die linke Seite habe ſich geweigert zu ſtimmen; weil ſie unterdrückt ſey.

Dieß geſchah indeſſen nicht. Hierüber wurde, in der nächſten Sitzung, (am 7.) Beſchwerde geführt; und von dem Mitglied, von dem dieß geſchah, hinzugefügt: „die Vorfälle, die geſtern wieder in Paris Statt gehabt hätten, bewieſen mehr als je, daß die Partey der linken Seite unterdrückt ſey." Es nahm darauf H. Benjamin Conſtant wieder das Wort. „Seit geſtern," ſagte er, „ſeye die Sicherheit dieſer Kammer, ſelbſt die Sicherheit der Hauptſtadt noch mehr gefährdet, als früher;" und erzählte dann folgendes: „Geſtern ſey H. Dubief aus der Straße Richelieu, auf dem Platze Ludwigs XV., ruhig auf und abgegangen; ohne weder: vive le Roi! noch: vive la Charte! zu rufen. Ein Offizier, an der Spitze einer Abtheilung Soldaten, wäre allein auf ihn zugekommen, und hätte ſich die beſchimpfendſten Ausdrücke erlaubt, und Hrn. Dubief, der ihm das Unſchickliche ſeines Benehmens vorgeſtellt, die Sehne des Arms durchgehauen. — So werden die Bürger von Paris behandelt," rief er aus. „Gibt es, nach dieſem, noch Sicherheit für Paris und die Kammern?" — Hiermit legte er ein Schreiben des H. Dubief auf das Bureau. „Der Gemißhandelte," ſagte darauf der Banquier Laffitte ergänzend, „gehörte nicht zu der ſtürmiſchen Jugend; er iſt ein Greis, mit weißen Haaren;" hinzufügend: „Alle dieſe Unordnungen kommen daher, daß man nur Gensd'armen und Soldaten gegen die Bürger ſendet, und die Nationalgarden abſichtlich davon zurück hält. Ich verlange, daß die Miniſter

Rede und Antwort darüber geben, woher es kommt, daß man täglich auf friedliche Bürger, in den Straßen der Stadt, Säbelhiebe führt, daß man ſich nicht der Nationalgarde bedient, wie dieß ſonſt immer geſchehn iſt, um Unordnungen, mit Mäßigung, zu begegnen." Der Deputirte Girardin, ebenfalls von dieſer Seite, unterſtützte dieſen Antrag; worauf der Deputirte Martin, zu demſelben Zweck, in Betreff der Unruhen, am 5. und 6., noch folgende faktiſche Anführungen machte. „Er ſey kaum eine Stunde, in ſeiner Wohnung, Straße Richepanſe, geweſen, als er lautes Geſchrey auf der Straße, vernommen, und darauf aus ſeinem Fenſter einen Trupp Dragoner, mit geſchwungenen Säbeln, in vollem Galopp, einen Haufen Bürger vor ſich hertreibend, geſehn habe. Bald darauf ſey ein, von ihnen niedergehauener, mit Blut bedeckter, ſterbender Greis vorbey gebracht worden, von dem man ihn verſichert, daß er im beſten Rufe ſtehe. Ein achtenswerther Mann habe ihm erzählt, daß er, auf dem Platze Ludewigs XV., in der Nähe der Hauptwache, einen Mann, mit einem weißen Bande, bemerkt, der gerufen: nieder mit dem Könige! Und als darauf die Umſtehenden, dieſen Ruf, durch: vive la Charte! erwiedert, ſo habe jener einen jungen Menſchen aus dieſen ergriffen, um ihn auf die Hauptwache zu führen. Dieß hätten jedoch die Bürger verhindert, den jungen Menſchen befreyend, und jenen dagegen der Hauptwache überliefernd; welchen man ihn indeſſen einen Augenblick nachher, wieder habe verlaſſen ſehn, einen Gensd'armen die Hand vertraulich reichend. Es ſey alſo ein Spion geweſen. Geſtern" (am 6.) „habe er wiederum ſelbſt

eine Scene, gleich der vorhin angeführten, in der Straße Rivoli, geſchehen. Ein Trupp Dragoner ſey, mit bloßem Säbel, durch die Volksmaſſe geſprengt; man ſey nach allen Richtungen geflohen. Er ſelbſt habe ſich, in den Durchgang Del'Orme, dem Pavillon Marſan gegen über, retirirt; aber auch dieſe bedeckte Gallerie hätten fünf bis ſechs Dragoner, im Galopp, durchritten, und er, und die übrigen dort Befindlichen, ſich kaum in die Buden retten können. Auf dem Platze Ludewigs XV. hätten die Leute in die Gräben ſpringen müſſen, um nicht ermordet zu werden." —

Wir müſſen hier die Ueberſicht dieſer Debatte, ſo wie die der ganzen Verhandlung abbrechen, und fügen nur noch hinzu: daß jene kein Reſultat hatte, und dieſe, mit der Annahme des neuen Wahlgeſetzes beendigt wurde.

Halle,
gedruckt in der Ruffſchen Buchdruckerey.

Politiſch-literäriſcher Anzeiger.

XII.

1.

Kleine hiſtoriſche Merkwürdigkeiten.

Ein merkwürdiges Kabinetsſchreiben Friedrichs des Zweyten.

Sr. Königl. Majeſtät von Preußen, Unſer allergnädigſter Herr, laſſen Dero Oſtpreuß. Cammer, auf deren monatlichen Bericht vom 27ſten, von den Umſtänden im dortigen Departement, für den Monat Auguſt, hierdurch zu erkennen geben: wie Höchſtdieſelben dabey nichts thun können, daß ſie dorten eine etwas naſſe Erndte gehabt haben; es hat hier und an andern Orten auch viel geregnet, und dennoch iſt die Erndte recht gut geweſen; mithin iſt auch kein Zweifel, ſie werden dort ebenfalls eine recht gute Erndte haben, und es wird auch nun ſchon eine trockne Witterung ſich eingefunden haben, wie dies auch hier geſchehen iſt; wonach alſo die Kammer ſich zu richten hat. Berlin am 10. Septem 1785. —

Friedrich.

An die
Oſtpreuß. Kammer.

2.

Miscellen.

Ort der Hermanſaul.

Alles für das deutſche Heiligthum.

Wenn man den Angaben in Fürſtenbergs Paderborniſchen Denkmahlen, und der, in v. d. Hagens Irmin gegebenen, Zuſammenſtellung folgt, ſo wird man zwar verleitet, den Ort der Irmenſul, in oder bey Eresburg. (Stadtberg) ſelbſt, anzunehmen; um ſo mehr, da man Männern, wie Fürſtenberg, die an Ort und Stelle leben, immer ſchon Zutrauen ſchenkt. Dieß war auch bey mir der Fall. Dennoch ſtiegen wieder Zweifel bey mir auf, da ich die Quellen ſelbſt näher betrachtete. (So viel indeß iſt gewiß, daß nur zwiſchen Eresburg und Dryburg ein Zweifel ſeyn kann.) Regino ſagt:

„Im Jahre 772 hielt Karl d. Gr. eine Verſammlung zu Wormatia, und von da brach er nach dem Sachſenlande auf, und nahm beym erſten Angriffe das Schloß Eresburg weg, und gelangte bis hin zur Hermanſaul (ad Hermanſaul usque pervenit) und zerſtörte (destruxit) das Gotteshaus (fanum) und nahm Gold und Silber, das er daſelbſt fand, mit fort. Es war aber dazumal eine große Dürre, ſo daß es an Waſſer gebrach, an dem obengenannten Orte, und indem der König daſelbſt zwey oder drey Tage bleiben wollte, damit er das vorgenannte Gotteshaus von Grund aus zerſtören könnte, und es dem Heere an Waſſer fehlte; ſo haben ſich plötzlich, durch Geſchenk der göttlichen Gnade, ohne daß Jemand davon wußte, in einem Gießbach (torrente) Waſſer aufs Reichlichſte ergoſſen, ſo daß das ganze Heer hinlänglich hatte. Nach Zerſtörung des Gotteshauſes kam der König an den Fluß Wiſera, und hielt daſelbſt mit den Saxen eine Zuſammenkunft, und erhielt 12 Gei-

ſeln, und kehrte nach Frankreich zurück, und feyerte den Geburtstag des Herrn, in Heriſtellium, und Paſcha desgleichen. — Andere Jahrbücher, Aimoini Schafnaburgenſis und Gemblanenſis ꝛc. ſtimmen bey und fügen hinzu, daß **mitten am Tage**, als das ganze Heer ruhete, der geſundes Waſſer ſprudelnde (ebulliens) Gießbach erſchienen ſey, und ſo lange das quellende Waſſer gebullert habe (ebulliit,) bis das Herrenhaus (fanum) zerſtört war.

Genauer konnten, meines Erachtens, die alten Jahrbücher den Ort der Irmenſul gar nicht bezeichnen, als durch dieſe Quelle, nehmlich der **Bullerborn** bey **Altenbecken**, unter **Dryburg** (Deutenburg, oder Iburg, Eheburg), wo noch ſpäterhin ein Stift und Landdroſt war, der aber nach **Dringenberg** verſetzt wurde. Der Bullerborn iſt von Eresburg drey Meilen, von Paderborn zwey Meilen öſtlich, und ohngefähr eben ſo weit von der Weſer gelegen. Auch den Namen finden wir hier, nehmlich **Herſſi** oder **Heerſe** (verſtümmelt aus Herrenhus, wie Horihuſen bey Ehresburg.) Zu bewundern iſt es, wie man dieſe ausdrücklichen Angaben überſehen und zu entkräften ſuchen konnte, da ſchon **Reinerus Reineccius** und **Tilemann Friſius** den Ort der Irmenſul, beym Bullerborn, angezeigt hatten. Damit, daß man ſagt: „ſie irren,“ hat man ſie nicht widerlegt und noch weniger die Zeugniſſe der Zeitgenoſſen, auf die ſie ſich berufen. Der Ausdruck: „er nahm das Schloß Ehresburg, und **gelangte bis zur Hermanſaul** hin, wo der Gießbach bullerte,“ widerlegt ja geradezu die Annahme, daß die Irmenſul in oder bey Eresburg, da, etwa eine Viertelſtunde davon, oder weiter den Berg hinauf, gelegen habe, wo jetzt noch Karls Peters Capelle liegt. Denn dieſe Ausflucht macht **Falke** (ſ. **Hagens** Irmin S. 55). Eben ſo ungegründet ſcheint mir deſſen Ausflucht, in Hinſicht des in den **alten** fränkiſchen (andere könnt' es nicht geben) Jahrbüchern, ſo einſtimmig bezeichneten Bullerborns, indem er ſagt, dieß könne nur einem Theile des Heeres begegnet ſeyn, da doch ausdrücklich ſteht: „und das **ganze** Heer und das Zug-

vieh deſſelben iſt hinreichend erquickt worden.“ Ich will es nicht für abſichtlich halten, aber zu bemerken iſt, daß in Fürſtenberg, ſo wie in Hagens Irmin, indem erſt von Eresburg, dann von der Irmenſul gehandelt wird die alte Erzählung nur zerriſſen vorkommt: Er nahm Ehresburg — und gelangte bis zur Irmenſul hin: in der Verbindung dieſer Sätze aber liegt eben der Beweis, den Fürſtenberg entkräften will. Auch zu Eresburg oder Horihuſen, ſo wie zu Paderborn, mag ein Gotteshaus (fanum ſ. indicat ſuperst: De caſulis (Haus, Hut, Hütte) i. e. fanis) geſtanden haben, und hier wie dort hat nachher Karl römiſch-jüdiſche Kirchen gebaut. Auf das, durch Betrug genommene, Eresburg aber legte Karl ein beſonderes Gewicht; weil, nach Wegnahme dieſes Schlüſſels, es ihm möglich war, bis hin zur Irmenſul zu gelangen. Und dieſe war von einem Kreis von feſten Burgen umgeben: Siegburg, Eresburg, Warburg, Deſeburg (daher der Name des Teuteburger Waldes, ſo wie von Eresburg des Eresburcher Waldes, Wald des Herkules) Brunsberg u. ſ. w.

Auf Bitten des Pabſtes, gab Karl (ſ. Fürſtenb. dritte Ausg. S. 176). der Paderborniſchen Kirche das Schloß Iburg, oder Triburg oder Dryburg, mit dem ganzen anliegenden Gebiete. Eine Urkunde vom Karl d. Dicken (ſ. Fürſtenb. S. 235) gedenkt des Stifts zu Heriſi. Nach Büſchings Erdbeſchr. hat Neuenherſe ein adliches, freyweltliches Fräuleinſtift und ein Collegium von 16 Vicariis, welche in der ſchönen Stiftskirche wechſelsweiſe mit den Frauen ſingen, und iſt ein Wallfarthsort. Alſo iſt das deutſche Urheiligthum wenigſtens immer geweiht geblieben. Der Römer und der Franken weltliche und geiſtliche Unterjochungszüge, welche überhaupt auffallende Aehnlichkeit haben, vereinigen ſich, dieſen Ort als den Hauptort Germaniens zu bezeichnen; welcher es denn auch unverrückt, für ewige Zeiten bleiben muß. Im Deſeburger Walde war die Varianiſche Niederlage, dort des Tiberius wie Karls Winterlager; hier im Lande der Marſen, an der Grenze der Bructerer, ward Tanfana zerſtört; hier weiſſagte die Hulda

(Welda). — Die breite Mundart jener Gegend rührt daher, weil, der Verſammlungen, Blote und Gelübde wegen, von jeher Hoch- und Niederdeutſche an dieſer Grenze zuſammenfloſſen. Theilen wir, aus dieſem Mittelpunkte, die deutſchen Mundarten, nach den Weltgegenden ab, ſo dringt das Hochdeutſche, von Süden, in einer Spitze, zu demſelben, und die Charte ſelbſt ſchneidet in Linien, bis nach Linz und Luxenburg hin, die Sprachwende ab. Die Linie nach Stralſund ſchnitt vor Alters gleichfalls Hochdeutſches, Sueviſches, oder doch mit ihm gemiſchtes Plattdeutſches, ab. —

Könnte demnach, über den eigentlichen Ort der Irmenſul, kein Zweifel mehr obwalten, ſo wäre, zur ſtaatlichen wie zur heiligen und gemüthlichen Erbauung des deutſchen Lebens, nur noch die andere Unterſuchung übrig, nehmlich: welches die eigentliche deutſche Jahreszählung ſey. Denn der Grundſatz der Lebensbeſtimmung iſt, wie Pfaffs Sterndeutung S. 177. angiebt: „Raum und Zeit gegenſeitig in einander zu verwandeln. In der alten heiligen, ſinnbildlichen Sprache ſind Zeiten und Räume einerley.“ Es genüge hier, die deutſchen Gelehrten zur ferneren unbefangenen und gewiſſenſchaften Prüfung und Unterſuchung, dieſer beyden allerwichtigſten Gegenſtände von neuem aufgefordert zu haben, und zugleich noch eine Frage, in Betreff des deutſchen Wegmaaßes, anzuhängen. Eine Urkunde im Fürſtenberg S. 107 giebt die Mark von Horthuſen zu zwey ſächſiſchen Raſten an. Schon nach dieſer Angabe würde ſich das deutſche Längenmaaß beſtimmen laſſen.

Ernſt Trautvetter
vom Moorgrund.

3.
Bücherrezenſionen.

Allgemeine Ueberſicht der Staatskräfte, von den ſämmtlichen europäiſchen Reichen und Ländern, mit einer Verhältnißcharte von Europa, zur Ueberſicht und Vergleichung des Flächenraums, der Bevölkerung, der Staatseinkünfte und der bewaffneten Macht; von A. F. W. Crome, der Philoſ. und beyder Rechte Doktor, Großherzogl. heſſ. geh. Reg. Rath ꝛc. Leipzig bey Gerhard Fleiſcher d. J. 1818. XXII und 778 S.

Geographiſch ſtatiſtiſche Darſtellung der Staatskräfte, von den ſämmtlichen, zum deutſchen Staatenbunde gehörigen Ländern, mit einer großen Verhältnißcharte von Deutſchland. Von A. F. W. Crome ꝛc. 1. Thl. Das Königreich Bayern, Hannover, Würtenberg, Sachſen und das Großherzogthum Baden. Leipzig bey G Fleiſcher. 1820. LXXII und 446 S. (Mit dem Bildniſſe des Verf.)

Dieſe beyden Werke, die völlig nach *einem* Plane bearbeitet ſind, machen eigentlich ein Ganzes aus. Die Grundlage eines jeden iſt die ſogenannte „Verhältnißcharte:" zu welcher das Buch den Kommentar enthält. Dieſe Verhältnißcharte — der Ausdruck: Charte dünkt uns dem gewöhnlichen Sprachgebrauch nach, unangemeſſen gewählt, da die Blätter nur mathematiſche Figuren enthalten — iſt eine Erfindung von H. Crome, und eine Idee, die er, mit vieler Liebe ausgeführt und immer mehr ausgebildet hat, und auf welche er, in Hinſicht auf ihren Nutzen für das Studium der Statiſtik, einen großen Werth zu legen ſcheint; ob ſie gleich mancher ernſte Statiſtiker, für eine Art ſtatiſtiſcher Spielerey, oder Bilderfibel halten mögte. Den Anfang mit dieſer Art der Darſtellung machte derſelbe im J. 1782, mit ſeiner ſogenannten „Produktencharte;" welcher im J. 1787 die „Größencharte" folgte; von welcher letztern, im J.

1782. eine verbeſſerte Ausgabe erſchien; welche, bey dieſen beyden neuen Verhältnißcharten, in den Hauptobjekten, wieder zum Gunde gelegt iſt. Von dem Verhältniſſe dieſer, zu jener, und deren Vervollkommnung giebt der V., in dem erſten Abſchnitte des erſtern Werks, ſelbſt folgende Nachricht: „Jene Charte gab eine vergleichende Ueberſicht, von der Größe und Bevölkerung der europäiſchen Staaten; die gegenwärtige leiſtet dieß nicht allein richtiger und vollſtändiger; ſondern ſie legt zugleich die Finanzverhältniſſe, und die bewaffnete Macht der europäiſchen Staaten, vor Augen. Denn ich benutzte zugleich den Rand, auf dem vorliegenden Blatte, zu den, von mir entworfenen, ſtatiſtiſchen Tabellen; welche bey der Zeichnung der Charte zum Grunde liegen, und die, zur Vergleichung deſſen, was auf dieſem Blatte, durch Zeichnung angedeutet iſt, unentbehrlich ſind. Und ſo tritt denn Alles, was der todte Buchſtabe durch Worte und Zahlen, auf der rechten und linken Seite der Charte darſtellt, in der Mitte derſelben, durch Zeichnung dem Leſer lebendig vor Augen."

Wir hören wohl am angemeſſenſten, auch in Betreff der ganzen übrigen Einrichtung der Charte, den V. ſelbſt. „Die Quadrate, in der Mitte der Charte," ſagt er, „ſtellen die ſämmtlichen europäiſchen Staaten dar, ſo wie ſie, in Betreff ihres Flächenraums, auf einander folgen. Auf der gewöhnlichen geographiſchen Charte kann man zwar ebenfalls die relative Größe, und den Umfang der Länder einiger Maaßen beurtheilen; allein theils iſt der Umriß ſolcher Charten, oft an ſich ſchon zu unregelmäßig; theils liegen ſo manche Länder dazwiſchen, daß es dem Auge nicht möglich iſt, die Größe jedes einzelnen Staats, gegen die übrigen Länder genau abzumeſſen, noch weniger das Verhältniß des Flächenraums derſelben, mit Beſtimmtheit gegen einander zu vergleichen." Auf einer Generalcharte von Europa ſcheint dieß Rec. doch auch thunlich zu ſeyn, und dieſe gewährt noch den Ueberblick der Lokalverhältniſſe der Staaten, welches bey H. Cromes Verhältnißcharte nicht der Fall iſt; und gleich-

wohl iſt die Anſicht dieſer Verhältniſſe, zur Beurtheilung der Staatsverhältniſſe überhaupt gewiß nicht entbehrlich; ja ſie dürfte für nicht minder wichtig und nothwendig erachtet werden, als die eines der übrigen. „Beydes" fährt der V. fort, „gewährt die vorliegende Charte, auf eine ſo anſchauliche Art, daß die Vergleichung der Länder in Betreff ihrer Größe, dadurch ſehr leicht und bequem wird. Auf der Horizontallinie eines jeden Quadrats, deſſen Einfaſſung mit einer beſtimmten Farbe illuminirt iſt, findet man den Namen des Landes angemerkt und den wirklichen Flächeninhalt deſſelben, in geographiſche Quadratmeilen, durch Zahlen ausgedruckt; deſſen Größe das gleichſeitige Viereck darſtellen ſoll. An der Ecke der Grundlinie deſſelben iſt die Quadratwurzel des Flächenraums, als die Länge der einen Seite des Quadrats, in Zahlen, bis auf $\frac{1}{10}$ pünktlich bemerkt; welche quadrirt die Summe der Quadratmeilen, die das gleichſeitige Viereck enthält, möglichſt genau angeben. Sehr leicht kann nun das Auge die verſchiedenen Ländergrößen mit einander vergleichen und nicht nur beurtheilen, welche Länder größer oder kleiner ſind, ſondern auch: um wie viel ſie in der Größe abweichen." (Kann man denn beydes, nach der bloßen Angabe der Größenzahlen, nicht auch?) Dazu dienen vorzüglich die Zahlen, welche an den Vertikalſeiten der Vierecke ſtehn, und die, bis auf Schweden incluſive, ſämmtlich mit einander korreſpondiren. Der ganze Flächenraum von Schweden und Norwegen beträgt nämlich 16,155 geographiſche Quadratmeilen. Davon iſt nun die Quadratwurzel = $127\frac{1}{10}$. Wenn dies Reich alſo in der Form eines gleichſeitigen Vierecks gedacht wird; ſo enthält die Länge jeder einzelnen Seite derſelbe $127\frac{1}{10}$ geographiſche Meilen. Da nun dieß Reich das größeſte iſt, deſſen wahres Flächenverhältniß, gegen die übrigen europäiſchen Staaten, nach einem und demſelben verjüngten Maaße, ausgedruckt werden konnte (indem Rußland, nach einem noch kleinern Maaßſtabe dargeſtellt werden mußte); ſo gaben Schweden und Norwegen den Maaßſtab ab, nach welchem die übrigen Länder verhältnißmäßig gezeichnet wurden; d. h. die

Grade, in welche die Seitenlinien des Vierecks, für Schweden und Norwegen, abgetheilt ſind, mußten, bey den Quadraten der übrigen Staaten, dieſelben ſeyn. Dadurch kann nur die genaueſte Vergleichung der Größen dieſer Länder bewirkt werden."

Rec. geſteht dennoch den Nutzen dieſes Verfahrens nicht recht einzuſehen; zumahl da es nicht auf alle Staaten, auf gleiche Weiſe, hat angewandt werden können. Ueberhaupt will es ihn bedünken, daß es nicht ganz angemeſſen ſey, Größen, die ſo wenig genaue und ſichere Grundbeſtimmungen haben, als die für Flächenräume der Länder, in geometriſche Verhältniſſe zu übertragen. Daſſelbe gilt auch von der Bevölkerung; die H. Crome ebenfalls, in ihren Größenverhältniſſen, durch geometriſche Figuren, nämlich durch Kreiſe, darſtellt. Sinnreich allerdings, doch eben ſo wenig befriedigend, da auch dieß ſteten Veränderungen unterliegt, hat der V., durch bey den Kreiſen, rechts und links, angebrachte Tangenten, die Volkszahl und die Summe der Einkünfte jedes Staats anzugeben geſucht, und ſogar, durch „aus den Kreiſen, ſenkrecht nach unten hingezogene Linien angezeigt; wie viele Gulden von Staatsabgaben, im Durchſchnitte, auf jeden einzelnen Kopf der Einwohner, in jedem Lande zu rechnen ſeyn."

Obgleich daher Rec., aus einer Note, zu der Vorrede des zweyten Werks, erſieht, daß „der Verhältnißcharte von Europa noch die ſeltene Auszeichnung zu Theil geworden iſt, daß eine von" dem Verf. „verfertigte engliſche Ueberſetzung derſelben, in London, von dem berühmten Landchartenherausgeber Arrowsſmith verlegt, prächtig geſtochen, und dem Prinzenregenten (gegenwärtigem Könige von Großbritannien) mit Allerhöchſt deſſen Erlaubniß dedicirt, auch höchſt gnädig aufgenommen und richtig gewürdigt worden;" ſo kann er doch nicht umhin, zu erklären, daß, nach ſeiner Ueberzeugung dieſe ſogenannten Verhältnißcharten den Werth und die Wichtigkeit nicht haben, welche der V. ihnen beyzulegen ſcheint. Er betrachtet ſie, als ganz artige Beywerke, oder Dekorationen, zu den Büchern; die er

dagegen, in ihrem Werthe, mit der vollkommenſten Bereitwilligkeit, anerkennt. Auch ſie zeugen, von dem Fleiße und der Sorgfalt, welche der V., auf die Ausarbeitung ſeiner Werke, von jeher verwandt, und welche ihm einen der erſten Plätze, unter den deutſchen Statiſtikern, angewieſen; und auf welchen er ſich, durch dieſe beyden Bücher, neue und gerechte Anſprüche erworben hat. In beyden Werken ſind die beſten Quellen benutzt und verglichen, und mehr iſt von einem Statiſtiker nicht zu verlangen. Auch hat er den ſtaatswirthſchaftlichen Geſichtspunkt dabey ſtets feſtgehalten, und ſo ſeinen Werken ein Intereſſe gegeben, was den gewöhnlichen Statiſtiker abgeht.

Beyden Werken ſind tabellariſche Ueberſichten beygefügt, die ſehr nützlich ſind, und zu einem Ueberblicke und zur Vergleichung der Größe, Bevölkerung und Staatseinkünfte, nach Rec. Meynung, vollkommen hinreichen.

Das erſte Werk hat der V. dem Erzherzog Carl Ludwig von Oeſtreich; das zweyte dem Könige von Preußen dedicirt. Aus der letzten verdient folgende Stelle, hier ausgehoben zu werden: „Möge die allgütige Vorſehung E. K. M. glorreiches Königl. Haus, bis in die allerſpätſten Zeiten, glänzend fortblühen, und Allerhöchſt Dero ewig denkwürdige, weiſe und wohlthätige Regierung, bis zum äußerſten Ziele menſchlicher Tage, fortdaurend in Segen beſtehen laſſen. Dann werden meine heißeſten Wünſche, für die Ruhe und Sicherheit, Cultur und geſetzliche Freyheit unſers deutſchen Vaterlandes, erfüllt, und Alles, was Allerhöchſt Dieſelben, mit Weisheit, Muth und Standhaftigkeit, für Allerhöchſt Dero Monarchie, ſo herrlich begründet, mit dem ſiegenreichſten Erfolge gekrönt werden.“ Es gereicht dem V. zur Ehre, daß er dieſe Anerkennung des Werths und Verdienſtes der preußiſchen Regierung, die außerhalb der preußiſchen Monarchie, in Deutſchland, ſo ſelten gefunden und noch ſeltener gehört wird, ſo offen und freymüthig ausſpricht. —

Kronos. Genealogiſch hiſtoriſches Jahrbuch, für 1821. Mit dem Portrait des Fürſten Metternich. Leipzig bey J. L. Gleditſch.

Es iſt dieß der fünfte Jahrgang, dieſes nützlichen Taſchenbuchs; deſſen Zweck und Tendenz, ohnſtreitig unſern Leſern, aus den vorhergehenden Jahrgängen, ſchon bekannt iſt. Der, auf dem Titel angezeigte, Inhalt dieſes iſt. I. „Genealogie der ſämmtlichen regierenden Häuſer, und anderer fürſtlichen Familien, in Europa; ſo wie auch Anzeige der höchſten Behörden, einiger Freyſtaaten, in und außer Europa. II. Genealogie einiger gräflicher Familien, III. Verzeichniß der, an den europäiſchen Höfen jetzt ſich befindenden Bothſchafter, Geſandten, Miniſter, Reſidenten, auch Geſchäftsträger, Agenten und Conſulen. IV. Verzeichniß, der bey dem, am 5. Nov. 1816 eröffneten, deutſchen Bundestage zu Frankfurt angeſtellten Geſandſchaften. V. Namenreihe der Römiſchen Biſchöfe und Päpſte, wie ſie auf einander gefolgt ſind.“ —

Der genealogiſche — ohnſtreitig der wichtigſte, wie der größeſte — Theil dieſes Jahrbuchs, zeugt von beſonderm darauf verwandten Fleiße. Es iſt derſelbe, im Ganzen, nach dem Muſter, des allerdings muſterhaften, bis zum Jahre 1804 fortgeſetzten, und ſeitdem leider! unfortgeſetzt geblieben „Genealogiſchen Reichs- und Staats Handbuchs“ (Frankfurt am Mayn bey Varrentrapp und Wenner) gearbeitet; doch finden einige Abweichungen ſtatt; nämlich erſtlich darin, daß das Regierungsperſonal einiger republikaniſcher Staaten aufgenommen ſind, die freylich, ſtreng genommen, als ſolche, in eine „Genealogie“ nicht gehören; zweytens darin, daß regierende und nicht regierende, ſonach bloß zum Adel gehörige, Fürſtenhäuſer unter einander geworfen ſind; worin wir keine Verbeſſerung erkennen; und drittens, daß der Genealogie eines Regentenhauſes eine ſtatiſtiſche Zugabe angefügt iſt, den Flächeninhalt, die Bevölkerung, und die Kriegsmacht betreffend; welche vielleicht angemeſſener, und durch Ausdehnung über die geſammten Staatskräfte noch lehrreicher und nützlicher gemacht, in eine beſondere Ueberſicht, zuſammengeſtellt wäre. Was

unter II, auf dem Titel, als eine **zweyte** Abtheilung aufgeführt iſt, enthält im Text die Ueberſchrift: „Anhang, enthaltend, einige, im Königreiche Sachſen angeſeſſene, gräfliche Familien" Es ſind dieſe folgende **drey**: 1. „Grafen von **Einſiedel**. 2. Grafen von **Hohenthal**. 3. Grafen **Vitzthum von Eckſtädt**; wovon bekanntlich die **zweyte**, in Abſicht auf ihre Abſtammung und ihre Emporſchwingung, ein Seitenſtück aus der neuern Zeit zu der gräflich- und fürſtlichen **Fuggerſchen** Familie, aus der ältern Zeit, liefert. Da bis zur Erwerbung des Adels (1717) hinauf gegangen iſt; ſo dürfte es auch angemeſſen geweſen ſeyn, des Urſprungs, wie dieß, bey der **Fuggerſchen** in dem angeführten **Varrentrappſchen** genealogiſchen Reichs- und Staatshandbuche, geſchehen iſt, auch hier zu gedenken. Auch hätte, nach Rec. Bedünken, mit angeführt werden können: daß dieſe Familie, ohnerachtet ihrer gräflichen Würde, und ihres großen Grundbeſitzes, nach welchem ſie zu den erſtern des ſächſiſchen Adels gehört, doch, der Neuheit ihres Adels wegen, noch nicht Sitz und Stimme auf dem ſächſiſchen Landtage hat.

Bey dem, übrigens ſehr fleißig gearbeiteten, „Verzeichniſſe der, an den europäiſchen Höfen dermahlen ſich befindenden, Bothſchafter" ꝛc. kann Rec. nicht umhin zu bemerken, daß die Conſulen, wohl nicht ganz angemeſſen, in das Corps diplomatique hier mit aufgenommen ſind; da ſie, mit Ausnahme der Conſulen in Afrika und der Levante, gar keinen diplomatiſchen Charakter haben, und keine Geſandſchaftsrechte und Vorrechte genießen. Was den Artikel: „Namenreihe der römiſchen Biſchöfe" ꝛc. anbetrifft; ſo liefert derſelbe mehr, als die Ueberſchrift anzeigt; denn er enthält nicht bloß die Namenreihe, ſondern auch, bey jedem Papſte, die Hauptdaten und Akte ſeiner Lebens- und Regierungsgeſchichte. Man dürfte indeſſen wünſchen, daß dieß, bey dem jetzt regierenden Papſte wenigſtens, etwas vollſtändiger und detaillirter geſchehen wäre.

Das, dieſem Jahrbuche vorgeſetzte, Bildniß des Fürſten **von Metternich** iſt in Profil gezeichnet, und in Crayonsmanier gearbeitet. Perſonen, die den Fürſten geſehen, haben es ähnlich gefunden.

Rec. wünſcht dieſem nützlichen Unternehmen, lange Fortdauer und möglichſte Vervollkommnung; wozu der Eifer des jetzigen Herausgebers, als welcher ſich, in der Zueignung und Vorrede, H. **Stenzel**, Inſpektor und Lehrer an der Herzogl. Hauptſchule in Zerbſt, angiebt, die zuverſichtlichſte Erwartung erregt.

Google

Inhalt
des vier und ſechzigſten Bandes der Zeiten.

Inhalt des Oktoberſtücks.

I. Ueberſicht der Beſitzveränderungen und Territorialausgleichungen am Rhein, vom Jahre 1813 bis 1819. (Eingeſandt.) Seite 3

II. Metapolitiſche Aphorismen. (Fortſetzung.) 26

III. Ueberſicht der wichtigſten Verhandlungen und Beſchlüſſe der Nationalrepräſentationen von Frankreich und Großbritannien (Fortſetzung.) 36

Ueberſicht der Verhandlungen und Beſchlüſſe der letzten franzöſiſchen Nationalrepräſentation, in Betreff des neuen Wahlgeſetzes und der Ausnahmegeſetze. (Fortſetzung.) 46

IV. Fernere Vorarbeiten, zur Begründung einer Konſtitution, für die preußiſche Monarchie.

Vorwort des Herausgebers. 74

Geſetzliche Beſtimmungen, in Betreff der Verhältniſſe des hohen Adels, in der preußiſchen Monarchie. 75

V. Die neuen Revolutionen.

Vorwort. 100

Die neue ſpaniſche Revolution. 103

VI. Ueberſicht der Hauptmomente der Geſchichte des Tages. (Fortſetzung.) 139

Digitized by Google

Beylagen.

Politiſch-literäriſcher Anzeiger. N. X.

1. Auszüge aus Druckſchriften.

Auszüge, aus dem ſo eben erſchienenen 69. St. der „neuen Geſchichte der evangeliſchen Miſſion,“ enthaltend 1. Nachricht von dem Fortgange der Bemühungen der Londoner Geſellſchaft chriſtlicher Erkenntniß in England und Oſtindien ꝛc. 2. Auszug aus dem Berichte der Miſſions- und Bibelgeſellſchaft zu London. 3. Der oſtindiſche Reformator. Seite cxxxiv

2. Miſcellen.

Ueber den Unterſchied, zwiſchen Volksthum und Geſchlechtsthum. cxxxxii

3. Flüchtige politiſch-patriotiſche Bemerkungen ꝛc. cxxxxvii

Inhalt des drey und ſechzigſten Bandes.

Inhalt des Novemberſtücks.

I. Fernere Vorarbeiten, zur Begründung einer Konſtitution, für die preußiſche Monarchie. (Fortſetzung.)

Geſetzliche Beſtimmungen, in Betreff der Verhältniſſe des hohen Adels, in der preußiſchen Monarchie. (Beſchluß.) 146

II. Metapolitiſche Aphorismen. (Beſchluß.) 161

III. Ueberſicht der wichtigſten Verhandlungen und Beſchlüſſe, der Nationalrepräſentationen, von Frankreich und Großbritannien. (Fortſetzung.)

Ueberſicht der Verhandlungen und Beſchlüſſe, der letzten franzöſiſchen Nationalrepräſentation, in Betreff des neuen Wahlgeſetzes. (Fortſetzung.) 173

IV. Verträge, welche auf die Rekonſtruirung der preußiſchen Monarchie, und die Beſtimmung ihrer Verhältniſſe, zu den benachbarten Staaten, Beziehung haben. (Fortſetzung des, im Septemberſtück abgebrochenen, Artikels.)

Verträge, zwiſchen Preußen und dem Königreich der Niederlande.
Der, zwiſchen J. M. dem Könige von Preußen, und J. M. dem Könige der Niederlande am 26 Juny 1816, geſchloſſenen Grenzvertrag, Franzöſiſch und Deutſch. Seite 216
V. Die neuen Revolutionen. (Fortſetzung.)
Die neue ſpaniſche Revolution. (Fortſetzung.) 273
VI. Ueberſicht der Hauptmomente der Geſchichte des Tages. (Fortſetzung.) 296
Beylagen.
Politiſch-literäriſcher Anzeiger. N. XI.
1. Auszüge aus Druckſchriften.
Auszüge aus dem, ſo eben erſchienenen 69. St. der „neuen Geſchichte der evangeliſchen Miſſionsanſtalten ꝛc." (Beſchluß.)
4. Neues indiſches Inſtitut, zur Unterweiſung junger Hindus, in den europäiſchen Sprachen und Wiſſenſchaften. CL
5. Calkuttaſche Schulbüchergeſellſchaft. CLIII
2. Ankündigungen neuer Schriften.
Aufforderung an das vaterländiſche Publikum, die Bekanntmachung der Verhandlungen der allgemeinen Ständeverſammlung des Königreichs Hannover betreffend. CLVI

Inhalt des Decemberſtücks.

I. Ein merkwürdiger Paragraph, aus einer, noch ungedruckten Finanzwiſſenſchaft, über eine, von mehrern Staaten angewandte Methode, den Kurs ihres Papiergeldes zu heben. 301
II. Verträge, welche auf die Rekonſtruirung der preußiſchen Monarchie, und die Beſtimmung ihrer Verhältniſſe, zu den benachbarten Staaten, Beziehung haben. (Beſchluß.)

Verträge, zwiſchen Preußen und dem Königreich der Niederlande, franzöſiſch und deutſch. (Beſchluß.) Seite 307

III. Ueberſicht der wichtigſten Verhandlungen und Beſchlüſſe der Nationalrepräſentationen von Frankreich und Großbritannien. (Fortſetzung.)

Ueberſicht der Verhandlungen und Beſchlüſſe, der letzten franzöſiſchen Nationalrepräſentation, in Betreff der Ausnahmegeſetze und des neuen Wahlgeſetzes. (Beſchluß.) 385

Beylagen.

Politiſch-literäriſcher Anzeiger. N. XII.

1. Kleine hiſtoriſche Merkwürdigkeiten.

Ein merkwürdiges Kabinetſchreiben Friedrichs des Zweyten. CLXIX

2. Miscellen.

Ort der Irmen-Saul. CLXX

3. Bücherrecenſionen.

Allgemeine Ueberſicht der Staatskräfte, von den ſämmtlichen europäiſchen Reichen und Ländern, mit einer Verhältnißcharte von Europa ꝛc. von A. F. W. Crome ꝛc. Leipzig, bey G. Fleiſcher den jüngern 1818.

Geographiſch-ſtatiſtiſche Darſtellung von den ſämmtlichen, zum deutſchen Bunde gehörigen Ländern, mit einer großen Verhältnißcharte, von A. F. W. Crome ꝛc. 1. Th. Leipzig, bey G. Fleiſcher 1820. CLXXIV

Kronos. Genealogiſch-hiſtoriſches Jahrbuch für 1821. Mit dem Portrait des Fürſten Metternich. Leipzig, bey J. Fr. Gleditſch. CLXXIX

Nachricht.

Von dieſer Zeitſchrift erſcheint, mit dem Ende eines jeden Monaths, ein Stück, von zehn bis zwölf Bogen; wovon drey einen Band ausmachen. Der Preis des Jahrgangs iſt 8 Rthlr. ſächſiſch, oder 14 Fl. 24 Kr. Reichsgeld. Beſtellungen können in allen ſoliden Buchhandlungen und auf allen Poſtämtern, zu allen Zeiten gemacht, doch kann, in der Regel, nur auf einen ganzen Jahrgang abonnirt werden.

Ein Jedes Stück dieſer Zeitſchrift wird, in den letztern Tagen des Monaths, wovon es die Bezeichnung trägt, oder doch ſpäteſtens in den erſten des nächſt folgenden, in Leipzig ausgegeben. Sollten daher entfernte Buchhandlungen die Stücke unregelmäßig, oder über die Gebühr verſpätet bekommen, ſo haben ſie ſich deshalb allein an ihre Kommiſſionäre, Abonnenten aber an die Buchhandlung zu halten, bey denen die Beſtellungen von ihnen gemacht worden ſind.

D. Herausgeber. Der Verleger.

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google